C 21734 D



„Professionalisierung' der Parlamentsarbeit? S. 20

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr. 187 20.10.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

Trotz Strauß-Pleite:

Rechtskurs nach der Wahl

Wer der Meinung gewesen sein sollte, am 5.10. mit seinen Kreuzchen für SPD oder FDP eine drohende Rechtsentwicklung abwehren zu können, sieht sich arg getäuscht: Sofort nach der Wahl haben die Regierungsparteien, federführend die FDP, klargemacht, daß eine weitere Rechtsentwicklung der Regierungspolitik in Innen- und Außenpolitik zu erwarten ist. Für den Bereich der Wirtschaftspolitik hat FDP-Graf Lambsdorff den Kurs schon abgesteckt:

- **Keine irgendwie geartete Ausweitung der Mitbestimmung; die Mitbestimmung sei überhaupt nicht Thema der Koalitionsverhandlungen;**
- **Keine Diskussion über ein Verbot der Aussperrung;**
- **Keine Diskussion über eine gesetzliche Festschreibung auch nur der 40-Stundenwoche, geschweige denn einer reduzierten Arbeitszeit-Regelung.**
- **Keine Steuerregelungen zu Lasten der Kapitalisten.**

Angesichts einer für 1981 erwarteten einschneidenden Verschlechterung der Wirtschaftslage bereitet sich die SPD/FDP-Regierung auf Maßnahmen vor, die alle Krisenlasten wieder von den Kapitalisten fernhalten sollen. Außerdem soll die „Staatsverschuldung" (das Lieblingsthema von F.J. Strauß im Wahlkampf!) drastisch gesenkt werden, das bedeutet in erster Linie Streichungen an den Sozialausgaben und Renten.

Von Strauß und den CDU-Rechten, wie Dregger, wurde daraufhin erklärt, daß sie mit diesen Ankündigungen sehr zufrieden seien und daß sowieso der Unterschied zwischen ihnen und dem Programm der FDP nur sehr gering sei. Ein Wechsel der Koalitionen noch vor Ablauf der Amtszeit der neuen Regierung liegt in der Luft......

Siehe unseren Artikel auf Seite 35

25. Oktober

Gegen Rüstung und Atom

Demonstration in Nordhorn/Lingen

Unter dem Motto „Gegen ein atomares Emsland" werden am Samstag, dem 25.Oktober in Nordhorn und in Lingen Demonstrationen und Aktionen stattfinden. Zu diesen Aktivitäten rufen Dutzende von Organisationen, Bürgerinitiativen sowie Einzelpersonen aus dem Spektrum der Friedens- und Ökologie/Anti-AKW-Bewegung gemeinsam auf. Hauptträger dieses Versuchs, ein stärker vereinheitlichtes und gemeinsames Vorgehen der beiden Bewegungen zu fördern, sind die DFG/VK und der BBU. Ein Teil der linken Bürgerinitiativen, die das nationale (Vorbereitungs-) Bündnis aufgrund von Differenzen (wir berichteten darüber) leider vorzeitig verlassen hatten, rufen jetzt über das örtliche Bündnis zur Beteiligung auf. Generell auch über die kommenden Aktivitäten hinaus wird sich die Linke allerdings stärker als bisher um das Bündnis zwischen Friedens- und Anti-AKW-Bewegung bemühen müssen, will sie nicht tatenlos eine relativ gute Möglichkeit, im Kampf gegen die Kriegsgefahr einen Schritt nach vorn zu kommen, verstreichen lassen. Eine entsprechend starke Beteiligung der Linken am kommenden Samstag wäre sehr wünschenswert

Hervorzuheben ist der Mobilisierungsaufruf des nationalen Bündnisses, in dem – gerade auch im Unterschied zu den KOFAZ-Aufrufen – nicht die bekannten heuchlerischen „Ent"spannungsappelle verbraten werden, sondern konkret und durchaus realistisch unsere Situation dargestellt wird: *„Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlicher:*

– In Europa, dem Hauptschauplatz der Ost-West-Auseinandersetzungen, geht der wahnsinnige Rüstungswettlauf ungebrochen weiter und wird durch neuartige Atomraketen zusätzlich beschleunigt;

– durch den Export von Rüstungsgütern und atomaren Techniken in die Dritte Welt werden neue Krisengebiete geschaffen und die Kriegsgefahr erhöht;

– die ungerechte Verteilung des Wohlstands, die Ausbeutung der Dritten Welt und der wirtschaftliche Konkurrenzkampf drohen zu einem Konflikt um die restlichen Rohstoffe auszuarten. Die derzeit vorbereitete Aufstellung ‚mobiler Einsatztruppen', um die Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten zu besetzen, droht Europa in einen Krieg hineinzuziehen(...).



Fortsetzung auf Seite 2

5. Sommeruni für Frauen



Das Schwerpunktthema der diesjährigen Frauensommeruni hieß „Biederer Alltag – radikale Träume, Realität und Utopien erwerbstätiger Frauen"; daneben wurden Seminare zu den verschiedensten Themen der Frauenbewegung angeboten – insgesamt waren es ca. 140 !!!

Uns KB-Frauen betrifft dabei besonders das Verhältnis der autonomen Frauenbewegung zu organisierten Frauen. Eindrucksvoll war die Veranstaltung „Wenn Frauen politisch arbeiten"; in einem Referat wurden die Schwierigkeiten dargestellt, mit denen politisch aktive und interessierte Frauen in der Gesellschaft, in der Linken und in der Frauenbewegung zu kämpfen haben. Mehr von dieser Arbeitsgruppe auf Seite 25 f.

Und viele weitere Berichte von anderen Arbeitsgruppen! (Seite 25-30)

Der Teufel ist los, aber hohe Strafen

für die 2. Juni-Angeklagten

„Wir haben einen politischen Punktsieg davongetragen".

So bewertete Ralf Reinders in seinem (nicht gehaltenen) Schlußwort den 2 1/2 Jahre dauernden Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni, das sog. Lorenz-Drenckmann-Verfahren („TAZ"-Sonderausgabe, 11.10.80).

Nicht nur weil Fritz Teufel sich nach 5 Jahren Untersuchungshaft nun endlich wieder unter uns befindet, nicht nur weil das Gericht bis auf das Urteil gegen Till Meyer unter den von der Bundesanwaltschaft beantragten Haftstrafen blieb, ist dieser Einschätzung zuzustimmen. Dies gilt auch in Hinblick darauf, daß die jeweils 15 Jahre für Ralf Reinders und Till Meyer, die 13 Jahre und 3 Monate für Ronald Fritsch, die 11 Jahre und 2 Monate für Gerald Klöpper und die 10 Jahre für Andreas Vogel weder milde Urteile noch gar ein Zeichen von Rechtsstaatlichkeit sind und alle Anstrengungen unternommen werden müssen, die Genossen aus Knast und HS-Trakt herauszubekommen.

Daß das Gericht sich entschließen mußte, Fritz rauszulassen, daß es nicht dem Antrag der Bundesanwaltschaft folgen konnte, Fritz als Beteiligten an den Negerkuß-Banküberfällen zu verurteilen, daß seinem A- und B-libi endlich Rechnung getragen werden mußte, ist ein Erfolg.

Daß die Anklage im Fall Drenckmann fallengelassen werden mußte, daß erstmals in der Geschichte bundesdeutscher „Terroristenprozesse" ein windiger und vom Verfassungsschutz präparierter Kronzeuge für unglaubwürdig erklärt wurde, ist in der Tat ein Sieg nach Punkten. Eine Bresche, die Angeklagte und Verteidiger schlagen konnten in die in diesem Prozeß über lange Strecken und in vergleichbaren Prozessen stets praktizierte nahtlose Zusammenarbeit von Verfassungs- bzw. Staatsschutz, Bundesanwaltschaft und Gerichten.

Ein Beweis für die Rechtsstaatlichkeit ist dieses Urteil nicht. Aber es macht Mut, weiterzugehen auf dem mühsamen und zermürbenden Weg, durch Öffentlichkeitsarbeit in diesen und anderen Prozessen, im Kampf gegen Haftbedingungen und Hochsicherheitstrakte dem Staat das Leben und die Freiheit der Gefangenen abzuringen.

Fortsetzung auf Seite 11

IN DIESER AUSGABE:

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

25. Oktober
Gegen Rüstung und Atom

Fortsetzung von Seite 1

35 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Militärblökke NATO und Warschauer Pakt ein unglaubliches Vernichtungspotential von 3,7 Millionen Hiroshima-Bomben angehäuft. (...) Entgegen den Bekenntnissen zu Frieden und Abrüstung erhöhen die Regierungen tatsächlich Jahr für Jahr die Zahl der Waffen. Auch hier in der BRD treiben die führenden Kräfte, Parteien und Politiker von Regierung und Opposition dieses alte Spiel weiter.(...)

Frieden läßt sich dauerhaft nur durch eine konsequente Entspannung und echte Abrüstungsschritte bei atomaren und konventionellen Waffen erreichen (...). Die Sicherung des Friedens und der Lebensgrundlagen ist bei den herrschenden Politikern schlecht aufgehoben.– Wir müssen selbst die Initiative ergreifen! Der weltweiten Bedrohung stellen wir die internationale Zusammenarbeit entgegen." (Aus dem Aufruf „Gegen Atom und Rüstung").

„ Aktionstag gegen ein atomares Emsland„

Fahrraddemonstration

10.00 Uhr: Treffen aller Radfahrer am Konzert- und Theatersaal, Ootmarsumer Weg /Nordhorn
10.30 Uhr: Abfahrt nach Lingen über den Bombenabwurfplatz Nordhorn–Range
11.30 Uhr: Aktion am Bombenabwurfplatz Nordhorn–Range, Weiterfahrt nach Lingen-Marktplatz

Demonstrationsmarsch

vom AKW–BAUPLATZ zum MARKTPLATZ LINGEN

10.00 Uhr: Treffen am Bauplatzgelände in Lingen/Darme – Auftaktkundgebung
11.00 Uhr: Bau eines Freundschaftshauses, anschließend Demonstration zum Marktplatz in Lingen

Kundgebung

14.00 Uhr: Kundgebung auf dem Marktplatz Lingen mit Rednern aus der Ökologie–& Friedensbewegung
Anschließend:

Umwelt-& Friedensfest

mit Renate Fresow, Radio Barmbeck, Embryo, Törner Stier Crew, Oldenburger Songgruppe, Pago, Volksmund und vielen anderen Gruppen – Informationsstände –

18.00 Uhr: Ökumenischer Friedens– und Ökologiegottesdienst

☆

KOORDINATIONSAUSSCHUSS ÖKOLOGIE UND FRIEDEN
Kontaktanschriften: BBU, Hellbergstr.6, 75 Karlsruhe 21; DFG–VK, Rellinghauserstr.214, 43 Essen 1 (V.i.S.d.P.)
Arbeitsausschuß „Gegen ein atomares Emsland„ c/o Bußmann, Gartenstr. 52, 4478 Geeste 3

4.000 demonstrierten für die Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser

Im Anschluß an die Jahrestagung der „Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie" fand am 19.10. im sonntäglich verschlafenen Bonn ein Sternmarsch unter der Parole **„Irren ist menschlich – Aussondern schadet allen: Löst die Großkrankenhäuser auf!"** statt. Diese Demonstration wurde neben der DGSP von der „Humanistischen Union", der „Sozialistischen Selbsthilfe Köln" und mehreren „Beschwerdezentren" unterstützt. Im Gegensatz zur DGSP, deren Vorstand die Demonstration klammheimlich als „Schweigemarsch" bei den Behörden anmeldete, meldeten sich SSK und Beschwerdezentren lautstark zu Wort: „*Wer in dies System nicht paßt, wandert in den Psychoknast!*"

Auf der anschließenden Kundgebung prangerten DGSP-Sprecher und italienische Anti-Psychiater nochmals die ghettoisierenden Großkrankenhäuser an und riefen dazu auf, diese Auseinandersetzung stärker als bisher in die Gewerkschaften hineinzutragen. Dies vor dem Hintergrund, daß vor wenigen Tagen ÖTV-Sprecher vor der Auflösung von Großkrankenhäusern „warnten", mit dem Hinweis auf die Verluste von Arbeitsplätzen ..

Im Anschluß an den Sternmarsch demonstrierten 200 Menschen gegen das berüchtigte Bonner psychiatrische Landeskrankenhaus. Hier hatte ein krasser Personalmangel im letzten Jahr zu vielen – vermeidbaren – Verletzungen und Todesfällen geführt.

Positiv an beiden Demonstrationen war die breite und rege Beteiligung von Betroffenen – den psychisch „Kranken".

Behindertenkommission

Behindertenkommission

Streiks beendet
FIAT zieht sein Programm durch

Am 15. Oktober einigten sich Vertreter der Gewerkschaften und des FIAT-Unternehmens auf einen sehr langfristig angelegten Plan, in dem zwar auf Entlassungen vollständig verzichtet wird, aber eine Reihe anderer, ähnlich wirkender Maßnahmen vorgesehen sind. Damit findet ein Arbeitskampf, der sich seit einem Monat zu einer vollständigen Blockade aller Fiat-Werke entwickelte und in dem andererseits FIAT-Chef Agnelli 24.000 Arbeiter erst einmal für drei Monate aussperrte (bei 90%iger Entlohnung durch sogenannte Lohnausfallkassen) ein vorläufiges Ende. (Über die Hintergründe der Fiat-Absichten und Entwicklung der Kämpfe der Arbeiter berichteten wir ausführlich in AK 185 und 186)

Im einzelnen sieht der jetzt ausgehandelte Plan vor, durch umfangreiche Maßnahmen wie vorzeitige Pensionierung, Umschulung und freiwilliges Ausscheiden (wahrscheinlich mit relativ hohen Abfindungsangeboten) die Zahl der Beschäftigten zu verringern. Ein größerer Teil der Belegschaft, „es dürfte sich um 23.000 Beschäftigte handeln" („FR", 16. 10.), wird vorübergehend aus der Produktion genommen, bekommt aber Geld durch die Lohnausfallkassen. Diese Arbeiter und Angestellten müssen bis zum Sommer 1983 wieder voll aufgenommen werden. Außerdem verpflichtet sich die Unternehmensleitung, alle diejenigen ausgeschiedenen Belegschaftsmitglieder wieder einzustellen, die bis 30. Juni 1981 keinen Arbeitsplatz gefunden haben.

Gemessen an den früheren Plänen des Fiat-Konzerns, ab Mitte September 15 000 Arbeiter ins Nichts zu entlassen, stellt diese neue Übereinkunft sicher einen Teilerfolg für die Arbeiter dar. Sie verdanken ihm vor allem ihrer Kampfbereitschaft und der Solidarität anderer italienischer Arbeiter und Angestellter, die am Freitag zuvor den von den Gewerkschaften ausgerufenen vierstündigen Generalstreik, der bisher einzige in Italien gegen ein Unternehmen und in der Zeit einer Regierungskrise, massenhaft befolgten. Problematisch ist allerdings, daß es FIAT nun doch gelungen ist, 23 000 Kollegen erst einmal bis 1983 „vom Dienst zu suspendieren". Für die Betroffenen ist dieses finanzell nicht einmal besonders bedrohlich: Sie erhalten etwa 90% ihres früheren Lohnes und können in dieser Zeit auch noch eine der in Italien sehr häufigen Nebenerwerbsstellen annehmen. Bedenklich ist vielmehr, daß die große Summe Geldes, die als Unterhalt aufgebracht werden muß, aus staatlichen Kassen bezahlt wird.

Vom Fiat-Konzern ist dieser Kampf mit großer Härte geführt worden. Sein Bestreben war es unter anderem, wieder zu einer selbstherrlichen Politik des Einstellens und Entlassens nach eigenem Gutdünken zurückkehren zu können, was ihm durch einen recht weitgehenden Kündigungsschutz italienischer Arbeiter verunmöglicht wurde. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß unter den 23 000 suspendierten Kollegen überproportional viele *„ältere Arbeitnehmer, Frauen und auch agitatorische Elemente"* (NZZ,12.10.) zu finden sind. Offensichtlich war diese Aktion von langer Hand vorbereitet; entlassen wurden nämlich auch fünf Arbeiter, die bereits seit längerer Zeit tot sind! (NZZ, 12.10).

In den letzten Tagen hatte sich die Situation erheblich zugespitzt. Einerseits hatten die Streikenden nun bereits einen Lohnausfall von einem Monat (die Gewerkschaft zahlt in Italien keine Streikgelder), andererseits machten erstmalig in einem solchen Umfang Gegendemonstranten mobil. Unter dem Eindruck einer Entscheidung der Staatsanwaltschaft Turins, daß ab 15. Oktober Polizeieinheiten den freien Zugang zu den Fabriken sicherstellen sollten, zogen 40 000 Meister, Vorarbeiter und Angestellte duch die Turiner Innenstadt und forderten ihr „Recht auf Arbeit" und somit den Abzug der Streikposten. Streikbrecher hatten sich schon vorher Zugang zu den Werken beschafft, haben aber insgesamt in dem ganzen Monat nur 85 Autos herstellen können (SZ, 14.10) und mußten jeweils unter Polizeischutz wieder aus dem Werk geleitet werden.

Die PCI hat in diesem Konflikt eine recht kämpferische Rolle eingenommen, Berlinguer hat in einer, nach bürgerlicher Auffassung „umstrittenen Rede" (FR, 17.10) den Kollegen jede Hilfe der Kommunistischen Partei versprochen, falls es zu Betriebsbesetzungen käme! Hintergrund dieser radikalen Haltung ist die Taktik der PCI, die Arbeitskämpfe solange zu unterstützen, wie sie sich selbst als d i e einzige Partei empfehlen kann, die Einfluß auf die Arbeiter hat und die somit in die Regierung gehöre. („Historischer Kompromiß") Nun zeichnet sich aber eine neue Regierung von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten ab, und die PCI wird wieder einmal draußen vor der Tür bleiben.

Italien-Kommission



Nach München: Ermittlungen...?!

Fast drei Wochen nach dem faschistischen Massaker von München ist der veröffentlichte Ermittlungsstand nahezu derselbe wie kurz nach dem Anschlag: Nach wie wor gehen die bayerischen Behörden, allen voran Ministerpräsident und Ex-„Kandidat" Strauß sowie sein Innenminister Tandler von der These des „Einzeltäters" aus; die Bundesanwaltschaft mag nach wie vor einen organisierten Hintergrund „nicht ausschließen", ist aber konkret noch keinen Schritt weiter.

Es drängt sich der Eindruck auf, als ob hier in großem Ausmaß wieder einmal – ähnlich wie zu den Vorfällen um die Stammheimer „Selbstmorde" – Ermittlungen eher dazu dienen, den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern, als ihn aufzudecken.

Nach der ersten Pressekonferenz am Sontag, 28.9., bei der G.Köhler als wahrscheinlicher Täter präsentiert wurde, wurde die seitdem verhängte Nachrichtensperre nur noch einmal durch eine weitere Pressekonferenz am 8.10. durchbrochen. Was da an Neuigkeiten zu Tage kam, ist wirklich überwältigend. Ebenso überwältigend ist, daß die Presse sich offensichtlich damit zufrieden gibt:

G.Köhler soll 25 Minuten vor der Explosion bereits auf den Oktoberwiesen gesehen worden sein. Dabei soll er die Bombe in einer Plastiktüte getragen haben. „Weitgehende Klarheit" soll nun über den Typ der Bombe herrschen. *„Es handelte sich um eine britische Werfergranate, die nicht vor 1954 hergestellt wurde und ein Kaliber von 10,7 cm hatte. Noch nicht erwiesen ist, ob die Originalsprengstoffladung oder nachträglich eingebrachter Sprengstoff gezündet wurde. In den Fragmenten der Ummantelung des Sprengkörpers festgestellte Stanzzeichen deuten auf die Verwendung einer Flüssiggasflasche oder eines Feuerlöschers hin. Die bei einigen Verletzten festgestellten ‚Nägel' erklären sich nunmehr als abgerissene Gitterteile des Papierkorbs, in dem der Sprengsatz detonierte"* („FR", 10.10.). Eine andere Version besagt noch: *„Hier haben Fachleute den Sprengkörper vorher zerlegt und mit zusätzlichen Materialien gefüllt, um die Splitterwirkung bei der Explosion zu erhöhen. Das war eine gefährliche Präzisionsarbeit, das kann kein Laie"* (nach „tat", 17.10.).

Weiter wurde berichtet, Köhler habe kurz vor der Explosion mit zwei jungen Männern gesprochen, die die typischen Bundeswehrparkas mit schwarz-rot-goldenem Wimpelaufdruck trugen und einen auffallenden Kurzhaarschnitt hatten. Außerdem sollen ein „beinamputierter Ziehharmonikaspieler" und ein zeitungslesender junger Mann den Vorfall beobachtet haben. Die Vermutung, der ebenfalls ums Leben gekommene Engländer Vere Hodge habe etwas mit dem Attentat zu tun, habe sich nicht bestätigt. Das war's dann. Mehr war nach über zwei Wochen Ermittlungstätigkeit der Öffentlichkeit nicht mitzuteilen.

Im Übrigen aber rufen die Ermittlungsbehörden in ihrer unglaublichen Gründlichkeit die Bevölkerung zur Fahndungshilfe auf; jeder Hinweis sei von größter Bedeutung. Die beiden Kurzhaarträger sowie die beiden anderen werden gebeten, sich als Zeugen zu melden. Über die Presse wird zur Beantwortung der Frage aufgefordert, wer eine englische Granate der verwendeten Art („deren Besitz allein nicht strafbar ist") in der letzten Zeit in Privatbesitz gesehen habe?

Angesichts der Tatsachen läuft dieser Aufruf zur Unterstützung der Ermittlungen bereits auf den Versuch der Volksverdummung hinaus:

- Über die angeblich so breit laufenden Ermittlungen gegen Mitglieder der WSG-Gruppen hörte man/frau in der Öffentlichkeit bisher nichts — außer, daß den anfangs vorübergehend Festgenommenen nichts nachzuweisen sei.
- Im Gegenteil: In zwei Fällen wurden den Nazis, bei denen Werfergranaten genau des Typs entdeckt wurden, nach dem gefahndet wird, wieder auf freien Fuß gesetzt, bzw. gar nicht erst festgenommen. Im ersten Fall handelte es sich um einen der noch am Samstag, 27.9., festgenommenen WSG-Leute. Im zweiten Fall war es ein Karl Heinz D. in Düsseldorf (siehe Artikel in diesem AK), in dessen Wohnung kaum vierzehn Tage nach München ein umfangreiches Waffenlager gefunden wurde, **u.a. sieben Werfergranaten Kaliber 10,7, eine davon scharf! Karl Heinz D. ist auf freiem Fuß.** Ebenso auf freiem Fuß blieben Nazis in Schleswig-Holstein, bei denen reichlich Waffen und u.a. auch Chemikalien gefunden wurden. Nicht die Ermittlungsbehörden, sondern erst der „stern" (Nr. 42/80) teilten der Öffentlichkeit mit, daß Köhler nicht nur irgendein Mitläufer der Hoffmann-Bande war, sondern noch in der Nr. 4 der WSG-Zeitschrift „Kommando-Zeitung der WSG für den europäischen Freiwilligen" vom Juli 1979 als einer der dort abgebildeten „Rekruten" zu erkennen ist, daß darüber hinaus dem MAD der Briefwechsel Köhlers mit Hoffmann bekannt ist, in dem Köhler von Hoffmann Unterstützung für den Aufbau einer WSG-Gruppe erbittet. Hierzu gibt es von Seiten der Ermittlungsbehörden nicht einmal einen Kommentar.

Zu den übrigen bereits seit dem Wochenende direkt nach dem Massaker vorliegenden Hinweisen wurde

Zu den übrigen bereits seit dem Wochenende direkt nach dem Massaker vorliegenden Hinweisen wurde

überhaupt „kein Kommentar" gegeben. Nach wie vor unbeantwortet sind z.B. die Fragen, wer zusammen mit Köhler in dessen Auto gesehen wurde, ob sich die Zeugenaussage bestätigt hat, nach der das Attentat bereits vorher von Komplicen Köhlers sozusagen am Stammtisch rausposaunt wurde u.a.m.

Nach drei Wochen „Ermittlungen": Es liegen mehr als genug Hinweise vor, daß Köhler kein Einzeltäter war. Angeblich wird weiterhin ermittelt und ermittelt . . . Hohe und höchste Mandatsträger der Staatsgewalt fühlen sich angesichts der Beunruhigung der Bevölkerung gemüßigt, „härteres Durchgreifen" gegen den Nazismus zu fordern und für die Zukunft anzukündigen. So z.B. Innenminister Baum, der sich um eine *„Forcierung von internationalen Gesprächen und Maßnahmen im Kampf gegen rechtsextremistischen Terrorismus bemüht"* („SZ", 11.10.). Konkret in der aktuellen „Bewältigung" von München allerdings wird — keineswegs nur von Strauß und Tandler — die Gefahr zunehmender neonazistischer Entwicklungen weiter verharmlost und heruntergespielt, was das Zeug hält.

Zu fordern ist:

- Hoffmann und die Mitglieder von WSG-Banden vor Gericht und in den Knast!
- Völlige Offenlegung der Ermittlungsergebnisse!
- Rücktritt von F.J.Strauß als Ministerpräsident und G.Tandlers als Innenminister Bayerns als Hauptverantwortliche für die sträfliche Verharmlosung der Nazi-Banden in Bayern!

An alle Demokraten und Antifaschisten richten wir die Aufforderung und Bitte: Ermittelt selber gegen den Nazi-Sumpf, was das Zeug hält. Wenn etwas gegen den Neo-Nazismus hierzulande unternommen wird, dann überhaupt nur durch öffentlichen Druck.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Eine englische Granate wie sie Köhler benutzt haben soll.

Eine englische Granate wie sie Köhler benutzt haben soll.



Noch 1979: Köhler (2. von links) steht stramm auf Hoffmanns „Kommando".

Nazi-Terror Bilanz eines Jahres

- Anfang Oktober 1979 wurde eine SDAJlerin in Hamburg-Billstedt von zwei Männern überfallen und mit Messerstichen am Arm verletzt. Bereits seit zwei Monaten hatte sie Drohbriefe erhalten.
- Im Oktober 1979 erhielt Angela Kammrad eine unverhüllt faschistische Morddrohung. Sie gehört zu den Organisatoren des „Anachronistischen Zuges" (nach „KAZ" Nr. 177).
- Am 9./10.11.79 wurden in Stuttgart mehrere Fensterscheiben des Treffpunktes des örtlichen Antifaschistischen Arbeitskreises, der Teestube Kunterbunt", eingeworfen; in einem anonymen Anruf wurde außerdem mit einer Bombe gedroht. In der Woche zuvor hatte der Arbeitskreis Flugblätter gegen eine NPD-Veranstaltung in dem nach einem jüdischen Architekten benannten Eduard-Pfeiffer-Haus verteilt (Presseerklärung der DJD 32/79).
- Am 23.11.79 fanden Redakteure der Pforzheimer Stadtzeitung „Stadtblatt" im Briefkasten ihres Büros einen faschistischen Drohbrief, unterschrieben mit „Neue Rassistische Rechte, Gau Enzkreis, Komitee zur Einstellung des Stadtblatts" („ID", 7.12.79).
- Vier der Staatsanwaltschaft „einschlägig bekannte" Mitglieder der ANS (= Hansa-Bande) entführten den 35jährigen Journalisten Paul Werner Kempa aus Würzburg in ihrem Auto und schlugen ihn in einem Waldstück brutal zusammen („tat", 14.12.79).
- Am 12.1.80 waren 20 bis 30 Nazis in der Frankfurter Innenstadt versammelt. Als sich schließlich auch einige Dutzend Antifaschisten versammelten, stürmte der Nazi-Trupp mit Schlagstöcken, Axtstielen, Gaspistolen und Schlagringen auf sie los. Insgesamt wurden zehn Menschen ernsthaft verletzt. (AK 170).
- Am 21.2. ging eine Bombe der Roeder-Bande („Deutsche Aktionsgruppen") im Landratsamt Esslingen (Baden-Württemberg) hoch.
- Am 29.2. stürmten zehn Mitglieder der Münchner Gruppe „Junge Front" eine Buchhandlung in München und schmissen die Bücher aus den Regalen.
- Am 9.3. überfielen Mitglieder der Hoffmann-Bande („WSG") in Nürnberg Passanten und verletzten einen von ihnen sowie einen Polizisten. Zuvor war ihr von Axel Heinzmann (Tübingen) angemeldeter Aufmarsch verboten worden.
- Am 18.4. explodierte eine Bombe der Roeder-Bande am Haus des Ostfilderer Landrats Braun. Er war für die Auschwitz-Ausstellung in Esslingen zuständig.
- Am 20.4. wurde auf ein Wohnhaus in Celle ein Brandanschlag verübt. Tage zuvor hatten Unbekannte den Bewohnern, Mitglieder eines Antifaschistischen Arbeits- hatten Unbekannte den Bewohnern, Mitglieder eines Antifaschistischen Arbeits- kreises, an die Tür geschmiert und einen Drohbrief geschrieben: „Man soll euch vergasen wie alle Linke, Kommunisten, Juden, Verräter..." („FR", 29.4.).
- Am 27. April riß eine Bombe der Roeder-Bande ein Loch in die Tür der Hamburger Janusz-Korczak-Schule, die frühere Schule Bullenhuser Damm. In der Nacht zum 21. April 1945 hatten hier die Nazis 20 jüdische Kinder, deren Pfleger sowie sowjetische Kriegsgefangene erhängt. Im Gedenken an diese Tat wurde die Schule 35 Jahre später nach dem polnischen Arzt Janusz Korczak benannt, der zusammen mit den Kindern eines von ihm geleiteten Waisenhauses im Konzentrationslager Treblinka ermordet wurde.
- In Frankfurt-Bornheim überfielen am 30.4. acht Neonazis eine antifaschistische Veranstaltung im Jugendclub; vier Menschen wurden verletzt („Frankfurter Nachrichten", 30.4.).
- Ende Mai wurden auf denselben Jugendclub vier Schüsse, wahrscheinlich aus einem Luftgewehr, abgegeben. Gezielt wurde auf die Fensterscheibe, hinter der Plakate zu „Rock gegen Rechts" und einem Anti-Nazi-Stück hingen („taz", 31.5.).
- Ende Juni wurde die Schaufensterfront des Ladengeschäfts des Bremer Buntbuch-Verlags eingeschlagen. Der Stein war in ein Flugblatt mit der Parole „Freiheit für Michael Kühnen" gewickelt (nach Erklärung des Verlags).
- In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni wurde ein Brandanschlag auf die Autos einer linken Wohngemeinschaft in Paderborn-Elsen verübt. Eine „Ente" brannte total aus, bei einem FIAT 500 wurde das Dach aufgeschlitzt und von innen mit Benzin getränkt, ein VW wurde mit Benzin übergossen.
- Am 6. Juli flogen zwei faustgroße Pflastersteine durch das Schaufenster eines türkischen Gemüseladens in Hannover. Dies war bereits der dritte Anschlag an einem Wochenende. Die Steine waren jeweils mit einem Flugblatt umwickelt „Schluß mit den Besatzungszuständen! NS-Verbot aufheben! Ausländer raus!" (AK 181).
- Mitte Juli kam es zu Provokationen im Zusammenhang mit einer Antifaschismus-Ausstellung in Rinteln. „Etwa 20 Mitglieder der Jugendorganisation der NPD aus Rinteln werden von der Polizei beschuldigt, für die Zwischenfälle verantwortlich zu sein" („Göttinger Tageblatt", 15.7.). Auf das Konto der Schläger geht:
  — Ein 16jähriger, der sich an einer Plakat-Aktion der Antifa-Initiative für die geplante Veranstaltungsreihe beteiligte, wurde von zwei Maskierten niedergeschlagen.
  — Während einer Veranstaltung im Rintelner Schulzentrum warfen zwei junge Männer, die auf einem Motorrad mit verdecktem Kennzeichen fuhren, einen Molotow-Cocktail unter ein parkendes Auto und setzten es in Brand.
  — Während einer Filmvorführung des Films „Nazis — gibt's die noch?" überfiel ein Trupp schwarz gekleideter junger Männer die Teilnehmer. Die Neonazis schlugen mehrere Mitglieder der Initiative mit Stöcken nieder. Ein Mitglied der Initiative erlitt Gesichtsverletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung („FR", 18.7.).
- Am 30.7. zertrümmerte eine Metallrohr-Bombe der Roeder-Bande Fenster und Mauerwerk im Küchentrakt des Bundessammellagers für Asylsuchende in Zirndorf.
- Auf das Anti-Atomdorf in Frankfurt-Fechenheim wollte Anfang August ein 28jähriges NPD-Mitglied einen Brandanschlag verüben. Er brachte es aber letztendlich nicht übers Herz und gab den Brandsatz bei den Dorfbewohnern ab („Neue", 16.8.).
- In der Nacht zum 15.8. wurde auf die Marburger DKP-Geschäftsstelle ein Brandanschlag verübt. An die Wände war die Parole „13.8. — Mauer weg" gesprüht („taz", 19.8.).
- Am 17.8. explodierte eine Bombe der Roeder-Bande am Fensterbrett einer Asylantenunterkunft in Lörrach. Zwei Frauen Roeder-Bande am Fensterbrett einer Asylantenunterkunft in Lörrach. Zwei Frauen wurden verletzt („Zeit", 29.8.).
- In der Nacht auf den 21.8. wurde von der Roeder-Bande ein Brandanschlag auf ein Hamburger Ausländerwohnheim verübt, bei dem zwei Vietnamesen getötet wurden.
- Am 23.8. verübten Neonazis einen Brandanschlag auf die linke Hannoveraner Druckerei „Linden-Druck", Sachschaden: 6.000 DM.
- In der Nacht vom 28. zum 29.8. wurden in Hannover erneut türkische Geschäfte demoliert und Flugblätter mit „Ausländer-raus"-Parolen zurückgelassen.
- In der ersten September-Hälfte wurde der Sitz des Präsidiums der VVN Hessen in Frankfurt mit Hakenkreuzen, SS-Runen und faschistischen Losungen verschandelt („tat", 19.9.).
- Gegen die Tür einer Kaffee- und Teestube in Hamburg-Harburg wurde ein Molotow-Cocktail geworfen. An die Hauswand war „Rotfront verrecke" geschmiert („Bild", 22.9.).

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg



Von Nazi-Anschlag zerstörtes Ausländer-Wohnheim

Aus gegebenem Anlaß: Was war der Reichstagsbrand?



27.2.1933: Der brennende Reichstag.

Vier Wochen nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und eine Woche vor den Wahlen, die dem Faschismus die letzte demokratische Legitimation verschaffen sollten, ging am 27. Februar 1933, ungefähr um 9 Uhr abends, das Reichstagsgebäude in Berlin in Flammen auf. Am Tatort gefaßt wurde der holländische Staatsbürger Marinus van der Lubbe.

Der Brand war der Vorwand für die bis dahin schwerste Terrorwelle gegen Kommunisten und Antifaschisten. Noch in der Nacht zum schisten. Noch in der Nacht zum 28. Februar wurden Hunderte von Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten nach längst vorbereiteten Haftbefehlen verhaftet, darunter u.a. Renn, Kischl und Ossietzky. Am 3. März wurde Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, verhaftet (ermordet 1944 in Buchenwald). Noch in derselben Nacht wurden sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen verboten. (Die „Rote Fahne" der KPD war schon einige Tage zuvor verboten worden). Im Verlauf des 28. Februar unterschrieb Reichspräsident Hindenburg jene „Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat", die Hitler diktatorische Vollmachten erteilte und die bis zur Niederlage des Faschismus die formaljuristische Grundlage des Regimes blieb.

Das Märchen vom kommunistischen Aufstand

Für die Nazi-Propaganda waren die Urheber von Anfang an klar: Es konnten nur die Kommunisten gewesen sein, es m u ß t e n die Kommunisten gewesen sein!

– So kursierten Meldungen von angeblichen Umsturzplänen der KPD, die erst wenige Tage vor dem Brand im schon wochenlang von der Polizei besetzten Karl-Liebknecht-Haus der KPD entdeckt worden seien und die „in wenigen Tagen" veröffentlicht werden sollten – nach den März-Wahlen sprach davon niemand mehr;

– Der KPD-Reichstagsabgeordnete Torgler sollte direkt an der Brandlegung beteiligt gewesen sein – in Wirklichkeit saß er in einem Restaurant.

Zusammen genommen ergab die NS-Propaganda folgendes Bild: Die KPD habe mit dem Reichstagsbrand das Startsignal für den bewaffneten Umsturz geben wollen.

Neben van der Lubbe und Torgler, der am 28. Februar selbst zur Polizei ging, um sein Alibi vorzulegen und der dann festgenommen wurde, wurden in den folgenden Tagen noch die drei bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popow und Taneff verhaftet, um den ganzen „Umsturzplan" als internationales Komplott des Bolschewismus gegen Deutschland erscheinen zu lassen. (Alle drei hatten aus Bulgarien als Widerstandskämpfer flüchten müssen). Van der Lubbe als „ausführendes Werkzeug" des Plans wurde als Mitglied der Kommunistischen Partei Hollands der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Brandstifter

Der Reichstagsbrandprozeß, den die Nazis als große Propaganda-Show aufziehen wollten, endete für sie mit einem völligen Desaster. Dimitroff (der spätere Generalsekretär der Kommunistischen Internationale) trieb während des Prozesses Göring dermaßen in die Enge, daß dieser weitere Gerichtsauftritte lieber bleiben ließ. Die bulgarischen Kommunisten wurden im Frühjahr 1934 aus der Haft entlassen. Der Prozeß hatte noch einmal deutlich gemacht, daß es die Nazis waren, die den Brand selbst gelegt hatten, um einen Vorwand für ihren Terror zu haben. ror zu haben.

– So war van der Lubbe zwar bis 1931 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Hollands gewesen, dort aber ausgetreten und hatte seitdem engste Kontakte zu einem Kreis von Nazis um SA-Chef Röhm; der Vermittler homosexueller Kontakte in diesen Kreisen, Dr. Georg Bell, wurde ermordet, seine Liste schwuler Nazis – deren Existenz durch voneinander unabhängige Zeugen bestätigt wurde – wurde nie gefunden;

– Ebenfalls ermordet wurde der Abgeordnete der DNVP, Dr. Oberfohren, der nach der Verdrängung der Deutsch-Nationalen von der Regierung im März 33 eine Denkschrift verfaßt hatte, die die Nazi-Urheberschaft des Brandes belegt;

– Ebenfalls ermordet wurde der Hellseher Hanussen, der in Seancen mit hohen Nazis schon Tage vor dem Brand den Reichstag hatte brennen sehen;

– Es wurde bekannt, daß Göring selbst veranlaßt hatte, daß sämtliche Reichstagsbeamte am 27. Februar schon ab 13 Uhr dienstfrei hatten.

Diese und dutzende weiterer Hinweise, die das Weltkomitee für die Opfer des Hitler-Faschismus in dem berühmten „Braunbuch" (Sommer 33, Nachdruck erhältlich im Röderberg-Verlag) zusammengetragen hatte, lassen für die Brandlegung nur einen Schluß zu: Durch einen unterirdischen Gang, der das Haus Görings (damals preussischer Innenminister und zuständig für die „Sicherheit" des Reichstags) mit dem Reichstagsgebäude verband, drangen mehrere Nazis – wahrscheinlich unter Leitung des Fememörders Heines – in den Reichstag ein, legten das Feuer und liessen als „Täter" den halbblinden van der Lubbe zurück.

Die Aufdeckung der Wahrheit konnte aber nicht rückgängig machen, was die Faschisten mit ihrer Provokation durchsetzten: In den Märzwahlen errrang die schon illegalisierte KPD noch einmal 81 Sitze, die SPD 120 Sitze. Doch ohne Widerstand der bürgerlichen Parteien wurden die Mandate der KPD für ungültig erklärt, die SPD-Fraktion schrumpfte durch ständige Verhaftungen (Verbot der SPD am 22. Juni 33), am 2. Mai wurden die Gewerkschaften aufgelöst, und noch im März wurde in Dachau das erste KZ errichtet. Bis Ende 1933 gab es schon über 100 KZ's mit 150.000 Insassen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Noch zu wenig: Antifaschistischer Protest nach dem Münchner Anschlag

Gemessen an den Hunderttausenden, die in Frankreich nach dem Anschlag auf die Pariser Synagoge auf die Straße gingen, oder gemessen daran, daß in Italien sogar ein Generalstreik nach dem Bombenattentat auf den Bahnhof von Bologna organisiert wurde, war die Reaktion in der BRD auf das Massaker von München beschämend.

Besonders SPD- und DGB-Führung müssen sich sagen lassen, daß sie über verbale „Betroffenheit" gleich nach dem Anschlag, über die Empfehlung von „Schweigeminuten" hier und da hinaus nicht für die Entfaltung antifaschistischen Protests getan haben. Selbst die demagogischen Attacken von Strauß gegen die angeblich zu lasche „Sicherheits"politik der Regierung wurde nur lasch zurückgewiesen.

Man/frau vergleiche die Inaktivität von SPD- und DGB-Spitzen nach München mit deren Hektik im „deutschen Herbst", als es galt, die Bevölkerung gegen den „Terror von links" zu mobilisieren.

Im Einzelnen liegen uns Informationen über folgende Aktivitäten vor:

– Schon kurz nach dem Anschlag wurde am Eingang der Wies'n eine Gedenkstätte errichtet, an der Blumen niedergelegt wurden;

– Am 1.10. demonstrierten in München über 3000 Menschen unter den Parolen „Stoppt die Neo-Nazis! Sofortige Auflösung aller nazistischen Organisationen." Aufgerufen hatte eine Vielzahl antifaschistischer Initiativen und Organisationen.

Der DGB beteiligte sich nicht an der Demonstration; er hatte zu einer kurzen Arbeitsniederlegung aufgerufen.

– Am Abend fand eine Veranstaltung (DKP/VVN) mit ca. 800 Teilnehmern statt; Teilnehmern statt;

– Ebenfalls am 2.10. kamen 500 - 1000 Menschen zu einer Kundgebung der DGB-Jugend in Hamburg.

– Am 3.10. demonstrierten ca. 800 Antifaschisten in Hannover. Aufgerufen hatte der Antifaschistische Arbeitskreis, die VVN, Grüne, GEW und eine Reihe von Gewerkschaftsmitgliedern; der Demonstration schlossen sich das Frauenzentrum, die SAG, die „Volksfront" und KB-Mitglieder an.

– In Frankfurt demonstrierten 500 Menschen am 4.10. einen Tag nach dem Brandanschlag auf ein SPD-Büro in Frankfurt-Höchst. Aufgerufen hatte das Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts"; an der Demonstration beteiligten sich u. a. auch türkische antifaschistische Organisationen, die das Verbot der „Grauen Wölfe" und die Einstellung jeder Militärhilfe an die Türkei sowie die volle Wiederherstellung des Asylrechts in der BRD forderten.

– Am Abend des 4.10. veranstalteten die Falken/Frankfurt an Stelle ihrer geplanten Wahldisco eine Kundgebung „Gegen den Terror von rechts".

– Ebenfalls am 4.10. kamen ca. 1500 Menschen in Westberlin zu einer Demonstration, zu der ein ansehnlicher und unserer Übersicht nach der breiteste Kreis von Organisationen und Initiativen aufgerufen hatte, u.a. AL, BDP, BDJ, Jusos, Falken, Komitee für Demokratie und Sozialismus, „Z", Volksfront, RGR, KB. Die Demo wurde unterstützt von GEW, Humanistische Union, GIM und der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Weitere Demonstrationen und Kundgebungen fanden statt in Paderborn, Kiel, Marburg und Mainz – alle mehrheitlich organisiert und getragen von VVN, DKP und deren traditionellem Bündnisbereich.

Auf einer weiteren Veranstaltung in Köln stellte der Vorsitzende des politischen Ausschusses beim deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Günther Bernd Ginzel, die Frage, ob die „offensichtlich mangelnde Betroffenheit" darin begründet liege, „daß dieses Verbrechen Neo-Nazis angelastet wird."

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



INITIATIVE
EPPENDORFER GEGEN RECHTS

Presseerklärung

Weiter gegen Rechts

Bereits zwei Tage nach der Bundestagswahl trafen sich die Mitglieder der Stoppt-Strauss-Initiative in Hamburg-Eppendorf und beschlossen, unter dem Motto "Eppendorfer gegen Rechts" als Stadtteil-Initiative weiterzuarbeiten. Es wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die sich neben den regelmässigen Planungs-Treffen zunächst mit den Schwerpunkten Frieden und Abrüstung (aktuell: Rekruten-Vereidigung in Hamburg), neofaschistische Aktivitäten in Hamburg, Ausländer-Diskriminierung im Stadtteil und Hamburger Medienlandschaft (z.B. Zensur beim NDR, Anti-Bild-Kampagnen) befassen.

Die Initiative, die in den Monaten vor der Bundestagswahl mit 15 Infoständen, 5 öffentlichen Abendveranstaltungen und 20 000 Flugblättern in Hamburg-Eppendorf präsent war, hat sich zum Ziel gesetzt, die Stadtteil-Bevölkerung durch verschiedene Aktivitäten über die Entwicklungen in den genannten Bereichen aufzuklären und damit einen Beitrag gegen Rechtstendenzen in diesem Land zu leisten.

(Kontakte: Udo Hergenröder, Hamburg 20, Hegestr. 68 (460 46 35) und Rudolf Bresien, Hamburg 20, Kegelhofstr. 40 (480 83 40)

14. Oktober 1980

Beim »Pflasterstrand« nichts Neues (leider!) ...

Die seltsamen „antifaschistischen"(?) Theorien des Frankfurter „PS" konnten auch die Attentate von Bologna und München nicht erschüttern. Im „PS"87 wurde eine Reihe von extrem zynischen „Comics" zum Thema Bologna abgedruckt.

Sie stammen aus der französischen Wochenzeitschrift „Charlie-Hebdo". Das macht die Sache nicht besser. Der „PS"-Redaktion gefielen sie wohl so gut, daß sie sie gleich übersetzten und abdruckten. Ansonsten kein Wort zu Bologna. Viele Leser/innen regten sich auf. Es erschienen ganze Seiten voller Proteste, einige Buchläden ließen die betreffende „PS"- Nummer nach Frankfurt zurückgehen. Eine Scheibe des „PS"-Büros mußte dran glauben.

„......*Aber ich freue mich schon, auf den nächsten Anruf – Ich will mal nach Bologna, hast du eine Adresse von Genossen..... – dann werde ich die Interessenten an die Movimento Sociale Italiano (MSI) weiter verweisen. Da könnten sich die Komikkünstler nicht nur blendend und amüsant unterhalten, sondern sich mit denen zusammen einen exklusiven Trickfilm über neue geplante Coups einfallen lassen, damit wir Pflasterstrandleser noch weiter was zu lachen haben*" (Tamara aus Bologna, „PS" 88).

Ein anderer Leser:

„......*Was sind uns in der Vergangenheit doch für fröhliche Momente des Lebens entgangen. Kein Witzchen über die Folteropfer der Savak, keine Comic-Strips über napalmverbrannte Vietnamesen, keine Karikaturen über die Erschossenen in Chile und Argentinien.....Sollten eurem Zeichner auf Dauer die Ideen ausgehen, greift doch einfach auf ‚Judenwitze' zurück. Ihr knüpft dabei an alten kulturellen Traditionen unseres Volkes an*" („PS", Nr. 88).

Entgegen ihrer üblichen Sitten ließen sich PS-Redakteure diesmal dazu herab, auf die Proteste zu „antworten". Zunächst in der Form eines anonymen Jemands („PS" Nr. 88) – dann in einem weiteren Artikel von Dany-the-King höchstpersönlich („PS" Nr. 89).

„Jemand" (Name ist von der Verfasserin frei erfunden) schreibt in seiner Antwort auf die Kritiker: „.....*Was also ist diese ‚Betroffenheit', die sich bei neuen deutschen Linken so lautstark meldet angesichts drastisch-sarkastischer Darstellungen der menschenverachteten Brutalität eines faschisten Anschlags auf einen Bahnhof ? Weil in einen Bahnhof Züge hinein und wieder hinausfahren ? Alles Ficki-Ficki .....? Ganz recht, alles Ficki-Ficki !*

......Die ganze Welt scheint sich eins zu wichsen angesichts der Möglichkeit eines Atomkrieges. So ein Atompilz ist schließlich auch das Größte, was man sich an Ejakulation vorstellen kann.

.....Aber, daß wir alle miteinander ziemlich bösartig heucheln, wenn wir uns empört zeigen über Bologna (ich

Fortsetzung nächste Seite

»Pflasterstrand«

Fortsetzung von der vorherigen Seite

rede hier nicht von den Italienerinnen, auch nicht von denen, die den Sommer in Italien verbracht haben, und die Welle von politischer Empörung und Solidarisierung in Italien als politische Erfahrung mitgebracht haben....).....Ohne von unserer eigenen Affinität zum Grauen zu sprechen, zeigt es meines Erachtens, daß es grundfalsch war, die Sexualdebatte im ‚PS' an dem Punkt abzubrechen, wo erstmals Gewaltphantasien zugegeben wurden" (mit letzterem ist das ‚Geständnis' eines Typen gemeint, den es quasi befreit habe, seiner schwangeren Freundin in den Bauch zu treten).
So weit, so **kotzig**.

Im „PS' 89 findet sich ein einziger kurzer Artikel zu München. Dieser endet damit:

„Anstatt einer Einschätzung veröffentlichen wir im Anschluß ein Interview mit dem jungen Mitglied einer neofaschistischen Organisation in Italien. Hier artikuliert sich keine politische Logik, sondern ein Charakter, der zu solchen Taten wie München und Bologna in der Lage wäre". Und: **„ NÄHE UND FREMDE ZU UNS VERMISCHEN SICH MANCHMAL AUF FAST BEÄNGSTIGENDE WEISE".** Schluß aus. Ende der Botschaft. Wohlgemerkt: ansonsten so gut wie kein Wort in diesem Artikel zu den Nazis, zu den ATTENTÄTERN, zu den MÖRDERN ! Das abgedruckte Interview (aus „Lotta Continua" übernommen) zeichnet einen (nach den Klischeevorstellungen des „PS") „typischen" Werdegang eines Jungfaschisten, der sogar mal mit Lotta-Genossinnen befreundet gewesen sein soll. Carstens (unser Bundespräsident) soll ja auch, ehe er Nationalsozialist wurde, „Sozialist" gewesen sein. Genauso wie im übrigen – falls manchen das entgangen sein sollte – auch Hitler. Wahrscheinlich auch Hoffmann ?! Worüber „soll" man sich am meisten aufregen ?

Über die Dummdreistigkeit, über die arrogante Leserbeschimpfung, über die kaltblütige Schnoddrigkeit, mit welcher die Aposteln der „Neuen Menschlichkeit" über Opfer faschistischer Attentate schreiben, über ihre geistige Unredlichkeit ??

Unredlich – weil hier keine Stilfragen – wie weit darf Sarkasmus gehen oder Ähnliches – zur Debatte stehen. Der Abdruck dieser „Comics" geschieht ja nicht zufällig-naiv. Seit einem Jahr betreibt der „PS" eine Kampagne zur Verharmlosung von Nazis, die durch nichts zu entschuldigen ist.

Da schrieb ein Hanjo („PS" 83) zum 17. Juni:

„......Nicht wir sind die Diskriminierten, sondern die Teilnehmer der NPD-Veranstaltung, die zwei bis *vier Tausend wilhelminischen* *NPD-Veranstaltung, die zwei bis* *vier Tausend ‚wilhelminischen Freaks' sind die Diskriminierten.... Schafft zwei, drei, viele Nazibuchläden....Ich finde es sehr wichtig, daß diese ‚wilhelmischen Freaks', Alt- und Neonazis demonstrieren können und ihr Gedankengut zeigen können"* (Na, Hanjo, bist du nun zufrieden ??). Oder im PS 82 schrieb ein Matthias Beltz:

„.....Der Antifaschismus gehört zu den Konstitutionsbedingungen des Faschismus.....Zu fragen wäre, in einer kritischen Theorie, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzt, welche Bedeutung die innerstaatliche Feindeserklärung gegen den Nationalsozialismus in den zwanziger Jahren für dessen Stärkung hatte".

Als Evergreen wird immer wieder vom sogenannten *„staatlich verordneten Antifaschismus"* geredet (der hält sich wohl gegenwärtig ziemlich diskret zurück....). Herr Cohn-Bendit forderte selber, er liebt ja die intellektuelle Herausforderung, „Freiheit für Rudolf Hess".

Ein weiteres Mitglied der „Scene" offenbarte seinerzeit mutig: *„Meine schönste Vögelei war an dem Morgen, als die Meldung von dem Tod aus Stammheim aus dem Radio kam"* („PS" 21). D a s alles steht zur Debatte.

Von Interesse ist nicht, ob Cohn-Bendit die „Comics eher langweilig" fand („PS" 80) und ob ein anderer PS-Typ sie „eher gut" fand, wie uns als letzte Meldung von CB offenbart wird, sondern zum Beispiel die Antwort auf die Frage:

– Meint ihr nicht, daß ihr euch vielleicht geirrt habt ? Wieso kommt ihr bloß nicht drauf ? Weil ihr weder in Bologna oder in Italien im Urlaub wart, noch Bayern oder Münchner seid ?

E., KB Gruppe Frankfurt

Interview der »pour« mit einem ehemaligen aktiven Rechtsextremisten aus Belgien über die Teilnahme an einem Lager der WSG

Hoffmanns belgische Freunde im Manöver

„An einem Freitagmorgen fuhren wir nach Nürnberg. Wir waren mehrere in einem Wagen, der einem von uns gehörte. Wir brauchten den ganzen Tag dorthin, denn das Haus Hoffmanns ist mehr als 750 km von Antwerpen entfernt. Er wohnt in Heroldsberg, das ist 5 km von Nürnberg entfernt. Man erreicht es über die Abfahrt Nord der Autobahn. Man hatte uns bestimmte Anweisungen erteilt: Während der Fahrt nur Zivilkleidung, keine funktionierenden Gewehre im Wagen, keine Hakenkreuze oder andere in der BRD illegale Abzeichen. Im Kofferraum des Wagens befanden sich unsere persönlichen Sachen: Kampfanzug, Feldgerät, Schlafsack, Schaufeln, Wasserflaschen etc. Wir kamen spät abends bei Hoffmann an. Eine Wache steht übrigens die ganze Nacht bereit, um die Ankömmlinge aufzunehmen, denn eingige fahren am Freitag nach der Arbeit erst los. Sie kannten mich nicht und fragten mich nicht nach meinem Ausweis, denn der Verantwortliche für die Fahrt garantiert für diejenigen, die er mitbringt. Wir wurden in den Kellern seines Hauses einquartiert, die als Schlafsäle eingerichtet worden sind. Wenn ich mich richtig erinnere, stehen da sechs Etagenbetten, d.h. für 12 Personen.

Am Samstagmorgen sind wir noch vor sechs Uhr in einem alten LKW der westdeutschen Armee, einem Mercedes abgeholt worden. Damit wurden wir zum Schloß Ermreuth gebracht. Dort finden auch die Trainings statt, seit Hoffmann dieses Schloß vor einigen Jahren erhalten hat. Ich habe erfahren, daß in diesem Schloß schon vor dem Krieg Treffen von militanten Nationalsozialisten stattgefunden haben sollen. Das Schloß liegt ganz in der *Nähe von Hoffmanns Haus: Etwa 8* *ben sollen. Das Schloß liegt ganz in der* *Nähe von Hoffmanns Haus: Etwa 8 bis 10 km entfernt — auf jeden Fall erschien mir die Fahrt recht kurz. Wir mußten uns im Hof aufstellen, dann begann der Drill, dann wurde Kriechen und Robben geübt. Das hat ungefähr eine dreiviertel Stunde gedauert. Inzwischen wurde das Frühstück vorbereitet. Kurz vor 7 Uhr gab es Kaffee, Brot, Wurst, Marmelade etc. Pro Tag bezahlten wir 10,—DM für Verpflegung. Dann teilte man uns den Arbeitsablauf des Tages mit. Bis zum Abendessen war es tatsächlich nichts anderes als „Arbeitsdienst". Das heißt, daß man sich an den Arbeiten zur Instandsetzung des Schlosses beteiligen muß, wovon Hoffmann den größten Nutzen hat. Die Deutschen selbst reparierten LKWs, die von der Armee gekauft worden sind und die entweder unserem Training dienen oder die an die Falange im Libanon verkauft werden. Vermutlich ist die größte Verdienstquelle Hoffmanns sein Handel mit altem Militärmaterial.*

Dort habe ich auch erfahren, daß Hoffmann bereits 1963 in der Türkei wegen versuchter illegaler Waffeneinfuhr verhaftet worden ist. Nach dem Abendessen haben wir einen kurzen theoretischen Kurs über Techniken des Hinterhalts, der Stadtguerilla und darüber erhalten, wie wir als Einzelne eine Menschenmenge in eine Aktion hineinziehen können etc.

Als es dunkel wurde, sind wir in kleinen Gruppen weggegangen, jede begleitet von einem Deutschen, der die Gegend kannte wie seine Westentasche. Wir waren in einer bewaldeten hügeligen Gegend. Wir trugen unsere Uniformen, wattierte Jacken, einige hatten SS-Mützen, andere hatten Helme. Jeder von uns hatte ein Gewehr ohne scharfe Munition. Ich glaube, daß man mir eine alte FN, eine Mauser, gegeben hatte, manche hatten Handgranaten zum Üben.

Nach einem Marsch von einer halben Stunde trafen wir uns auf einer Lichtung. Wir waren ungefähr vierzig. Hoffmann will übrigens nie mehr als vierzig Teilnehmer gleichzeitig haben, aus verschiedenen Gründen der Sicherheit und der Leitung. Dann begannen wir einen weiteren Marsch, dann wurde geklettert, wurden Bäche durchquert etc. Was mich am meisten beeindruckt hat, war, wie wir uns in einer Lichtung in Reihen stellen mußten. Wir sollten den Feind erreichen, der sich gegenüber, auf der anderen Seite befand. Er beschoß uns mit gezielten Gewehrsalven. Man mußte sich auf die Erde werfen, schnell aufstehen, vorwärtsstürmen und sich wieder hinwerfen, um den erneuten Salven auszuweichen. Das war ein Vorwärtskommen in Sprüngen gegen den Feind. Und das in der schwarzen Nacht, alle diese Salven knapp über unseren Köpfen, das war beeindruckend.

Dann erhielten wir eine zwei- bis dreistündige Pause während der Nacht. Man holt seinen Schlafsack heraus und legt sich auf den Boden. Wenn es sehr stark regnet, was nicht der Fall war, schläft man in kleinen Zelten.

Früh am Morgen sind wir erschöpft im Schloß angekommen. So sieht ein Trainingswochenende bei Hoffmann aus. Was mich am meisten verwundert hat, ist die außergewöhnlich strenge Hierarchie der Hoffmanngruppe. Er hat uns oft angeschrieen, einige wurden auch körperlich bestraft.

Ich bin jetzt kein Mitglied der organisierten Rechtsextremisten mehr, aber das ist eine andere Geschichte".

(aus „Pour", Nr. 330, 2.10.80;
Übersetzung: Belgien-Kommission)

DIRECTION DES VOLONTAIRES
DE LANGUES FRANCAISES

WSG
Hoffmann-Truppe
Hauptquartier Nürnberg

[redacted]

[redacted]

[redacted]

POSTANSCHRIFT:
KARL-HEINZ HOFFMANN
8501 HEROLDSBERG
TELEFON 0911/56 83 01

Leitung der französisch-sprachigen Freiwilligen

Kamerad,
als Antwort auf Ihr letztes Schreiben vom ... finden Sie anliegend alle notwendigen Informationen für das Winterlager. Die Anzahl der Kameraden, die Sie mitbringen wollen, braucht auf keinen Fall begrenzt werden, denn je zahlreicher Sie sind, desto größer werden Ihre Möglichkeiten der Unabhängigkeit sein. Andererseits sind wir uns einig über das Prinzip der Organisation einer WSG ... Über Einzelheiten Ihrer Aufstellung werden wir während des Winterlagers diskutieren können. Was die Photographien betrifft, so werden Sie sie erhalten, wenn wir sie als Broschüre gedruckt haben.
Grüße Europa 88
(aus „Pour", Nr. 330, 2.10.80)

Waffenlieferant der Nazi-Terroristen aufgeflogen?

Düsseldorf, 7.Oktober. In den Postämtern Düsseldorf und Pforzheim fallen aus beschädigten Paketen Handgranaten. Daraufhin macht die Polizei eine Hausdurchsuchung bei dem Absender und findet ein umfangreiches Waffenlager:

- **Drei 21 cm lange Granaten**
- **21 Geschoßmäntel**
- **7 Granatwerfergranaten**
- **27 Eierhandgranaten**
- **750 Gramm Zellulosetreibstoff-Ladungspulver**
- **2 Walther-Pistolen**
- **mehrere tausend Schuß MG-, Gewehr- und Pistolenmunition.**

Darüber hinaus jede Menge Nazi-Literatur. Karl-Heinz D., Sophienstr. 4000 Düsseldorf 13, als harmlosen „Waffennarr" zu verkaufen, fällt Polizei und Presse diesmal schwer:

Der 26jährige Angestellte und Bundeswehr-Reserveunteroffizier betreibt einen beim Gewerbeaufsichtsamt angemeldeten „Versand-Handel für militärische Fachbücher und Ausrüstungsgegenstände", ist der Polizei als NPD-Sympathisant bekannt, bei ihm wurde ein Brief von Hoffmann gefunden, in dem er zu einer WSG-Übung auf Schloß Ermreuth eingeladen wurde.

Ein sonderliches Interesse, Karl-Heinz D. das Handwerk zu legen, kann man der Polizei und der Staatsanwaltschaft nicht nachsagen. Es dauerte über einen Monat, bis der Hausdurchsuchungsbefehl ausgestellt wurde. Karl-Heinz D. wurde am selben Tag wieder auf freien Fuß gesetzt, da angeblich keine Flucht- und Verdunklungsgefahr besteht. Die Staatsanwaltschaft glaubt auch nicht daran, daß in Düsseldorf ein Ableger der Wehrsportgruppe existiert.

Daß zumindestens in der Umgebung von Düsseldorf ein Ableger der Hoffmann-Bande existiert, beweist die Tatsache, daß einer der nach dem Münchener Attentat an der deutsch-österreichischen Grenze festgenommenen WSG-Mitglieder ein 25jähriger ehemaliger Polizist aus Nettetal-Lobberich ist.

Eventuell handelt es sich bei diesem Ableger um die Kampfsportgruppe Willich-Anrath, deren Anführer Harald Winter und drei Mitglieder im Juni 80 vor einem Krefelder Jugendgericht standen. ‚Weitere Hinweise nimmt jede antifaschistische Dienststelle entgegen.'
(Informationen aus „RP" vom 10.10.80 und 11.10.80, „Express" und „WZ" vom 10.10.80 und von der Antifa-Kommission NRW)
Detlef/Düsseldorf

Erneut Anschläge auf Asylanten-Heime

Einen weiteren Anschlag auf ein Asylantenheim haben drei Mitglieder der nazistischen „Deutschen Aktionsgruppen" gestanden. Diesmal ist es ein Brandanschlag Anfang August auf ein Hotel in Leinfelden bei Stuttgart, in dem Asylbewerber untergebracht waren. Die „Deutschen Aktionsgruppen" um Manfred Roeder waren Anfang September aufgeflogen und hatten schon Bombenanschläge auf die Asylantenheime in Lörrach und Zirndorf sowie auf eine Auschwitzausstellung in Esslingen, eine Privatwohnung, die Janusz-Korcak-Schule in Hamburg gestanden, sowie den Anschlag auf das Ausländerheim in Hamburg Ende August, bei dem zwei Vietnamesen getötet worden waren.

- In Anröchte/Kreis Soest wurde ein glücklicherweise noch leerstehendes Haus, in das 10 ägyptische Asylanten einziehen sollten, am 4.10. durch einen Brandanschlag zerstört. Ende August war schon einmal Feuer in dem Haus gelegt worden („ZaS", 5.10.).
- In München wurde am 6.10. in der Tiefgarage eines von 600 Aussiedlern und Asylanten aus dem RGW belegten Hauses Feuer gelegt. Auch hier blieb es glücklicherweise bei Sachschaden. Als Täter wurden inzwischen ein 24jähriger Automechaniker und zwei 19jährige Arbeitslose aus München festgenommen. Nach Angaben der Polizei hatte der Anschlag — wie sollte es auch anders sein? – keine politischen Hintergründe. „RP" 7.10. und 11.10.).

Detlef/Düsseldorf

»Wehrsportgruppen« und andere Nazi-Banden

Hoffmanns Nürnberger „Wehrsportgruppe" (WSG), die im Zusammenhang mit dem Münchner Attentat bundesweit bekannt wurde, ist beileibe nicht die einzige kriminelle Nazi-Bande in der BRD und in Westberlin. So hat die WSG selbst Ableger in verschiedenen Gegenden der BRD (Württemberg, Frankfurt, Hannoversch-Münden u.a.) aufgebaut, und es existieren zahlreiche ähnliche Banden.

Im „Wehrsport"-Konzept der Hoffmann-Bande („legale" paramilitärische Ausbildung und Nazi-Propaganda bei gleichzeitiger Organisierung eines militanten Untergrundnetzes) treffen sich Entwicklungslinien „orthodoxen" und „neuen" Neo-Nazismus: WSG-Gruppen rekrutieren sich zum einen aus der Tradition der postfaschistischen Soldatenverbände wie „Stahlhelm" u.ä. und ihres bündisch-militärischen Umfelds, und zum anderen aus den neuen „NSDAP"-Gruppen.

Die folgende Übersicht erhebt nicht den Anspruch, diese Szene vollständig aufzulisten. Sie zeigt aber schon in der (unvollständigen) Übersicht das Ausmaß dieser Entwicklung und zeigt mögliche Ansatzpunkte, an denen die antifaschistische Ermittlungs- und Fahndungstätigkeit gegen Nazi-Banden wieder verstärkt aufgenommen werden muß. Wir freuen uns auch, wenn Informationen (oder Anfragen) über die Redaktionsadresse an die Antifa-Kommission des KB gelangen.

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Baden-Württemberg

* **Kornwestheim:** Im Dezember überfiel eine Gruppe von Jugendlichen ein „Friedensfest" – mit Schlagstöcken, Lederkoppeln und Hakenkreuzarmbinden. Der Anführer der Truppe, ein damals 16jähriger Schüler, gestand Kontakte zu Hoffmanns WSG und zu Hoffmann-Spezi Heinzmann (HTS, Tübingen).

* **Vöhringen:** Der Lehrer Helmut Dieterle ist Mitglied im „Freundeskreis" der WSG. Dieterle ist NPD-Mitglied und „Gauführer Schwaben" der „Wiking-Jugend"; er war an den WSG-Schlägereien am 4.12.76 in Tübingen beteiligt.

* Im Herbst 1979 fand ein Prozeß gegen eine Nazi-Bande um Odfried Hepp aus **Achern/Ortenaukreis** (Baden) statt. Ein Jahr zuvor war bei Hausdurchsuchungen bei 17 Mitgliedern einer NSDAP-Gruppe in Stuttgart und Karlsruhe umfangreiches Material gefunden worden: Maschinenpistolen, Kampfanzüge, NSDAP-Material. Bei Hepp wurden Organisationspläne für eine WSG gefunden. Die Bande soll mehrere Anschläge auf antifaschistische und jüdische Einrichtungen, Banküberfälle sowie die Entführung einer prominenten Persönlichkeit zur Freipressung des Nazi-Verbrechers Heß geplant haben.

* In **Freiburg** ist seit vielen Jahren die „Kampfgruppe Priem" aktiv, auch nach dem Umzug Priems nach Westberlin. Anfang des Jahres wurden drei Banden-Mitglieder festgenommen: ein 15jähriger Schüler, ein 17jähriger Lehrling und ein 20jähriger Fotolaborant. Sie sollen eine Vergewaltigung begangen und den jüdischen Friedhof geschändet haben.

* In **Göppingen** scheint es eine festere Struktur einer Bande zu geben; diese Bande um S. Weiß und Kurt Klein hat nach Informationen Göppinger Antifaschisten Kontakte zu Hoffmann angeknüpft.

* In **Karlsruhe** treibt ein erst kürzlich in „Deutsches Jugendfreizeitwerk" umbenannter „Bündischer Jugendring" unter der Odalsrune der „Wiking-Jugend" sein Unwesen. Nachdem schon bekannt war, daß dort Jugendliche paramilitärisch ausgebildet werden (u.a. in Schießübungen), wurde jetzt weiteres bekannt: Jugendliche mußten auf den Lagern dieses Vereins „zur Strafe" stundenlang im Wasser stehen; in mindestens einem Fall wurde einem Kind, (ein Neunjähriger!) „zur Strafe" mit einem Luftgewehr ins Knie, in den Bauch und in den Oberschenkel geschossen! („Badische Neueste Nachrichten", 2.9.80).

Bayern

* In **München** formierte sich 1979 um den ehemaligen Bundeswehrsoldaten Willibald Kraus eine „NSDAP"-Gruppe. Kraus wird seit Juli 1979 steckbrieflich gesucht und hält sich in Großbritannien auf. Von Kraus unterzeichnete Flugblätter tauchten auch in Frankfurter Schönborn/„VSBD"-Kreisen auf. Bei Hausdurchsuchungen wurden u.a. Schlagstöcke und Nazi-Propagandamaterial gefunden.

* Im November 1979 flog in München eine weitere Gruppe auf, die sich **„Werwolf"** nannte. Im August 1980 wurde von der italienischen Polizei am Gardasee eine weitere Gruppe von Münchner Jugendlichen festgenommen, die unter Leitung eines Sozialarbeiters mit militärischen Fahrzeugen, langen Messern und Nazi-Emblemen auf dem Hemd dort ein Lager veranstaltete.

* Im Landkreis **Regen** hatten sich mehrere Nazis um einen 20jährigen Bundesgrenzschutzbeamten zusammengefunden, „um den Aufbau einer neonazistischen Organisation zu planen" („tat", 10.8.79). Bei ihnen wurden gefunden: 1.400 Gewehrpatronen, Pistolenmunition, Jagdpatronen, Maschinengewehrmunition, sieben Gewehre, Gasmasken und Bajonette.

* Im Landkreis **Fürstenfeldbruck** kam es Ende 1979 zu einem „Zusammenstoß" zwischen empörten Spaziergängern und einer „halbmilitärischen" Gruppe, die in einer Lehmgrube Schießübungen abhielt (PDI, 1.12.79).

* In **Bamberg** wird der DGB-Kreisvorsitzende Haarkötter von einer „Hitlerjugend Bamberg-Gaustadt" bedroht, die 200 Mitglieder haben will. Beim bayerischen Innenministerium liegen angeblich keine Erkenntnisse gegen diese Gruppe vor („SZ", 19.8.80). Im Gegenteil: Anstatt selbst zu ermitteln, wurde Haarkötter mit einer Geldstrafe belegt, weil er seine Informanten nicht nennen wollte.

* In **Neuburg** an der Donau hat die Hoffmann-Bande eine 60 Leute umfassende Jugendgruppe aufgebaut, die auf dem Gelände eines Mitglieds eine „Waffenschau" mit behördlicher Genehmigung durchführte (PDI, 15.4.79). Angeblich hat sich Hoffmann zur Tatzeit von München in Neuburg aufgehalten.

Hessen

Hessen

* **Frankfurt** ist seit längerem Stützpunkt eines ganzen Geflechts von Nazi-Banden, das – teilweise in Personalunion – von Schönborns „Kampfbund Deutscher Soldaten" über die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" bis hin zu einem Ableger der Hoffmann-Bande (WSG) reicht.

Nach dem Verbot der WSG im Januar 1980 bildete sich in Frankfurt eine „Arbeitsgemeinschaft NSDAP" und danach eine „NSDAP". Wahrscheinlich von Frankfurt ausgehend haben sich auch in weiteren Städten Hessens Nazi-Banden gebildet:

* In **Dieburg** überfallen im Januar 1980 sieben Nazis, die sich zur WSG rechnen, einen Jugendtreff und verletzten zwei Personen.

* In **Eschborn** überfallen am 16.2.80 etwa 40 Nazis unter „Heil-Hitler"-Geschrei eine Gruppe von 15 DGB-Mitgliedern. Ein Antifaschist mußte im Krankenhaus operiert werden.

* In **Gießen** fallen am 1.3.80 bekannte Frankfurter „VSBD"-Mitglieder über mehrere Passanten her, die einem von den Nazis bedrohten und beschimpften körperbehinderten Bettler zu Hilfe eilen wollen.

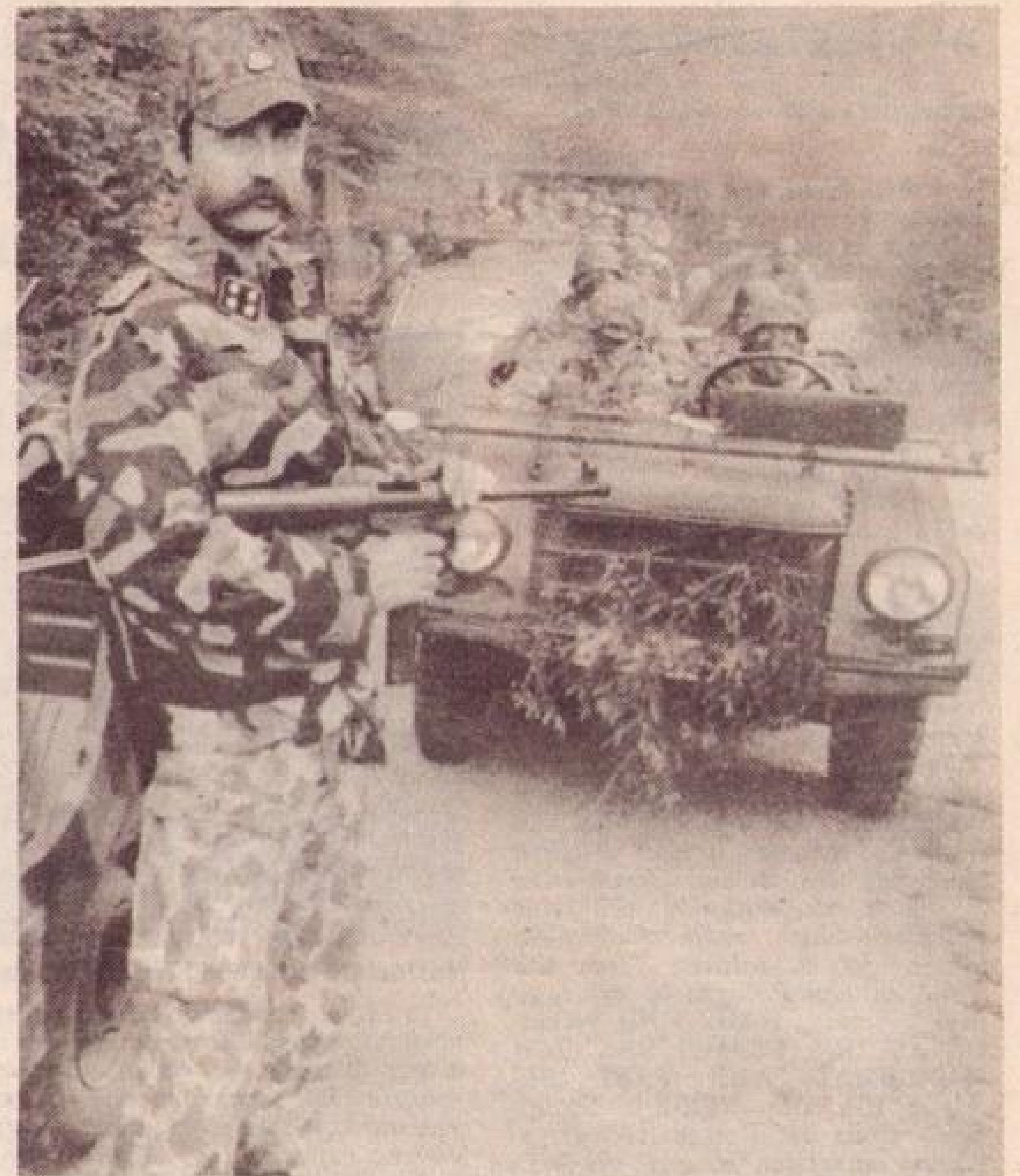
* Im **Taunus** werden im März Spaziergänger von Nazis in schwarzen Stiefeln und Reithosen, mit Mundtüchern gntarnt, bedroht und beschimpft.

* Im **Hochtaunuskreis** sowie in **Schwalbach** werden vermehrte Hakenkreuzschmiereien etc. festgestellt, deren Urheber der WSG und der „NSDAP" zugerechnet werden. Bei einem nächtlichen Überfall werden die Angegriffenen als Kommunisten beschimpft, einem Mann muß im Krankenhaus ein Stecheisen aus dem Oberschenkel gezogen werden.

* Auch die **„NS-Kampfgruppe Mainz"** um die Familie Müller ist weiterhin aktiv. Noch während Ehemann Müller eine im April 1979 verhängte Haftstrafe von sechs Monaten verbüßte, trafen sich bei Ehefrau Ursula ca. 40 „NSDAP"ler, um „Führers Geburtstag" zu feiern („FR", 22.4.80).

Niedersachsen

* Anfang Oktober meldete die „FR", daß



Mitglieder der Pfadfindergruppe „Sturmvogel" aus **Hannoversch-Münden** mehrere Kleinkalibergewehre samt Munition gestohlen haben. Dies Gruppe – aufgebaut von dem Mündener Lehrer Luthardt – hatte schon früher von sich reden gemacht; einige ihrer Mitglieder waren bei „Übungen" der Hoffmann-Bande gewesen.

* Engen Kontakt unterhält diese Gruppe zum **Göttinger** NPD-Jugend-Funktionär Hans-Michael Fiedler, der in Göttingen geistiger Ziehvater des rechtsradikalen „Unabhängigen Schülerbundes" ist, hat auch maßgeblichen Einfluß auf die im Raum **Rinteln/Bückeburg** agierende Gruppe um die NPD/JN-Mitglieder Lothar Quaisser und Jürgen Döhr, die im Sommer 1980 mehrere Überfälle auf Antifaschisten unternahm und mit Molotow-Cocktails ein Auto in Brand steckte.

* **Celle:** „Wir wollen diese Dinge nicht unnötig hochspielen", erklärte ein Sprecher der Polizei, als bekannt wurde, daß im Frühjahr/Sommer 1980 eine „Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V." mehrmals „Geländeübungen" im Harz und auf Bundeswehrübungsplätzen (!) durchgeführt hatte. Die Bande besitzt u.a. einen großen Verkehrsbus, mehrere Jeeps, einen LKW mit MG-Luke, militärische Ausrüstungsgegenstände wie Tarnnetze, Schlauchboote etc. – Leiter der Bande ist der Arzt Uwe Jürgens aus Bergen, der als Zeuge im Bückeburger Prozeß über gemeinsame Autofahrten und Beschaffungsaktionen mit Rohwer aussagte.

nen mit Rohwer aussagte.

* Spätestens seit Anfang 1977 operiert in **Hannover eine** militante „NSDAP"-Gruppe um Joachim Nowald, Oliver Schreiber, Volker Heidel und anfangs auch Andreas Kirchmann. Als „Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß", als „Antikominternjugend", als „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" oder als „Deutsch-Völkische Gemeinschaft" trieben sie ihr Unwesen, bis in jüngster Zeit A. Kirchmann „ausgestiegen" ist und O. Schreiber und V. Heidel wegen Beteiligung an mindestens einem Bombenanschlag auf das Hannoveraner Gerichtsgebäude (im Zusammenhang mit der Braunschweiger Otte-Bande) in U-Haft mußten. Dennoch gehen in Hannover die Nazi-Umtriebe weiter. Linke Buchläden und Druckereien werden überfallen, türkische Geschäfte demoliert etc. Um Nowald, der zumindest im Frühjahr als aktiver Teilnehmer einer NPD-Kundgebung in Erscheinung trat, hat sich erneut eine Gruppe von ca. 15 Kindern und Jugendlichen gebildet.

* Ebenfalls in Hannover gab (gibt?) es eine „Wehrsportgruppe Germania", mit deren Chef Haushelter sich Hoffmann 1978 traf. Im Raum **Hildesheim** – so wurde 1978 bekannt – gibt es eine „Neue Niedersächsische Waffen-SS". In der Nähe von Hildesheim, in **Hastede**, gibt es eine sogenannte „Hasteder Schutzstaffel". An der Bundesstraße zwischen Hastede und Hildesheim wurde im Frühjahr 1979 eine Rohrbombe entdeckt – Zufall?

* In **Emden** existiert eine Nazi-WSG seit Winter 1978/79, die ca. 20 - 30 Jugendliche umfaßt.

Nordrhein-Westfalen

* Mindestens seit 1978 ist in **Bielefeld** eine Gruppe Jugendlicher bekannt, die regelmäßig „Wehrsportübungen" veranstaltet – mit Gummiknüppeln, Waffen, Kampfanzügen und SA-Abzeichen.

* Im Mai 1979 wurde die Existenz einer **„Wehrsportgruppe Neuß"** aufgedeckt, die paramilitärische Übungen durchführt und aus ca. zwei Dutzend Jugendlichen besteht.

* In Ostwestfalen wurde im Februar 1979 eine Nazi-Bande ausgehoben, die in **Höxter** und Umgebung eine „Nationalsozialistische Kampfgruppe Ostwestfalen-Lippe" gebildet und reichlich Waffen zusammengebracht hatte. Unter Führung von Rolf Garbser wurden Nazi-Feiern veranstaltet, Überfälle und Einbrüche und Schießübungen abgehalten. Wegen Diebstahls, Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetzt, Besitz von verfassungswidrigen Propagandamitteln, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß wurden drei Mitglieder zu Freiheitsstrafen auf Bewährung, fünf weitere zu Geldstrafen verurteilt („SZ", 7./8.6.80).

* Ende 1978 meldete sich in **Moers** eine „Sturmabteilung Moers" mit einem Drohbrief zu Wort.

* In **Willich-Anrath** existiert eine weitere „NS-Kampfgruppe", deren Führer Harald Winter Kontakte zum NSDAP-Aktivisten Willi Wübbels unterhält. Bei Hausdurchsuchungen wurden Schuß- und Stichwaffen gefunden.

* Anfang 1979 wurden in **Essen** vier Mitglieder einer „Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft" angeklagt, einen Brandanschlag verübt sowie NS-Propaganda betrieben zu haben. Einer der Angeklagten gab es an, NPD-Mitglied zu sein.

Westberlin

* Trotz des NSDAP-Prozesses in Westberlin im Juli/August 1979, bei dem insgesamt 23 Personen wegen neonazistischer Aktivitäten verurteilt wurden, ist die dortige Bande nach wie vor aktiv: Die seit Anfang 1980 erscheinende Nazi-Schrift „Der Schu-

Bande nach wie vor aktiv: Die seit Anfang 1980 erscheinende Nazi-Schrift „Der Schu-lungsbrief" (hergestellt in den USA) wird in Westberlin verteilt; am 12.1.80 hob die Polizei die Gründungsversammlung einer „Kampfgruppe Großdeutschland" in einem Spandauer Lokal aus. Organisator des Treffens war der 17jährige Nazi Rohlauf, der nur wenige Wochen zuvor, am 30.11.79, wegen Volksverhetzung etc. zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden war.

Schleswig-Holstein

Am 2.10.80 gab das schleswig-holsteinische Innenministerium eine größere Aktion gegen Neonazis bekannt, ohne jedoch Einzelheiten zu nennen. Auf keinen Fall aber bestünden Verbindungen zu den Münchner „Ereignissen".

* So kann man/frau nur vermuten, daß nach wie vor die Nazis um die bekannten Zentren aktiv sind, so die **„Husumer Gruppe"** um Ernst August Möller, Jürgen Töpke, Heinrich Eisermann, Wolf Dieter Böhm und Martin Geisert, die in den Raub eines NATO-Safes mit Geheimpapieren verwikkelt sind und an den Aktionen der ANS (Hansa-Bande) beteiligt waren; zumindest Eisermann wird beschuldigt, an einem Bombenanschlag auf das Flensburger Gericht 1977 beteiligt gewesen zu sein. Alle fünf sind auf freiem Fuß. Möglich wäre auch, daß aus der mehr im Raum **Kiel** ansässigen Bande um Dietmar Munier, Peter Teufert, Robert Marchi und Jobit Stolp neue Aktivitäten sich entwickelt haben.

* Seit Anfang 1979 hat sich in **Bokel** bei Pinneberg eine neue Bande unter der Führung von Christian Worch (mittlerweile im Knast), Tibor Schwarz und zumindest zeitweise Michael David (alle drei Hansa-Bande) gebildet, die eine ganze Serie von Anschlägen, Überfällen etc. verübte. Im Februar 1980 stürmte die Bande den durch eine frühere „Saalschlacht" mit der Polizei berüchtigten „Tannenhof" in Lentföhrden und lieferte sich mit der dort anwesenden Freiwilligen Feuerwehr eine wilde Prügelei. Prozesse im Mai 1980 führten zu leichten Strafen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Wie kriminell ist die NPD?

Wehrsportgruppe Hoffmann verboten!
Ist damit das Problem der neonazistischen Gruppen in der BRD erledigt?

ISBN 3-88305-006-7

184 S. DM 15

Angesichts der Fülle des antifaschistischen Büchermarkts überrascht doch eine Tatsache: Zur NPD selbst ist seit 1969, als die grundlegende, leider kaum noch erhältliche Untersuchung von Kühnl, Rilling und Sager erschien, kein einziges Buch mehr publiziert worden. Diese Lücke schließt das hier besprochene Buch.

Tatsächlich ist es mehr als „nur" ein Buch zur NPD (was allein sein Erscheinen rechtfertigen würde): Seine Informationsdichte, sein Überblick über die (mit Ausnahme der nationalrevolutionären Richtung) gesamte neofaschistische Szene und nicht zuletzt sein ausführliches Register machen es zu einem unentbehrlichen Handwerkszeug für jeden im antifaschistischen Bereich Tätigen. Es mag überheblich klingen, aber uns ist aus neuerer Zeit keine antifaschistische Veröffentlichung bekannt geworden, zu der nicht dieses Buch wichtige, sorgfältig belegte und interessante Zusatzinformationen liefern würde. Insbesondere betrifft dies das Gebiet der offenen „NS-Banden", die überwiegend Gegenstand der neueren Publikationen sind: Ob „Hansa"-Bande, „Wehrsportgruppe Hoffmann", „Wiking-Jugend", „NSDAP/AO", „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" usw. – sie alle werden in diesem Buch in den Zusammenhang gestellt, der in den meisten übrigen Publikationen fehlt und der von offizieller Seite, und insbesondere in den amtlichen Verfassungsschutzberichten erst recht, kaum Erwähnung findet: Alle diese Banden sind legitime, wenn auch nach außen hin ungeliebte Kinder der NPD. Oder anders ausgedrückt: Ohne die NPD als „legal" arbeitende organisierende Kraft gäbe es heute zweifelsohne diesen terroristischen Nazi-Sumpf nicht. Diese Radikalisierung von Teilen der NPD und insbesondere ihrer Jugend ist sicher Resultat ihres gesunkenen „parlamentarischen", d.h. in Wählerstimmen ausdrückbaren Gewichts. Doch hierin liegt auch nicht die eigentliche Bedeutung der NPD als der Wahlpartei der Neofaschisten. Vielmehr ist die NPD die erste neofaschistische Partei seit der Niederlage des Faschismus, mit der es den Herrschenden weitgehend gelungen ist, den Faschismus zu einem Bestandteil des parlamentarischen Systems zu machen. Denn nichts anderes bedeutet das Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs vom Februar 1978, dessen Kernsatz lautet: *„Es ist nicht erwiesen, daß die NPD verfassungsfeindliche Ziele im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfolgt"*.

Ein Buch, das jeder Antifaschist besitzen sollte.

buntbuch-verlag, lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Auf den Spuren des Terrors

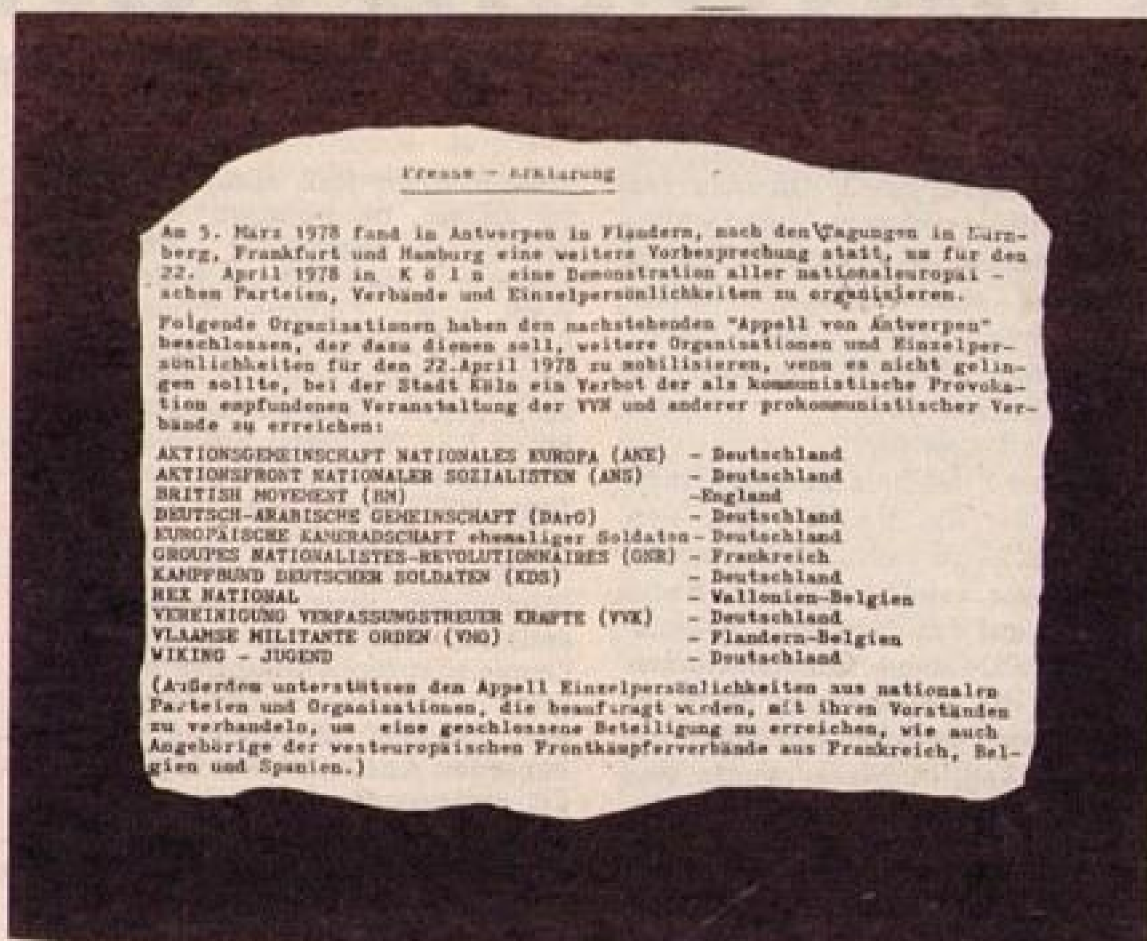
Internationale Verbindungen der Nazi-Banden

Die nazistischen Anschläge der letzten Wochen – in der BRD, in Italien und Frankreich –, militante Aufmärsche gegen „Einwanderer" in der BRD, Frankreich und Belgien beleuchten eine internationale Nazi-Szene des Terrors.

Im Zuge der veröffentlichten Ermittlungsergebnisse zum Bombenanschlag in Bologna wurden die italienisch-französischen Nazi-Kontakte bekannt. Nach dem Münchner Mordanschlag gab es Meldungen über internationale Verbindungen der Hoffmann-Bande. Roeders Festnahme nach den Anschlägen der „Deutschen Aktionsgruppen" war Gelegenheit, sein jahrelanges Versteckspiel im Ausland zu erwähnen.

Dieser internationale Hintergrund des neofaschistischen Terrors findet in der „Bewältigung" des Problems durch die Herrschenden allerdings recht merkwürdigen Eingang: Parallel und sozusagen hilfsweise zur „Einzelgänger"-Lüge, wie sie besonders von der Strauß-Tandler-Gruppe als Losung ausgegeben wurde (siehe AK 186) – entgegen allen Indizien und natürlich wider besseres Wissen –, parallel also dazu brachten Strauß und Co. ins Spiel, die Hoffmann-Terroristen seien von „den Palästinensern" und/oder von Libyen ausgebildet und aufgerüstet worden. Diese unter Berufung auf geheimnisvolle Informanten („Geheimdienst-Experten") ausgewalzte Verschwörungs-Theorie enthält geradezu klassische Elemente. Da soll es angeblich eine internationale Allianz geben, die die BRD und ganz Westeuropa bedroht. Diese Bedrohung ist – selbstverständlich! – eine von links, denn sei es der „Anti-Westler" Ghaddafi, seien es „die Palästinenser" (die PLO), sei es der „lange Arm des KGB" – hier verschwört sich wieder einmal das böse Fremde mit dem bösen Kommunismus. Im Austausch gegen den ehemaligen Erbfeind „Judentum" wird das Feindbild des arabischen – speziell palästinensischen – Terrorismus ins Fadenkreuz genommen. Das hat mittlerweile Tradition – seit der Araber-Hetze zu Zeiten der „Öl-Krise", seit den großen Terror-Kampagnen (wo Carlos Hand in Hand mit „den Palästinensern" agierte), und nun auch seit der Asylanten-Hetze, wo es vor allem gegen Türken, Afrikaner und Asiaten geht. Zurückgeführt auf den Boden der Tatsachen zerfällt diese Verschwörungs-Mär ebenso zu dem, was sie in Wahrheit ist: eine bösartige Propaganda-Lüge nach dem Motto „Haltet den Feind/Dieb". Eindeutige Tatsachen dagegen werden „übersehen". Daß die PLO beispielsweise jeden Kontakt zu Nazis, speziell zu Hoffmann bestreitet, wird nicht zur Kenntnis genommen. Daß es aber klare Fakten für die internationale Kooperation der faschistischen Terror-Szene gibt, wird im folgenden an wesentlichen Beispielen dargestellt.

Antifa-Kommission Hamburg



Presse – Erklärung

Am 5. März 1978 fand in Antwerpen in Flandern, nach den Tagungen in Nürnberg, Frankfurt und Hamburg eine weitere Vorbesprechung statt, um für den 22. April 1978 in K ö l n eine Demonstration aller nationaleuropäischen Parteien, Verbände und Einzelpersönlichkeiten zu organisieren.

Folgende Organisationen haben den nachstehenden "Appell von Antwerpen" beschlossen, der dazu dienen soll, weitere Organisationen und Einzelpersönlichkeiten für den 22.April 1978 zu mobilisieren, wenn es nicht gelingen sollte, bei der Stadt Köln ein Verbot der als kommunistische Provokation empfundenen Veranstaltung der VVN und anderer prokommunistischer Verbände zu erreichen:

AKTIONSGEMEINSCHAFT NATIONALES EUROPA (ANE)	- Deutschland
AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN (ANS)	- Deutschland
BRITISH MOVEMENT (BM)	-England
DEUTSCH-ARABISCHE GEMEINSCHAFT (DArG)	- Deutschland
EUROPÄISCHE KAMERADSCHAFT ehemaliger Soldaten	- Deutschland
GROUPES NATIONALISTES-REVOLUTIONNAIRES (GNR)	- Frankreich
KAMPFBUND DEUTSCHER SOLDATEN (KDS)	- Deutschland
REX NATIONAL	- Wallonien-Belgien
VEREINIGUNG VERFASSUNGSTREUER KRÄFTE (VVK)	- Deutschland
VLAAMSE MILITANTE ORDEN (VMO)	- Flandern-Belgien
WIKING - JUGEND	- Deutschland

(Außerdem unterstützen den Appell Einzelpersönlichkeiten aus nationalen Parteien und Organisationen, die beauftragt wurden, mit ihren Vorständen zu verhandeln, um eine geschlossene Beteiligung zu erreichen, wie auch Angehörige der westeuropäischen Frontkämpferverbände aus Frankreich, Belgien und Spanien.)

Im Anschluß an das internationale Faschistentreffen in Diksmuide 1978: Westdeutsch-britisch-französisch-belgische Provokation

Das „Hinterland": USA/Kanada

Einer der Dreh- und Angelpunkte internationaler rassistischer und nazistischer Aktivitäten ist seit geraumer Zeit Nordamerika. Dort, in den USA, bildete sich seit 1962 zum Beispiel eine von dem britischen Nazi-Führer H. Jordan („National Socialist Movement") und dem US-Nazi Rockwell („American Nazi Party") gegründete „World Union of National Socialists" (WUNS). Diese internationale Kontaktorganisation unterhielt bereits 1964 Sektionen in neun Ländern, darunter die BRD. Bis zu seiner Ermordung 1967 war Rockwell „Führer" der WUNS, danach US-Nazi-Führer Matt

dung 1967 war Rockwell „Führer" der WUNS, danach US-Nazi-Führer Matt

Koehl, dessen europäischer WUNS-Geschäftsführer jener Povl H. Rijs-Knudsen in Aarhus/Dänemark ist, der seit Anfang der „neuen" NS-Aktivitäten in der BRD Kontaktmann und Ersatz-Adresse dieser Szene ist. So lief über ihn der Vertrieb des NS-Blattes „Wille und Weg" des Hamburgers W.-D. Eckart; so ist über Knudsen die in der BRD verbotene „Auschwitz-Lüge" von Roeder/Christophersen zu beziehen.

Die NS-Propagandisten des Roeder-Christophersen-Schönborn-Kreises suchten und fanden rasch Anschluß an die amerikanische NS-Szene, speziell zur NSDAP/AO des Gary R. Lauck. Laucks Nazi-Zirkel versorgt nicht nur die gesamte NS-Szene der BRD mit Hakenkreuz-Klebern etc., sondern ist offenbar anerkannter Zentralpunkt eines Teils der NS-Banden, wie der Kühnen-Prozeß in Bückeburg gerichtskundig offenbart hat. (Lauck erhielt dorthin für seine Aussage als Nazi-Führer freies Geleit.) Lauck und seine NSDAP/AO ist jedoch nur ein Bruchstückchen der weitgefächerten US-Szene: Roeder bereiste 1976 die USA und nahm dort u.a. an einem „Weltkongreß" (8. - 12. Sept. 76) in New Orleans teil, den der Chef der „Christian Crusade Church", Warner, organisierte. Insgesamt waren 42 Faschistengruppen vertreten, neben der britischen „League of St. George", belgischen und französischen Faschisten u.a. aus den USA der Ku Klux Klan, und die „Western Guard Party" (siehe „Le Monde", 8.9.76). Roeder berichtete später in seinem 41. „Rundbrief" (Okt. 76): *„Ziel des Kongresses war es, die Zusammenarbeit nationaler Gruppen weltweit abzustimmen und sich gegenseitig Hilfe zu geben".*

Seine Flucht vor dem Knast, ab 1978, führte Roeder für längere Zeit nach USA und Kanada. Ab Herbst 1979 wurde er in Kanada ausgemacht („FR", 12.7.79), wo als Kontaktmann E.C. Zündel eine „Kampfgruppe" und den Verlag „Samisdat Publishers" unterhält. Zündel organisierte auch eine Christophersen-Rundreise in den USA und Kanada („Innere Sicherheit" 52, 12.3.80). Roeder verbreitete schon mindestens seit 1976 seine „Rundbriefe" auch auf Englisch, über den Verlag „The Liberty Bell"/Westvirginia, die zum „White Power Movement" gehört. „Liberty Bell"-Chef G.P. Dietz seinerseits reiste zu Kontakt-Zwecken nach Europa, wo in Wiesbaden sein Bruder, Friedrich Albert Dietz, wohnt. Bis Ende 1979 war Roeders Adresse in Buffalo/New York, angegeben in seinen „Rundbriefen" (mindestens bis April 1978 auch auf Englisch als „Teutonic Unity" erhältlich — siehe „searchlight" Juni 1980).

Seit 1968, als die belgische Faschistengruppe VMO begann, das alljährliche Nationalisten-Treffen in Diksmuide zu einem Nazi-Treff zu nutzen, stehen US-Nazis wie die „National

muide zu einem Nazi-Treff zu nutzen, stehen US-Nazis wie die „National

States Rights Party" der Dr. Fields und J.B. Stoner in direktem Kontakt zur europäischen Faschisten-Prominenz. Bei diesem Nazi-Stelldichein nehmen aus der BRD traditionellerweise Waffen-SS (HIAG), NPD/JN, „Wiking-Jugend", die NS-Militanten („Hansa"-Bande etc), „Nationalrevolutionäre" u.a. teil. Bei einem parallel zum Diksmuide-Treff im Juli 1980 durchgeführten Geheim-Treffen ging es um Pläne für eine internationale Befreiungsaktion zugunsten Stobners, dem wegen eines Bombenattentats zehn Jahre Haft drohen. Von US-Seite wurde den europäischen Faschisten das Angebot unterbreitet, sie mit Waffen zu versorgen („searchlight" 61 und 62, Juli, August 1980). Unter Stoners Vorsitz fand inzwischen am 11./12.10. 1980 in Marietta/Georgia ein Nazi-Treffen statt, das eine „nationale Kampagne gegen den Zustrom von Einwanderern" einleiten sollte. Teilnehmer waren u.a. auch vier Vertreter der belgischen VMO, die zur gleichen Zeit in Antwerpen eine ähnliche Kampagne startete („taz", 15.10.80).

Die „legale" Basis: Italien, Spanien

Spanien blieb auch nach 1945 ein faschistisches Land; Italien ließ bald eine neue faschistische Partei, das „Movimiento Sociale Italiano" (MSI) zu, deren Führung bis heute der Alt-Faschist Almirante hat. Von hier gingen die frühesten Impulse zur Rekonstruktion des internationalen faschistischen Netzes aus. Organisiert von der MSI zusammen mit dem langjährigen Mussolini-Anhänger Per Engdahl („Nysvenska Rörelsen") aus Malmö/Schweden wurde im Mai 1951 die „Europäische Sozialistische Bewegung" gegründet (anwesend Vertreter aus acht Ländern, u.a. der BRD), deren rechter Flügel — d.h. die offen rassistisch-nazistische Strömung — sich im September in Zürich als „Europäische Neu-Ordnung" (ENO) abspaltete. Bis heute ist die ENO, unter Leitung des Schweizer Altnazis Amaudruz (Lausanne), Kontaktstelle diverser Nazi-Gruppen und Aktivisten. So fanden Roeder/Christophersen in Amaudruz ihren Mann in der Schweiz (Christophersen verlegte eine Amaudruz-Rassenschrift, nahm auch an ENO-Sitzungen teil; eine der Fluchtstationen Roeders war die Schweiz).

Spanien — wo Nazis unter Francos Diktatur offen Hitler-Feiern durchführen, Nazi-Abzeichen tragen, internationale Lager durchführen, SS-Flüchtlinge wie Skorzeny beherbergen konnten — und Italien, wo in Südtirol eine Bombenleger-Szene mit fließenden Grenzen nach Österreich und Bayern und neben der MSI eine paramilitärisch-terroristische Szenerie sich entfalten konnten, schlug sich die Losung von der „Neuen Ordnung" in Gruppen wie „Ordine Nuovo" bzw. „Ordine Nero" (mit der französischen Parallele „Ordre Nouveau") nieder. Hier wurde die „Strategie der Spannung" mit Bomben und Kugeln in die Praxis umgesetzt.

Es kann daher kaum verwundern, daß gerade in Italien 1967 eine Bande aufflog, die ein ganzes Waffenlager angelegt hatte und — Propaganda der westdeutschen „Aktion Oder-Neiße" verbreitete („Spiegel" 24/67). Diese gehörte ein paar Jahre später zu den

verbreitete („Spiegel" 24/67). Diese gehörte ein paar Jahre später zu den

„Mutterorganisationen" der „Aktion Widerstand", die mit Straßenaufmärschen, kriminellen Aktionen und Mordparolen von sich reden machte.

1977 bemühte einer der AKON-Funktionäre und allseits bekannte „Aktion Widerstand"-Schläger, Jürgen Rieger — inzwischen Anwalt —, als Entlastungszeuge in einem Prozeß gegen die „Kampfgruppe Mainz" den NPD/Bund Volkstreuer Jugend-Aktiven Gunnar Pahl — vergeblich allerdings, Pahl nämlich saß gerade in Haft in Italien (siehe AK 116/77). 1977 auch beteiligte sich an einem Meeting u.a. der MSI, der VMO und der argentinische AAA auch die westdeutsche ANR („Aktion Neue Rechte"), eine militante Abspaltung von der zu „laschen" NPD (siehe „searchlight" 29/77).

Schließlich: Im Zuge des öffentlichen „Interesses" nach dem Bomben-Anschlag in Bologna wurden zwei Lager jugendlicher Nazis aus der BRD in Italien bekannt (siehe AK 183).

Diese „Basis-Kontakte" werden „überdacht" von offiziellen Ansätzen der MSI, internationale Bündnisse zustandezubringen. Nach dem ESB-Ansatz Anfang der 50er Jahre gab es beispielsweise 1962 eine „National-Europäische Partei", die die MSI u.a. zusammen mit von Thaddens „Deutscher Reichspartei" startete. Seit Mitte der 70er Jahre bastelt die MSI zusammen mit der spanischen „Fuerza Nueva" das Blas Pinar (eine offen und militant faschistische Organisation) und französischen Faschisten („Force Nouvelle") an der sogenannten „Eurodestra".

In der BRD verfügen die „Volkssozialisten" Busses seit Jahren über Kontakte zur italienischen Terror-Szene. Busses VSBD ist inzwischen mit der Hoffmann-Bande z.T. personell verschmolzen, operiert jedenfalls, z.B. in Frankfurt, mit ihr gemeinsam. Busse knüpfte bereits, als sich die ANR, der er sich — als Ex-NPDler — angeschlossen hatte, auflöste, zusammen mit W. Kosbab unter der Firmierung „Nationales Forum der volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" Kontakte zur in Bologna ansässigen „Unione Socialista Nazionale". Deren Chef, Francesco Donini, hat in Italien als Terrorist einen „Namen". (Zu dem Kontakt siehe „Italia e Popolo", USN-Zeitung, Febr. 76). Donini wird heute als Anlaufstelle des FANE-Funktionärs und Polizeiinspektors Durand genannt, der kurz vor dem Anschlag in Bologna eine Kontaktreise nach Italien unternahm (AK 183, S. 5). Schon 1976 gehörte Christophersen zum „volkssozialistischen" Sympathisantenkreis. VSBD-Busse wurde mittlerweile von der FANE-Führung als einer ihrer engsten Kontaktleute in der BRD genannt; Roeder und Christophersen waren den FANE-Kadern natürlich auch keine Unbekannten (Interview im ARD-Programm, „Tagesschau", 2.9.80).

Die „Militanten": Belgien

Die belgische militante Szene wird von der (bereits 1949 von dem Senator der rechten Partei „Volksunion", Maes, gegründeten) „Vlaamse Militanten Order" (VMO) beherrscht. Unter dem Zeichen der Odals-Rune — gegen Marxismus, „Zionismus" und Ausländer — hat die VMO feste Kontakte zu

Marxismus, „Zionismus" und Ausländer — hat die VMO feste Kontakte zu

den militantesten paramilitärischen Gruppen des internationalen Spektrums aufgebaut. Wichtiges Instrument dabei ist das alljährliche Nazi-Treffen in Diksmuide. Enge Kontakte bestehen — seit Jahren — zur FANE und zum „British Movement". Im März 1978, nach etlichen Vorbesprechungen, kam es in Antwerpen zu einer gemeinsamen Erklärung der VMO u.a. mit dem „British Movement" und den westdeutschen Gruppen „Wiking Jugend", ANS (alias Hansa-Bande) sowie dem Schönborn-Zirkel (KdS, ANE, VVK etc.) Wurden damals Aktionen lediglich angekündigt (gegen eine antifaschistische Demonstration in Köln), wurde die tatsächliche Militanz der VMO und ihrer internationalen Kontakte wenig später nachprüfbar dokumentiert: Ende 1979 veröffentlichte die linke Zeitschrift „pour" Berichte und Fotos von einem paramilitärischen Lager der VMO in der Nähe von La Roche-en-Ardennes, mit Schießübungen etc. Die VMO-Führung, die damals (im Einklang mit der bürgerlichen Presse und belgischen Regierungsstellen) noch alles abstreiten wollte, hat inzwischen bestätigt, daß es dieses — und andere solche Lager gibt, daß die Hoffmann-Bande daran teilgenommen hat und daß bei Hoffmann in der BRD ähnliche Unternehmungen stattgefunden haben („pour", 4.10.79; 11.10.79; 14.2.80; „Neue", 16.10.79; „FR", 30.9.80).

Die neueste VMO-Aktion in Antwerpen — Aufmarsch von ca. 300 Faschisten, die mit Knüppeln und Ketten bewaffnet waren — richtete sich gegen Ausländer. Gegen 60 VMOler ist deshalb Anklage erhoben worden; ein Verbot der VMO (das längst überfällig ist: paramilitärische Verbände sind in Belgien ausdrücklich verboten) wird „erwogen".

N a c h dem FANE-Verbot erklärten deren Kader in einem Interview („Monitor", ARD, 14.10.80), Seite an Seite mit einem Führungs-Mitglied der VMO und mit McLaughlin, Chef des englischen „British Movement", und in Anwesenheit eines westdeutschen (flüchtigen) „Nationalsozialisten": Es bestünden besondere Kontakte zwischen der FANE und der VSBD-Frankfurt; seit anderthalb Jahren gebe es eine „Hilfsorganisation für nationalpolitische Gefangene", geleitet von dem Frankfurter Nazi Beier („Das Braune Bataillon"). Der BRD-Nazi gab im übrigen zum besten, jetzt, wo 200 (?!) Nazis in der BRD einsäßen, sei Schluß mit der sanften Tour.

Die „gastfreundliche" Szene: Großbritannien

Auch die britische Szene ist einer der Dauertreffpunkte des braunen Aktivismus. Die „Arbeitsteilung" zwischen der legalen „National Front" und verschiedenen militanten Zirkeln wie der „League of St. George", dem „British Movement" und den Untergrund-Gruppen „Column 88", „Wotan SS" u.ä. kam und kommt besonders auch dem Aufbau der BRD-NS-Szene zugute.

- Nazi-Zirkel in Brighton dienen seit Jahren als Verlags- und Druckerei-Ort für westdeutsche Nazi-Propaganda; so erschienen diverse Schriften des NPD-Ideologen Walendy in England; auch die Hansa-Bande ließ in England drucken.
- Der Schönborn/Christophersen/Roeder-Kreis nahm frühzeitig Kontakt zur entsprechenden GB-Szene auf. Roeder reiste bereits 1977 durch England, eingeladen von der „League of St. George", und hielt Vorträge („searchlight" 30/77). Später — während seiner Flucht — tauchte er mehrmals in GB auf, war beim „British Movement" und der „League" zu Gast, und setzte sich von England im August 1979 nach Schweden, Richtung Libanon, ab („searchlight", 57/März 1980).
- Die gleichen Gruppen — „British Movement" und „League of St. George" — haben seit Jahren mit der Hoffmann-Bande Austausch gepflegt. Der flüchtige Ex-NPDler und VSB/WSG-Aktivist Willibald Kraus hat in GB Unterschlupf gefunden, wo er von „Kadern" der „British Movement" und der „League" betreut wird. (Auf ähnlichen Wegen gelangte der in Italien wegen Mordes gesuchte Gründer der „Ordine Nuovo", MSI-Mitglied Sandro Saccuchi, nach England, wo er über die „League of St. George" zu erreichen ist — „searchlight" 63/Sept. 80.).

GERMANY

Unterfuhrer Arnd Heinz Marx, of **Wehrsportgruppe Hoffmann Truppe** introduced himself to the League during his recent visit to Britain. The Truppe are divided into groups on a geographical basis and our visitor was from Sturm 7, which indicates Frankfurt. The Hoffman Truppe seem to have an important function in the spectrum of resurgent 'young Germany'. They provide an important training facility for the youth of the new generation of young 'front fighters' against decadence and communism. They are not a political party – but offer training to any suitable young person from the age of 16 years.

There address is – Hoffmann Truppe, Sofienhohe 5, 8501, Heroldsberg, W.Germany

Kontakte der WSG und der „Hansa"-Bande zur britischen Terrorszene: Berichte in der Zeitschrift der „League of St. George", Nr. 22/78, über einen Besuch WSG-Marx' bei der „League" und über die „Hansa"-Bande M. Kühnens („ein alter Bekannter vieler englischer Patrioten")

Michael Kuhnen of the ANS, and an old friend of many English Patriots addressed a capacity audience of well over 100 people in the Tannenhof, Hamburg; the massed police outside, in the name of Democracy stormed the building as the German National Anthem was being sung by the ANS inside. The resultant battle lasted for 40 minutes and the outcome was ANS, 2 injured, police, 12 with 20 ANS arrested. The ANS had called the meeting to put forward their programme to combat red influence and subversion in West German politics.

- Der paramilitärische Untergrund der britischen Nazis hat offensichtlich Kontakt zu westdeutschen Nazis: So versicherte sich die Gruppe „Wotan SS" der Absegnung des Alt-Nazis Kreisköther, der ihr den Segen als wahre Nazi-Organisation erteilen sollte; Kreisköthers Sohn gehört zur „neuen" NS-Szene der Jung-Nazis („searchligt" ...). Über die Jahre haben „British Movement", „Column 88" usw. immer wieder paramilitärische Lager — mit internationaler Beteiligung — durchgeführt. Über die französische Nazi-Szene berichten wir in diesem AK (vgl. auch AK 186). Über Nazi-Kontakte nach Nahost und diesbezügliche bürgerliche Legenden wollen wir im nächsten AK berichten.

Antifa-Kommission Hamburg

Frankreich
Soweit sind sie schon...

Eine Woche nach dem Münchner Attentat explodierte am 3. Oktober vor der Pariser Synagoge in der rue Copernic eine Bombe. An diesem Abend wurde das jüdische Fest Sim ha-Tora gefeiert: 400 Menschen, darunter 100 Kinder, nahmen teil. die Bombe explodierte vor Ende des Gottesdienstes. Sie tötete vier zufällige Passanten, 12 Menschen sind schwer verletzt. Die „FNE", Nachfolgeorganisation der am 3.9.1980 aufgelösten „FANE", übernahm in einem Telefonanruf für den Mordanschlag die Verantwortung.
Auch nach diesem Anschlag setzten die Nazis ihren Terror fort:
So wurde am 6.10. die Wohnung eines jüdischen Fleischers in Nizza total verwüstet. Zurückgelassen wurde das Emblem der Ex-„FANE". Die Verwüstung geschah, als der jüdische Bürger gerade beim Polizeikommissariat war; er hatte soeben anonyme Morddrohungen per Telefon erhalten. Ebenfalls am 6.10., in Paris, wurde ein Brandanschlag auf das Büro der „Trigano-Electronique" verübt. Der Besitzer hatte zuvor Dutzende antisemitischer Telefonanrufe erhalten. Auch am 6.10. wurden die Schaufenster eines Ladens in Troyes zerschlagen. Um einen Stein gewickelt die Botschaft der Nazis: *„Erste Warnung: FANE!"*. Am gleichen Tag, in Nizza, wurde eine Granate in eine Protestdemonstration geworfen, die glücklicherweise rechtzeitig entschärft werden konnte...
Am 7.10. fand in Marseille eine jüdische Kneipeninhaberin eine Bombe in ihrem Geschäft. Man könnte diese Liste in extenso weiterführen. Aber diese Beispiele reichen aus, um die Unverfrorenheit und die Selbstsicherheit der französischen Nazis aufzuzeigen.
Eine ebenso lange Liste über die zahllosen Protestaktionen, Demonstrationen, Streiks, Communiques und Presseerklärungen könnte dem hinzugefügt werden. Dazu reicht der Platz im AK leider nicht aus.
Alles demonstriert und protestiert (auch die „Neue Rechte", auch....die Faschisten). Sowohl Parolen wie *„Juden, Araber: alle gemeinsam!"* werden gerufen wie auch Transparente *„PLO = Nazis"* getragen.
Die staatlichen Ermittlungen laufen bemerkenswert schleppend. Morgens festgenommen, abends wieder frei: das ist die Regel für die Nazis. Die Regierung hat den „Staatssicherheitshof" mit der Ermittlungsarbeit beauftragt (Anm. 1 – zum besseren Verständnis empfiehlt sich, die Anmerkungen nicht erst am Schluß des Artikels zu lesen). Alles soll offenbar möglichst diskret abgewickelt werden.
Von rechten Kreisen wird die „libysche Spur" oder, je nach Laune, der KGB ins Gespräch gebracht. Wie in München und Bologna soll damit von der Verantwortung des französischen Staatsapparates abgelenkt werden. So makaber es ist, muß dabei angemerkt werden, daß die Einzigen, die keine fremde Macht ins Spiel bringen, die Faschisten von der Ex-„FANE" bzw. „FNE" selber, sind.

Mai bis September 1980: 15 Anschläge monatlich

Die antisemitischen Provokationen und Anschläge in Frankreich sind Bestandteil einer schon seit Jahren laufenden Kampagne der faschistischen Gruppen.

Angriffsziele sind dabei Ausländer, Ausländerheime, Synagogen bzw. jüdische Einrichtungen, Büros linker Organisationen, einzelne Demokraten und linke Buchläden.

Vom Juni 1977 bis zum Mai 1980 – also noch vor der schwerpunktmäßig antisemitischen Kampagne – sind von der Polizei 122 faschistische Anschläge registriert worden. Vom Juni 1977 bis zum November 1978 monatlich zwei, vom Januar 1979 bis zum Dezember 1979 monatlich Anschläge registriert worden. Vom Juni 1977 bis zum November 1978 monatlich zwei, vom Januar 1979 bis zum Dezember 1979 monatlich drei, vom Januar 1980 bis zum Mai 1980 monatlich sieben und vom Mai bis zum September dieses Jahres: **15 pro Monat!**

18 Anschläge, darunter zwei Morde, sind dem „Kommando Delta" zuzuordnen (Anm. 2); acht Anschläge der „Gruppe Peiper" (Anm. 3); drei, darunter ein Mord, der Gruppe „Ehre der Polizei" (Anm. 4); zehn der „FANE". Fünf Anschläge sind der „Gruppe Charles Martel" zuzuschreiben (Anm. 5).

Demgegenüber: **Keine einzige Verhaftung!** Es gibt, sieht man von den „befristeten Festnahmen" der letzten Tage ab, in den französischen Gefängnissen unter den politischen Gefangenen nur einen einzigen Faschisten.

Außerdem sind zwischen 1973 und 1976 70 algerische Arbeiter ermordet worden.

In diesem Zusammenhang gab es lediglich vier Verhaftungen (Zahlen und 1976 70 algerische Arbeiter ermordet worden.

In diesem Zusammenhang gab es lediglich vier Verhaftungen (Zahlen aus „Etincelle" v. Oktober 1980; „Nouvelles Litteraires" v. Oktober 1980).

Die Nazis verfolgen mit ihrem mörderischen Haß alles, was anders ist als sie, ob politisch Andersdenkende, ob sogenannte „Andersaussehende". Brandanschläge werden sowohl gegen Frauenbuchhandlungen (wie am 12. Mai 1978 gegen die Pariser „Librairie des Femmes") als auch gegen Ökologiebuchläden (wie am 7.1.78 in Paris) als auch gegen Verlagshäuser der KPF (wie am 14. Juni 1977 gegen die „Editions Sociales" in Paris) verübt.

Es ist nicht nur billige, dumme Demagogie, wenn heute von interessierten Kreisen versucht wird, das Ganze sozusagen als „private Abrechnung" zwischen „Palästinensern" und „Juden" umzubiegen, sondern bar jeden Anstands: Wer hat wohl die 70 algerischen Arbeiter ermordet?? Wer hat Henri Curiel und Pierre Goldmann (Anm. 6) erschossen??

Diese verblödende Demagogie macht, ob ihre Träger es wollen oder nicht, das Spiel des Staates mit: Der Staat ist daran interessiert, die sich aufbauende antifaschistische Front gleich im Keime zu spalten.

Über die antiarabische Hetze, die gerade von gewissen rechtsextremen zionistischen Kreisen verbreitet wird, können sich Giscard und seine Mannschaft nur die Hände reiben: Da kann man weiter schweigen über die Nazis in der Polizei und anderswo.

Nochmal zur „FANE"

Marc **Frederiksen,** Führer der Ex-„FANE", gegenwärtig im Krankenhaus (Anm. 7), ist innerhalb der französischen Naziszene ein Mann mit weitreichenden Verbindungen. Zu seinen guten Freunden zählen zum Beispiel: **Pierrre Sidos,** Führer der „Oeuvre francaise" („Französisches Werk"), eine Gruppe, die sich durch einen hysterischen Antisemitismus auszeichnet (Leitmotiv: die „weltweite jüdische Verschwörung"). Mit diesem gründete er die Gruppe **„Occident"**.

Zuvor war Frederiksen Mitglied in der Gruppe **„Nouvel Ordre Europeen"** („Neue Europäische Ordnung"), die bereits 1951 gegründet wurde. Dort konnte man damals auch den Leader der „Neuen Rechten", **Alain de Benoist,** heute Verlagsdirektor der „Editions Copernic" sowie Führungsmitglied des „GRECE" (Gruppe zur Forschung und zum Studium der europäischen Kultur – siehe Anm. 8), die zentrale Organisation der „Neuen (?) Rechten".

In der Zeitung „Europe Reelle" schen Kultur – siehe Anm. 8), die zentrale Organisation der „Neuen (?) Rechten".

In der Zeitung „Europe Reelle" (Reales Europa) schrieb Frederiksen seinerzeit: *„Ein Volk hat ein Schicksal, es muß von einem Chef geführt werden. Die Konflikte haben ihre Ursachen in ethnischen* (= rassischen; Anm. AK) *Differenzen... Ein faschistischer Führer muß auf die Integrität der Rasse* (= „Reinheit" der Rasse; Anm. AK) *achten"*. Weiter: *„Wenn wir tatsächlich die Wiedergeburt des Faschismus wollen, dann dürfen wir nicht zurückweichen, sondern müssen uns klar und deutlich Faschisten nennen..."* („Europe Reelle", Februar 1971). Auch später, als Frederiksen eine weitere Zeitung, „Europe Action", gründete, trifft man unter seinen Kollaborateuren wieder Alain de Benoist.

Textprobe von Benoist: *„Der irano-semitische Dualismus ist wie ein subtiles Gift im europäischen Körper"* (zitiert nach „Le Monde", 15.10.80).

Auch andere schauderhafte Figuren sind mit von der Partie wie zum Beispiel ein gewisser **Clementi,** ein Mann mit Tradition, der schon unter'm Vichy-Gestapo-Regime als Kollege von Klaus Barbie-Altmann in Lyon tätig war...

Der Präsident der Nachfolgeorganisation der „FANE", die „FNE", heißt **Henri Petit.** Auch ein Mann mit Sinn für Kontinuität: er war Sekretär im „Kommissariat für jüdische Angelegenheiten" unter dem Vichy-Regime.

„...Man muß die Notwendigkeit betonen, den Juden zu empfehlen, ein Land zu verlassen, das nicht ihres ist. Da ich gegen Gewalt bin (???), denke ich, daß das beste Mittel dazu ist, ihnen das zu verstehen zu geben, indem sie unsere Publikationen lesen". Allerdings räumt Petit ein: *„Wissen Sie, ich habe zwei Kriege mitgemacht, dann stellt sich die Frage der Gewalt anders dar... Wenn sie* (die Juden) *weggehen, dann wird es keinen Antisemitismus geben... Die moderne Genetik erkennt den Rassismus an und die Reinheit der Rassen... Man kann seine Staatsbürgerschaft wählen, man kann seine Religion wählen, aber nicht sein Blut"*. Kurioserweise schwärmt er für eine Verbindung mit den Ökologiebewegungen, die ja auch *„für den Respekt vor der Natur"* sind (alles aus „Liberation", 10.10.1980).

Ein Nazi zum...Schutz des französischen Groß-Rabbiners!

Der faschistische Polizeiinspektor **Paul Durand,** Führungsmitglied der Ex-„FANE", wurde im September nach zwei Jahren Dienst entlassen – allerdings erst auf Wink der italienischen Polizei... (siehe AK 183 und 186). Innerhalb der Polizei arbeitete er bei der Zentralen Datenerfassung des Verfassungsschutzes. Falls es nicht klar ist: **dort, wo Na-** und 186). Innerhalb der Polizei arbeitete er bei der Zentralen Datenerfassung des Verfassungsschutzes. Falls es nicht klar ist: dort, wo Na- **men, Adressen etc. von Linken gespeichert sind.** Ein noch größerer Skandal ist, daß dieser bekannte Nazi ausgerechnet zum „Schutz" des Großrabbiners Kaplan eingesetzt wurde.

Von Paul Durand stammt folgendes Zitat aus der ex „FANE"-Zeitung „Notre Europe": *„Supermann ist Jude, das soll der geliebte Josef Goebbels mal gesagt haben...*



Protestdemonstration in Paris vom 30.9.80 „Achtung! Rassismus führt zum Faschismus" (Plakat der „MRAP").

Der Comic ‚Supermann', von zwei komplexbeladenen Juden kreiert, zeigt den herrschenden semitischen Einfluß in den USA... Es gibt allerdings amerikanische Comic-Hefte mit spezifischem nationalsozialistischem Charakter – am bekanntesten dürfte ‚Whiteman' sein... Die nationalsozialistischen amerikanischen Comics gehören zu unserem politisch-kulturellen Gut..." (zitiert nach „Nouvelles Litteraires", Oktober 1980).

Ein weiterer „FANE"-Polizeiinspektor ist kürzlich diskret entlassen worden. **Pierre Bataille,** der in der 2. Sektion des französischen VS arbeitete, **also sinnigerweise bei der Abteilung „Bekämpfung des Rechtsextremismus".** Ein weiteres „FANE"-Mitglied, schon vor längerer Zeit wegen Ermordung eines algerischen Arbeiters vom VS-Dienst entfernt, **Francois Hamon,** traf man jetzt beim Ausrauben einer Bank wieder.

Die Ehe des französischen Staates mit den Faschisten

Die Ehe des französischen Staates mit den Faschisten

Bekanntlich sorgen die Führer der beiden größten Polizeigewerkschaften (SNAPC und FASP – siehe Anm. 9) für viel Wirbel in der politischen Landschaft: *„20 % der Neonazis ist die Infiltrierung der Polizei gelungen"* (Jose Delthorn, Gernalsekretär der SNAPC).

In einem Interview erklärte Jose Delthorn ferner: *„Es gibt noch andere Durands in der nationalen Poli-*



Aus „Canard Enchaine" (7.10.80) „20 % Polizisten bei den Neo-Nazis ... und umgekehrt?"

Stellungnahmen palästinensischer Organisationen zum Pariser Anschlag

„Die PLO verurteilt entschieden das Attentat in der rue Copernic und weist die Andeutungen der 'israelischen' Regierung gegen die PLO zurück. Die PLO benutzt nicht solche terroristische Methoden. Sie respektiert und achtet vielmehr religiöse Stätten und verurteilt daher aufs Entschiedenste jede solcher Taten" (5.10., veröffentlicht in „Le Monde", 10.10.).

„Die Generalunion der palästinensischen Studenten in Frankreich verurteilt aufs Entschiedenste die faschistischen Anschläge, die jüngst die jüdische Gemeinschaft in Frankreich getroffen haben. Diese unerträglichen Verbrechen sind Ergebnis eines sich verstärkenden Rassismus, den täglich auch die arabische Gemeinschaft erlebt. Es darf überhaupt keine einzige Gleichsetzung zwischen diesen antisemitischen Aktionen und dem Kampf gegen den Zionismus geben. Diese widerlichen Taten haben mit unserem Kampf für ein demokratisches Palästina, wo Juden, Muselmanen und Christen sowie Nicht-Gläubige gleichberechtigt leben sollen, nichts gemeinsam" („Le Monde", 10.10.).

Stellungnahme der libyschen Regierung

„...Das arabische libysche Volk als muselmanisches Volk respektiert alle Religionen und will den Dialog und die Annäherung zwischen ihnen erreichen. Aufgrund seiner historischen Erfahrungen im Kampf gegen den faschistischen italienischen Kolonialismus lehnt sich das libysche Volk natürlicherweise gegen Faschismus, Nazismus und Rassismus auf, unter allen seinen Formen, eingeschlossen den Zionismus. Es ist inakzeptabel, daß einige Kreise in den westlichen Ländern, die unfähig sind, ihre eigenen Probleme zu lösen, diese zu exportieren versuchen, indem sie ausländische Schuldige suchen" („Le Monde", 11.10.).

Das würde man sich auch in der BRD wünschen!

„Die Gesamtheit des Personals von 'Le Monde' lehnt sich mit Empörung gegen das antisemitische Attentat in der rue Copernic auf. Dieses Attentat vervollständigt die schon lange Liste von Aggressionen gegen ausländische Arbeiter, gegen politische und gewerkschaftliche Organisationen sowie gegen Einzelpersonen, alles Taten, bei denen die Giscard-Regierung inaktiv bleibt. Ihre Gefälligkeit und ihre Verbindungen mit undurchsichtigen Elementen haben zum Drama vom Freitag geführt.

Das Personal unseres Betriebes protestiert gegen diese Zusammenarbeit und erklärt seine Gegnerschaft zu den Praktiken einer Regierung, die angeblich die 'Freiheit und Sicherheit' der Franzosen schützen will. Es ruft zur Demonstration an diesem Samstag, 4.10., von 14. bis 17 Uhr, Place Beauvau, auf" („Le Monde", 5.10.).

zei". Im Folgenden weitere Auszüge dieses Interviews:

Frage: „Kennen Sie welche?"

J.D.: *„Wir können den Namen eines Funktionärs, Sympathisant der ‚FANE', geben, der bei der Personaldirektion und bei den Schulen der nationalen Polizei arbeitet".*

Frage: „Wo hört der Bürger auf, wo beginnt der Polizist?"

J.D.: *„Ein Polizist ist im Alltagsleben ein Bürger. Was wir aber entschieden ablehnen, das ist die Anwesenheit von Leuten in unseren Reihen, die sich zu einem Neo-Nazi-Ideal bekennen, zu einer rassistischen und antisemitischen Ideologie. Das ist unvereinbar mit dem Beruf eines Polizisten! Solche Leute dürfen und können keine Polizisten werden, das ist inakzeptabel!"*

Frage: „Das ist in der Tat besorgniserregend. Gibt es viele Polizisten, die mit der ‚FANE' sympathisieren?"

J.D.: *„Von 10 Militanten der ‚FANE' sind wahrscheinlich jeweils zwei bei der Polizei".* (Anmerkung AK – Offiziell heißt es, die „FANE" habe einen festen Kern von 250 bis 300 Mitgliedern; im übrigen sind sie natürlich auch nicht die einzige Nazigruppe in Frankreich...)

Frage: „Existiert also ein Propagandanetz innerhalb der Polizei? Wird der Polizist zum Mitglied der ‚FANE' oder läuft es umgekehrt?"

J.D.: *„Die Mitglieder der ‚FANE' sind es nicht während ihres Dienstes geworden. Sie waren bei der ‚FANE' organisiert, ehe sie Polizisten wurden. So hat man Durand genommen, obwohl seine ‚FANE'-Mitgliedschaft bekannt war. Es handelte sich also absolut nicht um eine Infiltrierung der ‚FANE', um eventuelle Ermittlungen zu tätigen".*

Frage: „Gibt es unter der Polizei andere politische Meinungen, die vertreten sind? Das wäre dann ja eigentlich logisch!"

J.D.: *„Wo denken Sie hin... Jede Person, deren Familie in den Reihen der CGT, der CFDT oder der Oppositionsparteien gearbeitet hat, kommt gar nicht erst rein. Durch Ausleseverfahren. Im Languedoc-Roussillon (Südfrankreich) konnte kürzlich ein junger Mann nicht genommen werden: sein Vater war bei der CGT organisiert. Wohlgemerkt: die CGT, was die betrifft, die wirft keine Bomben!"*

Frage: „Was denken Sie über die Gruppe ‚Ehre der Polizei'? Läßt dieser Name die Vermutung zu, einige Mitglieder der Polizei seien in die Ermordung von Pierre Goldmann mitverwickelt?"

J.D.: *„Ich wünschte, es würde nicht zutreffen. Ich bin aber äußerst perplex".* Schließlich stellt der Journalist seine letzte Frage:

„Herr Bonnet (franz. Innenminister) nennt Sie einen Linksradikalen...?" Darauf hin antwortete

len...?" Darauf hin antwortete

Jose Delthorn: *„Ich muß zugeben, es hätte mich mehr getroffen, wenn er mich als Neonazi beschimpft hätte! Meine Familie hat dafür zu stark im Krieg leiden müssen..."* (Interview in „Nouvelles Litteraires", Oktober 1980.)

Den Enthüllungen seiner autonomen Kollegen fügte der Generalsekretär der CGT-Polizeigewerkschaft hinzu: *„Ich bin zwar in meinem Dienstzweig nur einer von 17.000 Mitgliedern der Polizei. Aber alleine schon ich kenne drei Polizisten, die offene Neonazis sind. Einige Polizisten haben auf ihren Tischen Hakenkreuze und Bilder von Hitler liegen"* („France Soir", 7.10.).

Giscards alte Liebschaften

Giscard, der in einer Familie aufgewachsen ist, die mit dem Vichy-Regime kollaborierte, hatte während des Algerien-Krieges ständige Kontakte zur rechtsradikalen OAS, in seiner Funktion als Minister (Anm. 10). Seinen Freunden blieb er treu, als er 1974 erstmals für das Elsyeum kandidierte. Sein Ordnerdienst bestand aus solchen interessanten Figuren wie:

– Pierre Sergent, ehem. OAS-Kapitän,
– Alain Madelin, Ex-„Ordre Nouveau", Ex-„Occident" (das „Ex" deswegen, weil diese Organisationen aufgelöst wurden), heute ein Giscard-Abgeordneter im Departement Ile-et-Vilanine,
– Hubert Bassot, früher OAS-Propagandachef, Ex-Mitglied der Gruppe „Neue Europäische Ordnung" (wo der „GRECE"-Führer, Alain de Benoist, und der Ex-„FANE"-Chef, Frederiksen, ebenfalls Mitglieder waren, s.o.), heute im übrigen auch ein gemachter Mann, als Abgeordneter im Departement Orne,
– Alain Robert, Chef der Ex-„Ordre Nouveau" u.a.m. (siehe Anm. 11; Quelle sind nie dementierte Enthüllungen der über Giscard gewöhnlich ausgezeichnet informierten satirischen Wochenzeitschrift „Le Canard Enchaine", 24. April 1974). Dafür bekamen Giscards Freunde freilich nicht nur einen guten Lohn (3.000 Francs pro Einsatz), sondern erhielten auch noch eine Spende. Alain Robert selber bestätigte dies noch in „Le Monde" (5. Oktober 1974): *„Die Entlohnung für unsere Dienste war gut und für die Sanierung der Finanzen unserer Bewegung nützlich, aber nicht entscheidend".*

Ganz in dieser Tradition nahm sich Giscard als ersten Innenminister den Prinzen Poniatowski (momentan verwickelt in die Ermordung des Prinz de Broglie).

Der Prinz ist mit der „Neuen Rechten" engstens liiert über seine Mitgliedschaft im „Club de l' Horloge" („Club Uhrwerk"; Anm.12).

In einem Buch *„Die Zukunft ist nirgendwo geschrieben"* entwickelte Poniatowski eines der Lieblingsthemen der „Neuen Rechten": Ist die Intelligenz vererbbar? Dort schließt er sich den Thesen der sogenannten „Soziobiologie" an: die genetische Erbschaft (sprich: die Rassenzugehörigkeit) sei der entscheidende Faktor, der den Intelligenzquotienten bestimmt. Ganz im Sinne nicht nur der „Neuen Rechten", sondern auch von Ex-„FANE"-Chef Frederiksen, kommt

„FANE"-Chef Frederiksen, kommt

er zu dem Schluß, daß allein Mitglieder der sog. „Indo-Europäischen Zivilisation" einen akzeptablen Intelligenzquotienten vorweisen könnten.

Es ist zwar nichts Näheres darüber bekannt – aber der heutige Innenminister Giscards, Christian Bonnet, scheint der „Neuen Rechten" ebenfalls nicht abgeneigt zu sein. Jedenfalls beschäftigte er jahrelang in seinem Kabinett Yvan Blot, Präsident des „Club de l'Horloge", nachdem dieser im Kabinett von Bonnets Vorgänger, Poniatowski, tätig gewesen war (Anm.12).

Die Antwort der französischen Rechten auf die faschistischen Anschläge

Das Staatsoberhaupt ließ nach dem Attentat des 3.10. erstmal auf sich warten. Erst am 6.10. ließ der „Präsident aller Franzosen" (Giscard über sich) von sich hören. Seinem Premierminister Barre passierte unmittelbar nach dem Anschlag (Tagesschau des frz. Fernsehens „Tf 1", 3.10.) ein merkwürdiger Versprecher: Er verurteile das *„abscheuliche Attentat, das Israelis in der Synagoge treffen sollte, und unschuldige Franzosen ...getroffen hat".* So wie er, auch ein Polizist: *„Unter den vier Toten gibt es drei Unschuldige"* („LM", 5.10.). Innenminister Bonnet, der noch kurz zuvor der jüdischen Gemeine empfohlen hatte, die Affaire nicht überzubewerten, erklärte, er fühle sich wie *„ein junger Israeli"* (wieso denn nicht wie „ein französischer Jude"?).

Alle abgegebenen Stellungnahmen des Staatsapparates laufen darauf hinaus, die Polizei zu verteidigen. Ebenfalls ist allen Stellungnahmen der rechten Parteien gemeinsam (von den „etablierten" Parteien über die „Neue Rechte" bis zu den Faschisten) die Sorge, jetzt ja keine „Hexenjagd" (gegen rechts) zu entfachen.

Premierminister Barre: *„Ich habe hier und dort gehört, die Regierung habe nicht alles getan... Diese Unterstellungen sind skandalös und diffamierend... Die französische Polizei ist unparteiisch und steht einzig und alleine im Dienste der Republik. Bleiben wir solidarisch in der Stunde der Not"* (Erklärung der Regierung auf der Sitzung der Nationalversammlung vom 8.10., „LM", 9.10.).

Innenminister Bonnet: Man solle jetzt *„keine Hexenjagd seitens der Regierung erwarten..."*. Im übrigen liefen die Ermittlungen auf *„vollen Touren"* und *„in alle Richtungen"*, und – an die Adresse der parlamentarischen Opposition – *„vielleicht in eine, an die Sie gar nicht denken"* (!) (ebda.).

Präsident Giscard warnte gar vor der Rückkehr zur *„Denunziationspraxis"*, die noch *„in trauriger Erinnerung"* sei. Die Nazis? *„Kleine Grüppchen, von der nationalen Gemeinschaft total isoliert"*, versicherte Giscard – einer, der es besser wissen muß, oder will er vielleicht damit sagen, daß der französische Staat „total von der französischen Gemeinschaft isoliert" sei? Den Vogel schoß Peyrefitte ab, höchster Justizbeamter im Staat („Garde des Sceaux": Gesetzeshüter): *„In Frankreich können Sie denken, was Sie wollen. Man verhaftet Sie nicht, nur weil Sie linksextremistische oder rechtsextremistische Ideen vertreten".* (Nein, man schiebt Sie ab, wie jetzt Simon Malley, Herausgeber von „Afrique-Asie", siehe Artikel in die-

„Afrique-Asie", siehe Artikel in die-

sem AK, oder man erschießt Sie!.) *„Es gibt vielleicht Polizisten, die rechtsextremistische Ideen haben, genauso gibt es vielleicht Polizisten mit linksextremistischen Ideen. Aber man verfolgt sie nicht, nur weil sie diese Ideen haben. Frankreich ist ein Land der Freiheit"* („LM", 7. 10.). Da dieser Mensch mit Sinn für Humor die Ermittlungen leitet und kontrolliert, können alle Antifaschisten beruhigt sein: der Erfolg ist garantiert!

Giscard hat allerdings schon zwei „Maßnahmen" angeordnet: die eine Maßnahme besteht in der Abhaltung von Versammlungen in den diversen Präfekturen. Teilnehmer: Gewerkschaften, Bewegungen gegen Rassismus, Vertreter der verschiedenen Glaubensrichtungen – allerdings sind dabei die Vertretungen der ausländischen Arbeiter „vergessen" worden, ebenso wie ihre religiösen Vertretungen.

Die zweite „Maßnahme" ist ohnehin keine Idee von ihm: Unterricht über den „brüderlichen, toleranten und pluralistischen Charakter der französischen Gesellschaft". Das war, allerdings anders formuliert (Unterricht über „Rassismus, Antisemitismus und Faschismus heute in Frankreich"), von der Lehrergewerkschaft „FEN" bereits unmittelbar nach dem 3.10. als Anweisung an alle ihre Mitglieder gegangen.

Die drei Gewerkschaften – CGT, CFDT und FEN – haben die Beteiligung an diesen ersten Treffen abgelehnt. Die CGT bezeichnete sie als *„Schwatztreffen"* und *„Ablenkungsmanöver"*, während die CFDT meinte, man könne nicht durch eine Geste *„all die Dramen wieder gut machen, die zu Lasten der Regierungspolitik"* gingen. („LM", 11.10.).

In verschiedenen Variationen drücken die Rechten ihre Angst vor einer anstehenden „Hexenjagd" (sprich: zuviele Enthüllungen über ihre Verquickungen mit den Nazis) aus:

Der Führer der RPR (Gaullisten) Chaban-Delmas, bedauert auf der einen Seite, daß die *„Demokratien nicht so gut gewappnet sind wie diktatorische Regimes, um sich vor terroristischen Aktionen zu schützen"*, und warnt auf der anderen Seite vor einem Klima, *„wo jeder jeden verdächtigt"* („LM", 11.10.).

Diese Sorge wird begleitet von der Verärgerung, das Ganze könnte zum Schluß noch den Linken nutzen. Der Vertreter der „UDF" (Giscardisten) in der Nationalversammlung drückte dies schamlos aus:

„Ich glaube, die PS und die KPF wollen jetzt die Juden verführen, um ihre Stimmen zu erhalten. Ich bin aber überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft sich durch solche deplazierten Methoden nicht beeinflussen lassen wird" („LM", 11.10.).

Am klarsten drücken sich naturgemäß diejenigen aus, die hoffentlich als erste von der „Hexenjagd" betroffen werden: die Faschisten und die „Neue Rechte". Offensichtlich um Spuren zu verwischen, überbieten sie sich in kraftmeierschen Appellen. So lautet der letzte Satz des Leitartikels vom „Figaro" (siehe Anmerkungen) vom 7.10.:

„Der Platz von Terroristen ist im Gefängnis oder im Leichenhaus". Die „PFN" (siehe Anmerkungen) gar versichert den Opfern vom 3.10. ihre „Solidarität".

Der Führer der „Front National", Jean-Marie Le Pen (Freund von Frederiksen), fordert die Todesstrafe für die Täter usw. usf.

In einem weiteren Artikel, am 8.10., schreibt der „Figaro":

„...Die Linke versucht jetzt quasi allen Franzosen einzureden, das Gute sei Links, das Böse sei Rechts... Man bemüht sich, sie davon zu überzeugen, jeder der Rechts stünde bzw. nicht links ist, sei ein potentieller Faschist und verhinderter Mörder... Sie (die Linken) verlangen die Inhaftierung von Mitgliedern der extremen Rechten, ohne sich zu sorgen, ob sie überhaupt etwas mit dem Attentat zu tun haben. ..Das Ziel des Unternehmens ist die Wiedereinführung des Meinungsdeliktes, ... Die Hexenjagd ist nicht tolerierbar. Taten sind Verbrechen. Aber nicht Ideen!"

Hinzufügen muß man, daß es keineswegs die diversen rechten Parteien in Frankreich sind, die lauthals von irgendwelchen „KGB-bezahlten Tätern", oder „libyschen Agenten" oder Ähnliches erzählen. Dieses Geschäft besorgen leider andere im Moment... Aber dazu später.

Die Linken

Einig – im Gegensatz zur westdeutschen politischen Landschaft – sind sich alle Parteien und Organisationen der Linken, was die Hauptforderungen betrifft:

Verbot bzw. Auflösung aller faschistischer Organisationen, Rücktritt von Bonnet Die Organisation PSU geht dabei, wie die LCR (IV. Internationale) und die OCT, noch einen Schritt weiter und verlangt den Rücktritt von Giscard. Ebenso haben KPF und PS die sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gefordert. Einig sind sich auch alle, die Untersuchungsarbeit über die Faschisten-Szene zu verstärken.

Die OCT bringt desweiteren noch den Gedanken des Aufbaus einer antifaschistischen Liga (nach dem englischen Modell der Anti Nazi League) ins Spiel. Eine etwas traurige – aber nicht ungewöhnliche – Rolle nimmt die Tageszeitung „Liberation" ein, die sich im Namen ihrer „Objektivität" bemüßigt sieht, Artikel zu bringen wie: *„Überall gibt es Rassisten"* oder Interviews (?) mit angeblichen KPF-Mitgliedern zu veröffentlichen, die dann offenbaren: *„In der KPF gibt es die größten Antisemiten"*, bzw. lang und breit von der „libyschen Spur" zu fabulieren (mit Referenzen auf H.-J. Klein, Experte auf diesem Gebiet).

(Zu den erstgenannten Kritiken: es geht nicht darum, abzustreiten, daß man leider in Reihen der Linken

Fortsetzung nächste Seite



Paris 7.10.80. Hunderttausende demonstrieren gegen den faschistischen Anschlag auf die Synagoge in der rue Copernic.

Solidaritätstelegramm

Gegen das SS-Europa das antifaschistische Europa

„Mit großer Betroffenheit und grossem Schmerz haben wir vom Nazianschlag auf eine jüdische Synagoge in Paris nur eine Woche nach München erfahren. Wir legen Wert darauf, als westdeutsche Organisation unsere Solidarität mit all denjenigen zum Ausdruck zu bringen, die heute in Frankreich erneut von den Faschisten bedroht werden. Von Bologna über München bis Paris tragen all diese kriminellen Attentate die gleiche Handschrift, all diese Gruppen gehören der gleichen Schwarzen Internationale an, alle propagieren sie Rassismus und Antisemitismus, alle haben sie das gleiche Idol: Adolf Hitler.

Überall will man uns glauben machen, dies sei das Werk von einzelnen „Verrückten", von einzelnen „Exaltierten", von einzelnen „Nostalgikern" der SS-Ordnung: und war das 3. Reich auch das Werk eines einzelnen „Exaltierten"? Und überall die gleiche polizeiliche Trägheit, wenn es sich um Neonazis handelt. Wir sind empört über den Mangel an Reaktionen nach München in unserem Land – trotz (oder wegen?) der deutschen Vergangenheit! Das erstaunt uns jedoch nur wenig: der Präsident der Republik ist ein ehemaliger Nazi, einer der Kanzlerkandidaten ebenso und wieviel bekannte und unbekannte gibt es noch ...

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß eine der Hauptbedingungen für den Sieg über den Faschismus die Einheit aller Demokraten ist, unabhängig von den religiösen, weltanschaulichen und politischen Meinungen. Sie hat uns auch gelehrt, rechtzeitig zu reagieren und nicht abzuwarten, bis die Nazis noch stärker werden. Die Informationsarbeit, die Untersuchung und die Entlarvung all dieser Gruppen wird immer notwendiger. Machen wir der Schwarzbraunen Internationale und allen ihren Komplizen den Prozeß.

Nieder mit Antisemitismus und Rassismus! Ein „Modell Deutschland" das reicht!".

Kommunistischer Bund

Das Telegramm ging an die LICRA, die MRAP (Bewegung gegen Antisemitismus und Rassismus), an Beate und Jean Klarsfeld (mit der ausdrücklichen Bitte um Weitergabe an die CRIF (Rat der jüdischen Institutionen in Frankreich))

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Antisemitismus und Rassismus treffen kann – und dies freilich auch in der KPF – sondern um die Schwerpunkte der Berichterstattung von „Liberation", die, bewußt oder unbewußt, von der Verantwortung des Staates ablenken).

Begin: „Anti-Israelische Haltung bedeutet antijüdische Haltung"

(zitiert nach „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 10.10.). Die verschiedenen Vertreter der israelischen Regierung werden nicht müde zu betonen, an allem seien die „Palästinenser" schuld, Die Argumentationslinie faßte der israelische Verkehrsminister (Haim Landau) am präzisesten zusammen: **„Man kann zwischen Anti-Israelismus, Anti-Zionismus und Anti-Semitismus keinen Unterschied machen"** („Le Monde" 7.10.).

So auch der israelische Außenminister Shamir: *„Durch die Anerkennung der PLO als Verhandlungspartnerin ermuntern die Länder der EG die antisemitischen Aktivitäten in Europa. Die Quelle dieser Taten muß ohne Zögern zerschlagen werden: nämlich die arabisch-palästinensischen Organisationen, die in Europa agieren"* („Le Monde", 9.10.). Begleitet wird dies mit angeblichen Informationen über Verbindungen zwischen Faschisten und PLO (Kimsche, Kabinettsdirektor im israelischen Außenministerium, „Le Monde", 7.10.).

Vertreter jüdischer Organisationen in Frankreich, wie Hadjenberg (Präsident der „Jüdischen Erneuerung"), hauen in die gleiche Kerbe: *„Wenn die pro-arabische Politik Frankreichs nicht diejenige wäre, die sie ist, würde die Bekämpfung des internationalen Terrorismus anders aussehen"* („Le Monde", 6.10.). Und J.-P. Bloch, Führungsmitglied der LICRA, behauptet, er habe Beweise dafür, daß Ghaddafi hinter Bologna, München und Paris stünde („France Soir", 7.10.).

Es springt ins Auge, daß – so vehement auch die Attacken der Begin-Regierung gegen die „antiisraelische Politik" Giscards sein mögen – k e i n einziges Wort von denselben über die f r a n z ö s i s c h e n Nazis im f r a n z ö s i s c h e n Staatsapparat verloren wird! Darum muß man ganz klar sagen, daß diese billige Agitation, die auf Gefühlen der Angst aufbaut („Die Palästineser wollen alle Juden ins Meer werfen") den Interessen der Opfer antisemitischer Attentate und Provokationen direkt in den Rücken fällt. Ganz abgesehen davon, daß die demagogische Gleichsetzung Anti-Israel (bzw. Anti-Begin) ist gleich anti-jüdisch, bedeuten würde, daß die Linken in Israel ebenfalls Antisemiten sind. Was ja offenkundiger Schwachsinn ist. Die palästinensischen Befreiungsorganisationen haben sich gegen diese Verleumdungen zur Wehr gesetzt (siehe Kasten).

sich gegen diese Verleumdungen zur Wehr gesetzt (siehe Kasten).

In der französischen und westdeutschen Presse wird mit Vorliebe über extrem rechts-zionistische Positionen berichtet, wohl nicht ohne Hintergedanken. Man kann von Umfragen halten, was man will – immerhin zeigen sie doch Orientierungen auf: In einer jüngsten Umfrage (veröffentlicht im „L'Express", 13.10.) heißt es, 52 % der französischen Juden wollten bei den Präsidentschaftswahlen 1971 ihre Stimme linken Parteien geben, nur 20 % Giscard.

Es gibt eben solche Organisationen wie den „Betar" (Jugendorganisation der rechtsextremistischen Partei „Likud" (die Partei Begins), die vor einer Zusammenarbeit mit französischen Faschisten, wenn's gegen Araber geht, nicht zurückschreckt). Es gibt Organisationen wie den CLESS (Verband der sozialistischen Zionistischen Studenten Frankreichs), die jetzt verstärkt die Einwanderung nach Israel propagiert. Es gibt aber auch eine Gruppe wie das „Kollektiv Linker Juden", das für eine Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte gegen die faschistischen Komplizen im Staat plädiert („Le Monde", 9.10.).

Hexenjagd? Ja, bitte!

Die „Hexenjagd" steht erst am Anfang. Die autonomen Polizeigewerkschafter haben „versprochen", weitere Enthüllungen nachzuschieben. Und an vielen Stellen sitzen Leute, die bestimmt noch einiges Interessantes zu berichten wissen. Was auch nicht ohne Rückwirkungen auf die BRD bleiben dürfte. So wurde jetzt bekannt, daß die Ex-FANE-Beziehungen zu den Attentätern auf das Ausländerwohnheim in Hamburg hat (Roeder-Bande). In der Zeitschrift „Les Nouvelles Litteraies" heißt es, anläßlich der Hamburger Ermittlungen sei die Verbindung zur FANE offensichtlich geworden. Wieso hören wir hier nichts davon??

Ex-FANE-Führungsmitglieder haben am 9. Februar 1980 in Frankfurt an einem Treffen der VSBD teilgenommen. Ex-FANE-Mitglieder haben an einem Hamburger Nazitreffen am 8. August 1980 teilgenommen (ebda). Hoffmann soll seinen letzten Urlaub mit Ex-FANE-Führungspersonal verbracht haben („Le Nouvel Observateur", 6.10.).

Die Kontakte zur VSBD in Frankfurt bestätigten FANE-Mitglieder mittlerweile persönlich in einer „Monitor"-Sendung am 14.10. Aber solche „sachkundigen Hinweise" dürften die hiesigen Freunde und Helfer kaum interessieren. Im AK 188 werden wir ausführlicher über die französische Naziszene (und „Neue" Rechte) sowie ihre internationalen Verbindungen informieren.

Wir wünschen den französischen Genossinnen und Genossen viel Erfolg. Möge das Regime an dieser Frage fallen!

Frankreich-Kommission

Frankreich-Kommission

Anmerkungen

1. „Staatssicherheitshof": wurde 1963 geschaffen, ist eine Ausnahmezustandsjustiz, wo keine zivile Partei zugelassen wird, ermöglicht daher dem Staat eine geheime Arbeit.

2. „Kommando Delta": Der Name bezieht sich auf die gleichnamige Organisation zur Zeit des Algerienkrieges. Geleitet wurde sie von R. Degueldre, Verantwortlicher der Sektion „Direkte Aktion" innerhalb der OAS. Verantwortlich für den Mord an H. Curiel und Laid Sebai.

3. „Gruppe Peiper": Peiper war Adjutant von Himmler, er kam 1975 unter ungeklärten Umständen in seinem südfranzösischen Versteck ums Leben.

4. Gruppe „Ehre der Polizei": Verantwortlich für den Mord an Pierre Goldmann (20.9.79) und für den Mordversuch an Jean-Pierre Vigier (18.12.79).

5. „Charles Martel"-Gruppe: Der Name bezieht sich auf den König Charles Martel (714 - 741). Er wurde in der Geschichte durch den Kampf von Poitiers (732) bekannt, wo die Araber entscheidend besiegt wurden. Im übrigen unterwarf er Bayern... 1974 war diese Gruppe für den Anschlag auf das algerische Konsulat in Marseille verantwortlich, wo vier Menschen ums Leben kamen.

6. Henri Curiel wurde am 4. Mai 1978 in Paris von „Kommando Delta" erschossen. Curiel war jüdischer Abstammung und Mitbegründer der KP Ägyptens. Pierre Goldmann wurde am 20.9.79 in Paris von der Gruppe „Ehre der Polizei" ermordet. Goldmann war ein linker jüdischer Schriftsteller.

7. Frederiksen im Krankenhaus: Sogenannten „Jüdischen Brigaden" gelang es am 12.10., Frederiksen und einigen seiner Freunde in Rambouillet aufzulauern. Die Faschistengruppe, so erklärten die „Jüdischen Brigaden", hatte Waffen dabei. Die „Jüdischen Brigaden" verhalfen mit ihrem Einsatz zur Festnahme eines von der Polizei „gesuchten" FANE-Mitglieds.

8. GRECE: „Gruppe zur Forschung und zum Studium der europäischen Kultur"; existiert seit 1969. Seit 1976 verfügt der GRECE über einen eigenen Verlag, „Editions Copernic"; seit 1977 über eine Tageszeitung, „Le Figaro", und eine Wochenzeitschrift, „Le Figaro-Magazine". Beide Zeitungen gehören Robert Hersant, G i s c a r d i s t. Hersant besitzt 70 % der französischen Presse. Im August 1940 gründete er die „Anti-Jüdische Front". Für den „Figaro" schreibt u.a. Louis Pauwels, Mitglied der faschistischen Partei „PFN" (sog-Eurorechte") und Mitglied des GRECE.

Der GRECE selber gibt Monatszeitschriften heraus, „Elements", und „Nouvelle Ecole". In der Führung des GRECE sind Alain de Benoist (Ex„Europa Ak–tion") sowie weitere frühere Mitglieder der Gruppe „Europa-Aktion"; Jean Mabire, Dominique Venner, Jean-Claude Valla u.a.

Die Strategie des GRECE: „Entrismus auf höherer Ebene... Wir brauchen einflußreiche Männer, die ihren Platz in den entscheidenden Sphären von heute und, noch wichtiger, von morgen, haben" (Leitartikel von „Nouvelle Ecole", Nummer 9).

Die Lieblingsthesen des GRECE (immer unter dem Motto „Jerusalem oder Hellas!"): „Rasse und Intelligenz", „Nietzsche: eine Ethik für die Zukunft" (April 74), „Wofür Eliten?" (Januar 75), „Die Indo-Europäer" (März 75), „Rassismus oder Antirassismus: das Recht auf den Unterschied" (Mai 75), „Die Überbegabten" (Mai 76) etc. Zum Beispiel ist der GRECE für Abtreibung – denn es gehe nicht darum, viele Kinder auf die Welt zu setzen, sondern welche mit „Qualität".

9. SNAPC und FASP: Innerhalb der Polizei zwei autonome Gewerkschaften mit der größten Mitgliederzahl. Die CGT und die CFDT sind innerhalb der Polizei Minigewerkschaften, während die SNAPC und die FASP 80 % organisieren.

10. OAS: Faschistische Parallelarmee zur Zeit des Algerienkrieges.

11. „Occident" und „Ordre Nouveau": „Occident" wurde 1964 gegründet (Roger Holleindre), spezialisiert auf Überfälle gegen linke Veranstaltungen und linke Studenten an den Unis. Im November 68 aufgelöst.

„Ordre Nouveau": Nachfolgeorganisation der Gruppe „Occident", 1973 aufgelöst; „Ordre Nouveau" wurde besonders von der italienischen MSI mitfinanziert. Alain Robert, den Sekretär von „Ordre Nouveau", findet man später als Sekretär der „Front National" wieder (1973) und 74 im Ordnerdienst von Giscard d'Estaing.

12. „Club de l'Horloge": Dieser „Club" setzt sich aus hohen Funktionären zusammen. Sein Ziel ist es, die Rolle eines „Theorie-Laboratoriums" innerhalb der Rechten zu spielen; er nennt sich „metapolitisch". Präsident des „Clubs" ist Yvan Blot, Ex-Mitglied im Kabinett des Innenministers Poniatowski, Ex-Mitglied im Kabinett des heutigen Innenministers Bonnet, heute Kabinettschef des Generalsekretärs der „RPR", Alain Devaquet, und innerhalb der „RPR" mit Europa-Politik beauftragt. Blot ist gleichzeitig Redakteur des internen Rundschreibens des GRECE sowie Redaktionsmitglied der GRECE-Zeitschrift „Nouvelle Ecole" (unter dem Namen Michel Norey). Der GRECE und der „Club" streiten allerdings jede Beziehung zueinander ab. Dieser „Club" organisiert Arbeitsessen, wo über den „wissenschaftlichen Antiegalitarismus" und ähnliches diskutiert wird (Antiegalitarismus: gegen die Gleichmacherei, auf deutsch: Rassismus).

* * *

Was die „rein theoretische" Betätigung dieser höchst seriösen Vereine angeht, mag das Folgende beleuchten.

In der Wochenzeitschrift „L'Express" vom 21.3.77 erzählte ein 17jähriger Teilnehmer eines GRECE-Seminars in einer ihrer luxuriösen Villen bei Aix-en-Provence: „Morgens gab es militärisches Training. Hindernisrennen, Schieß- und Bogenübungen. Nachmittags gab es Konferenzen. Themen: der biologische Rassismus, die Auslese usw. Abends waren wir in Uniform, mit Rangers, die Leiter in Smoking, mit dem Emblem des Thor-Gottes auf der Brust" (Thor: germanischer Gott des Gewitters und der Blitze – Anm. AK). „Danach mußten wir männliche, kollektive Lieder singen, die die menschliche Opferbereitschaft exaltierten".

Diese Villa, die sich auch ausländischer Besucher erfreut, ist u.a. auf den Namen eines Ex-DASlers gemietet, Jean-Claude Claustres, heute im Staatssekretariat für Tourismus tätig, früher beim Bürgermeister von Nizza, Jacques Medecin, beschäftigt (alles aus „Express". Die Mitarbeit im Ministerium gilt übrigens noch heute – Anm. AK).

Herausgeber von »afrique asie« aus Frankreich ausgewiesen

„Der Kampf, den die Genossen von 'afrique-asie' für den Sieg der Rechte unseres Volkes führen, verbindet sich innig mit dem unserer Untergrundkämpfer" (Agostinho Neto, Angola). *„In den Djebels hörten wir deine Stimme über Radio Tunis, die unsere Erfolge auf internationalem Gebiet und in der UNO beschrieb, und diese Stimme verstärkte die Entschlossenheit und Überzeugung unserer Mudjahedin"* (Houari Boumedienne, Führer der algerischen Befreiungskämpfer).

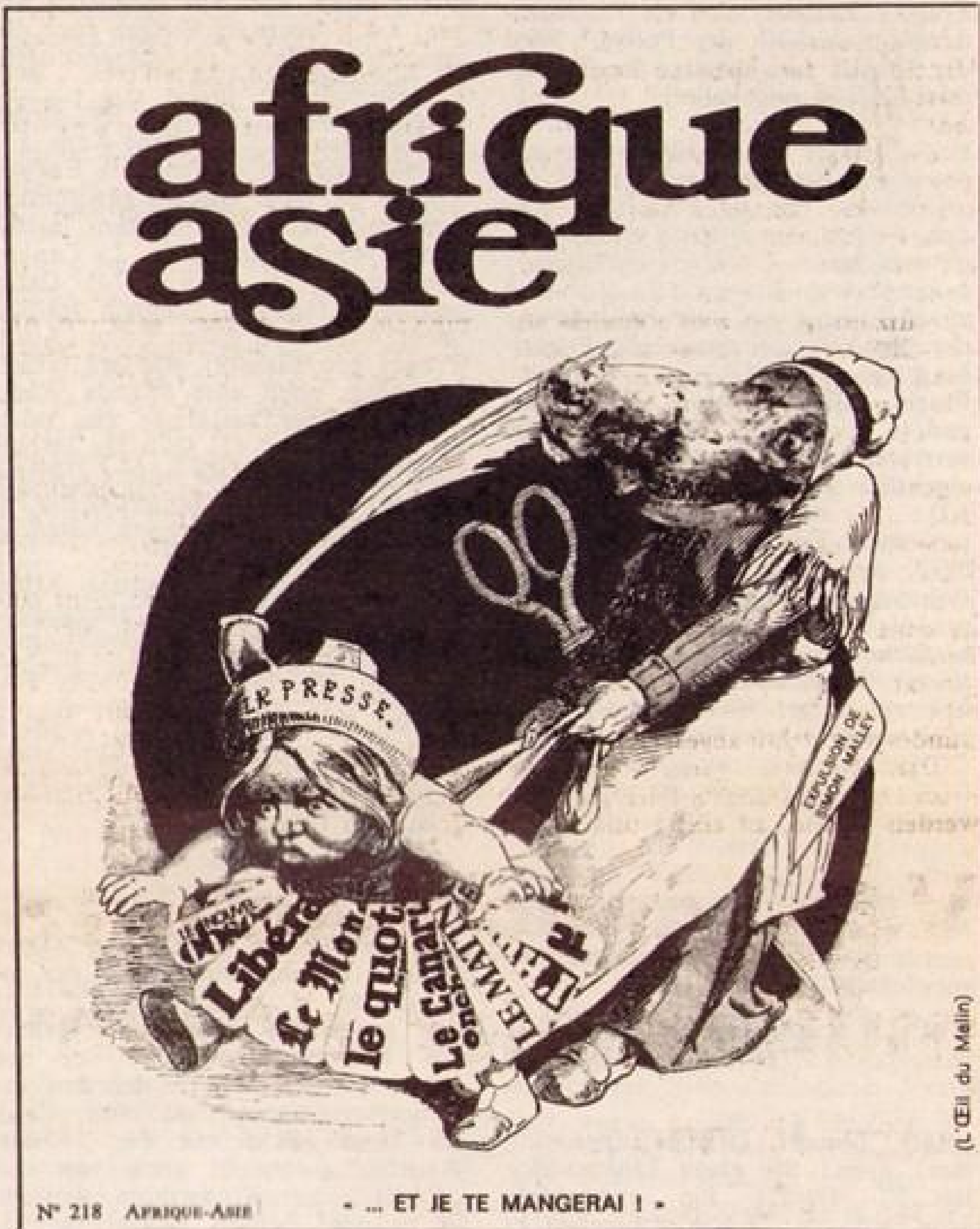
Stets hat Simon Malley in den langen Kämpfen der afrikanischen und arabischen Völker eindeutig Stellung bezogen. Insbesondere in der seit 1972 in Paris zweiwöchentlich erscheinenden Zeitschrift „afrique-asie" wurde die Komplizenschaft der französischen Regierung mit den reaktionären afrikanischen Führern angeklagt. Seit langem haben diese deshalb Maßnahmen gegen die Zeitschrift und ihren Herausgeber verlangt. In Ländern wie Gabun, Zaire, Marokko, Tunesien und Senegal ist sie ohnehin verboten.

Am 27. Juni dieses Jahres weigerte sich die zuständige Polizeipräfektur in Paris plötzlich, die Aufenthaltsgenehmigung, die Malley seit 1971 alle drei Monate erneuern lassen mußte, zu verlängern. Auf eine parlamentarische Anfrage hin gab der Innenminister die Begründung, Simon Malley habe es *„an der Pflicht zur Zurückhaltung fehlen lassen, die sich jedem Ausländer (!) gebietet. Herr Simon Malley, der nicht den Status eines politischen Flüchtlings besitzt und sich um diesen auch nicht bewerben kann, aufgrund seiner amerikanischen Staatsangehörigkeit, kann seine Tätigkeiten in voller Freiheit in dem Land ausüben, dessen Staatsangehörigkeit er derzeit besitzt"* (zitiert

Land ausüben, dessen Staatsangehörigkeit er derzeit besitzt" (zitiert

nach dem offiziellen Amtsblatt).

Vorgeworfen wird ihm also die „fehlende Zurückhaltung". Das heißt beispielsweise, daß „afrique-asie" die Befreiungsbewegung FLNC in Zaire unterstützte, während französische Fallschirmjäger den Diktator Mobutu im Sattel hielten.



„ ... und ich werde dich fressen!"

„ ... und ich werde dich fressen!"

Aufgedeckt wurde in der Zeitschrift die Zusammenarbeit der BRD mit Mobutu; daß in Zaire von der westdeutschen OTRAG Raketenabschüsse geprobt wurden (wir berichteten im AK damals ausführlich).

Für viele der befreiten Staaten und Befreiungsbewegungen in Afrika wurde „afrique-asie" ein wichtiges Organ, das ihren Kampf auch in Europa bekannt machte. Insbesondere sind hier die Unterstützung der POLISARIO in der Westsahara und der EPLF in Eritrea zu nennen.



Simon Malley

Die Proteste gegen die drohende Ausweisung waren daher auch sehr zahlreich. So protestierten 22 Staatschefs der „Dritten Welt" bei der französischen Regierung – allerdings vergeblich. Am 3. Oktober wurde Simon Malley aus Frankreich ausgewiesen.

Die Redaktion von „afrique-asie" hat aber klargemacht, daß dieser Angriff sie nicht davon abhalten wird, ihre Arbeit wie bisher weiterzuführen: *„Wir sind uns bewußt, daß wir uns in der harten Schlacht, die sich für eine neue internationale Informationsordnung abspielt, an vorderster Linie befinden. Schlimmer: Mitten im Maul des Wolfes, dem wir, einen nach dem anderen, die Zähne abzufeilen versuchen. (...) Unser Wille, gestählt in einer Praxis militanten Journalismus, ist stärker denn je. Er stützt sich auf das Bewußtsein, daß 'afrique-asie' eine Kampfzeitschrift ist, die sich der Unterstützung und der Solidarität aller seiner Leser erfreut, aber auch weltweit derjenigen der demokratischen und fortschrittlichen öffentlichen Meinung.*

Das Ausmaß der Proteste bezeugt, daß Simon Malley, über den Wert als Symbol hinaus, das er auf der Ebene der freien Ausübung seines Berufes als Journalist darstellt, eine entscheidende Rolle im Leben unserer Zeitschrift seit deren Gründung spielt. Indem man ihm dieses elementare Recht nimmt, glaubt man, 'afrique-asie' davon abhalten zu können, die unterdrückten Völker zu verteidigen, ihnen das Wort zu geben, ihre Schlachten bekanntzumachen, ihre Sehnsüchte und ihre Siege. Das ist eine falsche Rechnung" („afrique-asie", 21.7.80).

Asien-Australien-Kommission

Der Teufel ist los, aber hohe Strafen für die 2. Juni-Angeklagten

Fortsetzung von Seite 1

Ralf Reinders, Fritz Teufel, Ronald Fritsch und Gerald Klöpper erschienen zur Urteilsverkündung (am 13.10.) in komischer Verkleidung (Fritz z.B. als Bundesanwalt), entschlossen zu einem Spektakel, während Till Meyer und Andreas Vogel der Urteilsverkündung fernblieben. *„Egal wie das Urteil ausfällt, es ist ein Grund zum Feiern, weil wir ein bißchen gewonnen haben"* so Fritz vor dem Urteil. Das dokumentierte auch Ralf Reinders mit dem auf sein Hemd gedruckten Wort „egal".

Richter Geus leitete seine Urteilsbegründung mit klagenden Worten ein. *„Es stimme nicht, daß dieses Gericht ein Staatsschutzgericht sei. Von Verleumdungen, Gehässigkeit, Beleidigungen sei die ganze Verhandlung begleitet gewesen"* („TAZ", 14.10.).

Damit unsere Leser hier nicht das Mitleid mit der geplagten Legislative überfällt, sei noch einmal festgehalten:

Bis zum A-libi von Fritz Teufel zeigte das Gericht und sein Vorsitzender Geus keinerlei Neigung, den widersprüchlichsten Zeugenaussagen, insbesondere des Kronzeugen Hochstein, aber auch Frau Drenckmanns Identifizierung von Ralf Reinders als dem Blumenboten (obwohl das nach ihren Angaben gezeichnete Phantombild des Blumenboten Ralf völlig unähnlich war und sie sich auch sonst in Widersprüche verwickelte) in irgendeiner Form Rechnung zu tragen.

Selbst nach Fritz Teufels Alibi wurde der Antrag seiner Verteidiger nach Haftentlassung abgelehnt, wurde seine Teilnahme an den Negerkuß-Banküberfällen ohne ein Indiz vorausgesetzt, wurde diese gerichtliche Entscheidung selbstverständlich vom Bundesgerichtshof abgesegnet.

Daß Hochstein einen Monat vor Prozeßende endlich fallengelassen werden mußte, ist einzig und allein der Verteidigung zu verdanken, die im Verhör dem Westberliner Verfassungsschutz-Chef Natusch die Aussage entlockte, daß Hochstein wesentlich eher als von ihm vor Gericht angegeben bereits beim VS Aussagen gemacht hätte, und daß über diese Aussagen beim Westberliner VS ein Dossier existiere.

Da Innensenator Ulrich die Verlesung dieses Dossiers vor Gericht verweigerte, ebenso dem mit der Präparierung Hochsteins befaßten VS-Manne Grünhagen keine Aussagegenehmigung erteilen wollte, m u ß t e das Gericht Hochstein fallenlassen, wollte es sich nicht – angesichts einer relativ aufmerksamen Öffentlichkeit – völlig als Marionette von Bundesanwaltschaft und Verfassungsschutz entlarven.

Da Hochsteins Aussagen im Fall Drenckmann einzig und allein den Zweck hatten, die Aussagen von Frau von Drenckmann über Ralf Reinders als Blumenboten abzustützen , und nur Hochstein Andreas Vogel noch zusätzlich belastete, k o n n t e das Gericht für den Drenckmann-Komplex nur noch Freisprüche aussprechen, wollte es nicht vollständig sein Gesicht verlieren.

Bis auf Fritz Teufel wurden alle Angeklagten in der Lorenz-Entführung als für „überführt" gehalten. Als „Indizien" mußten Fingerabdrücke auf beweglichen Gegenständen – wie z.B. Bierflaschen – im Kreuzberger „Volksgefängnis" des Peter Lorenz herhalten sowie *„eine Fülle von Indizien, die in zahlreichen konspirativen Wohnungen und Garagen Westberlins vor 5 Jahren sichergestellt worden seien"* („FR", 14.10.). Für Gerald Fritsch allerdings konnten nicht einmal Indizien beigebracht werden.

Wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" wurden alle sechs Angeklagten verurteilt, woraus für das Gericht selbstverständlich (bis auf Fritz Teufel) die Beteiligung an sämtlichen der Bewegung 2. Juni angelasteten Taten folgte.

Till Meyer erhielt als einziger die von der Bundesanwaltschaft beantragte Strafe von 15 Jahren, da *„er sich selbst in seinem letzten Wort noch zum bewaffneten Kampf bekannt hat: 15 Jahre sind uns deshalb gerade das Richtige"* (Geus nach „FR" vom 14.10.).

Ralf Reinders 15 Jahre wurden damit begründet, daß er beim Überfall auf das Waffengeschäft Triebel von Frau Triebel erkannt worden sein soll.

Andreas Vogel, der zur Tatzeit 19 Jahre alt war, erhielt das Höchstmaß nach dem Jugendstrafrecht.

Harte Urteile aufgrund windiger Indizien für fünf der Angeklagten. Bleibt noch nachzutragen, daß sechs Zuhörern an diesem letzten Prozeßtag wegen des Aufdrucks von „Schweine" oder dem anarchistischen „A" auf T-Shirts bereits schriftlich ein Verfahren wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" angekündigt wurde, und weitere sechs Zuschauer(innen) bis zu drei Tage Ordnungshaft erhielten.

Die Verteidigung hat für alle Angeklagten (bis auf Fritz Teufel) bereits Revision eingelegt. Generalbundesanwalt Rebmann ist gegen das gesamte Urteil in die Revision gegangen. Eine Begründung hat er zwar noch nicht abgegeben, aber daß der Bundesanwaltschaft dieses Urteil durch ihre Konzeption bei „Terroristenprozessen" – die sie bisher bis auf den Fall Astrid Proll reibungslos durchsetzen konnte – einen empfindlichen Strich macht, ist für jeden einsichtig, der die Geschichte der bundesdeutschen „Terroristenprozesse" bisher einigermaßen verfolgt hat.

Umso mehr liegt für die Linke die Konsequenz auf der Hand: aus diesem Punktesieg muß ein Erfolg gemacht werden, gegen die *‚insgesamt 69 Jahre lebendiges Grab"* („TAZ") muß der Widerstand aufgenommen werden.

Westberliner Anti-Repressions-Kommission des KB

Ein Roman wird sanktioniert Teile und herrsche



Gleichzeitig mit der vom Hamburger Beamtenernennungsausschuß vorgenommenen Verbeamtung von acht Hamburger Lehrern führen diesselbe Behörde und derselbe Senator, die diese Verbeamtung befürwortet haben, den ganz großen Hammer gegen einen Lehrer, der ursprünglich nach dem Willen der Betroffenen zu den acht (bzw. dann neun) gehören sollte.

Anlaß ist die literarische Verarbeitung seines eigenen Berufsverbots und der damit im Zusammenhang gemachten Erfahrungen. Hans-Peter de Lorent, seit vielen Jahren nur als Angestellter im Schuldienst beschäftigt, weil ihm seine frühere Tätigkeit als Referendarsprecher und seine Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen werden, hat in dem empfehlenswerten Roman „Die Hexenjagd" all das in Sprache gefaßt, was ein Berufsverbotener an Wut, Empörung, Abscheu, aber auch Zweifel, Resignation, und doch Mut, Auflehnung und Gewißheit erlebt hat und in vielen, langen Jahren verarbeiten muß.

Daß dabei die Berufsverbieter nicht glimpflich davon kommen, liegt in der Natur der Sache: Ihr Berufsverbieten ist alles andere als glimpflich.

Doch sie haben mit äußerster Härte und sehr hektisch reagiert. Es trat der wohl in der Geschichte der Berufsverbote einmalige Fall ein, daß Senator Grolle sich bemüßigt fühlte, eine Presseerklärung zu veröffentlichen, in der er das Vorgehen gegen de Lorent verteidigt. Es sei *„unsinnig zu behaupten, Herr Peter de Lorent sei zu einem Anhörungstermin gebe-*

*sei zu einem Anhörungstermin gebe-**ten worden, weil er die Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst zum Gegenstand eines Romans gemacht hat. Anlaß für das vorgesehene Dienstgespräch ist vielmehr der Vorwurf, daß er fünf Beamte der Hamburger Verwaltung in verletztender Weise persönlich diffamiert hat. Herr de Lorent arbeitet gegenüber den Betroffenen mit Vokabeln wie ‚alte Ratte', ‚Mischung aus Unverschämtheit und Dummheit', ‚schmieriger Gesichtsausdruck', ‚Mafia'."* Solche Dinge kann ein Hamburger Beamter der höheren Chargen natürlich nicht auf sich sitzen lassen, und Herr Grolle fühlt sich verpflichtet, diese treuen Diener des Staates vor solchen „Unverschämtheiten" zu schützen.

Doch von einem Schutz der acht gerade verbeamteten Lehrer vor einem Rufmord klarsten Wassers seitens der „BILD"-Zeitung ist nichts bekannt geworden. Daß diese Zeitung die acht Lehrer in der Weise diffamieren kann, daß sie die Eltern aufruft, ihre Kinder von der Schule zu nehmen, falls die „Indoktrination" durch diese roten Lehrer zu unverschämt werden sollte, scheint Herrn Grolle gleichgültig zu sein.

In allen Zeiten war es schon so, daß Majestätsbeleidigung verfolgt wurde, von Bestrafung von Volksbeleidigung hat man hingegen noch nie etwas gehört.

Daß de Lorent in der erwähnten Anhörung zugesagt hat, den Ausdruck „alte Ratte" aus der zweiten Auflage des Buches (durch die von der Behörde hochgetriebene Nachfrage nach dem Buch ist die zweite Auflage viel früher als erwartet nötig geworden) zu streichen, hat die Berufsverbieter sichtlich ungerührt gelassen. Wie inzwischen Grolle über eine Landespressekonferenz hat verlauten lassen, werden gegen de Lorent jetzt alle Register gezogen.

rent jetzt alle Register gezogen.

Erstens soll er auf keinen Fall verbeamtet werden, zweitens soll er bei Wiederholung der ihm jetzt vorgeworfenen Dinge sofort fristlos aus dem Schuldienst entlassen werden, und drittens wird er von seiner jetzigen Schule an eine andere wegen „Störung des Betriebsfriedens" versetzt.

Daß mit dieser gezeigten Härte die literarische Freiheit an dem Punkt in ihre Schranken gewiesen werden soll, wo sie sich gegen die Schreibtischtäter wendet, liegt auf der Hand. Aus diesem Grund hat auch der Schriftsteller Bernd Engelmann in einem persönlichen Schreiben an Klose gegen dieses Vorgehen protestiert.

Doch darüber hinaus wird mit diesen Schritten sanktioniert, daß ein vom Berufsverbot Betroffener aus eigenem Erleben heraus (also sozusagen von hinter den Kulissen) einem breiten Publikum das ganze auch persönliche Ausmaß der Berufsverbote begreiflich macht. Wie im wörtlichen Sinne pervertiert diese Verdrehung von Ursache und Wirkung ist, zeigt der einfache Vergleich, was der Ausdruck „alte Ratte" gegen die Tätigkeit einer alten Ratte und deren Auswirkungen auf ihre Opfer ist.

Berufsverbotekommisson

Verfassungsschutz muß wieder zittern:

Dritte Runde im Schmücker-Prozeß

Am 14.10. hat der 5. Senat des Bundesgerichtshofes die im Juli letzten Jahres gefällten Urteile im Westberliner Schmücker-Prozeß aufgehoben. Damit ist die Verteidigung zum zweiten Mal mit ihren Revisionsanträgen durchgekommen, denn schon 1977 hatte der BGH die Urteile aus dem Jahr 1976 aufgehoben.

Auch wenn die Begründung für die jetzige Aufhebung noch nicht im Einzelnen bekannt ist, ist jedenfalls soviel sicher, daß es wieder um den Kronzeugen Jürgen Bodeux geht; dieser Bodeux wurde im letzten Schmücker-Prozeß immer deutlicher als VS-Agent enttarnt, der – wenn seine Aussagen gegen die beschuldigte Wolfsburger Gruppe und gegen sich selbst wirklich stimmen sollen – als agent provocateur des Verfassungsschutzes die Finger mit am Abzug hatte, als Ulrich Schmücker 1974 in Westberlin erschossen wurde.

Schmücker war seinerseits im Knast umgedreht worden und sollte vom VS-Agenten „Peter Rühl" (= Michael Grünhagen) zum VS-Spitzel aufgebaut werden. Als Schmücker dann aber – trotz falscher Papieren – in der linken Szene enttarnt und ausgestoßen wurde, ließ der VS ihn wie eine heiße Kartoffel fallen. Schmücker wurde nicht mehr geschützt, aber bis in die Mordnacht hinein observiert.

Verständlicherweise versuchte und versucht die Verteidigung seit dem ersten Prozeß alles, um den VS-Agenten „Rühl" alias Grünhagen als Zeugen vernehmen zu können. Selbst das Gericht hatte sich im zweiten Verfahren um ihn bemüht. Die Vernehmung aber scheiterte an der Verweigerung der Aussagegenehmigung durch Innensenator Ulrich, der durch eine Vernehmung Grünhagens „das Wohl des Landes Berlin" bedroht sah. Mit gleicher Begründung durfte Grünhagen (VS-Chef Natusch über ihn: „Mein bester Mann") auch im Prozeß gegen Astrid Proll nicht aussagen. Daraufhin wurde Astrid sofort freigelassen. Mit gleicher Begründung durfte Grünhagen auch im 2.Juni-Prozeß (Lorenz/Drenkmann) nicht aussagen. Daraufhin mußte der ebenfalls von Grünhagen aufgebaute Kronzeuge Hochstein fallengelassen und von der Drenkmann-Anklage freigesprochen werden.

Wenn Grünhagen – inzwischen nach Süddeutschland oder in die Schweiz geflüchtet – auch im dritten Verfahren nicht aussagen darf, müßte nach dem Fiasko im Proll-Prozeß und nach dem Zusammenbrechen der Drenkmann-Anklage eigentlich auch das Schmückerverfahren platzen.

Dazu kommt, daß Grünhagen nicht der einzige Verfassungsschützer ist, der den Gerichten im Schmückerverfahren bis heute vorenthalten wurde. Aussagen durfte auch nicht der Kölner VS-Agent Koppermann, der Bodeux nach einer Polizei-Akte als „Kontaktmann" bezeichnet hatte – lange Zeit bevor Bodeux mit der Wolfsburger Gruppe Schmückers Erschießung geplant und durchgeführt haben will. Koppermann durfte nicht aussagen, weil Innenminister Baum seinerseits das „Wohl der Bundesrepublik Deutschland" bedroht sah.

Gegen die Aussageverweigerungen für Verwassungsschützer sind noch einige Verwaltungsgerichtsverfahren anhängig.

Unabhängig davon muß es jetzt unsere Aufgabe sein, die beiden letzten Schmücker-Angeklagten, die noch im Knast sitzen (Ilse Jandt und Wolfgang Weßlau), dort rauszuholen. Ilse war in den ersten beiden Verfahren zu lebenslanger Haft und Wolfgang zu acht Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Beide sitzen jetzt schon seit über sechs Jahren in Untersuchungshaft.

Aktuellste und erfreuliche Meldung

Wolfgang Weßlau wurde am Montag, den 20.10.80, gegen eine Kaution von 10.000 DM aus der U-Haft entlassen.

Westberliner Antirepressionskomission des KB

Hamburger »Eier-Verfahren« geht weiter

In den bisherigen sieben Verhandlungstagen gegen zwei Antifaschisten, angeklagt wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung, zeichnete sich kein Ende ab. Gemeinsam mit ca. 200 Gegendemonstranten hatten die beiden Angeklagten im Mai 1979 bei einer NPD-Kundgebung die Hetzreden lautstark gestört. Daß hierbei Eier geflogen sind, reicht Staatsanwalt Dr. Gerhard, um Anklage wegen Landfriedensbruch zu erheben.

Erfreulich ist das öffentliche Interesse an dem Prozeß. So war der Gerichtssaal regelmäßig mit 40 - 50 Antifaschisten überfüllt. Skandalös ist die Tatsache, daß Erklärungen zu dem Münchener Bombenattentat und Anträge, die Beweisaufnahme zu schließen, und das Verfahren einzustellen, abgelehnt wurden. Rechtsanwalt Maeffert: *„Die Fortsetzung des Prozesses unter den politischen Eindrücken der letzten Tage ist unerträglich."* Als übereifrig entpuppte sich Staatsanwalt Gerhard dabei, jeden politischen Aspekt vom Prozeß fernzuhalten. Es war für die Verteidigung unmöglich, Anträge überhaupt zu begründen. Die boße Erwähnung des Münchener Anschlags reichte aus, um der Verteidigung das Wort zu entziehen. Auch ein Antrag, die Fraktionsvorsitzenden der Harburger Bezirksversammlung zu vernehmen, wurde abgelehnt. Sie hatten während einer Bezirksversammlung die NPD-Kundgebung verurteilt.

Die Vernehmung der Zeugin Polizeiobermeisterin Fleischmann wurde nach zehn Minuten abgebrochen. 14 Tage nach der Kundgebung konnte sie nicht angeben, ob die geworfenen Eier auch getroffen hatten. Heute, nach anderthalb Jahren, war sie sicher, daß die Eier ihr Ziel nicht verfehlt hatten. Ihre jetztige Vernehmung machte ihr solche Kopfschmerzen, daß sie darum bat, die Vernehmung zu unterbrechen.

Die nächsten Termine:
27.10.80, 14 Uhr
30.10.80, 14 Uhr 30
10.11.80, 14 Uhr 30

Solidarität hat sich gelohnt

Erklärung zur Entscheidung des Beamtenernennungsausschusses vom 8.10.1980

Die Entscheidung des Beamtenernennungsaussschusses vom 8.10.1980, uns 8 Lehrer in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. auf Probe zu berufen, sehen wir als einen vorläufigen Höhepunkt im Kampf gegen die antidemokratischen Berufsverbote.

Als vor knapp 9 Jahren – mit der Verabschiedung des „Senatserlasses" und der Entlassungsverfügung gegen die Kollegin Heike Gohl – der Auftakt für eine bundesweite Berufsverbotepraxis von Hamburg ausging, hat sicherlich keiner von uns geahnt, welch Ausmaß an Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei, an persönlicher Repression und Einschüchterung auf uns zukommen würde. Aus der persönlichen Betroffenheit heraus haben wir immer wieder versucht, uns gegen die Existenzbedrohung und Einschränkung demokratischer Rechte zu wehren. Dabei gab es sicherlich so manchen Augenblick, in dem Zweifel am Erfolg unserer Anstrengungen aufkamen.
folg unserer Anstrengungen aufkamen.
Um so mehr freuen wir uns über diesen Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote! Dieser ist nur durch die S o l i d a r i t ä t von Kollegen, Eltern und Schülern, von Bürgerinitiativen und anderen demokratischen Kräften möglich geworden. Ohne diese ständige Hilfe und Unterstützung, wie auch den persönlichen seelischen Rückhalt, wäre für keinen von uns die Belastung des Berufsverboteverfahrens zu ertragen gewesen. Mut hat uns vor allem immer wieder die Erfahrung gemacht, daß alle, die sich mit unserem drohenden Berufsverbot beschäftigten, diese undemokratische und menschenfeindliche Praxis ablehnten.

Doch unsere Freude ist, wie schon oft, nicht ungetrübt: Wir sind darüber empört, daß der Kollege Hans-Peter de Lorent entgegen den ursprünglichen Absichten von Senat und Behörde aus dem Vorschlag zur Verbeamtung herausgenommen wurde. Der Kollege de Lorent soll wegen einzelner Passagen seines Berufsverboteromans „Die Hexenjagd" auch weiterhin nicht verbeamtet und nunmehr auch disziplinarisch belangt werden.

Weiterhin sind noch ca. 50 Kolleginnen und Kollegen vom Berufsverbot bedroht. Dieses macht deutlich, daß der Wider-

Fortsetzung nächste Seite

Acht vom Berufsverbot bedrohte Lehrer jetzt Beamte

Drei Tage nach der Bundestagswahl tagte in Hamburg der inzwischen schon berüchtigte Beamtenernennungsausschuß und beriet zum dritten Mal über ein ‚Paket' von acht Berufsverbotefällen, die auf Vorschlag der Behörde schon seit dem Sommer zur Verbeamtung anstehen. Immer wieder war die Befassung mit fadenscheinigen Argumenten verschoben worden, sodaß die Behandlung jetzt erst auf diesem Termin nach der Wahl anstand.

Der Ausschuß entschied positiv für die acht Lehrer. Auf der Sitzung fehlten der parteilose Staatsrat D. Haas und Caesar Meister (SPD). Man kann davon ausgehen, daß ihre Abwesenheit eine abgemachte Sache war, die es ermöglichte, daß die offizielle Senatspolitik durchkam, ohne daß Caesar Meister sein Gesicht verlor. Wer sich an diese Figur noch erinnert, weiß, daß er im Sommer zusammen mit den CDU-Mitgliedern im Ausschuß die Verbeamtung von Thomas Erdner (DKP) verhindert hatte.

Durch die Verschiebung der Entscheidung hinter die Wahl, ersparte sich die SPD zudem die Schlagzeilen der Springerpresse in der Wahlzeit. Diese schäumte denn umso mehr: *„Schützenhilfe für Kommunisten"* („HA", 10.10.80) oder *„Wie schützen wir unsere Kinder vor den Kommunisten?"* („Bild"), so war es in den besagten Zeitungen zu lesen. Alle antikommunistischen Register wurden gezogen, um dem Lehrer jetzt das Leben in der Schule unmöglich zu machen.

In dem jetzt verabschiedeten ‚Paket' war bis zum Sommer noch ein neunter Fall, der von H.-P. de Lorent, der inzwischen wegen seines jetzt erschienenen Romans ‚Hexenjagd' eine erneute Anhörung hatte. In dem Roman wird in realistischer Weise die Berufsverbotemaffia in der Hamburger Behörde beschrieben, wovon sich einige Herren wohl arg entblößt fühlen. Nach den Aussagen auf der Landespressekonferenz vom 14.10.80 sind nach dieser Anhörung die Aussichten auf eine Verbeamtung wohl eher negativ einzuschätzen.

Inzwischen geht in der Behörde das Gerücht um, daß ein weiteres ‚Paket' von Altfällen zur Einstellung vorbereitet werden soll. Hierbei handelt es sich um die Berufsverbotefälle, die gleich nach dem

bei handelt es sich um die Berufs-

verbotefälle, die gleich nach dem Referendariat für eine Weiterbeschäftigung abgelehnt worden waren.

Angeblich wird noch ein weiteres ‚Paket' geschnürt, in dem Fälle zu finden sind, die bei ihrer Bewerbung angegeben hatten, daß sie als DKP-Kandidaten Mitglied in einem Stadtparlament seien.

Scheinbar macht der Hamburger Senat in einigen Fällen ernst mit der Lockerung der Berufsverbotepraxis. Dies gilt jedoch nicht für die Neueinstellungen, sodaß die Gefahr der Einschüchterung die gleiche bleibt.

Berufsverbote-Kommission

Fortsetzung von der vorherigen Seite

spruch zwischen einer proklamierten „Liberalisierung" und der Aufrechterhaltung der Berufsverbotepolitik andauert.

Der Erfolg, der sich im Beschluß des Beamtenernennungsausschusses niederschlägt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Problem der Berufsverbote in Hamburg und in der BRD sich noch längst nicht von selbst erledigt! Die unglaubliche Diffamierungs- und Hetzkampagne, die die Springerpresse nach unserer Verbeamtung startete, zeigt, mit welch infamen Mitteln die Reaktion auch in Zukunft ein Klima des Untertanengeistes, der Einschüchterung und der Angst vor demokratischen Engagement erhalten will.

Gerade jetzt bedarf es der ganzen Kraft aller vom Berufsverbot Betroffenen und der Berufsverbotegegner, insbesondere der Gewerkschaften, für den Kampf gegen die Berufsverbote.

Wir werden nicht eher ruhen in diesem Kampf, bis auch das letzte Berufsverbot gefallen ist. Wir möchten auf diesem Wege allen Kolleginnen und Kollegen, allen Freunden und Bekannten danken, die uns im Kampf gegen die Berufsverbote unterstützt haben. Gleichzeitig fordern wir euch auf, mit uns zusammen für die Verwirklichung der Forderung einzutreten: **Weg mit den Berufsverboten!**

Sabine Auffermann, Heike Gohl, Inge Kasprczak, Jutta Klass, Ewald Leppin, Ursula Oehler, Maja Otto-Gellinek, Hans Werner Schäfer.

Rekrutenvereidigungen

Bekanntlich wird die Bundeswehr dieser Tage 25 Jahre alt (was mindestens 25 Jahre zuviel sind!) und plant, dies auch zu ‚feiern'. Zentral wird bekanntlich in Bonn eine entsprechende Show abgezogen. Aber auch örtlich läuft da so einiges. Wir können leider nur eine vollkommen unvollständige Übersicht geben.

Lüneburg

Am 12.11. will die Bundeswehr auf dem Lüneburger Marktplatz feiern (vermutlich eine Vereidigung). Antimilitaristen planen eine Gegendemonstration.

Leverkusen

Statt Fußball ein Militärspektakel! Wo sonst die Treter von Bayer O4 antreten, nämlich in ihrem Stadion, werden am 12.11. die Schleifer von der Bundeswehr zu einem „Großen Zapfenstreich" erwartet (Fußbälle ä. erwünscht!) (Nach RF, 4.1o.).

Idar-Oberstein

Am 14.11. sollen 7oo Rekruten auf dem Festplatz in Idar-Oberstein sich vereidigen lassen. Wenige Tage vorher soll es eine öffentliche Podiumsdiskussion „mit Vertretern aus verschiedenen Bereichen" geben, weil der Brigadegeneral Promies, der dortige ‚Chef' meint:„*Wir wollen nicht einfach in die Öffentlichkeit platzen. Wir wollen sagen, warum wir das tun.*" (Einfach platzen lassen!).

Bad Dürrheim (bei Ulm)

2oo Rekruten sollen am 29.1o. öffentlich im Kurpark vereidigt werden. Die NPD bekundete ihr „uneingeschränktes Ja" und der örtliche Polizeisprecher sicherte „einen störungsfreien Ablauf" zu.

München

2.000 Rekruten werden zur Vereidigung auf dem Königsplatz erwartet. Die „Süddeutsche Zeitung" (4.9.) wußte bereits, daß mit einer „großen Gegendemonstration" gerechnet werde und nannte in diesem Zusammenhang die Jusos und Judos als Initiatoren.

Saarbrücken

Am 11.11. will die Bundeswehr eine öffentliche Vereidigung im Ludwigsparkstadion durchziehen. Der angekündigte Widerstand dagegen ist gespalten. Die Jusos (und mit ihnen, immer hintenan auch die Revis) haben sich von vornherein auf eine eigene Protestveranstaltung, fernab vom Stadion und mit prominenten Rednern festgelegt.

Seit etwa vier Wochen existiert jedoch auch ein Komitee gegen die Vereidigung, dem vor allem unorganisierte Linke, die Stadtzeitung, KBW und KB angehören, und welches sich für Aktivitäten am Stadion selbst stark macht. GIM und DFG/VK haben sich nach Auseinandersetzungen um die Frage des Demo-Ortes vom Komitee getrennt und sich den Jusos angeschlossen. Seitens des in der Öffentlichkeitsarbeit sehr aktiven Komitees ist für den 22.1o. eine Podiumsdiskussion geplant, zu der auch die Jusos eingeladen wurden, mit dem Ziel, eine Auseinandersetzung um gemeinsame Widerstandsaktivitäten zu beginnen. Am 8./9.11. will das Komitee ein „Rock gegen Generale"-Konzert veranstalten.

Demonstration in Bonn geplant!

Die zentrale 25 Jahrfeier der Bundeswehr wird am 12.11. in Bonn stattfinden. Geplant ist ein feierliches Gelöbnis mit viel Prominenz auf dem Münsterplatz, der zentral in Bonn liegt. Ursprünglich sollte die Show am Rande Bonns ablaufen. Kriegsminister Apel und der Bonner CDU-Bürgermeister setzten jedoch einen zentralen Platz durch (ähnlich wie schon in Bremen). Umgehend ließ die Polizei schon erste Meldungen ab, wonach *„der Münsterplatz nur schwer abzusichern sei"* und man *„Beeinträchtigungen durch Störer nicht ausschließen könne"* („Bonner Rundschau", 1o.9.). Es riecht nach Demonstrationsverbot!

Die „Störer"

Relativ schnell machten die Jusos, schwer angeschlagen und eingeschüchtert durch Ausschlußdrohungen durch den SPD-Vorstand wegen möglicher Absichten ‚vor Ort' und gemeinsam mit ‚Chaoten' gegen die öffentlichen Vereidigungen zu demonstrieren, ihrerseits klar, daß sie am 8.11., also vier Tage vor der Vereidigung demonstrieren wollen. Für den 8.11. sprechen sich unseres Wissens auch die Judos, die Grünen, die ESG und die DFG/VK aus und wollen bundesweit mobilisieren. Die DKP plädierte bisher für eine „friedliche" Demo am 12.11., wird sich aber wohl demnächst den Jusos anschließen. Besonders unschön dabei ist der Konfrontationskurs der Jusos gegen die Linken, die auch am 12.11. direkt gegen die Militärshow demonstrieren wollen. Entsprechend agierte teilweise auch schon die ESG, die für ein Vorbereitungstreffen für die Aktionen am 12.11. ihre Räume mit der Begründung verweigerte, die Leute hätten es ja eh nur auf Prügeleien mit der Polizei abgesehen.

Demonstration vor Ort am 12.11.

Anders als die Jusos haben sich bisher die Falken (Vorstandsbeschluß) für eine Demo am 12.11. ausgesprochen. Darüberhinaus haben sich regional verschiedene Vorbereitungs- und Bündnisgruppen gebildet (Köln, Bonn), die sich z.T. für beide Demos, vor allem aber für eine Demo am 12.11. aussprechen und auch schon mobilisieren. Von dieser Seite wird mit mehreren tausend Demonstranten gerechnet. Wie sich andere schon bestehende örtliche Bündnisse (wie z.B. das Kamen-Bündnis) verhalten, steht noch aus.

In dieser Woche wird sich in den geplanten Bündnisgesprächen zeigen, ob es nicht doch noch gelingen kann, ein größeres Maß an gemeinsamen Vorgehen zu vereinbaren, als es sich jetzt abzeichnet.

Kontakt:
Initiative gegen die Rekrutenvereidigung
c/o TAZ-Ini Bonn
Adolfstr. 52,
53 Bonn
Tel.: o228/654o5o (nur vormittags)

Hannover

Im Niedersachsen-Stadion von Hannover wird am 12.11. eine öffentliche Vereidigung stattfinden. Verschiedene Antimilitaristen bemühen sich zur Zeit um ein Bündnis.

Mannheim

Am 12.11. sollen Rekruten öffentlich vereidigt werden. Regional wird in der Szene bereits mobilisiert.

Stoppt die Waffenhändler!

Vom 7. - 9.10. fand in Wiesbaden die bedeutendste Militärmesse (MEDE) der Welt statt. Im wesentlichen scheuen die Veranstalter (260 Firmen aus 45 Nationen) bei dieser Messe das Licht der Öffentlichkeit. Erwartet werden jährlich ca. 10.000 Fachbesucher, also die militaristischen „Experten" vieler Länder. Ausstellende Firmen (aus der BRD) u.a.: AEG, Kalle (Niederlassung der Hoechst-AG), Siemens, VDO. Vertreter faschistischer Regimes aus Lateinamerika, Rassistenregimes aus Afrika und die westlichen Länder geben sich ein reges Stelldichein. Auch Polizei und Geheimdienste kommen voll auf ihre Kosten.

Angeboten werden elektronische Bauteile und Systeme von der Raketen-

Angeboten werden elektronische

Bauteile und Systeme von der Raketensteuerung bis hin zu alltäglichen „Abwehrgeräten" wie „Wanzen" etc. Wurde früher versucht, über die Messe eher veraltetes Gerät loszuwerden, ist heute das neueste Mordwerkzeug gerade gut genug! Konnte MEDE aus den USA und Großbritannien aufgrund öffentlicher Proteste verbannt werden, wundert es kaum noch jemanden, daß ausgerechnet in der BRD und in Wiesbaden das „Klima" für eine weitere Durchführung dieser Messe den ausstellenden Firmen zusagt...

Sie haben ja auch allerhöchstens eine verharmlosende und positive Presse zu erwarten. Die „FAZ" vom 8.10. z.B. weiß zu berichten: *„Auf der Schau offenbarten Rüstungsproduzenten, was sie an Perfektionierung, Zubehör und Ausrüstung von Kampfwaffen anzubieten haben. Da waren Geräte zur Schau gestellt, mit denen Diktaturen in Südamerika und Südafrika Völkermord und Kriegsgefahr vorantreiben. Zwar seien Waffenexporte von deutschen Firmen gesetzlich verboten* (hört, hört, d.V.), *doch Produkte der Militärtechnik, wie sie in Wiesbaden gezeigt würden, bewegten sich in einem gesetzlichen Niemandsland".*

Demonstration in Wiesbaden

Am 7.10. fand eine Demonstration mit ca. 2.500 Teilnehmer/inne/n statt. Schon bei der Vorbereitung in Wiesbaden zeigte sich, daß Jusos und DFG/VK, DKP/SDAJ Angst um ihre völlige Staatstreue hatten. Von vornherein halfen sie mit, die Militanten als „unberechenbare Gewalttäter" zu denunzieren, mit denen „selbstverständlich" eine Zusammenarbeit nicht möglich sei. Bei den Vorbereitungstreffen betonten sie immer wieder, man werde „nicht zulassen, daß diese friedliche Demo von bestimmten Kreisen umfunktioniert" werde. Trotz der Beteuerungen der Friedfertigkeit und der Spaltung in „Friedliche" und „Gewalttätige" sahen sich die SDAJ, die DFG/VK von ihren privilegierten „Bündnispartnern" im Stich gelassen — Jusos und DKP zogen sich wieder aus der AE zurück.

Auf Initiative der „Anarchistischen Föderation" (AF) Frankfurt, wurde auch in Frankfurt versucht, diese Demo zu unterstützen. 100 Besucher/innen informierten sich über MEDE und die geplanten Gegenaktionen (aufgerufen hatten Kommunistische Liga, KB, AF).

Angesichts der Hetze im Vorfeld der Demo („...*anarchistische Gruppe aus dem Bundesgebiet (wollte) anreisen, um im Schutze der friedlichen Massen Gewalttaten, bei denen auch Molotow-Cocktails und Schlagwerkzeug zum Einsatz gelangen sollen*", zu verüben (vergl. u.a. „Wiesbadener Tageblatt", 5.10.), waren so viele Teilnehmer/innen doch noch überraschend. Während es die Staatsmacht

nehmer/innen doch noch überra-

schend. Während es die Staatsmacht am Kundgebungsplatz nicht weiter störte, daß symbolisch die BRD-Fahne abfackelte, witterten die wohlbekannten Ordner Unordnung, Gewalt und Chaos, eilten schnell herbei, um „beruhigend" einzuwirken...

Wiesbaden im Ausnahmezustand...

Wir wollten mittags um 14 Uhr von Frankfurt nach Wiesbaden mit der S-Bahn fahren. Allerhöchstens zwei schwarze Fahnen unterschieden uns etwas von anderen jugendlichen Touristen. Mit sicherem Instinkt wurden wir von einem Polizeikommando an unserem Treff ausfindig gemacht, eingekreist und unsere Personalien überprüft, da ja „anzunehmen (sei), daß wir nach Wiesbaden wollten" (wohlgemerkt zu einer e r l a u b t e n Demo). Beschlagnahmt wurden drei Helme, zwei höchst gefährliche schwarze Fahnen, ein Transparent (lila) ohne Stangen, die vermeintlichen Besitzer/innen wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen (tauchten aber, von allgemeinem Hallo begrüßt, später auf der Demo wieder auf). Etwas überrascht waren wir doch, als der Einsatzleiter die kontrollierten Namen mit einer Liste verglich und die Anwesenden „abhakte".

Mit dem Auto war Wiesbaden nicht erreichbar. Der Verkehr in die Innenstadt war gesperrt — für a l l e PKWs von Normal-„Sterblichen". Mit dem Fahrzeug konnte die Innenstadt also nur v e r l a s s e n werden (die Folge waren kilometerlange Staus und Warteschlangen am Stadteingang). Der Wiesbadener Hauptbahnhof war von Polizei und Bahnpolizei besetzt, die ständig sog. „Personenkontrollen" durchführten und völlig willkürlich Leute festhielten. In Klos und Warteräumen konnten „Verhöre" beobachtet werden.

Diese Umstände wirkten sich zunächst natürlich auf die Stimmung der Antimilitaristen aus. Wiesbaden war vom Staatsschutz und der Allianz „aller Demokraten" auf den Belagerungszustand vorbereitet. Der Bürgermeister warnte vor der Teilnahme an der Demo, Geschäfte und Schulen sollten vorzeitig schließen (!), Autofahrern wurde empfohlen, die Innenstadt von morgens an zu meiden und die Bürger sollten notfalls über den Notruf 110 die Polizei von Gewalttaten und -tätern unterrichten. Aus den zu erwartenden Demonstranten wurden *„verdächtige oder gar offen bewaffnete Gruppen"*. Die Rheinhallen (Ausstellungsort) waren in eine unzugängliche Festung verwandelt worden. MP-bewaffnete Bullen, Hunde, Natodraht, demonstrierten „innere Sicherheit".

Unseren Weg säumten Einsatzkommandos aus jeweils zehn Bullen, die immer nebenher liefen. Die zahlreich herumwieselnden Spitzel ernteten später Hohn und Spott. „NATO, MEDE, BKA sind zum Schutz der Bonzen da", und andere Parolen sorgten dann doch noch für eine bessere Stimmung auf der Demo. Wir hoffen, daß sich nächstes Jahr die Linke den Termin (der parallel zur Buchmesse liegt) schon mal vormerkt.

Keine MEDE hier und auch sonst nirgendwo!!

Anarchistische Föderation und KB/Gruppe Frankfurt

Der Traum von der deutschen Bombe

1. Die Jahre nach 1945

Der Zweite Weltkrieg war gerade zu Ende. Die deutschen Atomforscher wurden dadurch glücklicherweise zu einem Zeitpunkt bei ihrer Arbeit unterbrochen, als sie kurz vor dem „krönenden“ Abschluß standen.

Allerdings wurden sie nur kurz unterbrochen. Einige kamen auf (noch von den Nazis) vorbereiteten Fluchtwegen nach Südamerika; so Walther Schnurr, Ronald Richter u.a. nach Argentinien, einige kamen kurzzeitig in englische Gefangenschaft (Otto Hahn, M. von Laue, Werner Heisenberg, Kurt Diebner, Walter Gerlach, Paul Harteck, Weizsäcker, Horst Korsching, Erich Bagge). Andere konnten — nach „Reinigung“ der Archive — in Deutschland bleiben oder fanden andere gut organisierte Möglichkeiten unterzutauchen (z.B. Karl Winnacker, Karl Wirtz, Ernst Sänger, Wilhelm Groth, Konrad Bayerle, Alfred Böttcher u.a.). Alle diese Namen werden in der Geschichte der bundesdeutschen Atompolitik immer wieder auftauchen und zwar an herausragender Stelle.

Die zehn in England internierten Wissenschaftler setzten nach ihrer Entlassung aus der Gefangenschaft ihre Arbeit unverzüglich fort. Paul Harteck nahm seine Arbeit im Hamburger Physikalischen Institut wieder auf, Kurt Diebner gründete in Hamburg ein privates Institut, Walter Gerlach erhielt eine Gastprofessur in Bonn, Hahn und Heisenberg gingen nach Göttingen. Von Laue, Weizsäcker, Wirtz, Korsching und Bagge bauten im alten Luftfahrtsinstitut ein neues Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik auf, das wenige Jahre später in die Max-Planck-Gesellschaft überging. Hauptziel war die Weiterentwicklung der Atomforschung.

Wolfgang Schnurr, Ronald Richter und andere Wissenschaftler der deutschen Waffenindustrie kamen 1945 in Argentinien an. Ronald Richter gründete und leitete dort das Atomlaboratorium von Bariloche, Auftakt der Atomforschung in Argentinien. Walter Schnurr wurde wissenschaftlicher Berater der argentinischen Regierung. Zehn Jahre später war eine der ersten Amtshandlungen des Atomministers Franz Josef Strauß, Walter Schnurr aus Argentinien zurückzubeordern: Er wurde daraufhin einer der wichtigsten Mitarbeiter von Strauß — verantwortlich für die „südamerikanischen Geschäfte“ (1). Doch dazu später.

Die Tätigkeit dieser Leute ist besonders bemerkenswert, betrachtet man sie vor dem historischen Hintergrund: Bis 1955 existierte der Begriff „friedliche Nutzung der Kernenergie“ noch gar nicht, überall in der Welt stand die Atomforschung damals eindeutig und ausschließlich unter dem Vorzeichen militärischer Aspekte. Folglich war auch allen beteiligten deutschen Wissenschaftlern, Politikern und Geldgebern klar, w a s sie da produzieren und unterstützen. Es ging den verantwortlichen Kräften in Westdeutschland also schon damals um die Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen. Daß das für die Bundesrepublik so kurz nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg nicht einfach zu realisieren war, liegt auf der Hand. Man konnte aber beträchtliche Anstrengungen unternehmen, um auf „bessere Zeiten“ vorbereitet zu sein.

Es geht wieder los

Um eine sinnvolle Atomforschung wieder möglich zu machen, benötigte man vorerst drei Dinge:

- Uran
- Möglichkeiten zur Anreicherung des Urans
- einen Forschungsreaktor.

Das erste Uran kam aus dem Fichtelgebirge: „*Trotz des Verbots durch alliierte Gesetze wurde bereits im Frühjahr 1950 von der zum Flick-Konzern gehörenden Eisenwerk-Maximilians-Hütte AG, Sulzbach-Rosenberg, die Urangewinnung in Weißenstadt vorbereitend aufgenommen. Der Generaldirektor dieses Betriebs, Dr. Burckart, erklärte ganz offen, daß Flick, der damals noch im US-Gefängnis in Landsberg einsaß, zusammen mit dem Leiter der US-Sektion der alliierten Sicherheitsabteilung in Westberlin, Mr. Kelly, das 'Risiko' auf sich nahm, die Prospektionsarbeiten zu finanzieren und gegenüber dem alliierten Sicherheitsdienst abzudekken*“ (2). Die weitere Verarbeitung des Urans übernahmen AEG und Degussa, letztere hatte bereits im faschistischen Deutschland als einziges Unternehmen das Uranmetall hergestellt.

Einen Forschungsreaktor zu bekommen, war schon wesentlich schwieriger. Einfach kaufen konnte die BRD damals so etwas nicht, da überall auf der Welt die Atomforschung strengster militärischer Geheimhaltung unterlag. Adenauer trug den Wunsch nach einem Forschungsreaktor während der Verhandlungen über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (1952 - 1954) vor, scheiterte damit allerdings vorläufig am Einspruch Frankreichs.

Geradezu abenteuerlich liest sich die Geschichte über die Arbeiten an einer Ultrazentrifuge, einer Anlage zur Urananreicherung also: Bereits 1946 versuchte Brasilien über die USA an die atomare Technologie heranzukommen. Für die USA verbot sich damals aber noch jede Art von Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. 1953 reiste deshalb der brasilianische Admiral und Physiker Alcaro Alberto in die BRD, wo er vor dem Zweiten Weltkrieg Physik studiert hatte. Alberto kannte aus dieser Zeit den Nazi-Physiker Paul Harteck, der 1953 Rektor der Universität Hamburg war. Von Paul Harteck stammte die Idee, Zentrifugen zur Urananreicherung zu benutzen. Wilhelm Groth, 1953 an der Universität Bonn, und Konrad Bayerle, 1953 bei der Max-Planck-Gesellschaft, waren während des Krieges schon Mitarbeiter von Paul Harteck. Alberto traf beide, und Wilhelm Groth übernahm die Leitung der Besprechungen. Der Bau von Prototypen von Ultrazentrifugen wurde vereinbart. Konrad Bayerle organisierte die Zusammenarbeit mit Industriellen. Der Preis der Zentrifugen wurde mit 80.000 Dollar festgesetzt. Groth bei Vertragsabschluß zu Alberto: „*Sie sind der Retter der deutschen Atomforschung... Besorgen Sie das Geld, und wir bauen die Prototypen. Später gehen wir alle nach Brasilien und bauen dort die Anlagen*“ (1).

Über die Deutsch-Südamerikanische Bank wurden die 80.000 Dollar dem Institut für Physik und Chemie an der Universität Bonn überwiesen, offiziell für Forschungszwecke. Die Zentrifugen wurden an verschiedenen Orten in Teilen gebaut und schon 1954 von einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe am Physikalischen Institut Göttingen unter Leitung von Heisenberg kontrolliert und fertiggestellt. Anschließend sollte die Anlage nach Brasilien verschifft werden.

James Conant, U.S. High Commissioner, ließ aber dann die Zentrifugen durch militärischen Einsatz des Military Security Board in Göttingen beschlagnahmen — 24 Stunden vor der programmierten Einschiffung in Hamburg, die auf geheimem Weg mit Hilfe des brasilianischen Außenministeriums organisiert worden war. Erst 1956 genehmigte Franz Josef Strauß als Atomminister die Ausfuhr der Zentrifugen, doch diese waren angeblich unbrauchbar und sollten im Technologischen Institut von Sao Paulo lagern (1).

Diese Beispiele zeigen einerseits klar die Ambitionen der westdeutschen Imperialisten, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem die BRD noch nicht einmal ihre staatliche Souveränität wiedererlangt hatte, andererseits aber auch die politischen Grenzen, an die diese Politik immer wieder stoßen mußte.

2. Die „friedliche Nutzung“ — der Durchbruch

Erst als durch die Zündung der sowjetischen Atombombe 1949 und der britischen 1952 das amerikanische Atomwaffenmonopol gebrochen war, schaltete der US-Imperialismus von strengster Geheimhaltung der Atomforschung um auf eine gezielte Propagierung der „friedlichen Nutzung“. So wurde im August 1955 unter großen Getöse eine internationale Konferenz „Atoms for Peace“ abgehalten, auf der US-Präsident Eisenhower allen teilnehmenden Staaten den Kauf von Atomkraftwerken und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomforschung anbot.



Auf dieser Konferenz, an der die BRD bereits als „Beobachter“ teilnahm (auch die UdSSR war vertreten), wurde die energie- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Atomenergie in den leuchtendsten Farben gemalt. Das Ziel war, das ausschließlich militärische Image, das die Atomforschung bis dahin berechtigterweise hatte, zu verändern. Der Eindruck von Hiroshima und Nagasaki war noch zu stark im Bewußtsein der Völker, als daß auf einer internationalen Messe die uneingeschränkte Propagierung der Atomforschung ohne große Proteste geblieben wäre.

Die Betonung des „friedlichen“ Charakters der Atomspaltung kam den Interessen der BRD gerade in diesem Moment hundertprozentig entgegen: Am 5. Mai 1955 waren die Pariser Verträge in Kraft getreten, das hieß:

- Beitritt der BRD in die Westeuropa-Union (WEU) und Aufnahme Westdeutschlands in die NATO;
- Ende der Besatzung durch die West-Alliierten und volle staatliche Souveränität der BRD, das bedeutete z.B.: ab sofort konnte wieder unter bundesdeutscher Führung geforscht werden — auch auf dem Atomsektor.

Allerdings verpflichtete sich die BRD in den Pariser Verträgen, „*keine atomaren, chemischen oder biologischen Waffen auf ihrem Gebiet herzustellen.*“

Dieser „Verzicht“ schloß aber einen Besitz von Atomwaffen, die eine andere Atommacht der BRD liefern mochte, ebensowenig aus wie die Herstellung solcher Waffen in westdeutschem Auftrag auf dem Gebiet eines a n d e r e n Staates. Auch eine Atomwaffen f o r s c h u n g war nicht ausgeschlossen.

3. Das Jahr des Atomministers Strauß

Bis dahin war aber noch ein weiter Weg. Zuerst einmal war gegenüber den anderen Atommächten einiges aufzuholen, man mußte sich beeilen. Am 6. Oktober 1955 beschloß die Bundesregierung unter Konrad Adenauer, ein Bundesministerium für Atomfragen zu errichten. 14 Tage später wurde F.J. Strauß zum „Atomminister“ ernannt. Vertreter der Industriekreise, die schon die verschiedenen Vorarbeiten geleistet hatten, waren voll des Lobes über ihn. Der spätere Vertreter der Hoechst AG in der Atomkommission und Präsident des deutschen Atomforums, Karl Winnacker, über Strauß: Der „*junge dynamischer Bayer, der zur Spitzengarnitur der Bonner Regierungsparteien gehört*“ (3). Als im Januar 1956 die erste Ausgabe der „Atomwirtschaft“ erschien, hieß es dort im Leitartikel (Autor: F.J. Strauß): „*Die Aufgabe dieses Ministeriums muß darin bestehen, federführend, zum Teil im Benehmen mit den übrigen Bundesministerien, alles zu veranlassen, was im Rahmen der Bundeszuständigkeit unternommen werden kann, um den 10 - 15jährigen Rückstand der Bundesrepublik auf diesem Gebiete in möglichst kurzer Zeit aufzuholen. Das ist im großen gesehen d i e A u f g a b e. Diese Aufgabe zu lösen ist eine nationale Pflicht, die Staat, Wissenschaft und Wirtschaft auferlegt ist.* (...) *Ich habe deshalb die Einrichtung eines interministeriellen Ausschusses für Atomfragen vorgesehen, dem das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Auswärtige Amt, die Bundesministerien des Innern, der Justiz, der Finanzen, für Wirtschaft, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Arbeit, für Verkehr, für Verteidigung* (!!), *für Angelegenheiten des Bundesrates sowie Bundesminister Kraft angehören sollen*“ (4).

Acht Tage nach seiner Ernennung zum Atomminister verkündete Strauß in einem Rundfunkinterview: „*Wir beabsichtigen eine Atomkommission zu berufen, in der alles, was Rang und Namen hat, vertreten werden soll, und wir möchten als Bundesregierung die ganze Atomplanung dieser Atomkommission zur Beratung unterbreiten*“ (5). Die Rolle der Deutschen Atomkommission umschrieb Winnacker: „*Die Gründung der Deutschen Atomkommission war ein Akt, wie es der deutschen Situation angemessen zu sein schien. Es war nicht an eine staatliche Behörde oder etwa eine Regierungskommission gedacht... Es sollte vielmehr ein Gremium sein, das den deutschen Atomminister zu beraten hatte: Männer der Wirtschaft, der Wissenschaft und des Öffentlichen Lebens, die zu diesem politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Thema etwas beitragen konnten...*“ (3).

Die Gründungsmitglieder waren durch Strauß persönlich berufen worden. Am 26.1.56 fand die erste Sitzung der DAtK statt, Franz Josef Strauß wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die 26 berufenen Mitglieder waren nach seiner Darstellung „*in der Hauptsache Persönlichkeiten..., nicht Vertreter von Verbänden oder Wirtschaftskreisen oder einzelner Firmen*“ (6). Daß dies eine schlichte Lüge war, gab Strauß wenige Sätze weiter selbst zu: „*Natürlich ist es ... nicht möglich gewesen, die Liste aus dem luftleeren Raum zu schaffen. Diese Persönlichkeiten müssen ja irgendwo und irgendwie tätig sein...*“ (8.). So z.B. in der Deutschen Bank, HEW, Esso, Bayer, Siemens, Gutehoffnungshütte und BDI, um nur einige zu nennen (6).

Durch die Einrichtung dieses „Beratungsgremiums“ ermöglichte Strauß der Industrie einen direkten Einfluß auf die Atompolitik. Ein späterer Staatssekretär im Atomministerium drückte die Funktion des „Ministeriums für Atomfragen“ so aus: „*Das BMAt hatte eine Gestaltungsfunktion, deren Ziel die Entfaltung der Unternehmerinitiative war*“ (7).

Doch Strauß legte in seiner Amtszeit auch die Grundlagen für die Milliarden an Subventionen für die Entwicklung der Atomenergie. Von Anfang an übernahm der Staat fast völlig die Finanzierung der zahlreichen Entwicklungs- und Forschungsarbeiten.

Zum Aufbau der ganzen Atomforschung holte sich Strauß alle alten Nazi-Wissenschaftler wieder zusammen, die schon unter Hitler an der Atombombe und Reaktoren gebastelt hatten. Insbesondere sein Intimus Cartellieri ist hier zu nennen. Ebenso die Aktion, den Naziwissenschaftler Walter Schnurr aus Argentinien zurückzuholen. Kurz nach 1956 waren praktisch alle wesentlichen A-Bombenforscher an den verschiedenen aufblühenden Forschungsinstituten wieder in entscheidenden Positionen (8).

Aber nicht nur Strauß und die Spitzen der Wirtschaft waren aktiv. Im November/Dezember 1955 wurde in den Bundesländern, bei Verbänden, sämtlichen Parteien, in wissenschaftlichen Instituten usw. Atomausschüsse gebildet. Der Spruch von Strauß: „*Das deutsche Volk werde ich in wenigen Wochen atombewußt machen*“ (7) sollte Realität werden. Zur gleichen Zeit gründeten der BDI (Bund Deutscher Industrieller) einen „Arbeitskreis für Atomfragen“ und der Bundesvorstand des DGB einen „Atomausschuß“ unter Leitung von Ludwig Rosenberg (November 55). Im selben Monat wurde bereits ein umfangreicher Entwurf für ein grundlegendes Kernenergiegesetz geschaffen. Am 10. Februar 56 beschloß der Bundestag einstimmig (!) die Bildung des von Strauß vorgeschlagenen interministeriellen Ausschusses für Atomfragen. Am 11./12. Februar bereiteten die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten der Montanunion einen Vorschlag für eine Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) vor. Am 14. Feburar unterzeichneten Vertreter der USA und der BRD ein „Atomhilfeabkommen“, das der BRD eine Lieferung von 6 kg angereichertem Uran zusicherte — trotz der geringen Menge ein entscheidender politischer Durchbruch für die Bundesrepublik. Im Mai 1956 fuhr Strauß in die USA zu Verhandlungen über die Lieferung von drei Forschungsreaktoren. Aber dafür reichten wiederum die vereinbarten 6 kg Uran nicht: „*Da die unter dem Standard-Hilfsabkommen von den USA zugesagte Menge angereicherten Urans mit einem U-235-Gehalt von 6 kg jedoch nur für zwei Reaktoren der vorgesehenen Größe ausreicht, hat Minister Strauß in den USA über die Möglichkeit der Lieferung von weiteren 4 kg U-235-Gehalt verhandelt*“ (9).

Und so wurden Schritt um Schritt die Grenzen, die sich der bundesdeutschen Atomforschung immer wieder stellten, erweitert. In seiner einjährigen Amtszeit als Atomminister kümmerte sich Strauß schließlich noch

Fortsetzung nächste Seite

USA: Nervengas – marsch!

Elf Jahre nachdem Richard Nixon die Entwicklung und Produktion neuer „Chemischer (und biologischer) Kampfstoffe" per Gesetz stoppte und von einer direkten, begründeten Anweisung des Präsidenten abhängig machte, ist nun ein erster Schritt getan. Die 3,15 Mio. Dollar für den Bau einer Nervengasfabrik in Pine Bluff, Arkansas, nehmen sich in dem 159 Mrd. Dollar Militärhaushalt für 1981 zwar recht unscheinbar aus. Aber die Folgen sind beträchtlich....

Nervengas wurde zuerst eingesetzt während des ersten Weltkrieges. Insgesamt 36 Gase (darunter Chlorgas, Phosgen und Senfgas) töteten 91.000 und verletzten 1,2 Mio. Menschen – viele so schwer, daß sie ihr Leben lang daran zu leiden hatten (1). Unter dem erschütternden Eindruck dieser Greuel wurden 1925 die Genfer Protokolle unterzeichnet, die den Ersteinsatz von chemischen und biologischen Waffen ächten. Die USA konnten sich erst 1975 zu einer Unterzeichnung entschließen.

Das konnte sie jedoch nicht von laufenden Experimenten abhalten. Bereits 1954 wurde das Konzept der „binären Sprengköpfe" entwikkelt. Dabei werden in zwei getrennten Kammern zwei an sich relativ harmlose Stoffe abgefüllt, die sich erst nach Abschuß bei der Explosion in der Luft oder beim Aufprall vermischen und dadurch tödlich wirken. Gleichzeitig liefen jedoch noch die „normalen" Entwicklungen weiter. Zu diesen Entwicklungen gehörte beispielsweise ein Experiment auf dem Dugway Testgelände in Utah 1968, bei dem über 4000 Schafe südlich von Salt Lake City krepierten (2). Im folgenden Jahr verbot der Congress alle Freiluftversuche, die nicht zuvor vom Verteidigungsminister geprüft und mit Gesundheitsbehörden und Behörden der Umgebung abgestimmt waren.

1969 brachte Nixon einen Entwurf zum Beitritt zur Genfer Konvention in den Congress – wollte dabei allerdings Tränengas und Herbizide ausklammern (2). 1975 endlich war der Beitritt der USA zur Genfer Konvention perfekt. Allein von 1969 bis 1974 hatten die USA 129,6 Mio. Dollar für die Forschung an chemischen Waffen ausgegeben (2).

Nervenparalysierende Stoffe

Zu den chemischen Waffen gehören die nervenparalysierenden Stoffe. Dies sind nicht nur Nervengase, sondern auch physikalische und andere Einwirkungen; z.B. mittels weiträumiger Ultra- oder Infraschallfelder, deren Wirkung zur völligen Störung der Psyche führen kann, ja sogar zum Tode (3).

Zu den normalen Nervengasen zählt „BZ" – auch liebevoll Psycho-

Zu den normalen Nervengasen zählt „BZ" – auch liebevoll Psycho-droge genannt. Es lagern 50.000 kg davon u.a. im Waffenarsenal von Pine Bluff, Arkansas. Allein im Zeitraum von 1970 bis 1979 ist es dort fünfmal zu Unfällen gekommen, die *„in keinem Fall zu einer Gefährdung der Öffentlichkeit"* führten (wie gut wir das schon kennen)! Nach den Untersuchungen einer Bürgerinitiative sind von 1963 bis 1975 über 2000 Menschen ohne ihr Wissen zu Experimenten mit „BZ" mißbraucht worden. Die Armee weiß allerdings nur von 362 „Freiwilligen" zwischen 1960 und 1969. (4)

Die Wirkung von „BZ" wird als verzehnfachtes LSD beschrieben und soll eine absolute Kampfunfähigkeit hervorrufen. Indessen sind die Versuche mit begrenzten Mengen gelaufen und die erzeugten Wahnsinnszustände dürften nur die Vorstufe zum Tod sein, von anderen Folgen ganz zu schweigen. So beschrieb ein „Freiwilliger" auf einer Pressekonferenz der Bürgerinitiative, daß er in Edgewood, Maryland, an einem „BZ"-Test teilgenommen habe. In einer Gummizelle sei ihm eine Injektion verabreicht worden. Daraufhin habe er überall im Raum, an Decken und Wänden große schwarze Spinnen gesehen. Er erklärte, sein erstes Kind sei mit offener Wirbelsäule (Spina bifida), schweren Lähmungen, Nierenmißbildungen und einem Wasserkopf geboren worden. Er führte dies darauf zurück, daß durch die Droge bei ihm eine Schädigung des Erbguts aufgetreten sei. (5).

Andere Stoffe verursachen Nasenbluten, Halluzinationen, Lachkrämpfe, Lähmungen. Sie rufen Blasen am ganzen Körper hervor oder reizen die Schleimhäute von Lunge und Atmungsorganen so sehr, daß der Körper in seiner eigenen Flüssigkeit ersäuft (1).

Zu den binären Kampfstoffen zählt u.a. Sarin oder der Kampfstoff „VX". Der „Vorteil" dieser binären Stoffe liegt nicht nur in der angeblich höheren Sicherheit bei Herstellung, Lagerung und Anwendung, sondern nicht zuletzt in den niedrigen Herstellungskosten. Die Produktion von 500 g Kampfstoff kostet 2 bis 3 Dollar, während ein Mensch bereits umkommt, wenn er lediglich 0,4 mg dieses Kampfstoffes einatmet (3).

Die Kriegstreiber wittern Morgenluft

Nachdem die Forderungen des Pentagon nach Mitteln zur Herstellung von chemischen Waffen in den vergangenen Jahren stets abgelehnt wurden, wendete sich in diesem Jahr das Blatt.

Noch im Jahr 1974 strich der Congress 6 Mio. Dollar zur Entwicklung binärer Waffen. Trotz der Unterzeichnung der Genfer Protokolle 1975 und der Entscheidung des Vorjahres, beantragte das Pentagon für 1976 bereits 8,8 Mio. Dollar. Zusätzlich forderte die Navy 1,6 Mio. Dollar zur Entwicklung spezieller Trägerbomben. (6).

Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan fanden sich plötzlich Fürsprecher auch im Congress, obwohl sogar das Weiße Haus

plötzlich Fürsprecher auch im Congress, obwohl sogar das Weiße Hausdie Forderung des Pentagon gestrichen hatte. Die Armee hatte 170 Mio. Dollar zum Bau einer Nervengasfabrik beantragt.

Obwohl also Carter diesen Posten verweigert hatte, bevor er seinen Haushaltsentwurf dem Congress vorlegte, reichte der Abgeordnete Ichord einen Zusatz ein. Ichord ist Vorsitzender des Unterausschusses für die Forschung und Entwicklung der Streitkräfte. Er forderte zu dem militärischen Bauvorhaben-Plan zusätzlich 3,15 Mio. Dollar als Start für den Bau einer Fabrik. Darin sollen binäre Waffen produziert werden, wenn die Fabrik ab 1984 einsatzbereit ist (7).

Bei seinem Vorpreschen hatte Ichord starke Rückendeckung durch die Falken unter den Abgeordneten. So klagte Senator Jackson bitterlich, die UdSSR sei den USA auf dem Gebiet der chemischen Waffen 35 (fünfunddreißig!) mal überlegen!



Nato-Soldat im Schutzanzug

Alle Bedenken wegen der Genfer Konvention wischte er vom Tisch, da es von einem Begrenzungsabkommen über chemische Waffen „noch nicht eine einzige Zeile" gebe (8). Außerdem wende die UdSSR in Afghanistan chemische Waffen an. Entsprechende Nachrichten und Gerüchte über die Überlegenheit der UdSSR wurden bis ins kleinste Detail ausgewalzt...

Wettrüsten – auch chemisch!

Mit der nicht zu überwachenden und leicht zu organisierenden Produktion von binären Waffen steigt gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes. Dies erkannte der Militärexperte Dr. Herbert Scotville jr. schon früh: Durch die Einstufung chemischer Waffen zwischen konventionellen und Atomwaffen *„schafft man eine Zwischenstufe in der Eskalation von Waffenanwendung und Massenvernichtung"*. Nervengas werde eher als eine Vorstufe, denn als Ersatz zu Atomwaffen dienen (2).

USA-Kommision

USA-Kommision

Quellen:
(1) TIME, 10.3.80
(2) The Boston Phoenix, 14.5.74
(3) horizont, 27/76
(4) FR, 25.7.79
(5) tageszeitung, 15.8.79
(6) International Herald Tribune, IHT, 11.6.75
(7) IHT, 27.8.80
(8) IHT, 18.9.80

Leserbrief zum Artikel »Zivile Verteidigung« (AK 184)

Aus dem Artikel geht hervor, daß die Nürnberger Genoss/inn/en an die staatlichen Organe die Forderung erheben, für einen „wirkungsvollen Schutz" der Bevölkerung zu sorgen. Dem müßten lediglich die Forderungen nach einseitiger Abrüstung und Austritt der BRD aus der NATO „vorangestellt" werden. Da bin ich anderer Meinung.

Natürlich ist es richtig, daß die ganze Zivilschutz-Diskussion der bürgerlichen Parteien eine Farce ist. Apel hat ja völlig recht, wenn er der CDU entgegenhält, daß ein relevanter Ausbau des Zivilschutzes, bei gleichzeitigem Aufrechterhalten des heutigen Rüstungstempos, gar nicht zu bezahlen ist.

Das weiß auch die CDU. Trotzdem erfüllt diese Diskussion ihren Zweck: Die CDU will suggerieren, daß sie im Interesse der Sicherheit für die Bevölkerung aktiv ist. Die gleiche Funktion hat es, wenn die SPD über „Ab"rüstungskonferenzen schwadroniert, oder ausgerechnet Schmidt (schließlich ebenfalls Ex-Kriegsminister) als „Kanzler des Dialogs" mit dem RGW-Block verkauft. „Frieden und Sicherheit", dieser von allen Parteien (mit unterschiedlichen Variationen) für sich in Anspruch genommene Slogan, ist zwar nicht ernst gemeint, dient aber real der psychologischen Kriegsvorbereitung.

Dem die Forderung nach wirkungsvollem (Zivil)Schutz entgegenzustellen (an welcher Stelle auch immer), ist aber falsch und ideologisch der Vaterlandsverteidigung zuzurechnen. Die Nürnberger Genoss/inn/en arbeiten in ihrem Artikel ja selbst heraus, daß ein Ausbau des Zivilschutzes nicht im geringsten im Sicherheitsinteresse der Bevölkerung liegen kann, sondern – im Gegenteil – die Fähigkeit des BRD-Imperialismus, einen Krieg mit möglichst geringen Verlusten zu überstehen, erheblich steigern würde. Die Forderung nach Ausbau des Zivilschutzes ist also eine kriegstreiberische Forderung, die von uns entschieden bekämpft werden muß.

Dabei stehen wir allerdings vor einem Problem: Nur uninformierte oder optimistische Träumer können sich der Hoffnung hingeben, daß den Kriegsabsichten des BRD-Imperialismus Entscheidendes entgegengesetzt werden kann. Gegen die inneren Erschütterungen, mit denen vor und während eines Krieges gerechnet wird, hat er sich ja umfangreich gerüstet. Wir müssen also davon ausgehen, daß die Bundeswehr (im Rahmen der NATO) in absehbarer Zeit Krieg führen w i r d. Möglicherweise zunächst gegen und in Ländern der 3. Welt, aber mit kaum berechenbaren Folgen für das eigene Territorium (Reaktionen der Warschauer-Pakt-

ren Folgen für das eigene Territorium (Reaktionen der Warschauer-Pakt-Staaten).

Bedeutet es also, die Bevölkerung schutzlos diesem Wahnsinn preiszugeben, wenn wir gegen den Ausbau des Zivilschutzes auftreten? Ich meine nicht, denn

1. ist – vom ideologischen Aspekt mal ganz abgesehen – die demokratische und linke Öffentlichkeit viel zu schwach, um mit dieser Forderung real etwas erreichen zu können (Finanzierbarkeit = Streichung am direkten Rüstungshaushalt).
2. ist die Berechnung der eigenen Verluste durchaus auch für die Imperialisten notwendig, wenn sie über Kriegführung entscheiden. Es gilt die zynische Formel, daß hohe zu erwartende Verluste den Entscheidungsspielraum für die Kriegsführung einengen.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, **daß der Ausbau des Zivilschutzes bei den Militaristen sozusagen „bestens" aufgehoben ist.** Dies wird auch durch ein im Artikel angeführtes Zitat aus dem „Weißbuch der zivilen Verteidigung, 1972" gestützt: *„Zur Glaubhaftigkeit der Abschreckung durch Herstellung der militärischen Einsatzbereitschaft gehören entsprechende Anstrengungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung. ...Kein Staat kann seine Verteidigungsbereitschaft s t ä n d i g so hoch halten, daß er jeder militärischen Bedrohung gewachsen wäre. Im Konfliktfall (auf deutsch: vor dem herbeigeführten Konflikt) muß deshalb die Verteidigungsbereitschaft r a s c h gesteigert werden können"* (Hervorhebungen von mir). In diesem Zusammenhang eine Frage an die Nürnberger Genoss/inn/en: Hat sich an dieser politischen Linie (immerhin von 1972!) mittlerweile was geändert?

Aufgabe der Antimilitaristen ist es, die Kriegsabsichten des BRD-Imperialismus (und der NATO) aufzudecken und daraus die Forderung nach t o t a l e r, einseitiger Abrüstung und Blockfreiheit der BRD abzuleiten (nicht nur einfach nach „einseitiger Abrüstung". Das kann nur unter bündnispolitischen Gesichtspunkten, etwa bei gemeinsamen Resolutionen oder parlamentarischen Abstimmungen, sinnvoll sein, aber nicht im AK). Diese Forderung beinhaltet bereits ein Ausscheren der BRD aus der NATO. Ihre Verwirklichung wäre die einzige Möglichkeit, einen Krieg von und gegen westdeutschen Boden wirklich zu verhindern.

Aufgabe der Linken ist es, gleichzeitig vor Illusionen zu warnen. Dabei reicht es mittlerweile wohl nicht mehr aus, lediglich mit erhobenem Zeigefinger dazustehen, wie bisher. Wäre es nicht an der Zeit (auch laut) darüber nachzudenken, was vor und während eines imperialistischen Krieges unsere Pflicht ist?

Michael, KB-Gruppe Bielefeld

* * *

Anmerkung der Antimilitarismus-Kommission

Vorweg müssen wir bekennen, daß in dem jetzt hier kritisierten Schlußabsatz des Zivilschutzartikels die Stoßrichtung nachträglich – ohne entsprechende Absprache – verändert wurde.

Insofern trifft auch nicht Nürnberg, sondern uns die Verantwortung dafür. Für dieses unabgesprochene Hineinpfuschen möchten wir uns nachträglich in Nürnberg entschuldigen.

Trotzdem – mit der Aussage in Michaels Leserbrief sind wir gar nicht einverstanden. Es ist ganz offensichtlich unsinnig, zu behapten, daß *„der Ausbau des Zivilschutzes bei den M i l i t a r i s t e n sozusagen 'bestens' aufgehoben"* sei. Da für den Zivilschutz fast nichts getan wird, müßte man sonst daraus schließen, daß die Militaristen in Bonn kaum was zu sagen haben. Richtig ist, das sagt Michael auch, daß die Zivilschutzausgaben als ein Teil des Kriegsetats anzusehen sind. Die Ausgaben für den Zivilschutz könnten gesteigert werden:

a) durch Umverteilung innerhalb des Kriegsetats (weniger Panzer, mehr Bunker – was durchaus als „kleineres Übel" anzusehen wäre)
b) oder durch absolute Steigerung des Kriegsetats (zu Lasten anderer Haushaltsposten, was in der BRD hieße: zu Lasten des Lebensstandards der Bevölkerung).

Es ist offensichtlich, daß die Im-

Es ist offensichtlich, daß die Imperialisten die Variante a) ganz eindeutig nicht wollen, es ist auch müßig sich darüber den Kopf der Imperialisten zerbrechen zu wollen, ob man dies für klug oder nicht halten will.

Die Variante b) – mehr Zivilschutz bei Steigerung des Kriegsetats, die die Imperialisten für die einzig erstrebenswerte halten, setzt eine fortgeschrittene sozialpsychologische Kriegsvorbereitung voraus, d.h. die Bereitschaft der Bevölkerung zu größeren 'Opfern' aus Kriegsangst bzw. Chauvinismus.

In der Tat wäre die Forderung nach mehr Zivilschutz – positiv gestellt – eine vaterländische Forderung.

Trotzdem ist es nützlich, wenn wir unter den derzeitigen Bedingungen konkret sagen: Wir fordern Bunker s t a t t Panzer, Raketen, u.ä.

Damit kann man deutlich machen, daß und w a r u m die Bundesregierung nicht daran denkt, mehr als ein Trinkgeld für den Zivilschutz auszugeben, was nicht mehr als den Schein eines Schutzes erwecken kann. Angesichts der Gefahr eines Atomkrieges, die auch zunehmenden Teilen in der Bevölkerung bewußt wird, sind das Schutzbedürfnis und die Angst ja mehr als gerechtfertigt. Daran anknüpfend ist es wichtig, die aktuelle Kriegsrüstungskonzeption (totale Hochrüstung einerseits, keine Bunker andererseits) als extrem abenteuerlich und rücksichtslos (hinsichtlich des Schicksals der Bevölkerung der BRD) deutlich zu machen. Falsch wäre u.E. in der Massenagitation mit der Parole umzugehen, „gegen den Atomkrieg gibt es eh keinen Schutz", was nur die Resignation fördert oder mehr Bunker der erhöhten Kriegsvorbereitung gleichzusetzen, was die Sorgen und Nöte der Bevölkerung angesichts der abenteuerlichen Kriegsvorbereitung der Imperialisten schlicht ignoriert.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

schwerpunktmäßig um zwei Dinge: die Uranversorgung und die internationale Zusammenarbeit.

Für die Uranversorgung wurden zum einen die westdeutschen Lagerstätten genauer erforscht und zum Teil abgebaut, zum anderen fuhr Strauß im Juni 1956 u.a. nach Spanien, wo er Verhandlungen über Uran-Lieferungen führte. Erklärtes Ziel war die Unabhängigkeit in der Versorgung (10). Bereits im Oktober 1956 konnte Strauß der erste Uranstab aus westdeutschem Erz überreicht werden.

Zur Frage der internationalen Zusammenarbeit veröffentlichte Strauß im Juni 1956 in der „Atomwirtschaft" einen als „Zwischenbilanz" gekennzeichneten Leitartikel, aus dem hervorgeht, daß die BRD schon wieder in den wichtigsten internationalen Atom-Organisationen mitmischte (CERN, Europäische Atomenergie-Gesellschaft, IAEO (geplant), OEEC, Euratom) (9).

Die internationalen Verbindungen und Abkommen hatten gerade auch deshalb eine besondere Bedeutung für die Bundesrepublik, weil sie aufgrund ihrer Zusagen von bestimmten, „sensitiven" Teilen der Atomforschung (Anreicherung, Wiederaufarbeitung) ausgeschlossen war. Besonderen Einfluß verschaffte sich die BRD dabei häufig durch ihren enormen finanziellen Einsatz. So konnte sie mit der Zahlung eines Zuschusses von 23 Mio DM die ökonomisch weniger starken Euratom-Länder dazu „überreden", das von Euratom geplante Europäische Institut für Transurane in Karlsruhe zu errichten. Damit eröffnete sich die BRD die Möglichkeit der Plutoniumforschung auf i h r e m Gebiet. Später wurden in Karlsruhe die entscheidenden Forschungsarbeiten für den „Schnellen Brüter" und die Wiederaufarbeitung durchgeführt.

Das Beispiel „Karlsruhe" hat geradezu Modellcharakter: Immer wieder verstand es die BRD, ihr ökonomisches Potential und ihre internationalen Verbindungen so einzusetzen, daß sie damit die ihr gesetzten politischen Beschränkungen umgehen konnte und so dem eigentlichen Ziel, der Atomwaffenproduktion, ein Stück näher kam. Herausragende Beispiele sind ihre Beteiligung an der Urenco (Anreicherungs-Großanlage in Almelo, Niederlande) und das Brasilien-Geschäft, das u.a. die Gründung eines deutsch-brasilianischen Unternehmens zum Bau einer Anreicherungsanlage auf brasilianischem Boden vorsieht, einer Anlage, die auf westdeutschem Gebiet überhaupt nicht errichtet werden dürfte.

Als F.J. Strauß im Oktober 1956 das Atomministerium verließ, um Verteidigungsminister zu werden, hatte er den Grundstein für ein Atomprogramm gelegt, das den vollen Brennstoffkreislauf einschließen sollte und so sowohl die Möglichkeit einer eigenständigen Energie-Versorgung versprach als auch die Entwicklung der A-Bombe ermöglichte.

Anmerkungen:

1. nach „Atomexpress" Nr. 18, März 80
2. Das Bonner Kernwaffenkartell, DDR 1969
3. Winnacker/Wirtz: Das unverstandene Wunder, 1975
4. Die Atomwirtschaft, Januar 1956
5. Bulletin Nr. 207/55, S. 1733
6. Bulletin Nr. 242/55, S. 2087
7. Bild der Wissenschaft 4/77
8. siehe ausführlich: Almelo-Broschüre des KB
9. Die Atomwirtschaft, Juni 1956
10. siehe Artikel von Karl Wirtz in: Die Atomwirtschaft Juli/August 1956

KB/Gruppe Nürnberg

(unter Verwendung von vorliegenden Artikeln aus Freiburg, der Westberliner „Anti-Strauß-Combo" und der AKW-Nein-Kommission)

Den Verantwortlichen die kranke Nordsee ins Haus

Leverkusen

Um 7.45 wurden von Greenpeace, BBU und der Aktion „Rettet den Rhein" unter den Augen des Bayer-Werkschutzes und der Wasserschutzpolizei zwei Rettungsinseln an der „Dünnsäure"-Verladestelle vertäut. Gleichzeitig startete eine Aktion in der Leverkusener Innenstadt: *„Aale haben wir hier, ein paar herrliche Exemplare mit einem Blumenkohlgeschwür im Maul"*, wurden feilgeboten. Vorbeikommende Passanten, die einen Blick in den Eimer mit toten Fischen wagten, schüttelten sich und wandten sich angeekelt ab. Denn was die Nordseefischer aus den Fängen der vergangenen Woche für die Aktion am Rhein beiseitegelegt hatten, machte drastisch und auf einen Blick klar, worum es geht. Dicke Geschwüre, die aussahen wie Blumenkohlröschen, wuchsen den Aalen aus dem Maul. Lila schimmernde Tumore, schleimige Auswüchse und Verwachsungen verunstalteten die Fischkörper von Schollen, Pflundern und Makrelen.

Wenn nicht bald etwas geschieht, so die Umweltschützer in Leverkusen, *„dann muß die Bayer Forschungsabteilung demnächst den Homo-Blech entwickeln, der es aushält, weiterzuleben, nachdem er diese Fische gegessen hat."* Aus diesem Grunde wurde auch das Bayer-Direktionsgebäude mit einer Fuhre toter Fische „versorgt".

Brunsbüttel

Vor dem Bayer-Farbenwerk luden ein Dutzend Elbfischer eine Fuhre toter und kranker Elbfische ab und entnahmen anschließend aus einem Ablußrohr des Chemiewerkes eine Wasserprobe. Eine stinkende gelbe Brühe wurde in Flaschen gefüllt und mitgenommen. Da die Fischer den offiziellen Probewerten nicht glauben, und sie den begründeten Verdacht haben, daß diese Abwässer Substanzen enthalten, die den Fischbestand schädigen, sollen die Proben nun untersucht werden. *„Von den 20 bis 25 Zentnern Fisch, die vor kurzem in Brunsbüttel angelandet wurden, starben zehn Zentner, noch ehe sie den Verbraucher erreichten,"* erklärte der Sprecher der Fischesr Heinz Oestmann zu dieser Aktion.

Ein Zentner tote Fische aus Elbe und Nordsee sorgte vor dem DHI in Hamburg für Gestank.

Hamburg

Hier glitschten frühmorgens zwei bis drei Zentner kranker Aale und Stinte über die Stufen des Deutschen Hydrographischen Instituts. Das DHI wurde auserkoren, da es die zuständige Genehmigungsbehörde für die Verklappungen in der Nordsee ist und erst vor wenigen Monaten trotz vorliegender Bedenken öffentlicher biologischer Forschungseinrichtungen die Genehmigung verlängert hatte.

New York

In einem Protestmarsch zum Hauptgebäude der „National Leads" — der Muttergesellschaft der Kronos Titan — wurde gegen die Verklappung der „Dünnsäure" in der New Yorker Bucht protestiert. Kürzlich hatte auch die amerikanische Umweltschutzbehörde eine baldige Beendigung dieser Verklappungen verlangt.

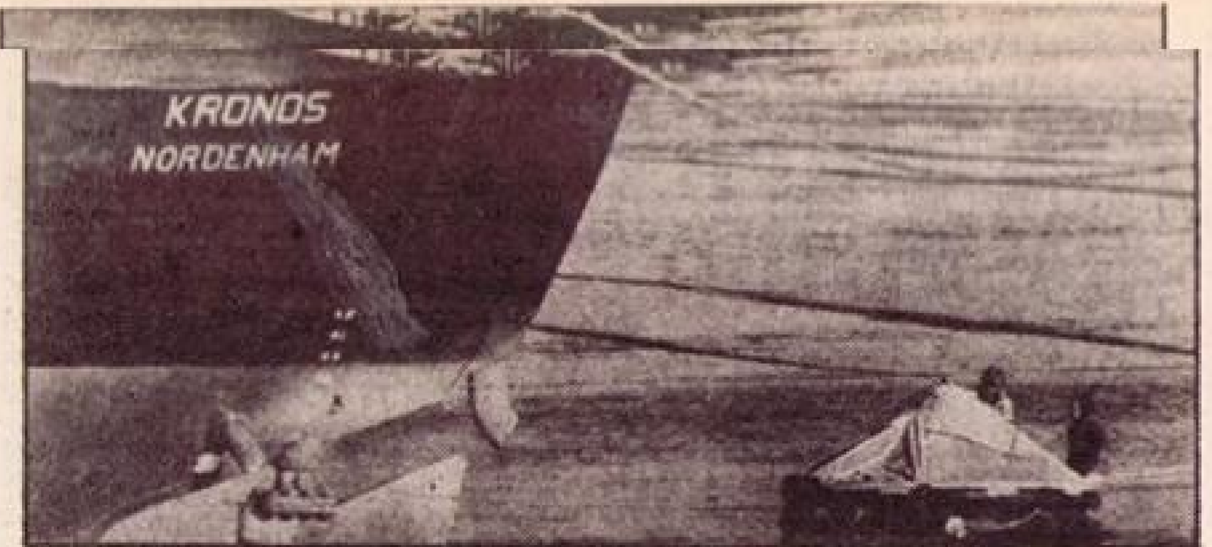
Reaktionen, Sprüche

„Das ist doch ein Schweinkram!", so zitiert das „Hamburger Abendblatt" vom 14.10. die Angestellten des Deutschen Hydrographischen Instituts (DHI) beim Anblick der vor den Treppen ausgeschütteten kranken Fische. Wirklich: *„Was auf der Treppe des DHI in Hamburg lag, war kein schöner Anglick"* (ebd.) — Nein, zur Erbauung der Angestellten war das auch nicht gedacht. Und das DHI ist sich keiner Schuld bewußt: *„Wir tun, was wir können im Rahmen der Gesetze"*, so DHI-Chef Zickwolff und einschränkend: *„Wenn es neue wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, müssen wir unsere Genehmigungen widerrufen"* — Ein Lichtblick? Beileibe nein, denn *„in keinem anderen Land hätte man so stark den Daumen auf der Industrie. Doch ein Überschreiten der ,Opfergrenze' hätte eine Schließung der Firma und damit die Arbeitslosigkeit von rund 1400 Mitarbeitern zur Folge"* (alles DHI-Chef Zickwolff nach „HA" und „Morgenpost", 14.10.). Also doch die alte Leier: Natürlich, wissenschaftliche Argumente (und keine anderen bitte sehr, wie z.B. kranke Fische o.ä.!) wollen wir wohlwollend prüfen, aber die Sachzwänge, die Sachzwänge . . . Vielleicht verhelfen dem DHI ja weitere Anhäufung von Tatsachenmaterial auf ihrem Eingangsportal zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen — wer weiß . . .

Da nun das DHI alles „im Rahmen der Gesetze" korrekt durchführt, ist sich die Industrie einer weißen Weste gewiß: *„Wir machen nichts Unrechtes und haben kein schlechtes Gewissen"*, so Hermann Schulze, seines Zeichens Produktionsleiter der ehrenwerten Firma „Kronos-Titan" — die Firma habe eine behördliche Genehmigung („FR", 14.10.). Sein Chef Hermann Pauls (Geschäftsführer der ehrenwerten Firma), weiß sogar Genaueres: Es sei *„offensichtlich* (von einer) *konzertierten Aktion* („FAZ", 14.10) der Umweltschützer auszugehen, *„für die es jedoch keine rechtliche Grundlage gebe ... Bei den Genehmigungsverfahren hätten fünf Bonner Ministerien mitgewirkt und alle Probleme sorgsam überprüft"* (ebd.). Es muß den Kronos Managern förmlich ein Rätsel sein, warum ihr Schiff so einfach blockiert wird und für dieses Rätsel wollen sie nun pro Tag 20000 DM von den Umweltschützern einklagen.

Spendenaufruf

Greenpeace sind durch die Blokkade in Nordenham viele Kosten entstanden. Auch die Aktion in Leverkusen braucht eure finanzielle Unterstützung.
Volksblatt Köln Sonderkonto Stadtsparkasse Köln 32532954 Arbeitskreis Chem. Industrie Stichwort „Dünnsäure"



Dünnsäure-Transporter „Kronos" liegt im Hafen von Nordenham fest. Umweltschützer hängten ihr Gummifloß ans Heck des Tankers.

DIE BLOCKADE

Als die Besatzung des Kronos-Säuretankers am Montagmorgen um 5 Uhr verblüfft über die Reling peilte, war es schon zu spät. Mit zwei Rettungsinseln am Bug und Heck und mit Hilfe eines Fischkutters hatten ca. 20 Mitglieder von Greenpeace und andere Initiativen die Blockade begonnen. Die Werksleitung reagierte für's erste gelassen und die Wasserschutzpolizei rückte zwar an, aber unternahm nichts. Am Seedeich war ein zentrales Informationsbüro und eine Koordinationsstelle eingerichtet worden, von wo der ganze Kai überblickt werden konnte und vor allem die Anrufe der Reporter aus aller Welt und zahlreicher Initiativen beantwortet werden konnten.

Bis zum Nachmittag blieb es dann ruhig, und es kam zu einer ersten Verhandlung zwischen einer Delegation der Blockierer (bestehend aus Michael Günther, dem Anwalt der Fischer, William Packinson von Greenpeace und Peter Willers von der BGL Bremen). Von der Kronos Titan nahmen Pauls und Schulze teil und als „Vermittler" Stadtdirektor Knöppler. Verlangt wurde die sofortige Halbierung der Verklappungsmenge sowie die völlige Einstellung der Verklappung bis Ende 1981 sowie die Untersuchung der Dünnsäure durch neutrale Institutionen. Auf all diese Forderungen gingen die Vertreter der Kronos aber überhaupt nicht ein, sondern brachten sogar solche Schnacks wie *„Dünnsäure ist auch nicht gefährlicher als Zitronensaft"*. In den Verhandlungen wurde auch noch einmal das Angebot des Bundesforschungsministeriums angesprochen, der Kronos 2,5 Millionen DM für eine Landbeseitigungsanlage zu schenken, was aber auf Anweisung der Mutterfirma „National Leads" in New York abgelehnt worden war, *„da sonst die Produktion um 15% teurer würde"*. Schließlich wurde Greenpeace aufgefordert, die Blockade schleunigst zu beenden, da pro Tag Verluste von 200 000 DM anfielen. Der Betriebsrat erklärte sich „freundlicherweise" bereit, die Entscheidung von Greenpeace abzuwarten, bevor er den Einsatz der Behörden fordern wollte, sprich die Räumung durch die Wasserschutzpolizei. Die Blockade traf die Kronos Titan just zu dem Zeitpunkt, als einer der beiden Säuretanker in einer Bremerhavener Werft lag.

In der Nacht von Montag auf Dienstag kam es dann zu einem schweren Zwischenfall. Nachdem abends um 21 Uhr der letzte Austausch der Besatzung der Rettungsinseln für die ganze Nacht vorgenommen worden war, legten sich die Leute schlafen. Plötzlich um 5 Uhr morgens konnte einer, der von Motorlärm aufwachte, nur noch sagen: „Guck mal, da kommt ein Schiff", als schon die ersten Wellen in die Rettungsinsel schlugen und sie 3 bis 4 mal unter Wasser gedrückt wurde. Knapp fünf Meter entfernt hatte der holländische Tanker „Actius" an der Pier angelegt, und nachdem er schon festgemacht hatte, seine Schraube noch mal voll aufdrehen lassen. Glücklicherweise hatte sich die Rettungsinsel durch den Wellendruck losgerissen, sonst wäre sicherlich noch viel mehr passiert. Greenpeace erstattete Anzeige.

Der Dienstag begann damit, daß die Kronos ihre Schadensersatzforderungen als Drohung gegen die Umweltschützer in der Öffentlichkeit wiederholte. Die Blockierer stellten sich auf den Standpunkt, daß diese Drohungen erst dann ernst zu nehmen wären, wenn eine Aufforderung zu zahlen schriftlich zugestellt würde und hierzu sich die entsprechenden Behördenvertreter erst einmal in Schwimmwesten schwingen müßten.

Im Laufe des Tages gingen in der Info-Zentrale Massen von Solidaritätsbekundungen ein, und auch erste Spenden konnten verbucht werden. Sogar die SPD-Stadtratsfraktion sprach sich dafür aus, die Verklappung in der Nordsee schnellstens zu verbieten. Die niedersächsische FDP bekundete „Verständnis" für die Protestaktionen von Fischern und Umweltschützern.

Einiges Aufsehen machte eine Aktion im Vorgarten des Werksleiters von Kronos Titan: In der Nacht zum Donnerstag wurde Dünnsäure im Garten ausgegossen und an die Hauswand „Fischverderber-Menschenmörder" gesprüht. Obwohl sich Greenpeace von dieser Aktion distanzierte, setzten die Kronos-Vertreter die für den Morgen angesetzten Verhandlungen sofort ab und riefen stattdessen die Kriminalpolizei.

Gegen Mittag übermittelte dann die Hafenbehörde von Brake die Aufforderung, die Blockade bis 16 Uhr zu beenden, da gegen die „Gefahrenabwehrbestimmungen" verstoßen würde.

Auf dieses Ultimatum wurde sich aber nicht eingelassen, mit der Begründung, daß „zwar die Gefahren durch zwei Rettungsinseln, aber nicht die Verschmutzung der Nordsee beseitigt werden". Schließlich kappte am späten Nachmittag die Wasserschutzpolizei die Taue und schleppte die Rettungsinseln ab.

Doch auch wenn damit die Blokkade in Nordenham beendet war, ging sie in Leverkusen gleich weiter. Bekanntlich haben dort seit Montag an den Verladerampen der Bayer Leverkusen zwei Rettungsinseln festgemacht, um ein Löschen von Dünnsäure und anderen Chemieabfällen zu verhindern. Auch hier kam es schon zu einem ähnlichen Zwischenfall wie in Nordenham. Am Donnerstagmorgen kam ein Schubschiff bis auf wenige Meter an die Rettungsinseln heran, um anzulegen und Dünnsäure aufzutanken. Die noch schlafenden Umweltschützer wurden erst durch die Schreie von Leuten am Ufer geweckt. Wie eine Beteiligte berichtete, war das Schubschiff kurz davor, die Inseln zu zerquetschen und habe erst auf den Anruf eines Bayer-Sicherheitsexperten beigedreht. Auch hier soll gegen die Bayer AG Strafanzeige erstattet werden.

AKW-Nein-Kommission



Die Mitglieder der Greenpeace-Organisation in Leverkusen haben die Verschiffungsstelle der Bayer-Werke besetzt, um die Mülltanker gar nicht erst zum Beladen kommen zu lassen.

Eine Milliarde Gewinn ist heilig — die Nordsee kann da ruhig sterben

Da werden jährlich Hunderttausende Tonnen an Dünnsäure in die Nordsee gekippt; da berichten Fischer, daß sie bis zu 30% der gefangenen Fische wegschmeißen müssen, weil sie krebsartige Geschwüre aufweisen, verkrümmte Skelette haben oder einfach durchlöchert sind. Hinzu kommt noch ein starker Rückgang der Fischereierträge. Reihenweise gehen bei Forschungsversuchen Meerestiere ein, wenn sie mit dünnsäureverschmutztem Wasser in Berührung kommen. Konsequenzen hat aber bisher niemand daraus gezogen. Weder das „Deutsche Hydrographische Institut“ noch der holländische Minister von „Verkeer en Waterstaat“. Immer wieder erteilen sie die Erlaubnis, Dünnsäure in die Nordsee einzuleiten. Muß die Nordsee erst umkippen, bevor von den Behörden gehandelt wird?

Dünnsäure – was ist das?

Dünnsäure, das ist ein Sammelbegriff für verschiedene Arten von größtenteils anorganischen Abwässern der chemischen Industrie. Der größte Anteil der Dünnsäure entsteht bei der Produktion von Titandioxid, einem Weiß-Farbstoff. Es ist in fast allen weiß gefärbten Dingen von der Zahnpasta bis zur Wandfarbe enthalten. „Dünn“ ist an diesen Säuren allerdings nichts. Zwar bestehen sie, wie „Kronos-Titan“ und „Bayer“ betonen, aus 80% Wasser: Der „Rest dagegen ist umso gefährlicher — nämlich Schwefelsäure (ca 12%) gelöstes Eisensulfat — sog. Grünsalz — (ca. 14%) und ungelöste Feststoffe, unter denen sich eine erhebliche Menge teilweise giftiger Schwermetalle befinden (Im Abfall der „Bayer AG“ darf sich pro Jahr maximal 880 t Chrom, 165 t Blei, 165 t Kupfer, 110 t Zink, 11 t Quecksilber und 5,5 t Kadmium befinden). Außerdem sind in den Feststoffen Nickel, Kobalt, Magnesium, Mangan, Natriumsulfat, Aluminium, Vanadium und Eisen enthalten („FR“, 14.10.).

Laut „Bayer“ sind nur „Spuren“ von Schadstoffen in der Dünnsäure enthalten. Rechnet man allerdings diese „Spuren der letzten Jahre zusammen, so kommt man auf einige tausend Tonnen.

Alternative Produktionsverfahren

Muß die Dünnsäure in der Nordsee verklappt werden? Gibt es nicht Verfahren, bei denen Dünnsäure vernichtet werden kann oder gar nicht erst anfällt? Müssen bei einem Verklappungsverbot „Bayer-Leverkusen“ und die „Kronos-Titanwerke“ in Leverkusen und Nordenham wirklich mehrere tausend Arbeiter entlassen?h Um es vorweg zu sagen: es gibt zahlreiche bereits erprobte umweltfreundliche Produktionsverfahren. In der Bundesrepublik wird für die Farbenproduktion aus Titandioxid ein Erz benutzt — Ilmenit —, das lediglich 45% Titandioxid enthält. Der Rest sind eisenhaltige Minerale. Entsprechend hoch sind die Abfallmengen. „Bayer“-Werksleiter Weise: *„Pro Tonne Titandioxid fallen bis zu 8 Tonnen Dünnsäure an“.*

Anders wäre es, wenn als Ausgangsstoff das Erz Rutil benutzt würde, wie es schon heute in Frankreich und Italien geschieht. Es enthält 95% Titandioxid, welches sich mit einem wesentlich umweltfreundlicheren Verfahren gewinnen läßt, deren Abfälle auf dem Lande deponiert werden können.

Dr. Woditsch aus der Forschung der Sparte „Anorganische Chemikalien“ der „Bayder AK“ hält dieses Verfahren sogar für „unschlagbar“. Es hat nur den Nachteil, das es ca. 15% teurer als die herkömmliche Herstellung ist.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Abfallstoffe durch geschlossene Wasserkreisläufe im Werk zu halten und zurückzugewinnen. „Kronos Titan“ besitzt für dieses Verfahren sogar Patente. Sie kommen aber nicht zur Anwendung, da deren Verwirklichung für den amerikanischen Mutterkonzern „National Lead“ zu teuer ist. „Kronos Titan“ preist sogar auf einem Werbeblatt auf Vierfarbhochglanzpapier Techniken an, mit denen die giftigen Schwermetalle aus Abwässern herausgefiltert werden können. „Bayer“ verkauft auch schon seit Jahren „Lewatit“-Ionenaustauscher, mit denen die gefährlichen Schwermetalle aus der Säure entfernt werden können.

„Kronos Titan“ hat nach Auskunft des Bundesforschungsministerium einen Antrag auf Förderungsmittel für ein neues Verfahren zur Beseitigung der Abfälle gestellt, über den noch nicht entschieden worden ist. Ein solcher Antrag wurde schon einmal gestellt. Jedoch wurden die damals bewilligten 2,5 Mio. DM nicht in Anspruch genommen, vermutlich auf Weisung des amerikanischen Mutterkonzerns (wohl aus der Befürchtung heraus, solche Verfahren auch in den USA anwenden zu müssen). Ganz nackte Profitinteressen verhindern hier den Schutz der Meere.

Mengen eingebrachter Industrieabfälle (in t) 1976-78

	1976	1977	1978
Bundesrepublik Deutschland	690549	758975	727506
Vereinigtes Königreich	2666239	2385614	2468643
Niederlande	1381290*	1256186*	1500484*
Frankreich	2310000	1069413	1382276

*davon ca. 90 % Dünnsäure aus der Bundesrepublik

Quelle: Jahresbericht 1979 des Bundesumweltamtes

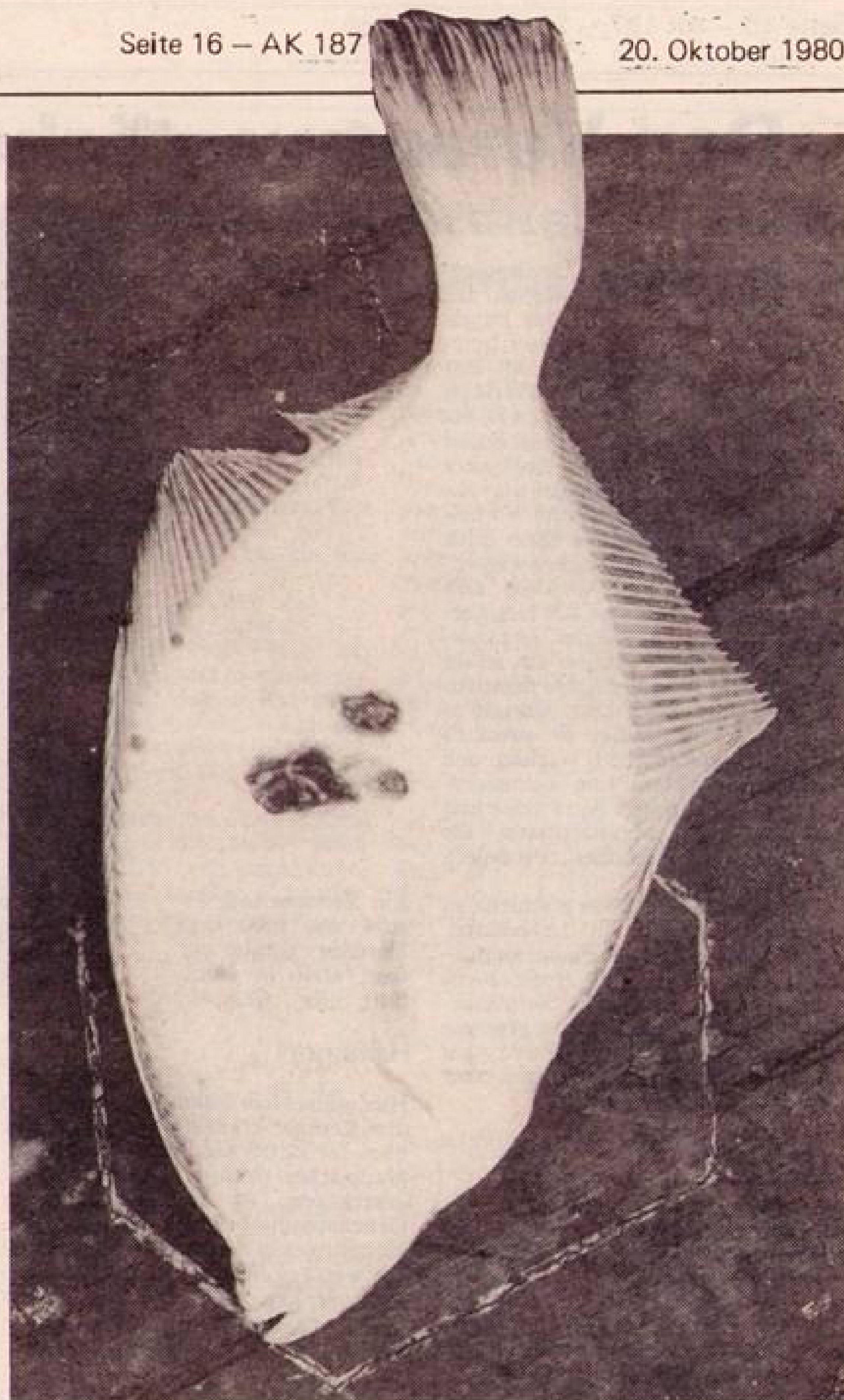
Folgen der Verklappung

Fischer beobachten seit der Verklappunkt nicht nur einen starken Rückgang der Fischereierträge, sondern auch einen rapiden Anstieg der Fischkrankheiten: Geschwüre bei Klieschen und Kabeljau, „durchlöcherte“ Makrelen und himbeerartige Wucherungen beim Butt. Allerdings gibt es auch Schäden, die nicht immer sofort sichtbar sind.

Die Dünnsäure der „Kronos-Titan“ wird in einem Seegebiet 20-30 km nordwestlich von Helgoland verklappt. Die Dünnsäure von der „Bayer AG“ wird 50 km östlich von Scheveningen „entladen“. Das Meer ist an den Verklappungsstellen noch nach vielen Stunden weitflächig gelb verfärbt und riecht unangenehm säuerlich nach Schwefelsäure. Das Eisensulfat wandelt sich im Meerwasser um in Eisenhydroxid, dieses bildet feine Flocken, die auf dem Meersboden umherdriften oder bei Sturm wieder aufgewirbelt werden und sich in den Wohnröhren bestimmter Bodenwürmer, die als Fischnahrung dienen, festsetzen. Auch die Schwermetalle werden von Mikroorganismen aufgenommen und gelangen so über den Fisch in die Nahrungskette, an deren Ende der Mensch steht.

Die Verklappung muß verboten werden!

Zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Einbringen von Abfällen hat die Bundesrepublik Deutschland mehrere internationale Übereinkommen abgeschlossen (für die Nordsee und den Nordostatlantik das Oslo-Übereinkommen vom 15.Februar 1972; mit weltweiter Geltung das London-Übereinkommen vom 29. Dezember 1972, beide von der Bundesrepublik Deutschland 1977 ratifiziert). Ziel der Übereinkommen ist



„Kronos Titan“ und „Bayer“ haben die Möglichkeit, ihre Dünnsäure und Schwermetalle an Land zu beseitigen. Sie handeln sogar mit solchen Anlagen und haben Patente dafür. Es besteht also die Pflicht, die Verklappung auf Grund getroffener Vereinbarungen zu verbieten. Wieso handelt das DHI nicht? Es ist bezeichnend, daß „Bayer“ erst jetzt nach der Blockade durch Greenpeace in Holland daran denkt, andere Verfahren auch anzuwenden. Dabei ist geplant, erst 1984 die Verklappung von Dünnsäure einzustellen. Solange möchte „Bayer“ noch sparen. Ob die Nordsee danach noch als lebensfähiges Meer existiert, ist zu bezweifeln. Daher muß „Bayer“ gezwungen werden, die zahlreichen umweltfreundlichen Produktionsverfahren bzw. Aufbereitungsanlagen auch auf eigenem Gelände zu bauen. Arbeitsplätze gehen dabei nicht verloren, im Gegenteil: es werden zusätzliche geschaffen. Finanziell wäre es für den Chemie-Giganten ein Leichtes, hier zu investieren, doch scheint es eher im Interesse des Konzerns zu

le ohne Erlaubnis, aber mit Billigung der Bundesregierung. Die dann erteilte Erlaubnis wurde auf ein Jahr befristet, bis Ende Dezember 1979. Der Fischer Heinz Oestmann, Altenwerder, legte im Januar 1979 gegen diese Bewilligung Einspruch ein, der bis heute vom Deutschen Hydrographischen Institut nicht beschieden worden ist. Daraufhin verklagte der Fischer im Dezember 1979 die Bundesrepublik Deutschland. Dabei mußte zunächst geklärt werden, ob der Fischer überhaupt klagen könnte — im Amtsdeutsch ein „rechtsschutzwürdiges Interesse“ am unbehinderten Fischfang auf hoher See habe. Nach Auffassung der Behörde schütze zwar das Hohe-See-Einbringungsgesetz das Interesse der Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung der Fischerei als solcher, nicht jedoch das Interesse des einzelnen Fischers, überhaupt noch fischen zu können. Am 11.4.80 wurde vor dem Verwaltungsgericht Hamburg dem Fischer das Recht zur Klage zugestanden, was als wesentlicher Teilerfolg zu werten ist. Das Bundesumweltamt bestätigte am

für verschiedene Arten von größtenteils anorganischen Abwässern der chemischen Industrie. Der größte Anteil der Dünnsäure entsteht bei der Produktion von Titandioxid, einem Weiß-Farbstoff. Es ist in fast allen weiß gefärbten Dingen von der Zahnpasta bis zur Wandfarbe enthalten. „Dünn“ ist an diesen Säuren allerdings nichts. Zwar bestehen sie, wie „Kronos-Titan“ und „Bayer“ betonen, aus 80% Wasser: Der „Rest dagegen ist umso gefährlicher — nämlich Schwefelsäure (ca 12%) gelöstes Eisensulfat — sog. Grünsalz — (ca. 14%) und ungelöste Feststoffe, unter denen sich eine erhebliche Menge teilweise giftiger Schwermetalle befinden (Im Abfall der „Bayer AG“ darf sich pro Jahr maximal 880 t Chrom, 165 t Blei, 165 t Kupfer, 110 t Zink, 11 t Quecksilber und 5,5 t Kadmium befinden). Außerdem sind in den Feststoffen Nickel, Kobalt, Magnesium, Mangan, Natriumsulfat, Aluminium, Vanadium und Eisen enthalten („FR“, 14.10.).

Laut „Bayer“ sind nur „Spuren“ von Schadstoffen in der Dünnsäure

Anders wäre es, wenn als Ausgangsstoff das Erz Rutil benutzt würde, wie es schon heute in Frankreich und Italien geschieht. Es enthält 95% Titandioxid, welches sich mit einem wesentlich umweltfreundlicheren Verfahren gewinnen läßt, deren Abfälle auf dem Lande deponiert werden können.

Dr. Woditsch aus der Forschung der Sparte „Anorganische Chemikalien“ der „Bayder AK“ hält dieses Verfahren sogar für „unschlagbar“. Es hat nur den Nachteil, das es ca. 15% teurer als die herkömmliche Herstellung ist.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Abfallstoffe durch geschlossene Wasserkreisläufe im Werk zu halten und zurückzugewinnen. „Kronos Titan“ besitzt für dieses Verfahren sogar Patente. Sie kommen aber nicht zur Anwendung, da deren Verwirklichung für den amerikanischen Mutterkonzern „National Lead“ zu teuer ist. „Kronos Titan“ preist sogar auf einem Werbeblatt auf Vierfarbhochglanzpapier Techniken an, mit denen die giftigen Schwerme-

Mengen eingebrachter Industrieabfälle (in t) 1976-78

	1976	1977	1978
Bundesrepublik Deutschland	690549	758975	727506
Vereinigtes Königreich	2666239	2385614	2468643
Niederlande	1381290*	1256186*	1500484*
Frankreich	2310000	1069413	1382276

*davon ca. 90 % Dünnsäure aus der Bundesrepublik

Quelle: Jahresbericht 1979 des Bundesumweltamtes

Fischer beobachten seit der Verklappunkt nicht nur einen starken Rückgang der Fischereierträge, sondern auch einen rapiden Anstieg der Fischkrankheiten: Geschwüre bei Klieschen und Kabeljau, „durchlöcherte“ Makrelen und himbeerartige Wucherungen beim Butt. Allerdings gibt es auch Schäden, die nicht immer sofort sichtbar sind.

Die Dünnsäure der „Kronos-Titan“ wird in einem Seegebiet 20-30 km nordwestlich von Helgoland verklappt. Die Dünnsäure von der „Bayer AG“ wird 50 km östlich von Scheveningen „entladen“. Das Meer ist an den Verklappungsstellen noch nach vielen Stunden weitflächig gelb verfärbt und riecht unangenehm säuerlich nach Schwefelsäure. Das Eisensulfat wandelt sich im Meerwasser um in Eisenhydroxid, dieses bildet feine Flocken, die auf dem Meersboden umherdriften oder bei Sturm wieder aufgewirbelt werden und sich in den Wohnröhren bestimmter Bodenwürmer, die als Fischnahrung dienen, festsetzen. Auch die Schwermetalle werden von Mikroorganismen aufgenommen und gelangen so über den Fisch in die Nahrungskette, an deren Ende der Mensch steht.

Die Verklappung muß verboten werden!

Zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Einbringen von Abfällen hat die Bundesrepublik Deutschland mehrere internationale Übereinkommen abgeschlossen (für die Nordsee und den Nordostatlantik das Oslo-Übereinkommen vom 15.Februar 1972; mit weltweiter Geltung das London-Übereinkommen vom 29. Dezember 1972, beide von der Bun-



„Kronos Titan“ und „Bayer“ haben die Möglichkeit, ihre Dünnsäure und Schwermetalle an Land zu beseitigen. Sie handeln sogar mit solchen Anlagen und haben Patente dafür. Es besteht also die Pflicht, die Verklappung auf Grund getroffener Vereinbarungen zu verbieten. Wieso handelt das DHI nicht? Es ist bezeichnend, daß „Bayer“ erst jetzt nach der Blockade durch Greenpeace in Holland daran denkt, andere Verfahren auch anzuwenden. Dabei ist geplant, erst 1984 die Verklappung von Dünnsäure einzustellen. Solange möchte „Bayer“ noch sparen. Ob die Nordsee danach noch als lebensfähiges Meer existiert, ist zu bezweifeln. Daher muß „Bayer“ gezwungen werden, die zahlreichen umweltfreundlichen Produktionsverfahren bzw. Aufbereitungsanlagen auch auf eigenem Gelände zu bauen. Arbeitsplätze gehen dabei nicht verloren, im Gegenteil: es werden zusätzliche geschaffen. Finanziell wäre es für den Chemie-Giganten ein Leichtes, hier zu investieren, doch scheint es

le ohne Erlaubnis, aber mit Billigung der Bundesregierung. Die dann erteilte Erlaubnis wurde auf ein Jahr befristet, bis Ende Dezember 1979. Der Fischer Heinz Oestmann, Altenwerder, legte im Januar 1979 gegen diese Bewilligung Einspruch ein, der bis heute vom Deutschen Hydrographischen Institut nicht beschieden worden ist. Daraufhin verklagte der Fischer im Dezember 1979 die Bundesrepublik Deutschland. Dabei mußte zunächst geklärt werden, ob der Fischer überhaupt klagen könnte — im Amtsdeutsch ein „rechtsschutzwürdiges Interesse“ am unbehinderten Fischfang auf hoher See habe. Nach Auffassung der Behörde schütze zwar das Hohe-See-Einbringungsgesetz das Interesse der Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung der Fischerei als solcher, nicht jedoch das Interesse des einzelnen Fischers, überhaupt noch fischen zu können. Am 11.4.80 wurde vor dem Verwaltungsgericht Hamburg dem Fischer das Recht zur Klage zugestanden, was als wesentlicher Teilerfolg zu werten ist.

Beschleunigter Baubeginn für das Zwischenlager

Es waren 50 Mitglieder der „Gorleben–Frauen", die den völlig korrupten und ausnahmslos männlichen Kommunalpolitikern Lüchow–Dannenbergs am 13.10. die Leviten lasen: Während einer Sitzung des Kreistages überreichten sie den Herren 30 „Mißgeburten". Es handelte sich um aus Teig gebackene Menschen ohne Gliedmaßen, mit 2 Köpfen oder mit 3 Beinen, die in kleinen schwarzen Pappsärgen verpackt waren. Ein Begleidbrief im Sarg stellte klar, daß die Kreispolitiker, die sich zuvor um das Zwischenlager geradezu gerissen hatten, eine Mitschuld an künftigen Mißgeburten trügen. Als dann auch noch Lilo Wollny, eine Sprecherin der Gorleben–Frauen, während der Haushaltsrede des Oberkreisdirektors das Wort ergriff, tickten die Herren vollends aus. Es gab „tumultartige Szenen".

14 Tage zuvor hatte die DWK (Betreibergesellschaft) über die Physikalisch–Technische Bundesanstalt (PTB) in einer amtlichen Bekanntmachung verkünden lassen, daß sie auch Einspruchsrechte der Bevölkerung gegen ein Zwischenlager zu unterlaufen gedenkt.

1982 Inbetriebnahme des Zwischenlagers?

Laut Antrag will die DWK das Zwischenlager nach § 6 des Atomgesetzes durchziehen. Dieser Paragraph regelt die „Genehmigung zur Aufbewahrung von K e r n b r e n n s t o f f e n ", wobei der Begriff „Kernbrennstoff" eindeutig definiert ist: es handelt sich dabei um „spaltbare" (also noch nicht bestrahlte) Rohstoffe wie Natururan, Uranlegierungen etc. Paragraph 9 des Atomgesetzes regelt die „Verwertung radioaktiver Reststoffe und Beseitigung radioaktiver Abfälle". Hier schreibt das Atomgesetz im Unterschied zu § 6 die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens vor, welches u.a. beinhaltet: *„Bekanntgabe des Vorhabens und des Erörterungstermins, die Auslegung des Plans, die Erhebung von Einwendungen, die Durchführung des Erörterungstermins und die Zustellung der Entscheidungen..."* (s. „Atomgesetz mit Verordnungen", Nomos–Verlagsgesellschaft Baden–Baden S. 24 ff. und S. 272).

Die abgebrannten Brennelemente enthalten sowohl noch zu spaltendes Material (deshalb die Wiederaufarbeitung) als auch hochaktiv verseuchte Abfälle. Aufgrund dieses Gefahrenpotentials müßte die Anwendung des § 9 (der die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens impliziert) selbstverständlich sein ... nicht jedoch in diesem Land.

Hier erklärt die DWK die hochradioaktiv verseuchten Brennelemente einfach zu Kernbrennstoffen, die nicht bestrahlt sind und spart sich so die zeitraubenden Scherereien, die mit der Durchführung eines Erörterungstermins verbunden wären. Aus Ahaus ist bekannt, daß die DWK derart kriminelle Praktiken in Absprache mit der Genehmigungsbehörde, also der bundeseigenen Physikalisch–Technischen Bundesanstalt durchführt („Grünes Blatt" Nr. 15).

Hintergrund dieses Gaunerstückchens ist der gewaltige Atommüllstau, der die Atommafia zu schnellen Taten drängt. Während noch im Juli dieses Jahres Albrecht eine Inbetriebnahme des Zwischenlagers nicht vor 1985 in Aussicht stellte (Baubeginn 82/83), sieht die aktuelle Planung lt. DWK–Chef Scheuten bereits im kommenden Jahr den Baubeginn und für 1982 die Inbetriebnahme vor („FR", 26.9.). Wie die Arbeitsgruppe „Rechtshilfe Gorleben" enthüllt hat, fällt bei dieser Planung selbstredend auch das ökologische Gutachten unter den Tisch, dessen Erstellung eine der Vorbedingung war, unter der der Kreistag Lüchow–Dannenbergs ein Zwischenlager befürwortet hatte („EJZ", 27.9.80).

Zwischenlager–Anhörung im Januar

Dennoch entblödet sich die Atommafia nicht, Öffentlichkeit und Bürgernähe vorzutäuschen. So werden bis Ende November die Anträge für das Atommüll–Lager und der Sicherheitsbericht in Lüchow mit der Aufforderung ausgelegt, Stellungnahmen („Fragen Bedenken oder Anregungen") doch bitte an die PTB (Abteilung Papierkorb) zu schicken.

Der Höhepunkt dieser Farce wird im Januar 1981 ein Anhörungstermin der Physikalisch–Technischen Bundesanstalt mit fünf– oder mehrtägiger Dauer sein. Auf Anweisung der Bundesregierung wird die PTB diese Anhörung bundesweit vornehmen. In ihrer „amtlichen Bekanntmachung" vom 26.9.80 hat die PTB unmißverständlich klargestellt, daß diese Anhörung als pseudodemokratisches Schauspiel ohne jede praktische Konsequenz ablaufen soll: *„Durch die Auslegung und die Anhörung werden denjenigen Personen, die davon Gebrauch machen, keine weiteren Rechte eingeräumt; insbesondere werden sie dadurch nicht Beteiligte im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes"* („EJZ", 29.9.).

Daß gerade dem Bundesinnenministerium eine ernsthafte Anhörung über die „Zwischen"lager absolut nicht ins Konzept paßt, beweist auch die Antwort Baums auf die BBU–Aufforderung, ein Pro– und Kontra–Hearing unter Einbeziehung kritischer Fachleute durchzuführen: **„Bundesinnenminister Baum hat dies nunmehr abgelehnt mit der skandalösen Begründung, daß die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente in allen großen politischen Parteien, bei den Regierungschefs von Bund und Ländern und auch innerhalb der Enquete–Kommision des deutschen Bundestages unumstritten und daher ‚zügig zu verwirklichen' sei, daher kein Anlaß für ein solches Hearing bestehe!"**
(Aus : BBU–Rundbrief vom 20.8.80)

Ein Vorschlag der BI Lüchow–Dannenberg zur Weiterarbeit

Anknüpfend an den jetzt veröffentlichten Plan der Betreiber schlägt die BI Lüchow–Dannenberg eine „bundesweite Großaktion" gegen die Atommüllager in dem Sinne vor, daß bis zur Anhörungsfarce Anfang Januar eine bundesweite Unterschriftenaktion gegen die Zwischenlager durchgeführt werden soll. Ziel dieser Aktion sind 100.000 „Stellungnahmen" zum Thema Zwischenlager. Besonders im Landkreis Lüchow–Dannenberg soll diese Aktion bewirken, daß möglichst viele ihren Protest ohne Angst vor einer Kriminalisierung ausdrücken können und so dem sich ausbreitenden Gefühl der Ohnmacht entgegengewirkt wird. Ferner soll diese Aktion den Druck auf die Kommunalpolitiker verstärken und die Lüchow–Dannenberger zu neuen Widerstandsaktionen ermutigen.

Es heißt dort weiter:
„Eine solche Unterschriftensammlung bedeutet viel Klein– und Überzeugungsarbeit und mag zunächst im Gegensatz zu der Besetzung von 1004 sehr zahm erscheinen. Sinnvoll ist die ganze Sache auch nur dann, wenn die Zahl der Unterschriften alles das übertrifft, was bisher in ähnlichen Aktionen erreicht worden ist. Sie muß unsere wirkliche Stärke widerspiegeln! Wenn es uns gelingt, auf Bundesebene weit über 100.000 Menschen daran zu beteiligen, wenn wir außerdem im Landkreis 20.000 Stimmen oder mehr gegen das Zwischenlager sammeln können (gegen die WAA haben damals 20.000 Leute, fast die Hälfte aller Einwohner unterschrieben), dann haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir haben dann auch die politische Basis für neue Aktionen" („TAZ", 13.10.80).
Der endgültige Text für diese Unterschriftenaktion soll am 18. und 19. Oktober auf der Zwischenlagerkonferenz in Würggassen und anschließend auf der Bundeskonferenz am 18. und 19. November diskutiert und verabschiedet werden.

Ein Genosse aus Lüneburg

Gorleben-Polizist in U-Haft

Was war geschehen? Zwei Gorleben–Polizisten – nach eigener Bekundung Atomgegner – beschrieben in einem Tagebuch ihre Gefühle während der Gorleben–Einsätze und ihre Kontakte zu Kripo–Spitzeln auf 1004. Weiterhin gelangte nach der Räumung von 1004 die Tonbandmitschrift eines polizeiinternen Rechtfertigungsreferates in die Hände der BI Lüchow –Dannenberg – beide Texte wurden veröffentlicht.

Seither ermittelt die Staatsanwaltschaft Lüneburg gegen zwei Celler Polizeibeamte wegen *„Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht sowie wegen Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes."*

Diese Maßnahme verfolgt offensichtlich das Ziel, kritisches Gedankengut innerhalb der Polizei exemplarisch zu unterbinden:
- So wurde eigens eine Sonderkommission eingerichtet und eine umfangreiche Observation der Beamten vorgenommen.
- Diese Kommission veranlaßte eine eingehende, zum Teil mehrfache Befragung von Personen *„innerhalb und außerhalb des sozialen Beziehungskreises unserer Mandanten, die letztlich eine Erforschung ihrer persönlichen Einstellung zur Kernenergie und den Polizeieinsätzen gegen Anti–AKW–Demonstranten zum Ziele hatten. Dabei sind über unsere Mandanten hinaus weitere Polizeibeamte in die Schußlinie geraten, von denen im Zuge der Ermittlungen säuberlich vermerkt wurde, daß sie einen kritischen Standpunkt dazu vertreten"* (aus einer Presseerklärung der Hamburger Anwälte Bernd Vetter und Bernt Niese).
- Beiden Beamten wurde inzwischen die weitere Ausübung ihres Berufes verboten, einem zudem die Dienstbezüge um die Hälfte gekürzt.
- Einer der Beamten saß wegen „Verdunklungsgefahr" eine Woche lang in Untersuchungshaft. Währenddessen wurde bei ihm eine Hausdurchsuchung durchgeführt („TAZ", 14. 10.).

Es sei hinzugefügt, daß die Erschiessung von Mitmenschen (in putativer Notwehr) den Beamten weitaus weniger Ärger eingebracht hätte, stände dies doch in keinem Verhältnis zu den Gefahren, die dem Staat durch Atomgegner im westdeutschen Bullenapparat drohen...

Ein Genosse aus Lüneburg

DKP möchte Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Anti-AKW-Bewegung!

Anläßlich der am 25.10. stattfindenden Demonstration gegen Atomanlagen und Atomwaffen in Nordhorn/Lingen fanden in Hamburg zwei Vorbereitungstreffen statt. Eingeladen hatte eine Bürgerinitiative des BBU in Hamburg und die DFG/VK. Ziel sollte sein, einen Hamburger Aufruf herauszubringen, den Hamburger Initiativen und Organisationen unterstützen können, bzw. mit dem sie gemeinsam mobilisieren können.

Bezeichnend war schon die Einladungspraxis: Außer DKP und Umfeld im weitesten Sinne war praktisch niemand eingeladen. Begründung: Sie hätten keinen Kontakt zu linken Gruppen und Organisationen. Ergebnis des ersten Vorbereitungstreffens war:
1. alle noch nicht Eingeladenen zum zweiten Termin einzuladen,
2. einen speziellen Hamburger Unterstützeraufruf zusammen mit dem bundesweiten Aufruf und konkreten Abfahrtsmöglichkeiten herauszubringen, dieser sollte von möglichst vielen Organisationen und Einzelpersonen unterstützt werden.

Auf dem zweiten Vorbereitungstreff waren leider genausowenig Leute, zudem war immer noch in Mehrheit das Hamburger DKP–Umfeld vertreten. Ansonsten waren anwesend die „Grünen",BUU/Delegiertenplenum und eine Genossin vom KB. Gleich zu Beginn meldete sich der DKP–Vertreter zu Wort, er sei dafür, keinen Hamburger Aufruf herauszubringen, weil
1. unter dem bundesweiten Aufruf schon ein so breiter Unterstützerkreis stehe, daß man in Hamburg nur dahinter zurückfallen könne. Seine Organisation fände sich jedenfalls unter dem bundesweiten Aufruf wieder,
2. würde in Hamburg der KB den Aufruf unterstützen, und genau dieses könnte er seiner Organisation nicht verklickern.

Dem schlossen sich sofort alle anderen Vertreter an (sie hätten die gleichen Schwierigkeiten), lediglich der Vertreter der „Grünen", ein Anwesender aus kirchlichen Kreisen und die BUU–Vertreterin protestierten massiv gegen dieses Vorgehen.

Ein Revi bedauerte noch außerordentlich, daß damit ja auch die BUU als wichtiger Vertreter der Anti–AKW–Bewegung nicht unter dem Aufruf erscheinen würde.

Bleibt noch nachzutragen, daß der KB schon auf dem ersten Treffen die Unterstützung zugesagt hatte und zu diesem Zeitpunkt noch kein DKP–Vertreter die Unvereinbarkeitsthese aus der Tasche gezogen hatte.

Ein Glanzstück für die Bündnispolitik der DKP und hier in Hamburg auch der DFG/VK und ihrer jeweiligen Umfelder!

Gorleben-Kurzmeldungen

Die zweite WAA nach Niedersachsen?

„Die Landesregierung in Hannover ermuntert die deutschen Kernkraftwerksbetreiber, in Niedersachsen eine Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstäbe zu beantragen" („HAZ", 29.9.). Dies ist das Ergebnis einer „Erörterung" zwischen Wirtschaftsministerin Breucel und DWK–Scheuten auf der jüngsten Wirtschaftsministerkonferenz (!) in Kiel. Unumwunden sprach sie sich für den Standort Gorleben aus und mußte daraufhin einen Rüffel von Atomalbrecht einstecken, hatte Albrecht doch nach dem Hannover–Treck geschworen, keine WAA in Gorleben bauen zu lassen. Die niedersächsische SPD, die noch unmittelbar nach dem Hannover–Treck den Bau einer WAA sowie die Errichtung neuerAKW's in Niedersachsen generell abgelehnt hatte, hat sich mit den Plänen der Landesregierung 100%ig einverstanden erklärt. Albrecht, der bereits jetzt mit der führenden Rolle Niedersachsens im Atomgeschäft prahlt, fordert inzwischen den Bau von ein bis zwei neuen AKW's pro Jahr (bundesweit).

In Niedersachsen fordert Albrecht zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren den Bau mehrerer AKW's zur gleichen Zeit und „zeichnungsgleich". Eine frühzeitige Ermittlung wesentlicher Standortdaten, eine Koordinierung der Gutachtertätigkeit und *„eine themenorientierte Schwerpunktbildung bei den einzelnen technischen Überwachungsvereinen mit dem Ziel der Verminderung von Parallelarbeit"*, sind als ergänzende Maßnahmen geplant („TAZ", 29. 9.).

* * *

Atommüllagerung in Glas?

Australische Wissenschaftler haben inzwischen festgestellt, *„daß radioaktive Strahlung die Glasmaterialien so beeinflußt, daß sie gegen Feuchtigkeit anfällig werden"* („HAZ", 9.10.). Damit ist wieder eine der „sichersten" Methoden zur Beseitigung des Atommülls (Einschluß des strahlenden Abfalls in glasartigen Stoffen) offenkundig hinfällig. Daß der Gorlebener Salzstock Grundwasserkontakt hat, wird inzwischen selbst von den Betreibern nicht mehr geleugnet. Allerdings soll es sich hierbei um „wasserdichtes" Wasser handeln. *„Herr Dr. Becker–Platen (nds. Informationsbeauftragter in Lüchow–Dannenberg – Anm. AK) schreibt nämlich, daß man prüfen will, ob das Salzwasser um den Salzstock nicht wie eine Tonschicht wirkt und das Grundwasser vom Salzstock absperrt. Das heißt doch, man will untersuchen, ob das Wasser um den Salzstock wasserdicht ist. Nur wenn man wasserdichtes Wasser findet, wird nämlich das Endlager wasserdicht sein. Da das Endlager unbedingt nach Gorleben soll, muß das Wasser wasserdicht werden, und da wird solange untersucht, bis Wasser wasserdicht ist"* (aus einem Leserbrief eines Landwirts, „EJZ", 2.10.).

* * *

Möcklinghoff vermißt sachliche Fotos

„Die sogenannte Dokumentation hat keinen Beweiswert. Sie versucht die Rechtsbrecher zu glorifizieren und die Polizei in Mißkredit zu bringen." So das Urteil des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff über die Dokumentation, die Mitte August von der Deutschen Journalisten Union und der Rundfunk–Fernseh–Film–Union zur Behinderung der Journalisten während der Räumung von 1004 vorgelegt wurde. Hier vermisse Möcklinghoff *„überall die Sachlichkeit und außerdem würden Wertungen vorgenommen, für die sowohl Begründungen wie Beweise fehlen, so, wenn etwa von ‚rechtswidrigen Ausschreitungen der Polizei' die Rede sei. Diese Unsachlichkeit müsse sich die angebliche Dokumentation auch hinsichtlich des Bildmaterials (!!) vorwerfen lassen"* („EJZ", 11. 10.). Im Rahmen der Behandlung dieser Frage durch den niedersächsischen Landtag wurde durch CDU–Abgeordnete ebenfalls angeregt, die Berichterstattung des NDR über die Räumung von 1004 gerichtlich anzufechten. *„Möcklinghoff lehnte diesen Vorschlag ab und kündigte an, er werde demnächst mit dem stellvertretenden NDR–Intendanten ein Gespräch über die ganze Angelegenheit führen. Möcklinghoff: ‚Anzeigen helfen uns nicht weiter. Wir sollten besser vertrauensvoll miteinander reden'."* („HAZ", 10.10.).

Bei Anzeigen hätte ja auch vielleicht die Wahrheit vom Gericht bestätigt werden können, im vertrauensvollen Gespräch kann das nicht passieren.

* * *

Neue Tiefbohrung im November

Am 29. September wurden an der Straße zwischen Rondel und Meetschow im Landkreis Lüchow–Dannenberg vier Hektar Wald niedergewalzt, um den Bohrplatz 1005 vorzubereiten. Er wird genau wie seine Vorgänger in eine Betonfestung verwandelt, bevor dann im November mit der eigentlichen Tiefbohrung begonnen wird. Dazu muß erst das Bohrgerät frei werden, welches noch auf 1004 arbeitet. Auch dieses Bohrloch soll nur einen Durchmesser von 30 – 40 cm haben, beeilte die PTB sich zu versichern, also keine Baumaßnahme für eine spätere Lagerstätte.

Die Abforstungsmaßnahmen wurden unter dem Schutze eines größeren Polizei– und BGS–Aufgebots nebst Hunden durchgeführt, die aber mangels Demonstranten sich damit begnügen mußten, erneut ihre Verbundenheit zur Pressefreiheit, insbesondere zur lokalen „Elbe–Jeetzel –Zeitung" unter Beweis zu stellen. Der „EJZ"–Dienstwagen sowie die beiden vor Ort arbeitenden Journalisten wurden geknipst und gefilmt.

AKW–Nein–Kommission und ein Genosse aus Lüneburg

AKWs nur mit Lohnsklaven in Betrieb zu halten!

Was schon mehrfach über die BRD und Frankreich berichtet wurde, gilt auch für die „liberalen" Niederlande. Reinigungs– und Ausbesserarbeiten in den „heißen" Zonen eines AKW's werden von arbeitslosen „Ausgestoßenen" durchgeführt: Landstreicher, Drogenabhängige und Haftentlassene, die keine andere Arbeit bekommen. Sie werden für wenige Tage eingestellt, nach zweitägiger Ausbildung zu „Spezialisten" für nur etwa drei Minuten im AKW eingesetzt und haben damit die lebensgefährliche, jährlich zugelassene Strahlendosis erreicht. Geködert werden sie mit der für die kurze Zeit hohen Bezahlung von 1100 bis 1200 DM. Nach kurzer medizinischer Untersuchung werden sie dann wieder entlassen. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, welches sehr an die bekannte Karikatur des emsigen Sargtischlers vor einem AKW erinnert!
AKW–Nein–Kommission

Die Grünen kontra ZDF/ARD

Die 'Benachteiligung seitens der Medien sei eine wesentliche Ursache für das große Ausmaß ihrer Wahlniederlage - so die Grünen in ihrer Stellungnahme nach dem 5.Oktober. Tatsächlich tauchten die Grünen sowohl in der Wahlkampf-Werbung des Fernsehens als auch in der Berichterstattung nur unter 'ferner liefen' auf. Waren in der Gründungszeit der Grünen noch spektakuläre Kongresse und Bundesparteitage zum Anlaß für ebensolche Artikel und Berichte genommen worden, schwiegen Zeitungen und Fernsehen die grüne Partei im Wahlkampf weitgehend tot.

Gegen diese Medien-Strategie versuchten die Grünen noch eine Woche vor der Wahl eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts zu erreichen, nachdem sie in den Wochen vorher mit diversen Anträgen und Klagen gegen das ZDF vorläufig gescheitert waren.

In einem Schriftsatz vom 19.September beantragte das Westberliner Rechtsanwaltsbüro Schily, das ZDF dazu zu verpflichten

– ein Mitglied des Bundesvorstands der Grünen an der Sendung „Wahl 80 – drei Tage vor der Wahl" am 2. Oktober zu beteiligen, und zwar zu gleichen Bedingungen wie SPD, CDU, CSU und FDP,

– oder -ersatzweise- den Grünen in der Zeit vom 30.September bis 2.Oktober fünfzig Minuten Sendezeit zur Darstellung ihrer Wahlaussagen im Rahmen einer Live-Sendung einzuräumen.

Zur Begründung wird von Schily auf ein Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 2.3.77 verwiesen, in dem es u.a. heißt: *„Damit die Wahlentscheidung in voller Freiheit gefällt werden kann, ist es unerläßlich, daß die Parteien, soweit irgend möglich, mit gleichen Chancen in den Wahlkampf eintreten. ... Der öffentlichen Gewalt ist jede unterschiedliche Behandlung der Parteien, durch die deren Chancengleichheit bei Wahlen verändert werden kann, verfassungskräftig versagt, sofern sie sich nicht durch einen besonderen zwingenden Grund rechtfertigen läßt ..."*

In einem Urteil des BVG vom 17.11.72 heißt es: *„Die Wahlpropaganda im Hörfunk und Fernsehen gehört heute zu den wichtigsten Mitteln im Wahlkampf der politischen Parteien. Die Vergabe von Hörfunk- und Fernsehzeiten zur Wahlpropaganda muß daher dem Grundsatz der gleichen Wettbewerbschancen der politischen Parteien als dem für den gesamten Wahlvorgang nötigen Maß-*

gesamten Wahlvorgang nötigen Maß-

stab Rechnung tragen."

Zugleich hat das BVG *„die Auffassung vertreten, es sei mit dem Grundsatz der Chancengleichheit vereinbar, es sei mit dem Grundsatz der Chancengleichheit vereinbar, daß die jeweilige politische Bedeutung der Parteien bis zu einem gewissen Grade bei der Bemessung der Sendezeiten zur Wahlpropaganda in Rechnung gestellt wird."* (aus dem Schriftsatz)

Schily stellt dazu fest, daß auch unter Juristen diese Rechtsprechung einer "abgestuften Chancengleichheit" kritisiert worden ist, u.a. von S e i f e r t (Die politischen Parteien im Recht der Bundesrepublik Deutschland, 1975).. Dort heißt es u.a.: „Befremden muß schließlich der Gedanke, der Wählerschaft von Staats wegen die unterschiedliche Bedeutung der Parteien vor Augen führen zu müssen. Es ist in der Demokratie nicht Aufgabe einer allsorgenden Obrigkeit, Vorkehrungen zu treffen, daß sich die Wähler das 'richtige Bild' von den Parteien machen. Im Gegenteil, mit seiner Vorsortierung der Parteien maßt sich der Staat ein Recht an, das ausschließlich der Aktivbürgerschaft bei ihrer Wahlentscheidung zusteht (BVerfGe 3,26;14,133). Ja, im Grunde handelt es sich bei der Abstufung um nicht weniger als eine regelrechte staatliche Wahlbeeinflussung. Es ist der Sache nach nicht viel anders, als wenn von Staats wegen zur Wahl der großen oder Nichtwahl der kleinen Parteien aufgefordert würde."

Die bisherigen Urteile des BVG beziehen sich ausschließlich auf die „Chancengleichheit" bei der reinen Wahl-W e r b u n g (Spots u.ä.), wohingegen alles, was sozusagen unter "Eigenverantwortung" der Medien (z.B. Wahlkampf-Berichterstattung, redaktionelle Sendungen wie Diskussionsveranstaltungen, Live-Sendungen mit Parteivertretern) fällt, eh nicht unter dem Aspekt der "Chancengleichheit" ausgewählt wird.. Dazu stellt Schily fest, daß heute auch bei redaktionellen Sendungen die Selbstdarstellungen der etablierten Parteien immer mehr in den Vordergrund drängen, während *„die journalistische Tätigkeit weitgehend in den Hintergrund"* tritt und *„lediglich den Rahmen für die Selbstdarstellung der Parteienvertreter bildet"*. Zitiert wird dann u.a. ein Bericht des „Spiegel" (8.9.80) über den Ablauf einer Sendung mit F.J.Strauß: *„Die Bielefelder Bürger begnügten sich damit, dem Kandidaten 13 Stichworte für Tiraden über Volksfront und Verschuldung, Helmut Schmidt und Willy Brandt zu liefern – Wahlkampf wie gehabt ..."* Dazu Schily: **„Durch die redaktionellen Sendungen in Form der Diskussionsrunden, die live gesendet werden, stellen ZDF und ARD den Vertretern der vier im Bundestag bisher vertretenen Parteien ein Forum zur Verfügung, auf dem sie in sehr weitreichendem Maße Gelegenheit haben, ihre politischen Vorstellungen und Programme im Blick auf die Bundestagswahl am 5.Oktober 1980 den Wählern nahezubringen. Die Sendezeiten, die innerhalb dieser Sendungen zur Verfügung stehen, sind sehr reichlich bemessen und in der Sendeabfolge günstig placiert. Eine Summierung der Sendezeiten ergibt, daß die Vertreter der Parteien SPD, CDU, CSU und FDP, Sendezeiten von jeweils mehreren Stunden verteilt auf die Dauer eines Monats erhalten.**

Wenn daher die Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit auf die von den Parteien eigenverantwortlich gestalteten Werbesendungen beschränkt bliebe, würde das Gundrecht auf Wahrung der Chancengleichheit umgangen. ...

Die Tatsache, daß die Grünen von sämtlichen Diskussionsrunden, insbesondere aber von der Sendung am 2.Oktober 1980 ausgeschlossen bleiben, läßt sich demnach mit dem Grundsatz der Chancengleichheit nicht in Einklang bringen."

Weiter heißt es: *„Daß das ZDF den Grundsatz der Chancengleichheit hinsichtlich der Diskussionssendungen nicht völlig außer Betracht läßt, allerdings in einem sehr verengten Sinne, weil nur die etablierten Parteien berücksichtigt werden, beweist der Umstand, daß sowohl vom ZDF als auch von der ARD peinlich genau darauf geachtet wird, daß bei allen Diskussionssendungen ein Vertreter aus den vier etablierten Parteien beteiligt wird. Das ZDF sieht insoweit auch offenbar keine Notwendigkeit einer Abstufung der Chancengleichheit, weil beispielswei-*

Chancengleichheit, weil beispielswei-

se die CSU, die sich überhaupt nur in einem Bundesland an der Bundestagswahl beteiligt, und die FDP als kleinste der im Bundestag vertretenen Parteien den grossen Parteien SPD und CDU ohne Bedenken gleichgestellt werdden.

... Daß die etablierten Parteien ohnehin bei der sonstigen Berichterstattung in den beiden Fernsehprogrammen und in den Hörfunkprogrammen bevorzugt werden, ist eine Tatsache, die als gerichtsbekannt vorausgesetzt werden darf.

Das erdrückende Übergewicht der etablierten Parteien in der Berichterstattung des Fernsehens in Nachrichten- und Magazinsendungen ist mit juristischen Mitteln im Hinblick auf die Rundfunkfreiheit nicht zu verändern. Das in der Verfassung verbürgte Grundrecht auf Chancengleichheit wird aber verletzt, wenn die etablierten Parteien ein Monopol für sich beanspruchen, bzw. wenn ihnen vom ZDF ein Monopol darauf eingeräumt wird, in einer Reihe von Diskussionssendungen ihre politischen Vorstellungen den Wählern darzulegen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, daß das ZDF mit seiner Weigerung, die Grünen an der Sendung vom 2.Oktober 1980 zu beteiligen, das Wählerverhalten in massiver Weise insofern beeinflußt, als es den Grünen bereits vor dem 5.Oktober 1980 die Rolle des Verlierers und eines Wahlbewerbers unter 'ferner liefen' zuweist. Damit wird aber dem Wähler suggeriert, er habe nur die Wahl unter den etablierten Parteien. Dies mag dem Bestreben etablierter Politiker entgegenkommen, die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik als 'Drei-Parteien-System' zu verfestigen. Das Parlament ist jedoch in einer Demokratie keine geschlossene Gesellschaft, sondern muß auch einer neuen Partei, die eine Vertretung im Bundestag anstrebt, wenigstens ein gewisses Maß an Chancengleichheit zugestehen."

Das ZDF hat in seiner Stellungnahme die Ablehnung der Teilnahme der Grünen u.a. damit begründet, im Hin blick auf die 5%-Kläusel sei es berechtigt, nur die im Bundestag vertretenen Parteien an der Diskussion zu beteiligen. Dazu Schily: **„Eine solche Verschärfung der 5%-Sperrklausel ist jedoch schlicht verfassungswidrig.**

Denn der vom ZDF entwickelte Gedanke besagt nichts anderes, als das: Es muß nicht nur eine 5%-Sperrklausel geben, sondern es muß auch durch Ausschluß der Grünen von den Diskussionssendungen dafür gesorgt werden, daß sie mangels ausreichender Möglichkeiten zur Selbstdarstellung in den Medien die 5%-Hürde nicht erreichen können.

Es wäre eine interessante -wenn auch zur Zeit nur hypothetische- Frage, wie sich das ZDF verhalten würde, wenn die FDP die 5%-Hürde bei den Bundestagswahlen verfehlte. Blieben dann bei den Diskussionssendungen im Vorfeld der nächsten Bundestagswahl 1984 die Vertreter der Parteien SPD, CDU und CSU unter sich?"

Soweit aus dem Schriftsatz des Rechtsanwaltsbüros Schily. Das Bundesverfassungsgericht sah sich vor der Bundestagswahl natürlich „nicht in der Lage", eine solche Entscheidung zu treffen. Die Sache läuft also weiter. Trifft das BVG eine im Sinne der Grünen positive Entscheidung, wäre das Grund genug für eine Anfechtung der Bundestagswahl 1980.

KB-Gruppe Nürnberg

Das Wahlergebnis der Grünen im Vergleich zu früheren Wahlen

	Bundestagswahl (5.10.1980) (In Klammern: Erststimmen)		Europawahl (10.6.79)		letzte Landtagswahl (Zeit: 4.6.78 bis 11.5.80)	
Schleswig-	(23.293)	(1.4%)				
Holstein	23.471	1.4%	33.689	2.7%	GLSH: 38.009	2.4%
Hamburg	(27.015)	(2.4%)				
	25.203	2.3%	29.417	3.5%	BuLi: 33.279	3.5%
					GLU: 10.061	1.0%
					AUD: 592	0.1%
Niedersachsen	(100.902)	(2.1%)				
	77.334	1.6%	133.088	3.6%	GLU:157.733	3.9%
Bremen	(15.914)	(3.5%)				
	12.279	2.7%	16.382	4.7%	BGL: 20.909	5.1%
					AL: 5.516	1.4%
NRW	(186.893)	(1.7%)				
	135.841	1.2%	242.644	3.0%	291.379	3.0%
Hessen	(78.288)	(2.2%)				
	64.892	1.8%	74.118	2.8%	GLH: 37.758	1.1%
					GAZ: 30.787	0.9%
					GLU: 274	0.0%
Rheinland-	(39.494)	(1.6%)			Keine grüne/alternative	
Pfalz	33.439	1.4%	50.883	2.4%	Kandidatur	
Saarland	(2.123)	(0.3%)				
	7.908	1.1%	15.212	2.4%	?	2.9%
Baden-	(133.545)	(2.5%)				
Württemberg	98.938	1.8%	167.453	4.5%	211.303	5.3%
Bayern	(123.743)	(1.8%)			„Die Grünen":	
	88.960	1.3%	130.797	2.9%	(=GAZ/AUD)	
					105.489	1.8%
Gesamt	(731.210)	(1.9%)	893.683	3.2%	973.089	(ohne
	568.265	1.5%				Saar/Rheinld-Pf.



Die Tabelle zeigt, daß die Grünen prozentual durchgängig etwa die Hälfte gegenüber ihren jeweils besten Ergebnissen bei der letzten Landtagswahl (bzw. der Europawahl) verloren haben. Auch linkere Landesverbände liegen genau in diesem Trend: in Hamburg wurden 2.3% erzielt (gegenüber insgesamt 4.6% bei der Bürgerschaftswahl 1978), in Schleswig-Holstein 1.4% (gegenüber 2.7% bei der Europawahl). In Baden-Württemberg wurde der Stimmenanteil sogar fast gedrittelt (von 5.3% bei der Landtagswahl auf jetzt 1.8%); auch in absoluten Zahlen ist der Verlust erheblich: deutlich weniger als die Hälfte derjenigen, die die Grünen im März in den Landtag gewählt hatten, wanderten diesmal zu anderen Parteien ab oder blieben der Wahl fern.

Ergänzend noch einige Einzelergebnisse aus Orten, die als Hochburgen der autonomen alternativen Listen gelten (Hamburg siehe Tabelle und gesonderten Artikel):

– Münster: 2% (Grüne Alternative Liste zur Kommunalwahl am 30.9.79 6%);
– Bielefeld: 1.8% (Bunte Liste Bielefeld am 30.9.79: 5.6%);
– Köln: in vier Wahlkreisen zwischen 1.4 und 2% (Kölner Alternative, Zusammenschluß von Grünen und Bunter Liste zur Kommunalwahl: 4%, in zwei Bezirken 7 bzw. 5.3%);
– Tübingen: 3.9% (gegenüber 11.5% der Alternativen und Grünen Liste bei der Kommunalwahl im Juni dieses Jahres).

Die tiefschwarze Lokalpresse in Münster hat aus dem örtlichen Debakel der Grünen schon den Schluß gezogen, daß nun wohl auch für die christdemokratisch-bischöfliche Westfalenmetropole „der grüne Spuk endgültig vorbei" sei, das Problem mit der „Bürgerschreck-Truppe" GAL sich bei der nächsten Kommunalwahl nicht mehr stellen würde. Aber das war wohl etwas voreilig.

Grüne in Hamburg:
Chancen verspielt

Nach der NRW-Landtagswahl am 11. Mai dieses Jahres war die Sache klar gewesen: die Grünen hatten bei dieser Wahl 3% erreicht; an ein Überspringen der 5%-Hürde bei der Bundestagswahl war nicht mehr zu denken. Im Hamburger Landesverband wurde diese offenkundige Tatsache auch stillschweigend akzeptiert. Alle Kräfte sollten darauf gerichtet werden, wenigstens in Hamburg die 5% zu schaffen. Für Eimsbüttel — Wirkungsfeld der Bunte-Liste-Parlamentsfraktion — wurde bisweilen sogar übermütig von einem z w e i s t e l l i g e n Ergebnis gesprochen. Ein solches deutlich überdurchschnittliches Abschneiden der Hamburger Grünen sollte zweierlei bewirken: zum einen eine Stärkung des Landesverbandes bei der Auseinandersetzung mit rechteren Kräften in der Bundespartei; zum anderen eine Untermauerung des grünen Führungsanspruchs für die Bürgerschaftswahl 82 gegenüber den Hamburger Basisinitiativen (Bunte-Liste-Initiativentreffen) und der nicht-grünen Hamburger Linken.

Gekommen ist alles doch etwas anders. Zwar haben die Hamburger Grünen mit 2,3% hinter Bremen das zweitbeste Ergebnis im Bundesgebiet erreicht. Aber: auch in Hamburg hat eine Halbierung des Wählerpotentials gegenüber der Bürgerschaftswahl 78 stattgefunden. Die Bunte Liste erreichte damals 3,5%, die GLU 1% und die AUD 0,1%. In absoluten Zahlen: ein Rückgang von 43 992 auf 25 203 Stimmen. Wer sich auch nur ein bißchen in der „Szene" auskennt, Diskussionen in Initiativen, Wohngemeinschaften und alternativen Kneipen mitgekriegt hat, weiß, daß dieser Schwund nicht nur (vielleicht nicht einmal mehrheitlich) auf den Trend Zurück-zum-„kleineren Übel" zurückzuführen ist (wegen Strauß.) Darauf weist auch die nur geringfügig höhere Zahl der (für den Erhalt der sozialliberalen Koalition bedeutungslosen, rein demonstrativen) Erststimmen hin: zusätzlich 5124 Wähler anderer Parteien (vermutlich überwiegend SPD/FDP-Wähler) entschieden sich mit ihrer Erststimme für diese „Demonstration" zugunsten der Grünen (die Zahl ist bezogen auf sechs von sieben Hamburger Wahlkreisen; im Wahlkreis Hamburg-Wandsbek konnte kein grüner Direktkandidat gewählt werden). Es kann also geschlußfolgert werden, daß die Grünen auch eine erhebliche Zahl Stimmen von Linken verloren haben, die noch vor zwei Jahren die Bunte Liste gewählt haben, diesmal aber zu Hause geblieben sind.

Buntes Wahlkampfkonzept

Der Plan war gut: der Hamburger Wahlkampf der Grünen sollte ähnlich bunt verlaufen wie der Bürgerschaftswahlkampf der Bunten Liste 1978. Bestimmte Ideen wurden sogar ausdrücklich von der Bunten Liste übernommen: die „grünen Spektakel" in der Hamburger Innenstadt; das Angebot einer Reihe von Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen (u.a. Frauen, Schüler, alte Menschen, Betrieb und Gewerkschaft, Luftverschmutzung, Medienpolitik, Frieden, Knast, Schwule und Lesben); mehrere Kulturveranstaltungen, mit denen speziell Jungwähler angesprochen werden sollten; ein betont „alternativer" Rundfunk-Wahlspot (Spitzenkandidat Corny Littmann rockt zusammen mit „Ton, Steine, Scherben").

Allerdings war die Durchführung dieses Programms für die Grünen offensichtlich nicht zu bewältigen. Kein Wunder: im Unterschied zum Bunte-Liste-Wahlkampf wurden typische Partei-Werbeveranstaltungen organisiert, auf denen die in den einzelnen Bereichen arbeitenden Initiativen (z.B. die Friedenskoordination oder die Frauen-Aktionseinheit) praktisch nur als Zuhörer oder Statisten erwünscht waren. Das Ergebnis waren niederschmetternde Besucherzahlen (44 bei der Frauenveranstaltung, 30 auf der Betriebsveranstaltung). Auf der Frauenveranstaltung wurde das Desinteresse an den grünen Selbstdarstellungen von den Initiatorinnen zu allem Überfluß auch noch der „grünenfeindlichen" Frauen-Aktionseinheit in die Schuhe geschoben.

Auch die „grünen Spektakel" waren alles andere als spektakulär. Von 800 grünen Mitgliedern beteiligten sich hieran vielleicht 5%; „parteilose" Mitglieder aus Basisinitiativen: nahezu null. Die großangekündigte Veranstaltung der Eimsbüttler Bunte-Liste-Parlamentsfraktion („anschließend bunt/grünes Kulturfest, Rock, Theater usw.") zur Unterstützung der Grünen fiel mangels Publikum gänzlich ins Wasser. Aus dem Vorhaben, die „erfolgreiche zweijährige konsequente Kommunalpolitik in Eimsbüttel" als besonderen Knüller zugunsten der Grünen in den Wahlkampf einzubringen wurde nichts (genau damit aber war das ursprüngliche Planziel von 10% in diesem Bezirk als im Bereich des Möglichen liegend begründet worden).

Linke Sympathien verscherzt

Absicht oder Dummheit — die Hamburger Grünen haben es mit immer neuen Eskapaden verstanden, potentielle linke Bündnispartner gründlich vor den Kopf zu stoßen. Als Auftakt zur „heißen Phase" des Wahlkampfs sonderten sie sich anläßlich der Aktionen gegen den Strauß-Besuch mit pseudo-radikalen Sprüchen („wir demonstrieren als einzige am Ort des

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

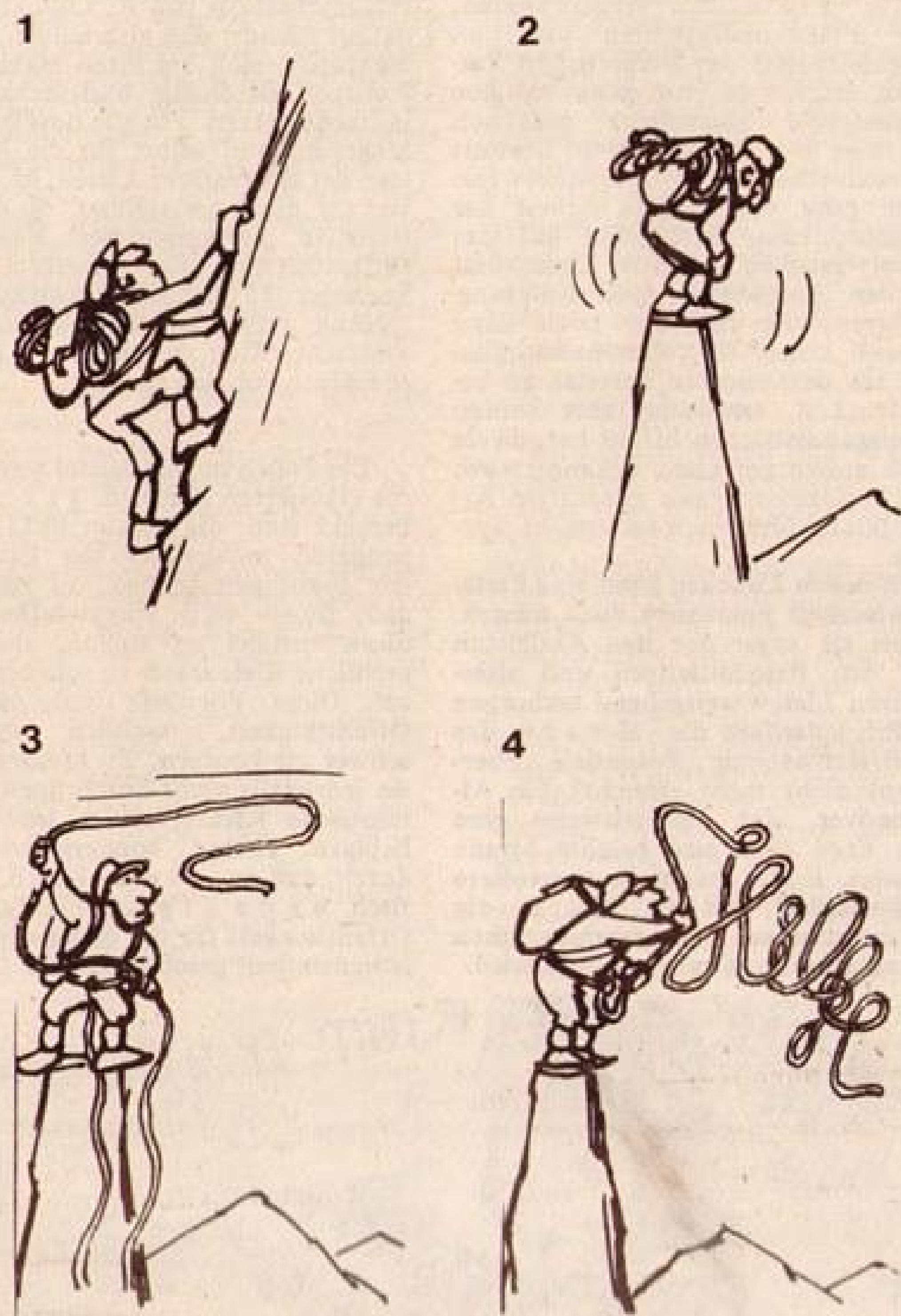
Geschehens''; vgl. AK 183) und einer ganz privaten ,,Fahrrad-Demo'' ab — angesichts der für die Linke schwierigen Aufgabe, trotz Verbot und gleichzeitiger Hetzkampagne von Jusos und DKP eine geschlossene Demonstration durchzuführen, konnte das niemand witzig finden. Entsprechend bedeutungslos für die Auseinandersetzung um den Kampf gegen Strauß war dann das konkrete Auftreten der Grünen, das in Hamburg nicht einmal zur Kenntnis genommen wurde.

Nur als bewußte Provokation kann das Umgehen der Grünen mit dem Bunte-Liste-Initiativentreffen verstanden werden. Nachdem dieser Kreis zeitweilig freundlich umworben worden war — man erhoffte sich eine Wahlempfehlung für die Grünen — schrieben die Grünen sich dann ihre Wahlempfehlung lieber doch gleich selbst: Von der Eimsbüttler ‚Bunte Liste Parlamentsfraktion' und ihren Freunden wurde eine private ,,Bunte-Liste-Zeitung'' herausgegeben. Tenor: *,,Der bunte Schmetterling wählt diesmal grün!''*; die Bunte Liste werde *,,alle verfügbaren Kräfte aufbieten, um den grünen Wahlkampf zu unterstützen''* — obwohl darüber zu diesem Zeitpunkt im Initiativentreffen der Bunten Liste noch nicht einmal diskutiert, geschweige denn ein Beschluß gefaßt worden war. Nach diesem Streich mochten die Grünen selbst nicht mehr daran glauben, daß das Initiativentreffen auch nur eine ‚kritische' Wahlempfehlung für die Grünen aussprechen würde — sie verfolgten die Diskussion 'darum als stumme Beobachter.

Sind die Grünen fähig zur Selbstkritik?

Es scheint nicht so. Die ersten Wahlauswertungs-Diskussionen im Hamburger Landesvorstand waren hauptsächlich von der innerparteilichen Logik geprägt: da Hasenclever in Baden-Württemberg und Lippelt in Niedersachsen noch ein Stück schlechter abgeschnitten hätten als der Hamburger Landesverband, habe man nunmehr für die weitere innerparteiliche Diskussion gute Karten. Ansonsten soll offensichtlich planmäßig die nächste Wahlniederlage angesteuert werden. So sprach z.B. Corny Littmann noch am Wahlabend im Fernsehinterview davon, daß nunmehr das nächste Ziel ein 10%-Ergebnis bei den Bürgerschaftswahlen 1982 sei. Die grünen Vorstandsmitglieder aus der Z-Gruppe geben zwar zu, daß es mit dem Kontakt der Grünen zur Basisbewegung nicht zum Besten steht — ihre geniale Schlußfolgerung: Dann müsse dieser Kontakt eben aufgebaut werden. An ein g l e i c h b e r e c h t i g t e s I n i t i a t i v e n b ü n d n i s zur Bürgerschaftswahl (erinnert ihr euch noch an den Slogan der bunten Liste vor zwei Jahren: ,,Diesmal wählen wir uns selbst — Bürgerinitiativen ins Rathaus!''?) denkt zumindest im Kreise des Vorstands, der Kandidaten und sonstiger grüner Persönlichkeiten wohl niemand mehr.

Aber vielleicht ist das auch nicht mehr zeitgemäß — jetzt, da es die ,,Jahrhundertpartei'' gibt?!



Wenn einer, der mit Mühe kaum geklettert ist auf einen Baum, schon glaubt, daß er ein Vogel wär, so irrt sich der!



Wenn einer, der mit Mühe kaum geklettert ist auf einen Baum, schon glaubt, daß er ein Vogel wär, so irrt sich der!

euch noch an den Slogan der bunten Liste vor zwei Jahren: ,,Diesmal wählen wir uns selbst — Bürgerinitiativen ins Rathaus!''?) denkt zumindest im Kreise des Vorstands, der Kandidaten und sonstiger grüner Persönlichkeiten wohl niemand mehr.

Aber vielleicht ist das auch nicht mehr zeitgemäß — jetzt, da es die ,,Jahrhundertpartei'' gibt?!

Über den Tod von Olaf darf nicht berichtet werden

Ermittlungsverfahren gegen die Erlanger Stadtzeitung „Was lefft"

Am 29.9. erschien in der Erlanger Stadtzeitung folgender kurzer Artikel:*„Der Kandidat kämpft. Am 3o.5. erscheint um 2o.oo Uhr am Hauptmarkt in Nürnberg Strauß. Wir werden dort dem Mord an Olaf gedenken. Wir wollen einen Kranz niederlegen. Falls Ihr es vergessen haben solltet: er wurde bei einer Strauß-Kundgebung hinterhältig von den Bullen unter die Räder einer Bahn getrieben. Danach findet im KOMM eine Veranstaltung statt."*

Mit einem Beschluß des Amtsgerichts Erlangen vom 1.1o.8o erscheinen wenige Tage später Staatsschützer in der Redaktion der Zeitung, um die Schwärzung des gesamten Artikels in der Zeitung „zu veranlassen". Der Vorwurf lautet auf „verleumderische Beleidigung nach §§ 185, 187, 194". Dem Beschluß des Erlanger Amtsgerichtes lagen zugrunde: Strafantrag des Hamburger Polizeipräsidenten (!) sowie ein Antrag auf Beschlagnahmung vom Landgericht Nürnberg/Fürth.

KB Nürnberg

PRESSEINFORMATION

Während die Hamburger Polizei die Vorfälle am 25.8.80, die zum Tod Olaf Ritzmanns' führten, vertuscht, versuchen Nürnberger Polizei und Staatsanwaltschaft engagierte Demokraten, die die vollständige Aufklärung dieser Ereignisse fordern, einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

Am 30. 9. 80 wurde von der Rock-gegen-Rechts-Initiative in Zusammenarbeit mit mehreren Parteien und Initiativen anläßlich des Strauß-Besuches in Nürnberg eine Demonstration mit anschließender Kundgebung und Kranzniederlegung zum Tod Olaf Ritzmann, sowie ein RgR-Konzert mit politischen Beiträgen veranstaltet, um die Öffentlichkeit stärker auf die skandalösen Vorfälle in Hamburg aufmerksam zu machen.

Bereits während der Demonstration zeichnete sich die Nürnberger Polizei durch provozierendes und brutales Vorgehen aus. Bereits vor Abmarsch wurde den Demonstranten das Transparent „Wir trauern um Olaf – von der Polizei in den Tod gejagt" von Polizisten aus der Hand gerissen und beschlagnahmt. Anschließend wurde der Zug mit über 1.000 Teilnehmern ungefähr alle hundert Meter gestoppt, um weitere Transparente zu verbieten bzw. zu beschlagnahmen, während und nach der Kundgebung versuchten Stoßtrupps der Polizei einzelne Transparente, sowie deren Träger, aus den Teilnehmern herauszuziehen. Diese Aktionen wiederholten sich drei bis viermal, wobei Demonstranten umgestoßen und geschlagen wurden. Drei Kundgebungsteilnehmer wurden festgehalten, um deren Personalien aufzunehmen. Die beanstandeten Transparenttexte waren z.B. „Stoppt Strauß – Wir wollen keine zweite Diktatur" etc., also in keiner Weise provozierende Texte. Das gewalttätige Vorgehen der Polizei, besonders nachdem die Versammlung bereits aufgelöst war und die Teilnehmer sich auf dem Rückweg befanden, kalkulierte offensichtlich eine Eskalation zu einer Prügelei etc. ein und stand in keiner Verhältnismäßigkeit mit dem zu schützenden Rechtsgut (wobei noch zu klären ist, ob die beanstandeten Texte überhaupt strafbar sind).

In derselben Woche wurde mir von der Polizei schriftlich mitgeteilt, daß ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung gegen mich eingeleitet wurde, da ich Flugblätter mit strafbarem Inhalt verbreitet hätte. Dies bezieht sich auf ein Flugblatt, das zur Kundgebung aufrief und über den Tod Olafs informierte (siehe Anlage). Offensichtlich bezieht sich das auf den ebenfalls beim Transparent beanstandeten Satz: „Von der Polizei in den Tod gejagt." Nahezu der gesamte Flugblatt-Text ist Zeitungen entnommen („Taz", „AK") und es ist interessant, daß sich die Nürnberger Polizei beleidigt fühlt, während keine der Zeitungen bisher belangt wurde und auch die Hamburger Polizei gegen exakt das gleiche Transparent (siehe auch Foto auf dem Flugblatt) nichts einzuwenden hatte. Offensichtlich gilt in BAYERN ein anderes Recht und es soll versucht werden, weitab von Hamburg, jeden Protest im Keim zu ersticken. Soeben haben wir in der Rock-gegen-Rechts-Initiative erfahren, daß auch gegen die Erlanger Stadtzeitung „Was Lefft" wegen ihrem Aufruf zur Demo ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und die betreffende Ausgabe der Zeitung beschlagnahmt wurde. Wegen der zu erwartenden Prozeßkosten bitten wir um finanzielle Unterstützung:

Spendenkonto Postscheckamt Nürnberg, Nr. 176716 – 859, D. Weberpals, Kennwort Olaf.

Falls weitere Leute im Zusammenhang mit der Olaf-Ritzmann-Demonstration gerichtlich belangt werden sollten, bzw. Leute, die evtl. im Prozeß als Zeugen aussagen könnten, bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Kontakt: Dieter, Tel.: 26 90 22 oder Hermie Tel.: 26 21 41.

ViSdP: Rock-gegen-Rechts-Initiative Nürnberg, c/o D. Weberpals, Veilhofstr. 33, 8500 Nürnberg 10, Tel.: 0911 / 26 90 22.





Zu dem Interview mit Jan Peters

(in AK 186)

So, wie es auf der rechten Seite der Grünen nach der Wahl wieder anfängt, den Linken den „Wahlerfolg" in die Schuhe zu schieben, wird bei Gruppierungen wie dem KB, einer Reihe „Autonomer", linken Sozialdemokraten und der DKP aus dem berchtigten Anliegen, rechte Unterwanderungen aufzuzeigen und Reaktionäre zu enttarnen, d a s Hauptanliegen in der Auseinandersetzung mit den Grünen.

Die Verdienste von Jan Peters bestehen darin, zu der Auseinandersetzung mit rechten Strömungen Untersuchungsmaterial und historischen Hintergrund zu liefern. Es ergänzt und erweitert ähnliche Publikationen, wie z.B. die Broschüre der Bunten Liste Hamburg „Feigenblatt oder Alternative" vom Juli 1978. Dafür kann sich die Linke in den Grünen, die diese Materialien ganz gut gebrauchen kann, bei ihm bedanken. Doch dann heuert Jan Peters bei „Wilde Reiter GmbH" an, um zu seinem Ziel, der Propagierung einer „sozialistischen Partei" zu kommen. Entsprechend dem Schluß des Goetheschen „Erlkönigs" kann gesagt werden: „Er erreicht den Hof mit Müh und Not, unter seinen Händen die Grünen tot." Der Ritt gipfelt in dem provokativen Satz: *„Also die Basis, von der konturlosen Linken, über die jungen Alternativen bis hin zu enttäuschten Liberalen, ist sicher nicht durchweg reaktionär."* – Im Klartext also: zum größten Teil ist die Basis reaktionär. Diese Aussage kann Peters nicht belegen, und er ist zumindest taktisch so klug, dies auch gar nicht erst zu versuchen.

Als linker Sozialdemokrat legt er denn auch noch ein schon klassisches schwarzes Brikett nach: *„.... manche ehemaligen K-Gruppen-Mitglieder landen bei den 'Grünen' im Bündnis mit diesen Rechten, weil sie sehr ähnliche demokratiefeindliche Vorstellungen vertreten."* Und noch einen: *„.... viele standpunktlose Linke, die – wie manche Exstalinisten – anfällig sind für rechtere Ideologien."*

Diese Aussagen werden auch nicht belegt. Man muß Jan Peters aber zugute halten, daß dies nicht auf seinem Mist gewachsen ist, sondern der bürgerlichen Totalitarismus-Theorie entspricht, die seit den 50er Jahren herangeht, Kommunisten und Faschisten in einen Topf zu werfen. Auf dem Hintergrund der Entwicklung von der Weimarer Republik zum III. Reich werden Opfer (Kommunisten) und Henker (Faschisten) als zwei Varianten von Totalitarismus gesehen. Diese „makabre" Theorie, deren praktische Anwendung wir ja täglich in den bürgerlichen Medien finden können, hat auch eine Anhängerschaft bei der „undogmatischen" und sozialistischen Linken.

Es ist erschreckend, daß der AK diese Aussagen von Jan Peters unkommentiert (nicht mal nachfragend) durchgehen läßt.

Die Wahrheit ist die Praxis

Peters setzt sich im ganzen Interview kaum mit der Praxis grüner Gruppen vor Ort oder deren gesellschaftlicher Bedeutung auseinander, sondern wesentlich mit dem z.T. beschissenen Programm und einzelnen Figuren. So schreibt er u.a., daß aufgrund der Programmatik „90,2 % aller Lohnabhängigen" nicht mehr als Zielgruppe für die Grünen in Frage kommt. Wie wir gesehen haben, hat Peters damit zum großen Teil recht, weil die meisten Lohnabhängigen die arbeiterfreundlichen Parteien CDU, FDP und SPD gewählt haben.

Wenn man sich die letzten acht Jahre linker Politik in der BRD anguckt, kann doch festgestellt werden, daß durch die Grünen u.a. eine gewisse Öffnung in der verkrusteten Gesellschaft erreicht worden ist:

- Sie bringen ein Mehr an Pluralismus in die bundesrepublikanische Wirklichkeit und damit auch mehr Luft zum Atmen für die Linke.
- Sie können Konzentrationspunkt von Basisinitiativen und radikaldemokratischen Strömungen sein.
- Sie sind eine wesentliche ökologische Kraft, gerade im Bewußtsein „der" Bevölkerung.
- Sie sind z.Zeit die alternative politische Strömung mit den besten Bündnismöglichkeiten.

Dies macht auch die historische Bedeutung der Grünen aus. Die Grünen sind zwar kein linker Kern – dann wären sie auch nicht mehr die Grünen – aber doch das einzig reale Auffangbecken. In diesem „Sammellager" gilt es, sich als Fraktion zu organisieren und auch durchzusetzen, daß dies in einer alternativen pluralistischen Partei möglich ist. Die Grünen bleiben „Sammellager" mit verschiedenen internen Gruppierungen und Fraktionen.

Im Zweifelsfalle: Ein neuer Verein?

Nach dem Zerfall von Gruppierungen „links der DKP" gibt es wiedermal eine Reihe von Leuten, die nach dem Motto diskutieren: „Im Zweifelsfalle ein neuer Verein". Es werden Projekte gewälzt wie „revolutionärer Block" oder „sozialistische Partei", als wäre dies seit den legendären Auseinandersetzungen um die „richtige Klassenanalyse" und dann um das „richtige Parteiprogramm" nicht bereits zum x-ten Mal geschehen. Diese Projekte entbehren – leider – immer noch der objektiven gesellschaftlichen Grundlage und sind bestenfalls Ausdruck eines Wunschdenkens, meist aber Ausdruck eines organisatorisch-technizistischen Herangehens. Vielleicht sollte mal jemand in der AK-Redaktion damit betraut werden, im Archiv die einschlägige Literatur zum Thema „wider das Gründungsfieber" rauszusuchen. Interessant ist sicherlich auch, die Diskussion über die neue sozialistische Partei zu verfolgen seit dem Godesberger Parteitag der SPD (1959).

Bei Peters wird dieses „herausträumen" aber noch mit einer Portion von arroganten Dreistigkeiten garniert („Lenin den menschenverachtenden Taylorismus einführte" u.ä.). Dies geht einher mit einem undemokratischen akademischen Stil, der zeigt, wo es hingehört: auf die linken intellektuellen Spielwiesen.

Innerhalb der Grünen müssen die selbständigen Teile der Linken auf der Grundlage praktischer Politik zusammenwachsen, in der Auseinandersetzung und im Bündnis mit anderen politischen Kräften.

it. (Bonn)

„Professionalisierung" alternativer Parlamentsarbeit?

Das Stichwort „Professionalisierung" spukt in der bunt/alternativen Wahlbewegung, seit es die abgespaltene Minderheit der BuLi Hamburg (zugleich ‚Parlamentsfraktions'mehrheit in der Bezirksversammlung Eimsbüttel) im Frühjahr d.J. in die Welt setzte. „Professionalisierung", so wurde erläutert, beinhaltet die hauptamtliche Einstellung eines oder am besten gleich mehrerer ‚Fraktionssekretäre', Unterhalt eines ‚Fraktionsbüros', längerfristiger Aufbau eines „selbstverständlich tariflich entlohnten Arbeitsstabes für die Innenarbeit der Fraktion".
R.Link, der dieses Thema erstmals in der BuLiZeitung 4/8o vorstellte, hat kürzlich in der „Z" (Zeitschrift der gleichnamigen, vom KB abgespaltenen Gruppe) Nr.7 das „Eimsbüttler Modell" professionalisierter Parlamentsarbeit noch einmal wesentlich ausführlicher und in Auseinandersetzung mit kontroversen Stimmen aus anderen bunten/alternativen Listen behandelt. Hierauf bezieht sich unser folgender Artikel.

Die „Unüberschaubarkeit" der Fülle parlamentarischer Aktivitäten"

„Aus fast allen Alternativ-Listen sind zwei immer wiederkehrende Klagen zu hören: Die erste von den Parlamentariern: Die Arbeit wächst uns über den Kopf, wir werden nicht ausreichend unterstützt, die Mitglieder der eigenen Liste sind desinteressiert an der Parlamentsarbeit.– Die zweite Klage von den Gremien und Mitgliedern der Liste, die nicht mit der Fraktionsarbeit befaßt sind: Wir wissen gar nicht mehr, was unsere Parlamentarier treiben, das Eigenleben der Fraktion hat beängstigende Ausmasse angenommen, die Fraktion ist unkontrollierbar und damit unkritisierbar geworden".(R.Link, „Z" Nr.7, S.51).

Es ist seltsam, daß R.Link diese Situation zwar völlig richtig beschreibt, aber anscheinend nicht in der Lage ist, diesen Widerspruch als Ausdruck einer E n t f r e m d u n g zwischen ‚Parlamentariern' und ‚Basis' ernstzunehmen, der durch weitere „Professionalisierung" nicht zu lösen sondern nur zu verschärfen ist. Halten wir uns an ein konkretes Beispiel, und zwar die BuLi-Parlamentsarbeit in Eimsbüttel, von der ja auch R.Link ausgeht.
In Eimsbüttel sind 1978 mit genau 5% der Stimmen zwei Abgeordnete der Bunten Liste in die Bezirksversammlung gewählt worden. Nach einer Phase des Taktierens hat sich die SPD-Fraktion im Eimsbüttler Bezirksparlament darauf festgelegt, mit den beiden BuLi-Abgeordneten nicht zu kooperieren, sodaß Möglichkeiten einer progressiven Mehrheitsbildung in Einzelfragen praktisch ausscheiden.

Die Wahl der beiden BuLi-Abgeordneten in die Bezirksversammlung hat einen Rattenschwanz weiterer von der BuLi zu besetzenden Posten in diversen Ausschüssen und Unterausschüssen nach sich gezogen – die ‚Parlamentsfraktion' ist u.W. derzeit in 8 Ausschüssen, 5 oder 6 Unterausschüssen und 3 Unter-Unterausschüssen vertreten. (Die Ausschußvertreter etc. werden von den BV-Abgeordneten e r n a n n t). Ein Blick auf den Terminkalender zeigt, daß an ca. 15 Tagen im Monat (also an jedem zweiten Tag des Monats) irgendein Ausschuß, Unterausschuß oder die Bezirksversammlung tagt - an manchen Tagen finden auch mehrere Termin gleichzeitig statt. Samt einigen Stellvertretern, „Referenten" und derzeit zwei (?) ‚Fraktionssekretären' bringt es die ‚Parlamentsfraktion' auf mehr als 3o Personen – bei einer Ausgangsbasis von z w e i Abgeordneten!
Selbstverständlich ist das, was von diesem personell recht erheblichen ‚Fraktions'-Apparat an Arbeit geleistet wird, von niemandem mehr überschaubar und kontrollierbar. Es ist nicht einmal anzunehmen, daß die hauptamtlichen ‚Fraktionssekretäre' die Gesamtheit der Problematiken in all den Ausschüssen und Unterausschüssen noch „im Griff" haben. Immerhin sind s i e , die unmittelbar gar kein parlamentarisches Amt ‚bekleiden', aber noch am ehesten in der Lage, einigermaßen den Überblick zu behalten. Die beiden Abgeordneten jedenfalls (die „nebenbei" noch berufstätig sind) haben diesen Überblick sicher schon nicht mehr, oder gewinnen ihn allenfalls durch die V e r m i t t l u n g der hauptamtlichen ‚Fraktionssekretäre', die ihnen Material vorsortieren, nach Wichtigkeit bewerten, Teile hervorheben, kommentieren usw. – Ganz auszuschließen ist, daß innerhalb der ‚Parlamentsfraktion' insgesamt die Arbeit noch demokratisch diskutiert, beschlossen und kontrolliert werden k a n n . – **Und erst recht entzieht es sich selbstverständlich dem Durchblick der ‚B a s i s ', was da eigentlich in ihrem Namen an Arbeit in der BV, in den diversen Ausschüssen und Unterausschüssen abläuft. Das hat mit der alten Parole „Diesmal wählen WIR UNS SELBST", unter der 1978 die BuLi angetreten war, nichts mehr zu tun.**

Das ist wahrscheinlich eine g e n e r e l l e Problematik alternativer Parlamentsarbeit, hat also nur bedingt mit den spezifischen Hamburger Bedingungen und den Streitereien in und um die BuLi zu tun. Das Problem ergibt sich daraus, daß auf der einen Seite die ‚Parlamentarier' sich veranlaßt sehen, füe die G e s a m t h e i t von Aufgaben, die heute in Parlamenten, Ausschüssen, Unterausschüssen usw. von den Herrschenden d i k t i e r t werden, eine Politik zu entwickeln – während auf der anderen Seite ein Großteil dieser Aufgaben nicht durch entsprechende Basisaktivitäten abgesichert ist, großenteils auch die Basis bisher gar nicht interessiert.

In Hamburg kommt aber noch die spezielle Situation hinzu: Formal war nach dem „Einzug" der BuLi in die Bezirksversammlung festgelegt worden, daß die Parlamentsarbeit durch regelmäßige "Mitgliederversammlungen" der BuLi Eimsbüttel kontrolliert werden sollte. Problematisch war dies von Anfang an; selbst von einer Kontrolle der beiden Abgeordneten durch die „Mitgliederversammlungen" konnte nur mit Einschränkungen die Rede sein. – **Seit der BuLi-Spaltung im Frühjahr kommt aber noch hinzu, daß die Mehrheit der ‚Parlamentsfraktion' es ausdrücklich ablehnt, sich Beschlüssen der „Mitgliederversammlungen" zu unterwerfen: „Mitgliederversammlungen" finden zwar noch statt. Sie werden aber von der Mehrheit der ‚Parlamentsfraktion' nur noch dann akzeptiert, wenn dort in i h r e m Sinne beschlossen wird.** Andernfalls war die jeweilige „Mitgliederversammlung" KB-majorisiert, eventuelle Beschlüsse sind also uninteressant.

Von dieser Realität ist die Professionalisierungs-Propaganda der „Gruppe Z" selbstverständlich nicht loszutrennen. Von d i e s e r spezifischen Voraussetzung der Parlamentsarbeit in Eimsbüttel wollen wir aber im Weiteren abstrahieren, um die g e n e r e l l e Problematik alternativer Parlamentsarbeit herauszuarbeiten.

Wem soll die Arbeit nutzen?

Mit der M a s s e und Schwierigkeit anfallender Parlaments- und Ausschußarbeit begründet R. Link die Notwendigkeit der Professionalisierung. Denn *„Freizeit-Politiker"* (also Menschen, die außer ihrer Parlaments- bzw. Ausschußarbeit auch noch berufstätig sind) stünden **„der Kompliziertheit der in einem Kommunalparlament verhandelten Materie ... hoffnungslos überfordert gegenüber (dies sowohl zeitlich als auch kompetenzmäßig)".** („Z" Nr. 7, S. 52).

Das ist generell eine zutreffende Beschreibung – s o f e r n man voraussetzt, daß die von der ‚Parlamentsfraktion' zu leistende Arbeit im wesentlichen identisch ist mit den in der Bezirksversammlung, in den Ausschüssen usw. a n f a l l e n d e n Arbeiten, sofern man sich also als alternativer Parlamentarier der von den Etablierten d i k t i e r t e n Tagesordnung und Arbeitsweise unterwirft. **Eben dies ist aber konkret zu hinterfragen. Das heißt, es wäre z u e r s t einmal über den Nutzen der in BV, Ausschüssen und Unterausschüssen anfallenden Arbeit zu diskutieren, b e v o r eventuell zur Schlußfolgerung zu kommen wäre, daß es zwecks Bewältigung dieser Arbeit womöglich eines hauptamtlichen Apparats bedarf.**
Die erheblichen Zweifel an diesem Nutzen sind Teil der zu beobachtenden Widersprüche innerhalb alternativer Listen, speziell zwischen ‚Parlamentariern' einerseits und ‚Basis' andererseits. Auf der Ebene eines Bezirksparlaments stellt sich der Widerspruch zwischen Arbeitsaufwand und Nutzen besonders krass dar. Auch R. Link fällt es sichtlich schwer, Argumente für den von ihm geforderten enormen Arbeitsaufwand in BV, Ausschüssen usw. anzuführen.
1. Ein denkbarer Nutzen, nämlich direkte Einflußnahme auf parlamentarische Entscheidungsprozesse, scheidet derzeit nicht nur in Hamburg-Eimsbüttel, sondern wohl auch für die meisten anderen alternativen Parlamentarier aus. (Eine Ausnahme ereignete sich in Bielefeld, wo die Abgeordneten der Bunten Liste zumindest in einem Fall einen nützlichen Kompromiß mit der SPD aushandeln konnten).
2. Die Rolle alternativer Parlamentarier kann somit derzeit fast ausschließlich als „propagandistisch" bezeichnet werden: Positive Profilierung alternativer Politik in Opposition zu den etablierten Parteien sowie Organisierung von „Enthüllungen" über die Politik der Etablierten in Parlamenten, Ausschüssen usw. (Einschließlich der Informationsbeschaffung durch Anfragen). Hinzu kommt in Einzelfällen die Möglichkeit der direkten Weitergabe interessanter Informationen an zu diesen Themen arbeitende Bürger- und Basisinitiativen, Frauengruppen usw.

Speziell für die Eimsbüttler Situation ist noch anzumerken, daß die Kompetenzen der Hamburger Bezirksparlamente sehr eng begrenzt sind. Auch R. Link bemerkt, daß es dort nur *„einen in Stadtstaaten der BRD einmaligen geringen Freiraum für politische Initiativen"* gebe und *„daß der Senat in jedem Fall das Kommando über seine Bezirke behält"* (S. 48). Erst recht gilt das für die diversen Ausschüsse und Unterausschüsse, die im wesentlichen subalterne Vor- und Zuarbeit für die Bezirksversammlung bzw. direkt für das Bezirksamt erledigen. Gerade auf dieser Ebene fällt aber m e n g e n m ä ß i g die größte Aufwendung von Arbeitskraft durch die BuLi-‚Parlamentsfraktion' an.

Generell ist wohl davon auszugehen, daß die Publizität der Arbeit in einem Bezirksparlament sehr gering ist. Das heißt, diese Arbeit ist nur selten und nur sehr geringfügig Gegenstand der bürgerlichen Medien. Die Arbeit in Ausschüssen und Unterausschüssen ist so gut wie überhaupt nicht Berichtsgegenstand von Presse oder Rundfunk. Innerhalb dieser ohnehin geringen Publizität steht die Berichterstattung über die Arbeit a l t e r n a t i v e r ‚Parlamentarier' besonders schlecht da. Für die BV Eimsbüttel beispielsweise war zu beobachten, daß in den ersten Monaten nach „Einzug" der beiden BuLi-Abgeordneten die Medien noch relativ stark an deren Auftreten interessiert waren (Stichwort „Reiz des Neuen"), daß dieses anfängliche Interesse aber mehr und mehr einem fast vollständigen Totschweigen gewichen ist. Bezeichnenderweise ist dieses Totschweigen d a n n zu durchbrechen, wenn den Medien die Gelegenheit gegeben wird, alternative Abgeordnete als nicht ernst zu nehmende Clowns darzustellen. So gelang in Eimsbüttel der seit langem einzige Sprung der ‚Parlamentsfraktion' in die Massenpresse (Seite 1 der BILD), als sie einen schwulen Schauspieler in Frauenkleidern als Kandidaten für die Wahl des neuen Bezirksamtsleiters in der BV präsentierte.

Alternative Parlamentsarbeit ist also für ihre Selbstdarstellung im wesentlichen auf Eigenveröffentlichungen und auf die indirekten Informationswege über ihre ‚Basis' angewiesen. Es liegt auf der Hand, daß diese Selbstdarstellung von vornherein nur eine relativ kleine Zahl von Menschen erreicht und auch nur einen recht kleinen Ausschnitt der gesamten geleisteten Arbeit umfassen kann. Für Eimsbüttel beispielsweise ist selbst die Information über die Arbeit der beiden Abgeordneten in der BV sehr schwach – ganz zu schweigen von der Arbeit der übrigen ‚Parlamentarier' in ihren Ausschüssen und Unterausschüssen, über die so gut wie überhaupt nicht informiert wird. (Die Information über die Parlamentsarbeit läuft anderenorts z. T. ausführlicher und regelmäßiger als in Hamburg-Eimsbüttel. Trotzdem ändert sich dadurch kaum etwas an der generellen Problemstellung: Es mag zwar sein, daß eine alternative Liste ihre Parlamentsarbeit total offenlegt, z.B. in häufig erscheinenden, informationsstarken Bulletins – aber wen e r r e i c h e n solche Informationen?)

Die Abgeordneten arbeiten sich also unter erheblichem eigenen Aufwand, unterstützt womöglich noch von hauptamtlichen ‚Fraktionssekretären', in vielfältigste Themen ein, lesen Berge von Material, es werden 15 oder auch 25 wohlbegründete Anfragen und Anträge pro BV-Sitzung formuliert – a b e r w o z u? Außer den beiden Abgeordneten, den ‚Fraktionssekretären' und den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien erfährt ja (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) praktisch n i e m a n d von der so überaus arbeitsintensiven, möglicherweise auch ganz vorzüglichen Arbeit der Abgeordneten. Erst recht gilt das selbstverständlich für die Kleinarbeit in den Ausschüssen und Unterausschüssen, die fast nur noch dazu dienen kann, die Ausschußmitglieder aus den anderen Parteien zu beeindrucken, ansonsten aber keinen propagandistischen Effekt hat, da sie nach außen gar nicht bekannt wird. Noch sinnloser kann alternative Arbeitskraft schwerlich verausgabt werden.

Welchen Zwecken kann eine Parlamentsarbeit überhaupt noch dienen, wenn sie sogar vor den Aktivisten aus den Basisinitiativen und alternativen Listen weitgehend verborgen bleibt, jedenfalls die M a s s e des bunt/alternativen Potentials überhaupt nicht mehr erreicht? Ein Alternativer, der beispielsweise eine alte Frau über eine belebte Straße geleitet, leistet jedenfalls sinnvollere Massenarbeit, als sie hier in zig Arbeitsstunden in irgendwelchen Ausschüssen zu Grabe getragen wird.

Gerade das ist aber wegen der oben geschilderten mangelnden Öffentlichkeit bezirklicher Parlamentsarbeit im allgemeinen und alternativer Parlamentsarbeit im besonderen sehr schwierig. Im wesentlichen läuft die Argumentation von R. Link real nur darauf hinaus, daß alternative ‚Parlamentarier' sich bei ihren etablierten Kollegen als fleißig und sachkundig in Szene setzen. Für die Bevölkerung hingegen, und selbst für die Aktivisten der alternativen Listen, ist so gut wie gar nicht feststellbar, ob der alternative ‚Parlamentarier' Meier im Unterausschuß für Absurdes und Speziales 15 brilliante Anträge pro Sitzung präsentiert und in genialen Redeschlachten verteidigt – oder ob er einfach vor sich hindöst.

Die Praxis in Eimsbüttel zeigt, daß die etablierten Parteien s t ä n d i g bemüht sind, die beiden BuLi-Abgeordneten in der BV der Faulheit, der Inkompetenz usw. zu bezichtigen; ihnen wird vorgeworfen, nur Show-Anträge zu stellen, aber die sachliche Kleinarbeit zu scheuen usw. usf. Diese Vorwürfe sind, mangels Öffentlichkeit, sachlich sowieso schwer zu kontern. **Zu kontern sind sie jedenfalls nicht durch noch mehr idiotische Kleinarbeit zu jedem beliebigen Thema, sondern nur dadurch, daß an e i n z e l n e n, politisch b e d e u t s a m e n Punkten Öffentlichkeit für die alternative Parlamentsarbeit geschaffen wird.**



Hamburg 1978 : Als die Buli-Hamburg zur Bürgerschaft kandidierte, war eine der Hauptlosungen:" Diesmal wählen wir uns selber!" Keiner wollte Stimmvieh sein.

Das Problem der ‚Kompetenz'

Da diese Problematik wohl auch R. Link bewußt ist, argumentiert er zugunsten dieser Art von Parlamentsarbeit kaum noch mit den eigentlichen Zwecken der Basisinitiativen und -bewegungen, die sich in dieser Arbeit auch gar nicht mehr wiederfinden lassen. Sein Hauptargument ist vielmehr, daß alternative Parlamentsarbeit sich auf diese Sinnlosigkeit einlassen m ü s s e, um sich nicht (seitens der etablierten Parteien) den Vorwurf mangelnder Sachkenntnis und Kompetenz einzuhandeln. Dieser Zwang zur Kompetenz führt im Extrem dazu, sich in die blödsinnigsten, sinnlosesten Materien hineinzuwühlen, bloß um nicht als schlechter ‚Parlamentarier' (im Sinne e t a b l i e r t e r, bürgerlicher Parlamentsarbeit) dazustehen.

Der Anspruch von R. Link an die ‚Parlamentsfraktion', *„die G e s a m t palette kommunalpolitischer Fragen (zu) erfassen"* (S. 50) bedeutet auf jeden Fall, weit an den heute von alternativen Listen p r a k t i s c h abzudeckenden Arbeitsfeldern vorbeizuarbeiten. Das bedeutet nicht, daß diese Themen a b s o l u t uninteressant wären (beispielsweise Bebauungspläne); sie sind aber – bis auf wenige Ausnahmen – uninteressant vor dem Hintergrund der derzeitigen praktischen Arbeit alternativer Listen, die mit der aufgeblähten Parlamentsarbeit auf zig komplizierten Gebieten beim jetzigen Stand ihrer Entwicklung und Praxis nur wenig anfangen kann. Richtig ist an der Argumentation von R. Link, daß es in der Tat für eine alternative Liste auch wichtig ist, sich als gute Vertreterin von Bevölkerungsinteressen in den Parlamenten, in die sie hineingewählt werden, zu zeigen.

Stellvertreterpolitik oder „parlamentarischer Arm"?

Ein erklärter Anspruch der bunten/alternativen Listen bei ihrer Bildung war, daß die a u ß e r parlamentarische Arbeit ganz eindeutig der Schwerpunkt bleiben müsse. Eventuelle Parlamentspositionen sollten der außerparlamentarischen, p r a k t i s c h e n Arbeit von BI's, Initiativen der Betroffenen usw. sozusagen d i e n e n d untergeordnet sein. 'Parlamentarier', so hieß es damals, sollten als „Arm" und „Sprachrohr" von Basis- und Masseninteressen dienen – nicht mehr und nicht weniger. Eben diesem Anspruch verdanken bunt/alternative Listen zu einem gutteil ihre Attraktivität und ihre Wählerstimmen.

Mit diesem Anspruch haben inzwischen aber eine Reihe von bunt/alternativen ‚Parlamentariern' Probleme, auf die sich auch die „Gruppe Z" mit ihrer Professionalisierungspropaganda zu beziehen versucht. Diese Probleme ergeben sich in der Hauptsache aus dem krassen Widerspruch zwischen den Interessen und der Praxis von Basisinitiativen, bunt/alternativen Listen usw. einerseits und der Logik und den Zwängen eines b ü r g e r l i c h e n Parlaments andererseits: Wenn die frischgebackenen ‚Parlamentarier' dort **„auch in der konkreten Kleinarbeit besser und erfolgreicher als die etablierten Parteien"** sein wollen (R. Link, BuLi-Zeitung 4/80), dann kommen sie mit der Umsetzung vorhandener außerparlamentarischer Praxis in parlamentarische Aktivität längst nicht aus. Denn die vorhandene außerparlamentarische Praxis bleibt, so betrachtet, hinter den Anforderungen eines bürgerlichen Parlaments samt Ausschüssen und Unterausschüssen weit „zurück". Im

ständigen Zwang, den Maßstäben dieses bürgerlichen Parlaments zu genügen, kommen die ‚Parlamentarier' also dazu, über die realen Ansätze bunt/alternativer Massenarbeit weit „hinaus" zu gehen, d.h. **auf Feldern umfassend aktiv zu werden, wo sie durch vorhandene Ansätze von Basisinteressen und Massenarbeit weder gedeckt, noch gar bestimmt und kontrolliert sind.**

Aus dieser mißlichen Lage resultiert dann zu allem Überfluß auch noch das Lamento mancher ‚Parlamentarier', sie würden durch die ‚Basis' nicht ausreichend unterstützt. Der ursprüngliche Anspruch ist also auf den Kopf gestellt: Statt daß die ‚Parlamentarier' im wesentlichen außerparlamentarische Aktivität unterstützen, wird nun außerparlamentarische Aktivität als Unterstützung einer gar nicht mehr so alternativen Parlamentsarbeit gefordert, die sich den Kompetenz-Zwängen des bürgerlichen Parlaments anpaßt und unterwirft.

Zu dieser Problematik hat Dirk Schneider (AL Westberlin/Abgeordneter im Bezirk Kreuzberg) geschrieben (9. Mitgliederrundbrief der AL): *„Zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit klaffen aber oft riesige Lücken. Wir können nicht immer einfach warten, bis von ‚unten' etwas kommt. Wir müssen auch hier ein bißchen Geburtshelfer spielen und selbst Verbindungen aufnehmen und Vorschläge machen, wie man die Basis in ihrem Kampf unterstützen kann".* – S o genau definiert und eingegrenzt kann es schon sinnvoll sein, wenn die ‚Parlamentarier' nicht bloß Aufträge aus dem außerparlamentarischen Raum umsetzten, sondern ihrerseits auch einmal eigeninitiativ „vorangehen". Mit dem Stichwort „Geburtshelfer" hat Dirk Schneider auch recht genau den Maßstab benannt, an dem solche „vorangehenden" parlamentarischen Aktivitäten jeweils gemessen werden müssen. Diese „Geburtshelfer"-Rolle setzt einen engen Bezug zu den Basisinitiativen u.ä. selbstverständlich voraus. Es ist aber offensichtlich, daß von einer „Geburtshelfer"-Rolle nicht mehr die Rede sein kann, wenn wie in Eimsbüttel ca. 90% (oder sogar mehr?) der gesamten parlamentarischen Aktivität total an der ‚Basis' vorbeilaufen, also von ihr weder bestimmt noch auch nur zur Kenntnis genommen werden.

R. Link beschreibt in der „Z" Nr. 7 selbst sehr gut, wie sinnlos solche Parlamentsarbeit an der ‚Basis' vorbei abläuft – ohne daraus aber die doch auf der Hand liegenden Schlußfolgerungen zu ziehen: *„Im Bereich*

doch auf der Hand liegenden Schlußfolgerungen zu ziehen: *„Im Bereich*

Senioren-Politik hat die Bunte Liste Hamburg-Eimsbüttel (gemeint ist die ‚Parlamentsfraktion' – Anm. AK) *über Monate hinweg parlamentarische Kleinarbeit ohne nennenswerte Resonanz der eigentlich Betroffenen gemacht. Die Einrichtung von Seniorenbeiräten, das Durcharbeiten von Altenheim-Entwicklungsplänen, ‚Essen auf Räder', konkrete Standortfragen von Altentagesstätten etc. waren Arbeiten, die zusammengenommen einige hundert Arbeitsstunden in Anspruch genommen haben dürften und deren Früchte fast ausschließlich in einigen wenigen positiven Änderungen bzw. Unterlassungen der Behörden-Planungen bestanden. Eine öffentliche Problematisierung der Alten-Politik ist versucht worden, Initiativen der Betroffenen haben sich nicht gebildet ..."* (S. 50).

Offensichtlich hat hier eine an Kräften bisher sehr schwache alternative Bewegung sinnlos hunderte von Arbeitsstunden in den Sand gesetzt. R. Link gewinnt dem Sinnlosen aber doch noch einen Nutzen ab: Das sei nämlich keineswegs „Stellvertreterpolitik" gewesen, sondern *„vielmehr das Sachkundigmachen und das Ringen auch um kleinere Verbesserungen auf einem Gebiet, auf dem die alternative Bewegung traditionell sehr wenig zu sagen hat"* (ebenda).

Zum 1. Argument: Unklar ist, ob und wie die nun bei der ‚Parlamentsfraktion' angesammelte „Sachkunde" irgendwann für die ‚Basis' und für praktische Politik zugänglich und nutzbar gemacht werden wird und werden kann. Davon abgesehen gibt es v e r s c h i e d e n e Methoden, sich zu einem solchen Thema „sachkundig" zu machen. Daß dazu ausgerechnet die Arbeit in der Bezirksversammlung (samt Ausschüssen) entlang den von den Etablierten diktierten Tagesordnungen und Themen ein besonders e f f e k t i v e r Weg ist, scheint doch sehr zweifelhaft.

Zum 2. Argument: Das *„Ringen auch um kleinere Verbesserungen"* hört sich massenfreundlich an. Es ist aber wohl eher die Legitimationstheorie einer alternativen (?) Parlamentsarbeit, die sich den Kompetenz-Zwängen des bürgerlichen Parlaments bereits unterworfen hat und die nun den ihr a u f d i k t i e r t e n „Kleinkram" zum bemühten Ringen um kleine und kleinste Verbesserungen im Interesse des Volkes (womöglich gar im Sinne von Lenins „Teewasser-Politik"?) hochstilisiert. Dabei liegt doch auf der Hand, daß unter den wirklichen politischen Machtverhältnissen im Bezirk Eimsbüttel und bei völligem Fehlen noch so geringer Basisaktivitäten auf dem von R. Link angeführten Sektor (Alten-Politik) von einem „R i n g e n" um Verbesserungen (und seien sie noch so geringfügig) kaum die Rede sein kann. Ähnliches gilt für j e d e n Sektor, auf dem sich alternative Parlamentsarbeit verausgabt, ohne Kontakt zu praktischen Aktivitäten auf diesem Sektor zu haben und ohne daß sich auf diesem Sektor die von Dirk Schneider benannte „Geburtshelfer"-Funktion für Basisaktivitäten zumindest schon andeutet. Mit der Vorstellung, man habe mittels der sinnlos verausgabten Arbeitskraft den Etablierten immerhin einige Verbesserungen abtrotzen können, lügen sich alternative ‚Parlamentarier' dann nur in die eigene Tasche.

Tatsächlich sollten sich d i e s e alternativen ‚Parlamentarier' lieber ehrlich zum Prinzip der Stellvertreter-Politik bekennen: Der Kern der Sache ist doch ihr Anspruch, s t e l l v e r t r e t e n d gegenüber den etablierten Parteien eine allumfassende Kompetenz zu demonstrieren, die sie der ‚Basis' nicht zutrauen und die von der ‚Basis' auch gar nicht angestrebt wird. Um den naheliegenden Vorwurf der Stellvertreterpolitik abzuwehren, bringt R. Link nur platte Sprüche vor: *„Der Vorwurf des Stellvertretertums gehört heute innerhalb der Alternativ-Bewegung zu einer der stärksten Waffen im Arsenal spontaneistischer Ideologie".* **„Aber mit der Ablehnung der Stellvertreterpolitik lehnt man o r g a n i s i e r t e Politik insgesamt ab".** („Z" Nr. 7, S. 50). R. Link redet schlichtweg der Hemmungslosigkeit auf diesem Gebiet das Wort, indem er bereits den ‚Vorwurf des Stellvertretertums' als s o l c h e n mit dem entsprechenden Stempel versieht („spontaneistische Fehlströmung"). **Dabei müßte doch bei ruhiger, unvoreingenommener Überlegung auch die „Gruppe Z" anerkennen, daß die G e f a h r von Verselbständigung und Stellvertreterpolitik real existiert und ernstzunehmen ist – und zwar gerade dann, wenn die „dahinterstehenden" bunt/alternativen Listen noch schwach sind und die Parlamentsarbeit sowieso schon „unüberschaubar" für „Freizeitpolitiker" (R. Link, S. 52) ist.**

Der „strahlende Magnet"

Der „strahlende Magnet"

Die Wahrheit ist immer konkret. Deshalb soll hier nicht verschwiegen werden, daß die Professionalisierungspropaganda der „Gruppe Z" nicht von der konkreten Situation der Hamburger BuLi zu trennen ist. R. Link hat sich jetzt in der „Z" Nr. 7 Mühe gegeben, die Professionalisierung n u r aus den Sach- und Kompetenzzwängen einer als Selbstzweck begriffenen Parlamentsarbeit zu begründen. Seine w e i t e r g e h e n d e n Vorstellungen hat er aber schon in der BuLi-Zeitung Nr. 4/80 (also vor gut einem halben Jahr) präsentiert: **„Um die Arbeit der Eimsbüttler BL-Parlamentsfraktion zu einem weit über Hamburg hinaus strahlenden Magneten alternativer Politik auszubauen, muß in Kürze mit der Einrichtung eines professionellen und selbstverständlich tariflich entlohnten A r b e i t s s t a b e s für die Innenarbeit der Fraktion begonnen werden.**

Die Bunten und Alternativen – nicht nur in Hamburg – erwarten von der BL-Fraktion zu Recht, daß sie dem gesamten Hamburger Basisbündnis u.a. durch ihre Arbeit ermöglicht, bei der nächsten Bürgerschaftswahl 1982 ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen".

Aus diesen Zeilen spricht auf den ersten Blick eine starke Portion Übermut und Größenwahn: Die ‚Parlamentsfraktion' scheint sich doch selbst erheblich wichtiger zu nehmen, als es *„die Bunten und Alternativen"* in Hamburg und im Rest der Welt tun, auf die R. Link sich großspurig beruft.

Wenn R. Link schreibt, daß die ‚Parlamentsfraktion' es dem BuLi-Basisbündnis ermöglichen müsse, 1982 *„ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen"*, so kehrt er wieder einmal das ursprünglich angestrebte Verhältnis von Basisarbeit (=„Hauptseite") zur Parlamentsarbeit (=„Nebenseite") auf den Kopf. **Zudem ist ja auch zu vermuten, daß das alternative Wählerpotential die BuLi vielleicht gar nicht in erster Linie an der M e n g e von „professionalisierter", „unüberschaubarer" Parlamentsarbeit messen möchte, sondern vielmehr daran, ob und wie es die BuLi geschafft hat, sich (wie bei der Wahl 1978 versprochen) dem etablierten Mechanismus (Abkoppelung der Parlamentsarbeit von der Basiskontrolle) zu entziehen. Und d a sieht die Bilanz ja eher trübe aus ...**

Die damaligen Ausführungen von R. Link enthalten auch noch einen weiteren „Denkfehler": Er unterstellt von vornherein, daß eine erfolgreiche (auf die Fragwürdigkeit dieser Begriffsbestimmung gehen wir hier nicht ein) Parlamentsarbeit der Eimsbüttler ‚Fraktion' der BuLi 1982 nützen werde. Dafür gibt es aber – gerade weger der Totalabkoppelung der ‚Fraktion' von jeder verbindlichen Basiskontrolle – überhaupt keine Garantie. Fast ebenso wahrscheinlich wäre beispielsweise, daß 1982 die ‚Fraktions'-Mehrheit ihr „Prestige" zugunsten einer g e g e n die BuLi kandidierenden Grünen Partei in die Waagschale zu werfen versucht. **Diese Problematik ergibt sich daraus, daß hier keine Parlamentsarbeit i m Z u s a m m e n h a n g einer bunt/alternativen Liste gemacht worden ist, sondern losgelöst von einer derartigen ‚Basis' – sodaß am Ende die eventuellen ‚Erfolge' auch p r i v a t (d.h. nach Gutdünken der Abgeordneten für diese oder jene Partei) im Wahlkampf vermarktet werden können.**

Dies ist nun nicht etwa eine besonders böswillige Unterstellung, sondern ist von der Eimsbüttler ‚Fraktion'-Mehrheit schon seit einem Jahr in dieser Weise p r a k t i z i e r t worden: Unter den herrschenden Verhältnissen genießen ‚Parlamentarier' hinsichtlich ihres Öffentlichkeitswertes einen Prestige-Vorschuß. Dieser Prestige-Vorschuß beruht nicht oder nur sekundär auf der konkreten Arbeit, sondern in erster Linie auf der F u n k t i o n als solche. Diese Funktion ist von der Eimsbüttler ‚Fraktions'-Mehrheit entsprechend vermarktet worden. Dies begann mit einer Kette einseitiger Stellungnahmen zu den Auseinandersetzungen in der BuLi und dann zu deren Spaltung. Dies setzte sich im Bundestagswahlkampf fort mit einem massiven Engagement der ‚Fraktions'-Mehrheit für die Grüne Partei – durchweg Dinge, zu denen die ‚Parlamentarier' niemals einen Auftrag von ihrer ‚Basis' erhalten haben und für die sie in der BuLi auch keine Mehrheit finden könnten. Das sieht dann beispielsweise so aus, daß die ‚Fraktionsmehrheit' in einer Presse-Erklärung verbreitete: **„Als Motto für die Wahlkampfzeit gab die Fraktionsvorsitzende ... die Parole aus: ‚Diesmal wählt der Schmetterling grün'"**. (29.8.) Zu den Eigenmächtigkeiten der Eimsbüttler ‚Parlamentsfraktion' gehört auch die Herausgabe einer privaten „Bunte Liste Zeitung", die

gehört auch die Herausgabe einer privaten „Bunte Liste Zeitung", die

sich in der Aufmachung ganz wie die (derzeit nicht mehr erscheinende) Zeitung d e r BuLi darstellt und die inzwischen nicht einmal mehr im Impressum als P r i v a t unternehmen der ‚Parlamentarier' kenntlich gemacht ist. In diesem Privatblatt wurde natürlich (ohne ‚Basis'-Auftrag) grüner Wahlkampf bis zum Geht-nicht-mehr betrieben. Dort warben die Abgeordneten unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre *„politischen Erfolge"* und auf *„zwei Jahre erfolgreiche Arbeit im Bezirksparlament"* für die Grüne Partei, die doch mit dieser Parlamentsarbeit absolut nichts zu tun hat.

Wenn alternative (?) Abgeordnete meinen, sie könnten ihrer ‚Basis' schon „Parolen ausgeben" und in d e r e n N a m e n z.B. ein bestimmtes Wahlverhalten propagieren, ist auch der letzte Rest von demokratischem Anspruch („Wir wählen UNS SELBST") wohl flöten gegangen.

Leider ist zu befürchten, daß die „Gruppe Z" mit der von ihr befürworteten Professionalisierung (zwecks Funktionalisierung der Parlamentsarbeit zum „strahlenden Magneten") genau d i e s e Art von praktischer Nutzanwendung im Sinne hat.

Einige Überlegungen zu einer alternativen Parlamentsarbeit

1. Gerade die Hamburger Erfahrung zeigt, daß es verhängnisvoll ist, wenn ‚Parlamentarier' ihre spezielle Funktion dazu vermarkten, i m N a m e n dieser Funktion sich zu beliebigen Themen zu äußern, die mit ihrer Parlamentsarbeit nichts zu tun haben. Die alternativen ‚Parlamentarier' sollen der ausführende A r m der ‚Basis' sein, nicht aber deren Parolengeber, Vormund oder ähnliches. **Alternative Parlamentskandidaten müßten von Anfang an darauf verpflichtet werden, dies strikt einzuhalten.**

2. Die A b w ä h l b a r k e i t von ‚Parlamentariern' und deren Anbindung an ‚Basis'-Beschlüsse (Imperatives Mandat) ist notwendig. Wir haben nicht seit APO-Zeiten für das Prinzip des Imperativen Mandats gestritten, um heute seine totale Mißachtung zuzulassen.

Die Verwirklichung von ‚Basis'-Kontrolle über die alternative Parlamentsarbeit mag schwer fallen, wenn eine Liste gespalten ist (wie in Hamburg), wenn „Mitgliederversammlungs"-Mehrheiten recht zufällig ausfallen u.ä. Dann aber losgelöst von jeder Basis-Kontrolle zu arbeiten, ist genau besehen – unter der Zielsetzung, mit der solche Listen ursprünglich angetreten waren – noch nicht einmal das „kleinere Übel". **Etwas überspitzt kann man sagen, daß eine alternative ‚Parlamentsfraktion', die aus i r g e n d e i n e m Grund ohne Basis-Kontrolle arbeitet, bereits g e s c h e i t e r t ist.**

3. Der Anspruch, *„auch in der konkreten Kleinarbeit besser und erfolgreicher als die etablierten Parteien"* (R. Link) zu arbeiten, ist t o t a l genommen überhaupt nicht einlösbar. Gerade auf der Ebene eines Bezirksparlaments ist davon auszugehen, daß etablierte Parteien und Behörden engstens miteinander verflochten sind, so daß die Behörden gewissermaßen Teil der Parteienapparate sind, wie auch umgekehrt die Parteien als Zuarbeiter für die Behörden wirken. **Dieser Apparat ist von bunt/alternativen Listen und ihren ‚Parlamentariern' f r o n t a l nicht zu kontern, sondern kann nur an einzelnen (sehr wenigen!), gut a u s g e w ä h l t e n Stellen ausgetrickst werden.**

4. **Daraus ergibt sich, daß nicht Q u a n t i t ä t (Menge), sondern Q u a l i t ä t über den Wert alternativer Parlamentsarbeit entscheidet.** Wenn eine ‚Parlamentsfraktion' in einem halben Dutzend Punkten im Verlauf von vier Jahren Amtszeit einen „Durchbruch" schafft, so kann das wertvoller sein als Hunderte Stunden planlos verausgabter Arbeitszeit. Q u a l i t ä t alternativer Parlamentsarbeit mißt sich zum einen an der Vermittelbarkeit der Arbeit (d.h. die betreffende Arbeit muß zumindest ins Bewußtsein des bunt/alternativen ‚Potentials' vordringen, möglichst auch noch Bevölkerungskreise darüber hinaus erreichen), und sie muß außerdem in Kontakt mit (zumindest potentiellen)Basis-Aktivitäten stehen. Die Hamburger Erfahrung zeigt, daß eine ‚Parlamentsfraktion', die sich selbst von der ‚Basis' abgekoppelt hat, d i e s e notwendige Qualität schwerlich erreichen kann. So hat die ‚Parlamentsfraktion' Eimsbüttel beispielsweise auf den Tod eines Demonstranten (am 25.8.80) zu spät reagiert – und war dann auch nicht mehr in der Lage, ihre eigenen Aktivitäten der ‚Basis' zu vermitteln, d.h. überhaupt bekannt werden zu lassen.

kannt werden zu lassen.

5. Am Ende erweist sich die Vermittelbarkeit der Parlamentsarbeit mit Basis-Aktivitäten wohl doch als d e r entscheidende Gradmesser für den Wert der Arbeit. **Denn diese Vermittelbarkeit ist das b e s t e Korrektiv, um rechtzeitig Sackgassen parlamentarischer Arbeit zu erkennen und um die Parlamentsarbeit wirklich an den Anforderungen p r a k t i s c h e r Politik (und nicht an den Anforderungen der von den Etablierten diktierten Tagesordnungen usw.) zu messen.** Es mag dabei für ‚Parlamentarier' schmerzhaft sein, wenn sie entdecken müssen, daß ihre ‚Basis' hier und da noch nicht „soweit" ist, wie es vielleicht notwendig wäre – aber dieses Problem ist durch tapfere Stellvertreterpolitik nicht zu lösen.

6. **Alternative Parlamentsarbeit d a r f sich darum v o n A n f a n g a n auf die Kompetenz-Zwänge der Herrschenden nicht einlassen.** Darum müßten bunt/alternative Listen schon bei ihrer Kandidatur unmißverständlich und rückhaltslos die Mechanismen bürgerlicher Parlamente analysieren und darstellen; **sie müßten eindeutig sagen, daß sie es unter diesen Bedingungen vorerst überhaupt nicht für ihre Aufgabe halten, auch noch im allerletzten Unter-Unterausschuß auf Deubel komm raus mit den etablierten Parteien um „Kompetenz" und idiotische Fleißarbeit zu konkurrieren,** sondern daß sie ihre noch sehr beschränkte Kraft im Sinne ihrer ‚Basis' auf w e s e n t l i c h e Punkte konzentrieren werden. Eben diese wesentlichen Punkte (also Punkte, wo Durchbruch in die Öffentlichkeit und Verbindung mit praktischen Aktivitäten möglich ist) gilt es immer wieder herauszufinden – was ohne allerengsten Basis-Kontakt aber ein ziemlich müßiges Unterfangen ist.

7. **Die Einstellung von ‚Hauptamtlichen' mag sich d a n n auf einer weit entwickelteren Stufe der Arbeit und der gegenseitigen Durchdringung von alternativer Parlamentsarbeit und außerparlamentarischer Praxis als notwendig erweisen. Vor dem konkreten Hintergrund einer Liste mit gerade 2 (z w e i !) Bezirksabgeordneten, die zudem von der eigenen ‚Basis' weitgehend abgekoppelt sind, kann die „Professionalisierung" nur als schlimmer Schritt in eine ganz falsche Richtung wirken.**

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62

46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Erst Dreisameck — jetzt Schwarzwaldhof. Der Häuserkampf geht weiter

Am 8. Juni wurde in Freiburg das besetzte Dreisameck brutal geräumt. Gegen 1.200 Bullen aus ganz Baden-Württemberg hatten wir keine Chance, die Häuser zu halten.

Nachdem es in den folgenden Tagen zu vier großen Demonstrationen gegen die Räumung und den Bullenterror gekommen war (die größte mit über 10.000 Leuten), und auch Straßenschlachten mit den Bullen vor den errichteten Absperrungen auf der Tagesordnung standen, entschlossen wir uns, am 13.Juni den Schwarzwaldhof zu besetzen. Aus einer Demo von 7.000 Leuten heraus gingen wir in den Schwarzwaldhof und sind noch immer drin.

Der Schwarzwaldhof, das sind 11 Häuser, Lagerschuppen und große Verkaufsräume, die an einer Verbindungsstraße zwischen zwei Parallelstraßen liegen und auch schon längere Zeit leer standen. Nicht weit vom Dreisameck entfernt. Nachdem die Stadt nun fast eine Woche Krawalle, Straßenschlachten und Demonstrationen in der Stadt über sich ergehen lassen mußte und selbst aus Reihen der Spezialdemokraten (SPD) Kritik am Bulleneinsatz am Dreisameck gekommen war, hatte die Stadt natürlich erst einmal Angst vor erneuten Auseinandersetzungen und so auch kein Interesse an einer sofortigen Räumung.

Der Schwarzwaldhof ist im Besitz von drei Spekulanten-Gruppen, von denen eine die Haus- und Grundstücks GmbH des bankrotten und toten Spekulanten Jankowski ist. Zwei von diesen Gruppen haben schon Bauanträge gestellt. Die erste will eine Tiefgarage und die zweite ein Appartementhaus errichten. Der dritte Teil, der des bankrotten Jankowski, muß zwangsversteigert werden, und die Stadt hätte die Möglichkeit, das Teilstück zu kaufen und damit die Pläne der anderen Spekulanten zu stören. Doch daran besteht von Seiten der Stadt kein Interesse.

Anfang August, nachdem wir in einem offenen Brief - mehr oder weniger ernsthaft - den Kauf des Schwarzwaldhofes (SWH) durch die Stadt gefordert hatten, kam es zu einem Gespräch mit den Stadtherren. Das von uns mehr als Kaffeeplausch eingeschätzte Gespräch stellte sich zu unserer Überraschung als erste Verhandlungsrunde „mit der gesamten Spitze der Stadt", so Oberbürgermeister Keidel (SPD) heraus. Die Krawalle in der Stadt hatten auf die Herren wirklich einen tiefen Eindruck gemacht, denn sie waren auf jeden Fall bereit, den SWH erstmal nicht räumen zu lassen, d.h. keine öffentlich-rechtliche Räumung anordnen zu lassen, wenn von den Eigentümern selbst kein Antrag gestellt würde. Sie wollten den SWH als „Übergangslösung" akzeptieren und sprachen davon, uns in geraumer Zeit ein Alternativobjekt zur Verfügung zu stellen, denn unsere Forderungen und Wünsche nach einem eigenen Gelände, nach Möglichkeiten eines alternativen Kulturzentrums und anderes, akzeptieren sie. Dieses Alternativprojekt soll von der Stadt an einen von uns zu gründenden Trägerverein vermietet werden. Der SWH sei völlig ungeeignet, sagten sie. Er wäre zu teuer. Zahlen um die 20 Millionen DM-grenze wurden genannt, und außerdem seies städtebaulich nicht zu vertreten, ein so großes Gelände so ineffektiv zu nutzen. Wir einigten uns darauf, daß wir der Stadt ein Papier mit unseren genauen Wünschen und Vorstellungen sowie einem eingetragenen Trägerverein und Finanzierungsvorstellungen übergeben werden.

Es war uns nach diesem Gespräch schon klar, daß die Stadt, indem sie überhaupt mit uns verhandelt, versucht, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, denn über Verhandlungen können wir nur dann was erreichen, wenn auf der Straße die Hölle los ist und die Stadt so dazu gezwungen wird, die Verhandlungen in unserem Sinne zu führen. Doch erstmal hatten wir - nach der Zusicherung auf Nichträumung - ein gewisses Gefühl der Sicherheit, denn es gibt noch andere Gründe, warum die Stadt nicht räumen kann. Ein weiterer Grund besteht darin, daß im SWH noch sechs Altmieter-Parteien wohnen und zwar legal, darunter eine Familie mit Kindern und zwei alte Omas. Eine Räumung, ohne die Altmieter zu gefährden, wäre unmöglich. – Eine Abbruchgenehmigung gibt es auch noch nicht, denn über die gestellten Bauanträge ist noch nicht entschieden, und so wäre ein Abbruch nach der Räumung auch nicht möglich. Eine Räumung allerdings - ohne Abbruch - würde bedeuten, daß der SWH evtl. monatelang von den Bullen gegen eine neue Besetzung geschützt werden müßte. Ein viel zu hoher Aufwand für die Stadt.

Der Aufbau im SWH

Die ersten Wochen im SWH waren harte Arbeit. So mußten viele Wohnungen erst wieder instandgesetzt und bewohnbar gemacht werden. Langwierige Verhandlungen mit der FEW (Freiburger Elektrizitäts- und Wasserwerk) mußten geführt werden, um Strom und Wasser zu bekommen. Außerdem mußten wir uns erstmal selber klarwerden, was wir im SWH eigentlich wollten.

Dann kam bei vielen der Frust. Das Ruhebedürfnis war bei vielen - gerade bei denen, die auch schon im Dreisameck dabeiwaren - ziemlich groß. Viele wollten erstmal ausspannen und in Urlaub fahren und so lief 'ne lange Zeit eigentlich nicht viel. Sogar der Häuserrat oder das Plenum waren in der Zeit ziemlich schlecht besucht. Was lief, waren die Gruppen: Kulturgruppe, Öffentlichkeitsgruppe und das neu eingerichtete Bewegungs-Cafè "Mocambo". So war die Ferienzeit für uns eine gefährliche Zeit, denn eine Räumung wäre, da nur noch sehr wenige Leute im SWH geblieben waren, ein leichtes Spiel gewesen. Doch nichts geschah.

Nachdem die schlimmste Zeit vorbei war und die Veranstaltungsräume hergerichtet waren, veranstalteten wir am 26.Juli einen „Tag der offenen Tür". Dieser „Tag" hat vielen von uns wieder Mut gemacht, denn nach vielen Wochen lief nun endlich wieder was. Es waren zwar alles nur Aktionen für dieses eine Fest, so z.B. ein Theaterstück, Geisterbahn und Rock-Band am Abend, aber diese Aktivitäten zeigten, daß, wenn wir alle was los machen, auch einiges im SWH laufen kann. Doch trotzdem lief außer Kulturveranstaltungen, Filmvorführungen und Feten im Punk-Laden „Cräsh" eigentlich noch nicht viel.

Gerade inhaltliche Diskussionen unter uns wurden nicht geführt. Es gab lediglich eine Türkei-Veranstaltung, die allerdings mit 120 Leuten, von denen nur wenige Leute aus dem SWH kamen, ziemlich gut besucht war. (Geplant ist von der Knast-Gruppe noch ne Veranstaltung zum „2.Juni-Prozeß").

Doch diese Schlappheit muß sich ändern. Als Gegensatz zu einem Teil der Besetzer, die ihr Heil in den Verhandlungen mit der Stadt sehen, Öffentlichkeitsarbeit machen und mit Vertretern der Spezialdemokraten, der Grünen und Bunten (hier mehrheitlich MRI) versuchen, etwas auf parlamentarischem Wege zu erreichen, hat sich jetzt eine zweite Fraktion gebildet. Diese Gruppe, die jetzt die selbstgemachte Zeitung „zunder' herausbringt, hat es sich zum Ziel gesetzt, gerade die inhaltlichen Fragen der Hausbesetzung zu klären.

Für uns ist ein besetztes Haus kein Altersheim. Der Schwarzwaldhof ist eben nicht nur der Schwarzwaldhof. Er steht für das, was wir in ihm machen, und das ist nicht räumlich begrenzt. Der SWH soll für uns einerseits eine sichere Basis sein, in der wir unsere Veranstaltungen durchziehen und in der wir neue Formen des Zusammenlebens ausprobieren; er soll uns auf der anderen Seite aber auch neue Kraft geben – Kraft zum Kampf gegen diesen Staat. Und dieser Kampf muß eben auch im und vom besetzten Haus aus weitergehen.

Die neueste Situation

Die Stadt hatte uns zwar zugesagt, keine Räumung in die Wege zu leiten, trotzdem aber - oder gerade deshalb - startete sie eine Kampagne gegen uns mit dem Ziel, uns zu kriminalisieren und à la Sißmeyer-Straße in Frankfurt zu räumen und doch nicht zu räumen. Da gab es Artikel in der „Badischen Zeitung" über angebliche Lärmbelästigung der Anwohner, über einen ausziehenden Möbelhändler, der von Besetzern mit Eisenstangen bedroht worden sei, und sogar ein geklauter Kühlschrank wurde als Beispiel für das kriminelle Verhalten der Besetzer angeführt. Zum Möbelhändler ist zu sagen, daß er versuchte, seine ehemaligen Räume unbewohnbar zu machen. Woran er von uns gehindert wurde. Aus allen möglichen Anlässen erschienen die Bullen und durchsuchten einzelne Häuser. Im Gegensatz zum Dreisameck - wo die Presse z.B. im Veranstaltungskalender eine feste Rubrik „Dreisameck" geführt hatte, weigerte sich die „BZ", überhaupt Artikel und Veranstaltungshinweise von uns zu drucken. Der zuständige Redakteur sagte dann auch ziemlich offen, daß er ein Interesse an einer „baldigen Lösung des Problems" (SWH) habe - aber nicht in unserem Sinne. Die Baufirmen sind inzwischen auch aktiv geworden. Sie sind mit den Altmietern in Verhandlungen getreten und wollen ihren Auszug beschleunigen. Doch eine Einigung scheiterte bisher an den schlechten Angeboten der Baufirmen. Am 11. November soll es eine Grundsatzdiskussion im Stadtrat über den Schwarzwaldhof geben. Ob über eine zu erlassende Veränderungssperre (den Antrag wollen SPD, Grüne und Bunte stellen) abgestimmt wird, ist noch unklar. Klar ist nur, daß auch die Baufirmen versuchen, eine Entscheidung herbeizuführen. So sollte eine Frau der FWV (Freie Wähler Vereinigung), die sich noch unklar war, ob sie für oder gegen die Veränderungssperre stimmt, durch einen Bestechungsversuch „überzeugt" werden. „Leider" wurde dieser Versuch in der Öffentlichkeit bekannt.



Unsere Aktivitäten

Unsere Aktionen laufen im Moment auf zwei Ebenen. Einmal auf der Verhandlungsebene. Wir haben durch die Öffentlichkeitsgruppe jetzt die Bedingungen aus dem ersten Gespräch mit der Stadt erfüllt und den Bürgermeistern einen Finanzierungsplan vorgelegt. Außerdem ist eine Unterschriftenaktion in der näheren Umgebung angelaufen, um das Ruhestörungsargument zu entkräften. Da jedoch unsere Stärke auf der Straße liegt, planen wir am 17. Oktober einen „Zug der Unzufriedenen", auf dem alle Unzufriedenen ihre Ablehnung gegen die Wohnraumpolitik und überhaupt alles, was ihnen stinkt, rauslassen sollen. Ob dieser „Zug" wirklich groß wird, bleibt abzuwarten, steht doch das Züricher Vorbild dahinter und wissen wir doch, daß es meist unmöglich ist, Aktionen, die in anderen Städten gelaufen sind, erfolgreich auf die eigene Situation zu übertragen. Zu einem einberufenen Großplenum kamen immerhin ca. 200 Leute. Alles Unzufriedene? Sicher ist Freiburg nicht Zürich – aber ein Hauch von schweizer Jugendrevolte kann nicht schaden! Der Häuserkampf geht weiter! Der Schwarzwaldhof wird nicht geräumt!

Wilhelm Wild, Schwarzwaldhof (freischwebender Unterstützer der KB-Gruppe Freiburg)

Dokumentation

"Daß der Tod uns lebendig findet und das Leben uns nicht tot" Dokumentation über Leben im und Räumung vom Dreisameck. Von den Besetzern selbst.
Bestellungen (Stück 11,–DM) an Buchhandlung Jos Fritz Wilhelmstraße 15 7800 Freiburg

Im „Jos Fritz" gibt es auch die Zeitung „Zunder". Preis: 1,50 DM plus Porto.



Besetzt — geräumt

Hamburg. In Eimsbüttel besetzten am 11.10.80 40 Jugendliche eine leerstehende, inzwischen der Hamburger Sparkasse gehörende Discothek, um gegen die Jugendfreizeitmisere in diesem Stadtteil zu protestieren. In einem Flugblatt schreiben die Besetzer: *„Wir haben heute zu diesem Mittel der Besetzung des ehemaligen ORPHEUS gegriffen, um die Politiker nochmals auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Helft uns, gebt uns eine Unterschrift für ein „Haus der Jugend" in Eimsbüttel-Nord."*

Nach vier Stunden und einem 'Gespräch' mit der Polizei verließen die Besetzer die Disco. Es wurden reichlich Unterschriften gesammelt, und am folgenden Montag hatten die Jugendlichen Gelegenheit, im NDR über ihre Aktion zu berichten.

Mühlheim a.d. Ruhr: Um ein Jugendzentrum geht es auch in Mühlheim. 110 Jugendliche besetzten am 4.10.80 ein ehemaliges Kino, um zukünftig von einer besseren Position aus mit der Stadt über geeignete Räume verhandeln zu können.

Essen: Wegen der Kündigung ihrer bisherigen Räume besetzten Kinder und Eltern des Kinderhauses Essen am 3.10.80 ein altes Schulgebäude und begannen, sich dort einzurichten. Doch fast gleichzeitig rückten 40 Behelmte an und störten den Einzug erheblich. Nach mehrstündigen Verhandlungen auch mit Stadtvertretern mußten die Besetzer, um die Kinder zu schützen und das Mobilar zu retten, der staatlichen Gewalt weichen.

Bochum: Mit Anklagen wegen Hausfriedensbruchs werden 12 Mitglieder einer Besetzungsaktion in Bochum bedroht. Anfang Oktober hatten sie mit anderen eine leerstehende Villa besetzt, die umgebaut und zu Wucherpreisen vermietet werden soll. Obwohl die örtliche Presse wohlwollend berichtete und die Besetzer ihren friedlichen Rückzug angekündigt hatten, schickte der Bürgermeister doch noch seine Truppen, die den Frieden im Haus brachen.

Wohnungskommission

Die Brauerei ein Haus für uns!

Und wieder Ärger mit der „taz"

Das Plenum der Initiative Kulturbrauerei Moabit hat sich in einem Offenen Brief, der an verschiedene linke Zeitungen geschickt wurde, über die mehrmonatige Mißachtung durch die „Tageszeitung" ("TAZ") beschwert. Das ist leider nicht der erste Fall, bei dem sich die „TAZ" durch Ignorieren einer Initiative gegen ihr eigenes Konzept stellt. Der Arbeiterkampf hilft gerne mit, durch den Abdruck der nachfolgenden Selbstdarstellung Öffentlichkeit und Solidarität zu schaffen.



Selbstdarstellung der Initiative „Kulturbrauerei in Moabit"

Kein Kino - kein Bürgertreff für Deutsche und Ausländer, für junge und alte Menschen, zum Bierausschank degenerierte Jugendheime, ein paar gesamtberliner Kultureinrichtungen fernab vom eigentlichen Kietz wie Philharmonie und Staatsbibliothek, aber kein Platz für Kunst machen und sehen, gemeinsam handwerkern, feiern und tanzen keine machen und sehen, gemeinsam handwerkern, feiern und tanzen, keine Räume zum Theater spielen und sehen, Filme und Fots machen....

DAS IST MOABIT.

Aufgrund dieser katastrophal negativen Bilanz für einen Bezirk, in dem vor allem Arbeiter, kleine Beamte und Angestellte, ausländische Arbeiter, dazu noch Studenten und Rentner wohnen, bildete sich bei den Jungsozialisten Tiergarten Anfang Mai 1979 unsere Initiative zur kommunalen Kulturarbeit:

Was Moabit – was Wir brauchen, ist eine Kultur der Basis, des Anfassens, Selbermachens, Selberentdeckens, Selbereroberns, – des Schritt-für-Schritt-Entwickelns in eigener Aktivität, losgelöst vom passiven Nur-Konsum – das ist die Kultur der Rockgruppen, das ist die Lebensgestaltung der „Grauen Panther" -Altenbewegung, dazu gehören die Aktivitäten der Progressiven Volkseinheit der Türkei - HDB mit ihrer Theatergruppe - in der türkische Arbeiter s i c h für sich selbst und ihre Freunde und Genossen spielen, dazu gehören Filmgruppen, Töpferei-Batik -Mal-Handwerks- und Bastelgruppen, Theatervereine zum Selberspielen und zum Zuschauen, Fragen, Diskutieren, Eingreifen. Vor allem gehört dazu ein zentraler Bürgertreff, wo man sich außerhalb von Hamburger- und Steakhauskommerz trifft, bei Kaffee/Tee und Kuchen oder bei Bürger-kochen-für-Bürger-Essen, zum Miteinander-reden, Pläne schmieden und vor allem, um den Nachbarn „Mensch" zu entdecken.

Diese Pläne brauchen Räume, und die Räume gibt es – ein großes burgähnliches Brauereigebäude in gelben Backsteinen, zentral im Herzen des Bezirks in der Stromstraße, wird von der Firma aufgegeben. Ein Senatsgutachten zur Nutzung des Gebäudes ist in Auftrag, schließt aber bisher eine Mitnutzung als Kulturhaus aus. Das durchzusetzen ist unser Kampf– ein Komplex von ca. 23000 qm bietet Platz für Mehrfachnutzung – für ein friedliches Mit- oder Nebeneinander von Gewerbe und Kultur.

Seit Gründung der Initiative haben sich außer interessierten Einzelpersonen zahlreiche Gruppen angeschlossen wie die Stadtteilgruppe Moabit, die Moabiter Stadtteilzeitung 21, die Allg. Jugendberatung e.V. mit dem Plan eines Arbeiterjugendzentrums, die Progressive Volkseinheit der Türkei, das Zanpollo Theater, Musikgruppen, die Beratungsstelle in Moabit, der Jugendklub Moabit, eine Gruppe für „klassische" Musik und die AL. Außerdem hat die Theatermanufaktur Interesse an dem Projekt bekundet und das Grips Theater ist interessiert an Proberäumen.

Wer Lust hat mitzumachen: bitte Lothar Treder-Schmidt, Tel.3934383 Ingrid + Heinrich Schwartz Tel. 3936226 oder Brigitte Schlottau Tel. 3915382 anrufen.

Dinné, die »Bürgerwehr« und der Kampf gegen »ideologisierte Hausbesetzer«



Der „Wienerhof" im Bremer Ostertorviertel

Die Gründung der „Schutzgemeinschaft Ostertor/Remberti" hat in Bremen zu heftigen Kontroversen geführt. Während die SPD sich mit „friedlicher Sanierung" zu profilieren versucht, basteln CDU und Teile der Bremer Grünen Liste (BGL) nach Kräften an einer reaktionären Mobilisierung der sogenannten „schweigenden Mehrheit" gegen „ideologisierte Hausbesetzer" (Olaf Dinne, BGL), die „anhaltende Ansiedlung von Problemgruppen wie Asylbewerber, resozialisierte Strafgefangene und Drogenabhängige", die „zunehmende Radikalisierung durch Extremisten" usw. (siehe auch Bericht im letzten ARBEITERKAMPF).

Erster Akt war die Abwahl der Sprecherin des Stadtteilbeirats Mitte, Uschi Voigt, die sich zusammen mit Ortsamtsleiter Herbert Wulfekul (beide SPD) in die Gespräche zwischen der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, der Neuen Heimat und den Besetzern des Gebäudekomplexes „Wienerhof" in der Weberstraße eingeschaltet hatte. Ergebnis dieser Gespräche war – nach einer langen und zähen Besetzung – ein Kompromiß: den Besetzern wurden akzeptable Ersatzwohnungen zugewiesen. Dieser Kompromiß führte zu wütenden Protesten der CDU, rechter SPD-Kreise und der BGL! Vorläufiger Höhepunkt war einer der schon berüchtigten Husarenritte Olaf Dinne's vor der Stadtbürgerschaft, in dem er der SPD vorwarf, zu *„bestimmten Entwicklungen"* (gemeint waren Hausbesetzungen) *„einzuladen"* und sein Antrag, *„keine Nutzungsverträge ... mit ideologisierten Hausbesetzern ... zu schließen und ... entsprechende Abkommen rückgängig zu machen"*.

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
10. Wahlperiode

Drucksache 10 / 164 S
26. 09. 80

Antrag des Abgeordneten Dinné (Gruppe der BGL)

Ostertor

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

a) die Sanierung im Ostertor/Remberti-Viertel zügiger als bisher voranzutreiben, insbesondere alle noch oder künftig leerstehenden Häuser im Wege der Privatisierung (Verkauf oder Erbbaurechtsvergabe) vor Instandsetzung und Sanierung der Wohnnutzung dem ordentlichen Vergabeverfahren zuzuführen;

b) keine Nutzungsverträge gleich welcher Art mit ideologisierten Hausbesetzern zu Lasten geltender Absprachen, Verträge und gesetzlicher Regelungen zu schließen und in diesem Sinne entsprechende Abkommen rückgängig zu machen;

c) den Ostertorschen zu ihren einfachsten Rechten zu verhelfen,

damit die positive Entwicklung der Bevölkerungsstruktur wieder weitergehen kann.

Die Stadtbürgerschaft begrüßt in diesem Zusammenhang, daß sich Bürger zur Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen artikulieren, zusammenschließen und Vertreter selbst wählen.

Die Stadtbürgerschaft verurteilt, daß solche urdemokratischen Zusammenschlüsse als „Sammelbecken von Antidemokraten" denunziert und durch den Vergleich mit dem NS-Blockwart-System (vom Staat nach dem Führerprinzip vorgesetzte Bonzen und Amtsdenunzianten) diffamiert werden.

Dinné (Gruppe der BGL)

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
10. Wahlperiode

Drucksache 10 / 166 S
30. 09. 80

Antrag der Fraktion der CDU

Unhaltbare Zustände im Ostertor/Remberti-Viertel

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der Stadtbürgerschaft einen Bericht vorzulegen, in dem

a) die Probleme im Ostertor/Remberti-Viertel dargestellt und

b) Problemlösungen vorgeschlagen werden.

In diesem Bericht ist insbesondere darzulegen,

1. wie sich in den letzten 10 Jahren die Bevölkerungs- und Sozialstruktur unter Berücksichtigung der demographischen Komponenten verändert hat,

2. wie sich in diesem Zeitraum die Wirtschaftsstruktur (insbesondere die Anzahl und Art der Einzelhandelsgeschäfte, Handwerksbetriebe, Gaststätten und Vergnügungsbetriebe) verändert hat,

3. welche Maßnahme der Senat ergreifen will, um

   a) die Bevölkerungs- und Sozialstruktur sowie die Wirtschaftsstruktur zu verbessern,

   b) den Wohnungsbestand qualitativ zu verbessern,

   c) den ruhenden und fließenden Verkehr zu ordnen,

   d) den Freizeitwert zu heben,

   e) die zügige Durchführung bzw. Beendigung der Sanierung zu gewährleisten,

4. wie der z. Zt. rechtswidrige Zustand der Hausbesetzungen beendet werden soll.

Kudella, Neumann und Fraktion der CDU

Das Ostertor oder: Wie ein „Problemviertel" entsteht

Nachdem Ende der 60er Jahre mit der „Mozartstraße" Ernst gemacht werden sollte, verließen viele Bewohner das Viertel aus Angst vor der Stadtautobahn. Häuser standen leer, teilweise wurden sie abgerissen, teilweise gammeln sie noch heute vor sich hin. Die mit der Trasse drohende restlose Zerstörung des Viertels wurde jedoch von den Bewohnern verhindert, die Pläne wurden zu den Akten gelegt. Inzwischen waren im „unattraktiv" gewordenen Gebiet die vom Abbruch bedrohten Häuser immer mehr an „mobilere" Gruppen vom Abbruch bedrohten Häuser immer mehr an „mobilere" Gruppen vermietet worden: Studenten, Wohngemeinschaften, Ausländer – sprich: Randgruppen, die man auch schnell wieder auf die Straße setzen kann. Gegen die drohende „Verslumung" des Ostertors – die *„zunehmende Ansiedlung von Vergnügungsbetrieben und Randgruppen"* – trat die SPD Anfang der 70er Jahre mit einem langfristigen „Sanierungskonzept" an, das inzwischen Wirkung zeigt: die Mieten sind in astronomischen Höhen gestiegen, Boutiquen siedeln sich gleich dutzendweise an und der Ausländeranteil an der Bevölkerung ist rückläufig! Vor diesem Hintergrund gesehen entlarven sich die verbalen Kraftakte, mit denen die „Schutzgemeinschaft", CDU und Teile der BGL eine drohende „Verslumung" des Viertels suggerieren wollen, als Farce. Ihnen geht es vielmehr darum, die linke und alternative „Szene", die mit der ihr eigenen Kultur Bestandteil des Ostertors geworden ist, hinauszudrängen – endgültig, und im *„Ernstfall sollte die Polizei keinen Zweifel daran aufkommen lassen, wer das Heft in der Hand"* hält, wie es auf der Pressekonferenz der „Schutzgemeinschaft" hieß.

„Wir wollen doch nur ruhig schlafen können"

Auf dieses menschliche Grundbedürfnis versuchten Mitglieder der „Schutzgemeinschaft" ihren politischen Anspruch zu reduzieren, als sie auf der öffentlichen Beiratssitzung heftigen Angriffen ausgesetzt waren. Auch hätte man ja gar nichts gegen Ausländer und Wohngemeinschaften, es seien nur zu viele ...

Unterstützung erhielten sie dennnoch: von der CDU (gesamte Fraktion), der „Kanalarbeiterriege" der SPD (ohne deren Stimmen die Abwahl ihrer Genossin Uschi Voigt gar nicht möglich gewesen wäre) – und der BGL. Deren Abgeordnete Hanna Ehmke stellte den Antrag, in einem Schreiben an alle Haushalte im Viertel die Angriffe gegen die „Schutzgemeinschaft" zurückzuweisen.

Ansonsten stimmte sie fleißig mit der CDU. Und noch einer ist dabei: Heribert Rau (bei ihm traf sich die „Schutzgemeinschaft"), eine etwas undurchsichtige Figur am rechten Rand der BGL, früher im Vorstand der inzwischen aufgelösten „Partei freier Bürger", einer Rechtsabspaltung von der CDU und eindeutig zweideutigen Verbindungen in die ganz rechte Bremer Szene.

ganz rechte Bremer Szene.

Dinne contra Hausbesetzer

Seinen endgültigen Abschied aus der alternativen Bewegung gab Olaf Dinne – selber beteiligt an drei Häusern im Ostertorviertel – zwei Tage nach der Beiratssitzung vor der Stadtbürgerschaft. In einem Antrag, der sich von dem der CDU inhaltlich nicht unterscheidet, im Konkreten sogar darüber hinausgeht, fordert er u.a. die *„Privatisierung aller noch oder zukünftig leerstehenden Häuser"* und *„keine Nutzungsverträge gleich welcher Art mit ideologisierten Hausbesetzern ... zu schließen und in diesem Sinn entsprechende Abkommen rückgängig zu machen"* (siehe Kasten). In seinen Ausführungen sprach er von *„krankhaften Entwicklungen"* im Ostertor, denen *„organisiert entgegengetreten werden muß"*. Der SPD warf er vor, *„Krankheitssymptome"* eines Stadtteils einfach positiv umzubenennen zu *„gewachsenen Bedürfnisstrukturen"*, die einen größeren Freiraum erforderten; das wiederum erfordere einen *„ständig expandierenden Sozialhaushalt"* und das sei *„auf die Dauer finanziell nicht durchhaltbar"*!

Der Fairneß halber sei hinzugefügt, daß Olaf Dinne – nach heftigen Auseinandersetzungen in der BGL, wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war – seinen Antrag nicht im Namen der BGL, sondern nur als Einzelperson stellen konnte. Allerdings: solange sich die Dame und Herren Brox, Adamietz und Willers nicht ö f f e n t l i c h von derartigen Ausfällen Dinne's distanzieren, müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie diese Politik mittragen! Eine Politik, von der sich die Bremer SPD nach Knüppeleinsätzen gegen Hausbesetzer und Demonstrationsverboten auch noch 'links' profilieren kann, indem sie – wie der SPD-Abgeordnete Sixt – Dinne (zu Recht) zum **„Südstaatler des Ostertors"** erklärt. Schützen wir das Ostertor vor Olaf Dinne und Konsorten!

KB-Gruppe Bremen

»Hospitalstraße 6« — ein Videofilm

Über die Besetzung des Hauses Hospitalstr. 6 in Hamburg – wir berichteten in AK 186 auf Seite 10 ausführlich darüber – haben Leute des MPZ (Medienpädagogik Zentrum e.V.) einen Videofilm gemacht. *„Der Film schildert die Vorbereitung, die eigentliche Besetzung und die Verhandlung zwischen der Wohnungsbaugesellschaft SAGA und den Besetzern. Im zweiten Teil wird die Räumung durch die Polizei und die sofortige Zerstörung durch einen SAGA-Bautrupp geschildert. Reaktionen von Anwohnern und Passanten werden in Form von Gesprächen, Interviews und Stellungsnahmen berücksichtigt.*' Der Film kann ausgeliehen werden über

**MPZ-Hamburg, Thadenstr. 130 a,
2 Hamburg 50, Tel.: 4397259
(Mo-Sa 18 - 19 Uhr)
und „Die Thede", Thedestr. 85,**

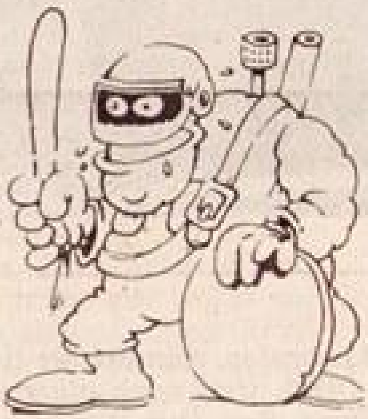
2 Hamburg 50.

(Bei Bestellungen bitte Videonorm angeben)

»bilka grüßt die Instandbesetzer«

Gerade zu Besuch in Westberlin gingen wir am 10.10. auf die Hausbesetzer-Demonstration, die unter dem Motto „Lieber Instandbesetzen als kaputt besitzen" stand. Ca. 2.000 Leute versammelten sich, um gegen die Sanierungspolitik und drohende Räumung instandbesetzter Häuser zu demonstrieren. Aufgerufen hatte das gesamte linke Spektrum bis hin zur AL und Judos. Schon bei der Hinfahrt zum Versammlungsplatz fiel uns das große Polizeiaufgebot in Seitenstraßen auf.

Am Anfang war die Demo so 'ne Art Besichtigungsrundgang: Vorbei an instandbesetzten Häusern, an Sanierungsprojekten (leises Raunen ging durch die Menge: „Da müßte man doch mal..."), aufgelockert durch Musik und kurze Redebeiträge. Die Hausbesetzer hatten die Fassaden mit Transparenten verziert, und gerade die türkischen Einwohner traten der Demo mit viel Sympathie gegenüber.



Am Heinrichplatz war es endlich so weit: Ein Gebäudekomplex wurde instandbesetzt und nützlicheren Zwecken zugeführt, als den alliierten Truppen zum Training von Nahkampf zu dienen... Von dort ging die Demonstration weiter, wobei die Scheiben einer namhaften Bank zu Bruch gingen. Dies nahmen die Bullen zum Anlaß, uns bis zur Abschlußkundgebung ringsum zu „eskortieren", wobei sie allerdings nicht darauf verzichten konnten, vor jeder Bank nochmal „extra" zu „schützen". Unterwegs bekamen wir Unterstützung von ganz und gar unerwarteter Seite: Vom Dach eines Laden der westberliner Kaufhauskette „bilka" („billig K(l)au(f)en") wurde in Original – „bilka" – Schrift ein Riesentransparent entrollt: „bilka grüßt die Instandbesetzer" (mit dem berühmten eingekreisten A). Als „Gegenleistung" wurde versprochen, dort nicht mehr sich selbst zu bedienen...

Nach der Abschlußkundgebung (Reden von den Hausbesetzern, der AL und zur Lage der Frauen im Knast in der Lehrter Straße) zog ein Großteil der Leute zurück zum Heinrichsplatz, um die „frischen" Instandbesetzer zu unterstützen, nachdem bekannt wurde, daß dort



ein größeres Bullenaufgebot zusammengezogen worden war. Auf dem Rückweg ließen einige Demonstranten an vorbeifahrenden Polizei-Mannschaftswagen ihre Wut (Fußtritte) aus, die die Bullen sofort dazu ausnutzten, brutal auf die Leute einzuknüppeln. Es sollen auch welche festgenommen worden sein.

Abends (wir waren nicht mehr dabei) wurden in Kreuzberg Barrikaden errichtet, weil mit einem weiteren Bulleneinsatz gerechnet wurde. Insgesamt war das wohl eine Demo, die den Hausbesetzern Mut gemacht haben dürfte. Nun noch ein paar Takte zur Berichterstattung der „taz" (13.10.80). Der/die Artikel-



schreiber/in (Ve) schrieb unter der Schlagzeile :„*Der 'Krieg' fand nicht statt": „Die Polizei dachte nicht daran, sich provozieren zu lassen"*. Es ist doch wohl eher andersrum verlaufen: Nachdem e i n e Scheibe einer Bank zu Bruch ging, mußten wir uns von einem recht großen Bullenaufgebot wie eine Schafsherde eingepfercht begleiten lassen. Wer „spielt" da „Krieg"? Oder: Ein Fußtritt gegen einen Bullenwagen - und sofort massiver Prügeleinsatz. Nennt man das „sich nicht provozieren lassen"? In der Tat wurden nach diesem Knüppeleinsatz etwas „wahllos ... Scheiben eingeschlagen". So wurde einem Gemüseladen die Scheibe zertrümmert. Aber in der „taz" findet sich kein Wort davon, daß der Schaden nach einer Diskussion zurückerstattet wurde! Das kam



sogar mir als „Provinzler auf Besuch" zu Ohren. Nach dem Lesen des „taz" Artikels dachte ich zuerst, ich wäre auf 'ner anderen Demo gewesen ... Und für eine mögliche Hetze gegen die Hausbesetzer-Demo hat Ve. auch schon die „Schuldigen" parat: *„Man läßt die Demonstranten sich 'ausa-*



gieren', bietet keine Angriffsfläche und versucht damit, die Hausbesetzer in der Öffentlichkeit ins Unrecht zu setzen". So ein Artikel, der prügelnde Bullen verschweigt, den Hausbesetzern „wahlloses Scheibeneinschlagen" vorwirft, ohne deren Selbstkritik zu nennen - so ein Artikel trägt auch dazu bei, „die Hausbesetzer in der Öffentlichkeit ins Unrecht zu setzen"!

Lieber instandbesetzen als kaputtbesitzen!

Ein Genosse aus Flensburg

Der Richter und die Rollstuhlfahrer

Pünktlich zur Buchmesse am 7.Oktober schickten sich in Frankfurt Richter an, ein Buch zu zensieren, in dem ihrer Meinung nach "ein Kollege" verleumdet wird.

Das Buch, um das es geht, ist dem regelmäßigen AK-Leser nicht unbekannt: Die Dokumentation über das "Behindertenurteil von Frankfurt" (25.2.80), erschienen im Fischer-Taschenbuch-Verlag, herausgegeben von Ernst Klee.

Der Richter dieses diffamierenden Urteils, Otto Tempel, fühlt sich in Klees Buch in zwei Passagen verleumdet. Er, der im Prozeß im Februar eine Gruppe von schwedischen Körperbehinderten als *"geistig behindert"* einstufte (wobei er übrigens jede Sachkenntnis vermissen ließ und stattdessen einem Gutachter vertraute – der allerdings nie einen der schwedischen Behinderten zu Gesicht bekam!), mußte sich in Klees Buch deshalb von Bengt Lindquist, Präsident des "Schwedischen Zentralkomitees der Behinderten" berechtigte Kritik anhören: "*Ich meine, daß der Richter lügt, wenn er behauptet, daß es schwer geistig Behinderte waren, das ist eine reine Lüge. Ich weiß nicht, woher er das hat, aber eine Lüge ist es und das können wir hier in Schweden beweisen.*" Der schwedische Zeuge wurde am 7.10. vom Gericht nicht zugelassen!

In der zweiten Passage des Buches, die Richter Tempel die Ehre abschneidet, geht es um einen Telefonanruf von ihm an eine Lehrerin im "Rehabilitationszentrum Neckargmünd". In diesem Telefonat warnte Tempel vor einer Teilnahme an der Protestdemonstration gegen das von ihm gefällte Schandurteil. Rollstuhlfahrer mit Molotow-Cocktails würden da angerollt kommen. Bekanntlich hat seine Stimmungsmache damals ja wenig genützt: Im Februar demonstrierten 5.000 gegen das Urteil – meist Behinderte. Im jetzigen Prozeß bestätigte die Lehrerin Tempels Anruf und dessen Inhalt. Doch wenn die Richterehre eines Otto Tempel auf dem Spiel steht, helfen auch keine Tatsachen oder gar Entlastungszeugen: Die beiden Passagen des Buches müssen – laut Urteil – ab nun geschwärzt werden. Im überfüllten Gerichtssaal quittierten behinderte Zuhörer dieses Zensururteil mit lautstarkem Protest: **"Ein and'res Volk such Dir, Gericht; in unsrem Namen sprachst Du nicht!"**

Ernst Klee schrieb vor diesem Prozeß in einer persönlichen Erklärung: *"Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle ihren Platz haben. Eine Gesellschaft, in der Behinderte und sog. Nichtbehinderte gemeinsam leben, lieben, arbeiten, trauern, feiern, Urlaub machen.... Man mag mich als Einzelperson verurteilen, doch kein Gericht kann etwas an der Solidarität derer ändern, die Benachteiligungen Behinderter verhindern wollen.... Wir leben in einem Land, das Behinderte von staatswegen ermordet hat. Das muß uns die Kraft geben, ähnliches bereits im Ansatz zu verhindern."*

Ernst Klee hat den Prozeß verloren, er muß deshalb für die Kosten auch aufkommen. Unterstützen wir ihn. Spendet auf das Sonderkonto Frankfurter Behindertenurteil, August Steiner, Postscheckamt Dortmund Nr. 21 49 31 – 463

Behinderten–Kommission



Ernst Klee, der Leiter des Frankfurter VHS-Kurses „Bewältigung der Umwelt", vor dem Gerichtsgebäude.

In der zweiten Passage des Buches, die Richter Tempel die Ehre abschneidet, geht es um einen Telefonanruf von ihm an eine Lehrerin im "Rehabilitationszentrum Neckargmünd". In diesem Telefonat warnte Tempel vor einer Teilnahme an der Protestdemonstration gegen das von ihm gefällte

ren, er muß deshalb für die Kosten auch aufkommen. Unterstützen wir ihn. Spendet auf das Sonderkonto Frankfurter Behindertenurteil, August Steiner, Postscheckamt Dortmund Nr. 21 49 31 – 463 Behinderten–Kommission

Neues vom Wohnungshai

Seit vier Jahren kämpft die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) gegen Obdachlosigkeit und Wohnungsnot in Köln. Im Hansa-Viertel will die Allianz-Versicherung samt und sonders alles in einen riesigen Betonklotz verwandeln. Dort hat die SSK zur Zeit noch drei Häuser besetzt und hofft jetzt die Aktion durch eine überregionale Flugblattaktion (wir haben es nebenstehend abgedruckt) noch ausweiten zu können und die Verantwortlichen unter Druck zu setzen. Die SSK erbittet Hinweise, wo die Allianz sonst noch mit der Woh-

Seit vier Jahren kämpft die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) gegen Obdachlosigkeit und Wohnungsnot in Köln. Im Hansa-Viertel will die Allianz-Versicherung samt und sonders alles in einen riesigen Betonklotz verwandeln. Dort hat die SSK zur Zeit noch drei Häuser besetzt und hofft jetzt die Aktion durch eine überregionale Flugblattaktion (wir haben es nebenstehend abgedruckt) noch ausweiten zu können und die Verantwortlichen unter Druck zu setzen. Die SSK erbittet Hinweise, wo die Allianz sonst noch mit der Wohnungsnot klüngelt (die Adresse entnehmt bitte dem Flugblatt).

Wohnungs-Kommission

Allianz auf Raubzug

[illegible]

An alle Kunden der Allianz !

Fragen Sie, ob die Allianz weiterhin mit ihren Beiträgen auf Kosten der Kunden mit protzigen Marmorpalästen guterhaltene Wohnviertel zerstören will .

Warum ihr keine zweckmäßigen Verwaltungsgebäude genügen, für die keine Menschen vertrieben werden mussen .

Fordern Sie die Allianz auf, die leeren Wohnungen in der Erftstr. sofort an Wohnungssuchende zu vermieten.

Schreiben Sie an die Allianz. Von-Werth-Str. 37-49, 5 Köln 1
Tel. 0221/57311 und 131557, und an Ihren Versicherungsagenten.

SSK
Sozialistische Selbsthilfe Köln

Neues vom Wohnungshai Kaußen

Düsseldorf. Der berüchtigte Kölner Wohnungshai Kaußen hat vergangenes Jahr in der Heinrichstraße eine ganze Häuserzeile mit Sozialwohnungen gekauft.

Offenbar beabsichtigt er, diese verkommen zu lassen, um sie dann an besonders gewinnbringende Mieter wie ausländische Kollegen zu vermieten.

Er vermietet leerstehende Wohnungen nicht mehr, so daß derzeit schon sieben Sozialwohnungen leerstehen.

Von der Stadtverwaltung verhängte Ordnungsgelder beeindrucken ihn auch nicht. Kaußen hatte sogar die Unverschämtheit, einen ihm überreichten Berechtigungsschein eines Wohnungssuchenden nicht wieder herauszugeben.

Detlef/Düsseldorf

Alte Mensa besetzt

Düsseldorf. Angesichts der auch in Düsseldorf katastrophalen Lage der Studienanfänger, die keine Wohnungen finden, haben 30 Studentinnen und Studenten am 9.10. die seit zwei Jahren leerstehende alte Mensa besetzt. Diese haben sie bis auf weiteres als Übergangsunterkunft für wohnungslose Studenten eingerichtet.

Darüber hinaus fordern sie von der Stadt, daß diese die zum Abriß vorgesehenen 160 Wohnungen am Flughafen und 20 leerstehende Häuser in der Theodorstraße den Studenten zur Verfügung stellt.

Detlef/Düsseldorf

Kunstfehler bestätigt – Prozeß geht weiter

Am 23. August 1978 kommt in den Städtischen Kliniken Dortmund Sabine B. zur Welt. Sie ist körperlich und geistig behindert, leidet an epileptischen Anfällen. Die Eltern verklagten die Frauenklinik der Stadt Dortmund, weil sie die Ursache der Behinderung in den Umständen der Geburt sehen.

„Nachdem die Geburt um 9.30 Uhr eingeleitet und in den frühen Abendstunden noch kein Fortschritt eingetreten war, mußte ein auf der Station allein zurückgebliebener Assistenzarzt die Saugglocke zu Hilfe nehmen. Erst nach mehrmaligem Ansetzen, nachdem auch die Zange erfolglos eingesetzt worden war, gelang es dem von zu Hause gerufenen Oberarzt, die Geburt gegen 20 Uhr zu vollenden" („Westfälische Rundschau", 24.9.80).

Das Landgericht Dortmund *„bestätigt der städtischen Frauenklinik mangelnde Aufklärung der schwangeren Frau. Deshalb sei der geburtshilfliche Eingriff rechtswidrig gewesen. Ursula und Pejo B. hatten keine Möglichkeit, die programmierte Geburt abzulehnen. Auch über die Risiken der Saugglocken- und Zangengeburt war die Mutter nicht aufgeklärt worden. (...) Das Gericht urteilt, daß die Beklagten zum Schadenersatz verpflichtet sind und alle künftigen materiellen Schäden ersetzen müssen"* („WAZ", 19.9.80).

Die beklagte Stadt Dortmund legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Sie tat dies, *„obwohl erstinstanzlich vom Landgericht Dortmund festgestellt wurde, daß uns Eltern bei Sabines Geburt keine freie Entscheidung über die Geburtsmethode gelassen wurde,*

– obwohl Mißstände in der Dortmunder Frauenklinik offensichtlich sind (ein erst dürftig ausgebildeter Assistenzarzt durfte allein komplizierte geburtshilfliche Operationen ausführen; Frauen müssen entsprechend den Erfordernissen des Krankenhausbetriebes entbinden (...),

– obwohl die Rechtsanwälte der Stadt und des beklagten Assistenzarztes noch bei der Gerichtsverhandlung am 15.8. ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einem außergerichtlichen Vergleich erklärten, was wir vor Einreichen der Zivilklage monatelang vergebens versucht haben.

Wir sind tief getroffen, weil dieses Vorgehen weder uns Eltern und unserem Kind nützt noch an den Bedingungen der Geburtshilfe in der Dortmunder Frauenklinik etwas ändert. Anderen Eltern kann seit zwei Jahren täglich Ähnliches geschehen.

Die programmierte Geburt ist und bleibt menschenunwürdig und frauenfeindlich. Nur in Ausnahmefällen ist eine künstliche Einleitung der Geburt medizinisch notwendig" (aus einer Pressemitteilung der Eltern, vom 25.9.80).

Der Teilerfolg der ersten Instanz (gerichtlich wurde festgehalten, daß Ärzte gegenüber ihren Patienten eine Aufklärungspflicht haben und eventuelle Risiken dem Patienten mitgeteilt werden müssen) wird durch die Berufung in Frage gestellt. Die Eltern wollen jedoch trotz weiterer nervlicher und finanzieller Belastungen in ihren Forderungen nicht nachgeben. Sie hoffen auf eine breite öffentliche Unterstützung!

Gesundheitskommission

Alle Jahre wieder...

Frauen-Sommeruni '80



Auf der Frauensommeruni in West-Berlin vom 29.9.-4.10.80, dem größten jährlichen Ereignis der autonomen Frauenbewegung drängten sich wieder mehrere Tausend Frauen in ca. 140 Seminare. Das Schwerpunktthema: „Biederer Alltag – radikale Träume, Realität und Utopien erwerbstätiger Frauen" wurde um frauligfaltige andere Themen ergänzt; darüber hinaus sorgte ein riesiges Kulturprogramm fürs Abschalten und Vergnügen. Auf über 30 Büchertischen präsentierten Frauen und Frauenprojekte Informationen, selbstgeschriebene Bücher und Zeitungen sowie Poesie und Literatur. Zensur gab es in diesem Jahr (Clara sei dank) nicht, alle politischen Strömungen der Frauenbewegung und linke Organisationen konnten ungestört zu Arbeitsgruppen einladen oder ihr Informationsmaterial vertreiben. Dennoch wollte die Vorbereitungsgruppe für die Sommeruni es sich nicht nehmen lassen, sich im Vorwort des Programm's und auf der Abschlußveranstaltung von den organisierten Frauen (insbesondere dem SFBW) und ihren Aktivitäten politisch abzugrenzen bzw. auch für die nächste Vorbereitung die organisierten Frauen auszuschließen. Als wesentlicher Grund werden die angeblich schlechten Erfahrungen mit den organisierten Frauen und deren „taktisches Verhältnis zur Frauenbewegung" vorgebracht. Trotz dieser Abgrenzung haben wir KB-Frauen in keinem Seminar die Erfahrung machen müssen, daß wir wegen unserer Organisationszugehörigkeit weniger akzeptiert oder angehört oder gar diskriminiert wurden. Im Gegenteil, fast überall zeigten Frauen großes Interesse an unseren Publikationen, die wir meist nach den Arbeitsgruppen anboten.

Wie in jedem Jahr quollen die meisten Seminar-Räume mit Frauen über und es ist immer wieder erstaunlich, mit wieviel Geduld und Humor sich die Frauen über diese Bedingungen hinwegsetzten. Fasziniert waren wir immer wieder, wie 100 und mehr Frauen, die sich kaum kannten, miteinander diskutierten, aufeinander eingingen, ihre Erfahrungen in der politischen Arbeit oder auch ganz „privat" berichteten, und wie in Auseinandersetzungen von einander gelernt wurde.

Die Probleme, die auftauchten, sind meistens aus den Vorjahren schon bekannt:

- **Das Konzept der Veranstalterinnen wird von Frauen, denen es zu theoretisch oder zu pragmatisch erscheint, umgeschmissen; die Veranstaltung wird umfunktioniert, ein großer Teil der Teilnehmerinnen ist gefrustet, weil was Anderes erwartet worden ist. Das Problem zwischen mehr theorie- oder mehr praxisorientierten Frauen tritt jedes Jahr wieder auf.**
- **Manchmal hat es auch bei den Veranstalterinnen Gruppenprozesse gegeben und sie wollten plötzlich was Anderes machen.**
- **Da Abstimmungen verpönt sind, kostet die Einigung über den Verlauf der Arbeitsgruppe oft viel Zeit.**
- **Auch gehen die Diskussionen oft etwas durcheinander; bei so vielen Frauen gibt es halt viele rote und lila Fäden und auch mal Chaos.**
- **Manchmal ist auch die Erwartungshaltung bei den Frauen, etwas „serviert" zu bekommen, ein Problem.**
- **Ärger bzw. Mißtrauen gegen die Medienfrauen, die fotografieren und Tonbandaufnahmen machen, gab es auch dieses Jahr. Unangenehme Szenen bleiben nicht aus, wenn Medienfrauen einfach aus den Arbeitsgruppen rausgeschmissen werden.**

Auffällig war in diesem Jahr die große Anzahl von Lesbenveranstaltungen, die fast immer brechend voll waren, und zwar auch von Heteros und Bi-Frauen, was sich manchmal auch als störend erwies. Leider bewegten sich die meisten Seminare auf der Selbsterfahrungsebene (leider - wenn ausschließlich), aber auch dies ist ein erster Schritt in die Öffentlichkeit. Die Vielzahl der Teilnehmerinnen an den Seminaren ist auch ein erstes Anzeichen dafür, daß wir sicher bald mehr von der Lesbenbewegung zu spüren bekommen.

Wir Frauen vom KB waren auch nicht schlecht: Dreimal trafen wir uns aus rund 10 Städten und jedesmal wurde unsere Gruppe größer (neue Sympis!!). Wir organisierten toll den täglichen 8-stündigen Büchertisch, teilten uns in die Arbeitsgruppen auf, damit möglichst viel wieder in den KB zurückfließen kann. Abends beim Essen tauschten wir dann die vielen Denkanstöße von der Frauensommeruni aus. Es war ein schönes Gefühl, Frauen, die frau nur vom Sehen her kannte, näher kennen zu lernen und nicht so isoliert als KB'lerin herumzulaufen.

Wenn Frauen politisch arbeiten ... »ein steiniger Weg«

Auf der Sommeruni initierte Helga Grubitzsch die Arbeitsgruppe „Wenn Frauen politisch arbeiten". Mehr als 100 Frauen hörten mit Spannung dem Referat von Helga zu und diskutierten anschließend engagiert darüber.

Wir wollen im ersten Teil dieses Artikels eine Zusammenfassung des Referats von Helga geben, denn auch wir fühlen uns angesprochen und betroffen von diesen Problemen. Im zweiten Teil stellen wir die Diskussion in der Arbeitsgruppe dar. Sicher ist hieraus nicht die Lösung für alle unsere politischen Probleme in der Arbeit gegeben. Wir glauben aber, daß die Diskussion um „Frauen in linken Organisationen" hiermit einen Schritt vorangekommen ist.

Helga hat jahrelang in der Gewerkschaft und in linken Gruppen gearbeitet. Mit dem Schritt in die Frauenbewegung hat sie die Erfahrung gemacht, *„nicht nur gegen sich verschärfende Studienbedingungen, meine drohende Entlassung und verschiedene Formen der Disziplinierung, sondern auch und vor allem gegen mein Leben in allen Bereichen angreifende Diskriminierung als Frau"* zu kämpfen.

Die Arbeit in der Frauenbewegung machte Helga klar, daß nicht nur die Arbeit in linken Gruppen oder in Bürgerinitiativen politisch ist: „Auch die Frauenbewegung ist politisch; alle Aktivitäten, die Frauen in der Öffentlichkeit für ihre Befreiung entfalten, sind als ‚politische Arbeit' zu begreifen". Der Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen steht im engen Zusammenhang mit den Formen der Herrschaft und ihrer besonderen ökonomischen Verhältnisse. *„Für mich bedeutet der Kampf gegen patriarchalische Unterdrückung daher immer auch Kampf gegen die bestehenden bürgerliche Gesellschaft. Durch diese politische Position, die eine Alternative wie ‚Feminismus oder Sozialismus' ausschließt, ziehe ich mir nicht nur Anfeindungen von Seiten der Männer zu, sondern häufig genug auch Angriffe von Frauen".* In diesem Zusammenhang hat Helga angefangen, sich Gedanken zu machen über die Schwierigkeiten von politisch arbeitenden Frauen. Die Erziehung der Mädchen und Frauen hat für Helga sehr viel damit zu tun, „daß nämlich in dieser Gesellschaft aufgrund der bestehenden Arbeitsteilung der Geschlechter Politik in ihren herrschenden Formen tatsächlich Männersache ist."

Die gesellschaftliche Arbeitsteilung stellt die Frauen vor das Problem, die politische Arbeit, die Pflichten als Mutter bzw. dem Mann gegenüber und die meist ganztägige Berufstätigkeit irgendwie miteinander zu vereinbaren. Daß dies Problem historisch und gegenwärtig ist, beweist Helga mit den Autobiographien politisch arbeitender Frauen wie Adelheid Popp, Ottilie Baader und Lily Braun. Welche Schwierigkeiten für sie und viele andere Frauen bestanden, Mutter und Berufstätige zu sein und politische Arbeit zu leisten, wollen wir hier an einem Zitat von Lily Braun wiedergeben: *„Von nun an mußte ich mich um die täglichen Sorgen des Haushalts kümmern, mußte vor allem die Zeit erübrigen, um mit meinem Buben ins Freie zu gehen. Ich war viel zu ängstlich, um ihn sich selbst zu überlassen. Wie müde fühlte ich mich, wenn ich abends schlafen ging! Wie zerschlagen, wenn ich morgens erwachte! Wie lange noch würde ich aushalten können?! Und mehr denn je verlangte unsere Arbeit die ganze Nervenkraft, die volle Anspannung des Willens".* Die individuelle Kinderversorgung in unserer Gesellschaft und die stärkere emotionale Bindung der Mutter an das Kind führen nicht selten dazu, daß Frauen Schuldgefühle wegen einer mangelnden emotionalen Betreuung ihrer Kinder entwickeln. Darüber hinaus hält Helga fest: *„Je mehr sich die bürgerliche Frauenrolle mit ihren Anforderungen an die Gefühle der Mutter durchsetzt, desto stärker werden auch in dieser Hinsicht die psychischen Belastungen für berufstätige und/oder politisch arbeitende Mütter".* Das war damals so und ist heute nicht viel anders, auch wenn die Versuche, die Kindererziehung zu kollektivieren (in Wohngemeinschaften und Kinderläden), positive Ansätze sind, so hat sich doch gezeigt, daß häufig die materielle Grundlage fehlt und auf Dauer die Verbindlichkeit in diesen Einrichtungen ausgeblieben ist. Dieses Problem ist auch nicht in linken Organisationen gelöst und schon gar nicht in der traditionellen Arbeiterbewegung. Eine Arbeiterin von Lip schilderte diesen Konflikt: *„Die Frauen können über ihre Zeit weniger verfügen als die Männer. Sie haben die Sorge um ihren Haushalt. Ich könnte überhaupt nicht voll und ganz Delegierte sein. Ich hätte niemals die Zeit, alle Aufgaben richtig zu erfüllen. Eine Frau könnte gar nicht all das tun, was die Führer der Bewegung tun, oder sie würde ihre Familie riskieren, die Scheidung."*

Obwohl dieses Problem auch schon lange in der Frauenbewegung diskutiert wird und Forderungen nach Veränderungen der privaten Lebensformen als eine wesentliche Voraussetzung für die Befreiung der Frauen bestehen, können sie kaum realisiert werden. Diese Forderungen stoßen immer wieder „an die Grenzen eines patriarchalischen Politikverständnisses". Wie auch andere Frauen hat Helga die Erfahrung gemacht, daß das Mutter-Sein in der Frauenbewegung „mit starken gegenseitigen Verletzungen" diskutiert wird: *„Ich fühle mich diskriminiert, wenn manche Mütter mir vorwerfen, zum ‚eigentlichen' Frau-Sein würden mir die Kinder fehlen. Ich reagiere allergisch auf Idealisierungen der Mutterschaft, weil sie meiner Einsicht widersprechen, daß Mutterschaft in dieser Gesellschaft keineswegs nur eine Quelle von Kraft, Freude und starken, schönen Gefühlen ist, sondern auch Plackerei, Verhinderung von Entfaltungsmöglichkeiten und Unterdrückung bedeutet. Ich leide darunter, unter gesellschaftlichen Verhältnissen zu*

Fortsetzung nächste Seite

Autonomie und Frauenstatut im KB
Frauen in linken Organisationen

Wie schon im letzten AK berichtet, erschienen rund 100 Frauen zu unserer Veranstaltung auf der Sommeruni, auf der wir unsere frisch erkämpfte Autonomie und unser Frauenstatut zur Diskussion stellten.

Nur ca. ein Drittel der anwesenden Frauen war organisiert, der Großteil der Frauen arbeitet aber in gemischten Gruppen der Basisbewegungen, in Gewerkschaften u.a. mit, so daß alle die Erfahrungen, die wir im Kampf gegen den Chauvinismus innerhalb unserer Organisation machten/machen, mit eigenen Erfahrungen bestätigen konnten. Von daher war das Interesse an unserer Entwicklung zur Autonomie innerhalb des KB groß: Sehr solidarisch diskutierten wir, welche Möglichkeiten wir Frauen haben, innerhalb von gemischten Gruppen die patriarchalischen Strukturen wirksam zu bekämpfen.

Zu Anfang schilderte eine Genossin den Werdegang unserer Frauenpolitik, den ich hier kurz zusammenfasse:

Nachdem die Frauenpolitik des KB als wichtiger Bestandteil unserer gesamten Politik verankert schien, wurde vor einigen Jahren die Devise ausgegeben: „Macht die Frauenpolitik zur Aufgabe der gesamten Organisation" – allerdings in dem Sinne, daß die Frauengruppen sich auflösten und die Frauenpolitik stattdessen überall „mit"-diskutiert werden sollte. Das Ergebnis dieses Entschlusses war, daß unsere Frauenpoliitk den Bach runterging, die Genossinnen sich nicht mehr zusammensetzten, der Chauvinismus im KB wieder gedieh. Einzelne KB-Frauen arbeiteten trotzdem noch in der Frauenbewegung mit, allerdings zum Teil mit einer sektiererischen Herangehensweise, was m i t ein Grund dafür war, daß KB-Frauen aus einigen Frauenzentren rausflogen.

Mit den Anfängen einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung änderten sich die Inhalte der KB-Frauenpolitik – und wurden die Genossinen wieder stärker, sowohl in ihrer Frauenarbeit, als auch innerhalb der Organisation. Frauengruppen gründeten sich wieder im KB, der Chauvinismus wurde öffentlich im AK diskutiert, Frauenvollversammlungen fanden statt.

Mit der ersten Artikelserie der damaligen ZL vor einem Jahr fing eine Auseinandersetzung über unsere Frauenpolitik an, die einige Monate später mit zur Abspaltung der ZL, heute „Gruppe Z", führte. In dieser Auseinandersetzung wurde uns der Vorwurf gemacht, die Genossinen, die aktiv Frauenarbeit machten, stellten aufgrund ihrer Positionen „Grauzonen des Feminismus" im KB dar, wir würden uns dem „bürgerlichen Feminismus" zuwenden, anstatt kommunistische Frauenpolitik zu machen. Auch die von der damaligen ZL vertretene These, eine kommunistische Organisation sei in erster Linie ein „Zweckbündnis", in dem Diskussionen über „Privates" nicht viel zu suchen haben, war in erster Linie ein Angriff gegen uns Frauen, die wir uns am stärksten darum bemühen, daß das Private, weil es eben auch politisch ist, öffentlich gemacht wird.

Diese Auseinandersetzung hat uns damals zwar viel Nerven gekostet, hat uns aber auch gestärkt, indem wir uns wieder mehr zusammengesetzt haben, indem die gesamte Organisation sich an der Auseinadersetzung beteiligte und letztendlich hinter unserer Frauenpolitik gestanden hat. Für etliche Genossinen, die vorher schon mehrmals mit ihren Positionen in den Verruf einer „Fehlströmung" gekommen waren, war diese Entwicklung, für die auch die Leitung des KB, die gerade in der Frauenfrage die innerorganisatorische Auseinandersetzung immer gefördert hat, mitverantwortlich ist, auch eine persönliche Stärkung in ihrer Arbeit im KB.

Nach der Abspaltung der „Gruppe Z" bildeten wir unsere erste Frauenleitung und begannen mit der Diskussion um das Frauenstatut.

Das Frauenstatut, das unsere Strukturen und Sonderrechte fest-

Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von der vorherigen Seite

leben, die mir eine Entscheidung für oder gegen Kinder aufzwingen". Aus dieser Position einer kinderlosen Frau kommt Helga zu dem Schluß, daß nur die Frauen selbst für eine Veränderung ihrer Lebensbedingungen kämpfen können, weil niemand anders es für sie tun wird. *„Müttern und Nicht-Müttern bleibt gar keine andere Wahl, als gemeinsame Formen der politischen Arbeit zu finden, die sowohl ihren Gemeinsamkeiten als Frauen als auch ihren Unterschieden in der Belastung Rechnung tragen".*

Die Diskriminierung politisch arbeitender Frauen durch die Herrschenden

Seit Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft sind die Möglichkeiten für politisch arbeitende Frauen durch ihre „materielle Situation und die Schwierigkeiten, sie politisch zu artikulieren, eingeschränkt". Darüber hinaus würden politisch arbeitende Frauen öffentlich diskriminiert, weil sie aus ihrer Rolle als Frau ausbrechen. Ein historischer Rückblick zeigt, daß früher Frauen, die von einem Rednerpult sprachen, als „entsittlichend" galten, daß Frauen, die spät von Versammlungen kamen, von der Sittenpolizei als „potentielle Prostituierte" festgehalten wurden. *„Sozialdemokratinnen wurden in der Öffentlichkeit als ‚wahre Hyänen' beschrieben".* Die Herrschenden verurteilten politisch arbeitende Frauen sogar als verrückt. So wurde beispielsweise Agnes Wabnitz ins Irrenhaus gesteckt, weil sie gegen ein Gerichtsurteil in den Hungerstreik trat. *„Louise Michel wurde oft genug wegen ihres unerschrockenen Auftretens in der Öffentlichkeit und ihrer Verweigerung der Ehe für einen ‚pathologischen' Fall gehalten".* Weil Louise Michel zusammenbrach, als ihre Mutter starb, wurde dies in der Öffentlichkeit „als ein Anfall von Wahnsinn gedeutet". Später schreibt Louise Michel dazu:*„Und bei den schrecklichsten Ereignissen muß eine Frau immer noch tausendmal mehr Ruhe bewahren als die Männer. Auch wenn ihr der Schmerz das Herz zerreißt, darf sie sich doch kein Wort entschlüpfen lassen, das über das Übliche hinausgeht. Denn die von Mitleid irregeführten Freunde und die vom Haß getriebenen Feinde würden sie schleunigst in eine Heilanstalt bringen, in der sie, bei vollem Verstand, mit Wahnsinnigen begraben, die es vielleicht auch nicht waren, als sie eingeliefert wurden".* Diese Art der Diskriminierung politisch arbeitender Frauen konnte vor allem nach dem 1. Weltkrieg in „wissenschaftlichen und kriminalpolitischen Abhandlungen" nachgelesen werden. Frauen wie *„Theroigne de Mericourt, Rosa Lacombe, Mme Roland, Louise Michel, Rosa Luxemburg und viele andere mehr werden zu ‚Geisteskranken' erklärt; Psychosen, die ihnen angelastet werden, reichen von Dementia praecox über ‚manisch-depressives Irresein' bis hin zu irrepara-*

*ken' erklärt; Psychosen, die ihnen angelastet werden, reichen von Dementia praecox über ‚manisch-depressives Irresein' bis hin zu irrepara-**blen Ressentiments' aufgrund von ‚Defekten der Frau', wie ‚Krankheit, Häßlichkeit körperliche Mißbildungen oder erotische Abartungen".*Die Geschichte zeigt, daß Frauen aufgrund ihres Geschlechts besondere Diskriminierungen zu erleiden haben.

Daß dies heute nicht viel anders ist, beschreibt Helga an Beispielen wie der Klage von Alice Schwarzer gegen den „Stern", oder an der Tatsache, daß Kämpfe von Arbeiterinnen heruntergespielt werden, in der Öffentlichkeit häufig nur von „Arbeitern" die Rede ist.

Als „besondere Zielscheibe männlicher Hetzkampagnen" sieht Helga die Diskriminierung der RAF-Frauen. *„Ulrike Meinhof geisterte jahrelang als unmenschliches Monstrum durch die Presse, das – gemessen an den gesellschaftlichen Erwartungen von ‚Weiblichkeit' – natürlich viel verwerflicher und ‚teuflischer' handelte als ihre männlichen Genossen. Wie bei den männlichen Angehörigen der RAF, suchten Wissenschaftler in ihrem Lebenslauf nach Gründen für ihr ‚abweichendes Verhalten', statt sich mit den gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus auseinanderzusetzen".* Daß sowohl Männer wie Frauen der RAF von der Psycharisierung durch die Herrschenden betroffen waren oder sind, dürfte klar sein, aber auch hier ist am Beispiel Ulrike Meinhof's und anderer besondere Härte gegeüber den Frauen festzustellen. Bei Ulrike Meinhof versuchte die Bundesanwaltschaft, sie als Geisteskrank zu erklären; eine Gehirnoperation konnte nur verhindert werden, weil die internationale Öffentlichkeit massiv protestierte. *„Kriminologen, Psychologen und Sozialwissenschaftler bemühen sich, den hohen Anteil von Frauen in der RAF zu erklären. Dabei werden auch wieder Theorien aufgegriffen, wie sie in den 20er Jahren zur ‚revolutionären Frau' entwickelt wurden. ‚Sexuelle Abartigkeit', ‚emotionale Labilität', ‚ein unter starkem Aggressionsdruck leidendes Gemüt', Penisneid und krankhafte Wünsche nach einer phallischen Identität werden als Erklärungsansätze gebracht".* Auch Autorinnen wie Margarete Mitscherlich-Nielsen sprechen von einem „inneren Feindbedürfnis" der RAF-Frauen, oder gar von „Aggressionen, die infolge von Kränkungen des Selbstwertgefühls entstanden sind" – davon, daß „Frauen noch mehr als Männer" das Bedürfnis haben, „die Märtyrerrolle zu spielen", und – von der „suchthaften Lust am Spiel mit dem Tode". Derartige Autorinnen kommen zu dem Schluß, den Mutter-Tochter-Konflikt als die wichtigste Ursache für das Verhalten der RAF-Frauen auszugeben: *„Es mag deswegen für manche Terroristinnen ein primitiver Triumph sein, wenn sie erleben, daß die Verhältnisse sich umdrehen und Männer vor ihnen und ihrer Gewalttätigkeit zu zittern beginnen. Möglicherweise zeigen diese zu Terroristinnen gewordenen Töchter ihren Müttern, was sie von ihnen eigentlich an Durchsetzungskraft erwartet hätten, wie ganz anders diese sich ihren Männern gegenüber verhalten hätten sollen"* (Mitscherlich-Nielsen).

Wenngleich Helga die RAF-Politik „menschenverachtend und falsch" findet, so ist sie zugleich auch der Meinung, daß die Frauen der RAF politisch ernstgenommen werden müssen: *„Die Politik der RAF entspricht weder meinen Vorstellungen von politischen Kämpfen noch kann ich darin einen Widerschein der Utopie erkennen, die mir den Weg in eine bessere menschlichere Zukunft weist. Dennoch nehme ich wahr, daß die Diffamierung und Psychiatrisierung der Frauen der RAF etwas mit mir zu tun hat. Wenn in ihnen Emanzipationsbestrebungen des weiblichen Geschlechts angegriffen wird, trifft mich das auch".*

Die Ursache sieht Helga in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen, die auf Frauenfeindlichkeit und Unterdrückung beruhen. *„Wir können ihr nur mit jedweder Ablehnung von Frauenfeindlichkeit begegnen; die Frauen, die das ‚abweichende Verhalten' der RAF-Frauen psychatrisieren, schmieden damit auch neue Waffen gegen die Frauenbewegung".* Die Durchsuchungen von Frauenzentren nach § 218-Karteien und die Polizeieinsätze in West-Berlin und Bremen sind nur einige Beispiele.*„Gerade die Frauenbewegung ist den Männern und Herrschenden ein Dorn im Auge, da Frauen hier etwas ohne sie für sich und ihre Freiheit tun. Grundsätzlich aber gilt jede Art von Rebellion gegen die gesellschaftlich erzwungene Ohnmacht der Frauen außerhalb des Rahmens, in dem sie sich bewegt, als Provokation, die mit Unverständnis, Haß und Abwehr wahrgenommen wird."*

„Die Diskriminierung der politisch aktiven Frau hört an der

„Die Diskriminierung der politisch aktiven Frau hört an der Schwelle der linken Bewegung nicht auf"

In der Geschichte der traditionellen Arbeiterbewegung werden Frauen meist so dargestellt, daß sie „von Natur aus dazu bestimmt (sind), Mann, Kinder und Haushalt zu versorgen". Die Anerkennung der Frauen bei den männlichen Mitkämpfern erfordert oft die doppelte Anstrengung für die Frauen. Eine Arbeiterin von Lip berichtete aus ihren Erfahrungen:„Von einer Frau fordert man immer mehr. Man verzeiht ihr nicht den kleinsten Irrtum...".

In den linken Organisationen und Gruppen gibt es oft unausgesprochene Erwartungen an die „Gefühlsarbeit" der Genossinnen. *„Die verständnisvolle Genossin, die ein Gespür für die Gruppenatmosphäre hat, Probleme auf den Tisch packt und auf ihre Lösung drängt; die zuhören und vermitteln kann und die Männer in ihrem Tun emotional bestärkt, ist unausgesprochen immer noch das Ideal vieler linker Männer. Entsprechend dem aktuellen politischen Trend ist sie zuständig für den ‚subjektiven Faktor', die Erfahrungen und die ‚Betroffenheit'. Dabei bleibt es den Frauen überlassen, für diese Gefühlsarbeit Formen zu finden, die den männlich geprägten Rahmen der politischen Arbeit nicht sprengen...".* So gehört es beispielsweise auch zu den alltäglichen Erfahrungen der Genossinnen, daß sie fragen:„Sag mal, was ist los mit Dir, Du siehst heute so traurig aus".

Auch die sexuelle Diskriminierung der Frauen ist in der Linken weiterhin ein Problem. Beispiele wie die Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte oder der Chauvinismus in der „TAZ" und im „Pflasterstrand" zeigen eine kaum zu überbietende Frauenverachtung. Im Konkreten zeigt sich trotz der Lockerung der sexuellen Zwangsmoral unter den Linken, daß eine Frau, die an einen Genossen gebunden ist, immer noch geschützter ist als ein „freie" Frau. *„Der Besitz des Mannes wird geachtet. Auf der anderen Seite handelt sie sich damit aber wiederum eine Form der Mißachtung ein, die die selbständige Frau nicht kennt. Sie ist die Freundin, Frau von ... und in dieser Funktion als selbständige Genossin weniger ernst zu nehmen".*

Für viele linke Frauen gibt es nach wie vor das Problem, politisch ernstgenommen zu werden von den männlichen Genossen. Dazu haben sie noch Angst, Verantwortung zu übernehmen, weil sie sich minderwertig fühlen. Häufig sagen die Genossinnen weniger, weil sie Angst haben, nicht die richtigen Worte zu finden; „Frauen haben gelernt zu schweigen". *„Subtiler als die offenen Formen der Diskriminierung verletzen die immanenten patriarchalischen Strukturen der politischen Arbeit das Selbstwertgefühl von Frauen. Zug um Zug läßt sich in der linken Bewegung der Charakter der herrschenden Form der Arbeit wiederfinden. auf die die Sozialisation der Männer zugerichtet ist. Ob in Bürgerinitiativen, Parteien, Gewerkschaftsgruppen oder akademischen Zirkeln: die politische Arbeit vollzieht sich abgetrennt vom ‚Privatleben'; Erfolgszwang, Leistungsdruck und Konkurrenz beherrschen trotz aller gegenteiligen Anstrengungen und Beteuerungen von Solidarität das Denken und Handeln... Selbstdisziplin und Beherrschtheit sind die Norm, leidenschaftliche Begeisterung fällt ebenso aus dem Rahmen wie andere Formen der emotionalen Anteilnahme, Trauer, offene Wut, Zärtlichkeit und Liebe".* Die Erziehung der Männer ist dabei so angelegt, daß sie mit der Trennung von Gefühlen und politischer Arbeit die ‚Fähigkeit' erlernt haben, Konkurrenz leichter zu unterdrücken und persönliche Schwierigkeiten leichter verdrängen zu können. Demgegenüber haben Frauen gelernt, „Wärme und Geborgenheit zu geben und zu brauchen". Helga berichtet aus ihren Erfahrungen:*„Als ich die Genossen am meisten gebraucht hätte, weil ich zu verzweifeln drohte, erklärten sie mir kühl, daß es nicht Aufgabe einer politischen Gruppe sein könne, ihre Mitglieder emotional zu stärken".* Eine Arbeiterin von Lip berichtete dazu: *„In einer Männer-Sektion akzeptiert man eine Frau nicht in gleicher Weise wie einen Mann. Einen Genossen akzeptiert man wie er ist, auch wenn er Fehler hat – z.B. wenn er heftig und empfindlich ist. Frau hingegen wird man vorwerfen, aggressiv zu sein; sie muß sich unbedingt an die Gruppe anpassen, ihr Verhalten, ihre Sprechweise ändern, und sie ist gezwungen, die Männer in ihrer Art nachzuahmen".*

Helga kommt zu dem Ergebnis: *„Um an dieser Sichtweise von Politik etwas zu verändern, genügt es nicht, in männlichen Gruppen mitzuarbeiten, wo sich die herrschenden und patriarchalischen Formen der Arbeit dauernd reproduziern. Wie*

tik etwas zu verändern, genügt es nicht, in männlichen Gruppen mitzuarbeiten, wo sich die herrschenden und patriarchalischen Formen der Arbeit dauernd reproduziern. Wie

viele andere Frauen habe ich gelernt, daß der Kampf um eine Veränderung der weiblichen Lebensrealität nur mit Frauen geführt werden kann, die gleiche Erfahrungen von Unterdrückung teilen und ein unmittelbares Interesse an ihrer Aufhebung haben. Männer mögen aufgrund theoretischer Einsichten den Kampf der Frauen u n t e r s t ü t z e n , f ü h r e n können sie ihn nicht".

Schwierigkeiten in der Frauenbewegung

Für Helga ist die Arbeit in der Frauenbewegung nicht weniger schwierig als in linken Gruppen. *„Auch die Frauenbewegung ist Produkt dieser gesellschaftlichen Verhältnisse und trägt Spuren der herrschenden Unterdrückung. Wir stoßen außerhalb und innerhalb der Bewegung an die Grenzen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Würden wir uns z.B. auf Forderungen und Aktionen beschränken, die den ‚privaten' Bereich unseres Lebens betreffen, entspräche dies genau der gesellschaftlichen Trennung von Produktion und Reproduktion".* Daß Probleme wie Kinder, Hausarbeit, Ehe und Sexualität einen Schwerpunkt in der Frauenarbeit bilden, will Helga nicht bestreiten; im Gegenteil ist es ihr wichtig, diese als politische anzuerkennen. Für nicht weniger wichtig hält Helga die Arbeitskämpfe der Frauen gegen Rationalisierungen, gegen die Kriegsdrohung von Carter gegen den Iran oder gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD. *„Ich weiß, daß bei vielen Frauen dieses Interesse vorhanden ist und sich in vielfältigen Kämpfen und Aktionen artikuliert. Auf der anderen Seite begegnen mir aber auch viele Frauen, die mit all dem nichts mehr zu tun haben wollen, weil sie die von Männern verursachten gesellschaftlichen Katastrophen nicht auf sich beziehen. Mir bleibt von solchen Gesprächen ein Gefühl der Ohnmacht zurück, zumal ich als linke Frau mit besonderem Mißtrauen beobachtet werde: die doch immer noch mit den Männern paktiert. Das Ziel einer von jeglicher Unterdrückung befreiten Gesellschaft habe ich allerdings mit vielen Männern gemeinsam. Ich sehe deshalb auch eine Beziehung zwischen der Linken und der Frauenbewegung, ohne dabei die Einsicht aufzugeben, daß ich als Frau mit Frauen um meine Befreiung kämpfen muß. Und wenn ich gesellschaftliche Schranken der Frauenbewegung zu benennen versuche, so nicht, um sie ihren Gegnern auszuliefern, sondern um unser eigenes Verhalten besser verstehen zu lernen".*

So greift Helga das Problem der Konkurrenz unter Frauen auf, und daß besonders im akademischen Bereich die Profilierungssucht eine Berufskrankheit ist. Auch Frauenverachtung und Diskriminierung stellt Helga an ihren eigenen Erfahrungen zur Diskussion:*„Ich mag es zum Beispiel nicht, wenn Frauen alle Register weiblicher Verführungskunst ziehen, bin mir aber selbst nicht sicher, ob in mir selber nicht noch der Wunsch besteht, dasselbe zu tun. Ich hasse es, wenn Frauen Hilflosigkeit ausspielen, um etwas zu erreichen, und doch weiß ich, daß es Situationen gibt, in denen ich genau das tue. Ich erfahre auf der anderen Seite die Verachtung anderer Frauen für ‚starke' Frauen, sehe meine Verhaltensweisen als 'männlich' und karrieristisch diskriminiert... Aber was mir zu schaffen macht, ist die pauschale Diskriminierung solcher 'männlicher' Eigenschaften, die letztlich zu einer Idealisierung von 'Weiblichkeit' führt, wie sie von dieser Gesellschaft überhaupt erst hervorgebracht wird".* Helga kommt zu der Erkenntnis, daß, solange die Trennung von gesellschaftlicher Arbeit und Privatleben nicht aufgehoben ist, die Frauenbewegung auch nur ansatzweise Lösungen für die Probleme finden kann. Letztendlich aber jede Frau allein vor den Problemen mit der Wohngemeinschaft oder den Partner(innen) steht und Lösungen finden muß. Nicht selten „scheitern wir Frauen an unseren eigenen Erwartungen".

„Frauen gemeinsam sind stark – Frankfurter Frauen haben inzwischen eine Variante dieses Spruchs geprägt: 'Frauen gemeinsam sind einsam'. Denn gerade das Ernstnehmen individueller und emotionaler Bedürfnisse, was eine Stärke der Frauenbewegung ist, kann auf der anderen Seite dazu führen, das Gemeinsame aus den Augen zu verlieren. Ich empfinde die zunehmende Individualisierung und Zersplitterung der Frauenbewegung als lähmend, obwohl ich es gleichzeitig für sinnvoll halte, mit den Frauen zusammenzuarbeiten, mit denen ich in konkreten Arbeits- und Lebenszusammenhängen stecke. Aber irgendwo müßten die verschiedenen Gruppenanstrengungen auch zu einer gemeinsamen Kraft zusammenfließen.

sammenhängen stecke. Aber irgendwo müßten die verschiedenen Gruppenanstrengungen auch zu einer gemeinsamen Kraft zusammenfließen.

Das aber bedeutet Organisierung, Strukturierung der gemeinsamen Arbeit einschließlich eines Stücks Distanzierung von individuellen Problemen – männliche Formen von Politik. Wir scheuen davor zurück, weil wir sie als Formen der Unterdrückung erlebt haben, andererseits können wir gar nicht anders zu wirksamen kollektiven Aktionen gelangen".

Diskussion

Nachdem Helga ihr Referat dargestellt und ihre Ratlosigkeit darüber, wie frau da weiterarbeiten soll, zur Diskussion gestellt hatte, brach gleich ein wahrer Sturm von Erfahrungsberichten und Fragen einzelner Frauen über uns rein, die Helgas Referat in einzelnen Punkten bestätigten:

- Warum können Widersprüche/Differenzen innerhalb der Frauenbewegung nicht erstmal akzeptiert und solidarisch diskutiert werden, ohne daß sie auf-Teufel-komm-raus gleich eliminiert werden.
- Eine Frau berichtete von ihren schlechten Erfahrungen als „neue Frau" im Frauenzentrum und fragte, was das mit Sensibilität zu tun hat.
- Eine aktive Gewerkschafterin beschrieb, wie sich Männer, wenn sie inhaltlich nichts mehr aussetzen können, mit ihrer Politik auseinandersetzen: sie sei sohlecht gekleidet, habe keine gute Figur, außerdem würde sie eh nur bluffen. Diese Erfahrungen machten sie hart.
- In Arbeitsgruppen an der Uni, wenn es darum geht, was die einzelnen Frauen machen wollen, hat eine Frau es oft erlebt, daß nur ganz wenige bereit sind, etwas zu übernehmen. Sie empfindet das als Widerspruch zu der Forderung der Frauenbewegung, sich in den Gruppen einzubringen.
- Viele Frauen haben gerade mit einem neuen Frauenbewußtsein gelernt, ihre anerzogene Rolle als reines Gefühlsbündel abzulegen und auch mal hart sein zu können, um ihre Interessen zu verteidigen. Heute wird ihnen nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen der Vorwurf gemacht, unmenschlich, hart und unsensibel zu sein.

Am nächsten Tag versuchten wir, anhand von konkreten Erfahrungen der einzelnen Frauen in ihrer Frauenpolitik die zwei Ebenen der Widersprüchlichkeit gezielter zu diskutieren.

1. Die Schwierigkeit, mit seiner eigenen Unfähigkeit und immer wiederkehrenden Rückfällen umzugehen, sodaß sie frau nicht gleich völlig resignieren lassen.
2. Der Anspruch, sein eigenes Leben feministischer zu gestalten, und die Notwendigkeit – damit letztendlich die gesamte Gesellschaft feministisch wird –, sich in die Politik auf allen Ebenen einzumischen, stehen sich oft konträr gegenüber.

Eine Frau brachte ein, daß es nicht nur einen Widerspruch, sondern auch einen direkten Zusammenhang gibt: gerade auf Frauen schlagen sich politische Mißerfolge auch privat nieder. Sie glaubt, daß fehlendes Engagement und Lust von Frauen, sich für bestimmte Fragen einzusetzen, auch auf politische Rückschläge zurückzuführen sind, die die Frauen lähmen.

Aber trotz der ganzen Schwierigkeiten, die sich für viele Frauen da jetzt auftun, war für alle Frauen klar, daß sie weiterhin in autonomen Frauengruppen arbeiten wollen und nicht mir nichts - dir nichts in gemischte Gruppen zurück. Allerdings hielten viele Frauen es für notwendig, an Punkten, wo es gemeinsame Interessen gibt von Männern und Frauen, auch gemeinsam mit gemischten linken Gruppen politisch zu arbeiten.

Eine Frau berichtete von einer Arbeitsgruppe auf der Sommeruni, in der über die kürzlich verübten rechtsradikalen Anschläge auf u.a. das Münchener Oktoberfest und dem fehlenden Aufschrei der Frauenbewegung dagegen diskutiert wurde. Faschismus geht uns alle an, auch und insbesondere uns Frauen! (Wo sonst werden wir mehr unserer Rechte beraubt?!) Warum sagt die Frauenbewegung nichts dagegen, warum erscheinen in der Öffentlichkeit immer nur gemischte Gruppen, die dagegen protestieren, nicht aber Frauengruppen? Wir Frauen mischen uns in den zentralen und wichtigen Aktivitäten nicht ein – das ist nicht nur für uns schlecht, sondern auch für die Politik, die da ohne uns gemacht wird: wie soll die sich ändern, wenn nicht wir Frauen anfangen, dem frauenfeindlichen Politikverständnis was aktiv entgegenzusetzen.

Eine Frau warf dagegen ein, daß es nicht stimme, daß die Frauen nicht bei allgemeinpolitischen bzw. nichtfrauenspezifischen Protestbekundungen dabei seien: auf Demos wie z.B. zum 17.Juni in Frankfurt seien die Frauen schon hingegangen – aller-

frauenspezifischen Protestbekundungen dabei seien: auf Demos wie z.B. zum 17.Juni in Frankfurt seien die Frauen schon hingegangen – aller-dings vereinzelt.

Auch dort haben sich aber keine Frauengruppen aktiv an der Demonstrationsvorbereitung und -gestaltung beteiligt.

Ob die Frauenzentren in dieser Hinsicht eine Perspektive böten; wurde von einer Frau, die hierbei schlechte Erfahrungen gemacht hatte, eingebracht. Die Frauenzentren sind ihrer Meinung nach Gruppen, deren „Arbeitsgrundlage" ein ziemlich breiter Konsens sei, auf dem sehr unterschiedliche Meinungen nebeneinander existieren können. Von daher könne ein Frauenzentrum schlecht einheitlich zu einer Frage Stellung nehmen. Frau könne nicht davon ausgehen, daß ein Frauenzentrum grundsätzlich l i n k e Frauenpolitik mache.

Insgesamt wurden noch viele andere sehr spannende Fragen aufgeworfen, die noch alle offen sind, auf die keine eine Antwort hatte. So eben die Frage, w i e frau sich in die nichtfrauenspezifischen Bereiche einbringen soll, ob wir z.B. eine Möglichkeit darin sehen, uns als Frauengruppe an Aktionsbündnissen zu beteiligen.

Nicht ganz so offen blieb die Frage nach konkreten Konsequenzen aus dieser Diskussion: zwar konnten wir jetzt keine konkrete Aktion beschliessen, dazu sind unsere Arbeitsbereiche zu verschieden, die Zusammensetzung dieses Kreises zu willkürlich. Jedoch befürworteten wir, daß Helga ihr Referat breiter veröffentlicht und damit die Diskussion über diese Fragen einem breiteren Spektrum zur Diskussion stellt.

Viele von uns gingen gestärkt und mit dem Vorhaben aus dieser Arbeitsgruppe raus, auch in ihrer jeweiligen Frauengruppe bzw. -zentrum diese Auseinandersetzung zu führen.

Ul.(Hamburg) und Li.(Frankfurt)

Fortsetzung von Seite 25

schreibt, wurde im Sommer von einer bundesweiten Frauen-VV verabschiedet. Auf einem KB-Kongreß einige Wochen davor war beschlossen worden, ins allgemeine Statut einen Passus aufzunehmen, der uns Frauen die Autonomie zuschreibt, d.h. daß wir selbst unsere Frauenpolitik und die unsere Stellung innerhalb der Organisation betreffenden Rechte bestimmen. Die Strukturen und Sonderrechte, die wir dann ins Statut aufgenommen haben, sind zum großen Teil zwar heute schon Praxis im KB, aber wir halten es für absolut notwendig, diese auch festzuhalten: Männer sind schließlich Männer!

Auf dem Kongreß, auf dem unsere Autonomie beschlossen wurde (einstimmig!), praktizierten wir auch zum ersten Mal das bevorzugte Rederecht für Frauen – mit großem Erfolg: Während sonst auch bei uns die Männer die Diskussion absolut dominieren, hatten diesmal endlich wir Frauen sowohl die Diskussionsleitung als auch den -verlauf in der Hand. Wir können nur allen Frauen empfehlen, sich ebenfalls in ihren Gruppen das bevorzugte Rederecht zu erkämpfen.

Zum bevorzugten Rederecht hatten einige Frauen auch gleich Fragen: So interessierte einige Frauen, wie wir dieses Sonderrecht den Männern gegenüber begründet und durchgesetzt hätten, ohne gleich wieder in die leidige Diskussion um Haupt- und Nebenwiderspruch reinmanövriert zu werden. Eine andere Frau stellte in den Raum, ob nicht das Bestehen auf solch einem Sonderrecht Ausdruck unserer eigenen Schwäche sei.

Wir erzählten davon, wie wir unsere Stärke und damit die Frauenfrage in den letzten Jahren so verankert haben innerhalb des KB, daß die männlichen Genossen heute entweder tatsächlich eine größere Bereitschaft und ein größeres Bewußtsein in diesen Auseinandersetungen zeiggen, oder eben aus opportunistischen Gründen ihre Widersprüche lieber runterschlucken. Daß auch relativ emanzipierte Frauen in gemsichten Gruppen das bevorzugte Rederecht wahrnehmen sollten, begründen wir damit, daß wir an der ungleichen Sozialisation von Männern und Frauen in dieser Gesellschaft und an der tagtäglichen Unterdrückung, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz, auf der Straße, in der Schule usw. erleben, natürlich auch im KB nicht vorbeikommen. Und die einzige Methode für uns Frauen, diese ungeheure Benachteiligung hier und heute wenigstens ansatzweise ausgleichen zu können, sehen wir in der Erkämpfung und Wahrnehmung von Sonderrechten für Frauen. Daß wir diese Sonderrechte „nötig" haben, liegt nicht an unserer Unfähigkeit, uns durchzusetzen oder andereren Unzulänglichkeiten unsererseits, sondern an den patriarchalischen Strukturen, konkret an dem Mackertum von Männern, die bei Diskussionen oft meinen, ihre Redegewandtheit und ihren „theoretischen Durchblick" zur Schau stellen zu müssen. Insofern ist die Forderung nach bevorzugtem Rederecht kein
kussionen oft meinen, ihre Redegewandtheit und ihren „theoretischen Durchblick" zur Schau stellen zu müssen. Insofern ist die Forderung nach bevorzugtem Rederecht kein
Ausdruck unserer Schwäche, sondern vielmehr Ausdruck des unterdrückerischen Verhaltens der Männer.

Was unsere Autonomie für unsere Praxis bedeutet, war die Frage, die die meisten Frauen am stärksten interessierte.

Eine aktive Gewerschafterin erzählte von ihrer Arbeit innerhalb der Gewerkschaft und dem Argument, mit dem dort die Autonomie von Frauen abgebürstet wird: Die Autonomie widerspreche dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft; gesonderte Fraktionen (!!!) würden dieses Prinzip brechen. Sie fragt sich allerdings, ob durch unsere Autonomie die Zuständigkeit für die Behandlung von frauenspezifischen Themen nicht noch mehr uns Frauen zugeschoben wird, als es eh schon Praxis ist.

Das ist natürlich ein Problem, mit dem wir wohl noch lange zu kämpfen haben: Haben die Männer endlich akzeptiert, daß Frauenpolitik tatsächlich ein politischer Arbeitsbereich ist, schieben sie alles, was damit zusammenhängt, schnell an die Genossinnen weiter, die Frauenarbeit machen.

Wir halten nach wie vor – oder besser: mehr denn je – fest an der Forderung: „Macht die Frauenarbeit zur Aufgabe der gesamten Organisation". Deshalb fordern wir auch im KB, daß in jedem Arbeitsbereich, ob Antifa, Anti-AKW, Betrieb und Gewerkschaft usw., die besondere Betroffenheit von Frauen untersucht und zum Gegenstand der politischen Praxis gemacht wird. Und zwar von Frauen und Männern! Wir akzeptieren es nicht, wenn uns Genossen aus dem Antifa-Bereich z.B. freundlich darauf hinweisen, daß es hier oder dort was Frauenspezifisches zu recherchieren gäbe, sondern fordern sie auf, das selbst zu tun und es mit den Genossinnen abzusprechen. Den Inhalt unserer Frauenpolitik bestimmen wir letztendlich autonom, aber dazu arbeiten in irgendeiner Form und vor allem sich damit auseinadersetzen soll sich jeder Genosse: Sei es durch die Gewährleistung von Frauenartikeln in allen AK-Sparten, sei es durch Frauen-Material auf Büchertischen, sei es durch Diskussionen mit Nicht-KB'ler/inne/n auch über unsere Frauenpolitik, sei es durch Unterstützung unseres Archivaufbaus usw.

Eine unorganisierte Frau bemerkte verwundert, daß wir unsere Autonomie ja schnell durchgesetzt hätten. Einige andere Frauen wollten noch mehr über unsere konkrete Praxis bzw. unsere eigene Einschätzung bezüglich der „Effektivität" eines Frauenstatuts wissen.

Daß wir unsere Autonomie schnell durchgekriegt hätten, empfinden wir wohl nicht so. Schließlich stecken fünf Jahre Frauenarbeit dahinter! Eine Garantie erhoffen wir uns natürlich jetzt nicht vom Frauenstatut. Das Statut selbst ist letztendlich nur ein Stück Papier. Viel wichtiger war und ist für uns die Arbeit vor und nach Verabschiedung des Statuts: Wie oben schon beschrieben, haben wir Genossinnen untereinander durch die vielen Diskussionen um unsere Frauenpolitik und unseren Stand innerhalb der Organisation einen größeren inhaltlichen Zusammenhalt und damit mehr Power gegen aufkommenden Chauvinismus bekommen. Allerdings ist uns klar, daß es jetzt darauf ankommt, die Auseinandersetzung auch mit den Männern nicht „unbesorgt" zu vernachlässigen, sondern wir werden sie sicher in der nächsten Zukunft in den einzelnen Orten bei gegebenen Anlässen oft führen müssen. Denn: Auf dem Kongreß wurde zwar unsere Autonomie einstimmig verabschiedet, aber das große Schweigen, das aufkam, als wir anschließend mit den Genossen einzelne (besondere Knack-)Punkte unseres Frauenstatuts diskutieren wollten, zeigte uns, daß viele sich gar nicht bewußt sind, was sie da im einzelnen verabschiedet haben.

Trotzdem bedeutet für uns Frauen der Beschuß über unsere Autonomie und unser Frauenstatut eine sicherere Grundlage, auf der wir dem Chauvinismus zu Leibe rücken und unsere Frauenpoliitk entwickeln können. So wird z.B. heute jeder Mann, der Interesse an einer Mitarbeit im KB hat, aufgefordert, sich mit unserer Frauenarbeit auseinanderzusetzen. Wer nicht mit der Autonomie von uns Frauen einverstanden ist, kann nicht bei uns mitarbeiten!

Eine Frau, die in der GIM mitarbeitet, erzählte von ihren Schwierigkeiten, Frauen für die Frauenarbeit zu gewinnen. Leider seien ja nicht alle Frauen Feministinnen! Gerade in gemischten Gruppen/Organisationen arbeiten ja immer noch Frauen öfter deshalb mit, weil ihr Freund dort auch arbeitet. Wie agitieren wir unsere eigenen Genossinnen? Eine andere Frau fragte nach Differenzen zwischen uns Frauen. Gibt es
deshalb mit, weil ihr Freund dort auch arbeitet. Wie agitieren wir unsere eigenen Genossinnen? Eine andere Frau fragte nach Differenzen zwischen uns Frauen. Gibt es
die? Un wie tragen wir sie aus? Was ist, wenn wir Frauen eine Differenz zu den Männern in einem allgemeinpolitischen Bereich haben?

Differenzen in allgemeinpolitischen Fragen werden bei uns in der Regel in den Ortsgruppen/Bereichen bzw. VV's diskutiert. In unseren Frauengruppen, Frauen-VV's usw. diskutieren wir in erster Linie unsere Frauenpolitik, insofern haben wir als Frauen nicht Differenzen zu den Männern z.B. in der Frage der Kriegsgefahr. Natürlich können sich Frauen, was in einigen Fällen auch gemacht wird, gemeinsam auf solche gemischten Diskussionen vorbereiten, um sich zu stärken. Differenzen zwischen uns bezüglich der Frauenpolitik gibt es natürlich! Vor 1 1/2 Jahren z.B. sind noch auf einer bundesweiten Frauen-VV die Fetzen nur so geflogen, als es um die Frage ging, ob Frauengruppen eine Notlösung oder grundsätzlich begrüßenswert seien. Zur Zeit wird unter uns Frauen kontrovers diskutiert, ob im Frauenstatut unter dem Punkt Disziplinierungsmaßnahmen, der bislang nur Maßnahmen bei physischer Gewalt gegen Frauen vorsieht, auch die psychische Gewalt aufgenommen werden soll. Diese und andere Differenzen sollen nach Möglichkeit überall breit diskutiert werden, in Frauengruppen, Frauen-VV's, im AK. An diesen Diskussionen im AK oder in den Ortsgruppen sollten sich auch die männlichen Genossen beteiligen!

Von einer organisierten Frau wurde der Sinn der Frauenautonomie innerhalb einer kommunistischen Organisation in Frage gestellt. Ob dann nicht eine kommunistische Frauenorganisation konsequenter sei? Die Frage der Doppelbelastung wurde von einer nichtorganisierten Frau eingebracht: Immerhin sei es ein ganz schöner Aufwand, den wir durch die innerorganisatorischen Auseinandersetzungen aufbringen müßten. Ist der notwendig – oder ist es nicht sinnvoller, nur mit Frauen zusammenzuarbeiten?

Daß wir in einer kommunistischen Organisation mit Männern zusammenarbeiten, erklärt sich natürlich in erster Linie aus unserem Selbstverständnis als Kommunistinnen: Wir kämpfen nicht nur gegen die Frauenunterdrückung, sondern gegen jede Form von Unterdrückung, d.h. es gibt ganz viele gemeinsame Interessen mit Männern, die ebenfalls für den Sozialismus kämpfen und die gleichen Ansichten über das WIE dieses Kampfes haben wie wir. Und gerade weil wir an sehr vielen Punkten gemeinsame Ziele haben, haben wir Frauen ein Interesse daran, daß die Männer auch in der Frauenfrage einen wirklich fortschrittlichen Standpunkt beziehen. Oder andersrum: Wir – und sicher viele andere Frauen auch – haben schon selbst erlebt, wie der Chauvinismus wieder aufblüht in dem Moment, wo wir Frauen die Männer „alleinlassen". Mit Männern, die sich nicht jetzt schon ernsthaft und kontinuierlich mit der Frauenfrage auseinandersetzen, können wir letztendlich keinen Sozialismus machen.

Dem Problem der Doppelbelastung sind nicht nur wir als KB-Frauen ausgesetzt. (Ganz abgesehen davon ist das nicht nur eine Doppelsondern eine Mehrfachbelastung: Wir müssen uns als linke Frauen im allgemeinpolitischen Bereich qualifizieren, müssen unsere Frauenpolitik entwickeln, treiben die Auseinandersetzung um die Aufhebung der Trennung zwischen Privat und Politisch am meisten voran, müssen uns mit dem Chauvinismus der männlichen Genossen auseinandersetzen, diese agitieren usw. usf.) Sondern diese Mehrfachbelastung trifft jede Frau, die sich in die Politik einmischt. Wir sehen unsere neuen Errungenschaften, die Autonomie innerhalb einer gemischten Organisation und unser Frauenstatut, als eine Möglichkeit, uns Bedingungen zu schaffen, unter denen wir diese Belastungen aushalten.

Eine Frau kritisierte, daß wir zwar formal über solche Frauenstrukturen verfügen, wir aber nicht überall eine eigenständige Frauenpolitik entwikkeln würden. So habe sie uns auf dem Hamburger Kongreß „Frauen gegen den Imperialismus" mit eigenen Vorstellungen und Positionen vermißt. Wir konnten dem in diesem Fall nur selbstkritisch zustimmen. Ein Grund dafür ist, daß wir zur Zeit ziemlich stark mit innerorganisatorischen Auseinandersetzungen beschäftigt sind, die uns oft auch Kraft und Zeit für andere Aufgaben nehmen. Wir glauben aber, daß langfristig diese Auseinandersetzungen uns stärken für eine intensivere Entwicklung unserer Frauenpolitik nach außen.

Eine Genossin von uns stellte noch die Frage an die anwesenden Frauen, welche Erfahrungen sie bislang mit im KB oder anders organi-
Eine Genossin von uns stellte noch die Frage an die anwesenden Frauen, welche Erfahrungen sie bislang mit im KB oder anders organi-
sierten Frauen in Frauengruppen, -zentren u.a. gemacht haben. Nach den schlechten Erfahrungen vor einigen Jahren (Rausschmiß aus Frauenzentren) trauen sich Genossinnen von uns oft nicht, in der jeweiligen Frauengruppe, in der sie mitarbeiten, zu sagen, daß sie im KB organisiert sind. Deswegen kommt es des öfteren vor, daß KB-frauen zwar aktiv an einer Sache mitarbeiten und dort auch KB-Positionen vertreten, dies aber den Frauen gar nicht bekannt ist.

Daraufhin erzählte eine Frau aus dem Frauenzentrum Tübingen, daß sie es sehr gewundert hätte, eine Frau, die bislang „unerkannt" im Frauenzentrum mitgearbeitet hätte, auf einmal hinterm KB-Büchertisch zu sehen. Sie fragt sich, was das soll und warum die betreffende Frau nicht auch im Frauenzentrum sagt, daß sie im KB mitarbeitet.

Die Frau aus der GIM sieht die Ursache für ehemals oder noch existierende Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber organisierten Frauen vorrangig in der Politik der linken Organisationen, während die Gewerkschafterin vertrat, daß vor allem die Frauenzentren und -gruppen ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse selbstkritisch zur Diskussion stellen sollten. Ihre Erfahrungen mit der Abgrenzung eines Frauenzentrums gegenüber Frauenaktivitäten am 1. Mai zeigten ihrer Meinung nach, daß es tatsächlich schwer sei, heute als linke Frau akzeptiert zu sein in der Frauenbewegung.

Eine ehemals organisierte Frau erzählte, daß sie im Prinzip nichts gegen eine Zusammenarbeit mit organisierten Frauen habe, solange die nicht ihre Agitation so anlegen, daß frau so vollgequatscht wird, daß sie nicht mehr selbst entscheiden könne, ob sie die Zeitung kaufen will oder nicht.

Aus Hamburg berichtete eine Frau von einem sehr peinlichen Vorfall: Dort hatten in einem Frauenprojekt an der Uni „versteckte" SSB'lerinnen mitgearbeitet, die hinterher zu den Auseinandersetzungen innerhalb des Projekts ein SSB-Flugblatt rausgebracht haben sollen.

Ziemlich am Schluß der Diskussion stellte sich eine Frau aus Zürich vor, die dort in den seit Monaten dauernden Straßenschlachten der Jugendlichen aktiv ist – was mit lautem Beifall begrüßt wurde! Sie erzählte von der Bewegung dort, daß sie anarchistisch/chaotisch sei, was sie eigentlich auch sei. Sie habe jedoch mit anderen Frauen inzwischen festgestellt, daß unter solchen anarchistisch/chaotischen Bedingungen die Frauenfrage noch mehr den Bach runtergehen würde. Wenn die Frauen ein autonomes Frauenzentrum fordern, werden sie mit dem Hinweis auf das autonome Jugendzentrum abgespeist. Wenn sie bevorzugtes Rederecht für Frauen fordern, heißt es: Da steht doch das Mikro. Ihr habe jetzt diese Diskussion mit uns unglaublich geholfen, und sie will sich mit anderen Frauen etwas Ähnliches für Zürich überlegen.

Eine andere Frau, die in einer Basisgruppe mitarbeitet, zählt sich zwar nicht zu den organisierten Frauen, fühlte sich aber von dieser Diskussion bzw. der Problematik genauso betroffen wie wir.

So wurde die Diskussion wohl von allen Frauen empfunden (abgesehen von der TLD, auf die ich hier nicht eingegangen bin, weil deren Redebeiträge sich in nervtötenden Anpissereien gegenüber dem „bürgerlichen" KB, die niemanden interessierten, beschränkten), egal ob sie in Organisationen, Gewerkschaften, Basisgruppen oder ausschließlich Frauengruppen arbeiteten. Wir hoffen, daß diese Diskussion um den Kampf von Frauen gegen chauvinistische Strukturen in gemischten linken Gruppen noch weitergeführt wird.

Li., KB Frankfurt

»Realität und Utopien erwerbstätiger Frauen«

Die Vorbereitungsgruppe der Sommeruni hatte das Thema der Berufstätigkeit von Frauen zu einem wesentlichen Schwerpunkt erklärt. Für viele Frauen gebe es neue Probleme und Fragestellungen. der biedere Alltag stehe in Widerspruch zu den radikalen Träumen der Frauen. Die Vorbereitungsgruppe stellte fest: „*Auffallend ist die fehlende positive Wertung von Frauenerwerbstätigkeit: da ist u.a. die erwerbstätige Frau vor der Ehe, die anscheinend nur darauf wartet, ihre Erwerbstätigkeit für ein Hausfrauendasein eintauschen zu können; da sind die ‚Dazuverdienerinnen', deren Tätigkeit über den Verdienst des Mannes definiert wird; dann, ab einem gewissem Alter, die ‚alten Jungfern', die arbeiten müssen, weil sie keinen mehr ‚abgekriegt' haben, und nicht zu vergessen, die ‚Karrierefrauen', die sich männliche Normen zu eigen gemacht haben*" (Vorwort im Programm der Frauen-Sommeruni).

In über 25 Arbeitsgruppen wurde über die verschiedensten Probleme des biederen Alltags diskutiert und beraten. Die Mehrheit der Arbeitsgruppen beschäftigte sich mit der Berufssituation derjenigen Frauen, die studiert haben oder eine Ausbildung an Fachhochschulen haben. Selbst in den Arbeitsgruppen, die sich mit Erwerbslosigkeit oder Leichtlohngruppen beschäftigten, waren nur wenige Arbeiterinnen anwesend. Trotz alledem gab es Arbeitsgruppen zu den unterschiedlichsten Fragen und meist gab es zwischen 5o und 1oo Teilnehmerinnen. Allein vier Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit den „Auf-,Ab- und Aussteigerinnen" bzw. mit der beruflichen Neuorientierung von Frauen. Lehrerinnen setzten sich zusammen und diskutierten darüber, warum sie aus der Schule aussteigen wollen; andere versuchten, eine Per-
beruflichen Neuorientierung von Frauen. Lehrerinnen setzten sich zusammen und diskutierten darüber, warum sie aus der Schule aussteigen wollen; andere versuchten, eine Per-
spektive für die Lehrerinnen-Arbeit zu geben. Eine Arbeitsgruppe diskutierte darüber, ob Frauen im Betrieb oder anderswo aufsteigen sollen. Hier bestand vor allem bei den „Aufsteigerinnen" das Interesse, ihre Ängste, als Karrierefrauen zu gelten, abgebaut zu wissen. In der Arbeitsgruppe „Probleme und Schwierigkeiten einer beruflichen Neuorientierung" stellten Frauen, die den 2. Bildungsweg gewählt haben, ihre Perspektive als Handelslehrerinnen zur Diskussion: „*Durch die Reflexion unserer Berufsgeschichte wollen wir für uns selber etwas herausfinden, was der Beruf für uns als Frau bedeutet, welche Hoffnungen, Wünsche und Ansprüche wir damit verbinden, mit welchen inneren und äußeren Schwierigkeiten wir dabei konfrontiert sind. . .*". Die Fragen nach der Unzufriedenheit im Beruf und deren Ursachen wurden an Thesenpapieren diskutiert. Zwei Arbeitsgruppen wurden zum Thema „Berufsalltag älterer Frauen" und „Weiterbildungsmöglichkeit für Hausfrauen nach der Erziehungsphase" durchgeführt. Frauen berichten hier über ihre Erfahrungen, die sie in jahrzehntelanger Arbeit im Büro oder im Angestellten-Bereich gemacht haben. Für die meisten Frauen hat die „typisch weibliche Rolle" die Erwerbstätigkeit geprägt. Hausfrauen diskutierten über ihre Lebenssituation als 5ojährige Frauen, was ihnen die Gesellschaft noch bietet und wie sie sich selbst helfen können.

Mehrere Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit den Themen Sexualität bzw. Belästigung im Betrieb und der Situation lesbischer Frauen am Arbeitsplatz und in der Universität.

In der Arbeitsgruppe „Frauen und Gewerkschaften" wurde ein Referat gehalten über die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit seit 1914 und die Rolle der Gewerkschaften. Leider wurde nicht viel über das Referat diskutiert. Interessant war aber die Diskussion über die Schwierigkeiten von Frauen, sich im DGB oder in den Betrieben durchzusetzen. So ist eine Frau nach zweijähriger Mitarbeit im Betriebsrat immer noch die einzige Frau. Da sie linke Standpunkte vertritt, wurden immer nur Sprüche von den Männern gemacht, ihren Argumenten gar nicht mehr zugehört, und zuletzt wurden noch frauenfeindliche Witze gerissen. Weil die Frau total kaputt war, ist sie „freiwillig" aus dem Betriebsrat ausgeschieden. Andere Frauen bestätigten diese Erfahrungen. Eine Personalrätin motivierte die Frauen, Frauengruppen in den Betrieben zu gründen, um den Auseinandersetzungen stärker gewachsen zu sein. Es wurde auch darüber diskutiert, woran es liegt, daß Frauen so wenig Interesse haben, in der Gewerkschaft zu arbeiten. Die Frauen waren einer Meinung, daß die Politik der Gewerkschaften viel zu wenig frauenspezifisch ist.

Die Arbeitsgruppe **„Frauen gegen Erwerbslosigkeit"** diskutierte über Erfahrungen mit Beratungsarbeit für erwerbslose oder (noch) erwerbstätige Frauen. Frauen haben sich hier spezialisiert, um andere Frauen über Behördenwege und Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren.

Ein Referat wurde auch in der Arbeitsgruppe **„Frauenlohndiskriminierung und gewerkschaftliche Lohnpolitik"** gehalten. Ein historischer Rückblick zeigte, daß zwar hier und dort die Frauenlohngruppen formal „abgeschafft" wurden, daß aber neue Lohngruppen für besser Verdienende entstanden sind, so daß alles beim Alten geblieben ist. Eine Betriebsrätin berichtete über ihre Erfahrungen mit den Lohnklagen. Sie hatte in der ersten Instanz beim Arbeits-
entstanden sind, so daß alles beim Alten geblieben ist. Eine Betriebsrätin berichtete über ihre Erfahrungen mit den Lohnklagen. Sie hatte in der ersten Instanz beim Arbeits-
gericht ihren Prozeß verloren. Sie zeigte auf, daß die meisten Gerichte gar keine Kenntnis von der Arbeit haben, die sie als „anzulernende" oder „schwere" Arbeit zu beurteilen habe. Im Fall der Betriebsrätin sollte das Gericht eine höhere Eingruppierung beurteilen. Da die Arbeit eine Anlernzeit erfordert und die Kapitalisten dies für die Lohngruppe nicht berücksichtigen wollten, klagte die Kollegin. Das Gericht wies die Klage zurück und auch die Gewerkschaft möchte vorerst nichts mehr für die Kollegin tun. Die Betriebsrätin stellte dar, daß dieser Verlauf zu Resignation bei anderen Kolleginnen geführt hätte; sie wollten erst wieder klagen, wenn Aussicht auf Erfolg besteht.

Die Arbeitsgruppe **„Rationalisierung im Bürobereich"** wurde auf Initiative des 'Malochetreffens' veranstaltet. Hier wurde besonders über die neuen Technologien diskutiert. Sehr schnell zeigten sich bei den Teilnehmerinnen ganz unterschiedliche Interessen. Während Frauen, die eine qualifizierte Ausbildung an Computern u.ä. hatten,noch mehr Ausbildung, Identifikation mit der Arbeit und gleiche Stellung wie die Männer forderten, wollten Frauen die in Großraumbüros an Bildschirmen sitzen oder Locherinnen, die den ganzen Tag Zahlen tippen, nichts von der neuen Technologie wissen, weil sie die Augen kaputt macht und ein unerträgliches Arbeitsklima geschaffen hat. Gerade Frauen, die eine gewisse Zeit Erfahrung mit der Arbeit an Bildschirmen gemacht haben, sehen im Gegensatz zu den Anfängen heute keinen Fortschritt mehr mit der neuen Technologie.

In der Arbeitsgruppe **„Ausländerinnen– am Arbeitsplatz doppelt dis-**

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

kriminiert" wurde vor allem die verschärfte Ausbeutung der Ausländerinnen durch niedrige Entlohnung und stupider und monotoner Arbeit diskutiert. *„Einerseits wird die Unwissenheit der Ausländerinnen ausgenutzt, die schon durch ihre schlechten Sprachkenntnisse bedingt ist, andererseits deren unsicherer rechtlicher Status. Ein Beispiel ist der Bestechungsskandal im Neuköllner Krankenhaus, wo türkische Frauen hohe Beträge zahlen mußten, um ihre Arbeitsverträge verlängert zu bekommen. Im Siemens-Röhrenwerk mußten türkische Frauen mit radioaktiven Material arbeiten, ohne es zu wissen"* (Einladungsschreiben der Veranstalterinnen).

Insgesamt kann frau feststellen, daß kaum ein Thema der Erwerbstätigkeit von Frauen ausgelassen wurde. Dennoch gab es Zensur und Abgrenzungen durch die Vorbereitungsgruppe. Im Vorwort des Programms wird ganz allgemein und grundsätzlich festgehalten: *„Wir lehnen Frauenorganisationen/- verbände wie SFB, DFB. . . deshalb ab, weil sie Parteien mit patriarchalen Organisationsstrukturen nahestehen oder Teil von ihnen sind (s.Satzung und Aufnahmebedingungen), deren Strategie es ist, daß Frauen mit Männern gemeinsam gesellschaftliche Strukturen verändern sollen, von dem die Frauenbewegung nur Teil ist, und sie meinen weiter, daß der Ansatzpunkt für die Befreiung der Frau in der Aufhebung der ökonomischen Abhängigkeit liegt".* Zwar wurden diese Gruppen oder Organisationen nicht ausgeschlossen, aber im Konkreten grenzte frau sich ab: *„Insbesondere grenzen wir uns von den Veranstaltungen der organisierten Frauen ab. Wir lehnen es ab, wenn z.B. der SFBW (Sozialistischer Frauenbund West-Berlin), wie es aus ihrem Organ, der 'PELAGEA', hervorgeht, das Ziel verfolgt, die Sommeruni als Sprachrohr für die Propaganda ihrer Organisation zu nehmen und uns für 'Bündniszwecke' zu benutzen".* (Die SFBW-Frauen hatten mehrere Arbeitsgruppen zum Thema Frauen in Betrieb und Gewerkschaft vorbereitet und zur Teilnahme an der Sommeruni in ihrer Zeitung mobilisiert). Angesichts dieser Tatsache ist es kaum zu erklären, wie die Kolleginnen, die in Betrieb und Gewerkschaft arbeiten und tagtäglich mit Männern zusammenarbeiten müssen, ihre Probleme auf der Sommeruni einbringen könnten. Den biederen Alltag bekommt immer noch die Masse der Frauen an den Fließbändern und Großraumbüros am schärfsten zu spüren, die radikalen Träume sind bisher nur für eine kleine Minderheit von Frauen da, die sich kleine Inselchen geschaffen haben, mit alternativen Projekten oder besser gestellten Berufen.

Eine Teilnehmerin aus der Betrieb- und Gewerkschaftskommission

»Väter/Töchter«



An dieser Arbeitsgruppe beteiligten sich etwa 30 Frauen. Drei Frauen erzählten zaghaft und unter großer Betroffenheit über ihre erlebte Vergewaltigung als Mädchen durch ihren Vater oder Stiefvater. Für einige war es das erste Mal, daß sie in größerer Runde über ihre Demütigungen sprachen. Scham und Schuldgefühle hinderten sie bisher daran, mit dieser Diskussion zu beginnen. Bestärkt wurden diese Ängste durch das gesellschaftliche Tabu und die herrschende Moral, diese Dinge zu verschweigen oder zu leugnen. Falls doch einige „Einzelfälle" ans Licht der empörten Öffentlichkeit gelangen, wird mit gesellschaftlichen Sanktionen befriedet.

Die Mädchen werden dazu erzogen, sich schuldig oder mitschuldig zu fühlen. Die Berichte der Frauen verdeutlichten in erschreckender Weise, daß vergewaltigte Mädchen nicht mit Haß und Aggression reagieren, sondern vielmehr mit Schuldgefühlen. Mädchen werden – anders als Jungen – dazu erzogen, keine Aggressionen zu zeigen. Egoismus und Aggression werden ihnen regelrecht abtrainiert. „Brave Mädchen" sind diejenigen, die es gelernt haben, sich anzupassen, vor allem entlang der Wünsche der Männer. Mädchen haben auch nie gelernt, sich zu wehren und ihre eigenen Interessen und Wünsche durchzusetzen. Sie werden dazu erzogen, sich mitverantwortlich bzw. mitschuldig zu fühlen. Wenn Mädchen dann von ihrem Vater vergewaltigt werden, fühlen sie sich auch dafür verantwortlich, was ihnen erstmal jede Möglichkeit der Offensive in die Öffentlichkeit raubt.

Dieses Schuldbewußtsein, die mangelnde bzw. die nicht stattfindende Auseinandersetzung über ihre Vergewaltigung, führt bei Mädchen nicht nur zum Rückzug, sondern zerstört ihre ganze Persönlichkeit.

Auch aufgrund der herrschenden Familienideologie, die nach außen „Friede-Freude-Eierkuchen" propagiert, nach innen Sexualität absolut tabuisiert, begreifen Mädchen ihre Vergewaltigung oftmals nicht als solche, sondern reagieren mit Ekel und diffusen Gefühlen.

So berichteten alle drei Frauen, daß sie erst gar nicht in der Lage waren, zu begreifen, was eigentlich passiert war. Sie hatten nur ein dumpfes Gefühl, das sie nicht näher bestimmen konnten. Eine Frau berichtete, daß sie – obwohl sie wußte, daß ihr Vater mit ihrer Schwester gleiche „Dinge" machte – nicht in der Lage war, mit ihr darüber zu reden.

Diese Realität, die Frauen jahrelang erleben müssen, macht sie immer mehr zum schuldbewußten Opfer. So berichtete eine Frau, daß sie erst nach Jahren, als Erwachsene, mit ihrer Schwester zaghafte Versuche unternimmt, darüber zu sprechen.

Eine andere Frau reagierte auf ihre Vergewaltigung durch den Vater mit totaler Verdrängung. Für sie waren alle Erinnerungen an diese Zeit total aus dem Gedächtnis verschwunden. Erst in letzter Zeit, durch die verstärkte eigene Auseinandersetzung darüber, kommen ihr wieder bruchstückhafte Erinnerungen.

Weiter berichtete eine Frau, daß sie erst nach einer gescheiterten Ehe mit einem prügelnden Mann und nach einem mißglückten Selbstmordversuch wieder ein Interesse am Leben hat.

Bei allen drei Frauen wurde deutlich, daß auch ihr Verhältnis zur Mutter eine entscheidende Bedeutung hatte. Aufgrund des sichtbaren Abhängigkeitsverhältnisses der Mutter vom Vater und der Tabuisierung der Sexualität in der Familie fällt es den Mädchen schwer, sich vertrauensvoll an die Mutter zu wenden. Nicht selten begreifen Mütter die Offenheit des Mädchens als Provokation und als sexuelle Konkurrenz und reagieren mit entsprechenden Sanktionen.

So berichtete eine Frau, daß ihre Mutter mit einer Strafanzeige reagierte, als sie erfuhr, daß der Vater sie vergewaltigte. Sie war damals 11 Jahre. Als sie dann am Prozeßtag ihre Tochter beim Haarekämmen „ertappte", war ihre Reaktion: „Mach dich schön, damit man auch sieht, daß es passieren konnte". Um eine Wiederholung auszuschließen, wurde sie dann von der Mutter ins Heim gesteckt.

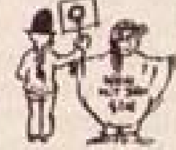
Oftmals nützt auch der Vater das Liebesbedürfnis des Mädchens aus, um sie gegen die Mutter auszuspielen. So berichtete eine Frau, daß ihre Mutter ihr nie die erwünschte Zärtlichkeit gab, daß sie demnach ihre Mutter haßte. Sie wandte sich dem Vater zu, der ihr das erste Mal das Gefühl von Zärtlichkeit gab, indem er sie sexuell mißbrauchte. Sie hatte diese Form der Sexualität bzw. der ‚Zärtlichkeit' nie als Gewalt begriffen. Das Geld, das sie von ihm erhielt, bezeichnete sie als eine Art „Schweigegeld" gegenüber der Mutter. Sie empfand das Verhältnis zum Vater als ein Bündnis gegen die Mutter.

Diese Beispiele sind keine Einzelfälle. Sie führen uns in erschreckender Weise vor Augen, was hinter den Kulissen der Familienideologie steckt.

Es ist keine Seltenheit, daß vergewaltigte Mädchen als „schwerererziehbar" oder als „kleine Hure" abgestempelt werden, im Heim verschwinden bzw. ihr Leben und ihre Persönlichkeit aufgrund dieser Demütigungen zerstört wird. Die Diskussion hat gerade erst angefangen. Ein erster und wichtiger Schritt war diese Arbeitsgruppe auf der Sommeruni. Es wurde vereinbart, alle Erlebnisse, Berichte usw. der Frauen aufzuschreiben und zu sammeln, um daraus evtl. ein Buch zu erstellen. Die Sammeladresse ist der Notruf Berlin.

W., KB Nürnberg

»Frauenbewegung und Wahlen«



Die wohl größte Wahlveranstaltung für Frauen zu den diesjährigen Bundestagswahlen fand zum Abschluß der Frauen-Sommeruni Ende September statt. Über 1.000 Frauen besuchten die von der „Courage" initiierte Veranstaltung. Obwohl die Sommeruni eine Woche lang über 140 Seminare anbot, war doch das Thema Bundestagswahlen bis auf diese eine Veranstaltung weitgehend tabu. So begann die Veranstaltung auch sehr vielversprechend, endete aber in Chaos und Tumulten.

Die „Courage"-Frauen hatten die Besetzung des Podiums ausdrücklich als unparteiisch und außerparlamentarisch gekennzeichnet. Daß dem nicht so war, wurde spätestens mit der Anwesenheit von Delphine Brox (BGL, Bremen) klar, die sich als Kronzeugin gegen „die Grünen" zu profilieren versuchte und dabei den KB immer wieder als „Unterwanderer" in der grünen Bundespartei darstellte. Zum weiteren war das Podium besetzt mit: Katarina Morik aus der Hamburger Initiative „Lohn für Hausarbeit", Sabine Zurmühl von der „Courage", Ursula Nienhaus vom „Feministischen Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum Berlin" und Alice Schwarzer.

Katarina propagierte den Druck auf die bestehenden Parteien, der so stark werden müßte, daß alle Parteien Forderungen aus der Frauenbewegung aufnehmen müßten. Sie ist unbedingt dafür, daß die Frauenbewegung den Staat ausnutzt und um Gelder für Frauen-Projekte kämpft. Für Katarina geht die Macht von der außerparlamentarischen Opposition aus, um in dieser Gesellschaft etwas verändern zu können. Die Mitarbeit in der SPD oder bei den Grünen hält sie für Kraftverschwendung. Im Laufe der Diskussion erklärte sie ihre kritische Wahlunterstützung für die Grünen.

Delphine Brox konnte großen Beifall von den Frauen ernten, als sie erklärte, daß sie vor einigen Wochen aus der Grünen Partei ausgetreten sei. Sie wäre jetzt nur noch für eine Liste ohne Parteianspruch im Bremer Parlament und konzentriere sich auf die außerparlamentarische Arbeit. Die Entwicklung bei den Grünen habe es ihr unmöglich gemacht, weiter für die Grünen zu arbeiten, weil die „Schlimmsten" sich durchgesetzt hätten. In Hamburg hätte der KB die Grünen übernommen, dort würde sie nicht wählen gehen. Ansonsten fände sie aber einen Wahlboykott falsch.

Ursula Nienhaus erklärte gleich zu Beginn, daß sie die Grünen gewählt habe, weil die etablierten Parteien für sie nicht wählbar sind. Einen Wahlboykott zu propagieren, lehnte sie ab. Sie appellierte an die Frauen, doch mal das Verhältnis zu den Parlamenten zu überdenken, wenngleich dies für sie auch widersprüchlich sei, eigentlich würde sie lieber alle Frauen in der Frauenbewegung sehen und im Parlament nur Männer.

Alice Schwarzer distanzierte sich davon, zum Wahlboykott aufgerufen zu haben; sie habe lediglich die Frage des Wahlboykotts als eine Alternative zur Diskussion gestellt, denn die Grünen oder eine Frauenpartei seien für sie keine Alternative. Sie erklärte dann, ohne konkret zu werden, daß für sie die Wahlen gelaufen seien. Im Rest ihres Beitrags zitierte sie ausführlich aus dem ppp-paper der SPD gegen Alice Schwarzer; diese Angriffe riefen allgemeine Empörung bei den Frauen hervor. Abschließend betonte Alice Schwarzer noch einmal, daß ein aktiver Wahlboykott der SPD schaden würde. Darüberhinaus hielt sie es für unsinnig, den Abend mit der Wahldiskussion zu „verplempern". Vielmehr sollte endlich mal über die Selbstzerfleischung innerhalb der Frauenbewegung diskutiert werden. Was sie selbst dazu beigetragen hat, ließ Alice lieber außen vor. Alice Schwarzer war übrigens die einzige Frau auf dem Podium, die nicht durchblicken ließ, was oder ob überhaupt sie zu den Bundestagswahlen selber wählt.

Es folgte noch ein kurzer Disput auf dem Podium um den Wahlboykott. Bis auf Alice Schwarzer waren alle Diskutantinnen der Meinung, daß dieser resignativ sei. Alice Schwarzer, die offensichtlich zu dieser Diskussion keine Lust hatte, versuchte noch in zwei Diskussionsbeiträgen, die Situation in der Frauenbewegung zur Diskussion zu stellen; sie sprach von einer Konterrevolte der CDU und SPD, deren Familienpolitik sich kaum voneinander unterscheide. Die Zeiten würden härter und hinter uns sei nur noch ein tiefer Abgrund. Es wäre an der Zeit, die Frauenbewegung zu einem organisierten Block zusammenzuschließen.

Bis zu diesem Punkt gestaltete sich die Veranstaltung recht vielfältig und interessant. Doch es kam noch anders. Die ersten Diskussionsbeiträge aus dem Plenum hatten sich die Frauen von „Der Feminist" ergattert. Bei reaktionären Sprüchen wie: Deutschland sei schwach seit seiner Teilung und Besetzung durch die Russen und Amerikaner, garniert mit Forderungen gegen die Atomkraftwerke, brachen im Plenum Tumulte aus. Die Mehrheit der Frauen lachte, klatschte oder buhte abwechselnd. Eine andere Rednerin von „Der Feminist" beschrieb im Detail, wie sie bei den Grünen in Saarbrücken vom Podium weggetragen wurde und warum sie

Fortsetzung nächste Seite

Seminar »Arbeit mit Behinderten – ein biederer Alltag, haben wir auch radikale Träume?«

Diese Arbeitsgruppe erstreckte sich über zwei Tage. Der erste Tag lief unter dem Motto „Motivation zur Behindertenarbeit", und am zweiten Tag sollten unsere „radikalen Träume" bezüglich Behindertenarbeit diskutiert werden.

Meine Erwartungen an dieses Seminar wurden allerdings etwas enttäuscht, nicht allein deshalb weil unter ca. 30-40 Frauen* nur eine andere Frau und ich behindert waren/sind. Die anderen Frauen waren Sozialarbeiterinnen, Therapeutinnen, Erzieherinnen, Krankengymnastinnen etc.

Die Diskussion verlief zunächst sehr über unsere Köpfe (die Köpfe der Behinderten) hinweg. Den meisten Frauen ging es darum, hauptsächlich über *ihre* Ausbeutung innerhalb der Institutionen und über *ihre* Abgrenzungsmöglichkeiten von ihrer Arbeit in den Institutionen zu diskutieren. So nach dem Motto: „Inwieweit habe ich das Recht, mich nachmittags nicht auch noch mit den Behinderten zu beschäftigen, muß ich immer für sie da sein?".

Hierzu muß ich allerdings hinzufügen, daß dieses wohl auch die Intention des Seminars war. Das Problem dabei war jedoch, daß wir Behinderten dabei eher als *Fälle* diskutiert wurden, nicht aber als gleichberechtigte Menschen. Dieses Problem zog sich wie ein roter Faden bis fast zum Schluß durch die Diskussion.

Viele Probleme wurden nur aufgeworfen, aber nicht ausdiskutiert, wie z.B. der Trend der Frauen, überhaupt soziale Berufe zu ergreifen, daß hierbei der Aspekt des Helfens eine ganz wichtige Rolle spielt.

Die Sozialisation der Frau als Ursache dieses Verhaltens wurde ebenfalls andiskutiert. Die Frauen erkannten die Funktion ihrer Rolle als Helferin: nämlich als schwacher Teil der Gesellschaft vor noch schwächeren zu stehen, somit eine Macht innezuhaben und eigene Bedürfnisse und eigene Schwächen dadurch kompensieren zu können.

Leider wurde hierbei nicht nach möglichen politischen Lösungen für dieses Problem gesucht, indem die Frauen z.B. ihre Auffassung des Begriffs „Helfen" infrage stellten, was mir sehr negativ auffiel. Hilfe zur Selbsthilfe schien ihnen nur begrenzt möglich. Vielmehr gingen sie davon aus, daß Behinderte halt immer Hilfe brauchen werden, und daß frau sie ihnen halt geben muß, als eine Art Dienstleistungsprinzip. Diese Hilfe begrenzten viele Frauen nicht auf einzelne Handreichungen, sondern auf die gesamte Person des/der Behinderten. Dadurch sprachen sie quasi uns Behinderten ab, daß wir unabhängig vom Grad unserer Behinderung Ebenen entwickeln können, auf denen wir uns emanzipieren können, unsere eigene Persönlichkeit ausleben können. Die Frauen arbeiten *für* Behinderte, aber nicht *mit* Behinderten.

Wir diskutierten auch darüber, daß sie somit eine ganz bestimmte Funktion des Staates erfüllen, nämlich die Hierarchie und Ghettoisierung der Institutionen für Behinderte, wie Versehrtenheime, Psychiatrien, Sonderschulen etc. aufrechtzuerhalten und Hilflosigkeit zu produzieren. Leider verlief die Diskussion aber noch sehr immanent und der Teufelskreis schloß sich wieder, als einige Frauen sagten, daß die Institutionen halt so aufgebaut seien, daß *sie* deshalb ausgebeutet würden und die einzige Rettung in ihren Abgrenzungsversuchen außerhalb ihrer Arbeitszeit läge.

Dieser Punkt wurde dann noch sehr kontrovers weiterdiskutiert. Einige Frauen warfen ein, daß diese Abgrenzungsversuche (also absolute Trennung von Beruf und Privat) die Frauen in große Widersprüchlichkeiten werfen würden, während andere Frauen die Trennung von Beruf und Privat mit der Notwendigkeit eines Regenerationsraumes begründeten.

Erst ganz zum Schluß des Seminars verlief die Diskussion m.E. dann etwas positiver. Wir diskutierten sehr lange über den Sinn und Zweck des Helfens. Wir Behinderten stellten die Forderung an die Frauen, sich von ihrer Auffassung des Helfens zu distanzieren und die Unterdrückung der Sozialarbeiterinnen, Therapeutinnen etc. nicht gegen die Unterdrückung der Behinderten innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Institutionen auszuspielen. Eine italienische Frau erzählte von ihren Erfahrungen aus der Antipsychiatrie. Dadurch kamen wir einer politischen Dimension in unserer Diskussion näher, und wir suchten nach gemeinsamen Parallelen unserer Unterdrückung und nach gemeinsamen Möglichkeiten eines politischen Kampfes gegen diese Unterdrückung.

Meine Berichte über alternative Berhindertenarbeit in Form von autonomen Krüppelgruppen, Wohngruppen und Demos schienen vielen Frauen als etwas völlig Neues. Allerdings fanden auch hier viele Frauen diese Form von Emanzipation nur begrenzt möglich. Eine Frau sagte z.B., daß dies ja vielleicht für Körperbehinderte schön und gut sei, daß Geistesgestörte aber hierzu nicht fähig seien. Und eine andere Frau sagte, daß wir nicht davon ausgehen könnten, daß alle Behinderten politisch wären und frau mit ihnen auf eine Demo gehen könnte. Zudem wäre es ja auch wieder eine Art von Manipulation und Machtausübung, wenn frau die Behinderten mit auf eine Demo schleppen würde.

Diese Äußerungen scheinen mir sehr bezeichnend für die Probleme vieler Frauen, die sie mit Behinderten hatten/haben. Sie konnten sich einfach nicht vorstellen, daß sie für sich persönlich auch etwas aus ihrer Arbeit lernen können; daß die Behinderten, mit (für?) denen (die) sie arbeiten, ihnen auch etwas geben können, außer vielleicht Dankbarkeit und Emotionalität.

Ich hatte zuletzt das Gefühl, daß viele Frauen – nachdem sie das Problem ihrer Ausbeutung in ihrer Arbeit sehr immanent, aber halt nicht selbstkritisch diskutiert hatten – von der politischen Komponente der Diskussion, also von einem gemeinsamen politischen Kampf (Sozialarbeiterinnen und Behinderte), nun so sehr begeistert waren, weil sie auch hier wieder sehr abstrakt und von sich persönlich wegorientieren konnten.

Ich warf ein, daß zu einem gemeinsamen politischen Kampf auch sehr viel Selbstkritik gehöre, daß also gerade die Frauen, die gemeinsam *mit* uns Behinderten kämpfen – nicht *für* uns –, ihre Einstellung Behinderten gegenüber ganz massiv infrage stellen müßten.

Erst als ich sagte, daß ich allen Frauen unterstellen würde, daß sie Schwierigkeiten hätten, z.B. mit Behinderten eine Beziehung zu führen, gab eine Frau zu, daß sie Schwierigkeiten hätte, mir beim Zigarettendrehen zuzuschauen. Dadurch wurde nochmal etwas genauer das diskutiert, was wir vorher auch schon angeschnitten hatten: nämlich, daß Sozialarbeiterinnen, Therapeutinnen etc. genau die gleichen Schwierigkeiten mit Behinderten haben wie „Normalbürger". In ihren Berufen können diese Schwierigkeiten gerade durch die klare hierarchische Rollenverteilung ganz gut kompensiert werden.

Meine Erwartungen wurden dahingehend enttäuscht, daß ich eigentlich an frauenbewegte Frauen angesichts der Tatsache, daß gerade auch sie (wir) gegen Diskriminierung und Unterdrückung kämpfen, höhere Ansprüche gestellt habe. Andererseits ist mir aber auch durch dieses Seminar klargeworden, daß auch die feministischen Frauen lernen müssen, daß sie gerade durch ihre Sozialisation als Helferinnen es schwer haben, alle Normen fallen zu lassen und uns Behinderte als gleichberechtigt zu akzeptieren und zu respektieren.

Gut fand ich dann noch, daß eine Adressenliste der Frauen aufgestellt wurde, mit der Intention, sich nun öfters zu treffen, sich gegenseitig zu unterstützen und zu entwickeln.

Für mich als Behinderte wurde der Frust teilweise dadurch aufgehoben, daß wir Behinderten uns nachher mit noch ein paar behinderten Frauen zusammensetzten und uns vorgenommen haben, auf der nächsten Sommeruni eine AG nur für behinderte Frauen durchzuführen, und überhaupt mal daran zu arbeiten, daß die Krüppelinnenbewegung ins Rollen kommt.

Eine Frankfurter Genossin

Fortsetzung von der vorherigen Seite

dennoch die Grünen wählen würden.

Perfekt war das Chaos dann mit dem unvermeidlichen Auftritt der Indianer-Kommune, die jede Gelegenheit nutzte, ans Mikro zu stürmen und loszuschreien. Unklarheit, ob frau sie rausschmeißen solle oder nicht, führte zu Debatten unter den Teilnehmerinnen der Veranstaltung.

Von einer Diskussion um die Bundestagswahlen konnte dann kaum noch die Rede sein. Eine Frau übte scharfe Kritik an den Veranstalterinnen, die es bislang nicht für nötig gehalten hatten, zur Demonstration in Westberlin gegen den Münchner Anschlag zu mobilisieren. Sie bekam großen Beifall. Eine KB-Genossin kritisierte die Teilnehmerinnen der Veranstaltung, die offensichtlich in totaler Unkenntnis hier Frauen beklatschten wie Delphine Brox, die mit dem rechten Lager von Gruhl und Springmann die Grüne Partei verlassen habe. Darüberhinaus forderte sie Delphine auf, zu zwei Fragen Stellung zu beziehen: 1. hätte sie sich in mehreren Interviews in der „TAZ" und anderswo recht seltsam zur Lesbenfrage geäußert; 2. sollte sie doch mal genau ihre Position zum § 218 innerhalb der Grünen hier bekannt geben. Delphine explodierte sogleich und meinte, sie sei nicht nach Berlin gekommen, um sich mit dem KB auseinanderzusetzen. Daraufhin riefen viele Frauen, sie solle die Fragen beantworten. Das war Delphine offensichtlich überhaupt nicht recht, ein Hin und Her, immer wieder wurde sie aufgefordert, endlich zu antworten. Sie erklärte dann, sie sei natürlich für die Abschaffung des § 218, allerdings müsse dieser in die ökologische Frage... weiter kam sie nicht mehr; Buhrufe und Tumulte provozierten Delphine zu dem Aufschrei „*Ich bin eine Anarchistin*"; dies gab dem Gelächter im Saal noch neuen Auftrieb. Kurze Zeit später war sie gegangen.

Eine kleine Glosse am Rande: Als die KB-Genossin ihre Fragen an Delphine stellte, wurde sie von einer Frau mehrmals aufgefordert zu sagen, daß sie im KB sei. Die Genossin machte diese Forderung laut bekannt und bestätigte ihre KB-Mitgliedschaft, „*falls dies für irgendwelche Schubladen hier wichtig ist*". Dafür erntete sie großen Beifall von den Teilnehmerinnen der Veranstaltung. Das Podium war inzwischen nur noch halb besetzt und die Veranstaltung um die Hälfte kleiner geworden.

Ul., KB Hamburg

Weibliche Widerstandsformen — Feministische Widerstandsmöglichkeiten — Lesbisch-leben als Widerstand

„Ich habe die Erfahrung gemacht, daß wir häufig unsere ‚Abweichungen' wie Depressionen, frigides Verhalten, verschiedenes Suchtverhalten, als individuelles Versagen werten und nicht mehr auf gesellschaftliche Ursachen zurückführen. Aus diesem Unzulänglichkeitsgefühl heraus glauben dann viele Frauen, sie könnten nicht politisch (feministisch) arbeiten: wenn es einer Frau schlecht geht, bleibt sie aus ‚ihrer' Gruppe weg.

Politisches Handeln setzt nach dem herrschenden Denkmodell Perspektive und Öffentlichkeit voraus. Die Verbindung von Politikbegriff und Widerstandsbegriff verhindert, daß Handlungen, die nicht im ‚politischen' Bereich stattfinden, scheinbar keinen Widerstand enthalten können. Psychische Abweichungen werden erst dann zu wirklichen Abweichungen, wenn gesellschaftliche Definitionsprozesse einsetzen. Von den herrschenden Definitionen her schließen sich Widerstand und psychische Abweichungen aus.

Wieso kann speziell abweichendes Verhalten von Frauen gemäß dem herrschenden Denkmodell nicht als Widerstand bezeichnet werden?

Als Folge des Umwandlungsprozesses (Trennung von Erwerbsbereich und Privatbereich durch die Kapitalisierung der Gesellschaft) wurden Frauen psychische Eigenschaften zugeschrieben, wie Emotionalität, Passivität, Fürsoglichkeit, die fortan ihr Wesen bestimmen sollten. Ebenso wie die Arbeit der Frauen gesellschaftlich nicht anerkannt wird, erfahren auch die ihnen zugeschriebenen Eigenschaften eine Minderbewertung und sogar Abwertung. Eigenschaften, die Frauen beschreiben sollen, beschreiben zugleich neurotische Störungen (Ordnungsliebe, Sensitivität, Unsicherheit, Infantilismus). Eine Befragung ergab: Das Bild der psychisch gesunden Frau ähnelte stark dem Bild des psychisch kranken Mannes/Menschen.

Weibliches Leben ist in mehrerer Hinsicht widersprüchlich. Weder Berufsleben noch Familienleben sind Perspektiven, in denen sich Frauen ‚zu Hause' fühlen können. Die gesellschaftliche Geringschätzung ihrer Arbeit und ihrer Person überhaupt stehen den Wünschen nach Anerkennung, aber auch ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen nach qualitativ anderem Leben entgegen. Eine solche Situation erzeugt Leidensdruck. Abweichendes Verhalten als individuelle Konfliktlösungsstrategie ist vor dem Hintergrund einer solchen Lebenssituation und der weiblichen Sozialisation eine normale und naheliegende Reaktion.

Wie äußert sich weiblicher Widerstand in psychischen Abweichungen?

– Frauen äußern ihren Widerstand insofern, daß sie sich den Anforderungen, die an sie als Frauen gestellt werden, entziehen, ihnen durch ihr kranksein einfach nicht mehr genügen. Z.B.

– wenn sie depressiv sind, ziehen sie sich zurück, sind nicht mehr lieb, ver(sch)wenden alle Energien auf sich;

– wenn sie magersüchtig sind, zeigen sie ungeheuere Autonomie und Stärke darin, Hungergefühle zu unterdrücken, aber auch sich vor übermäßigen Anforderungen zu schützen;

– wenn sie frigide sind, verweigern sie die Vereinahmung ihrer Lust unter spezifische Normen;

– wenn sie eßsüchtig sind, versuchen sie, sich selbst zu behaupten, Raum und Bedeutung einzunehmen, sich selbst durch Essen was Gutes zu tun.

– Abweichendes Verhalten ist nicht nur Reaktion, sondern auch Aktion, da in den gewählten Formen versucht wird, unerfüllte Wünsche und Bedürfnisse zu befriedigen. Den Widerstand, der in diesen Formen steckt, werte ich als einen allerersten Schritt zur Selbstbefreiung: der Leidensdruck, der durch die Lebensbedingungen für die Frauen entsteht, wird nicht mehr durch Anpassung an bestimmte gesellschaftlich angebotene Rollenmuster (Hausfrau, Karrierefrau) kompensiert, sondern es werden andere ‚Auswege' gesucht. Andererseits bleibt dieser Widerstand gerade hierdurch an die Unterdrükkungssituation gebunden.

Trotzdem erscheint es mir ungeheuer wichtig, daß wir das Potential an Widerstand in unseren ‚Abweichungen' erkennen und auch benennen.

Indem wir unser Handeln neu bestimmen, fangen wir auch an, uns selbst neu zu definieren, und machen somit erste Schritte aus dem Unterdrückungszusammenhang heraus.

Wie kann Lesbisch-Leben als Widerstand bestimmt werden?

Gemeinsam mit dem sog. psychischen Abweichungen von Frauen hat lesbischleben die gesellschaftliche Definition als pathologisch abweichende Verhaltensweise. Dennoch ist es gerade gesellschaftlich gesehen einfacher als die psychischen Verhaltensweisen von Frauen als Widerstand zu bestimmen, da lesbischleben nicht nur auf psychischer Ebene eine ‚Abweichung' darstellt.

Von den gesellschaftlichen Normen aus gesehen, beinhaltet lesbisches Leben auf 2 Ebenen Widerstand:

a) als Angriff auf die Instituion Familie: durch ihre Art zu leben entziehen sich Lesben nicht nur dem einzelnen Mann, sondern dem gesamt kapitalistischen Verwertungsinteresse am Privatbereich. Sie leisten (außer für sich selbst) keine unbezahlte Hausarbeit und psychische Reproduktionsarbeit.

b) als Angriff auf die Geschlechtsrollendefinition: die hiermit verbundenen Eigenschaften von Frauen werden durch die konkreten Notwendigkeiten im lesbischen Leben (Bsp. Beruf) so relativiert, daß für lesbische Frauen die Möglichkeit zu autonomen Leben nach ihren Wünschen und Bedürfnissen eher möglich ist..

Lesbische Frauen verweigern damit auf individueller Ebene Verhaltensweisen, die gesellschaftlich gesehen systemstabilisierend wirken.

Allerdings empfinde ich eine ungeheure Diskrepanz zwischen dem objektiven Potential an Widerstand in der Lebensform lesbisch und meinen/unseren Fähigkeiten, dieses Potential umzusetzen".

Dieses ist ein sehr verkürzter Auszug aus dem Arbeitspapier von Anette. Sie hat zu diesem Thema eine Arbeit geschrieben, zu bestellen bei: Annette Rehbock, Friedenstr. 17, 44 Münster.

Noch kurz zu der Diskussion: Auch dieses Seminar war mit über 200 Frauen total überfüllt. Folgende Schwerpunkte kristallisierten sich in der Diskussion heraus:

1. Unsere ‚Krankheiten' sind kein individuelles Problem; das zu erkennen, verbunden mit einer neuen Krankheitsdefinition, ist schon eine große Hilfe, um unsere Scham und unser Schweigen zu durchbrechen. (SPK-Ansatz: aus der Krankheit eine Waffe machen).
2. Wir können aus unseren ‚Abweichungen' Kraft schöpfen, wenn wir den Widerstand statt gegen uns gegen außen richten! Durch bewußteres Umgehen mit unserer Psychosomatik (in welcher Situation und bei welchen Personen wird es akut, welchen Sinn und Funktion hat es für uns), bekommen wir ein distanzierteres Verhältnis zu unserer ‚Krankheit' (Einsamkeit). Trainieren wir uns darauf, daß auch in depressiven Phasen (o.ä.) der Gedanke in unserem Gehirn sitzt (s.o.). Je mehr wir in ‚klaren' Situationen erkannt haben, desto mehr bekommen wir auch in akuten Phasen Gewalt über uns, statt unsere Krankheiten Gewalt über unseren Körper.
3. Ganz wichtig ist, daß wir anfangen, uns auf unsere Krankheiten einzulassen, sie nicht zu verdrängen, nicht 1.000 objektive Ersatzerklärungen suchen, nicht davor weglaufen, keine Angst vor der Konfrontation damit haben, denn wir sind ganz viele!!
4. Frau muß nicht alles intellektuell lösen, muß nicht immer über alles reden, es gibt auch viele nonverbale Möglichkeiten, sich gegen Unwohlsein zu wehren (statt krank zu werden): z.B.

– im Bus, Typ macht frau an, ich kann nicht schreien oder so, aber demonstrativ aufstehen und mich neben sie setzen

– im Betrieb, sich verweigern: verweigern, über blöde Witze zu lachen, verweigern zu lächeln, best. Gespräche verweigern etc.

– Patientin im Krankenhaus, Chefarztvisite, der übliche Mist, plötzlich versteht Ausländerin kein Wort Deutsch mehr, Mitpatientinnen spielen mit, weigern sich zu dolmetschen („ich spreche ja auch nur deutsch"), Arzt ärgert sich, hinterher Pantomime auf Visite (alles wahre Begebenheiten, ja, ja).

In dieser Problematik können wir sicher alle noch viel lernen – auch voneinander!

Bx.



AG zu Frauenzentren

Astrid Osterland, aktiv im Göttinger FZ u.a. Mitautorin im ‚Emma'-Wahlboykott-Heft, stellte vor ca. 12o Frauen kurz die Entwicklung der Frauenbewegung dar:

Entstanden ist die neue westdeutsche Frauenbewegung (FB) aus der Linken – als Ziel war damals ein nicht-autoritärer Sozialismus vereinheitlicht. Die Frauen teilten also noch das antikapitalistisch-außerparlamentarische Maximalprogramm der APO, nur wollten sie sich nicht mehr als „Nebenwiderspruch" abqualifiziert wissen. Praktischen Niederschlag fand dies zuerst in der § 218-Bewegung. Frauen engagierten sich erstmals an einem Thema, welches sie primär als Frauen betrifft. Hiermit wurde eine Entwicklung in Gang gesetzt, in deren Verlauf der alte Anspruch der Studentenbewegung, „die Politisierung des Alltags", zunehmend Gestalt annahm: schon die Organisierung als Frauen „nur" mit Frauen ist insofern politisch, als sie den Bruch mit wesentlichen Elementen der patriarchalischen Erziehung (Ausrichtung von Frauen auf Männer, Konkurrenz untereinander um dieselben) voraussetzt und diesen Prozeß weiter vorantreibt.

Eine wichtige Rolle haben in diesem Zusammenhang auch die Selbsterfahrungsgruppen gespielt – sie trugen zur Entwicklung eines neuen Politikverständnisses bei. „Am Anfang war die Schulungs- und zum Schluß die Lesbengruppe" ist eine durchaus nicht atypische Entwicklung. Und dies ist nicht die einzige Veränderung der letzten 1o Jahre: war die Bewegung zunächst eine fast ausschließlich studentische, ist diese Gruppe heute im Göttinger FZ mit ca. 5o% nur noch RELATIV schwach vertreten – die übrigen 5o% sind Schülerinnen, Angestellte, Arbeiterinnen und Hausfrauen (ist einigermaßen repräsentativ).

Doch die FZ's sind heute keineswegs mehr die Frauenbewegung: der größte Teil konkreter Arbeit wird heute in Projekten geleistet (und zwar mehr, als je zuvor). Hier geht es allerdings im wesentlichen um Kleinkriege zu einzelnen Themen – die Ideologie ist der Pragmatik gewichen; eine neue Komponente ist auch, daß jetzt Forderungen an den Staat gestellt werden.

Welche Rolle spielen dann also die FZ's? Am ‚offenen' Abend im Göttinger FZ kommen bis zu 6o Frauen, das ‚Plenum' wird nur von einem Häuflein von ca. 15 Frauen bevölkert. Untergruppen laufen oft ohne Rückfluß zum FZ privat ab. Somit bekommt das FZ zunehmend Selbstzweckcharakter: die Energien einer kleinen Gruppe von „Unverbesserlichen" werden immer stärker von technisch-organisatorischen Arbeiten absorbiert – und die anderen Frauen kommen nur zum Konsumieren, fast alles dreht sich um das FZ an sich.

In diesem Zusammenhang stieß der Vergleich mit der typischen Kleinfamiliensituation auf allgemeine Zustimmung: die Aktivistinnen als sorgende Mütter – vergeblich Dank erhoffend von ihren trotzigen Kindern. Daß der Sonntagskuchen auf dem Tisch steht, wird als Selbstverständlichkeit angesehen; dafür braucht frau bestimmt kein Zentrum! Vielmehr kommen die Frauen, um dort KOLLEKTIV was zu machen – doch dieser Wunsch schlägt sich heute sehr einseitig in Yoga- oder Kunstgruppen nieder. Demgegenüber fordert das ursprüngliche Ziel – Selbstveränderung in und durch die politische Bewegung e i n g r e i f e n d e s Handeln. Frau darf nicht dabei stehenbleiben, sich s e l b s t ernst zu nehmen, sie muß sich auch p o l i t i s c h ernst nehmen, d.h.: aktiv werden gegen die Vergewaltigung und Pornoshops, für Frauenhäuser usw.. Wo z.B. bleibt die feministische Friedensbewegung?

Diskussion:

In Hamburg und W-Berlin sind die FZ's aufgelöst und ein großer Teil der Bewegungsfrauen in die Projekte gewandert. Also, brauchen wir noch FZ's? Eine Frau aus Husum konstatierte, daß für sie das FZ eine absolute Notwendigkeit sei, sonst gäbe es in dem Kaff überhaupt nichts mehr. Für Astrid sind FZ's eine grundsätzliche Notwendigkeit: in den Projekten werde sehr viel schlechte bzw. unbezahlte Service-Arbeit geleistet – frau brauche deshalb erst recht einen Ort, wo sie gemeinsam für (längerfristige) politische Ziele arbeiten könne. Und: Die Projekte sind zwar für viele Frauen eine Arbeits- und Lebensperspektive – doch diese Träume sind im FZ geboren – und ohne diese Basis müßten sie notwendigerweise absterben. Und wo – wenn nicht im FZ – sollen neue Frauen für die Bewegung gewonnen werden? Eine grüne Aktivistin aus Ludwigshafen brachte einen weiteren Aspekt in die Debatte: sie sei dort in der Partei die einzige Frau – und strampele sich entsprechend ab. Jetzt wolle sie versuchen, ihre diesbezügliche Arbeit ins FZ zurückzutragen, um sich von dort Rückenstärkung zu holen.

Im folgenden drehte sich die Diskussion um die internen ‚gruppendynamischen' Probleme in den Zentren: mehrere Frauen bedauerten, daß sie dort ein Auf-sie-zu-gehen erwartet und ziemlich enttäuscht seien; eine Frau bezeichnete ihre örtliche FZ-Aktivistinnen sogar als eine ‚elitäre Clique'. Einige dieser ‚Aktivistinnen' stritten dies keineswegs ab, und wiesen auf einen unseligen Teufelskreis hin: ist frau mal als solche ‚abgestempelt', fangen andere an, sich auf diese zu verlassen. So wird viel Intiative von ‚neuen' Frauen abgeblockt, und die Alt-Kämpferinnen wiederum darin bestärkt, daß nur, wenn sie weiter (fast) alles allein machen, überhaupt noch etwas laufen könne. . . . Diese Probleme sind ja nun wirklich nicht nur auf Zentren beschränkt, oder?

Li./Ffm



Lesben und He-Terros oder Das große Schweigen?

Ich weiß von mindestens einer Veranstaltung (wahrscheinlich waren es wieder mehrere), wo es den mittlerweile schon (nicht nur auf der Frauenuni) üblichen Krach zwischen Lesben und Heteros gab: Ein falsches Wort, die Lesben wurden sauer und sprengten die Veranstaltung, indem sie die Anwesenden zwangen, sich mit ihrer Problematik auseinanderzusetzen.

Aber dieses Jahr blieben wir Frauen nicht bei Aggressionen und Ohnmacht stehen: Es wurde kurzfristig eine Diskussion: „Streit zwischen Lesben und Heteros, muß das sein?" angesetzt, die sehr gut besucht wurde. Ca. 80 Frauen hockten in einer Flurecke und wir überlegten, wie wir es schaffen können, in Zukunft solidarischer miteinander umzugehen. Anfänglich beklagten sich die He-Terror- und/oder Bi-Frauen über „Anmache" seitens der Lesben. Sie wehrten sich auch vehement dagegen, in „Schubladen" gesteckt zu werden (lesbisch, hetero, bi), und das unterstützten traurigerweise sogar Lesben! Dann ging die Diskussion in die Richtung „Friede, Freude, Eierkuchen" und „wenn ihr euch zusammenreißt, tun wir das auch" bzw. „wie du mir, so ich dir".

Hier wurde gekontert: Es kann nicht darum gehen, gleichmacherisch von a l l e n Frauen mehr Solidarität zu erwarten, das würde dem Problem der Lesben nicht gerecht! Da die Lesben b e s o n d e r s diskriminiert sind, brauchen sie auch Sonderrechte und besondere Unterstützung und Solidarität!! Das können sie doch wohl mindestens innerhalb der Frauenbewegung verlangen, oder müssen wirklich die Lesben frustriert aus den Zentren rausgehen??

Es wurde die These aufgestellt, daß selbst viele Anwesenden keine Vorstellungen über den alltäglichen antischwulen Terror haben: angefangen beim Kellner, der sich weigert, sich küssende Lesben zu bedienen, aufgehört bei den regelmäßigen Anschlägen aufs Tuctuc (Schwulen/Lesben-Cafe) in Hamburg. Und warum zieht frau nach einem Frauenfest besonders über die Lesben her, die z. B. 'ne Plakette tragen mit „He-Terror – Nein danke", oder fühlt sich durch den Zusammenhalt der Lesben, was sich oft beim Tanzen ausdrückt, angemacht (ausgeschlossen?). Warum wird nicht mal versucht, die Situation der Lesben zu verstehen? Vom massenpolitischen Ansatz her ist die o. g. Plakette sicherlich sektiererisch – aber auf einem Frauenfest? Welche Berührungsängste müssen HERRschen, wenn frau soviel Anstoß daran nimmt?

Und welche Ängste bei der Schubladendiskussion: Wenn jemand zu mir sagt, ich sei Antifaschistin, Feministin, Sozialistin, grenze ich mich nicht ab, aber wenn frau sich überlegen soll, worüber sie sich definiert, ob sie lesbisch, bi, oder hetero ist, geht gleich die Schreierei mit der Schublade los (auch im KB übrigens!!). Was verunsichert denn da so, bis zur glatten Distanzierung?? Eine Frau forderte sogar von allen Bewegungsfrauen zur Unterstützung der Lesben, Lesbenzeichen zu tragen; so wie in Skandinavien im Hitlerfaschismus von der Bevölkerung Judensterne oder zu „Stammheimzeiten" Judensterne mit „Sympathisant" getragen wurden. Na, da wurde aber vielen Hetero- (und Bi-) Frauen mulmig ... (allerdings stellt sich dann ein anderes Problem: Wie soll Lesbe Lesbe erkennen?).

Auch die These, daß wohl jede Frau mehr zu allen möglichen Frauenthemen, die sie nicht direkt betreffen, mehr gelesen hat als zu Lesben, wurde betroffen bejaht. Beziehungsarbeit von Lesben ausnutzen, Heteros, die sich von Lesben aufrichten lassen, massenhaft Lesben in der § 218-Bewegung, das ist alles „normal" – aber mit 'ner Lesbe über i h r e Probleme diskutieren oder gar ein Lesbenbuch lesen, das liegt schon in unerreichbarer Ferne.

Es gibt Frauengruppen, die in zwei Jahren noch keinmal die Lesbenfrage (blödes Wort) diskutiert haben. Und wenn „das" mal „drankommt", läuft es schnell wie oben ab: Probleme der He-Terrors mit Lesben statt umgekehrt!

Tatsächlich entstand hier einige Betroffenheit, und den forschen He-Terrors, die um „Gleichberechtigung" kämpften, wurde ein bißchen Dampf aus den Segeln genommen! Das Problem ist offensichtlich nicht die „Anmache" durch/von/mit Lesben, sondern das große Schweigen auch in der Frauenbewegung über Lesbenunterdrückung!

Die Diskussion war ein Erfolg, denn wir haben miteinander und nicht gegeneinander geredet!

Bx.

Linke Revoluzzer, Machtpositionen linker Männer

Die Notrufgruppe W-Berlin hatte dieses Thema vorgeschlagen, mal wieder war ein Raum mit über 80 Frauen überfüllt (übrigens viele Genossinnen von uns).

Eine typische „Sündenliste" zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussion:

– linke Typen haben es an sich, „private" Diskussionen – im Gegensatz zu „politischen" – wenn sie ihnen zu brenzlig oder gar zu schwierig werden, zu verweigern!
– Der Unterschied zwischen Unterdrückung bei Linken und Nicht-Linken scheint u. a. darin zu liegen, daß die Linken versuchen, subtiler und nicht so offensichtlich zu unterdrücken.
– Sie wollen unsere Probleme möglichst als Thesenpapier serviert bekommen, wo alles glasklar analysiert ist, sonst werden wir ganz schnell unglaubwürdig. Möglichst sollen wir auch noch Rezepte dazu liefern.
– Sie lassen uns mit ihrer „Coolness" auflaufen.

Eine Frau fragte provokativ: *„Was hat links-sein mit Mensch-sein zu tun?"*. Feminismus hat Auswirkungen auf unser Leben, genauso soll auch der Sozialismus in unseren Köpfen Auswirkungen auf unser Leben haben! Besonders bei denen, die mit uns die Revolution machen wollen!! Was ist das wohl für 'ne Revolution, wenn die Revolutionäre Frauenunterdrücker sind? Da kann frau nur 'ne Gänsehaut kriegen!

Nein, wir wollen, daß die Männer und besonders die Linken sich mit uns schon hier und heute verändern!! Wir wollen sie an ihrem linken Anspruch packen, aber wir wollen sie nicht mehr bitten, uns zu verstehen, sondern wollen es f o r d e r n !! Oder zur Not auch alleine durchziehen! Nicht abhalten lassen, ist alles ...

Eine Frau erzählt, solange sie Bittstellerin war, also wieder in der IHM helfenden Rolle, änderte sich nichts! Als sie anfing, Sachen allein zu machen, war er gezwungen mitzuziehen, sonst wäre die Beziehung kaputtgegangen.

Hier stellte sich als ganz wichtig heraus, daß wir Alternativen zur Beziehung haben müssen; je abhängiger wir von ihm sind, desto schwächer unsere Position! D.h. nicht, daß wir Wegwerfbeziehungen führen wollen, aber wir wissen, daß es auch den linken Märchenprinzen (von wegen Hennahaar, Ohrring, Latzhose) nicht gibt und daß gesundes Mißtrauen den Genossen gegenüber angebracht ist, und manchmal auch uns gegenüber, denn unser Kopf ist weiter als unser Bauch ...

Die These einer Frau mit 'nem angeblichen Feministen zuhause, daß wir uns und also auch ihm was zugestehen müssen, wurde zurückgewiesen, denn: **Die Widersprüchlichkeit der Typen führt zu unserer Unterdrückung, unsere Widersprüchlichkeit führt jedoch zur Erduldung der männlichen Unterdrückung!!**

Ein Beispiel: In W-Berlin fand ein Treffen linker, alternativer Projekte statt. Ein Typ nervte ziemlich mit seinen langatmigen, gestochenen Beiträgen. Als eine Frau vom Frauenhaus einen etwas längeren, aber gut verständlichen Beitrag hielt, meinte ER zum Schluß rotzfrech und dumm-dreist: *„Ich wiederhol' das jetzt mal kurz und knapp und faß' das klar zusammen"*. Keine Reaktion! Die Frauen waren geschockt und gelähmt! Eine ganze Zeit später, als er mal wieder rumlaberte, meinte eine Frau anschließend ganz lässig: *„Jetzt wiederhol' ich das mal ganz kurz und knapp"*. Bald darauf ging er, sein Auftritt war verpatzt.

(Wir haben fürchterlich über dieses Beispiel gelacht, wie überhaupt im letzten Drittel, als es um Konsequenzen ging, ziemlich gelacht wurde ...).

Typ, du machst mich „hyyyysterisch"

Ein weit verbreitetes Problem scheint zu sein, daß Frauen öfter auf Terminen ausrasten, anfangen zu schreien und dann auch ab und zu nicht sooowas Qualifiziertes ablassen, wie die Cooolen ... Dann heißt es, die ist „hysterisch", gleich wird a l l e s unglaubwürdig, was sie gesagt hat, möglichst versuchen unsere Genossen dann noch, die Frauen zu spalten, sie dahin zu bringen, daß sie sich von der „Hysterischen" distanzieren ... Warum ist „Hysterie" eigentlich so negativ besetzt und definiert? (Vor hundert Jahren gab es nicht mal den Begriff!!) Vielleicht, weil die Typen merken, daß es gegen sie gerichtet ist und sie nicht damit umgehen können? Ihre Unfähigkeit können sie sogar noch gegen uns drehen, so, daß die Ausgeklinkten sich hinterher schämen, anstatt die, die das ausgelöst haben!

Wir finden es aber besser, unsere Wut rauszulassen, anstatt psychosomatisch krank zu werden. Und wenn 'ne Frau vor Kummer ohnmächtig würde, würde sich alles um sie kümmern, aber wenn sie losschreit, fällt mann in typisch kleinbürgerlicher Manier über sie her, sanktioniert, denn so darf frau sich auch bei den Linken nicht benehmen, die gute Stube muß immer gewahrtbleiben ...

Wir betrachten es nicht als krankhaft, sondern eher als eine Widerstandsform der Frau, die nur leider meist zum Bumerang wird. Aber wir sind nicht bereit, uns bürgerliche und frauenfeindliche Psychatriebegriffe um die Ohren schlagen zu lassen, im Gegenteil, es könnte auch mal sein, daß, wenn frau angemacht wird, weil sie sich nicht gut genug angepaßt hat, sie dann süffisant sagt:

„Paßt auf, ich kann noch viel hysterischer werden ...".

Wir stellten die „Sachlichkeit" der linken Männer infrage, denn was bewirkt die normalerweise? Bestimmte heikle Themen gehören nicht auf die Tagesordnung, oder wenn, dann nur nach genauester Planung und zeitlich begrenzt natürlich. Meist ist jedoch das „Private" ausgeklammert. (Das sieht ja in den anderen Organisationen noch viel schlimmer aus als bei uns, wo SOWAS ja wohl zweimal im Jahr dran kommt ...). Und Emotionen sind natürlich auf gar keinen Fall gefragt; andere, die auf dieser ach so sachlichen Ebene nicht fit sind, bleiben bei den Diskussionen eben auf der Strecke. Daß das meist Frauen sind, weiß jede/r. Es soll sogar Gruppen geben, wo Frauen schon ein Jahr sitzen und noch nichts gesagt haben – das stellt natürlich nicht die Gruppe infrage, nein iwo, die Frau natürlich ...

Auf die Plätze, fertig, los!

Eine Frau servierte uns zwei Formeln, die ganz gut zu wirken scheinen:

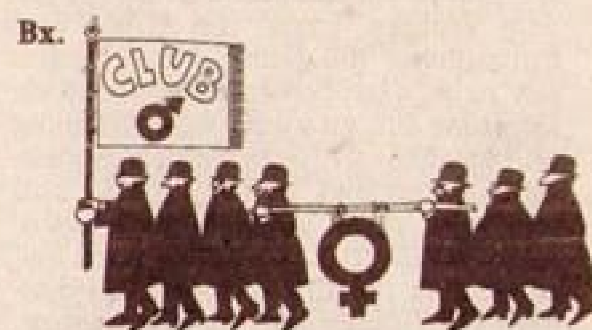
1) *„Laß mich bitte ausreden!"*
2) *„Das verstehe ich nicht, erklär' mir das bitte nochmal"*.

Es soll Typen geben, die hören sich so gerne reden, daß sie dann tatsächlich viermal dasselbe sagen ...

Ganz wichtig fanden wir, daß wir nicht mehr still und u n s i c h t b a r leiden, lieber die Typen auflaufen lassen, oder uns verweigern (Decke angucken), aber bitte so, daß sie es merken!! Am besten fanden wir noch, wenn es uns möglich wäre, mehr Humor zu entwickeln, notfalls auch, wenn sie versuchen, uns fertig zu machen, sie lächerlich zu machen. D.h. nicht, daß es nicht auch positive patriarchalische Arbeitsformen gibt, aber bevor wir sie übernehmen, müssen wir sie sorgfältig untersucht haben, nicht einfach männliche Verhaltensnormen annehmen ...

Das sind alles erst Anfänge, manches davon ist vielleicht besser als momentane hilflose Reaktionen von uns, manches vielleicht nicht zu praktizieren. Auf jeden Fall war es toll, wie wildfremde Frauen feststellten, wie ähnlich ihre Probleme mit linken Männern sind, und lustig war es auch!

Bx.



Pornographie in der »taz« — eine Diskussion

Gleich am ersten Tag der Frauen-Sommeruni in Westberlin Ende September trafen sich mehr als 150 Frauen spontan zu einer Veranstaltung zum Thema „Pornographie in der Taz". Die Mehrheit der Frauen war empört über den Abdruck des Artikels „ ... Traumfrau", insbesondere weil dies in einer sogenannten linken Tageszeitung geschah. In einer sehr solidarischen dreistündigen Diskussion kristallisierten sich 3 Positionen zum Abdruck der pornographischen Männerphantasien in der Taz heraus:

– Es sei notwendig, auch porno-
in der Taz heraus:
– Es sei notwendig, auch pornographische und frauenverachtende Männerphantasien breit in einer linken Zeitung zu publizieren, weil diese Phantasien nun einmal vorhanden seien und eine inhaltliche Auseinandersetzung erforderlich sei;
– der Abdruck derartiger Artikel sei nur mit einem Kommentar, der selbstverständlich kritisch zu dem Artikel sein muß bzw. die Auffassung der Taz-Redaktion deutlich macht, zu akzeptieren;
– grundsätzlich sei es abzulehnen, frauenverachtende Artikel zu veröffentlichen und damit dem aufblühenden Chauvinismus in der Linken Auftrieb zu geben.

Leider wurde die erste Position auch von den Taz-Frauen vertreten; sie wiesen die Kritik der Frauen zurück und warfen ihnen vor, sich in Schlupfwinkel zurückziehen zu wollen und der gesellschaftlichen Realität linker Männerphantasien durch Totschweigen aus dem Weg gehen zu wollen.

Die Mehrheit der Frauen konnte sich dann jedoch auf die nachstehend abgedruckte Resolution einigen. In der geforderten Taz-Frauensondernummer soll sich kritisch mit den bisher erschienenen Frauenartikeln in der Taz auseinandergesetzt sowie die Diskussion um die drei benannten Positionen weitergeführt werden. Die Beiträge zu dieser Sondernummer sollen ausschließlich von Frauen ge-
Beiträge zu dieser Sondernummer
sollen ausschließlich von Frauen geschrieben werden.

Einen Tag später wurde die Resolution auf einer Großveranstaltung der Sommeruni verabschiedet, ca. 500 Frauen waren hier anwesend. Hier wurde auch zusätzlich die Taz-Abo-Boykottdrohung verabschiedet, die in der Arbeitsgruppe keine Mehrheit gefunden hatte. Eine Delegation wurde zur Taz entsandt, die den Abdruck der Resolution auf Seite 1 durchsetzen sollte.

Eine endgültige Klärung zum Erscheinen der Frauen-Sondernummer steht bisher noch aus. Die Taz-Frauen selbst haben jedoch ihr Interesse deutlich zum Ausdruck gebracht, in Zukunft gemeinsam mit Frauen aus der Frauenbewegung und der Linken über eine bessere Zusammenarbeit zu diskutieren.

Frauen-Sommeruni:

Kampf dem Chauvinismus in der TAZ

Die Frauen von der Sommeruni in Westberlin verabschiedeten am 30.9.80 folgende Resolution und fordern den Abdruck in der taz auf der ersten Seite der Donnerstagsausgabe. Wir sind empört über den Chauvinismus in der taz speziell über den kommentarlosen Abdruck des Pornoartikels von G. Gailer in der taz vom 12.9.80, denn:

— Der Artikel strotzt vor Frauenverachtung
— er propagiert das alte Märchen der Frau, die nein sagt und ja meint
— er verHERRlicht männliche Erektion basierend auf Frauenverachtung
— er propagiert Gewaltphantasien, d.h. hier Aufgeilen am Brechen des Widerstands der Frau
— der Artikel ist reaktionär und eine Kampfansage an die Frauenbewegung, verbunden mit der Propagierung von Peep-Shows.

Wir fordern nicht die Tabuisierung sexueller Probleme, wir wollen nicht verhindern, über Phantasien, sexuelle und emotionale Widersprüche zu diskutieren, sondern wir sind gegen offensichtliche Frauenfeindlichkeit unter dem Deckmäntelchen eines „neuen männlichen Selbstbewußtseins" nach dem Motto „ich steh zu meiner Scheiße".

Wir begrüßen jede ernsthafte Auseinandersetzung mit sexueller Unterdrückung mit dem Versuch, ein neues menschliches Miteinander zu erträumen und zu entwickeln. Dies allerdings nur dann, wenn es auf dem Akzeptieren von Frau und Mann und nicht auf Frauenverachtung basiert.

Schon seit ca. 2 Jahren rollt eine neue chauvinistische Welle auf uns zu: Vielleicht haben wir Frauen vorübergehend in unserer Wachsamkeit nachgelassen? Aber eins sagen wir Euch jetzt: Wir sind nicht bereit, besonders nicht in Zeitungen, die sich „links" und „radikal" nennen, Frauenverachtung und eine Kampfansage an die Frauenbewegung hinzunehmen.

Von Zeitungen, die sich per Anspruch als Sprachrohr der Basisbewegung bezeichnen, fordern wir eine solidarische Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung, was jedoch durch den kommentarlosen Abdruck eines solchen Artikels verhindert wird. Kurzfristig fordern wir eine taz-Frauennummer, in der die bisherige Frauenberichterstattung zur Kritik steht. Wenn sich in der taz die Einstellung zur Frauenbewegung nicht ändert, werden wir über weitere Schritte gegen die taz, wie z.B. einen Boykott, diskutieren.
Wir werden nicht schweigen.
Wir werden nicht tatenlos zusehen.
Wir haben Macht und wir sind viele.
Auf den Aufruf von G. Gailer „Nieder mit der Frauenbewegung" antworten wir: „Nieder mit dem Chauvinismus - auch in der taz."

Prostitution als Revolte?

Hannelore Mabry, Sprachrohr der Münchner Gruppe „Der Feminist", lud zu einem Seminar ‚Prostitution als Beruf' ein. Mit über 150 Frauen war der Raum total überfüllt. Als jedoch Mabry mehr als 30 Minuten ihre (übliche) Selbstdarstellung abzog, verließen unter Protest über die Hälfte der Frauen den Raum; Frauen, die u.a. den ‚Berufswunsch' (?) Prostitution hegen und mit anderen Prostituierten (im Rest des Artikels abgekürzt: ‚Pros') darüber reden wollten.

Mabry bezog Stellung gegen die Prostitution, aber in der Alternativgruppe sah das anders aus: 3 Pros und 2-3 angehende (?) Pros propagierten den ‚Beruf', 2-3 Frauen stellten das in Frage, der große Teil der Anwesenden schwieg.

Positionen pro Prostitution:

– Ich will der Welt ein Schnippchen schlagen und mich für das bezahlen lassen, was ich schon seit 10 Jahren umsonst mache.
– Ehefrauen, Kellnerinnen, Verkäuferinnen prostituieren sich auch.
– Wenn ich meinen Freund ‚therapiere' und zusätzlich noch mit ihm schlafe, ist das auch Prostitution.
– 40 Jahre Fließband sind genauso schlimm.
– In der Fabrik verkaufe ich meine Lunge, meine Arme; warum nicht Sexualität gegen zehnmal so gute Bezahlung verkaufen?
– Wir verkaufen nicht unseren Körper, sondern unsere Zeit.
– An diesem Arbeitsplatz kann frau mehr als woanders selber bestimmen, wen und was sie will und was nicht.
– Es juckt mich nicht, wenn die Typen so kaputt sind, daß sie mich verachten; soll'n sie doch.
– Frauen, die sich das HIER überlegen, haben berufliche Qualifikationen (eine studierte Medizin, eine Sozialarbeit), können also immer wieder abhauen, wenn sie wollen.
– Zuhältern kann aus dem Weg gegangen werden, nicht alle Zuhälter sind gleich schlimm, frau kann ja auch in Puffs oder Bars gehen, wo keine sind.
– Eine Pros erzählte, daß sie in einer Bar arbeitet, wo sie zwar auf Prozente mit Kunden trinkt, aber wenn sie mit ihnen aufs Zimmer geht, für 'ne halbe Stunde 100 DM bekommt, die sie allein behalten könne.
– Eine angehende (?) Pros erzählte, ihre größte Angst sei, ihren Vater oder seine Bekannten zu treffen. Daraufhin wurden Tips gegeben wie: in eine andere Stadt zu gehen(*„Komm doch nach Westberlin"*), wie frau es mit den Steuern und dem ‚Bockschein' regeln muß etc.
– Auf die Frage, ob Pros nicht mal aggressiv auf die Typen wird, meinte eine lachend (und viele andere lachten mit!), daß sie ja auch ab und zu mal einen zum Auspeitschen hat...

Dagegen wurde gehalten:

– Es ist ein Unterschied, ob ich mich aus unwissender „Liebe" 'nem Freund umsonst ‚hingebe', auch verachten und ausnutzen lasse, oder ob ich das täglich und gegen Bezahlung mit 10 Typen durchmache.
– Der Vergleich mit ‚Therapie' beim Freund, Kellnerinnen, Verkäuferinnen und Fließbandarbeiterinnen kommt einem ungeheuerlichen RUNTERSPIELEN von Prostitution gleich.
– Es ist nicht wahr, daß frau die Männerverachtung nicht kratzt; auch das ist ein Grund, wenn die Pros sagen, daß dieser ‚Beruf' nicht länger als 10 Jahre zu ertragen ist.
– Was kann die Pros selber bestimmen? Dieser Mann – ja oder nein. O.k. (nach welchen Kriterien eigentlich??). Französisch – ja oder nein. Anal – ja oder nein. Peitsche – ja oder nein (usw.). Wie oft kann die Pros es sich leisten, nein zu sagen? Besonders, wenn akademische frau viel Geld verdienen will?
– Aufhören, wie bei 'nem anderen Gelegenheitsjob? Hier meinte eine Frau, die beim Gericht arbeitet, daß darüber diskutiert wird, wie wenn Kinder Wildwest spielen, oder als ob frau sich überlegt, ob sie zu Karstadt jobben geht oder mal auf den Strich...
– Das Problem mit den Zuhältern wurde gnadenlos runtergespielt (auch und besonders von den anwesenden Pros, wobei die in Westberlin nicht vorhandenen Sperrbezirke den Zuhältern tatsächlich ihre dreckige Arbeit erschweren). Denn Zuhälter
- kontrollieren den Straßenstrich (in Münster 7), und selbst Pros verpfeifen Frauen, die in ihrem Bezirk ohne Loddel anschaffen gehen;
- stehen nach ein paar Wochen bei Callgirls, die ohne Zuhälter arbeiten wollen, vor der Tür;
- kontrollieren Bars und Barbesitzer;
- zwingen Frauen zum Weitermachen (Grenoble);
- sind national und international organisiert, arbeiten außerdem im Drogen- und Waffenhandel;
- foltern und morden!

Aber anscheinend gibt es auch die großen Softies unter ihnen, die, wie eine angehende (?) Pros sinnierte, wohl auch von den Pros abhängig sind, die Ärmsten.

Zum Verkauf unserer Sexualität:

Es kann doch nur unsere Aufgabe sein, die Praxis von Ware, Waren- und Marktwert, Verkauf der Ware Arbeitskraft, zu durchbrechen, und doch nicht d i e, auf diesem Zug mitzufahren und den Verkauf der (im Kapitalismus) Ware Sexualität als Befreiung zu propagieren! Die Frauen stellen zu Recht die Doppelmoral infrage, die bürgerliche Beziehung zum weiblichen Körper, wo die Vagina (früher Jungfräulichkeit) das Kostbarste der Welt ist. (Es gibt Frauen, die bei einer Vergewaltigung ‚französisch' dem Penetrieren vorziehen, um ihre Vagina „sauber" zu halten).

Ich lehne auch diese bürgerliche ‚Kostbarkeit' ab, die mich früher nach dem Bumsen in den Beichtstuhl trieb, aber ich habe heute neue Werte: ich habe mühsam gelernt (und lerne noch), meinen Körper, meine Sexualität und Liebe wertvoll zu finden, und zwar so kostbar, daß ich mir heute sehr genau überlege, mit wem und wann ich Liebe mache. Ich finde es schrecklich, daß ich mich jahrelang weggeschmissen habe, und Geld würde es auch nicht besser machen – weder damals noch heute!!

Es kann nur eine Lüge sein, was die Barprostituierte mit ihren 100 DM erzählte (ohne Angabe), aber die Studentinnen waren ja akademisch, blöde, feige und teilweise geldgeil genug, um lieber im Kopf nachzurechnen, als nachzufragen. Ich habe mich auch nicht mehr getraut, dagegen aufzutreten, da ich Angst hatte, daß meine Kritik als persönlicher Angriff aufgenommen wird.

Ich stellte dreimal die Fragen: Wie macht ihr das mit eurer Sexualität? Hier gegen Bezahlung, da aus Liebe, und wie verarbeitet ihr die Doppelmoral? Weder hierzu noch zum Drogenproblem (die meisten Pros klinken Tabletten, sniefen, fixen...) noch zur psychischen Belastung kamen Antworten. Stattdessen freundlich lächelnd: *„Versuch's doch mal!"*.

Eine Pros plädierte für die Abschaffung der Sperrbezirke statt reglementierten Straßenstrichs und Puffs (beim letzteren wird mehr verlangt als im Auto). Ich plädiere für die Abschaffung der Prostitution! Am nächsten Tag habe ich mich nicht mehr hingetraut, denn ich fühlte mich ganz schön allein gelassen, da sowenig (2-3) Frauen gegen Prostitution eingetreten sind.

Dieser Bericht kann nur ein Anfang sein, denn auch in linken Projekten, Zeitungen und Büchern (mit feministischem Anspruch) wird z.Z. Prostitution als Befreiung der Frau diskutiert...

Eine neue Ideologie??? Für wen???

Bx.

FÜR PUFF, PEEP UND PROSTITUTION!

Neue Wege der Emanzipation in der »taz«

Die „taz" ist eine Zeitung für unterdrückte Minderheiten. Ob es sich nun um Baldur Springmann handelt, der sich dort als erster in einer Serie „kritischer Beobachter" der Grünen zu Wort melden darf, oder um solche Leserbriefschreiber wie Friedrich Affelt („taz", 3.7.80), der sich selbst für einen „Linken" hält und dagegen wettert, daß in einem Artikel über unterdrückte Sexualität das *„Christentum mal wieder (...) in den Schmutz gezogen"* worden sei, und findet, der Mensch solle *„nicht nur in seinen Trieben"* leben, *„sondern im Geist der Wahrheit"*, schon deshalb, weil er (Affelt) die Abtreibung *„moralisch nicht vertreten"* könne.

In der „taz" und ihrer Szene ist Platz für alle; die Grenzen für das, was dort als fortschrittlich oder jedenfalls diskussionswürdig gelten darf, werden großzügig immer weiter gesteckt – nach rechts.

Mit der Frauenbewegung hat die „taz" es allerdings schwer, verständlich, dort handelt es sich ja lediglich um eine unterdrückte Mehrheit. Diese wird obendrein immer aufmüpfiger, sodaß es kommt, wie es kommen muß bei gesellschaftlichen Umwälzungen, es entstehen neue Unterdrückung, neue Unterdrückte. Ein Glück für diese Opfer der Frauenbewegung, daß sie ausgezeichnete Verbindungen zu der Sprecherin aller Unbefriedigten und Unterdrückten unterhalten. Das hat auch Klaus Rainer Röhl gemerkt, er annonciert in der „taz" (11.7.80) für seine *„Kampfschrift gegen den radikalen Feminismus. Für alle, die sich schon immer über Alice Schwarzer geärgert haben."*

Wie stellt sich diese Unterdrückung nun im Einzelnen dar?

Erstens: Versuch der Einschränkung der Kreativität der Redakteure

Unter der Überschrift „Sexismus in der „taz" (31.7.80) führt eine Frau vom FZ Bremen einige Beispiele für den erfrischenden Humor eines für den erfrischenden Humor eines gewissen Alexander auf (*„Elefantenwitz: Wenn sie nicht will was du ihr tust – dann füg es einer andern zu"*), mit denen dieser die „taz"-Wiese bereichert hatte und ruft gleichgesinnte (-empörte) Frauen auf, mit ihr gemeinsam eine *„handfeste (?) -Aktion"* zu planen.

Alexander – ganz Mann – bleibt natürlich cool und antwortet per Anzeige in „taz" (1.8.80), frau möge besagte Aktion bis September verschieben, er sei im August auf *„neuer male-Chauvinistic-pig-Ausdenk-tournee"*. Daraufhin drohen die Frauen – intolerant und humorlos, wie es ihrer Natur entspricht – mit schärferen Repressionen: ein Frauenbuchladen stellt in Ausssicht, den „taz"-Verkauf einzustellen, der Ruf „Alexander raus aus der taz" wird laut. (Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß sich auch männliche Gegenstimmen melden, wahrscheinlich unter dem Druck ihrer Beziehungsemanze stehend; natürlich lassen sie es sich – intellektorientiert und analytisch-nicht nehmen, der Sache auf ihren gesellschaftspolitischen Grund zu gehen und den rechten Weg zu weisen: *„Es geht darum, die Verhältnisse, wie sie wirklich sind, zu erkennen, sie darzustellen und zu versuchen, sie zu ändern."* (Nikolaus, „taz", 13.8.80) (An die männlichen AK-Leser: Es ist aber nicht unbedingt nötig, daß auch Ihr Eurem Abscheu in seinem ganzen Ausmaß in den nächsten Aks Ausdruck verleiht. Gruß an Essen!)

Ein Peter aus Berlin (nicht aus Göttingen!) drückt seine Verwunderung darob aus, daß es *„nicht das Hinschlachten fortschrittlicher Menschen in der Türkei oder El Salvador, nicht faschistische Bombenattentate (...usw. usf. ...), nein, ein paar Sex-Sprüche sind"*, die die „taz"-Leser in Wallung bringen. (Die gute alte Salat-Problematik, wie wir sie kennen und lieben! Was wiegt schon ein bißchen Frauenverachtung der Genossen gegen die hohe Politik?) Peterchen versucht sich dann noch ein bißchen – mehr schlecht als recht – in Richtung Satire, malt aus, wie die bösen Frauen ihre Kampagne *„Nieder mit Sexismus und Schweinkramismus!"* aufziehen, wie sie schließlich sicherstellen, *„daß kein unreines Wort mehr über die Offsetmaschinen rotiert. Dazu wird eine Kommission gebildet, deren Mitglieder (au weia, für diesen Begriff muß noch ein neues Wort gefunden werden) der Frauenbuchladen benennt. Diese Kommission hat die Aufgabe, jede Seite der taz, bevor sie in Druck geht, genauestens durchzukämmen und abzuzeichnen. Was nicht unterschrieben ist, wandert in den Papierkorb."* („taz", 19.8.80) – Schreckensvisionen eines undogmatischen Chauvinisten.

Zweitens: Unterdrückung der Pressefreiheit in Tateinheit mit seelischer Grausamkeit

Es liegt auf der Hand, daß mann nicht zulassen kann, daß die Frauen mit ihrer unbeherrschten Emotionalität einfach alles in die „taz" schreiben können, was ihnen so einfällt. Ein gewisses Maß von Sitte, Anstand und Solidarität muß schließlich gewahrt werden, insbesondere da, wo es um die intimsten Zonen der Männlichkeit geht.

Wer aber von den Frauen Einsicht erwartet, sieht sich getäuscht. Als z.B. ein Artikel über eine feministische Stadtrundfahrt von Berliner Frauen, in deren Verlauf linken Verteidigern von Vergewaltigern ein Besuch abgestattet wurde, auf das ethisch vertretbare Maß gekürzt wurde („taz", 19.5.80), insistierten sie darauf, daß auch der Schwanz, pardon, der Rest zwei Tage später veröffentlicht wurde. Und da liest mann dann entsetzt, wie sich die Frauen an einem Ver- wie sich die Frauen an einem Ver- teidigerhosenladen zu schaffen machen, wie sie gar Anstalten machen, den Herrn in seiner ganzen Burschenherrlichkeit abzulichten, was allerdings durch das energische Eingreifen seiner von Kastrationsängsten gepackten Kollegen gerade noch abgewendet werden kann (der Fotoapparat geht dabei leider zu Bruch).

Verständlich, daß die „taz"-Männer solche Kampfformen gar nicht erst propagieren wollen.

Jeden Respekt vor der Unabhängigkeit der Presse ließen auch die Frauen vermissen, die sich erdreisteten, den Abdruck eines Aufrufs zu einem Antiimperialistischen Frauentreffen Anfang September in Hamburg dadurch zu erzwingen, daß sie kurzerhand die Druckplatte austauschten.

Drittens: Unterdrückung der Redefreiheit

Die undemokratische Unsitte, Männer von Frauenveranstaltungen einfach auszuschließen, greift immer weiter um sich. Auf dem Gesundheitstag in Berlin haben sich die Frauen nun eine neue Perfidie ausgedacht: zur Veranstaltung „Sexistischer Teufelskreis: Verhütung, Sexualität und Schwangerschaftsabbruch" waren Männer zwar zugelassen, aber nur als Zuhörer. Und das, wo bekannt ist, daß die Stärke der Männer doch gerade darin liegt, den Frauen mit klugen Beiträgen zur Seite zu stehen, auch und gerade in Bereichen, mit denen sie in der Praxis weniger befaßt sind, wie z.B. Verhütung.

Gut, daß es die „taz" gibt, wenigstens hier kommen die Geknebelten zu Wort, fast eine ganze Seite dürfen die Jungs am 23.6.80 volljammern (der Bericht über die Veranstaltung selbst hatte sich mit einer halben Seite begnügen müssen).

Da ist der Mojan, der unter der Überschrift:*„Ich bin ein Mann und ich bin stolz"* von seiner Enttäuschung berichtet; den Stolz auf seine Männlichkeit betont er später noch dreimal, davon einmal auf englisch und einmal in der Schwanzversion: *„nur weil ich nun mal 'nen Schwanz habe, auf den ich (mit viel Mühe) inzwischen auch stolz sein kann, bin ich abgewürgt."* Das arme Hascherl! Schon die Veranstaltung „Klinikgeburt – Hausgeburt" hatte ihm so gut gefallen, vor allem auch der Beitrag eines Mannes (dadurch gewinnt so eine Veranstaltung natürlich an Qualität), und nun sollte er plötzlich nichts sagen dürfen. *„Ich (war) wie vom Schlag getroffen. Dann noch mal die Thesen, so immer voll auf die Männer, ganz pauschal und totalitär"*, *„So still und geduckt, des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung beraubt, nur zuzuhören und zu schlucken, hatte ich keine Lust."* Wahrlich, das ist eines stolzen Mannes nicht würdig! Und so kam es dann über ihn, *„männlich, brutales Verhalten"*, er



schnappte sich das Mikrofon und forderte die gleichgesinnten Männer auf, mit ihm hinauszugehen. Dabei hätte es doch so nett sein können, die Frauen hätten die Männer doch auch bitten können, nach Möglichkeit nur zuzuhören, *„so ein gewisses Eingehen auf das Kooperationsangebot der Männer, die zu dieser Veranstaltung kamen."*

Auch Gerhard äußert seine *„Entrüstung über die Vorfälle am 15.7. 80"*, wo *„den Männern schon in den ersten Sätzen das Wort und damit jegliche Chance zur Rechtfertigung verboten wurde."* Die Frauen vom „Feministischen Frauenzentrum Berlin" seien für ihn *„kennzeichnend für eine ganz gewisse Richtung der ‚fortschrittlichen' Frauenbewegung"*, mit ihren *„groben Verallgemeinerungen und Diskriminierungen des männlichen Geschlechts."*

Und dann denken die Frauen nur an sich, keine Gedanken verschwenden sie auf die Sexualität der Männer, dabei sollten doch *„in einer schönen Beziehung beide Sexualitäten gleichberechtigt sein"*. Gerhard ist sauer: *„Wie können wir jemals unsere eigentlichen (...) Feinde (...) besiegen, wenn ein Mensch nicht nach seinen Ansichten und Ideologien, sondern nach seinem Geschlecht beurteilt wird. Mit diesen Frauen erkläre ich mich nicht solidarisch und werde sie bekämpfen, so weit es möglich ist."*

Der dritte im Bunde, Heinz, sah sich *„zum Schweigen verdammt"* und macht bei den verantwortlichen Frauen *„männliche Charaktereigenschaften, die sonst von ‚den Frauen' abgelehnt werden"*, aus. Für ihn war das ein *„Akt der Vergewaltigung (!) in der ‚freien Meinungsäußerung' "* und er droht auch gleich mit Konsequenzen: *„Mit dem Leitsatz ‚Männer raus' ist eine Diskriminierung des Mannes verbunden. Bei der Fortpflanzung (?) dieser Tendenz in der Frauenbewegung kann es nur zu einer zwangsläufigen Bewegung des Mannes kommen."* Ihn trieb der Stolz, nun gerade in der Veranstaltung zu bleiben, obwohl das sicher seinen ganzen Mut erforderte (Männer lieben Herausforderungen!), denn die Atmosphäre glich einer *„Hexenküche"*, *„lautstarke Masseneuphorie"* brach aus. Es roch offenbar nach Lynchjustiz. Er ist dann doch noch mit dem Leben davongekommen. Sein Fazit: *„Der Verlauf dieser Veranstaltung zeigte mir, daß die Emanzipationsbewegung der Frau mit ihren sicherlich teilweise berechtigten Ansprüchen ihr Ziel (Befreiung der Frau) nicht erreichen wird."*

Bemerkenswert ist, daß sich die drei für ausgesprochene Frauenfreunde halten und der Meinung zu sein scheinen, daß schon allein ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung die Frauen zu höchster Dankbarkeit und Begeisterungsstürmen hätte hinreißen müssen.

Doch schon allein der Umstand, daß sie nicht die Möglichkeit bekommen, die Frauen die Früchte ihrer Weisheit kosten zu lassen und in ihrer ganzen Softigkeit vor ihnen zu glänzen, reicht aus, sie in Raserei gegen die Frauenbewegung zu versetzen.

Moral: Hütet Euch vor enttäuschten Softies!

Einer Frau, die sich über diese Leserbrief-Seite beschwert, antwortet die „taz"-Redaktion unter anderem: *„Wenn Du mit ‚solchen Typen' nicht mehr diskutieren willst, dann ist das wohl mehr Dein Problem."*

Viertens: Unterdrückung der männlichen Sexualität

Wie gesagt, die Frauen denken nur noch an sich, und die Männer stehen da mit ihren Trieben. Aber nicht alle sind bereit, das länger mitzumachen, sie streben zurück zu ihrer ursprünglichen, unverbildeten, aggressiven Männlichkeit. Den Anfang macht „Gernot Gailer", ehemaliger „taz"-ler, in der „taz" vom 12.9.80 mit der Kurzfassung eines ursprünglich dreiseitigen Artikels für „Ästhetik und Kommunikation", die immerhin noch eine volle „taz"-Seite (ohne Bild) füllt. Er faßt in Worte, wie die linken Männer leiden: *„Du weißt ja kaum noch, wo dir der Hammer hängt. Immer nur Druck und keine Entladung."* Aber Gailer läßt sich nicht länger unterdrücken, er steht zu seiner Sexualität und er zeigt dem „taz"-Leser, welche Reize ihm die sexualfeindliche Linke vorenthält. Er beginnt mit einem ausführlichen Ausschnitt aus seinem Lieblingsporno:

„ ...Lässig ziehe ich den Fuß zurück. ‚Keine Angst Du Sau. Ich nehme Dich noch mal ran ...'...

Jetzt spürt sie, daß ich sie taxiere, zuckt zusammen, springt auf. Entsetzen spiegeln ihre Augen.

... Langsam stehe ich auf, mein Schwanz richtet sich drohend gegen sie, wie Eisenklammern umfassen meine Blicke ihre vollen Formen ..."

So und schlimmer.

Gernot klagt nun darüber, daß er gezwungen ist, diesen und andere Pornos und seine Wichsbilder in einem schwarzen Koffer zu verstecken, und das schon seit 12 Jahren. Weil in der Linken nur gemäßigte Pornos gesellschaftlich anerkannt seien, „Geschichte der O.", „Emanuelle" usw. Aber er steht auf harte Sachen und folgert: *„Davor haben die Linken Angst"*. Der Gedanke, daß es Männer geben mag (von Frauen nicht zu reden), die die Beschreibung einer Vergewaltigung nicht gerade in sexuelle Erregung versetzt, scheint ihm fremd. Alles Verdrängung, Sexualfeindlichkeit. Gailer fühlt sich natürlich völlig im Recht und in bester Gesellschaft, und er spendet allen Linken Beifall, die aus ihrer Frauenfeindlichkeit kein Hehl machen. (*„In der Szene munkelt man, Peter Schneider und Thomas Brasch gehen zusammen in den Puff. Bravo. Hoffentlich gehn auch'n paar mit von denen, die das erzählen."* Er trauert der ehemaligen „konkret", „das da", dem März-Verlag nach und schließt: *„Mit der endgültigen Vertreibung der nackten Frauen aus den linken Publikationsorganen steht endgültig fest: Sex und Politik ging nie, geht nicht und wird auch nie gehen."*

Im Folgenden bemüht er sich, dem Ganzen eine notdürftige theoretische Hülle umzuhängen, sodaß nicht allzu deutlich wird, daß es sich um nackten Exhibitionismus handelt: frau hört ihn beim Schreiben seiner „Enthüllungen" förmlich keuchen; welch gaile Vorstellung, die Linke an seinen sexuellen Verirrungen teilhaben zu lassen; sicher steckt er sich den Artikel zuhause in eine Plastikhülle und zu den anderen Wichsvorlagen (*„Luftdicht verpackt. Keimfrei sozusagen. Und kommt nach Gebrauch auch gleich wieder in meinen Koffer."*)

Im letzten Teil des Artikels geht's denn nochmal in die Vollen. Trotz Frauenbewegung (dazu später) ist doch nicht alles schlechter als vor 12 Jahren, der technische Fortschritt hat auch im Sexgewerbe Einzug gehalten und dem Gailer die Peepshow beschert. Die ist ganz nach seinem Geschmack, *„Einheit von Reiz und Genuß"*, und sie fordert auch einen ganzen Mann: *„Die Peepshow ist für Fortgeschrittene. (...) da reingehen und wieder rauskommen ist eindeutig."* Allerdings. Gailer bildet sich obendrein dings. Gailer bildet sich obendrein noch ein, die Aufmerksamkeit der Peepmodelle auf sich lenken zu können, *„wenn sie mit ihren Titten grad auf (ihn) zielen"* u.ä. Der Arme leidet offensichtlich unter Wahnvorstellungen. Ein Leserbriefschreiber stellt die berechtigte Frage, ob nicht eventuell sein Pfarrer doch Recht gehabt hat, als er im Konfirmandenunterricht erzählte, daß häufiges Wichsen Gehirnzellen und Rückenmark schädigt.



Zur Frauenbewegung verliert G.G. auch noch ein paar Worte: *„Diese Frauenbewegung. Als ob wir nicht schon genug zu tun hätten. Mit unserer Triebökonomie. Dann kommen die da an. Schwanz ab heißt das gleich* (sein Kontakt zur Frauenbewegung ist möglicherweise nicht allzu eng, so ist es entschuldbar, wenn er über die aktuellen Forderungen nicht ganz auf dem Laufenden ist – allerdings wäre zu erwägen, ob frau in diesem Fall nicht eine Ausnahme machen sollte ...), *wenn wir mal 'ne Sekunde zu lange gelinst haben. Schwanz ab, nein danke, sage ich da. Ganz selbstbewußt. Und: die eigentlich Unterdrückten sind doch wir. Wir Männer. Nieder mit der Frauenbewegung. Für mehr Peepshows.*

Das ist kein Witz. Ehrlich. Ich bin für die Peepshow. Die Frauenbewegung nützt mir überhaupt nichts. Die Frauen in der Peepshow verstehen mich viel besser. Genau wie sich. Und ihren Körper. Die können was damit anfangen. Sind selbstbewußt. Gehen nicht in Sack

12.9.: TAZ = Porno = Frauenfeindlich ♀♀

Taz-Männer paßt auf eure Schwänze auf!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

und Asche oder so modisch eingeschnürt. Die müssen was bringen. Nur mit ihrem Körper. Das sind die eigentlich Emanzipierten. Die sich nicht unter ihrem Wert verkaufen. Für 'n Appel und 'n Ei. Und irgendwelche Flausen im Kopp. Vor denen kann ich auch Hochachtung haben. Selbst beim Peepen."
Zur Erinnerung: Das steht alles abgedruckt in der angeblich linken „taz"!

Natürlich hagelt es empörte Leserbriefe. Die Frauen des antiimperialistischen Treffens am 14.9. in Hamburg rufen zum Boykott der „taz" auf. Viele Frauen drohen damit, ihr „taz"-Abo zurückzuziehen.
Es kommt auch zur umgekehrten Reaktion: Verlängerung des Abos. Auch fehlt nicht der Hinweis auf die besondere Verwerflichkeit einer Boykottdrohung gegen ausgerechnet die „linke" „Tageszeitung", wo diese eh schon am Existenzminimum herumkrebse. Gailer bekommt auch Unterstützung, z.B. von Dietrich aus Berlin; dieser befürchtet – nicht ganz unbegründet – *„aggressive Kritik"*, doch nicht etwa, weil der Artikel frauenfeindlich ist, sondern er ein „linkes Tabu" verletze: *„Wo die Kritik auch vor den eigenen schwachen, mühsam verdrängten Stellen nicht halt macht, (...) da also erfolgt die verbissene wütende Abwehr. Es wird offenbar, daß die Toleranz gegenüber der Kritik auch bei uns nur bis zu dem Punkt gepflegt wird, wo diese noch nicht gefährlich ist. Es darf über alles geredet werden, es sei denn, du verläßt den Rahmen der FDGO, pardon, den (...) Konsens der linken Szene in Sachen Sexualität."* („taz", 19.9.80). Er hat zweifellos demagogisches Talent. Offensichtlich hat er es auch bitter nötig, um seine kaputte Sexualität ideologisch zu bemänteln. Schlicht und in aller Allgemeinheit stellt er fest: *„Mit der Kritik der Rolle der Frau als Sexualobjekt hat die Frauenbewegung die sexuelle Lust weitgehend mit ausgelöscht."* Er muß es ja wissen. Aber er läßt den Schwanz nicht hängen, er hat neue Opfer gefunden: *„Die Frauen, die ich erotisch ausdrucksstark finde. die sexuell*
ausdrucksstark finde, die sexuell
faszinieren, die sich noch versenken und verströmen können (ohne sich zu verlieren) – diese Frauen also, die ich mag, lassen sich größtenteils nur noch außerhalb der Linken finden."

Genau das findet auch Hermann aus Oldenburg, auch er findet *„Frauen, die zu freier Sexualität fähig sind, fast nur noch außerhalb der Linken."* (25.9.80) Er lehnt Gailers Ansichten zwar ab, ist aber *„froh darüber, daß der Artikel veröffentlicht wird"*, so sei eben die Realität, auch innerhalb der Linken. Solche Stimmen gibt es mehrere, die die Diskussion begrüßen und die Männer auffordern, sich offen zu *„ähnlichen Gedanken zu bekennen, wenn sie vorhanden sind."* (Doro, 22.9.80)

Alles nur Provokation?

Eine Reihe von Leser(inn)en vermutet, der Gailer-Artikel sei lediglich eine Provokation, es sei klar, daß das *„niemals als ernsthafter Beitrag zum Thema Sexualität gemeint"* sei, es handele sich um eine *„riesige offen provokativ aufgestellte Falle, in die alle taz-Leser kopfüber reinrasen."*

Angenommen, das sei so und der Gailer hat mit seinem Artikel „nur" eine Provokation bezweckt. Ändert sich dadurch denn irgendetwas?

Eine Äußerung heißt „provokativ", wenn sie absichtlich überzogen formuliert ist, um damit die Gegenposition aus ihrer Reserve zu locken und bloßzustellen bzw. zu entlarven. Die Gegenposition, das sind in diesem Fall die Frauen, die sich gegen Pornographie, käufliche Sexualität, sexuelle Gewalttätigkeit wehren und auch der Meinung sind, daß sowas in einer linken Zeitung nichts zu suchen hat. Nichts ist daran fortschrittlich, diese Positionen der Frauenbewegung in Frage zu stellen, auch wenn es „nur" darum gehen sollte, „gemäßigte" Pornos, Vergewaltigungsphantasien u. ä. in der Linken wieder gesellschaftsfähig zu machen. Es ist auch daran nichts fortschrittlich, wenn die Typen veranlaßt werden, ihre offensichtlich vorhandenen diesbezüglichen Neigungen jetzt wieder offen zu äußern und zu diskutieren und dabei erleichtert festzustellen, daß das ja alles gar nicht so schlimm sei, denn den anderen ginge es ja genauso.

Es ist völlig überflüssig, darüber zu spekulieren, wie der Gailer den Artikel gemeint hat. Es gehört schon ein ganz gehöriges Maß an Frauenverachtung dazu, sowas überhaupt hinzuschreiben. Der Artikel ist eine Beleidigung für jede Frau, ganz gleich, was damit bezweckt wurde. Mit seiner Veröffentlichung dokumentiert die „taz"-Redaktion ihre Verachtung gegenüber ihren Leserinnen.

Männergrüppler

Groß ist auch die Zahl derer, die sich vielleicht nicht zurücksehnen zur alten Verfügungsgewalt über das Sexualobjekt Frau, die es aber nicht verwinden können, daß die Frauen in der Linken nun plötzlich eine Sonderstellung einnehmen, einer besonderen Unterdrückung unterliegen. Unermüdlich führen sie Beispiele an, wie auch sie, die Männer, an der Entfaltung ihrer Persönlichkeit, Sexualität usw. gehindert werden und sind zutiefst enttäuscht, daß die Frauen dem so gar keine Beachtung schenken.

Sie gehen soweit, der *„männlichen sexuellen Aggressivität"* die *„Passivität"* auf der *„weiblichen Seite"* als *„weibliche Entsprechung"* gegenüberzustellen. (Gerd, Arnold, beide 8.10.80). Zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit gehört es insbesondere, daß sie ihre Gewaltphantasien herausposaunen dürfen (die Vertreter dieser Gruppe unterstützen die Veröffentlichung des Gailer-Artikels) – selbstverständlich nur, um diese zu überwinden – und für diesen Mut erwarten sie noch Beifall. Da aber *„ gerade die ach so friedvollen durchblickenden Frauen so voll Abwehr stecken gegen das aufrichtig Erforschen der Realität, die überwunden werden will"* (Thomas, „taz", 6.10.80; zu den Eigentümlichkeiten dieser Gruppe gehört auch ihre überaus schöngeistige Ausdrucksweise), spenden die Typen sich notgedrungen gegenseitig Lob.

Die logische Konsequenz dieser Strömung ist die Organisierung in Männergruppen, erstens wegen der Gerechtigkeit (die Frauen haben Frauengruppen, und wir? ...), zweitens, weil die Frauen die Männer nur mies machen, ausnutzen, und der verunsicherte Mann nur unter seinesgleichen zu neuem Selbstbewußtsein findet. Werner („taz", 6.10.80) schildert seinen Leidensweg und wie er erst unter Männern sich und seinen Körper kennen und lieben lernte. Erst Männer wiesen ihn auf die Existenz weiterer erogener Zonen außerhalb des Pimmels hin, seine Freundinnen hatten ihm diese selbstsüchtig verheimlicht. Für ihn ist das Verhältnis zu Frauen *„vor allem durch das Verhalten der Männer untereinander bestimmt."*

Weibliche Schützenhilfe

Die Glorifizierung der Peep-Show und der „Emanzipation" der Peepmodelle ist kein Einzelfall. Schon im März hatte eine Frau in der „taz" mit der Prostitution poetisch geliebäugelt, über die *„faszinierende Unabhängigkeit, die scheinbar von diesen Frauen ausgeht, die es wagen, nachts allein in fremde Autos zu steigen"* phantasiert („taz", 27.3.80).

Drei Wochen vor dem Gailer-Artikel veröffentlichte die „taz" (22.8.80) ein zweiseitiges Interview mit Larissa, ebenfalls einer ehemaligen „taz"-Mitarbeiterin, die von ihren Erfahrungen als Kurzzeit-Prostituierte berichtet. Der Eindruck, der haften bleibt: Als Job für ein paar Wochen ist das Ganze durchaus empfehlenswert, bringt gutes Geld und ist viel weniger unangenehm, als frau sich das so vorstellen mag, dank der bestens funktionierenden Distanzierungsmechanismen, die frau dabei entwickelt: *„Die Ekelschwelle ist fast Null. Denn das ist ja niemand, für den du Interesse hast. Das ist was ganz außerhalb deiner Person."*

Die interviewende „taz"-Redakteurin stellt im Vorspann ernsthaft die Frage, ob Prostitution vielleicht wirklich frei macht oder ob sie uns Frauen nur Männerverachtung lehrt.

Das ist also die Alternative: „frei" oder „nur Männerverachtung". Animiert zu dieser Fragestellung fühlt sie sich ausgerechnet durch die Frauenbewegung, sie habe *„die Unterscheidungen und Grenzen zwischen ‚denen' und uns infrage gestellt"*, *die subversiven, emanzipatorischen Elemente"* der Prostitution würden von Frauen mehr in den Vordergrund gerückt. Da will die „taz" natürlich nicht hintenanstehen. Larissa empfindet die Prostitution als durchaus der Emanzipation dienlich. Sie meint, die meisten Prostituierten hätten so ein *„bestimmtes, sehr selbstbewußtes Auftreten"*, sie selbst würde sich jetzt auch viel selbstbewußter Männern gegenüber fühlen. Die Prostitution hätte sie schon lange gereizt, die Faszination, die darin läge, ein „Tabu" zu durchbrechen (mit den Tabus haben sie's alle, die Undogmatischen, ihre Hauptkampffront ist das vermeintliche eigene Unterbewußtsein; der Inhalt eines solchen sog. Tabus schert sie wenig, Hauptsache, es wird durchbrochen!). *„Zu sehen, wie weit kann ich mit mir selbst gehen, wo sind da auch meine Grenzen."* Und dann der „Machtreiz": *„Das Gefühl, ich kann dadurch unheimlich Macht haben; durch Sexualität Macht über Männer."* Immerhin bezeichnet sie es als „Gefühl", denn von realer Macht kann wohl kaum eine Rede sein. Männer, die in den Puff gehen, sind möglicherweise z.T. arme Schweine, aber eben doch Schweine. Und gerade die Prostituierte befindet sich ihnen gegenüber am allerwenigsten in einer überlegenen Situation, sie ist schließlich nur die Ware, die selbst dem armseligsten Männchen für etwas Geld noch zur Verfügung stehen muß. Selbst Larissas idyllisierende Schilderungen lassen das durchschimmern: *„Du mußt schon alles mit ihnen machen, was sie wollen." "kannst auch was verweigern. Aber dein Interesse ist ja, daß du gefragt bist. (...) Deshalb wird deine Schwelle immer geringer."* Schöne Emanzipation. Hinweise auf die realen Lebensumstände der meisten Prostituierten finden sich kaum, von Ausbeutung und Gewalt durch Zuhälter, Drogenabhängigkeit, Morden an Prostituierten ist hier nichts zu lesen.

Auch zu dem Larissa-Interview kommen natürlich Leserbriefe, solche, die sich gegen die Verherrlichung der Prostitution wehren, aber auch andere: Uli aus Freiburg fühlt sich bei dem „Betrug" an den Freiern (*„berappen bis zu 600 DM, strampeln sich dann ab und glauben dann auch noch an den ‚offensichtlich' geschafften Orgasmus der Frau"*) an sein eigenes trübes Dasein erinnert: *„Ich denk an Frauen, die sich wie selbstverständlich ins Bett legen, und sich bedienen lassen. Und nachdem mann sich redlich abgemüht hat, sind ihm eigene Lust und eigene Wünsche langsam vergangen. (...) Hier wird auch die männliche Lust subtil vergewaltigt."* („taz", 1.9.80) Schon der Zweite, der eine „Vergewaltigung" der Männer erwähnt; es scheint den Typen schwer erträglich, daß diese einzigartige Erlebnismöglichkeit den Frauen allein vorbehalten sein soll.

M. Günther kommt in seinen *„ungeordneten Gedanken zur Prostitution und Vergewaltigung"* zu der bemerkenswerten Vermutung, Vergewaltiger seien *„sowas ähnliches wie Schwarzfahrer bei der BVG." „Die wollen ins Geschäft kommen, aber dabei nicht bezahlen."*(„taz", 4.9.80).

Am 9.10.80 druckt die „taz" einen „Antrag auf Projektfinanzierung" von „Traumstadt" an das „Netzwerk" zwecks Einrichtung eines „Alternativen Bordells Große Freiheit e.V.". Nimmt frau/man wohlmeinend an, daß es sich dabei um Satire handeln soll, so läßt sich dies doch nicht zweifelsfrei feststellen. Das ist besonders deshalb bedenklich, weil ein größerer Teil der „taz"-Leserschaft schon gegen gewöhnliche Puffs nicht viel einzuwenden hat. Es ist anzunehmen, daß diese Leute das „alternative Bordell"-Modell gar nicht sonderlich absurd finden, sondern durchaus erstrebenswert.

Sexuelle Konterrevolution?

Im Leitartikel der Oktober-„Emma" kritisiert Alice Schwarzer die Tendenz, die Prostitution zu verniedlichen, wie sie in dem „taz"-Interview, aber auch in dem Buch „Wir sind Frauen wie andere auch" von Pieke Biermann deutlich wird, auch dort mit der pseudofeministischen Argumentation, da ja alle Sexualität von Frauen Prostitution sei, könne frau auch gleich anschaffen gehen, dann gäb's wenigstens Geld dafür.
Sie schreibt: **„Da steht nicht etwa die Emanzipation der Huren zur Debatte, sondern die Verhurung der Emanzipation!"** und sieht darin einen Teil einer *„sexuellen Konterrevolution, die da mit Wucht auf uns zurollt."*

Schon im April 1980 hatte sie die Propagierung der Pädophilie, wie sie auch gerade durch die „taz" betrieben wird, als *„erschreckende Symptome einer Männerwelt, deren Herrschaftsanspruch ins Wanken gerät"*, bezeichnet und gefragt: *„Flüchten die Männer jetzt aus den zunehmenden Komplikationen mit Frauen in die Einfachheit einer ‚Beziehung' zu einem Kind, in dessen Augen sie allemal noch der big boss sind?"*

Die immer unverblümteren Aggressionen, die aus der Alternativ-Szene (‚wo der Herrschaftsanspruch der Männer ja ganz besonders stark ins Wanken gekommen ist') gegen die Frauen und die Frauenbewegung laut werden, stützen diese Thesen. Die allgemeine ideologische Aufweichung begünstigt die neochauvinistische Bewegung. Ob sie allerdings ernsthafte Chancen hat gegen das wachsende Selbstbewußtsein der Frauen, scheint fraglich.

AG Frauen, Hamburg



»Und bist du nicht willig...«

Mit diesem vielversprechenden Titel brachte die ‚Andere Zeitung' in Frankfurt in ihrer Septembernummer einen Artikelkomplex zum Thema „Gewalt in Beziehungen". Die AZ-Redaktion vollbrachte mit der Zusammenstellung der Artikel eine nur als provokativ zu bezeichnende „reife Leistung":

Neben einem Artikel aus dem Bockenheimer Frauenzentrum, der als Ergebnis einer Diskussionsrunde zu alltäglicher Gewalt gegen Frauen entstand, mit dem Ziel, *„zu lernen, unser Verhältnis zu Gewalt zu radikalisieren"*, wurden Artikel gebracht, die genau das in o. g. Artikel beschriebene Gefühl der Bedrohung reproduzieren. Mir scheint, die AZ'ler hatten, den Trend zur wiederentdeckten männlichen „Ehrlichkeit" folgend (s. Artikel zur TAZ ...), eine Neuauflage der „Siegfried-Knittel-Ideen" im Sinn; die Empörung, auf die dessen „Ergüsse" damals gestoßen sind, ist offenbar an „Linken" wie Hs. oder Franz Nagel spurlos vorbeigegangen.

„Meine Geschichte" – diesmal: Ein Mann erzählt.

Auf „Bravo"-Niveau werden von Hs. und M. Walla (leider mußte sich auch eine Frau an diesem Projekt beteiligen ...) mühsam konstruierte Alltags-Beziehungsgeschichten erzählt. Kostproben:
„Heute beneidet er mich manchmal um meine sogenannte Freiheit, trotzdem würde er nicht tauschen wollen, ich muß wissen, wo ich hingehöre.

Und wie sieht's aus mit der Liebe? Er lächelt säuerlich und meint ‚ich bin verheiratet.' " –

„ ‚Seit die zwei ein Kind haben', erzählt Herbert, ‚macht die Birgit überhaupt nichts mehr! Liegt im Bett, raucht, liest Liebesromane, macht keinen Schlag im Haushalt. Wenn der Volker abends vom Supermarkt, wo er unheimlich ran muß, aber wenig verdient, kommt, dann muß er noch abwaschen, Wohnung saubermachen, die Birgit liegt nur noch im Bett.' " –

„In ihrer Nachbarschaft hat kürzlich ein Mittvierziger seine Frau erschlagen, weil sie aus ihrer ersten Kur zurückkam und ständig von einem Mann, den sie dort kennengelernt hatte, der sie aber nie in ihrer Wohnung besucht hatte, angerufen worden war. (...) der Mann soll ausgesagt haben, daß er es nicht verkraftet hätte, daß seine Frau fremdgegangen wäre, wo er das doch nie getan hätte, statt dessen nur für seine Frau geschuftet hätte, damit sie's gut hätten. Ende einer Beziehung." –

„ ... obwohl der Herbert schon mal ganz gerne probieren würde, wie er auf Frauen noch wirkt, ist ja klar (!, die Verf.), *aber Hanne sagt immer: ‚Appetit kannst du dir holen, gegessen wird daheim.' Muß ja alles ordentlich und übersichtlich bleiben."*

Ohne Kommentar werden diese Geschichten aneinandergereiht.

Moral des Ganzen: *„Alltag. Gewöhnung. Mehr ist nicht."*

Im Kapitalismus sind Beziehungen eben beknackt, da kannste nix machen. *„Hast du schon mal gewaltfreie Beziehungen gesehen? Hast du nicht auch schon mal Gewaltphantasien gehabt? Sex und Gewalt sind so alt wie die Menschheit selber. Was soll das. Entweder du lernst es, damit zu leben, oder die Gewalt bringt dich irgendwann um."* Der Zynismus ist nicht zu überbieten.

Die Artikel, und, schlimmer noch, das „Gedicht" von Hs. schieben die Verantwortung für Beziehungsschwierigkeiten allein den Frauen zu. Teilweise subtil, teilweise mit brutaler Offenheit kommt hier widerliche Frauenverachtung zum Zuge, gegen Frauen, die aus der Rolle fallen, die selbständige Bedürfnisse entwickeln, die es wagen, ihre Vorstellungen in Beziehungen einzubringen, bzw. sich der Vorherrschaft der Männer zu verweigern.

10 Jahre neue Frauenbewegung – die ‚gekränkte' Männlichkeit schlägt zurück und kriegt noch Schützenhilfe von einer besorgten Frau, die sich über das Fehlen gegenseitiger (!) Toleranz beklagt. *„Leider ist es so, daß Frauen jetzt oft die Machtstrukturen in ihren Zweierbeziehungen umgedreht haben. Die Frau hat die Hosen an."* (Beispiel: Eine Frau fordert von ihrem Mann, der von der Arbeit kommt, *„zu hause lieb zu sein und schmusig. Er muß was bringen, wie im Betrieb."*) Die Lösung: Frauen kommt aus eurem Ghetto raus, denn *„ohne Männer geht's halt nicht."*

„Beschiß. Mogel. Angeschmiert."

Der Gipfel ist allerdings der Artikel von einem Franz Nagel, der in dieser „linken", „alternativen" Zeitung die Möglichkeit erhält, seine intimsten Wünsche, sprich Vergewaltigungssehnsüchte, breitzutreten. *„Damals, als ich diese Gedanken von Vergewaltigung hatte. Daß es damals Gedanken geblieben sind, Gedanken an Motorradlicht bei Nacht, Gebüsch am Straßenrand, Eile und Herzklopfen und sonst nichts vor lauter Angst, das gereicht mir nicht zur Ehre. Ich hab, wie so vieles, auch das nur im Kopf gehabt, anstatt es zu tun."*

Wenn es nicht so gemein und traurig wäre, könnte frau über das Bild, das da ein mann von sich und seinen Geschlechts„genossen" zeichnet, eigentlich nur trocken auflachen. *„Von allen möglichen Ablenkungsangeboten, Stereoanlagen, Motorrädern, Traumreisen, kehrt unser Sinn wie ein Bumerang stets zu dem Einen zurück."*

Völlig ihrem Trieb ausgeliefert, hecheln die Herren der Schöpfung durch die Weltgeschichte, ständig zur Frustration verurteilt, denn die Frauen wollen nicht mehr, wie F. N. dem Buch „Häutungen" von Verena Stefan zu entnehmen weiß. *„Die Zeit, in der der männliche Körper Sehnsüchte in uns auslösen könnte, ist Generationen weit entfernt."*

Und diese Frustration rechtfertigt dann alles:
„Langsam wird mir klar, warum Vergewaltigungen entstehen. Bewußte systematische Einschüchterung der Frauen durch die Männer? Das ist so richtig oder falsch, wie das Bild von den Kapitalisten mit Zylinder und Zigarren, die am runden Tisch aushecken, wie sie die Arbeiterklasse heute wieder knechten wollen. Vergewaltigung ist der unzulängliche, infantile Versuch, sich schadlos zu halten für das dumpfe Gefühl, hereingelegt worden zu sein. Vergewaltigung, das ist der sinnlose Tritt gegen den Automaten, der nichts hergibt."

Soviel männliche Dreistigkeit (sowas zu schreiben nach „Schrei aus der Stille" !!), Selbstgerechtigkeit (laut F.N.: *„Männer bezahlen für Sex mit Wärme"* ?!?) und unverhohlener Anspruch auf uns als Objekt seiner Befriedigung, verschlägt mir die Sprache.

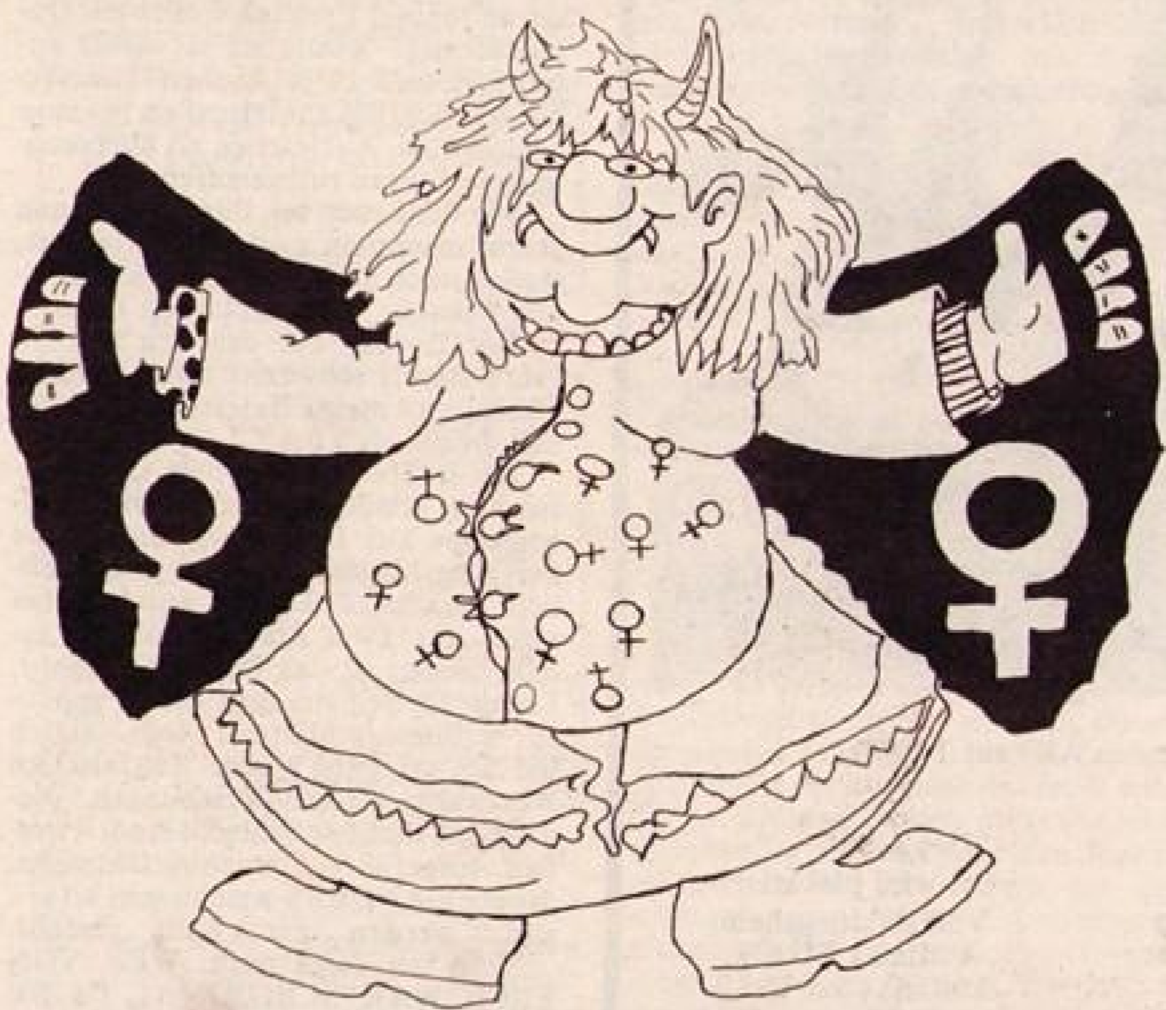
Eine Genossin der KB-Frauengruppe Frankfurt

Autonome Frauenreferate verlassen VDS-Projektbereich Frauen

Seit 1977 ist die „Verfaßte deutsche Studentenschaft“ (VDS) stolze Besitzerin eines Projektbereichs Frauen (vergleichbar mir einer Arbeitsgruppe). Aus der Taufe gehoben wurde diese Idee ursprünglich vom Frankfurter Frauen-AStA, der auf einer VDS-Mitgliederversammlung im März 1977 den Antrag stellte, ein a u t o n o m e s Frauenreferat in den VDS einzurichten. Damit sollte endlich dem existierenden Frauenkampf an den Universitäten auch im „höchsten Organ der Studentenschaft“ Rechnung getragen werden. Und selbstverständlich sollten in diesem Frauenreferat nur Frauen das Sagen haben und an keine Weisungen und Rechenschaftspflichten gegenüber der – frau kann getrost sagen – „Mackerorganisation“ VDS gebunden sein.

Dank der Dominanz von MSB/SHB und Teilen der Jusos wurde allerdings der Antrag der Frankfurter Frauen abgelehnt und stattdessen ein i n t e g r i e r t e r Projektbereich geschaffen, d.h. Unterordnung unter die politische Linie der VDS, Rechenschaftspflicht usw. Zu dessen konstituierender Sitzung wurden die autonomen Frauenreferate gar nicht erst eingeladen, und so blieb der Laden lange Zeit unter sich. Das undemokratische Vorgehen und die sich abzeichnende Politik dieses Projektbereichs veranlaßten die autonomen Frauenreferate, ihn zu boykottieren. Der Projektbereich erlangte einerseits durch ein wüstes Gepöbel gegen die autonome Frauenbewegung eine traurige Berühmtheit – Kostprobe: *„Wer den AStA durch die Einrichtung sogenannter 'automer Frauenreferate' zur reinen Milchkuh zu degradieren versucht, entzieht sich nicht nur der demokratischen Verantwortung gegenüber der Studentenschaft, sondern er spielt darüber hinaus den massiven Angriffen der Reaktion auf die Verfaßte Studentenschaft in die Hände“* –;
andererseits bestanden seine Aktivitäten lange Zeit ausschließlich darin, besondere Betroffenheiten der Studentinnen vom Hochschulrahmengesetz, die nur durch eine besondere Beteiligung der Studentinnen an den zahlreichen „bundesweiten Streiks“, „Demokratischen Gegenhochschulen“ und anderen „machtvollen“ Aktionen, die MSB/SHB und Jusos in der VDS durchsetzten, zu bekämpfen sei.

Seit April '79 versuchen nun autonome Frauenreferate und Frauenhochschulgruppen, den Projektbereich endlich zu einer gleichberechtigten Vertretung a l l e r Strömungen der Frauenbewegung an den Hochschulen zu machen. Was mit einem Treffen einiger unzufriedener Juso-Frauen, die bisher im Projektbereich mitgearbeitet hatten und Frau-
hochschulgruppen, den Projektbereich endlich zu einer gleichberechtigten Vertretung a l l e r Strömungen der Frauenbewegung an den Hochschulen zu machen. Was mit einem Treffen einiger unzufriedener Juso-Frauen, die bisher im Projektbereich
mitgearbeitet hatten, und Frauenreferaten aus drei Städten begann, ist heute zu einem regelmäßigen „Treffen autonomer Frauenreferate und -gruppen“ mit ca. 30 Frauen aus elf Städten geworden. Während sich die Zusammenarbeit untereinander zusehends verbesserte, waren all die guten Vorsätze in bezug auf den Projektbereich von Mißerfolgen gekrönt. Die geringfügigen Verbesserungen, die sich im wesentlichen auf interne Diskussionen (z.B. über Unterdrükkung an der Uni durch Männer, § 218 ...) beschränkten, von denen nichts nach außen drang oder in praktische Politik umgesetzt wurde, standen in keinem Verhältnis zum benötigten Kraftaufwand (-verschleiß) der



autonomen Frauenreferate. Mit folgender Erklärung erteilten die autonomen Frauenreferate und -gruppen einer Mitarbeit im Projektbereich deshalb erstmal eine Absage:
„Auf dem letzten Treffen der autonomen Frauenreferate in Lemgo vom 20.6. bis 22.6.1980 haben wir beschlossen, unsere Mitarbeit im VDS-Projektbereich 'Frauen' einzustellen bzw. gar nicht erst aufzunehmen.

Wir arbeiten als a u t o n o m e Frauenreferate/ -gruppen, weil wir der Ansicht sind, als von der Frauenunterdrückung Betroffene nur s e l b s t über unsere Politik entscheiden zu können. (...)

Autonome Frauen, die trotzdem versucht haben, im PB mitzuarbeiten, halten dies inzwischen für unsinnig: Die von MSB/SHB vielbeschworene konstruktive solidarische Zusammenarbeit beschränkte sich auf verbale Zugeständnisse an uns, die in der Praxis des PB nie auftauchten. Für uns wurden die PB-Tagungen zu einem einzigen Kräfteverschleiß in nervigen Diskussionen.

Für einige von uns hatte der PB bisher eine derart geringe Bedeutung,
arbeit beschränkte sich auf verbale Zugeständnisse an uns, die in der Praxis des PB nie auftauchten. Für uns wurden die PB-Tagungen zu einem einzigen Kräfteverschleiß in nervigen Diskussionen.

Für einige von uns hatte der PB bisher eine derart geringe Bedeutung,
daß für eine Mitarbeit überhaupt keine Veranlassung bestand. Da sowohl die Struktur des PB 'Frauen' – Abhängigkeit von der männerdominierten VDS – als auch deren Auswirkung auf die politische Linie des PB, sich von unserem Verständnis von Frauenpolitik grundlegend unterscheidet, und wir auch nicht die Möglichkeit sehen, unsere Vorstellungen mittels des PB zu vertreten, haben wir ein eigenes Treffen der autonomen Frauenreferate/ -gruppen gegründet.

Wir hoffen, endlich in Ruhe und ohne Zwang zur Abgrenzung gegen den Vorwurf der 'unpolitischen, gefühlsbetonten Feministinnen', 'Feindinnen der Verfaßten Studentenschaft' etc. unsere Politik an die Öffentlichkeit zu tragen.

Wirkliche Bündnisse an konkreten Fragen (z.B. § 218, Frauen zum Bund) werden wir natürlich immer gerne eingehen.“

Erste öffentliche Eigenleistung dieses Treffens ist die Nullnummer der „GIFTNUDEL“, einer nationalen Zeitung der autonomen Frauenreferate, die von nun an einmal pro Semester erscheinen soll. Die Nullnummer enthält neben einer Reihe Selbstdarstellungen von Frauenreferaten Artikel zur Frage der „Autonomie“ und Erfahrungen auf der letzten Projektbereichstagung. Sie ist bei vielen autonomen Frauenreferaten erhältlich oder kann bestellt werden (gegen Vorauskasse von 0,50 DM) bei:

Frauenreferat der PH Münster
Scharnhorststr. 103
4400 Münster
Tel. 0251/46830

Auf dem nächsten Treffen, das am 1./2. November in Bochum stattfindet, soll die nächste „GIFTNUDEL“
Frauenreferat der PH Münster
Scharnhorststr. 103
4400 Münster
Tel. 0251/46830

Auf dem nächsten Treffen, das am 1./2. November in Bochum stattfindet, soll die nächste „GIFTNUDEL“
geplant und über Frauenforschung diskutiert werden. Anmeldungen nimmt entgegen:

Autonomes Frauenreferat der RUB
Lennershofstr. 60
4630 Bochum
Tel. 0234/7006703

Eine Genossin des SSB/Hamburg

USA: Frauenkonferenz gegen Imperialismus und 3. Weltkrieg

Vom 22. - 24.8. fand in Oakland, Californien, die Frauenkonferenz „RASATA – gegen Imperialismus und Dritten Weltkrieg“ statt. Sie wurde organisiert von verschiedenen linken Frauen- und Lesbengruppen, Frauen aus linken Gruppen und Frauen aus Unterstützungsgruppen von verschiedenen nationalen Befreiungsbewegungen. Insgesamt waren ca. 200 Frauen da.

Am Freitagabend begann die Konferenz mit kulturellen Veranstaltungen, Filmen über Frauen in den Befreiungsbewegungen etc. Samstag vormittag sprachen Vertreterinnen einzelner Gruppen, wobei die großen Widersprüche zwischen den Veranstaltern sehr deutlich wurden. Halimah Shabazz von der „Black Human Rights Coalition“ ging davon aus, daß es in den alten afrikanischen Gesellschaften keine Unterdrückung der Frau durch den Mann gegeben habe, der dominierende schwarze Mann erst ein Produkt des Imperialismus sei. Sie betonte die Wichtigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Schwarzen in den USA. Schwarze Frauen sollen sich organisieren, um die Gemeinschaft zusammenzuhalten, Selbsthilfeprogramme initiieren und eine antiimperialistische Erziehung geben und durchsetzen. Nur starke, selbstbewußte Frauen können bei den Kindern ein Gegengewicht zur herrschenden Ideologie von der schwarzen Minderwertigkeit setzen.

Für sehr wichtig hielt sie den Kampf gegen die intensive Propaganda für Abtreibung bei schwarzen Frauen, die eine gezielte Kampagne zur Reduzierung der schwarzen Bevölkerung in den USA darstelle. Homosexuelle haben ihrer Meinung nach keinen Platz innerhalb der schwarzen Bewegung.

Auf den Widerspruch einer schwarzen Lesbe hin meinte sie, die P r o b l e m e von Lesben hätten keinen Platz innerhalb der schwarzen Bewegung.

Alejandrina Torres vom „National Commitee to Free Puerto Rican Prisoners of War“ ging ebenfalls davon aus, daß die Unterdrückung von Frauen durch Männer in Puerto Rico ein Produkt der weißen, insbesondere der spanischen Kolonisation sei. Auch sie betonte den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen, und daß es wichtig sei, um den Erhalt der Familien zu kämpfen. Unter den herrschenden Bedingungen wird die Familie durch Arbeitsemigration, Alkohol
tion sei. Auch sie betonte den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen, und daß es wichtig sei, um den Erhalt der Familien zu kämpfen. Unter den herrschenden Bedingungen wird die Familie durch Arbeitsemigration, Alkohol
etc. auseinandergerissen. Der Einzelne werde dadurch verunsichert, vereinzelt und verinnerlicht das Bild vom minderwertigen Farbigen. Sie betonte, daß der Kampf um die Befreiung mit allen geeigneten Mitteln, auch bewaffnet, geführt werden müsse, was große Zustimmung bei den meisten Anwesenden fand.

Anschließend sprach Pat Parker, eine schwarze lesbische Lyrikerin. Sie ist Mitglied des „Black Women's Revolutionary Council“ und des „Eleventh Hour Batallion“, einer Organisation von schwarzen und weißen Arbeiterinnen, in der Mehrzahl Lesben, die revolutionäre, antirassistische Frauen- und Lesbenpolitik machen wollen. Sie griff die reaktionäre Familienideologie an, die in vielen sich links verstehenden Befreiungsbewegungen immer noch aufrecht erhalten wird. Für jede Linke muß es selbstverständlich sein, die Abschaffung der Kleinfamilie zu fordern. Danach sprach sie einige „Mythen“ an, die im Hinblick auf die Revolution bestehen, u.a.: die Schwarzen a l l e i n, die Frauen a l l e i n etc. könnten die Revolution machen.

Auf der anderen Seite genügte es jedoch nicht, alle möglichen antiimperialistischen Bewegungen zu unterstützten und dabei die eigene Unterdrückung zu vergessen. Der Kampf um Befreiung müsse auch immer ein Kampf um die eigene Befreiung sein, und sie will dabei keinen Aspekt ihrer Unterdrückung weglassen, weder als Schwarze noch als Arbeiterin noch als Frau noch als Lesbe.

Danach ging sie noch auf den augenblicklichen Zustand der amerikanischen Frauenbewegung ein: Sie sei größtenteils von den reformistischen Positionen der kleinbürgerlichen Mittelschicht-Frauen korrumpiert. Das heiße jedoch nicht, wie immer gesagt wird, die Frauenbewegung sei eine weiße Mittelschichts-Bewegung, sondern nur, daß in den Medien nur die reformistischen Positionen ein Forum finden. Damit die Frauenbewegung nicht vollständig korrumpiert wird, müßten farbige und Arbeiterfrauen stärker sichtbar werden. Es wurde dabei jedoch nicht ganz klar, ob sie Frauen, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, überhaupt die Möglichkeit abspricht, ein revolutionäres Bewußtsein zu entwickeln. Diese Rede fand die größte Zustimmung im Plenum.

Danach redete Nozipho Glenn vom „Pan African Congress of Azania (South Africa)“. Sie vertrat im wesentlichen ähnliche Positionen wie die beiden ersten Rednerinnen.

Samstagnachmittag und Sonntagvormittag fanden Workshops zu folgenden Themen statt:
Azania (South Africa)“. Sie vertrat im wesentlichen ähnliche Positionen wie die beiden ersten Rednerinnen.

Samstagnachmittag und Sonntagvormittag fanden Workshops zu folgenden Themen statt:

- verschiedene Arbeitsgruppen zu den Befreiungsbewegungen in Eritrea, Guatemala, Südafrika, Palästina, Puerto Rico, zur Revolution in El Salvador, Iran und Zimbabwe. Diese Arbeitsgruppen behandelten alle die Geschichte des jeweiligen Landes, besonders den Einfluß des US-Imperialismus, und die Rolle der Frauen in den jeweiligen Befreiungsbewegungen und Revolutionen.
- Geschichte und gegenwärtige Situation schwarzer Frauen in den USA;
- Juden gegen Zionismus;
- über Zusammenhänge zwischen Frauen-, Linker und Schwarzer Bewegung und der wachsenden „Law-andOrder“-Strömung in den USA;
- Lesben und Linke;
- Vergewaltigung;
- Rassismus in der Lesbenbewegung;
- der Fall Dessie Woods;
- Frauen im Knast;
- Frauen gegen Wehrpflicht.

Obwohl Frauen mit sehr unterschiedlichen Positionen anwesend waren, liefen die Diskussionen überraschend ruhig und solidarisch. Es war jedoch sehr schwierig, die Konferenz überhaupt auf die Beine zu stellen und die Vorbereitungen drohten mehrmals an den unterschiedlichen Positionen zu scheitern. So wurden viele Konflikte nicht angesprochen oder ausdiskutiert, mehr Wert auf die Gemeinsamkeiten gelegt. Aber alle Anwesenden verstanden diese Konferenz als einen wichtigen ersten Schritt zur Zusammenarbeit der unterschiedlichen anti-imperialistischen Frauen- und Lesbengruppen. Es ist zu hoffen, daß es nicht bei diesem ersten Schritt bleibt.

Jo., Lesbengruppe des KB und Christiane – beide derzeit in USA

Rechter Beifall für sowjetische »Feministinnen«

Die rechte katholische „Deutsche Tagespost“ hat ihr Herz für den Feminismus entdeckt; in der Rubrik „Glaube im Osten“ („DT“, 17.9.80) schwärmt sie für die ausgewiesenen russischen Dissidentinnen und Herausgeberinnen der Almanache „Frauen in Rußland“ und „Maria“, die sich selbst als „Feminstinnen“ bezeichnen:
„Welch ein Unterschied zu unseren westlichen Emanzipierten, die für mehr Karriere, für das egoistische Recht der freien Verfügung über ihren Körper kämpfen, um ungeborenes Leben nicht austragen zu müssen. (...) Sie kämpfen nicht für eine fragwürdige Gleichberechtigung, sondern halten sich für gleichberechtigt, im Kampf um die Bürgerrechte Seite an Seite mit den Männern zu streiten“.
Und wie sieht dieser gleichberechtigte Streit aus?
„Mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau sind die russischen Feministinnen offenbar zufrieden. Sie rebellieren nicht dagegen, sondern schlossen sich lediglich zusammen, um den Kampf der Männer zu unterstützen“.

Das ist eine Art von Emanzipation, die ganz den Geschmack der katholischen Reaktion trifft, denn sie *„umfaßt nicht libertinistische fragwürdige Rechte der Frau“*. Das gilt auch für den innerkirchlichen Bereich:
„Und ihre Rechte in der Kirche beantworten sie mit Zustimmung zu dem Pauluswort, wonach Frauen in der Kirche zu schweigen hätten: 'Schweigen ist ohnehin oft eine bessere Predigt', meint dazu die Philosophin Goritschewa“. Davon können selbst die Katholikinnen noch einiges lernen; die „Deutsche Tagespost“ empfiehlt:
„Dafür sollten sich die katholischen Frauenverbände durch den Kopf gehen lassen, ob sie nicht Frau Goritschewa, die gut deutsch spricht, zu sich einladen sollen. (...) Hier werden manche Problemchen, die bei uns zu Problemen hochdiskutiert worden sind, in ihren ursprünglichen Rang zurückgeordnet.“

AG Frauen, Hamburg

Und der Frauenkalender »Tag für Tag« erscheint doch!

Unser „Tag für Tag“ Frauenkalender kommt erst Mitte November. Die Verspätung des Kalenders liegt daran, daß die Buchbinderei, die einen Vertrag mit unserer Druckerei hatte, sich nach Lieferung der gedruckten Seiten weigerte, den Kalender zu binden, wegen inhaltlicher Differenzen. Sie hatten sich vorgestellt, daß der Frauenkalender inhaltlich mit Rezepten, Kosmetika und ähnlich gestaltet sei. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde schließlich ein neuer Buchbinder gefunden, der sich trotz Vertrags auch weigerte, mit der Begründung, er könne es nicht verantworten, er hätte ja schließlich Lehrlinge in seinem Betrieb...
Auf der Suche nach einer weiteren stellten wir fest, daß vermutlich eine der beiden vorhergehenden Buchbindereien die Firmen zu einem Boykott gegen den „Tag für Tag“ aufgerufen hatte.
Auch dem Männerkalender ist es so ergangen und uns wurde u.a. daran wieder einmal deutlich, daß alles, was gegen das System läuft, be- und verhindert werden soll.

Trotz alledem: Wir lassen uns nicht stoppen.
Der Kalender erscheint Mitte November!!

Tag für Tag sind wir unausstehlich stark!!

Bestellungen an: Tag für Tag, Kalender für Frauen,
Frankfurter Str. 125, 6078 Neu Isenburg. Tel. (06102) 21560

Ladenpreis: 8,– DM; Buchläden erhalten 35 % Rabatt

Schneewittchen: „Tu was!"



Schneewittchen geht mit ihrer neuen Platte "Tu was ! " (Besprechung im nächsten AK) auf Tournee. Hier nun der Plan:

24.10. Braunschweig	Aula der HBK, Broitzemerstraße 230	1.11. Salzburg	"Das Kino"
25.10. Marburg	Audimax	2.11. Wien	Ort wird plakatiert
28.10. Tübingen	Mensa I	4.11. Frankfurt	Volksbildungsheim
30.10. Traun bei Linz	" Junger Herbst Traun"	5.11. Darmstadt	Audimax TU (?)
31.10. Salzburg	"Das Kino"	7.11. Freiburg	Audimax der Uni

und am 17.u. 18.12. in Hamburg i.d. „Fabrik"

Denn sie wissen nicht was sie tun

Mein coming out und meine frauenbewegten Heterror-Freundinnen

Ja, ich bin im coming out, und als ich es endlich, endlich merkte, war ich noch so naiv, es (nach und nach) mit Freude und Stolz vielen Freundinnen und Mitkämpferinnen zu erzählen. Warum? Wollte ich sie teilhaben lassen an meiner Freude? Wollte ich Unterstützung? Wollte ich sie selber anspornen, sich zu erforschen? (immerhin war ich bekanntermaßen bis zum Schluß bzw. Aufwachen als überzeugte Hetero-Frau rumgelaufen).

Wie dem auch sei, ihre Reaktionen überschwemmen mich mit Bitterkeit, stoßen mich zurück, lassen mich in einen Schacht der Einsamkeit fallen...

Der Boden, auf dem ich fast 30 Jahre stand, schwankt unter meinen Füßen, und meine Heterror-Freundinnen drehen sich um:

Ich stellte Lesbisch-Sein (seit Jahren zum ersten Mal) in unserer Frauengruppe zur Diskussion und wurde zur Angeklagten: es gibt ja schließlich aggressive Lesben (und selbst wenn nur zwei Frauen mal was erlebt haben, ist das Thema für zehn). Lesbische Beziehungen sollen genauso schlimm/schlimmer sein, gleich bin ich arrogant wegen 'ner falschen Wortwahl; Hetero-Beziehungen, die-doch-gar-nicht-so-schlecht-sind, werden vorgeführt; Frauenbeziehungen, die-auch-ANDERS-welche-sein-können, werden zur Wahl gestellt.

Und ich frage euch: WER VON EUCH WAR SCHON MAL IN NE FRAU VERLIEBT??

Und fast alle schweigt ihr, als ob ich euch geschlagen hätte.

Aha, jetzt habt ihr es gemerkt, ich, mittlerweile Buhfrau, will euch in eine Schublade stecken. So ist das, was ne Schublade stecken. So ist das, was fällt mir eigentlich ein, von euch zu erwarten, eure Sexualität, die ihr seit über 20 Jahren betreibt, zu benennen...? Na, so was, das macht euch aber unsicher, da geht ihr an die Dekke, und sogar die Lesben, die ich extra eingeladen habe, distanzieren sich von der angeblichen „Schublade"...

Und keine wird etwa mißtrauisch ob soviel Distanzierungen, nein, frau hängt sich an, hat ein wunderbares Thema zur Beruhigung gefunden. Nun, da kann ich ja noch rational mit umgehen, aber hinter meinem Rücken wird auch noch Anderes gehandelt:
- ging ja wohl ein bißchen schnell bei ihr...
- Modeerscheinung...?
- sie macht das ja wohl ein bißchen demonstrativ...?

Coming out, Lesbisch-sein öffentlich machen, schon mal davon gehört? Ja, nur tu es nicht, dann glaubt dir keine, fühlen sich sogar noch bedroht...? Erzählst du es zehn Frauen, sind es anscheinend neun zuviel, weil du sonst exzentrisch bist. Fühlen sie sich angemacht, weil sie auch wollen und sich nicht trauen? Ist es bei ihnen vielleicht wie „Auto-fahren-lernen", bei ihnen das, was sie mir unterstellen? Und zu schnell für die Kleingeister? Dabei kannten sie meine Männerbeziehungen nach dem Motto: keinen zu dicht ranlassen; keinen in derselben Stadt; aufhören, bevor es bitter wird; Langeweile, die sich einstellte; unbefriedigt sein von Gesprächen; und BESONDERS: alle vier Wochen, das reicht...

Aber trotzalledem: Hinter meinem Rücken, hinter vorgehaltener Hand, Gerüchte verbreiten, mich infragestellen, warten auf den nächsten Mann, damit sie Recht haben? Ob ich dann Ruhe hätte und einfach heimlich meine Liebe suche...?

Dann würdet ihr vielleicht auch wieder mit mir über meine Beziehungen reden, denn heute fragt ihr mich ja (schamhaft?) nicht mehr, wie „es" bei mir läuft...

Mein coming out wird – wenn ich dabei bin – einfach totgeschwiegen, übersehen, übergangen, nicht ernst genommen, meine Sorgen ignoriert.

Das tut mir so weh! Ein paar mal habe ich Frauen erzählt, wie es in mir aussieht, da haben sie mich natürlich verstanden. Aber ich mag nicht mehr um Verständnis werben, indem ich reihum mit meiner Gefühlswelt hausieren gehe! Verhindern denn eure ungeheuren Verdrängungsmechanismen die Vorstellung, wie es mir geht? Ihr seid doch sonst nicht so unsensibel, so phantasiearm...?

Ich könnte mir die Augen ausheu-
Ich könnte mir die Augen ausheulen, weil ihr mich so alleine laßt. Ich kann nicht zu euch gehen, weil ich euch nicht traue. Ich kriege 'ne wahnsinnige Wut auf eure Borniertheit und ich-weiß-gar-nicht-was-du-hast - Haltung!

Manchmal möchte ich euch alles vor die Füße schmeißen und hoffe, daß ihr zu Fall kommt.

Natürlich versuchen mir auch Frauen zu helfen, aber als ich krank war, kamen mehr...Wenn ich sie bitte zu kommen, o.k., wenn ich e r k l ä r, wie zerrissen und hilflos ich bin, o.k., manchmal zaghafte Ansätze wie:„ du hast ja ganz dicke Augenränder" oder „hast du abgenommen?".

Aber die meisten halten sich zurück – bei jeder Heterror-Scheiße kriegt frau zehnmal mehr Unterstützung!! Wenn die Bi und/oder Heterofrauen wüßten, wie sie mit ihrer zur Schau getragenen Gleichgültigkeit verletzen, ob das was ändern würde?

Eine Genossin



Das tut weh!

In der „Courage", Nr. 10, ist eine Anzeige des „Buntbuch"-Verlags, in der es seltsamerweise heißt: *„Jahrelang habe ich auf ein Frauenbuch gewartet ... von einer Frau, die versucht, einen wirklichen Radikal-Feminismus zu entwickeln, ohne lesbisch zu sein. Von einer Frau, die ihre eigene sexuelle Unterdrückung aufarbeitet und beschreibt, wie auch mit Männern eine schöne Sexualität möglich ist"*. Radikal-feministisch – ja, lesbisch – nein. Diese Distanzierung empfinde ich wie einen Schlag ins Gesicht. Das erinnert mich an Zeiten, als ich mit Frauenarbeit anfing und ständig auf schmierige Fragen hin beteuerte, keineswegs lesbisch geworden zu sein, sondern nur interessiert an Frauenfragen (das Wort Radikal-Feminismus kannte ich da noch nicht), aber sonst 'normal'. Ob durch diese 'Reklame' (??) mehr Frauen das Buch kaufen werden, Frauen, die damit zu kämpfen haben, daß sie in eine Lesben-diskriminierende Schublade gesteckt werden und sich womöglich aus Angst dem Zwangshetero-Diktat unterwerfen?

Gegen Bi-Sein hat Svende (die Autorin, Anm. AK) offensichtlich nichts, aber Lesbisch-Sein macht 'ne Abgrenzung nötig! Ob Svende wohl schon mal der Gedanke gekommen ist, daß auch Lesben durchaus die Möglichkeit haben (wenn sie wollen), mit Männern eine schöne Sexualität zu erleben?

Ich finde diese Passage lesbenfeindlich und sehr peinlich!

Lesbisch sein ist schön!

Bx., KB Münster

P.S. Mir war diese Sache auch aufgefallen und ich kann Bx.' Kritik voll unterstützen! Anm. d. Setzerin

Lesbenunterdrückung in Husum

Seit Juni 1980 gibt es im Husumer Frauenzentrum eine Lesbengruppe. Am 24.6. veröffentlichte diese Gruppe eine kurze Notiz in den „Husumer Nachrichten", in der sie auf ein erstes gemeinsames Treffen hinwies. Noch am gleichen Tag erhielt das Frauenzentrum die fristgerechte Kündigung, der kurze Zeit später eine Räumungsklage folgte. Die Begründung dieser Klage berief sich auf die Drohung der übrigen Mieter des Hauses, ihrerseits das Mietverhältnis zu lösen, da ihnen aus moralischen Gründen nicht zugemutet werden könnte, in solch einem „zwielichtigen" Haus zu wohnen.

Seit Mitte September liegt eine zweite Anklageschrift von den Rechtsanwälten des Vermieters vor. Aus ihr wird deutlich, daß die Kläger jetzt versuchen, eine neue Taktik zu fahren! Zitat: ... *„Die Kläger sind nicht bereit, es hinzunehmen, daß auf ihrem Rükken gesellschaftliche Minderheitenprobleme gesellschaftlicher Randgruppen ausgetragen werden. Dabei — das sei nochmals betont — sind die Moralvorstellungen der Kläger völlig unbeachtlich... Die Beklagten und die 'Frauengruppe' werden sich damit abzufinden haben, daß Husum als Kleinstadt mit dem kleinbürgerlichen Milieu gegenüber Lesbierinnen noch zu intolerant ist. Die Zeit, wo die Gesellschaft in Husum diese Aktivitäten beanstandungsfrei hinzunehmen bereit ist, ist offenbar noch nicht gekommen..."*.

Durch die von den Husumer Frauen initiierte Öffentlichkeitsarbeit (Radio, Fernsehen, Zeitung ...) fühlt der Vermieter sich offensichtlich unter Druck gesetzt. Die Reaktionen der Husumer Frauen auf die Räumungsklage werden nun dazu benutzt, neue Anklagepunkte gegen sie zurechtzuzimmern. Zitat: ... *„Die Beklagten und die 'Frauengruppe' haben im übrigen auch durch ihr Verhalten das Vertrauensverhältnis zu ihrem Vermieter, und damit auch den Hausfrieden so nachhaltig gestört, daß ein Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist. Sie als 'Randgruppe' versuchen nunmehr, die Medien für sich zu gewinnen und die Kläger und die übrige Bewohnerschaft des Hauses nebst Umgebung unter 'Druck zu setzen' ... Die Hausbewohner selbst werden diskriminiert"*.

Weitere Öffentlichkeitsarbeit ist dringend notwendig (siehe Unterschriftenliste!) dieser Prozeß betrifft uns alle. Dieses Urteil könnte zu einem Grundsatzurteil gemacht werden.

Zu allem Überfluß stellte sich auch noch heraus, daß der „linke" Anwalt der Husumer Frauen parallel einen Vergewaltiger (auf übelste Art und Weise) verteidigt. Seine ganze Frauenverachtung wurde offensichtlich, als er offen zugab, daß er Vergewaltiger verstehen könne.

In Husum wird zur Zeit diskutiert, den Anwalt eventuell zu wechseln. Dazu brauchen die Frauen aber dringend finanzielle Unterstützung!

Spendenkonto: Sparkasse Nordfriesland, Husum, 100135060

Macht kaputt, was euch kaputtmacht!

Lesbengruppe Lübeck

Einbruch ins Frauenzentrum Ehrenfeld

In der Nacht zum 14.9. brachen Unbekannte in das Frauenzentrum Ehrenfeld ein. Sie öffneten die Tür mit Hilfe eines Glasschneiders, rissen die Klingelleitung heraus, brachen die Tür zum Frauenzentrum auf, räumten Regale aus, rissen Plakate von den Wänden und zündeten sie an. Unklar ist, ob sie einen Brand verursachen oder nur verschiedene Plakate vernichten wollten.

In einem Flugblatt zog das Frauenzentrum folgende Schlüsse: „... *Uns erinnert der Einbruch an die Brandanschläge auf Beratungsstellen der „pro familia" in Hamburg und Bremen im Juni 1980, die nur auf dem Hintergrund einer breiten Hetzkampagne durch CDU und Kirche zu verstehen sind. Holzgartner (Vorsitzender des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU) bezeichnete am 14.7.79 Schwangerschaftsabbrüche als ‚brutalen Massenmord' und zog sogar Vergleiche zum Dritten Reich: ‚Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben'. Vierzehn Tage später sprach Kardinal Höpfner im Deutschlandfunk ebenfalls vom ‚Mord in Massen'. In dieser Atmosphäre ist es kaum verwunderlich, wenn Einzelne oder Gruppen ihre frauenfeindliche Haltung wieder offener und rücksichtsloser zeigen. Dies erinnert uns allerdings tatsächlich stark an jene Zeiten, die Herr Holzgartner (siehe oben) ansprach."*

Ein Genosse aus Köln

Homosexuelle Beratungsstelle

Die Initiativgruppe für eine homosexuelle Beratungsstelle (wir berichteten darüber) hat jetzt vom Bezirksamt Berlin-Kreuzberg Räume zur Verfügung gestellt bekommen. Adresse:
Hollmannstraße 19
1000 Berlin 61
Wir wollen ab sofort diese Räume renovieren, Telefon legen lassen und mit der Beratung schon mal provisorisch anfangen. Dazu brauchen wir Geld! Wir haben ein Konto eingerichtet: **Postscheckkonto Berlin 438279-108.** Die Verhandlungen mit dem Senat über die Bewilligung von Planstellen laufen weiter.

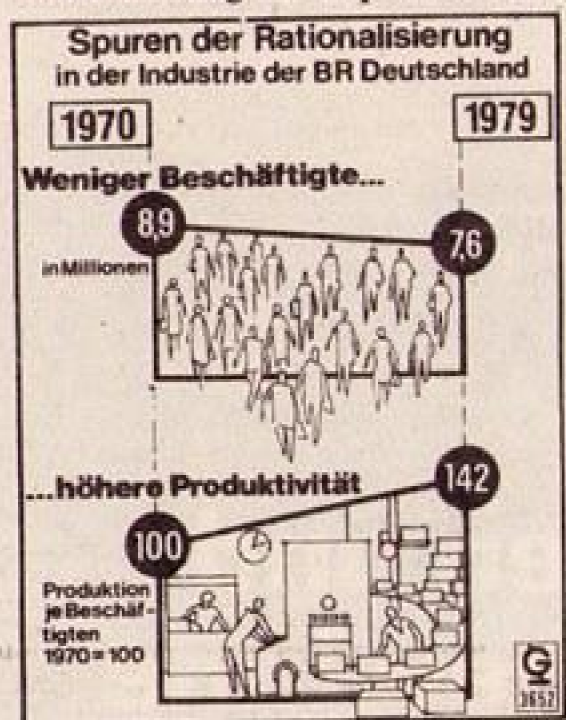
Bundesregierung nach der Wahl: Verstärkt für Kapital-Interessen

„Das Wahlergebnis hat viele Folgen. Eine davon ist sicherlich, daß die Erwartungen der Wirtschaft sich noch mehr als bisher auf die Person Lambsdorffs konzentrieren werden“, so kommentierte die „Frankfurter Allgemeine“ am 7.10. in ihrem Wirtschaftsteil das Bundestagswahlergebnis und das gute Abschneiden der FDP.

Otto Graf Lambsdorff (FDP), Bundeswirtschaftsminister, hatte kurz vor der Wahl einen Brief an die Kapitalisten und ihre Verbände verfaßt, in dem er zu dem Ergebnis kam: *„Allein ein Blick in das Wahlprogramm der SPD — so wie es jetzt vorliegt und für das der Bundeskanzler genauso wie Hans Apel und Hans Matthöfer eintreten — kann sie davon überzeugen, daß bei einer absoluten Mehrheit der SPD von der Marktwirtschaft auf Dauer nichts als eine leere Worthülse zurückbleiben würde.“* Gegenüber angeblichen SPD-Plänen zum „Abbau der Marktwirtschaft“ habe die FDP *„die marktwirtschaftliche Ordnung und die unternehmerische Freiheit in unserem Lande garantiert“* („Welt“, 11.10.). Daß das so bleibt, dafür verbürgt Lambsdorff sich persönlich: *„Etwas anderes 'läuft' mit mir nicht“*. Und dafür bürgt der SPD-Kanzler: *„Solange der Bundeskanzler Helmut Schmidt die Richtlinien der Politik bestimmt, kann die FDP einen marktwirtschaftlichen Kurs in der Wirtschaftspolitik durchsetzen“*.

> Sein Verständnis von gerechter Verteilung der Lasten auf alle Klassen dieser Gesellschaft hat Lambsdorff kürzlich deutlich gemacht:
> *„Die deutsche Wirtschaft muß sich wegen der japanischen Wettbewerbsstärke intensiv um eine Verbesserung ihrer Produktivität und Wettbewerbskraft bemühen“.* Doch – so der Graf – davon sollen beide Seiten betroffen sein, „und zwar sowohl auf der Seite des Kapitals durch Modernisierung“ (die haben's schwer, die Unternehmer) **„als auch auf der Seite der Arbeit durch eine Begrenzung des Kostenanstiegs“** – sprich: weniger Lohn und soziale Leistungen, mehr Arbeit.
> So ist das mit der „Gleichberechtigung“ zwischen Kapital und Arbeit.
> (Zitate aus „FAZ“, 12.9.80).

Zur Erinnerung: Lambsdorff kam im Juni dieses Jahres von einer Japan-Reise zurück und stellte fest, daß die deutschen Arbeiter mehr arbeiten
im Juni dieses Jahres von einer Japan-Reise zurück und stellte fest, daß die deutschen Arbeiter mehr arbeiten,
weniger krankfeiern und Freizeit machen sollten. Gegenüber dem „faulen“ Deutschen hob er den fleißigen, unterwürfigen japanischen Arbeiter hervor. Lambsdorff hatte Erfolg. Seitdem ist kaum eine westdeutsche Illustrierte oder Boulevard-Zeitung erschienen, in der nicht eine Serie nach dem Motto „Hilfe, die Japaner kommen“ veröffentlicht worden ist. Ziel Lambsdorffs ist es, die Bedingungen für einen schärferen Druck auf die Arbeiterklasse, für weniger Lohn, mehr Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit zu schaffen. Die Zauberworte heißen: Erhöhung der Produktivität und der Leistungskraft der Wirtschaft. Kein Wunder, daß Lambsdorff die volle Rückendeckung der Kapitalisten hat.



Die „FAZ“ in ihrem Wirtschaftsteil nach der Wahl: *„Die Börse reagiert freundlich auf die Wahl“*. Steigende Aktienkurse nach dem 5.10. werden *„von Beobachtern vor allem auf das gute Abschneiden der FDP zurückgeführt“* (7.10.).

Lambsdorff hat gleich nach der Wahl den pro-kapitalistischen Kurs der SPD/FDP-Regierung in der Wirtschaftspolitik festgelegt:
- keine irgendwie geartete Ausweitung der Montanmitbestimmung;
- kein gesetzliches Verbot der Aussperrung;
- **keine gesetzliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche (!) in der Arbeitszeitverordnung, geschweige denn, daß an eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden gedacht wird;**
- **keine sogenannte „Maschinensteuer“ zu Lasten der Kapitalisten.**

Die Kapitalistenverbände ihrerseits haben bei Lambsdorff ihre Forderungen angemeldet (BDI-Präsident Rodenstock am 12.10.):
- Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität;

denstock am 12.10.):
— Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität;

- Steuerentlastungen für die Unternehmen;
- Erhöhung der Verbrauchssteuern (womit die Masse der Konsumenten getroffen wird — auch der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Wilfried Guth, fordert *„notfalls auch eine stärkere Besteuerung des Konsums. Die Regierung Thatcher gibt hier ein mutiges Beispiel“* („FAZ“, 26.8.).

Die Chefs der beiden größten Unternehmerverbände, Rodenstock und Esser (BDA) fordern übereinstimmend, daß die „Konzertierte Aktion“ von Unternehmer-, Interessen- und Gewerkschaftsverbänden mit Regierungsvertretern wiederzubeleben sei (12.10.).

Zwei Tage später reagierte Lambsdorff. Er kündigte die „Wiederbelebung“ der „Konzertierten Aktion“ an. *„Der Begriff der 'Konzertierten Aktion' sei leider zum Reizwort geworden. Deshalb spreche er lieber von einem wirtschaftspolitischen Gesprächskreis“* („FAZ“, 14.10.). Die Zielsetzung ist klar: In der Krise wollen die Kapitalisten die Gewerkschaften wieder an den Tisch zwingen, um ihre Maßnahmen gegen die werktätige Bevölkerung mit diesen auf ihre Durchsetzungsmöglichkeiten zu beraten. Lambsdorff hat die interessierenden Themen angedeutet: *„Energieverteuerung, die Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Strukturwandels“* („FAZ“, 14.10). Interessant dürfte die Reaktion des DGB sein, der ja seit drei Jahren aufgrund entsprechender Beschlüsse in den Einzelgewerkschaften nicht mehr an der „Konzertierten Aktion“ teilnimmt. Offensichtlich ist, daß die Gewerkschaften hier nur an den Tisch geholt werden sollen, um über Maßnahmen des Kapitals gegen die Werktätigen zu reden, daß aber für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nichts zu holen sein kann. Lambsdorff weiß bereits zu melden: *„Der DGB habe erkennen lassen, daß man zu einer Fortsetzung der wirtschaftspolitischen Gesprächsrunde bereit sei, wenn bestimmte Voraussetzungen geschaffen seien“* („FAZ“, 14.10.). — U.a. fordert der DGB eine Verkleinerung der Runde um eine Vielzahl von Interessensverbänden der Unternehmer.

Für die nächsten vier Jahre Regierung SPD/FDP ist ein härterer Kurs gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften angesagt. Die Führer von SPD und FDP sind bemüht, bei den Unternehmern um Vertrauen für ihr Konzept der Bewahrung des sozialen Friedens im Inneren zu werben; noch können sie auf Vertrauensvorschuß der Unternehmer bauen. Entscheidend für die nächsten vier Jahre
noch können sie auf Vertrauensvorschuß der Unternehmer bauen. Entscheidend für die nächsten vier Jahre
wird allerdings sein, ob es der SPD gelingt, die Gewerkschaften voll in dieses Konzept einzubauen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Stichwort »Produktivität«

Wachsende Arbeitsproduktivität wird als Hauptaufgabe von seiten der Kapitalisten für die Wirtschaft genannt, um auch in Zukunft international wettbewerbsfähig zu sein. Die Produktivität gibt das Verhältnis der aufgewendeten Arbeitszeit zur produzierten Menge an Waren an. Ziel der Forderung nach mehr Produktivität ist es, den Aufwand an Kosten und Zeit für die Produktion von Gütern zu senken. Die derzeit laufende Kampagne gegen die „faulen deutschen Arbeiter“ erweckt den Eindruck, daß heute weniger als früher gearbeitet werde. Schon diese Darstellung stimmt nicht. Das Problem ist, daß den Kapitalisten die Steigerung der Produktivität zu gering ist, sie wollen eine stärkere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

Das Münchener Ifo-Institut hat errechnet, daß von 1970 - 1979 die Produktivität j ä h r l i c h um durchschnittlich 5,2% gestiegen ist. Die wichtigen Daten dabei: Im gleichen Zeitraum ist die Produktionsmenge jährlich um 2,3 % gestiegen, während der Arbeitseinsatz — geringere Arbeitszeit, sinkende Zahl der Beschäftigten (siehe nebenstehende Grafik) — um 2,8 % gesunken ist („Welt“, 7.10.). Anders ausgedrückt: Trotz höherer Arbeitslosenzahlen und weniger Erwerbstätigen ist die Arbeitsleistung absolut gewachsen, vor allem aber die Arbeitsleistung pro Beschäftigten.

Die japanische Handelszentrale Jetro hat errechnet, daß die BRD damit international zwar an der Spitze, aber noch weit hinter den Japanern liegt. Die Jetro errechnete folgende „Hitparade“:

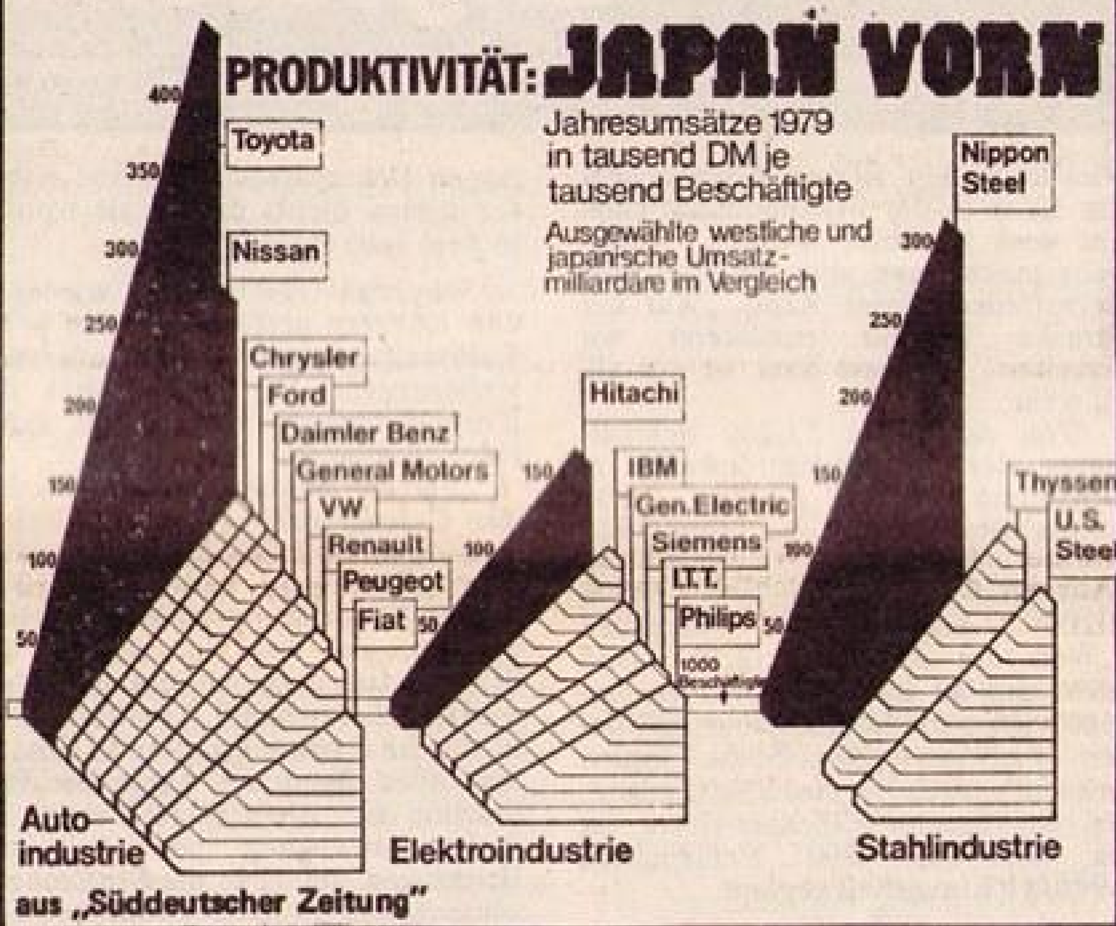
Jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität von 1960 - 1978:

Japan	**8,2 %**
Italien	**5,8 %**
Frankreich	**5,8 %**
BRD	**5,5 %**
USA	**3,4 %**
Großbritannien	**3,2 %**

(Quelle: „Welt“, 7.10.)

Insbesondere auf dem Gebiet der exportintensiven Industrien haben die japanischen Unternehmen eine hohe Steigerung der Produktivität (sprich: der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft der hier arbeitenden japanischen Arbeiter) erreicht.

Die in der BRD geforderten Produktivitätssteigerungen als Opfer der Arbeiter für „unser aller Wohl“ entsprechen einzig der Profitlogik des BRD-Kapitals, das in heftiger Konkurrenz auf den Exportmärkten mit seinen imperialistischen Konkurrenten, vor allem den Japanern, steht.



aus „Süddeutscher Zeitung“

Lärm. Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz

Vor drei Jahren brachten fortschrittliche Juristinnen und Juristen aus Bochum eine Broschüre über Rechte im Kampf gegen Krankheitskündigungen heraus.

Jetzt haben sie in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Medizinern und Ingenieuren eine Broschüre *„Informationen zur Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz“* herausgebracht. In der Einleitung zu ihrer Broschüre schreiben sie: *„Wir hatten vor drei Jahren geschrieben, daß die Krankheitskündigungen nur ein Symptom sind und der Kern in den Arbeitsbedingungen zu finden ist. In vielen Einzelfällen haben wir überlegt, wie die Krankheit jeweils durch die Arbeit verursacht worden ist. Dabei zeigte sich immer deutlicher, daß wir der Gesundheitszerstörung im Betrieb nicht zusehen dürfen, ... Wir müssen vielmehr das Kampffeld nach vorn verlegen und die Zerstörung der Gesundheit verhindern.“*

Lärmbelästigungen am Arbeitsplatz sind mehr als 2 Mio Arbeiter ausgesetzt. Die Zahl der von den Berufsgenossenschaften anerkannten Lärmschwerhörigen hat sich von 1970 - '77 verzehnfacht, und auch das ist nur die Spitze des Eisbergs, da eine große Dunkelziffer besteht und zweitens sich Lärmschäden nicht nur auf das Gehör auswirken.

Kollegen an lärmintensiven Arbeitsplätzen müssen sich Gehörschutz ins Ohr stopfen, und wenn sie nach einigen Jahren Gehörschäden bekommen haben, kriegen sie im besten Fall eine Rente (und ein Hörgerät). Sie müssen sich daran gewöhnen, nie mehr Vogelgezwitscher oder das Brutzeln eines Koteletts in der Pfanne zu hören.

Im medizinischen Teil der Broschüre wird beschrieben, daß Lärm nicht nur Schwerhörigkeit bewirkt, sondern vor allem in Zusammenhang mit anderen Belastungen (Schichtarbeit, Streß) vielfältige Gesundheitsschäden hervorrufen kann. Im zweiten Teil wird bewiesen, daß Lärmschutz nicht nur im Verabreichen von Gehörschutzmitteln besteht, sondern daß es viele Möglichkeiten gibt, Lärm zu mindern und zu beseitigen. Jeder Kollege an einem Lärmarbeitsplatz wird nach dem Lesen dieses recht umfangreichen technischen Teils gezieltere Fragen und konkretere Forderungen zum Schallschutz im Betrieb stellen können.

Wie wir unsere Forderungen nach Beseitigung des Lärms durchsetzen können, ist letztendlich eine Frage unserer Bewußtheit und Entschlossenheit. Hilfestellung dazu gibt der letzte Teil der Broschüre „Lärm im Paragraphen-Dschungel“ mit konkreten Hinweisen auf Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und auch einzelner Kollegen, z.B. Recht auf Einsicht der Lärmmeßberichte des jeweiligen Arbeitsplatzes.

Konkrete betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen werden in der Broschüre nicht geschildert, aber sie ist ein guter Beitrag, die Diskussionen und Aktivitäten zu dieser Frage voranzutreiben.

Die Bochumer bitten alle, die mit der Broschüre arbeiten, darum, ihre Kritik und Erfahrung mitzuteilen.

Broschüre
„Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz“
72 Seiten, 2,50 DM + 0,70 DM Porto
Michael Dornjeden
Schmechtingstraße 28
4630 Bochum 1
Postscheckkonto Essen 776 73 - 437



Der Graf und sein Vorbild

Stahlkrise: Entlassungen und ungebremste Konzerngewinne

Viel ist in den letzten Wochen über die Krise in der Stahlindustrie geredet und berichtet worden. Vergebens suchte man aber die eigentlich Betroffenen dieser Krise. „Auf der Strecke bleiben zuallererst wir Arbeiter" – dieser Satz ist nur allzu wahr.

Von den rund 23.000 Beschäftigten der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund müssen schon 3.000 kurzarbeiten. Allein im Jahre 1980 werden wieder 2.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Bis 1984 sollen 4.200 Arbeitsplätze wegfallen („Welt der Arbeit" / 2.10). Und nicht nur an der Ruhr werden einmal wieder die Stahlarbeiter und deren Familien „die Zeche zahlen müssen", auch in Norddeutschland, bei der Bremer Klöckner-Hütte, ist für die Zeit über Weihnachten 1980/81 Kurzarbeit geplant.

Rationalisierung – Investitionen Entlassungen – Gewinne

Die Tiraden der bundesrepublikanischen Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder der Stahlkonzerne über sinkende Umsätze, zu hohe Kosten – besonders Personalkosten – und so weiter sind so alt wie das Geschäft. Halten wir uns an das, was jedes Jahr von allen Firmen in Form eines Geschäftsberichtes veröffentlicht wird, so sehen wir doch ein anderes Bild.

Beschäftigte in der Eisen- und Stahlindustrie 1972 – 1978

	1972	1974	1976	1978
BRD	339.525	343.995	324.015	299.684
Belgien	57.068	60.073	54.543	49.166
Frankreich	107.400	109.700	104.900	88.200
Großbritanien	288.800	187.700	177.300	.
Italien	128.000	142.000	147.000	146.000
Japan	453.000	461.000	320.000	302.000
USA	478.000	512.000	454.000	449.197

(Quelle: Statistisches Jahrbuch 1979 der Eisen- und Stahlindustrie)

Da ist z.B. der **Krupp-Konzern**, 23. auf der Weltrangliste der Stahlproduzenten. Im Jahre 1978, ein Jahr inmitten der Stahlkrise, machten die **Friedrich Krupp Hüttenwerke** Verluste. Diese Hüttenwerke sind ein Teil des großen Krupp-Konzerns, und so ist es auch nicht damit getan, daß der Vorsitzende des Krupp-Vorstandes sagt, *„der Stahlbereich macht Verluste, und damit basta"*. So kommt man nur allzuleicht darüber hinweg, daß alle Krupp-Aktionäre einen Bilanzgewinn in Höhe von 25 Millionen DM als Dividende ausgeschüttet bekamen. Weiterhin heißt es im Geschäftsbericht: *„Nach der dritten Kapitalerhöhung im Juli 1978 hat sich die Finanzstruktur des Konzerns merklich weiter verbessert. Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel bei Krupp-Inland von 1.8 Milliarden DM finanzieren jetzt das Anlagevermögen des Konzerns zu knapp 60%"* (1). Investiert wurden während des Jahres 1978 321 Millionen DM – und für Forschung nochmals 130 Millionen DM ausgegeben. 1.861 Arbeiter hatten nichts davon, sie wurden in dem Jahr entlassen (1).

Sehr viel Geld ist also wieder in den Konzern gesteckt worden – für Rationalisierungen und Konzernerweiterungen. Die Rentabilität des Krupp-Konzerns steht damit außer jeder Diskussion.

„Für die **Mannesmann AG** *brachte das Geschäftsjahr 1978 die Wende zum Besseren"* (2). Der Weltumsatz nahm um 8 % zu, und mit 12,7 Milliarden DM Umsatz ist Mannesmann der 26. auf der Weltrangliste der Stahlproduzenten. All dies verhindert nicht, daß ca. 2.000 Arbeitern 1978 in der BRD gekündigt wurde. Und in fast allen Bereichen nahm die Produktion zu: „trotz Streik" steigt die Rohstahlerzeugung in Duisburg-Huckingen um 13%, die Stahlrohrerzeugung um 14%. 500 Millionen DM wurden investiert, und die Arbeiter erwirtschafteten einen Gewinn von 256 Millionen DM. Immerhin 16 Millionen DM mehr als im Jahre 1977. So krank kann z.B. dieser Patient nicht sein (2).

Als drittes und letztes Beispiel sei der **Salzgitter-Konzern** vorgeführt. Ähnlich wie bei Mannesmann erhöhte sich der Umsatz (um 600 Millionen DM auf 9,3 Milliarden DM) für das Jahr 1978. Dies ist das Ergebnis einer Rationalisierungspolitik, die schon einige tausend Arbeiter die Arbeitsplätze kostete. Jedoch sind auch für die Zukunft ähnliche Pläne in der Schublade: *„Stillegung des Siemens-Martin-Stahlwerkes in Peine und Verlagerung der Erzeugung auf das kostengünstiger arbeitende Oxygen-Stahlwerk. Bau von zwei Stranggußanlagen. Stillegung der Feineisenstraße in Salzgitter ..."* (3). 5.000 entließ Salzgitter im Jahre 1978, und so soll es weitergehen.

Und auch Mannesmann meldete an, 1980 die Produktion in Hilden und Langenfeld einzustellen, 660 Arbeiter sitzen dann auf der Straße.

Insgesamt ist bei einer solchen Geschäftspolitik nicht verwunderlich, wenn die Stahl-Konzerne trotz Umsatzrückgängen weiterhin Gewinne einfahren.

Produktivitätssteigerung

Insgesamt sind von 1974 bis 1978 44.000 Stahlarbeiter in der BRD entlassen worden, das sind ca. 13 % der Stahlarbeiter (4). Pro Monat also ungefähr 1.000 entlassene Stahlarbeiter – und die oben angerissene Geschäftspolitik der Stahlkonzerne deutet auf gegenwärtig ebenso große Entlassungswellen.

Neben Entlassungen bilden die produktivitätsmäßigen Umgestaltungen in der Stahlindustrie die Grundlage für die Konkurrenzfähigkeit der Stahlkonzerne. Rigoros wurden Hilfs- und Nebenbetriebe geschlossen. Damit sank die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter von 1963 bis 1978 um 60.000. Die Verfahrenstechnik zur Erzeugung von Rohstahl wurde umgestellt. Früher wurde der Stahl in einem einigermaßen aufwendigen Vorgang für die Weiterverarbeitung auf den Walzstraßen aufbereitet. Heute stellen fast alle großen Stahl-Konzerne um auf das sog. Stranggußverfahren. Mit diesem Verfahren wird viel Arbeitszeit und Material eingespart, früher unumgängliche Schrottanfälle sind damit um ein Vielfaches reduziert. Mannesmann z.B. stellt heute schon 50% seines Rohstahls und dessen Weiterverarbeitung in diesem Verfahren her. Im Vergleich mit den europäischen Konkurrenten ist die BRD schon frühzeitig auf dieses Verfahren eingegangen, 1974 wurde schon fast ein Fünftel des Rohstahls so produziert – Großbritanien (5%), die USA (8.1%) und Frankreich (10.2%) lagen zu dem Zeitpunkt noch weit zurück. Mit einem riesigen Investitionsprogramm in Milliardenhöhe steigerte die BRD bis zum Jahre 1978 noch weiter auf 38%. Lediglich Japan (46.2%) und Italien (41.3%) produzieren gegenwärtig mit einer ähnlich ausgebauten Technik; andere Konkurrenten liegen hier weit zurück: USA (14.2%); GB (15.5%); Frankreich (27.1%); und Belgien mit 21.1% (Quelle: International Iron and Steel Institutes).

„Der Trend zu noch stärkerer Automatisierung wird anhalten", dozierte ein Vorstandsmitglied von Mannesmann zum Thema ‚Zukunftsperspektiven der Hüttentechnik': *„Während z.B. 1950 bei einem Walzwerk der Kostenanteil der Elektrotechnik noch 10% betrug, ist er in den letzten Jahren auf rund 50% angestiegen. Der Einzug der Elektronik in fast allen neuen Anlagen wird sich konsequent fortsetzen"* (5).

Verstärkter Konkurrenzkampf in der EG

Aufgrund der gesunkenen Produktionsanteile ist der Konkurrenzkampf in der EG in den letzten Wochen um eine Gangart härter geworden. In Großbritanien sank die Stahlproduktion um 48%, in der BRD um 1.2%. Dagegen erhöhten die Stahlproduzenten in Italien um 15% und in Frankreich um 12% („NZZ", 12./13. 10.80).

Während der gegenwärtigen Stahlkrise versuchten einige Stahlkonzerne das freiwillig eingegangene Stahlkartell „EUROFER" zu unterlaufen. 1976 traten die zwölf größten Stahlwerke in einem Produktionskartell zusammen (eurofer genannt), um während der sich abzeichnenden Stahlkrise die Produktionsmengen wichtiger Stahlerzeugnisse abzusprechen – und so die Preise für ihre Erzeugnisse aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise wurden ca. 40% der gesamten europäischen Stahlproduktion reglementiert.

Welt-Rohstahlerzeugung 1978
(in 1.000 t und prozentuale Anteile)

	1.000 t	%
EG (gesamt)	132.601	18.4
BRD	41.253	5.7
Italien	24.283	3.4
Frankreich	22.841	3.1
Großbritanien	20.311	2.8
Belgien	12.601	1.7
Japan	102.105	14.2
USA	124.312	17.3
UdSSR	151.436	21.0
VR China	31.780	4.4
Afrika (gesamt!)	10.360	1.4

(Quelle: Stahl/Eisen Nr. 14 - 1980)

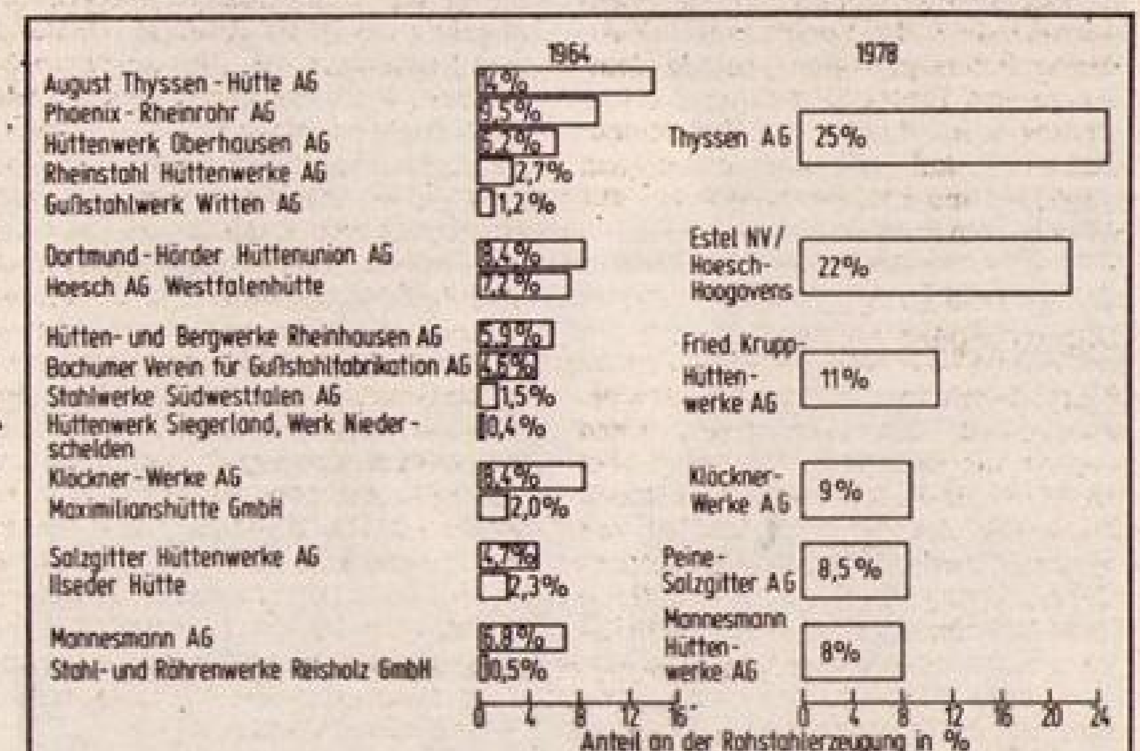
Eigentlich sollte dieses Abkommen bis Ende 1980 bestehen – wenn nicht einige der Teilnehmer ihre Mitarbeit aufgekündigt hätten. Innerhalb weniger Wochen fielen die Preise für Stahlerzeugnisse, und am 8.10.80 stellte die „Neue Züricher Zeitung" fest: „Der Stahlmarkt ist zusammengebrochen.

In den vergangenen Wochen hatten sich die BRD-Stahlkonzerne und auch Wirtschaftsminister Lambsdorff gegen die in den anderen EG-Ländern betriebene Subventionierung der Stahlindustrie gewendet. So konstatierte der Vorsitzende der Wirtschafts-Vereinigung Eisen und Stahl im Juli dieses Jahres: *„Die europäische Stahlgemeinschaft ist nach wie vor krank ... Die Subventionspraxis* (der anderen Länder) *wirkt zerstörend auf das Preisniveau und Investitionskräfte"* (6). Wirtschaftsminister Lambsdorff bliess kräftig in das gleiche Horn anläßlich der Versammlung der Eisen/Stahl-Kapitalisten: *„Wenn man sieht, in wie vielen hoffnungslos unrentablen Stahlproduktionsanlagen noch heute, also mehr als fünf Jahre nach Beginn der sogenannten Stahlkrise, dank staatlicher Subventionen und im Schutz der EG-Krisenmaßnahmen von Erlösdenken unbeschwert Stahl produziert wird,"* kann die Bundesregierung *„im Interesse der Restrukturierung"* ihre *„Bemühungen fortsetzen, daß insbesondere die Gewährung von Erhaltungssubventionen wirkungsvoller verhindert wird."* (6).

Die Stahlindustrien von Großbritanien, Belgien und Frankreich sind heute auf die Subventionen des Staates (der Steuerzahler) angewiesen. Ein Ende dieser Subventionspraxis würde logischerweise auch das Ende einiger Stahlkonzerne bedeuten. Ein aktuelles Beispiel: der belgische Konzern Cockerill – immerhin ähnlich groß wie Krupp und Mannesmann – soll mit 21 Milliarden belgischen Franken (ca. 1.4 Milliarden DM) subventioniert werden.

Bewilligt wurde dies von der belgischen Regierung. Nur fand sich niemand, der das Geld geben wollte, wenn nicht der belgische Staat die Hälfte des Investitionsprogramms finanzieren würde (nach „NZZ", 20.9. 80).

Ein Ende solcher Subventionspraxis würde sicher den BRD-Stahlkonzernen manchen Konkurrenten aus dem Wege schaffen. Für die Arbeiterschaft in Großbritanien u.a. hieße daß weitere zehntausende von Arbeitslosen, und allein aus politisch-militärischen Gründen wird kein Staat der EG ‚seine' Stahlindustrie vor die Hunde gehen lassen.



Konzentration in der Stahlindustrie der BRD (aus: Stahl und Eisen, 17.12.79)

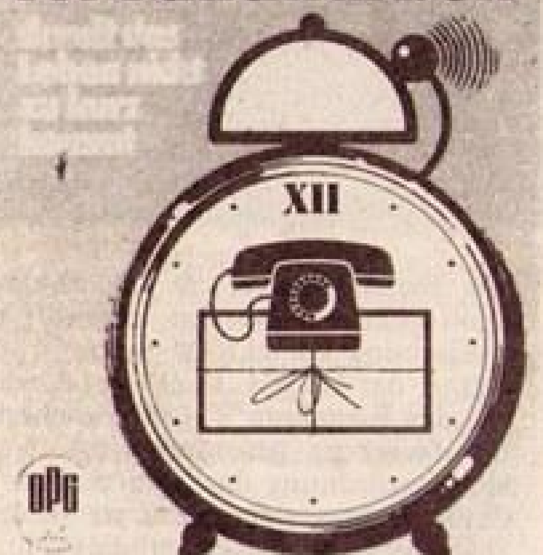
(Quellen: „Stahl und Eisen" – S/E – Zeitung des Wirtschaftsverbandes der eisenschaffenden Industrie; 1) S/E 13.8.79; 2) S/E 10.9.79; 3) S/E 17. 12.79; 4) S/E 30.7.79; 5) S/E Nr. 19 - Sept. 79; 6) S/E 14.7.80;)

Postgewerkschafter: Zum Streik entschlossen



Seit Dienstag, dem 7. Oktober, legten Beschäftigte der Bundespost in München, Frankfurt, Fulda, Augsburg, Tübingen, Kempten, Kassel und einigen anderen Städten für zwei bis drei Stunden die Arbeit nieder.

Am Donnerstag streikten von drei bis sechs Uhr die Beschäftigten in Fulda. Die eingehenden Sendungen wurden nicht angenommen und die Briefträger gingen mit leeren Taschen auf Tour. In Frankfurt wurde am Donnerstag ab 17.00 Uhr kein Briefkasten geleert und die Nachtschicht bestreikte den gesamten Paket- und Briefumschlag in Frankfurt. Ebenfalls streikten 600 Beschäftigte des Briefabgabeamtes und der Fernsprechauskunft in Stuttgart und 300 Arbeiter in Ulm. Am Freitag früh ging in Frankfurt der gesamte Fernsprechauskunftdienst und der Weckdienst in den Streik. Auch in Darmstadt, Gießen, Fulda und Kassel gab es ein spätes Erwachen für alle, die auf den telefonischen Weckdienst gewartet hatten.



Am Samstag wurde die Postverteilung in Kassel bestreikt. In der Nacht zum Dienstag, den 14. Oktober, wurde das zentrale Briefverteilamt in Westberlin für zweieinhalb Stunden bestreikt, rund 170.000 Sendungen blieben liegen.

Mit diesen Warnstreiks reagierten die Postler auf das lächerliche Angebot des Bundespostministers Gscheidle von maximal drei Freischichten im Jahr für Schichtarbeiter.

Seit Jahren verhandelt die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) mit dem Postministerium über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Schichtarbeiter. Über 200.000 Arbeiter, Angestellte und Beamte der Post arbeiten im Schichtdienst. Bereits vor anderthalb Jahren versprach Gscheidle Erleichterungen für alle Schichtarbeiter. Außer einem „Angebot", die Arbeitsstunden von 22 Uhr bis 6 Uhr mit 110 Prozent auf die Arbeitszeit anzurechnen, geschah nichts.

Zum 30.9.80 ist jetzt der Tarifvertrag gekündigt. Die Hauptforderungen der DPG sind: Die Arbeitszeit von 20 Uhr bis 6 Uhr muß als Nachtdienst anerkannt werden und die Arbeit an Wochenenden, Sonn- und Feiertagen und im Nachtschichtdienst ist mit 150 Prozent anzurechnen.

In den ersten Verhandlungen am 25. und 26. September machte dann Gscheidle das „Angebot", die Arbeitszeit von 22 Uhr bis 6 Uhr als Nachtschicht zu rechnen und bot maximal drei Freischichten im Jahr für Postbeschäftigte mit einem Sieben-Tage-Schichtplan und durchschnittlich 40 Stunden Nachtarbeit innerhalb von fünf Wochen an. Bei einem Fünf-Tage-Schichtplan sollte es nur zwei Freischichten und für 240 bis 480 Nachtschichtstunden im Jahr nur eine Freischicht geben.

Auf dieses, in keinem Punkt ausreichende Angebot, reagierten die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Bundespost mit den oben erwähnten Aktionen.

Das Postministerium erklärte außerdem, daß eine Schichtdienstregelung nur im gesamten Öffentlichen Dienst lösbar sei und eine separate Lösung für die Post nicht in Frage komme. Die Bezirksverwaltung München der DPG und andere Gewerkschafter wiesen das als Verschleppungstaktik zurück.

Gewerkschaftstag der DPG: Urabstimmung gefordert

Am 12. Oktober begann nun in Westberlin der Kongreß der DPG. Gscheidle hatte zu den gewerkschaftlichen Forderungen nach Humanisierung der Schichtarbeit nichts Neues beizutragen als zu betonen, daß die Erfüllung der Forderungen 500 Millionen DM kosten würde und für die Bundespost untragbar wäre. Bundeskanzler Schmidt nahm seinen Minister in Schutz: „*Schichtdienstprobleme gäbe es nicht nur bei der Post, sondern auch bei der Polizei, der Feuerwehr oder in Krankenhäusern.*" Bei diesen Bemerkungen bekam Schmidt Murren und Zwischenrufe zu hören, während er sonst bei seinen politischen Betrachtungen häufig von Beifall unterbrochen wurde.

Der DPG-Vorsitzende Ernst Breit forderte unverzüglich ein neues Angebot, andernfalls werde es weitere Kampfmaßnahmen geben. Er betonte, daß die Bundespost eigene Verträge abschließen könne, ohne daß im Öffentlichen Dienst eine einheitliche Regelung bestehe, wie sie von Gscheidle und Schmidt zur Voraussetzung gemacht wird.

Die Delegierten forderten den DPG-Vorstand auf, in der Schichtdienstfrage keine faulen Kompromisse einzugehen. Einige Delegierte sprachen sich dafür aus, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und eine Urabstimmung durchzuführen, wenn nicht unverzüglich ein vernünftiges Angebot vorgelegt wird. Auch die Teilzeitbeschäftigten müssen in die Schichtdienstregelung einbezogen werden, da in einigen Bereichen der Betrieb nur mit Schülern, Studenten und Hausfrauen aufrechterhalten wird.

„*Wir sind bereit, für die Verbesserung der Schichtdienste zu streiken. Wir raten dem Postminister, uns nicht zu provozieren, denn sonst gefährdet er den Weihnachtspostverkehr.*"

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Betriebsversammlung bei HDW:
Der Betriebsratswahlkampf 1981 hat begonnen — die Rechten toben

Am 1.10.80 fand bei den Howaldtswerken-Deutsche Werft (HDW) in Hamburg eine Betriebsversammlung statt, an die man sich noch lange erinnern wird. Nach jahrelangen Protesten war es gelungen, der rechten Mehrheit des Betriebsrats (BR) das Zugeständnis abzuringen, schon um 8.00 Uhr zu beginnen. Früher gingen die Versammlungen immer nur von 13.30 Uhr bis zum Feierabend um 16.00 Uhr, so daß viele Wortmeldungen der Kolleg/inn/en unter den Tisch fielen. Der Erfolg kam prompt: Die Versammlung dauerte fast den ganzen Tag, bis 14.30 Uhr. Noch nie kamen so viele zu Wort: 41 Redner/inn/en!

In der überfüllten Kantine begann in sehr gespannter Stimmung die Versammlung mit einer Totenehrung: Außer zwei kürzlich bei einem Arbeitsunfall tödlich verunglückten Kollegen wurde auch der Opfer des Münchener Bombenanschlags gedacht.

Der Versammlungsleiter und stellvertretende BR-Vorsitzende Karl-Heinz Peters gab gleich seinen demagogischen Einstand mit der Aufforderung — in d i e s e m Zusammenhang — daß wir uns gegen den „Rechts- und Linksextremismus" zur Wehr setzen müßten.

Mißstände im Betrieb angeprangert

Nach Berichten von Betriebsrat, Vorstand und Gewerkschaften kamen endlich die Kollegen zu Wort. Dabei sprachen viele zum ersten Mal. Noch nie wurde eine derartige Vielfalt von verschiedenen Problemen angesprochen. Es ging dabei um unzumutbare Arbeitsbedingungen und um Arbeitssicherheit; um Fehlorganisation im Betrieb und um schikanöse Behandlung von Kollegen durch Vorgesetzte; um Erschwerniszulagen und um ein neues geplantes Personal-Informations-System, um die schwierige Situation durch immer mehr Fremdfirmen auf HDW und um die Kämpfe der Kollegen bei der Bremer Werft „Weser AG" gegen Entlassungen, um HDW-Drohbriefe an „Langzeitkranke" und um Kündigungen einzelner Mitarbeiter(innen), um nur einige Themen zu nennen.

Mehrere Kollegen kritisierten, daß vom Vorstand aus das Thema Arbeitssicherheit immer nur im Zusammenhang mit Alkohol angesprochen wird, um so den Kollegen die Schuld zuzuschieben und die Verantwortung der Unternehmensleitung durch unzumutbare Arbeitsbedingungen abzulehnen.

Interessantes kam ans Tageslicht, als eine Vertrauensfrau berichtete, daß sie kürzlich mit einer Gruppe von Kollegen überraschend in der Personalabteilung erschienen sei, um Einblick in ihre Personalakten zu nehmen (dieses Recht hat jeder). Dabei kam u.a. heraus, daß ein Kollege durch den Verfassungsschutz (VS) überprüft worden ist. Außerdem wurden bis 1976 generell a l l e Neueingestellten vom VS durchleuchtet! Zudem wies sie auf das Problem hin, daß eventuell nicht alle Angaben über die Person als unverschlüsselte Daten erscheinen und damit nicht zu kontrollieren sind.

Ein anderer Kollege berichtete, daß sich HDW auch von Fremdfirmen (Verleihfirmen, auch „Sklavenhändler" oder „Shanghaifirmen" genannt) Leute angeheuert hat, die nach seinen Informationen dort illegal beschäftigt wurden (für 10 DM Stundenlohn auf die Hand, keine Sozialversicherungsabgaben usw.). Er forderte Vorstand und Betriebsrat auf, dies zu überprüfen und, wenn es stimmt, den Fall vor das Gericht zu bringen.

Fast schon in kriminelle Bereiche ging es, als ein Vertrauensmann von einem Kollegen erzählte, der im Auftrag von HDW in einem RGW-Land Verhandlungen führte und dabei mit Wissen und Deckung seiner Vorgesetzten Schmiergelder mitgenommen hatte. Er wurde dort beschattet und bei seiner zweiten Reise in dieses Land wegen Devisenschmuggels verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Erst nachdem HDW 100.000 US-Dollar Kaution gestellt hatte, kam er nach neun Tagen wieder frei. Der Kollege kam in den Knast, aber die Unterschriften für die Schmiergeldaktion hatten seine Vorgesetzten gegeben, die im warmen Sessel in Hamburg saßen.

Es konnte einem fast die Sprache verschlagen, was da so alles auf den Tisch gepackt wurde. Und darüber hinaus konnten viele Dinge, die man unter der Hand schon hören konnte, aus Vorsichtsgründen noch nicht einmal offiziell vom Podium gesagt werden. Fast alle Redner übten zum Teil sehr scharfe Kritik an der Geschäftsleitung und/oder der Politik der rechten BR-Führung und wurden dabei von der Versammlung mit Beifall unterstützt. Dagegen kamen der Vorstands-Vertreter und die rechte BR-Clique mit ihren Parteigängern sehr schlecht an. Insgesamt herrschte eine aufmerksame, lebendige Stimmung, mit vielen Zwischenrufen angereichert.

Betriebsratsvorsitzender als Arbeitsdirektor?

Besonderen Zündstoff gab es, als es um die Nachfolge von Heinz Scholz ging, (der bisherige Arbeitsdirektor im HDW-Vorstand — vorher Bezirksleiter der IG Metall — war unter zwielichtigen Gründen zurückgetreten /worden). Die Neubesetzung seines Postens hatten die Kapitalisten der Gewerkschaft überlassen. Hier versuchen seit einiger Zeit IGM-Bezirksleitung und rechte BR-Clique, Werner Peters auf den leeren Direktor-Sessel zu hieven. Werner Peters ist zur Zeit noch BR-Vorsitzender, Rechtsaußen-SPDler, arrogant bis auf die Knochen, beliebter Verhandlungspartner der Geschäftsleitung, der in „seinem" Betriebsrat herrscht wie ein absoluter Fürst, der bei den meisten Kollegen jedoch verhaßt ist. Dieser skrupellose Typ als Arbeitsdirektor — auch für alle Personalfragen zuständig — dies wäre ein Schlag ins Gesicht der Kollegen.

Die Kritik und Empörung darüber wurde auch auf der Versammlung massiv vorgetragen. Ein Kollege brachte eine Resolution ein, in der sich die Betriebsversammlung g e g e n die Berufung von Werner Peters in den Vorstand ausspricht und forderte eine Abstimmung darüber. Mehrere Redner unterstützten dies. Die Nachbeter von Peters waren dagegen etwas mickrig geraten. Ein freigestellter BR — der bei einer Persönlichkeitswahl unter seinen Kollegen mit Pauken und Trompeten durchfallen würde — forderte „*eine härtere Gangart*" gegen die Kollegen, die „*sich in kontinuierlicher Reihenfolge auf jeder Betriebsversammlung drängen, um ihre Kritik abzulassen*". Sie „*behindern den BR in seiner Arbeit*" und „*wollen sich nur für die BR-Wahl '81 ins Geschäft bringen.*"

Dieser recht blindwütig vorgebrachte Beitrag wurde an Demagogie fast noch übertroffen von den Reden dreier ausländischer Vertrauensleute bzw. Betriebsräte, die man ins Rennen geschickt hatte. Sie gaben sich als Sprecher für d i e ausländischen Kollegen aus (voll gelogen), wandten sich „*gegen die politischen Kräfte von ganz rechts und ganz links*", lobten die IG Metall und insbesondere Werner Peters, für den sie sich eindeutig aussprachen! Einer warnte sogar vor den kritischen Rednern, die „*blöde sind*", „*andere vernichten wollen*", nur „*im Auftrag ihrer Partei*" bzw. sogar „*im Auftrag fremder Mächte*" (!) handelten, es wäre „*eine Katastrophe, wenn solche Leute nächstes Jahr in den BR kommen!*"

Und diese Frechheiten kamen von Leuten, die selber eindeutig „im Auftrag" (der rechten BR-Clique) vorgeschickt wurden und nach diesem Betrugsmanöver („im Namen der ausländischen Kollegen") von ihren eigenen Kollegen heftig angemacht wurden. Es wurde mit primitivstem Antikommunismus operiert. Das letzte Mal sprachen diese ausländischen Redner vor 2 1/2 Jahren auf einer Betriebsversammlung, als sie kurz vor der BR-Wahl in ihren jeweiligen Heimatsprachen die Kollegen aufforderten, man dürfe n u r die IGM-Liste wählen! Dies kann man nur noch als illegale Wahlbeeinflussung bezeichnen. Sonst wurde von ihnen in all den Jahren von den sehr vielfältigen Problemen der ausländischen Kollegen fast nichts vorgebracht.

Diese demagogischen Angriffe wurden unter viel Beifall von einem anderen Vertrauensmann heftig zurückgewiesen. Dabei forderten mehrere Redner — anders als bisher — für die nächste BR-Wahl eine Persönlichkeits- statt Listenwahl und eine sehr demokratische Aufstellung der IGM-Kandidaten, bei der die Kollegen in den Abteilungen selber mitentscheiden können. Diese Auseinandersetzung um die nächste BR-Wahl bestimmte praktisch das Bild der gesamten Versammlung.

Tumulte am Ende der Versammlung

Nachdem es der Versammlungsleiter zu seinem großen Ärger nicht geschafft hatte, die Versammlung bis zur Mittagspause zu beenden — der Vorstandsvertreter hatte ihn sogar noch öffentlich aufgefordert, wegen der hohen Kosten die Versammlung möglichst schnell zu beschließen — ging danach die „Schlacht" weiter. Am Ende standen drei eingebrachte Resolutionen zur Abstimmung:

- Gegen Werner Peters' Berufung in den Vorstand.
- Für die Beibehaltung der Betriebs-v o l l versammlung (die rechte BR-Mehrheit hat beschlossen, jede zweite Betriebsversammlung in verschiedene Abteilungsversammlungen aufzuteilen, um die Kollegen zu zersplittern und die Opposition zu schwächen).
- Aufforderungen an den BR, über Erschwerniszulagen erst dann zu beschließen, nachdem der Vertrauenskörper darüber beraten hat.

In seiner Not sah der Versammlungsleiter Karl-Heinz Peters keinen anderen Ausweg mehr, als ganz brutal die Anträge abzuwürgen. Über die beiden ersten Anträge könne man hier gar nicht abstimmen, verkündete er selbstherrlich und unter Bruch des Betriebsverfassungsgesetzes. Der dritte Antrag sei zwar zulässig, aber er fordere alle auf, dagegen zu stimmen. Von allen Seiten Proteste, Rufe, Anträge zur Geschäftsordnung. In der allgemeinen Verwirrung fragte er hastig nach Fürstimmen („Keine!"), zählte rasch einige Gegenstimmen (nur die engsten Parteigänger, die immer vorne sitzen und sich nach seinem erhobenen Arm richten konnten), erklärte den Antrag für abgelehnt und sofort die Versammlung für geschlossen. Noch im selben Moment sprangen Karl-Heinz und Werner Peters auf und hasteten zum Ausgang, um fluchtartig den Saal zu verlassen.

In derselben Sekunde war der Bär los! Pfiffe, Rufe, Gebrüll empörter Kollegen, viele sprangen auf, stürzten nach vorne. Sofort hing in dem allgemeinen Tumult eine riesige Traube aufgebrachter Kollegen bedrohlich um die beiden Peters-Typen. Nur langsam konnten sich die beiden inmitten der Traube zum Ausgang schieben. Es hätte nicht mehr viel gefehlt, dann wäre es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen. Noch lange danach standen überall Diskussionsgruppen und es gab hitzige Debatten.

Die HDW-Kollegen sind ja nun schon einiges gewohnt. Aber so eine Frechheit hatte noch keiner erlebt. Aber auch einen derartigen Proteststurm und so aufgebrachte Stimmung hat es noch nicht gegeben.

Insgesamt war diese denkwürdige Veranstaltung, von der man im Betrieb noch lange reden und zehren wird, eine volle Niederlage der Rechten. Spätestens jetzt ist der Wahlkampf um die BR-Wahl '81 auch offiziell voll entbrannt. Es wird für die Rechten erheblich schwerer werden, gegen eine gestärkte Opposition ihre Machtpositionen zu halten. Es wird für sie auch schwieriger werden, jetzt noch Werner Peters auf den Direktoren-Sessel zu heben.

HDW-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Vor dem Gewerkschaftstag der GEW:

Kriegt Frister Contra?

Gewerkschaftstage der GEW waren in der Vergangenheit stets wesentliches Mittel zur Ausschaltung kritischer Tendenzen in einzelnen Landesverbänden. Auf dem Mainzer Kongreß 1974 wurde die Entrechtung der einzelnen Landesverbände verankert. Mitgliederversammlungen als höchste beschlußfassende Organe mußten abgeschafft, die Befugnis zum Gewerkschaftsausschluß mußte einer angeblich neutralen Schiedskommission übertragen werden. Besonders in Hamburg, wo damals noch eine Versammlung aller Mitglieder das höchste Organ des Landesverbandes war, regte sich Kritik, die z.T. auch vor den Gerichten ausgetragen wurde. Um die Opposition mundtot zu machen, wurde ein Jahr später auf dem Kölner GEW-Kongreß 1975 nachgehakt. Dort gelang es dem Hauptvorstand, sich diktatorische Vollmachten übertragen zu lassen. Ohne Mitwirkung der Landesverbände können jetzt Mitglieder aufgrund eines Verstoßes gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgeschlossen werden. Außerdem gehen Beschlüsse der Bundesorganisation vor und müssen von den Landesverbänden befolgt werden. Andernfalls kann der gesamte Landesverband ausgeschlossen werden. Das Verfahren wurde praktiziert: Weil er die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht übernehmen wollte, wurde 1976 der Landesverband Westberlin der GEW (13.000 Mitglieder) aus der GEW und damit dem DGB ausgeschlossen und ein Spalterverband aufgebaut. Auf dem Mannheimer Gewerkschaftstag 1977 kam dieser in der Geschichte der BRD einmalige Ausschluß noch nicht einmal zur Sprache – drei Tage lang beschäftigten sich die Delegierten mit einer völlig folgenlosen bildungspolitischen Erklärung. Inzwischen sind die ausgeschlossenen Westberliner Kollegen wieder im DGB, vor wenigen Wochen wurde endlich auch der Vorsitzende der GEW-Berlin in die Gremien des Westberliner DGB aufgenommen. Die per Satzungserklärung beschlossene Entrechtung der Mitgliedschaft ist damit jedoch nicht vom Tisch. So ist es einigermaßen ermutigend, daß dem jetzt vom 31.10. bis 4.11.80 in Mainz tagenden Gewerkschaftstag immerhin 74 Anträge zum Punkt „Satzung und Organisation" vorliegen, die großenteils Unzufriedenheit mit den geltenden Statuten äußern. Kritik wird dabei nur im Detail geübt, und der Hauptvorstand scheint sich jetzt stark genug zu fühlen, sich der Auseinandersetzung zu stellen.

zu stellen.



Hintergrund dieser veränderten Situation ist die am 13.11.79 in drei Bundesländern durchgeführte Arbeitsniederlegung zur Durchsetzung einer kürzeren Arbeitszeit der Lehrer, zu der Erich Frister feststellte: „Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen haben an Bedeutung verloren... Die Beziehungen zwischen der breiten Mitgliedschaft und den Funktionären sind enger denn je" („Erziehung & Wissenschaft", 12/79). Daß die Führung überhaupt keinen Grund hat, sich in der Frage der Arbeitszeitverkürzung vor der Mitgliedschaft mit Erfolgen zu brüsten, wird auch Gegenstand dieses Artikels sein.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Die Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch breite Teile der Mitgliedschaft war der wesentliche Hintergrund der Auseinandersetzungen in den Landesverbänden Westberlin (wo der Landesverband ausgeschlossen wurde) und Hamburg (wo der Landesvorsitzende Lemke einen „Kompromiß" durchsetzen konnte). Aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse von 1973 wurden bis zum letzten Gewerkschaftstag ca. 160 GEW-Mitglieder ausgeschlossen, seit 1977 wurden noch einmal gegen 68 Kollegen (57 KBW, 8 „KPD", 3 KB) die UVBs angewandt. In diesem Zeitraum wurden zwölf ehemals Ausgeschlossenen wieder aufgenommen, bei wieviel Kollegen der Wiederaufnahmeantrag abgelehnt wurde, geht aus dem Geschäftsbericht der GEW nicht hervor.

Dem Gewerkschaftstag liegen jetzt von den Fachgruppenausschüssen Gymnasien, Gesamtschulen und Hochschule sowie von den Landesverbänden Westberlin und Hamburg eingebrachte Anträge zur Ablehnung der UVBs vor, die von der Antragskommission allesamt zur Ablehnung empfohlen werden. Interessant ist ein Antrag des Landesverbandes NRW, den die Antragskommission befürwortet: Ausschlüsse aufgrund der UVBs sollen in Zukunft nicht mehr vom Hauptvorstand der GEW-Bund, sondern von Schiedskommissionen der einzelnen Landesverbände vorgenommen werden. Ein solcher Beschluß würde über die von der GEW-Berlin bei der Wiederaufnahme in die GEW erzielte Vereinbarung (nach der sich der Hauptvorstand verpflichtet, bei Ausschlüssen Stellungnahmen des Landesverbandes in das Prüfungsverfahren einzubeziehen) und den Hamburger „Kompromiß" (nach dem bei Ausschlüssen Hamburger Mitglieder durch den Hauptvorstand eine „Fünferkommission" des Landesverbandes gehört werden muß) hinausgehen. Für diesen Antrag hat sich die zum rechten Flügel der GEW gehörende Landesvorsitzende aus NRW, Ilse Brusis, ausgesprochen.

Erwähnenswert ist noch ein – chancenloser – Antrag des Landesverbandes Westberlin, in dem der DGB aufgefordert wird, das Anfertigen von Listen ausgeschlossener Gewerkschafter einzustellen. Einen derartigen Antrag hatte der bayerische Landesverband dem Gewerkschaftstag 1977 vorgelegt. Er wurde später vom Hauptausschuß in total pervertierter Fassung verabschiedet. Danach kritisiert die GEW nicht die Praxis der Schwarzen Listen, sondern nur deren etwaige Veröffentlichung (wie sie z.B. durch das Russell-Tribunal vorgenommen wurde). Es ist bezeichnend, daß dieser Vorgang im 436 Seiten umfassenden Geschäftsbericht noch nicht einmal erwähnt wird.

Direktwahlen

Die Versuche Fristers, Wahlen der Funktionäre nicht auf Gewerkschaftsversammlungen, sondern per Briefwahl durchführen zu lassen, gehen bis auf das Jahr 1974 zurück. Auf dem Kölner Kongreß (1975) wurde dann als Kompromiß das "Direktwahlverfahren" kreiert. Danach sind zwar Wahlen auf Gewerkschaftsversammlungen erlaubt, die Urnen müssen aber mehrere Tage lang für nachträglich abgegebene Stimmen offen bleiben. Dem Mannheimer Gewerkschaftstag legte Frister dann einen Antrag vor,nach dem die Kandidatenaufstellung auf der Wahlversammlung untersagt wird (die müssen schon vorher ausgemauschelt sein) und außerdem nicht anwesende Mitglieder die Wahlen per Briefwahl durchführen können. Der Antrag wurde in Mannheim nicht behandelt. Frister erklärte später öffentlich: *"Die Wahlordnung ist durch den Gewerkschaftstag verabschiedet und kann nur durch ihn geändert werden"*(nach AK 133, S.23). Trotz dieser Aussage wurde im März 1978 das Briefwahlverfahren durch den Hauptausschuß eingeführt. Der Hintergrund: In Bochum war die Mehrheit des Ortsvorstandes aus der GEW ausgeschlossen worden, bei den so notwendigen Neuwahlen zeichnete sich wieder eine linke Mehrheit auf der Wahlversammlung ab. *„Im Interesse einer hohen Wahlbeteiligung"* Frister) wurde daraufhin das Briefwahlverfahren eingeführt. Frister nutzte die Gelegenheit, um in einem Brief an alle Bochumer GEW-Kollegen massiv für die rechten Kandidaten Stimmung zu machen. Obwohl die Einführung des Briefwahlverfahrens durch den Hauptvorstand von verschiedenen GEW-Gremien als satzungswidrig angesehen wurde, wurde später noch eine Verschärfung beschlossen. War bis dahin noch ein Verfahren möglich, daß nicht anwesende Mitglieder nur auf Anfrage die Wahlunterlagen zugeschickt bekamen, so ist auch dies jetzt ausgeschlossen. Wegen der hohen Kosten und des arbeitsaufwendigen Verfahrens wird diese Regelung jedoch häufig nicht praktiziert. Auch daraus erklärt sich, daß bis auf den Landesverband Schleswig-Holstein a l l e Landesverbände ablehnende oder ändernde Anträge zum Briefwahlverfahren vorgelegt haben. Die Antragskommission favorisiert dabei einen Antrag aus NRW, in dem der Hauptvorstand (!) aufgefordert wird, *"ein vereinfachtes Verfahren für die Durchführung der Direktwahlen in der GEW zu erarbeiten"*

Damit würde der Bock zum Gärtner gemacht.

Mitgliedschaft von Studenten

Im Zuge der Entdemokratisierung wurde auf dem Mainzer Kongreß auch beschlossen, daß Studenten nur außerordentliche GEW-Mitglieder sein dürfen, d.h. sie haben keine Möglichkeit, sich an Willensbildung und Beschlußfassung innerhalb der GEW zu beteiligen. Damals mußte der Landesverband NRW seine Studenten auf diesen diskriminierenden Status zurückstufen. Unter dem Titel *"Die Zeit und die Studenten sind reif für die ordentliche Mitgliedschaft in der GEW"* ("blz" 10/80) hat jetzt der Bundesstudentensprecher der GEW, Ulrich Pongs, ein Papier vorgelegt, in dem er die Forderung nach Vollmitgliedschaft für Studierende begründet. Der Titel kündigt schon an, daß Pongs die Studenten früherer Jahrgänge für unreif hält. Und richtig, er erinnert an *"Visionen mancher Funktionärskollegen von Horden linker Studenten, die Mitgliederversammlungen in den Hochschulstädten majorisieren, um entsprechende linke Resolutionen verabschieden zu lassen"* und betont stattdessen die *"konstruktive, aktive Mitarbeit"* der Studenten in den Vorständen. Mit einer derartigen Argumentation wird sich wohl kaum das volle Stimmrecht für Studenten in der GEW durchsetzen lassen. Die Antragskommission befürwortet von den zu diesem Komplex vorgelegten Anträgen den Antrag aus NRW, der den einzelnen studentischen Mitgliedern nicht mehr Rechte zubilligt, sie dafür aber stimmberechtigte Vertreter in die Vorstände entsenden läßt. So wird Funktionärsnachwuchs herangezüchtet, statt den Studenen mehr Rechte zur Durchsetzung ihrer Interessen zu geben. Lediglich die Landesverbände Westberlin und Saarland befürworten eine gleichberechtigte Stellung der studentischen Mitglieder.

Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft junger Leherer und Erzieher

Neben den hier vorgestellten gibt es noch eine Fülle weiterer Anträge, die eine Ausweitung demokratischer Rechte fordern. Sieben Landesverbände fordern eine Änderung der AjLE–Richtlinien. Nach einer vom Hauptausschuß 1975 erlassenen Regelung sind nur Kollegen bis zum 30. Lebensjahr für die Ausschüsse junger Lehrer und Erzieher wahlberechtigt. Aufgrund der Lehrerarbeitslosigkeit sind jedoch in der Ausbildung befindliche oder neu eingestellte Kollegen häufig älter, deren besondere Belange jetzt nicht von den AjLEs vertreten werden können. Die meisten Anträge fordern jetzt, daß Kollegen bis zum 8. Dienstjahr dem AjLE angehören. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Ablehnung.

Internationaler Frauentag

Weitere zur Ablehnung empfohlene Anträge betreffen den Internationalen Frauentag. Die Landesverbände Hessen, Bremen und Hamburg fordern den DGB auf, seinen Beschluß vom Januar 1980, in dem die Teilnahme gewerkschaftlicher Gliederungen an Veranstaltungen zum 8. März untersagt wird, zurückzunehmen. Aus Hamburg und Hessen werden GEW–Aktivitäten zum nächsten Frauentag gefordert.

Berufsverbote

Folgt man der Argumentation der „Erziehung & Wissenschaft" („E&W" 10/80), so herrscht auch in dieser Frage eitel Sonnenschein: *„Auf eine Kurzformel gebracht laufen die Anträge auf eine Bestätigung der Erklärung des Hauptausschusses vom 7.10. 78 hinaus"*. Hier wird offensichtlich versucht, Spuren zu verwischen. Erinnern wir uns: Auf dem Gewerkschaftstag 1977 setzte die Gruppe um Erich Frister durch, daß ein Antrag aus Niedersachsen, der u.a. *„die unverzügliche Beendigung der Berufsverbotepraxis, die Rehabilitierung, Einstellung und Entschädigung aller bisher von dieser Berufsverbotepraxis Betroffenen"* forderte, nicht verabschiedet wurde und stattdessen ein reaktionäres DGB-Papier *„Abwehr von Verfassungsfeinden im Öffentlichen Dienst"* eine Mehrheit fand. In diesem Sinne wurde Frister in den folgenden Monaten aktiv. Als die Hamburger GEW im Januar 1978 eine Demonstration gegen Berufsverbote unterstützte, verbot dies Erich Frister unter Bezug auf den Beschluß des Mannheimer Kongresses, der das Wort „Berufsverbote" nicht enthält. Frister sah hier *„hetzerische Verleumdungspropaganda gegen die Bundesrepublik und ihre staatlichen Organe"* (nach AK 122, S. 17). Wenige Monate später fühlte sich Frister bemüßigt, in einem Brief an die schwedische Lehrergewerkschaft, die Besorgnis über die Berufsverbotepraxis geäußert hatte, die hiesige Praxis zu verteidigen: *„Aufgrund der besonderen historischen und zeitgeschichtlichen Erfahrungen in der BRD halten wir es für notwendig, die Demokratie streitbar zu verteidigen. Dabei ist Rechtstaatlichkeit oberstes Gebot. Es gibt nur wenige Länder, die denjenigen, die nicht in den Staatsdienst aufgenommen werden, darüber einen schriftlich begründeten Bescheid erteilen, der der Nachprüfung durch die Gerichte in drei Instanzen unterliegt"* („E&W", 5/78). In diesem Schreiben forderte Frister sogar Berufsverbote für DKP-Mitglieder. Wenige Monate später – parallel zur Debatte um die „Liberalisierung" der Berufsverbotepraxis – folgte dann auch Fristers Wandlung vom Saulus zum Paulus. Im Juni 1978 forderte der Hauptvorstand wie sozialdemokratische Politiker zuvor in einem Beschluß die Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz, im Oktober folgte dann die oben erwähnte Erklärung des Hauptausschusses. Darin wird gefordert, daß die Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei der Einstellung zu unterbleiben habe und daß politische Ansichten, Teilnahme an Versammlungen oder Mitgliedschaft in einer Partei kein Ablehnungsgrund sein dürfen. In dem Beschluß heißt es aber auch: *„Wer im Öffentlichen Dienst ist und sein Amt durch Propaganda oder Handlungen gegen die fdGo mißbraucht oder wer sich in strafbarer Weise gegen die fdGo betätigt, ist zu entlassen"*.

Auf diese Linie will jetzt die Antragskommission die zum Gewerkschaftstag vorgelegten Anträge zurechtgestutzt wissen. Die Forderung des Landesverbandes Hamburg nach Aufhebung aller bisher ausgesprochenen Berufsverbote soll z.B. dahingehend geändert werden, daß nur die Aufhebung der entgegen den Grundsätzen der GEW („konkretes Verhalten des Einzelnen") ausgesprochenen Berufsverbote gefordert wird. Auch eine Einordnung der Berufverbote in Grundrechtsverletzungen auf zahlreichen Gebieten sowie die Feststellung, daß die Praxis von Kommunisten auf Sozialdemokraten und Liberale ausgedehnt worden sei, werden zur Ablehnung empfohlen. Ebenso ablehnend verhält sich die Antragskommission zu einem Antrag aus Baden-Württemberg, in dem der DGB aufgefordert wird, sein Verbot der Mitarbeit in den Initiativen gegen Berufsverbote zurückzunehmen.

Arbeitszeitverkürzung

Am 13.11.79 rief die GEW in Hamburg, Niedersachsen und Hessen zu einer zweistündigen Arbeitsniederlegung auf. In Hamburg wurde trotz eines Verbots des Verwaltungsgerichts gestreikt – eine Information, die sich im 436-seitigen Geschäftsbericht nicht findet. Aus gutem Grund: Zum einen hält sich hartnäckig das Gerücht, daß Frister auf der Hauptvorstandssitzung am 12.11.79 in Hannover angesichts des in Hamburg ergangenen Urteils versucht hat, die Arbeitsniederlegung abzusetzen; zum anderen gab Frister nach der Arbeitsniederlegung die Parole aus: *„Jetzt haben die Gerichte das Wort"*, obwohl doch gerade deutlich geworden war, daß die Arbeitsniederlegung in Hamburg überhaupt nicht stattgefunden hätte, wenn sich der Landesverband an dieses Motto gehalten hätte. Die Abkehr von Kampfmaßnahmen und die Orientierung auf Gerichtsurteile zieht sich seitdem wie ein roter Faden durch die Politik der GEW-Führung. Jüngstes Produkt sind die sog. „Massenklagen" (vgl. AK 186, S.38). Schon vor der Arbeitsniederlegung machte sich die GEW-Führung die Rechtsposition des Rechtsanwaltes Zwirner zueigen, wonach den Beamten lediglich das Recht auf einen „Demonstrationsstreik", nicht aber auf einen „Erzwingungsstreik" zustehe. In der Folge vermied die Führung völlig den Begriff Streik und sprach nur noch von Arbeitsniederlegung. Folglich hat der Hauptvorstand jetzt einen Antrag des Hamburger Landesverbandes zum Streikrecht einen Antrag zum „Arbeitskampf" entgegengesetzt, der selbstverständlich von der Antragskommission zur Annahme empfohlen wird. Weitere Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer fordern die Landesverbände Hessen und Hamburg. Nach dem Hamburger Antrag ist die „Vorbereitung von Urabstimmungen" in allen Bundesländern für eine „bundesweite Arbeitsniederlegung" im Mai 1981 vorgesehen. Die Antragskommission empfielt hier die Annahme.

Personaldiskussion

1977 erklärte Erich Frister, daß er zum letzten Male zum Gewerkschaftsvorsitzenden kandidiere. An dieses nicht eingehaltene Verspre-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

chen haben ihn inzwischen die Geschäftsführerin der hessischen GEW („Hessische Lehrerzeitung", 8/80) und der Vorsitzende der GEW-Berlin („blz". 10/80) öffentlich erinnert. Es hilft nichts. Frister spekuliert darauf, 1982 zum DGB-Vorsitzenden gekürt zu werden und glaubt, dazu als amtierender Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft bessere Chancen zu haben. Dies Karrieredenken kommt die Mitglieder teuer zu stehen. Ein notwendiger außerordentlicher Gewerkschaftstag zur Wahl eines Nachfolgers würde ca. 1/2 Million Mark kosten. Es bestünde dann noch die Möglichkeit, den Nachfolger vom Hauptausschuß wählen zu lassen, ein Verfahren, gegen das sich der Hamburger Landesverband in einem Antrag zu Recht wendet.

Bemerkenswert ist, daß es für die Position des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden zwei Bewerber gibt: Die Landesvorsitzende des Landesverbandes NRW Ilse Brusis, die zum engeren Bekanntenkreis Fristers gehört, und den ehemaligen Landesvorsitzenden Hamburgs Dieter Wunder, der immer gegenüber Frister eine gewisse Eigenständigkeit zu bewahren versucht hat. Wunder ist gewiß kein Linker — in seiner Amtszeit wurden die Hamburger Hauptversammlung abgeschafft und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse beschlossen und angewandt — um so bemerkenswerter ist jedoch sein Schreiben, mit dem er kürzlich die Ablehnung einer hauptamtlichen Position in der GEW begründete. Darin heißt es u.a.: *„Ich habe diesen Entschluß gefaßt, weil ich derzeit nicht die Möglichkeit sehe, meine Vorstellungen von gewerkschaftlicher Arbeit zu verwirklichen. Dazu gehören insbesondere folgende Anforderungen:*
- *die kooperative Arbeit der verantwortlichen Vorstandsmitglieder (...)*
- *die Verbesserung der Kooperation zwischen Bundes- und Landesverbandsgremien*
- *das Bemühen um eine stärkere Berücksichtigung der ‚Basis' ".*

Es wäre schön, wenn Wunder in Mainz seine Kritik konkretisieren würde.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Zur Auffrischung der Erinnerung

"Die in den Landesverbänden gewählten Delegierten erhalten mit dem Geschäftsbericht Gelegenheit, ihre Erinnerung an Inhalt und Methode der Arbeitsweise des Vorstandes in der ablaufenden Wahlperiode aufzufrischen, um umfassend informiert, kritisch zu urteilen und konstrukti- *des Vorstandes in der ablaufenden Wahlperiode aufzufrischen, um umfassend informiert, kritisch zu urteilen und konstrukti-* *ve Konsequenzen zu ziehen"* ("E & W" 10/80). Mit diesen Worten preist Erich Frister den jetzt vorgelegten Geschäftsbericht 77-80 der GEW an. Wieder einmal hält Frister nicht, was er verspricht. Machen wir an einem Beispiel die Nagelprobe:

Im Februar 1978 schloß der Bundesvorstand zehn Mitglieder des Ortsvorstands der Bochumer GEW aus, weil sie in ihrem Ortsinfo eine Stellungnahme gegen ein damals drohendes Verbot von "K-Gruppen" veröffentlicht hatten. Der Vorgang hatte damals bundesweite Proteste hervorgerufen. Als auch die ESG-Bochum gegen die Ausschlüsse protestierte, antwortete Frister mit einem unglaublich frechen Schreiben. Darin hieß es, die ESG würde *"Lügen über Lügen"* über die BRD verbreiten, in ihr würden *"extremistische Parteien gut getarnt"* arbeiten, und sie würde Organisationen unterstützen, *"die den Bürgerkrieg, also Mord und Totschlag im Interesse politischer Ziele...fordern. Aber im Segnen von Waffen und Gewalttat haben ja die Kirchen eine lange Traditi-on"*. Die GEW-Führung mußte später einem Vergleichsvorschlag eines Gerichtes zustimmen und die Ausgeschlossenen wieder aufnehmen. Den Vergleich mußte sie auch in der "E & W" veröffentlichen. Von alledem findet sich im Geschäftsbericht des Vorstandes, den Frister (wie eingangs sie auch in der "E & W" veröffentlichen. Von alledem findet sich im Geschäftsbericht des Vorstandes, den Frister (wie eingangs zitiert) empfiehlt, kein Wort. Einen kleinen Hinweis auf diese Vorgänge findet der aufmerksame Leser lediglich im Rechenschaftsbericht des Fachgruppenausschusses Hochschule ("Geschäftsbericht", S. 230), dessen Vorsitzender aus Protest gegen diese skandalösen Ausschlüsse zurückgetreten war.

Das Beispiel ist — wie gesagt — willkürlich gewählt. Man könnte auch das Schreiben Fristers vom März 1980 an den DGB-Vorstand erwähnen, in dem er vor dem "Komitee für Grundrechte und Demokratie" warnte. Das Schreiben wird den Mitgliedern immer noch vorenthalten. Ebenfalls vermissen wir im Geschäftsbericht das Schreiben Fristers an den Vorsitzenden der Gewerkschaft NGG, Döding, in dem Frister feststellte: *"Man wird also um die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im DGB mit der DKP gar nicht herumkommen"*. Auch dieses Papier ist bisher nur in Auszügen bekannt geworden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»RGO«-Betriebsräte bei Hoesch sind wieder im Betrieb

Die beiden „RGO"-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Böhmer, die im Februar d.J. mit Zustimmung der IGM Betriebsratsmehrheit bei Hoesch fristlos entlassen wurden, sind jetzt in den Betrieb zurückgekehrt. Das Landesarbeitsgericht in Hamm hat am 24. 9. entschieden, daß die Kündigung rechtswidrig war. Da das Gericht auch keine Revision zuließ, sah sich die Werksleitung bereits einen Tag später genötigt, die beiden Betriebsräte weiterzubeschäftigen.

Die beiden Hoesch-Betriebsräte waren gekündigt worden, weil sie einen von der Werksleitung als vertraulich gekennzeichneten Sozialplanentwurf kurz vor Abschluß der Verhandlungen öffentlich gemacht hatten. Vorgeworfen wurde ihnen außerdem, mitverantwortlich für Flugblätter der RGO mit angeblich beleidigendem Inhalt zu sein.

Die Hoesch-Geschäftsleitung machte aus der Sozialplan-Weitergabe einen Skandal und brach daraufhin die Verhandlungen mit dem Betriebsrat ab; was im Betrieb zu Unruhe führte. Der IG Metall-Betriebsratsmehrheit schien die Situation günstig, unbequeme Widersacher loszuwerden. Auf einer Vertrauensleuteversammlung konnte eine Resolution durchgebracht werden, in der der Vorstand auch um Maßnahmen gegen die „Unruhestifter" gebeten wurde, was dieser dann auch tat.

Freudig verlassen die Zuschauer und RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon (links) das Gerichtsgebäude in Hamm nach dem siegreichen Prozeß.

Freudig verlassen die Zuschauer und RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon (links) das Gerichtsgebäude in Hamm nach dem siegreichen Prozeß.

Niederlage für Werksleitung und IGM-Sozialpartner

Niederlage für Werksleitung und IGM-Sozialpartner

Das siegreiche Urteil bedeutet für die Pläne der Hoesch-Werksleitung, die Belegschaft bei Verhandlungen über die Zukunft des Werkes völlig auszuschalten und vor vollendete Tatsachen zu stellen, eine schwere Niederlage.

Eine sofort nach der Entlassung beginnende und breit angelegte Solidaritätsarbeit hatte gute Voraussetzungen für diesen Sieg geschaffen.

Darüber hinaus ist das Urteil auch für die Arbeit von fortschrittlichen und kämpferischen Betriebsräten von außerordentlicher Bedeutung. Das Urteil ist ein Beleg dafür, daß die Geheimhaltungswünsche der Unternehmer nicht grenzenlos sind. Nicht jedes als vertraulich gekennzeichnete belanglose Schriftstück trägt diesen Stempel zurecht.

Die Hoesch-Anwälte hatten vor Gericht zu diesem Thema nicht mehr als das Übliche zu bieten *„Einmalige Zugeständnisse", „negative Interpretationen durch Dritte"* und *„präjudizierende Wirkung auf andere Stahlunternehmen"*. Hinzukommt, daß solche Sprüche — wie auch im Fall Hoesch — meistens überhaupt nicht zutreffen. Der Hoesch-Sozialplanentwurf erreichte noch nicht einmal das Niveau durchschnittlicher IGM-Sozialpläne.

Um die behauptete Mitverantwortung oder zumindest eine geistige Urheberschaft für RGO-Flugblätter zu beweisen, griff der Hoesch-Anwalt sogar auf Verfassungsschutz-Methoden zurück. Über angebliche RGO-Mitglieder versuchte er die innerorganisatorischen Abläufe zu enthüllen, nach denen für RGO-Flugblätter jedes Gruppenmitglied verantwortlich gemacht werden kann.

Der absolute Hammer war wohl die im Schriftsatz des Arbeitgebers enthaltene Frage, *„ob die RGO-Mitglieder, die sich in Erfüllung des Auftrags ihrer Kampforganisation in den Betriebsrat wählen lassen, den Schutz des Betriebsverfassungsgesetzes überhaupt in Anspruch nehmen können"*. Begründet wurde diese Infragestellung damit, daß die RGO *„verfassungsfeindlich und für die Aufhebung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes sei"* und überdies *„das sozialpartnerschaftliche Verhalten der Tarifpartner denunziere"*. Was hiermit gefordert wird, ist offensichtlich die Anwendung der Berufsverbotepraxis auf kommunistische und andere nicht sozialpartnerschaftlich orientierte Betriebsräte.

Das siegreiche Urteil für Siemon und Böhmer bedeutet gleichzeitig eine schwere Schlappe für die überwiegend auf sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit eingestellte SPD-Clique, die bei Hoesch die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit weitgehend in der Hand hat.

Die Betriebsratsmehrheit ging sogar soweit, einen eigens angeheuerten Anwalt mit auf die Arbeitgeberbank zu setzen. Sie wollten die Einschränkung der Betriebsratsrechte nicht der Unternehmerseite allein überlassen, sondern hierbei tatkräftig mitwirken. Es ist schon reichlich grotesk, daß sich IGM-Betriebsräte von einem bürgerlichen Gericht bescheinigen lassen müssen, daß das Gesetz mehr Rechte vorsieht, als sie selber bereit sind wahrzunehmen.

Durch die Gerichtsentscheidung von Hamm sind die Hoffnungen der Betriebsräte von Hoesch-Union, Siemon und Böhmer noch vor der nächsten Betriebsratswahl loszuwerden, gescheitert. Dagegen sind die Voraussetzungen für fortschrittliche und kämpferische Kollegen, ihren Einfluß bei der Wahl auszudehnen, erheblich besser geworden.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Benno Feckler geht: ›Heißes Eisen in der deutschen Wirtschaft‹

Benno Feckler, der Betriebsratsvorsitzende der Kölner Kabelwerke Felten & Guilleaume, verläßt zum 30. Juni 1981 die Firma. Darauf einigte er sich wenige Tage vor einem Arbeitsgerichtstermin am 9.10.80 mit der Unternehmensleitung. Feckler war im August fristlos entlassen worden, da er sich beim Bau seines Eigenheims 1977/78 auf Kosten des Unternehmens bereichert haben soll (von 165.000 DM ist die Rede).

Benno Feckler ist in der IG Metall kein Unbekannter. 1973 gehörte der Vorsitzende des Betriebsrats, des Gesamtbetriebsrats, das Mitglied im Aufsichtsrat von Felten & Guillaume (F&G) und im Kölner Stadtrat (für die SPD) zu den „Linken" in der Führung der Kölner IGM. Auf Betreiben des stellvertretenden IGM-Vorsitzenden Hans Mayr wurden Feckler und der Ortsvorsitzende Tolusch aus dem Vorstand der Verwaltungsstelle Köln rausgesäubert und durch rechte Sozialdemokraten von Ford und Klöckner-Humbold-Deutz ersetzt. Feckler galt als Gegner einer zu engen sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Unternehmern.

Die jüngste Affäre bei F&G zeigt allerdings, daß er sich gerade in diesem Netz der Sozialpartnerschaft verfangen hat und ihr zum Opfer gefallen ist. Folgendes ist bekannt geworden und wird von ihm auch nicht bestritten: Für den Bau seines Eigenheims erhielt er 1977 von F&G zwei Firmenkredite in Höhe von 20.000 und 25.000 DM sowie eine Bankenbürgschaft über 100.000 DM. Außerdem nahm er die Hilfe von Betriebshandwerkern sowie Baumaterialien in Anspruch. All das war der Unternehmensleitung bekannt und offensichtlich abgesprochen, wurde ihm jetzt allerdings zum Vorwurf gemacht: er habe nichts zurückgezahlt. Feckler redet sich damit heraus, daß er bisher keine Rechnungen erhalten habe, die er hätte zurückzahlen können.

Das ‚corpus delicti': Fecklers Eigenheim in Köln

Interessant an diesem Vorgang ist nun, daß Fecklers vertrauliche Vereinbarungen mit der Unternehmensleitung in die Zeit bevorstehender Massenentlassungen 1977 fielen. Feckler stellte sich damals gegen Protestaktionen der Belegschaft und verhinderte die Einberufung einer Betriebsversammlung. Stattdessen hatte er mit der Unternehmensleitung einen Sozialplan ausgehandelt. Es liegt wohl nahe, einen Zusammenhang zwischen der finanzkräftigen Unterstützung von Fecklers Eigenheimbau und seiner damaligen abwieglerischen Rolle in der Belegschaft herzustellen...

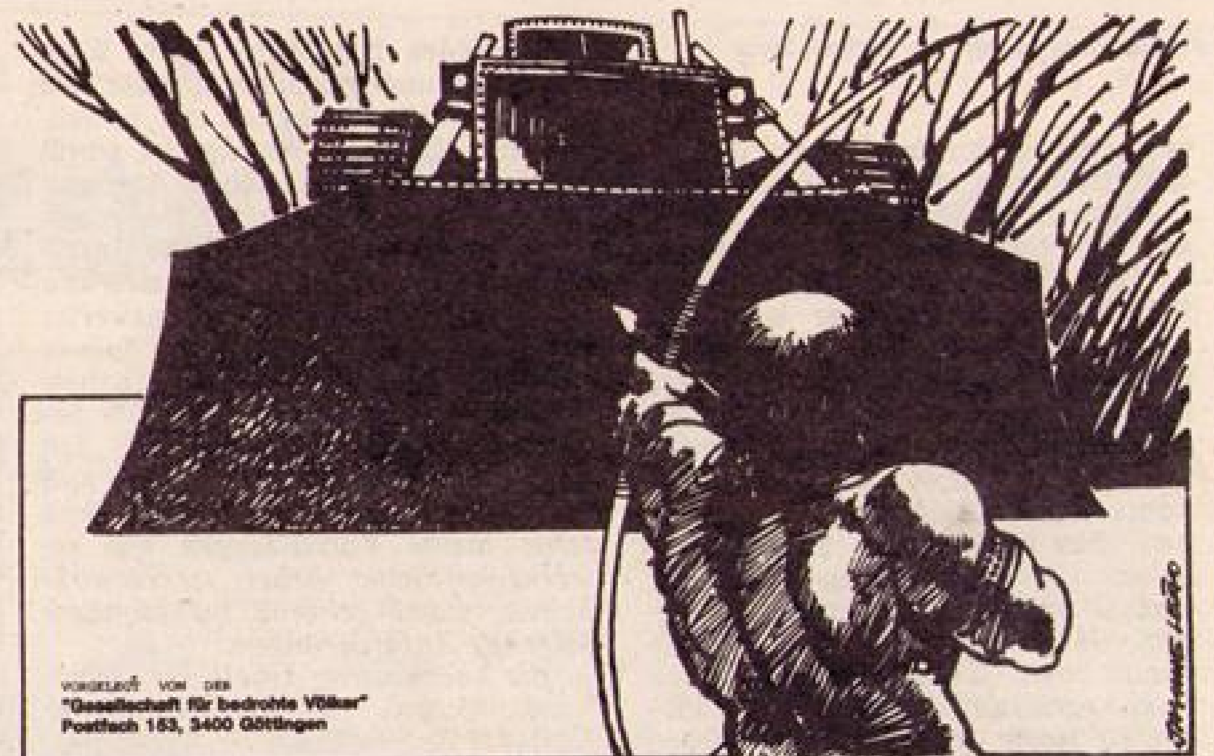
Warum aber ließ die Unternehmensleitung Benno Feckler fallen? Seit 1979 ist der niederländische Philips-Konzern Mehrheitsaktionär bei F&G. Philips ist außerdem im Besitz des schärfsten Konkurrenten von F&G, der niederländischen NKF. Offensichtlich wußte Feckler als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, daß Philips in seinem Unternehmenskonzept die NKF bevorzugte und Felten & Guilleaume mehr und mehr in eine Zulieferfirma umwandeln wollte. Massenentlassungen und sinkende Bedeutung des Großbetriebes F&G (11.000 Beschäftigte) wären die Folge. Von 1.000 bevorstehenden Entlassungen ist bereits die Rede.

Feckler ging in die Offensive. Allerdings nicht, indem er die Belegschaft umfassend informierte und zu mobilisieren versuchte, sondern indem er einen bösen Brief an den Philips-Konzern schrieb, in dem drei der fünf Vorstandsvertreter als untauglich angegriffen wurden. Doch Feckler, der sich offenbar als besserer Manager angepriesen hatte, hatte sich verkalkuliert. Statt der drei angegriffenen mußten drei andere dran glauben: Personalchef von Hulst und Produktionschef Schäfer, die Feckler gelobt hatte, und Feckler selber.

Die Zeiten sind vorbei: Benno Feckler (vorne rechts) an der Spitze einer Demonstration gegen Entlassungen

Fazit: Belegschaftsvertreter Feckler hat wohl zu hoch hinausgewollt. Er wurde fallengelassen. Da F&G zu viel Skandal und das *„heißeste Eisen der deutschen Wirtschaft"* befürchtete (so zitiert die „Welt" vom 10.9. einen F&G-Sprecher), hat man sich letztlich mit Feckler geeinigt. Der kann sich jetzt ganz seinem Eigenheim widmen. Vorstandssprecher de Groot erhofft sich jetzt *„die Ruhe, die wir brauchen"* („FAZ", 8.10.) — das Nachsehen wird die Belegschaft haben. Um sie ging es in diesem Intrigenspiel.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Das IV. Russell-Tribunal über die Rechte der indianischen Völker Nord- und Südamerikas

Das IV. Russell-Tribunal steht vor der Tür! Vom 24. bis 30. November wird in den Niederlanden eine Jury die Situation der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika untersuchen. Wir alle können uns noch gut besinnen, mit wieviel Spannung und Engagement das III. Russell-Tribunal über westdeutsche Verhältnisse hier vorbereitet und begleitet wurde. Genausoviel Spannung und Engagement hat auch dieses Tribunal verdient. Daher wollen wir in diesen Wochen ganz besonderes Augenmerk auf die Situation der Indianer legen. Den Aufruf und das Arbeitspapier zum Tribunal haben wir bereits in AK 181 abgedruckt. In AK 175 fand sich ebenfalls ein Hinweis. Die Jury und die Fälle werden in diesen Tagen festgelegt. Die folgenden Artikel sollen einen Einblick in exemplarische Bedrohungen nordamerikanischer Indianer durch den Imperialismus geben.

Zahlreiche Veranstaltungen werden das Tribunal auch in der BRD vorbereiten und tragen helfen. Speziell zur bolivianischen Lage findet am 22.10. um 20.00 Uhr in der Hamburger Markthalle eine Solidaritätsveranstaltung statt, der ab 16.00 ein Workshop vorausgeht. Am 31.10. wird dann um 19.00 Uhr im Hamburger Audimax die offizielle Einstiegsveranstaltung zum Tribunal u.a. mit Willie Dunn stattfinden.

Die Black Hills — und General Custers Erben

1868 wurde in Fort Laramie ein Vertrag zwischen der Nation der Lakota Indianer und der US-Regierung unterzeichnet, in dem den Lakota die Black Hills und weite Gebiete rundum *„solange die Flüsse fließen"* garantiert wurden.

1874 verkündete General Custer Goldfunde in den Black Hills – und verursachte damit einen Goldrausch. Goldgräber und Siedler fielen über die Black Hills her.

In denselben Black Hills setzte 100 Jahre später ein Uranrausch ein. Immer noch gegen den Vertrag verstoßend sind neue Entdecker aufgetaucht: die großen Unternehmen.

Uranvorkommen in den Black Hills sind seit 1951 bekannt, aber erst in den 70er Jahren setzte ein Boom ein, nachdem der Preis gestiegen und die Großproduktion gesichert war. Durch Bundesprogramme wurde das Vorbereiten des Abbaus finanziert, und örtliche wie bundesstaatliche Behörden erfüllten alle Wünsche der Konzerne.



Nicht Gorleben, sondern „Black Hills Survival Gathering"

Union Carbide (UC) erhielt Mittel des Energieministeriums zur Erforschung von Uranvorkommen in der Pine Ridge Reservation. Nicht weit entfernt, im Custer Nationalforst begann UC ohne staatliche Genehmigung mit illegalen Untersuchungen. Andere strahlende Aktivitäten von UC sind staatliche Urananreicherungsanlagen und Waffentestvorrichtungen in Paducah, Kentucky, und Oak Ridge, Tennessee (wo südafrikanische Techniker ausgebildet wurden). UC war ein prominenter Freund des Smith-Regimes in Rhodesien und verletzte konsequent die UN-Auflagen.

Die Tennessee Valley Authority, größter Energieproduzent der USA, hält die Rechte an 120.000 acres (fast 50 qkm) Uranvorkommen in South Dakota; damit will sie ihre 17 Reaktoren versorgen.

Die größten Erdölunternehmen sind alle vertreten unter den Uransuchern in South-Dakota. Darunter **Exxon, Chevron, Gulf Oil, Phillips Uranium (eine Tochter von Phillips Petroleum) und Minerals Exploration (eine Tochter von Union Oil Co.). Anaconda Copper, die in sieben Bezirken South Dakotas nach Uran forschen, gehört der Arco Oil Co.**

Direkt von Arco kommt der neue Vorsitzende der **Burlington Northern Railroad**. Diese große Gesellschaft, größter Kohle- und Getreidespediteur der USA, wurde – durch staatliche Landgeschenke für Bahnanlagen und durch Transportgeschäfte – das größte Kohleunternehmen des Landes.

Kerr-McGee, die ein Drittel der US-Uranreserven kontrollieren, suchen ebenfalls Uran in den Black Hills. Kerr-McGee wurde weltweit bekannt durch die fortwährende Verletzung der Sicherheitsvorschriften und den gewaltsamen Tod der Gewerkschafterin Karen Silkwood, die darüber Informationen gesammelt hatte.

Rio Algon, eine Tochter der Rio Tinto Zinc, (RTZ) ist ein anderer Uransucher. RTZ besitzt 46,5 % der großen Rossing-Mine in Namibia. Einstiger Vorsitzender der RTZ war Lord Carrington, der britische Außenminister, und Hauptanteilseigner ist die britische Königin.

Diese Informationen wurden auf einem Treffen aller Gruppen und Aktivisten der Black Hills bekannt. Das Black Hills Survival Gathering fand vom 18. - 27. Juli in Rapid City, South Dakota, statt. Es stellt mit 1.500 Teilnehmern einen weiteren Meilenstein in der wachsenden Widerstandsfront gegen die Zerstörung der Black Hills dar. Das besondere der Entwicklung brachte der Führer des American Indian Movement, Russell Means, auf den Punkt, als er sagte: *„Wenn die Cowboys und die Indianer sich zusammentun, muß Amerika auf uns hören"* (in „These Times", 13.8.80).

Zu den 27 Multis, die sich den Urankuchen der Black Hills unter die Nägel reißen wollen, gehören auch westdeutsche Unternehmen, darunter **Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, VEBA und Steag** („Hamburger Morgenpost", 3.10.80).

USA-Kommission

Hopi werden ausgehungert

Im Südwesten der USA, wo mit Geometrie und Kriegszügen der Bundesstaat Arizona zwischen dem Grand Canyon des Colorado und Mexiko angelegt wurde, leben seit Urzeiten die Hopi. Hopi bedeutet in ihrer Sprache „die Friedlichen". Diese Eigenschaft steht im engsten Zusammenhang mit ihrer Weltanschauung, die vor Jahrhunderten entstand.
Heute sind die Hopi, ihr Land und ihre Tradition einer tödlichen Bedrohung ausgesetzt: Die US-Imperialisten haben neue Kohle-, Öl- und Uranvorkommen „entdeckt" und reiben sich schon die Hände...

Das Gleichgewicht des Lebens

„Als Hüter des Lebens beeinflussen wir das Gleichgewicht der Natur dermaßen, daß unser eigenes Handeln bestimmt, ob die großen Zyklen der Natur Gedeihen oder Unheil bringen. Unsere gegenwärtige Welt ist die Entfaltung eines Ideals, welche wir in Bewegung gesetzt haben."

Mit diesen Worten beginnt die Prophezeiung der Hopi, ein Dokument ihrer Weltanschauung. Gleichgewicht heißt für sie — in Harmonie mit der Erde, mit all ihren Kindern (Menschen, Tieren, Pflanzen) zu leben, sich selbst als integrierten Teil der Natur zu begreifen — und zu verhalten.

Das Gegenteil ist nun für sie Wirklichkeit, lebensbedrohende Wirklichkeit geworden: Seit Jahren wird dem Gebiet der Hopi Wasser entzogen durch Tiefbrunnen, um die in der Black Mesa geschürfte Kohle in pulverisierter Form durch riesige Pipelines über Land zu befördern. Dies hatte die Absenkung des Grundwasserspiegels und die teilweise Austrocknung der natürlichen Quellen zur Folge. Die Lebensgrundlage für etwa 8.000 Hopi und 25.000 Navajo wird so völlig zerstört. Die Emission der Kraftwerke führt schließlich zu einer erheblichen Luftverschmutzung.

Nun wurde vor kurzem innerhalb des Gebiets der Hopi ein weiteres Kohle-, Öl- und Uranvorkommen ausgemacht. Der US-Senat bemüht sich um den Ankauf des wertvollen Landes für 5 Mio Dollar; der tatsächliche Wert beträgt nach oberflächlichen Schätzungen 25 Milliarden Dollar! Verhandelt wird mit dem Stammesrat, der bereits seine Zustimmung gegeben hat, ohne die Einwilligung der dort ansässigen Familien einzuholen. Jetzt fehlt nur noch die Absegnung durch den US-Präsidenten...

Wer sind die Hopi-Indianer?

Die Hopi sind der westlichste Stamm der Pueblo-Indianer. Sie leben auf drei Plateauzungen (First, Second und Third Mesa) im Nordosten Arizonas, die von der Navajo-Reservation umschlossen sind. Ihre Sprache gehört zur uto-aztekischen Sprachfamilie. Sie leben seit Jahrhunderten in festen Siedlungen. So ist Oraibi seit dem 12. Jahrhundert ununterbrochen bewohnt, ist also älter als Berlin. Ihre kastenförmigen Häuser sind aus Stein oder luftgetrockneten Lehmziegeln neben- und zum Teil übereinandergeschachtelt.

Neben dem Hauptnahrungsmittel Mais bauen sie auch Bohnen, Kürbisse, spanischen Pfeffer und Baumwolle an. Ihre Felder liegen in den Tälern, damit die Pflanzen mit ihren Wurzeln das Grundwasser erreichen können, oder an kleinen Quellen, deren Wasser so viel wie möglich genutzt wird.

Mitte des 17. Jahrhunderts gelang es den Pueblo-Indianern noch, die weißen Eroberer zu vertreiben — doch nicht mehr für lange. Die Geschichte der Hopi unter der Herrschaft der Weißen ist gekennzeichnet durch ständige Versuche, sie in die amerikanische Gesellschaft einzugliedern, d.h. sie ihrer traditionellen, kulturellen und religiösen Identität zu berauben. Schon die Errichtung der Reservate war nicht Ausdruck der Anerkennung von Landrechten einer unabhängigen Nation, sondern diente alleine dem Zweck, die „Wilden" für die Weißen „faßbar" zu machen, sie amerikanischen Maßstäben unterzuordnen und ihr Land zu „kultivieren".

Das Bureau of Indian Affairs (BIA = Büro für indianische Angelegenheiten), das 1848 dem US-Innenministerium unterstellt wurde, führte immer eine Politik in diesem Sinne:
- das ursprüngliche Gemeinschaftsland der Hopi wurde einzelnen Indianerfamilien übertragen;
- das dabei abfallende „Überflußland" wurde weißen Siedlern zuerkannt;
- es wurde eine Individualsteuer erhoben, die die Hopi zwang, Lohnarbeit anzunehmen;
- die allgemeine Schulpflicht wurde eingeführt, und die Kinder wurden in Internaten rein „amerikanisch" erzogen, um den Einfluß der traditionellen Kultur einzudämmen;
- außerdem wurden Missionstätigkeiten unterstützt, um das Widerstandspotential der traditionellen Hopi-Religion zu brechen — was jedoch in den wenigsten Fällen zum Erfolg führte.

Eine neue Ära der US-Indianerpolitik begann 1934 mit der Einführung von sogenannten Stammesräten, parlamentarischen Organen, in der Absicht, die Macht der traditionellen Führer und ihren passiven Widerstand zu unterlaufen. Die Entdeckung von umfangreichen Bodenschätzen auf Indianergebiet (wohlgemerkt: das war einmal der ganze Kontinent!) verlangte nach einer schnellstmöglichen „Integration".

Beim „Four Corner Project", das 1954 auf der Black Mesa (Hopiland) startete, funktionierte dies. Die traditionellen Führer, von der US-Regierung seit 1935 nicht mehr anerkannt, konnten nichts ausrichten, und der Stammesrat wurde von der Kohlegesellschaft „überzeugt". Die Hopi, die niemals einen Vertrag mit der US-Regierung unterzeichnet hatten, schlossen 1966 die ersten Pachtverträge ...

Der Kampf der Hopi gegen den neuen Versuch, sie von dieser ihrer Erde zu vertilgen, ist auch unser Kampf. Uran aus Hopiland kann auch jederzeit „unsere" Atomkraftwerke nähren. Die feindliche Front umweltzerstörender, menschenfeindlicher Mächte kennt keine Landesgrenzen. Unsere Hilfe, unsere Solidarität, unser gemeinsamer Kampf darf davor auch nicht haltmachen.

Kontakt:
Techqua Ikachi (Zeitschr.)
P.O.Box 174
Hotevilla, Ariz. 86030, USA

USA-Kommission

Hopi-Bilder in Hamburg

Noch bis zum 15.11. wird im „Morgenland", Sillemstr. 79 (Di. - Sa. 15 - 18.30) eine Ausstellung mit Fotografien der Kanadierin Ulli Steltzer gezeigt. Die Bilder geben einen guten Einblick in die Welt der Pueblo-Indianer.
Die Ausstellung und der dazu herausgegebene Katalog kommen von der Gesellschaft für bedrohte Völker, die sich auch in besonderer Weise für das Russell-Tribunal einsetzt.

Lebensgefahr durch MX-Raketen für die Western Shoshone

Das MX-Raketenprogramm — erdacht zur Vernichtung der Roten rund um Moskau — versetzt die Roten in Nordamerika in Schrecken. Ausgerechnet im Land der Shoshone im heutigen Bundesstaat Nevada soll dies Monster angesiedelt werden.

Über die technischen Besonderheiten des MX-Systems mit seinen Tunnels und fahrbaren Raketen wurde bereits mehrfach berichtet. Dies Projekt hat allerdings kolossale Ausmaße! Es wird die zweieinhalbfache Fläche der Alaska-Pipeline in Anspruch nehmen, genauer gesagt 14.000 Quadratmeilen (ca. 22.000 qkm = so groß wie Hessen!).

Den Kern bildet dabei die Anlage von 4.600 Bunkern für die 200 Raketensysteme. Die Raketen allein kosten 33 Millionen Dollar. Außer den Bunkern werden rund 16.000 km betonierte Straßen angelegt. Für den Bau würden 150.000 Arbeitskräfte vorübergehend in die entlegenen Gebiete kommen, später würden 13.000 Menschen fortwährend dort beschäftigt sein.

Erste Planungen erstreckten sich auf die Bundesstaaten Wyoming, Montana und North-Dakota, Nebraska, Utah und Nevada. Nebraska wurde mittlerweile fallengelassen. Nevada und Utah sind die wahrscheinlichen Ziele der Raketen. Der Senat von Nevada entschied mit 24 gegen 2 Stimmen gegen das Projekt. Die Gouverneure von Nevada und Utah haben Einspruch eingelegt. Die indianischen Bewohner der sechs betroffenen Reservationen klagen.

Das Zielgebiet ist ein Land mit geringstem Wasservorkommen, das durch die maßlosen Eingriffe in die geologischen Gegebenheiten in höchstem Maße gefährdet würde. Die Schäden, die das Projekt für die Gegend anrichten würde, stehen einer erwarteten „Nützlichkeit" bzw. Nutzung der MX-Anlagen von 20 bis 30 Jahren gegenüber.

Volk ohne Land? – Die Shoshone

Einst lebten die Shoshone in einem Gebiet von der Größe der DDR (ca. 109.000 qkm) im Westen Nordamerikas. Mitte des vorigen Jahrhunderts begannen die weißen Eroberer dort den Wilden Westen zu etablieren. Die Folgen für die Indianer waren katastrophal.

Noch 1863 schlossen die Western Shoshone und die US-Regierung einen Vertrag. In Ruby Valley garantierten die Shoshone das Transitrecht durch ihr Gebiet nach Kalifornien und die Errichtung zeitlich begrenzter Siedlungen, die den örtlichen Bergbau unterstützen sollten. Bald darauf drangen jedoch zehntausende weißer Siedler auf das Gebiet der Shoshone und richteten sich dort häuslich ein. Die Regierung zog daraus später den Schluß, daß hierdurch die ursprünglichen Landrechte der Indianer automatisch hinfällig geworden seien.

Nach diversen Anhörungen in Nevada brachten die Shoshone ihren Fall 1932 vor einen Senatsausschuß. Dies brachte nichts als die Erfindung eines neuen Gesetzes über einen Ausschuß für indianische Landansprüche. 1946 wurde ein solcher Ausschuß eingerichtet, um Entschädigungen für illegale Landnahme festzusetzen — und 1978 beendete er seine Tätigkeit, indem er alle schwebenden Fälle an das Grundbesitz-Gericht übertrug.

Ausschuß ebenso wie Gericht hatten jedoch große Mängel: Erstens können sie kein Land zurückgeben. Sie können allenfalls geringfügige Entschädigungen unter vollständigem Verzicht auf weitere Ansprüche vergeben. Zweitens werden die Entschädigungen auf der Grundlage der Fortnahme berechnet. D.h. im Jahre 1872 war der Grundpreis 1,07 Dollar pro acre (das entspricht rund 477 DM pro qkm!). Drittens erhalten die Anwälte 10 % des erstrittenen Werts. Das wären im Fall der Shoshone immerhin noch 2,7 Mio Dollar! Das Eigeninteresse der Anwälte an einer finanziellen „Endlösung" bedarf keines Kommentars.

Kurz vor einer Einigung im Frühjahr 1979 wurden jedoch von höchster Stelle die Verhandlungen abgebrochen. Und bald darauf wurde klar warum: Das Land der Shoshone war als Zielscheibe für das MX-Programm auserkoren! 65 % der Raketen sollen zwischen Ely und Tonopah in Nevada stationiert werden. Damit würde diese Region zum Zentrum eventueller Angriffe auf die USA. Ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums formulierte dies blumig, die MX sollten wie „ein großer Schwamm" die sowjetischen Nukleargefechtsköpfe „aufsaugen". Das MX-System sei das *„größte Vorhaben, das jemals in der Geschichte der Menschheit in Angriff genommen wurde"*.

Der Angriff richtet sich jedoch gegen ein ohnehin schon schwer belastetes Volk. Bereits in der Vergangenheit haben atmosphärische und unterirdische Atombombenversuche Auswirkungen auf die Reservate Südnevadas gehabt. Eine Atommüllhalde in der Nähevon Beatty liegt auf traditionellem Shoshoneland. Außer dem Plan eines Endlagers gehört Nevada zu den drei Bundesstaaten, die ein „Zwischen"lager erhalten sollen. Der Transportweg wird durch mehrere Reservate führen. Darüber hinaus sind Pläne für den Uranabbau auf und bei den Reservaten von Fort McDermitt und Walker in Nordwestnevada kurz vor dem Abschluß.

Der erste Teil dieses Artikels beruht auf Informationen der „Black Hills Paha Sapa" vom August/Sept. 1980, der Zeitung der Black Hills Alliance, P.O.Box 2508, Rapid City, South Dakota 57709. Der zweite Teil geht auf die Übersetzung von Informationen der Shoshone durch Richie Kelly zurück. Deren Organisation ist die Western Shoshone Sacred Lands Association, 429 Walnut Street, Elke, Nevada 89801.

USA-Kommission



Die staatlichen Morde von Greensboro

Der folgende Bericht stammt von Jens Scheer, der neben dem Massaker vom 3.11.79 (siehe AK 166) und dem Prozeß auch auf hiesige Solidaritätsaktionen eingeht.

Wir berichteten in AK 178 über ein „Hitlerfest", das zur Unterstützung der Angeklagten organisiert worden war.

Vor kurzem hatte ich in New York Gelegenheit, mit Überlebenden des Massakers von Greensboro zu sprechen. Sie planen eine Reise durch Europa, um mit Film und Vorträgen über die Ereignisse aufzuklären und haben mich gebeten, darüber vorweg zu informieren.

Greensboro ist eine kleine Stadt im Hinterland von North Carolina, einer der Hochburgen von Rassismus und Faschismus, von Ku Klux Klan und der amerikanischen Nazi-Partei.

Am 3. November vorigen Jahres veranstaltete der Klan dort eine seiner rassistischen Machtdemonstrationen. Während er in einem Teil der Stadt aufmarschierte, sammelten sich an einem anderen Ort etwa 100 Gegner zu einer Gegendemonstration. Diese war von der Polizei genehmigt worden mit der Auflage, keine Waffen, Schlagstöcke, Schilder, Helme mitzuführen. An deren Sammelplatz war ein einziger Polizist anwesend, in krassem Gegensatz zu der üblichen Praxis; solche Gegenkundgebungen werden gemeinhin von einem riesigen Aufgebot begleitet.

Stattdessen kam ein Konvoi von acht PKWs mit Klansleuten in Begleitung eines Polizisten auf den Platz gefahren, wo sich die Klansgegner gerade formierten.

Die Klan-Männer stiegen ganz ruhig aus, öffneten ihre Kofferräume, holten Pistolen und Gewehre heraus, legten in aller Ruhe an und schossen kaltblütig auf die anwesenden Antirassisten. Wie sich zeigte, schossen sie nicht etwa wahllos in die Menge, sondern gezielt auf bekannte Aktivisten, auf die ein Anführer einzeln zeigte.

Fünf von ihnen waren sofort tot; sämtliche in der Region bekannte Gewerkschafter, drei von ihnen waren in ihren Betrieben Vorsitzende der Textil-Gewerkschaftsgruppe. Ein weiteres Opfer, Ceser Calcey, ein Arzt, hatte in einem Medizinzentrum eine Gewerkschaftsgruppe aufgebaut. Er starb im Kampf. Er schlug auf die Rassisten ein und wurde dann mit mehreren Schüssen umgebracht.

Die meisten waren Schwarze, die auch im Unterstützungskomitee für Zimbabwe tätig waren. Einer war Jude, dessen Eltern von den deutschen Nazis ermordet worden waren. Einige waren Mitglieder der Communist Workers Party, einer ML-Organisation.

Einer meiner Gesprächspartner war ebenfalls von einem Geschoß in die Stirn getroffen worden. Ihm wurde ein Drittel des Gehirns zerstört. Er ist großenteils gelähmt, kann aber wie durch ein Wunder noch klar denken und sprechen.

Erst nach diesen Ereignissen rückte die Polizei auf, ließ aber bis auf ein Auto, mit dem sie fast zusammengestoßen wären, alle Klansleute entkommen. Sie stürzten sich stattdessen, ohne sich um die Verletzten und Toten zu kümmern, mit Schlagstöcken auf die entsetzte Menge und richteten ebenfalls Schußwaffen auf sie. Das offensichtliche Zusammenspiel von Polizei und Klan wird noch weiter erhärtet: Die Antirassisten hatten, eben um erwarteten Attacken des Klan während der Formierung der Gegendemonstration zu vermeiden, öffentlich einen anderen Sammelplatz angegeben — der tatsächliche war nur wenigen Organisatoren und der Polizei bekannt, bei der er angemeldet wurde. Dennoch erfuhr der Klan davon.

Einer der Mörder wurde identifiziert als ein FBI-Agent namens Butkovich, der im Klan arbeitet. Überhaupt spricht vieles dafür — und eine in Kürze erscheinende Broschüre soll das belegen —, daß die ganze Aktion vom FBI geplant war, um mißliebige Arbeiterführer aus dem Weg zu räumen, wobei der Klan nur als Mittel benutzt wurde. Damit steht der Fall in einer Reihe mit Morden in den sechziger Jahren, als eine weiße Bürgerrechtsaktivistin in Montgomery und fünf schwarze Mädchen in einer Kirche in Alabama von FBI-Agenten unter der Maske des Ku Klux Klan umgebracht wurden.

Die im August begonnene Gerichtsverhandlung lief dementsprechend. Als Geschworene wurden ausschließlich bekannte weiße Rassisten ausgesucht. Einige der Mörder wurden überhaupt nicht angeklagt, obwohl sie auf einem vom Fernsehen aufgenommenen Videofilm klar zu erkennen sind. Auf der Anklagebank sitzen nur die Insassen des einen von der Polizei nach den Ereignissen angehaltenen Autos. Die Anklagevertreter sind ausgesprochen milde.

Der Videofilm, auf dem die Mörder im Moment des Zielens und Schießens zu sehen sind, wurde nicht als Beweismittel anerkannt. Andererseits wurden Angehörige der Ermordeten, die dagegen protestierten, wegen Mißachtung des Gerichts zu 30 Tagen Haft verurteilt.

Es steht also zu erwarten, daß dieser Prozeß ähnlich ausgeht wie jener Prozeß in Miami, wo ein weißer Polizist, der einen Schwarzen ermordet hatte, zu einer lächerlich geringen Strafe verurteilt wurde. Das hatte dann als Reaktion militante Protestaktionen in dieser Stadt ausgelöst.

Es hat sich ein Unterstützungskomitee gebildet, das bis weit in die liberale Öffentlichkeit reicht. Die Ereignisse vom 3. November wurden in Amerika durch die zufällig am nächsten Tag erfolgte Botschaftsbesetzung in Teheran überschattet, so daß sie nicht die gebührende Beachtung gefunden haben. Dies soll sich anläßlich des Prozesses ändern.

Darüber hinaus ist, wie eingangs erwähnt, eine internationale Kampagne geplant. Es sollen der Videofilm von den unmittelbaren Ereignissen und Filme von den nachfolgenden Protestaktionen gezeigt werden, und es sollen Augenzeugen berichten. Dies soll zum Anlaß genommen werden, allgemein die internationale Öffentlichkeit auf die weitergehende Unterdrückung besonders der Schwarzen, aber auch anderer Minderheiten in den USA und die kriminelle Rolle der Regierungsorgane aufmerksam zu machen.

Wer Interesse an einer solchen Veranstaltung oder an näheren Informationen hat (im Oktober soll eine Broschüre erscheinen, die Reise soll Mitte November stattfinden), wende sich an:

Greensboro Justice Fond
P.O.Box 2861
Grand Central Station
New York, N.Y., 10017, USA

Anläßlich des Jahrestages der Morde sollen am 1. November in den USA mehrere Protestaktionen stattfinden. Es wurde angeregt, zur gleichen Zeit vor den US-Botschaften und Konsulaten entsprechende Kundgebungen abzuhalten. Interessenten werden ebenfalls gebeten, sich an die o.a. Adresse zu wenden oder an:

Workers Viewpoint Newspaper
1 East Broadway
New York, N.Y., 10001, USA

Leonard Peltier schreibt aus dem Knast

Wir berichteten bereits mehrfach über Leonard Peltier, einen der vielen Aktivisten der Indianer-Bewegung, die unter fadenscheinigen Anschuldigungen in US-Knästen eingekerkert sind. Leonards Brief mit der Bitte um Unterstützung erschien in der „Workers World" vom 19.9.80.

„Diesen Brief könnt ihr als Vorlage für einen eigenen Brief nehmen an einen der unten aufgeführten „Herren", an US-Botschaften oder Konsulate. Wenn es möglich ist, sollten sich auch „Prominente" dieser Aktion anschließen.

Wir wollen erreichen, daß ich wieder unter die normale Besucherregelung falle. Momentan darf ich meine Frau und andere nur durch eine Plexiglas-Trennscheibe mittels eines Telefons begrüßen. Ich darf keinen Besucher berühren.

Der wahre Grund dafür liegt in der menschenfeindlichen Absicht der Knast-Behörden, mich und meine Familie zu drangsalieren und alles so umständlich und schwierig wie möglich zu machen. Außerdem dient diese Form der Besuchseinschränkung zur Abschreckung auf beiden Seiten der Scheibe, und es sollen damit grundsätzlich alle Besuche verhindert werden.

Die Gründe für die Wiedereinführung der normalen Besucherregelung sind:

1. *Es ist nie zu einem Austausch von irgendwelchen Sachen zwischen meinen Besuchern und mir gekommen, noch gibt es den geringsten Hinweis, daß die Behörden mir derartiges vorwerfen (die Behörde meint, ich hätte bei einem Fluchtversuch Hilfe von außen erhalten; aber ich bin vom Gericht in dieser Frage eindeutig freigesprochen worden).*
2. *Meine Frau hat eine Besuchserlaubnis vom Bundesamt für Gefängnisse erhalten und wurde vom FBI und anderen Polizeibehörden auf ihre Vergangenheit hin überprüft. Es gibt keine gesetzliche Grundlage, ih-* *ihre Vergangenheit hin überprüft. Es gibt keine gesetzliche Grundlage, ih-* *ren Kontakt zu mir einzuschränken.*
3. *Die Begründung mit der Fluchthilfe von außen soll belegen, daß mein Verhalten die Einschränkung erforderlich mache. Aber keiner meiner Besucher wurde je in irgendeine illegale Aktivität im Zusammenhang mit einem Besuch verwickelt, und sie werden alle ausgiebigst durchsucht. Es ist hier kein Grund gegeben, mir normale Besuche zu verweigern.*
4. *Viele der Häftlinge in Marion, die als besonderes Sicherheitsrisiko eingestuft sind, erhalten normale Besuche, und ich sollte nicht anders behandelt werden als sie.*
5. *Die Entscheidung der Besuchseinschränkung wurde gefällt, ohne daß ich eine Möglichkeit hatte, in eigener Sache dagegen zu sprechen, wie es vom Bundesgericht vorgeschrieben ist. Jede Auflage des Disziplinar-Ausschusses muß den mindesten Rechtsansprüchen genügen (nach Wolff gegen McDonnell, 418 US 539, 94 S.Ct. 2963, 41 L.ed. 2d 935). Die Besuchseinschränkung wurde in Abwesenheit entschieden und ist ebenso illegal wie unmoralisch.*

Protestbriefe zu dieser neuen Repression gegen mich sollten geschrieben werden an:

Director Norman A. Carlson
Bureau of Prisons
320 First Street
Washington, D.C. 20534 USA
James D. Henderson
Regional Director Bureau of Prisons
KCI Bank Building
8800 N.W. 112th.
Kansas City, Mo. 64153 USA

Harold G. Miller
Warden (Gefängnisdirektor)
USP Marion
P.O. Box 1000
Marion, Ill. 62959 USA

Peace and struggle
Gwarth-ee-lass
Friede und Kampf!
Leonard Peltier
P.O.Box 1000
Marion, Ill. 62959 USA."

Solidaritätswache im bolivianischen Generalkonsulat in Hamburg

„Hier bolivianisches Generalkonsulat im Widerstand", meldet sich die Stimme am Telefon. Seit dem 25. September befinden sich Mitglieder von CONADE-Hamburg (Bolivien-Komitee) ununterbrochen in den Räumen von Emilio Sanchez, um gegen die diplomatische Anerkennung der Mörderclique von La Paz zu demonstrieren. Der AK unterhielt sich mit Susanne, die die Aktion mitträgt.

Frage: Warum nennt ihr eure Aktion „Solidaritätswache"?
Susanne: *Dies ist keine Besetzung, da der Generalkonsul selbst in den Widerstand gegen die bolivianische Militärjunta getreten ist und uns eingeladen hat, diese Solidaritätswache zu machen.*
AK: Ist der Konsul bedroht worden?
Susanne: *Der Konsul hat mehrfach Morddrohungen bekommen, so einmal, als er in der Innenstadt Bilder abholen wollte. In dem Umschlag für die Bilder befanden sich Morddrohungen. Das läßt darauf schließen, daß er auch sehr genau von seinen Verfolgern beobachtet wird. Diese Drohungen sind also sehr ernst zu nehmen.*
AK: Wie lange werdet ihr die Aktion machen und was wollt ihr erreichen?
Susanne: *Wir wollen die Aktion möglichst lange fortsetzen. Einige wollen eine Steigerung der Maßnahmen, z. B. durch Hungerstreik. Wir sind sehr viele Berufstätige, die tagsüber nicht an der Wache teilnehmen können, und die Arbeit bleibt häufig an wenigen Leuten hängen. Gruppen, die zwar offiziell ihre Unterstützung zugesagt haben, arbeiten dann doch nicht mit.*
AK: Wie z. B. der KB.
Susanne: *Genau! Unsere Forderungen haben wir in Flugblättern und Briefen an die Bundesregierung kundgetan: Abbruch diplomatischer Beziehungen und jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen. Das schließt Entwicklungshilfe ein.*
AK: Welche Resonanz habt ihr gehabt?
Susanne: *Es sind unheimlich viele Telegramme, Solidaritätsadressen etc. eingegangen von Gewerkschaften, Kirchenvertretern, allen Parteien von CDU bis DKP und auch von Privatpersonen. Viele haben sich bereiterklärt, in ihren Gruppen diese Aktion weiterzutragen. Unsere Aktion zieht immer weitere Kreise. Dies ist sehr wichtig, wir können keine spektakulären Erfolge erwarten. Ich bin der Meinung, wir sollten die Solidaritätswache weiterführen.*
AK: Jaime Paz Zamora (Generalsekretär des MIR und Vizepräsident der Untergrundregierung) soll angeblich die BRD besuchen. Wird das gegebenenfalls eure Aktion beeinflussen?
Susanne: *Darüber weiß ich nichts Genaues. Aber es wäre sehr günstig, wenn Jaime Paz zum Status dieses Konsulats etwas sagen würde, wenn er z. B. erklären würde, daß dieses Generalkonsulat das einzig rechtmäßige ist. Damit könnte man in der Öffentlichkeit gut arbeiten.*

Das ist natürlich ein gewisses Problem mit Zamora oder Siles Suazo, weil eine Gruppe der Hamburger CONADE – und dazu gehören auch die Bolivianer – fordern, daß wir die Untergrundregierung anerkennen und für sie arbeiten sollen. Eine andere Gruppe ist sich über den Stand der Untergrundregierung nicht im klaren und möchte den Widerstand nicht auf eine bestimmte politische Richtung einengen.

AK: Die Militärs in Bolivien haben die Auslieferung von Konsul Sanchez gefordert ...



Susanne: ... *die Junta hat angedroht, ein Auslieferungsbegehren an die Bundesregierung zu stellen. Eventuell wollen sie damit bewirken, daß er einen Asylantrag stellt, damit er nicht ausgeliefert werden kann, das hätte aber zur Folge, daß sein ganzer Status als Konsul hier vom Tisch wäre. Das würde unsere ganze Aktion in Frage stellen. Aber das wird der Konsul nicht machen.*

Aufruf an alle:
Besucht das Konsulat (HH 20, Heilwigstraße 125, Tel. 47 20 02)
Diskutiert die Aktion in Euren Gruppen, Gewerkschaften, Schulen etc.

BOLIVIEN
100 TAGE NACH DEM PUTSCH
SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG VON CONADE HAMBURG
MIT WOLF BIERMANN, RENÉ BÖLL, LOS INTIMUJUS, LOS AMIGOS, GENERALKONSUL SANCHEZ U.A.
22. 10. 20.00 UHR **MARKTHALLE**
INFORMATIONEN, LIEDER UND TEXTE ZUR LAGE IN BOLIVIEN
VORPROGRAMM: BOLIVIEN WORKSHOP 18.00 UHR
EINTRITT: DM 6.- SCHÜLER: DM 4,-

Sowjetunion erkennt die bolivianische Junta an

Die SU hat am 20.9. die diplomatische Anerkennung der Putschisten in Bolivien garantiert. Die SU ist damit das 19. Land, das diplomatische Beziehungen zur Militärjunta aufgenommen oder gar nicht erst abgebrochen hat. Darüber hinaus hat die SU-Führung (laut UPI) ihre Absicht angekündigt, die Beziehungen zur bolivianischen Junta auszubauen.

... und die BRD

Die zunächst zur Schau gestellte „Bestürzung" der Bundesregierung über den Putsch in Bolivien hat sich erwartungsgemäß recht schnell gelegt. Am 26.8. schrieb das Auswärtige Amt auf eine Anfrage der ila (informationsstelle lateinamerika) Bonn: *„Wie Ihnen aus Pressemitteilungen ersichtlich ist, hat die Bundesregierung keinen Hehl aus ihrer Bestürzung über den Staatsstreich in Bolivien gemacht, der den Demokratisierungsprozeß abrupt beendete. Der deutsche Botschafter in La Paz war zur Berichterstattung nach Bonn gerufen worden und hat nach seiner Rückkehr nach Bolivien die neuen Machthaber aufgefordert, die politischen Gefangenen freizulassen und über das* *haber aufgefordert, die politischen Gefangenen freizulassen und über das* *Schicksal der verschwundenen Personen Auskunft zu erteilen".*

Die Rückkehr des deutschen Botschafters nach Bolivien wurde dort entsprechend für die Aufwertung der Junta ausgeschlachtet, da spielte solch eine eher harmlose diplomatische Maßnahme wie der vorübergehende Rückruf des Botschafters nach Bonn keine Rolle. Die Tageszeitung „Presencia" vom 13.8. schrieb: *„Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Johannes von Vacano, stattete dem Präsidenten Luis Garcia Meza einen protokollarischen Besuch ab, um ihm seine Grüße zu übermitteln und über Themen der Zusammenarbeit zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit erläuterte der General Garcia Meza die bolivianische Realität und die Gründe für die Regierungsübernahme durch die Streitkräfte".*

Die Gelder aus der sogenannten Entwicklungshilfe und die Projekte des Kapitals wurden sowieso nicht in Frage gestellt. Im August besuchte eine Delegation der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, die am Bau der Blei-Silberhütte Karachimpa und der Zinnhütte in Vinto beteiligt ist, Bolivien, um endgültige Lieferabkommen für Karachimpa abzuschließen. Die Bundesregierung unterstützt dieses Projekt im Rahmen der Entwicklungshilfeleistungen. Der Vertreter einer deutschen Bankengruppe, Peter Hults, beglückwünschte in einer Note den neuernannten Präsidenten der bolivianischen Staatsbank: *„Hiermit möchte ich Ihnen meine besten Glückwünsche übermitteln für Ihre* *Glückwünsche übermitteln für Ihre* *Ernennung zu dem wichtigen Amt des Präsidenten der Banco del Estado. Ich hoffe, daß die engen Beziehungen zwischen der von mir vertretenen Gruppe deutscher Banken und Ihrer geschätzten Bank wie bisher fortgesetzt werden und in der Zukunft noch verstärkt werden können".*

(Zitate aus „ila-info" 39, Oktober 1980).

Lateinamerika-Kommission

Peruanische Linke

Ein neuer Versuch zur Einheit

Unter dem Namen Izquierda Unida, Vereinigte Linke, und unter den Köpfen der Nationalhelden Manco II und Tupac Amaru (beide Inkaführer, die Aufstände gegen die spanischen Eroberer leiteten), Mariategui (Mitbegründer der KP und führender marxistisch-leninistischer Theoretiker der dreißiger Jahre) und Luis de la Puente (einer der bekanntesten Guerillaführer in den Kämpfen der sechziger Jahre in Peru) – unter diesen Vorzeichen versucht die peruanische Linke erneut, ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Konkreter Anlaß sind die Kommunalwahlen, bei denen im ganzen Land die Bürgermeister der Gemeinden gewählt werden. In Lima hat die gesamte Linke sich auf einen gemeinsamen Kandidaten, Alfonso Barrantes, geeinigt. Seine Kandidatur wird getragen von revolutionären, ML-, revisionistischen, reformistischen und trotzkistischen Gruppierungen. In anderen Regionen des Landes gibt es ähnliche Bündnisse oder zumindest gemeinsame Kandidaturen von einem Teil dieser linken Kräfte.

Dieser neue Versuch für eine Einheit der Linken ist durch verschiedene Faktoren bestimmt und überhaupt erst möglich geworden.

Ein wesentlicher Punkt war das miese Abschneiden der Linken bei den Präsidentschaftswahlen im Mai, nachdem das gemeinsame Wahlbündnis ARI geplatzt war. Das Wahlergebnis hatte deutlich gemacht, daß nur eine vereinigte Linke von den Massen als Alternative zu den bürgerlichen Kräften anerkannt wird und nur gemeinsam eine Chance besteht, den relativ großen Einfluß der Linken bei den realen Kämpfen auch auf der Ebene von Wahlen zum Ausdruck zu bringen.

Das Verhältnis zu bürgerlichen Organisationen und Kräften war einer der entscheidenden Widersprüche gewesen, an dem das Wahlbündnis ARI platzte. Während die ML-Gruppen eine möglichst enge Zusammenarbeit zu bürgerlichen Kräften suchten, lehnten die Trotzkisten eine solche Zusammenarbeit ziemlich prinzipiell ab. Jetzt wurde ausgehandelt, daß die trotzkistischen Gruppen (vor allem die PRT um Hugo Blanco) in denjenigen Komitees der Vereinigten Linken aktiv und direkt mitarbeiten, in denen keine bürgerlichen Organisationen sitzen und ansonsten eine „kritische Unterstützung" betreiben.

Ein weiterer Faktor war, daß die konkreten Ereignisse in Peru nach den Wahlen ein gemeinsames Vorgehen der Linken immer dringender machen. So die Entführung und Ermordung von argentinischen Genossen in Lima durch die Geheimdienste Argentiniens mit peruanischer Unterstützung. Ähnlich wirkte die Welle von Streiks, die die Minenarbeiter, der öffentliche Dienst und Arbeiter verschiedener Branchen durchführten. Die Linke hat ein Komitee für gewerkschaftliche Koordination gegründet, das die Streikkämpfe koordiniert und ein gemeinsames Forderungsprogramm aufgestellt hat.

Solidarität mit den Minenarbeitern

Im August streikten 450 Arbeiter der Mine Canaria-Ayacucho für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und die Wiedereinstellung von 153 entlassenen Kollegen. Am 29.8. wurden sie von ungefähr 50 Polizisten, unterstützt von zivilen Schlägergruppen, überfallen. Sie schossen auf die Arbeiter, töteten drei Kollegen und verwundeten 38 teilweise schwer. Dieser Überfall erinnert an die Praxis, wie sie unter der Militärregierung an der Tagesordnung war. Darüber hinaus wurde das Wasserreservoir für die Mine und das dazugehörige Dorf abgeschaltet, um den Widerstand auf diesem Wege zu brechen. Das Minenhospital war geschlossen worden, und den verwundeten Arbeitern wurde ärztliche Hilfe verweigert. Trotz dieses Überfalls war die Belegschaft bereit, ihren unbefristeten Generalstreik weiter fortzusetzen. Auch die Kollegen, die nicht von Entlassung bedroht waren, nahmen an dem Streik teil. Die umliegenden Dörfer sorgten in gemeinsamen Aktionen für die Verpflegung und Versorgung der Streikenden.

Die FNTMMP (Minenarbeitergewerkschaft Perus) fordert in einem Aufruf die lückenlose Aufklärung des gewaltsamen Übergriffs (der erst jetzt hier bekannt wurde) und die Weiterbeschäftigung der Arbeiter. Zum Schluß heißt es: *„Wo ist die Achtung vor den Menschenrechten und den demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die Präsident Belaunde ständig proklamiert?*

Wer regiert wirklich unser Land? Oder ist es nur so, daß die Unterdrücker unseres Volkes lediglich die Uniform gegen den Anzug ausgewechselt haben."

Für Interessierte:
Peru-Solidaritätsfest
24. Oktober 1980 – 20.00 Uhr
Uni-Mensa Hamburg
Es spielen drei lateinamerikanische Gruppen. Zwei Filme werden gezeigt:
- **„Aus den Bergen in den Bunker" über den Guerillakrieg in Nicaragua**
- **„Camilo Torres"**
  Camilo Torres war Priester, ging in den Untergrund und schloß sich der Guerilla an und fiel im bewaffneten Kampf.

Außerdem: Informationen über Peru und El Salvador

Solidarität Marke SPD
Bolivianischer Konsul entlassen

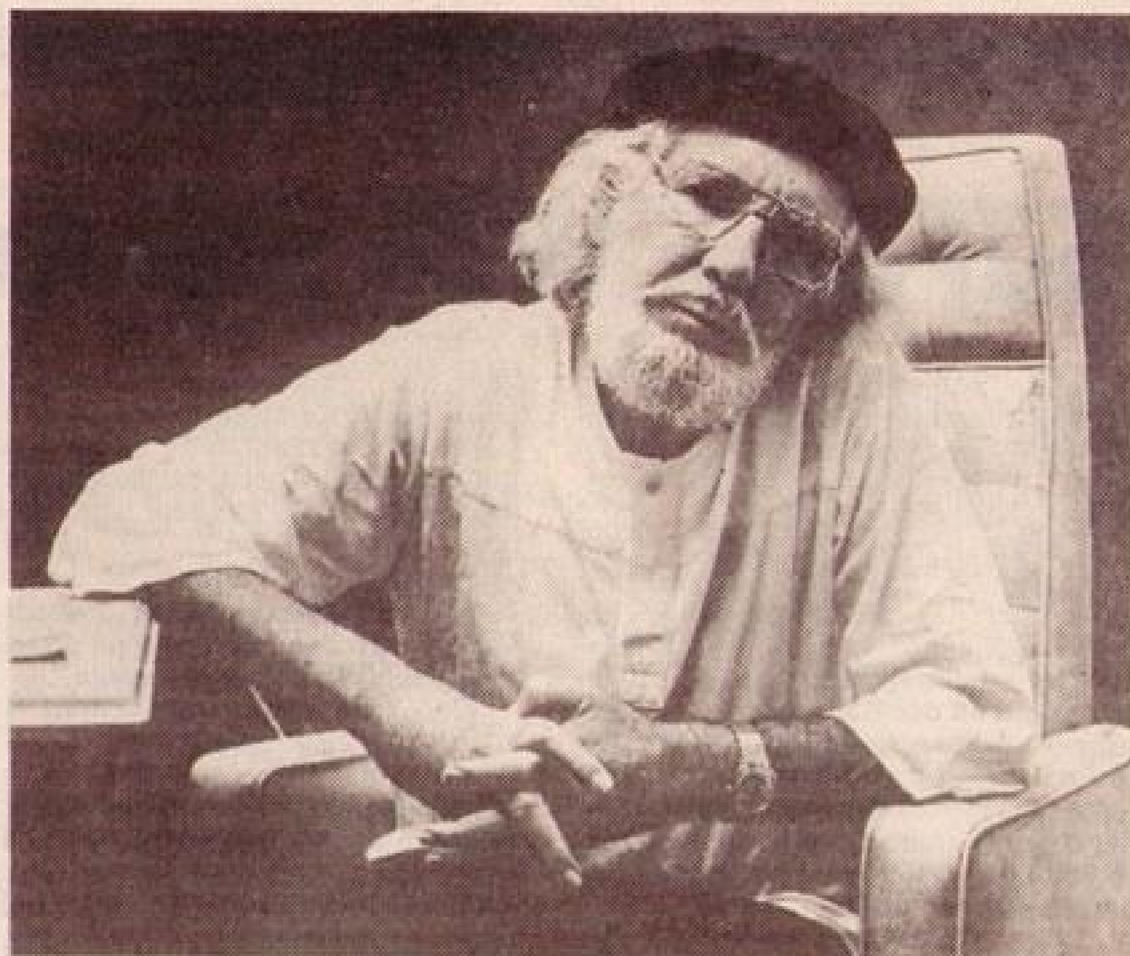
„Wir haben dem Generalkonsul Sanchez persönlich und politisch Solidarität zugesichert. Wir werden es nicht bei verbalen Versprechungen belassen", versicherte Senatssprecher Bissinger Ende August. Nicht nur SPD-Linke wie Freimut Duwe, sondern auch Klose persönlich hatten dem Konsul Unterstützung in seinem Widerstand gegen die bolivianischen Putschisten zugesagt.

Es dauerte jedoch nicht einmal vierzehn Tage, bis die sozialdemokratische Solidarität zusammenbrach bzw. auf rein persönliche Unterstützung für Konsul Sanchez, wie Wohnungsbeschaffung und ähnliches, reduziert wurde. Die wirksame politische Solidarität blieb aus: Am 12.9. wurde Konsul Sanchez seiner Amtsgeschäfte enthoben.

Eine Exequatur (Zulassung als Konsul) muß vom Auswärtigen Amt in Bonn und vom Hamburger Senat entzogen oder „verliehen" werden. Daß die bolivianische Junta Konsul Sanchez absetzen würde, um einen Vertreter des faschistischen Regimes einzusetzen, war völlig klar und voraussehbar. Ebenso klar war, daß es zu einem diplomatischen Konflikt kommen mußte, wenn die westdeutschen Behörden (Außenamt und Senat) dennoch an der Exequatur von Sanchez festhalten. An dem Punkt hätte ja die Solidarität mit den demokratischen Kräften Boliviens und eine Absage an die faschistische Junta erst begonnen. Tatsächlich aber passiert absolut nichts. Nach gängigem internationalen Recht ist das Gastland (also die BRD) verpflichtet, die Vertreter, die irgendeine Regierung bestimmt, zu akzeptieren. Dies gilt in diesem Falle vor allem auch, weil die BRD ihren Botschafter in La Paz nicht zurückgezogen hat.

Diese Tatsache, die völlig normale Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen mit Bolivien, spricht ja sowieso für sich und zeigt, daß keinerlei ernsthaftes Interesse besteht, gegen die Junta vorzugehen. Trotzdem hätte man wenigstens zur demokratischen Imagepflege ein bißchen diplomatisches Gezappel um den Hamburger Konsul veranstalten können. Passiert ist stattdessen gar nichts. Das Außenamt hat Konsul Sanchez abberufen und der Hamburger Senat, der sich wenigstens noch hätte querstellen können, wäscht seine Hände mit Berufung auf Bonn in Unschuld. So berichtete Klose auf einer Veranstaltung, daß der Senat schon frühzeitig in Bonn bezüglich des Konsuls eine Anfrage gestellt habe. Die lapidare Antwort aus Bonn: Da lasse sich nichts machen, sonst müsse man ja auch die Beziehungen zu anderen faschistischen Staaten in Lateinamerika abbrechen. Das überzeugt ...

Friedenspreis für Ernesto Cardenal



Ernesto Cardenal

Die Mienen einiger Gratulanten waren ebenso süß-sauer wie die der Fernsehberichterstatter, als Ernesto Cardenal der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels überreicht wurde. In Hochstimmung dürfte sich auch „unser" Bundespräsident kaum befunden haben, als er Cardenal das obligatorische Glückwunschtelegramm schickte. Der Kulturminister Nicaraguas dankte auf seine Weise, er ließ sich nicht auf die friedliche Idylle festlegen: „Also ich bin Pazifist in dem Sinn, daß ich den Frieden will. Aber der Friede kann eben manchmal nur mit dem bewaffneten Kampf erreicht werden, wie das auch in Nicaragua der Fall war. Waffen sind gut, um sich selbst oder das Eigene zu verteidigen".

Ein weiterer Reporterversuch, den Preisträger, immerhin erklärter Christ, wenigstens zu einer Distanzierung vom Sozialismus zu bringen, schlug ebenso fehl: „Der Sozialismus ...ist nicht das Reich Gottes, die perfekte Gesellschaft. Er ist ein Schritt dorthin,vor allem aber ein Fortschritt gegenüber dem puren Kapitalismus, einer egoistischen Gesellschaft des Wettbewerbs, in der Menschen Wölfe für Menschen sind. Der Sozialismus ist ein Schritt in eine Gesellschaft, die brüderlicher und gemeinschaftlicher ist".

Beachtlich und erfreulich immerhin, daß in der tristen BRD von 1980 der Buchhandelspreis an einen Ernesto Cardenal geht. Wer übrigens noch kein Cardenal Buch oder wenigstens einige seiner Gedichte gelesen hat, sollte sich das möglichst bald gönnen (relativ gute Auswahl im arbeiterbuch, Grindelhof, Hamburg).

Auszüge aus der Rede Cardenals in Frankfurt am Main

Zu Beginn möchte ich dem Stiftungsrat für den Friedenspreis und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die Auszeichnung mit diesem berühmten Preis danken, der immer Persönlichkeiten von weltweitem Ruf zuerkannt worden ist. Ich verdiene ihn nicht. Aber ganz sicher verdient ihn mein Volk. In meinen Augen ist dieser Friedenspreis durch meine Person an mein Volk verliehen, und im Namen meines Volkes bin ich gekommen, ihn in Empfang zu nehmen. Die Geldsumme, die mit diesem Preis verbunden ist, wird meinem Volk zugute kommen.

Ich halte es für bedeutsam, daß dieser Friedenspreis mir, einem Mann zugesprochen wurde, der den bewaffneten Kampf seines Volkes verteidigt und besungen hat. Und es ist tatsächlich so, daß wir mit diesem Kampf den Frieden gesucht haben. Diesen Frieden haben wir jetzt errungen. Den wirklichen Frieden, der nicht nur Abwesenheit des Krieges bedeutet. Den Frieden, den die Hebräer Shalom nannten und der auch

Hebräer Shalom nannten und der auch

Gerechtigkeit ist, das friedliche Zusammenleben des einen mit dem anderen, wo jeder seinen Wein in Frieden erntet, die Aussöhnung mit dem Nächsten, die Brüderlichkeit. Diesen Frieden — Shalom — konnten die Menschen, der Bibel zufolge, auch mitten im Krieg haben. Es konnte sogar sein, daß wegen dieses Friedens Krieg geführt wurde. Es ist der Frieden Jesu, der seine Jünger mit dem Wort Shalom — „Der Friede sei mit euch" — grüßte, der aber auch sagte, er sei gekommen, das Schwert zu bringen. Es ist der Friede, den es ohne Gerechtigkeit nicht geben kann, der untrennbar mit der Gerechtigkeit verbunden ist. Es gibt einen Psalm, in dem es heißt: „Gerechtigkeit und Frieden küssen sich."

In meinem Land hat es eine Revolution gegeben, die dazu geführt hat, daß sich jetzt der Frieden und die Gerechtigkeit küssen. Es ist ein Frieden, der durch einen sehr harten Kampf erreicht wurde, einen Kampf, der Nicaragua zurückließ wie Deutschland nach dem Weltkrieg.

Es war falsch und verfehlt, daß sich gewisse Hirten der Kirche dazu hergaben, die Waffen der Unterdrücker zu segnen. Aber es ist etwas anderes und sogar völlig Gegensätzliches, die Waffen der Unterdrückten zu segnen. Zum ersten, weil die einen dazu dienen, die Unschuldigen anzugreifen, und die anderen, die Unschuldigen zu verteidigen. Und zum zweiten, weil es sich um sehr ungleiche Waffen handelt. Das Schwert Goliaths zu segnen ist nicht dasselbe, wie die Schleuder Davids zu segnen. Mir kommt dieser Vergleich in den Sinn, weil, während Somoza die aufständische Stadt León mit weißem Phosphor bombardieren ließ, der Bischof von León durchs Telefon und mitten im Bombenlärm dem Journalisten einer internationalen Nachrichtenagentur zuschrie: „Dies ist ein so ungleicher Kampf wie der zwischen David und Goliath." Aber genau wie in der Bibel besiegte in Nicaragua David den Goliath.

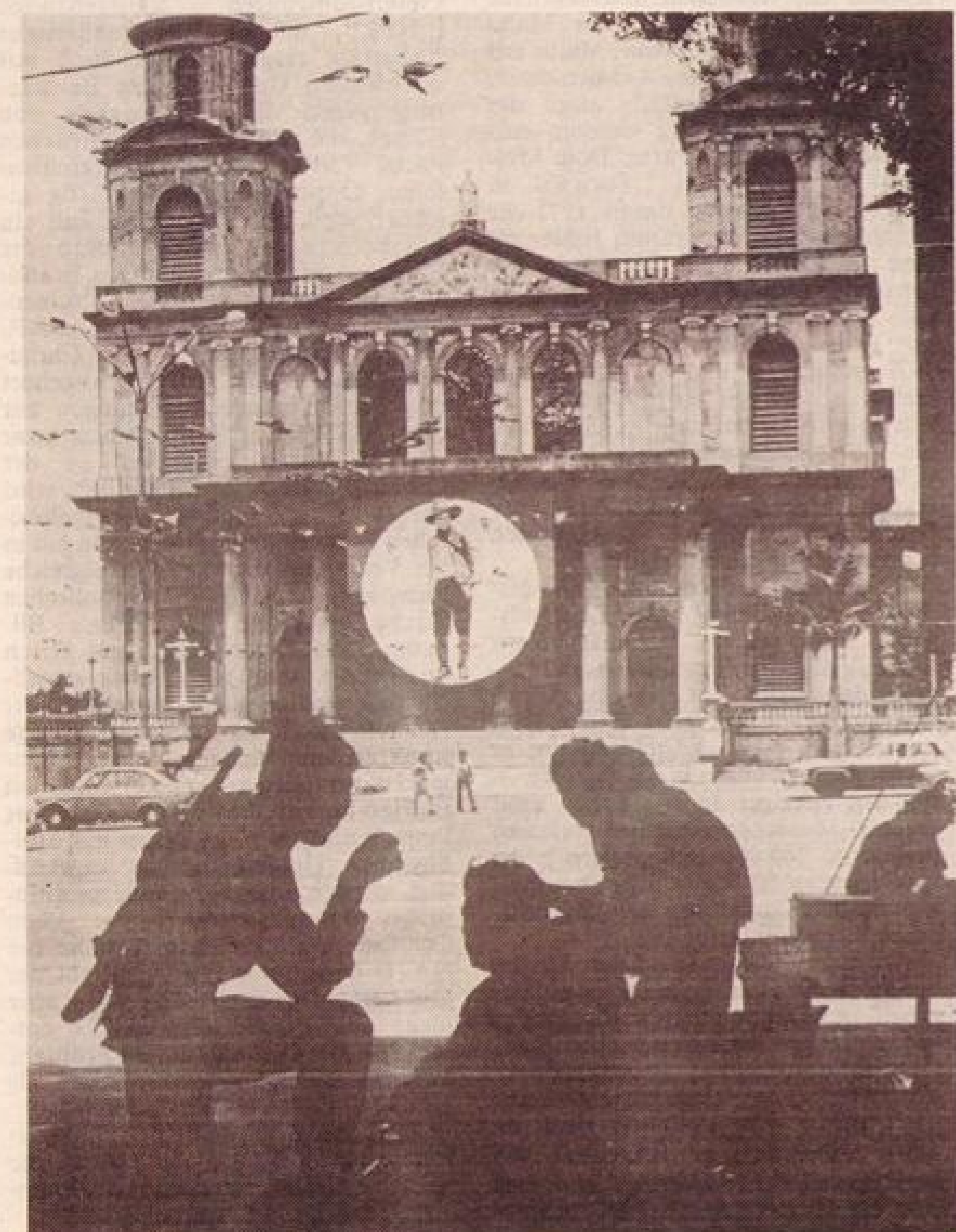
Es gibt Christen, die kompromißlose Pazifisten sind, vor allem in den Vereinigten Staaten, und einige von ihnen sind meine Freunde. Aber ihre Haltung

sind meine Freunde. Aber ihre Haltung

stimmt nicht mit der Bibel überein. Die Bibel segnet das Schwert des Holofernes in dem Augenblick, in dem es von Judith geschwungen wird. Ein nordamerikanischer Jesuit, der ein Freund von mir und einer dieser kompromißlosen Pazifisten ist, schrieb mir einen offenen Brief, in dem er meine Verteidigung des sandinistischen Kampfes verurteilt und mir sagt, kein noch so hohes Prinzip wiege soviel wie das Leben eines einzigen Kindes. Ich habe ihm geantwortet, damit sei ich vollkommen einverstanden, die Sandinisten kämpften für das Leben von Tausenden von Männern und Frauen, Alten und Kindern, die Tag für Tag ermordet werden, und kein noch so hohes Prinzip, nicht einmal das des kompromißlosen Pazifismus, wiege soviel wie das Leben eines einzigen dieser Kinder.

(...)

Der spanische Schriftsteller Quevedo hat einmal gesagt, es gebe nichts Schrecklicheres für ein Volk als die Tyrannei. Sie sei schlimmer als der Bürgerkrieg, weil sie der zur Herrschaft erhobene Bürgerkrieg sei. Wir haben fast ein halbes Jahrhundert lang diesen zur Herrschaft erhobenen Bürgerkrieg erlebt. Der Krieg, durch den wir uns davon befreit haben, war kein Bürgerkrieg, wie fälschlich oft behauptet wurde, sondern ein Befreiungskrieg. Und dieser Krieg hat uns den Frieden gebracht.



Die Kathedrale von Managua – heute

(...)

Wir haben nun einen Krieg beendet und sofort einen neuen begonnen. Vor kurzem begannen die nicaraguanischen Zeitungen, neue Kriegsberichte zu veröffentlichen. Einer von ihnen lautete: „Die verschiedenen Taktiken, die wir nach sorgfältiger Planung einsetzten in unserem Kampf gegen die Unwissenheit, zeitigten einen so nachhaltigen und durchschlagenden Erfolg, daß die Kampfmoral unserer Truppen in hohem Maße gestärkt wurde." Und ein anderer: „Nach intensiver Erkundung der Kampfzone gelang es uns, das vom Feind hinterlassene Potential des Analphabetismus aufzuspüren. Nach Überwindung verschiedener, von der inzwi-

windung verschiedener, von der inzwi-

schen vernichteten imperialistischen Reaktion geschaffener Hindernisse, die unsere Moral hätten untergraben können, haben wir uns von neuem in den Kampf gestürzt, der schon die ersten Früchte trägt." Und ein dritter: „Wir sind fest entschlossen, den Kampf von neuem aufzunehmen, bis der Feind vollkommen vernichtet ist." Und weiter: „Wir haben alle Gegenden, in denen der Feind, die Unwissenheit, unserem Angriff widerstand, belagert. Wir haben die Situation unter Kontrolle dank unseres Schnellfeuers aus Buchstaben und Liebe, und wo wir noch auf Widerstand stoßen, beseitigen wir ihn Schuß um Schuß." In einem anderen dieser neuen Kriegsberichte heißt es: „Unsere unerbittlichen Angriffe werfen den Feind immer mehr zurück. Die Feinde unserer Revolution sollen wissen, daß der Kampf, und sei er noch so hart, weitergeht, bis die Unwissenheit besiegt ist." Und ein weiterer: „Wir führen einen harten Kampf gegen unseren Feind, die Unwissenheit. Um auch den letzten Widerstand zu beseitigen, greifen wir schon ab 2 Uhr nachmittags an. Die heftigsten Kämpfe finden jedoch jeden Nachmittag zwischen 4 und 6 Uhr statt." „Wir haben dem Feind hart zugesetzt, da wir Waffen von großer Durchschlagskraft einsetzten, wie zum Beispiel: A E I O U. Selbstverständlich verbreiteten diese Waffen Angst und Schrecken im feindlichen Lager."

Diese Schlacht ist nun gewonnen. Mehr als die Hälfte der nicaraguanischen Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben. In fünf Monaten alphabetisierte die eine Hälfte die andere. Tausende von jungen Leuten verstreuten sich über das ganze Land, bis in die entlegensten Dörfer, die dichtesten Wälder, die unzugänglichsten Berge, oft unter großen persönlichen Opfern. Sie lebten bei den Bauern, aßen wie sie, tranken wie sie und arbeiteten mit ihnen so lange, bis alle diese entlegenen Gebiete zu vom Analphabetismus befreiten Territorien erklärt werden konnten. Diese Jugendlichen, Jungen und Mädchen, lehrten nicht nur, sie lernten auch von den Bauern. Das Allerwichtigste: Sie wurden Brüder. Die jungen Alphabetisatoren wurden von den Bauern, in deren Häusern sie lebten, Sohn oder Tochter genannt, und sie nannten sie ihrerseits „Papa" und „Mama". Wenn sie dann in ihr altes Zuhause zurückkehrten, wußten sie, daß sie ein neues Zuhause gefunden hatten, eine neue Familie: einfach, arm und bäuerlich. Das ganze Land wurde seit diesem großartigen Kreuzzug der Alphabetisierung zu einer einzigen großen Familie. All dies war ein Sieg der Liebe.

(...)

Wir haben einen neuen Staat, demokratisch und vom Volk getragen, in dem die Bevölkerung täglich am öffentlichen Leben teilnimmt. Das Volk äußert frei seine Meinung. Es stellt seine Forderungen durch viele Gremien und alle öffentlichen Kommunikationsmittel, auf Versammlungen oder durch die Wahl von Vertretern in offenen Stadträten und so weiter. Es gibt Radioprogramme, in denen die Regierungsvertreter Anfragen oder Beschwerden beantworten, die ihnen die Bevölkerung per Telefon stellt. Das Volk hat durch seine verschiedenen Organisationen Einfluß auf die zur Rationalisierung unserer verfügbaren Mittel notwendige wirtschaftliche Planung. Wir haben eine Regierung der nationalen Einheit, mit anderen Worten, ein Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Mittelschicht und kapitalistischen Eigentümern. Unsere Außenpolitik zielt auf Freundschaft mit allen Völkern und freundschaftliche Beziehungen zu allen Regierungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung. Früher hatte Nicaragua praktisch keine Außenpolitik; sie wurde in Washington gemacht.

All dies wurde — wie könnte es anders sein — von einem großen kulturellen Wiedererwachen begleitet. Wir wollen erreichen, daß die Kultur nicht mehr einer kleinen Elite, sondern dem ganzen Volk gehört. Überall entstehen Kulturhäuser, fast immer durch die spontane Aktion des Volkes selbst. Unsere Folklore, die früher halb vergessen



war, ist überall in außergewöhnlicher Weise zu neuem Leben erwacht. Die Produktion neuer Dichtung ist erstaunlich. Es gibt Dichterwerkstätten, in denen Zimmerleute und Maurer die richtigen Techniken lernen, um gute moderne Poesie zu schreiben, und ihre Gedichte sind tatsächlich von ausgezeichneter Qualität, so gut wie sie früher nur die Dichter unserer literarischen Elite schrieben. Es gibt Dichterwerkstätten in den Armenvierteln, in den Fabriken, in der Armee und selbst bei der Polizei. Ich glaube, Nicaragua ist das einzige Land der Welt, in dem von der Polizei Gedichte veröffentlicht werden. Überall entstehen Volkstheater, deren Mitglieder hauptsächlich Arbeiter und Bauern sind; das gleiche geschieht mit Gesang und Musik. Wir wollten ein fröhliches Land, ein Land, in dem die Menschen singen und tanzen, und das haben wir erreicht. Das Volk hat bereits seine ersten Wandmalereien. In vielen Gemeinden werden kunstgewerbliche Gegenstände hergestellt von hoher Qualität. Wahrhaftig, unser Volk hat sich die Kultur wieder angeeignet, von der es früher ausgeschlossen war und die jetzt ihm gehört, so wie ihm das Land gehört und sein eigenes historisches Geschick.

(...)



Wir glauben daran, daß es auf der Welt einen neuen Menschen geben wird. Alle Programme unserer Regierung, von denen ich Ihnen hier erzählt habe, werden durchgeführt, um ihn in Nicaragua zu schaffen. So viele haben ihr Leben dafür geopfert. Was wir jetzt haben, ist Frucht unendlicher Leiden.

Es ist die Frucht vieler heroischer Taten. „Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein, wenn es aber stirbt, wird es viel Frucht bringen." Wir Christen finden einen österlichen Sinn in der jüngsten Geschichte unseres Landes, nämlich den von Tod und Auferstehung. Damit hat sich auch unser theologisches Denken vertieft, und unsere Gottesdienste sind neu belebt worden. Für uns Christen bedeutet die Teilnahme an dieser Revolution Treue zu Jesus Christus.

Eine Revolution ist eine gesellschaftliche Veränderung, das gleiche, was in der griechischen Sprache des Evangeliums *metanoia* heißt: eine Änderung der gesamten Haltung, eine Umkehr, wie das Wort gewöhnlich übersetzt wurde. Unsere Revolution war genau dies: eine große Veränderung, eine Umkehr zur Liebe.

Für viele unter Ihnen hat das Wort „Revolution" keinen guten Klang. Aber Revolution ist das gleiche wie Evolution. Die sozialen Revolutionen sind eine Fortsetzung der Evolution der Erde und des ganzen Weltalls. Die Evolution macht Sprünge. Diese Sprünge sind in der Geschichte der Menschheit die Revolutionen.

Ich erbitte von Ihnen und von der ganzen Welt Hilfe für die Revolution, die in unserem Land stattfindet. Es ist nur ein kleines Land, aber auch dort muß das Himmelreich geschaffen werden. Mit diesem Ziel bin ich gekommen, um den Friedenspreis in Empfang zu nehmen: von diesem Podium aus Ihnen und der ganzen Welt zu berichten, was in Nicaragua geschieht. In vielen Ländern läuft eine Kampagne der Fehlinformation gegen uns und ein Boykott des Schweigens. Ich bitte Sie auch um Solidarität und Hilfe für das Volk El Salvadors, das in der Nachfolge Christi und so, wie es vorher in Nicaragua geschah, sein Leben für die Gerechtigkeit opfert. Ich bitte Sie darum, bei dieser Befreiung mitzuhelfen wie auch bei allen anderen Befreiungen, die kommen werden, weil sie dem gleichen Gesetz gehorchen, das auch die Sterne lenkt, dem Gesetz der Schwerkraft, dem Gesetz der Anziehungskraft, dem Gesetz der Liebe selbst.

Irak
auf dem Weg zur Atombombe

Bomben auf das irakische Atomforschungszentrum in Bagdad - eine von vielen Schlagzeilen in den letzten Wochen. Worum geht es bei der irakischen „Atomforschung"?

Nachdem bereits im Juli 1969 die Sowjetunion und Irak ein Abkommen über die „Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie" abgeschlossen hatten, in deren Verlauf die SU auch einen kleinen Forschungsreaktor (2MW) lieferte, bekam das irakische Atomprogramm 1975 den entscheidenden Auftrieb durch ein Abkommen mit Frankreich, das am 18. November unterzeichnet wurde.

„Das Abkommen sieht vor, daß Frankreich ein Kernforschungszentrum im Irak errichtet, die Ausbildung irakischer Wissenschaftler und Techniker in Frankreich übernimmt und den Irak beim Bau von Kernkraftwerken unterstützt" (Atomwirtschaft, 1/76).

Viel mehr ist über dieses Abkommen niemals bekannt geworden, *„von Anfang an bestanden die Iraker auf einem Höchstmaß an Geheimhaltung. Über das außenpolitisch so folgenreiche Abkommen ist deshalb in der Nationalversammlung niemals debattiert worden. Ratifiziert wurde das Abkommen durch Gegenzeichnung der Außenminister"* (FAZ, 23.7.80). Entsprechend nahm auch die französiche Presse zunächst kaum Notiz. Folgendes ist bisher bekannt:

Unter dem Codewort „Osirak" entsteht südlich von Bagdad an der Straße nach Basra unter scharfen Sicherungs- und Geheimhaltungsvorkehrungen das irakische Kernforschungszentrum. Es gilt als das größte und bedeutendste atomare Forschungszentrum der arabischen Welt (nach SZ, 14.1.78 und Welt, 17.1.78).Frankreich liefert die beiden Forschungsreaktoren. Der größere, ursprünglich „Osiris", später nach dem mesopotamischen Fruchtbarkeitsgott (!) „Tamuz 1" genannt, hat eine Leistung von 70 Megawatt, genug, um eine Großstadt mit Strom zu versorgen. „Isis", jetzt „Tamuz 2," dient als Hilfsanlage. „Tamuz1" ist der größte Forschungsreaktor, der bisher gebaut wurde. Nur im französischen Atomforschungszentrum Saclay bei Paris befindet sich eine solche Anlage. Der Schah von Iran hatte, nach der ersten indischen Atomexplosion im Mai '74, einen gleichstarken Reaktor geordert. Mit seinem Sturz wurde der Auftrag hinfällig.

Das Projekt „Osirak" dürfte der französichen Industrie – Bauten und Infrastruktur eingeschlossen – 1,5 Milliarden Dollar einbringen. Einige hundert Franzosen arbeiten seit vier Milliarden Dollar einbringen. Einige hundert Franzosen arbeiten seit vier Jahren im Irak am Aufbau der Reaktoren. In den französichen Forschungszentralen und Hochschulen werden Dutzende von irakischen Physikern in Nuklearwissenschaft und -technologie eingeweiht. Im Forschungszentrum Osirak sollen in Zukunft 600 irakische Techniker und Wissenschaftler ausgebildet werden.

Ende dieses Jahres wird Osirak fertig sein, Anfang 1981 beginnt die Anlage zu arbeiten. „Tamuz 2" ist bereits funktionsfähig. Frankreich hat sich verpflichtet, dem Irak „besonders spaltbares Material" zu liefern, 72 Kilogramm hochangereichertes Uran (93 %). 1978 fanden französiche Kernphysiker heraus, daß sich auch schwach angereichertes Uran (7%), sogenanntes „Caramel", als Reaktormaterial für „Tamuz 1" eignen würde. Der Forschungsreaktor in Saclay wird seit Ende 1979 damit betrieben. Doch die Iraker, die 1968 - also mit als erste - den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben, weigerten sich, anstelle des hochangereicherten Urans, des Grundstoffs für Atombomben, das militärisch harmlose „Caramel„ zu nehmen. Frankreich lieferte inzwischen erste Teile des brisanten Stoffes (Angaben nach FAZ, 23.7.80).

Israel schlägt zurück

Im wesentlichen auf israelische Initiative kam das Thema dann im Juli dieses Jahres wieder in die internationale Presse, und zwar anläßlich der ersten Lieferung des umstrittenen Urans an den Irak. Israel drückte seine „ ernste Besorgnis" darüber aus, daß damit Irak zum Nuklearsprengstoff für 8 Atombomben verholfen werde. Die israelische Regierung leitete diplomatische Schritte ein, um Frankreich an der Lieferung zu hindern, u.a. erhoffte man sich von den USA Unterstützung gegen die Exportpolitik Frankreichs. Diese Hoffnung ist wohl herb enttäuscht worden, jedenfalls meldete die ZEIT vom 8.8.80: *„Paris hat ohnehin unerwartete Schützenhilfe bekommen: Der amerikanische Präsident Carter hat die Lieferungen an den Irak grundsätzlich gutgeheißen".*

Daß Israel durchaus bereit ist, auch andere als „diplomatische" Wege zu beschreiten, um Irak als atomaren Kontrahenten auszuschalten, zeigen die vergangenen Versuche des israelischen Geheimdienstes, durch Kommandounternehmen dem irakischen Atomprogramm schwere Rückschläge zuzufügen.

So z.B. im April '79, wenige Tage vor der Verschiffung wichtiger Teile für „Tamuz 1" und „Tamuz 2". In der Nacht zum 6. April 1979 drangen die Saboteure in eine Halle der „Constructions Navales et Industrielles de la Mediterranee" (CNIM) in der Nähe von Toulon ein, nachdem sie das Warnsystem außer Betrieb gesetzt und das Hallentor mit einem Nachschlüssel geöffnet hatten. Sie zerstörten die transportbereiten Kernstücke für den irakischen Reaktor, die sogenannten „Bienenkörbe". durch genau berechnete Sprengladungen. Das britische Nachrichtenmagazin „NOW" bestätigte nach Angaben der FAZ (23.7.80) unter Berufung auf „Geheimdienstquellen in Paris": Die professionell ausgeführte Operation war das Werk einer achtköpfigen Gruppe des israelischen Geheimdienstes Mossad. Die Israelis hätten, laut „NOW", sogar vorgehabt, die „Bienenkörbe" zu stehlen und über Marseille aus dem Land zu bringen. Dafür hätte aber die Zeit zwischen den Wachrunden nicht ausgereicht.

Vor knapp vier Monaten mußte das irakische Atomprogramm einen weiteren Rückschlag hinnehmen: Am 14. Juni wurde der ägyptische Kernphysiker Jachja al Meschad in seinem Hotelzimmer in Paris umgebracht. Der 48 Jahre alte Meschad, in den USA und der SU ausgebildet und mehrere Jahre lang der Kopf des ägyptischen Atomprogramms, war Leiter der irakischen Atomenergiebehörde. Jachja al Meschad war Anfang Juni nach Paris gekommen, um die erste für den Irak bestimmte Ladung hochangereicherten Urans zu prüfen und sich mit den Sicherheitsmaßnahmen beim Umgang mit dem gefährlichen Material vertraut zu machen. Es war nicht sein erster Besuch in Paris. Schon im vergangenen Dezember war in einem Pariser Hotel ein Sprenstoffanschlag auf ihn verübt worden. Hotel ein Sprenstoffanschlag auf ihn verübt worden.

Die Polizei hielt den Mord vier Tage lang geheim. **Die einzige Zeugin des Mordes, eine Prostituierte, kam kurz danach – noch ehe sie ihre Aussage machen konnte – bei einem „banalen Verkehrsunfall" auf dem Boulevard Saint Germaine ums Leben!** Die Eltern der Toten hatten in den Tagen vorher Drohanrufe erhalten.

Der israelische Rundfunk frohlockte nach Bekanntwerden der Ermordung al Meschads, das irakische Atomprogramm sei damit um zwei Jahre verzögert. *„Nach Ansicht von Fachleuten ist das unrealistisches Wunschdenken"* (Zitat und Angaben aus FAZ, 23.7.80).

Verhilft die BRD dem Irak zur Bombe ?

Frankreich bestreitet entschieden, dem Irak durch seine „technologische Hilfe" über eine wesentliche Schwelle auf dem Weg zur Atommacht geholfen zu haben. Es verweist auf die Tatsache, daß Irak zu den ersten Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrages gehört, im Gegensatz zu Israel, das dem Vertrag überhaupt nicht beigetreten ist. Der Irak unterwerfe sich auch den darin vorgesehenen Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO). Im französich-irakischen Abkommen vom 18. November 1975 habe sich Bagdad noch einmal verpflichtet, alles gelieferte Material diesen Inspektionen zu unterstellen. Außerdem sei zum Bau einer einzigen Bombe 20 kg nötig, während selbst der größere Osiris-Reaktor mit einer Ladung von 15.5 kg auskomme. Eine neue Ladung werde aber stets erst nach Verbrauch der alten geliefert (SZ, 31.7.80).

Das ist natürlich alles eine totale Verschleierung der Tatsachen. Zum einen widersprechen verschiedene Fakten der Behauptung, daß es der irakischen Regierung ausschließlich um die „friedliche Nutzung" geht: Die strenge Geheimhaltung des Projekts, die Ablehnung des militärisch uninteressanten schwach-angereicherten Kernbrennstoffs, letztlich auch die insgesamt aggressive Politik des irakischen Regimes. Zum anderen sind die irakischen Atomforscher gar nicht darauf angewiesen, ihre Atomwaffen aus dem gelieferten Uran zu gewinnen; das wäre gar nicht mal besonders klug, da sie dann ihren Reaktor nicht betreiben könnten. Der sinnvollere Weg zur A-Bombe wäre die Produktion von Plutonium, was sozusagen als „Abfall" beim Betrieb des „Tamuz 2" entstehen wird. Allein der eine Versuchsreaktor würde den Grundstoff für mehrere Atombomben pro Jahr liefern. Das bedeutet, auch ohne das hochangereicherte Uran aus Frankreich wäre der Irak in absehbarer Zeit in der Lage, nukleare Waffen zu produzieren.

Allerdings sind zu einer entsprechenden Verarbeitung der abgebrannten Kernladungen zusätzliche technische Apparaturen notwendig, die nicht einmal Frankreich zu liefern bereit war.

Um das beim Abbrand antstehende Plutonium aus den Brennelementen herauszulösen, werden für eine Bearbeitung sogenannte „heiße Zellen" benötigt. Diese „Handschuhkästen", wie sie von Atomliebhabern auch genannt werden, sind abgeschirmte Betonkästen mit Sichtfenstern, in denen über Fernsteuerung mit radioaktiven Substanzen hantiert werden kann.

Solche „heißen Zellen" bekam der Irak schließlich doch – und zwar aus der Bundesrepublik Deutschland ! Die westdeutsche Firma hat es dabei geschickt verstanden, internationales Aufsehen zu vermeiden: Am 26. November 1979 lieferte die bundesdeutsche Firma NUKEM mehrere „heiße Zellen" und eine Ladung von insgesamt 10 Tonnen Uran, davon 4 t Natururan und 6 t bereits verarbeitetes Uran nach Italien. Dort lagerte die Lieferung nur wenige Tage und wurde dann von Rom aus in den Irak verschifft. Der NUKEM-Geschäftsführer bestreitet selbstverständlich, von dem zweiten Teil des Geschäfts etwas gewußt zu haben (nach SPIEGEL, 28.4.80).

Dieser Trick ermöglichte es der BRD, ohne Einschaltung des Außenministeriums ein äußerst heikles Exportgeschäft abzuwickeln, da es als „innereuropäische" Transaktion nur die europäische Atombehörde (EURATOM) interessierte. Fazit: als „innereuropäische" Transaktion nur die europäische Atombehörde (EURATOM) interessierte. Fazit:

Frankreich steht unter internationalem Beschuß, während die BRD klammheimlich dem Irak zu den entscheidenden Bauteilen der Atomwaffenproduktion verhilft.

Auch über einen anderen Weg haben die BRD-Imperialisten ihre Finger im irakischen Atomprogramm: Am 5. Januar unterzeichneten Vertreter des Irak und Brasiliens einen Kooperationsvertrag, der vor allem den Bau zweier AKWs sowie die Lieferung technischer Ausrüstung und „leicht angereicherten" Urans an den Irak vorsieht. Brasilien selbst ist allerdings zur Einhaltung eines solchen Vertrages überhaupt nicht befähigt, erst der deutsch-brasilianische Atomvertrag kann die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen. Denn Bestandteil dieses Vertrages ist nicht nur die Lieferung fertiger AKWs, einer Urananreicherungsanlage usw., sondern auch verschiedener Fabrikationsanlagen und des notwendigen technischen knowhows, um in Brasilien Brennelemente und zum Schluß sogar ganze AKWs selbst produzieren zu können. Bei dem brasilianisch-irakischen Atomvertrag handelt es sich also zum Teil um einen versteckten AKW-export aus der BRD in den Irak. Es ist zudem kaum warscheinlich, daß Brasilien derart weitgehende Geschäfte o h n e vorherige Konsultation und Zustimmung der BRD-Imperialisten abschließt.

Irak ist ein Musterbeispiel dafür, was unter der vielbeschworenen „Nichtverbreitungspolitik" der Imperialisten zu verstehen ist: Atomare Aufrüstung von immer mehr der ehrgeizigsten und aggressivsten Staaten der 3. Welt.

KB/Gruppe Nürnberg

Malta — weg von Libyen, hin zur EG

Mitte September wurde zwischen Malta und Italien ein Abkommen getroffen, in dem Italien sich verpflichtet, die Neutralität Maltas zu garantieren. Auch Verhandlungen mit Frankreich sind im Gespräch. Die maltesische Regierung, die im März 1979 die letzten britischen (und somit NATO-) Truppen aus dem Land schickte, hatte sich seit Beginn der 70er Jahre mit Libyen verbündet. Nach einer Verschlechterung der libysch-maltesischen Beziehungen hat Malta jetzt der NATO wieder eine Hintertür geöffnet, denn die italienische Regierung handelte „im Auftrag vor allem der Partner der Europäischen Gemeinschaft", die Neutralitätsgarantien werden von der gesamten EG getragen und Italien wird im Falle einer Bedrohung der Mittelmeerinsel „erst dann mit 'geeignet erscheinenden Mitteln' aktiv, wenn dies mit seinen Partnern in der EG und der NATO vereinbart ist" („SZ", 17.9.80). Eine „Unterstützung militärischer Natur" wird nicht ausgeschlossen.

In dem Abkommen verpflichtet sich Malta, keinem Militärblock beizutreten, keine fremden Truppen auf seinem Boden zu dulden und seine Häfen weder der amerikanischen noch der sowjetischen Flotte zur Verfügung zu stellen. *„Möglicherweise muß Malta seinen erst vor vier Monaten unterzeichneten Verteidigungspakt mit Libyen und sein Militärhilfeabkommen mit der Sowjetunion kündigen"* („Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 17.9.). Neben der Neutralitätsgarantie wird Italien Malta wirtschaftliche und finanzielle Hilfe von etwa 44 Mio. DM jährlich gewähren; der italienische Energiekonzern ENI wird die bisher von Libyen wahrgenommene Versorgung Maltas mit Erdölprodukten sichern, wahrscheinlich Bohrkonzessionen im maltesischen Schelfgebiet erhalten und, falls Öl entdeckt wird, dieses in Italien raffinieren.

Mit diesem Abkommen übernimmt Italien eine Rolle, die bisher Libyen innegehabt hat, mit dem Unterschied, daß hinter Italien gleich die EG und die NATO steht, und damit die von Malta lange angestrebte Blockfreiheit ins Wanken gerät.

Malta war von 1814 bis 1964 britische Kolonie und wurde von den Briten als „unversenkbarer Flugzeugträger" (Churchill) in beiden Weltkriegen benutzt. 1956 während der Suez-Krise waren noch 10.000 britische Soldaten auf Malta stationiert. Suez-Krise waren noch 10.000 britische Soldaten auf Malta stationiert. Während des zweiten Weltkrieges wurden bei deutschen Luftangriffen 16.000 Tonnen Bomben über Malta abgeworfen. Ab 1965 war Malta das NATO-Hauptquartier Mittelmeer. Um nicht im Kriegsfalle eines der ersten Angriffsziele zu werden, entwickelte die Labour-Partei Dom Mintoffs ihr Programm „Forward in Peace" und gewann damit 1971 die Wahlen. Dieses Programm beinhaltet eine stärkere Orientierung an der sogenannten Dritten Welt und vor allem eine strikte Blockfreiheit. 1972 wurde den Briten der Stützpunkt zum Jahr 1979 gekündigt und die Nutzungsrechte ab sofort eingeschränkt; es wurde beschlossen, daß im Kriegsfalle die Stützpunkte überhaupt nicht benutzt werden dürften. Das NATO-Hauptquartier wurde geschlossen, der NATO-Kommandeur ausgewiesen („Extradienst", Juli 1977).

In der Folgezeit bemühte sich Malta um Neutralitäts- und Beistandspakte mit seinen Nachbarländern Libyen, Algerien, Frankreich und Italien; Malta selbst hat nur eine Armee von 800 Mann mit acht Patrouillenbooten und zehn Hubschraubern; es ist ein armes Land ohne Rohstoffe — seit den vierziger Jahren haben rund 140.000 Menschen die Insel verlassen (bei heute 340.000 Einwohnern!); die Insel lebte zu 60 % des Staatshaushaltes von den Einnahmen aus den britischen Stützpunktgeldern.

Doch als einziges Land war Libyen bereit, die Vorschläge zur Zusammenarbeit zu akzeptieren: Ein blockfreies Malta wollten die europäischen Staaten nicht unterstützen. Staatspräsident Mintoff: *„Wären Präsident Ghadafi und das libysche Volk uns nicht zu Hilfe gekommen, so hätte man uns buchstäblich ausgehungert, um uns zum Nachgeben zu zwingen"* („Spiegel", 13/79). So lieferte Libyen seit 1973 Erdöl zu Erstehungskosten; 1975 wurde die Libyan Maltese Holding Company gegründet, in der Libyen 51% der Anteile besitzt — diese Holding beteiligte sich inzwischen an sieben Firmen; Libyen bot weiterhin an, Malta umgerechnet rund 160 Mio. Dm jährlich als Ersatz für die wegfallenden britischen Stützpunktmieten zu zahlen. Dafür durfte Libyen ein Kulturzentrum auf Malta eröffnen und über den maltesischen Sender Arabisch-Programme ausstrahlen.

Doch der libysche Einfluß auf Malta wurde im Westen *„oft überschätzt"* (so der deutsche Botschafter auf Malta). So ist die BRD z.B. Maltas wichtigster Handelspartner — 36 mittlere westdeutsche Unternehmen haben Zweigbetriebe auf Malta. Maltas Abhängigkeit vom Textilexport in die EG-Staaten ist beträchtlich. Textilien machen den größten Teil des maltesischen Exports aus, so daß die drastische Einschränkung des Textilexports durch die EG die wirtschaftlichen Probleme auf Malta verschärft hat.

Streit ums Öl

Ein ständiger Streitpunkt zwischen Malta und Libyen sind die Verfügungsrechte über die Bank von Medina, einem Festlandssockel zwischen beiden Ländern, in dem Öl vermutet wird. Malta erhofft sich eine eigenständige Erdölförderung und damit eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme. Libyen will einen Nutzungsvertrag offensichtlich nur dann ratifizieren, wenn es mehr Einfluß in Malta bekommt (auch die 160 Mio. DM jährlich blieben bisher nur ein Versprechen). Bei einem Besuch Mintoffs in Libyen 1978 wurden ihm von Volkskomitees Forderungen vorgetragen, die die Propagierung des Islam und den Unterricht in Arabisch sowie libyschen Stützpunkte auf Malta vorsehen („LE Monde", 30.8.80).

Im August dieses Jahres gab es einen ernsten Konflikt, als libysche Kriegsschiffe die italienische Bohrinsel Saipem zum Abbruch der Bohrarbeiten aufforderten, die diese im Auftrag Maltas in der Medina-Bank vornahm. Auf diese libysche Drohung hin wies Malta 43 libysche Militärberater aus. Dies allerdings vor dem Hintergrund, daß schon Verhandlungen mit Italien über eine Neutralitätsgarantie im Gange waren.

Schon im Juli war ein libyscher Rundfunksender auf Malta stillgelegt worden; Mintoff erklärte vor dem Parlament, daß Malta künftig kein Öl mehr von Libyen kaufen werde („SZ", 10.7.80). Angeblich hat Malta mehr von Libyen kaufen werde („SZ", 10.7.80). Angeblich hat Malta schon mit Saudi-Arabien sehr günstige Lieferbedingungen ausgehandelt („NZZ", 6.9.80). Die maltesische Regierung reagiert damit auch auf wachsenden Unmut in der Bevölkerung gegen die Abhängigkeit von Libyen, die von der Nationalistischen Partei (NP), der klerikal-faschistischen Oppositionspartei, kräftig geschürt wird. So wurden im Juli ein Bombenanschlag auf das Büro der Libyan Arab Airlines und ein Brandanschlag auf das libysche Kulturzentrum verübt („SZ", 10.7.80). Die NP, die der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) angehört und hervorragende Beziehungen zur CDU/CSU hat, ist im Parlament zwar mit 31 Sitzen gegenüber 34 der Labour-Partei in der Minderheit, wird aber von der Mehrzahl der maltesischen Zeitungen unterstützt und hat in der Vergangenheit relativ erfolgreiche Kampagnen z.B. mit der katholischen Kirche gegen die antiklerikale Bildungs- und Kulturpolitik und durch Streiks der Ärzte gegen einen staatlichen Gesundheitsdienst durchgeführt. Die NP bietet sich selbst als einzige Kraft an, die Malta aus der Abhängigkeit von Libyen wieder enger an Europa heranführen könne. Sie führt ihren Wahlkampf vor allem mit antilibyschen Tiraden und hat angekündigt, wieder Anschluß an die traditionellen Bündnispartner", vor allem Großbritannien, zu suchen, ohne der NATO beizutreten (was vielleicht der Stimmung in der Bevölkerung, aber nicht der Politik der EUCD entspricht). Die Wahlen, die im Frühjahr 1981 stattfinden werden, werden als eine Art „Europawahlen" bezeichnet.

Die jetzige Politik der Labour-Regierung könnte sehr rasch die bisher erreichte nationale Unabhängigkeit wieder in Frage stellen.

Nahost-Kommission

Wie geht es weiter mit der Sozialistischen Konferenz?

Voraussichtlich vom 16. bis 18. Januar 1981 soll die 2. Sozialistische Arbeitskonferenz stattfinden. Dies hat die Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz auf einer Sitzung am 12.7. beschlossen.
Zum Abschluß der 1. Sozialistischen Konferenz (Anfang Mai zum Thema „Ökologie und Marxismus") war als Thema beschlossen worden: „Der herrschende Block und die Alternative der Linken". Dieses Thema hatte damals eine Mehrheit gegenüber dem Vorschlag bekommen, zur wachsenden Kriegsgefahr und der Friedenspolitik der Sozialisten zu diskutieren.
Auf der Sitzung der Koordinierungsgruppe wurde das Thema konkretisiert; „1. Politisch-ökonomische Perspektiven bürgerlicher Herrschaft in der BRD und Alternativen der Linken: 1.1. Interne Reproduktionsbedingungen des 'Modell Deutschland', 1.2. Außenpolitische Situation und Rolle der BRD (BRD und Weltmarkt/BRD und EG/'Blockpolitik' (NATO)/Kriegstendenzen?). 2. Gewerkschaften und soziale Bewegungen" (aus dem ersten Rundbrief zur Vorbereitung der Konferenz).

Die Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung der 2. Sozialistischen Konferenz bestand anfangs aus der Tagungsleitung der 1. Konferenz in Kassel, die sich im wesentlichen aus den Westberliner und Kölner Vorbereitungsgruppen zusammensetzte. Politisch repräsentierte diese die Strömungen um die Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs", des SB, der Sozialistischen Studiengruppen (SoSt, eurokommunistische Richtung) und der verschiedenen Richtungen der aufgelösten „KPD" („41er" und „90er"). Gänzlich herausgefallen sind aus der konkreten Vorbereitung der 2. Konferenz Rudolf Bahro und Rudi Steinke, die Initiatoren der 1. Konferenz (Bahro war die letzte Konferenz offensichtlich nicht grün genug, Steinke hat sich einen Posten im Westberliner Kultusministerium ergattert). Zur Koordinierungsgruppe stießen im Verlauf der Vorbereitungen noch Vertreter des KB und der Z hinzu, die in einer sofort nach der 1. Konferenz gebildeten Hamburger Vorbereitungsgruppe mitarbeiten. Mit diesem politischen Spektrum fanden bisher drei Sitzungen statt.

In Kassel war dazu aufgerufen worden, örtliche Nachbereitungsgruppen der Konferenz zu bilden, die gleichzeitig als Vorbereitungsgruppen für die 2. Konferenz ausgebaut werden sollten. Bisher gibt es in dieser Richtung fest arbeitende Gruppen nur in Westberlin, Köln und Hamburg. In ca. 15 weiteren Städten haben sich bisher mehr oder weniger lockere Gesprächskontakte entwickelt. Dies sind teilweise Diskussionsrunden, die anläßlich der Sozialistischen Konfe- Gesprächskontakte entwickelt. Dies sind teilweise Diskussionsrunden, die anläßlich der Sozialistischen Konfe-renz gegründet wurden, aber noch keine kontinuierliche Arbeit entwikkelt haben, teilweise örtliche linke Diskussionsforen, die die Sozialistische Konferenz mit einbeziehen wollen. **Von einer breit angelegten, nationalen Vorbereitung der 2. Sozialistischen Konferenz kann insofern noch nicht die Rede sein.**

Das breiteste politische Spektrum repräsentiert nach bisherigem Stand die Hamburger Gruppe, in der u.a. Vertreter bzw. Mitglieder von folgenden Organisationen und Gruppen mitarbeiten: Arbeiterpolitik, GIM und andere Vertreter trotzkistischer Vorstellungen, KB, SB, SoSt, Z, unorganisierte Sozialisten und Maoisten, Sympathisanten der „Komitees für Demokratie und Sozialismus", „90er" (ehemals „KPD"). In anderen Städten kommen je nach örtlichen Bedingungen andere Gruppierungen hinzu, insgesamt ist das politische Spektrum jedoch in der Regel eingeschränkter.

Von daher ist die Repräsentanz in der nationalen Koordinierungsgruppe noch sehr eingeschränkt, obwohl *„die Teilnahme an der Koordinierungsgruppe allen lokalen und regionalen Initiativen offen (steht), die ihre Arbeit in bezug zur Sozialistischen Konferenz setzen und an der Vorbereitung der 2. Sozialistischen Konferenz mitarbeiten wollen"* (aus dem ersten Rundbrief).

Die inhaltlichen Kontroversen

Über die Zielsetzung der 2. Konferenz gibt es weit auseinandergehende Auffassungen unter den beteiligten Kräften. Zum Abschluß der 1. Konferenz hatten Vertreter des KB den Vorschlag eingebracht, die 2. Konferenz dem Thema der wachsenden Kriegsgefahr und der daraus erwachsenden Aufgaben der Sozialisten zu widmen. Dagegen stand der schon früher eingebrachte Vorschlag von Bahro: „Der herrschende Block an der Macht und die Alternative der Linken". Dieser Vorschlag wurde ohne weitere Diskussion mit einer Mehrheit von zwei Dritteln angenommen. Die Kölner Vorbereitungsgruppe wurde mit der Ausarbeitung einer Struktur beauftragt.

Der erste Vorschlag der Kölner hierfür sah folgende Gliederung der Konferenz vor:

1. Politische und ökonomische Lage der 80er Jahre;
2. Entwicklung der Reformpolitik der SPD;
3. Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung;
4. Internationale Lage: Krieg oder Frieden;
5. Was heißt herrschender Block?

(Siehe dazu auch unseren Bericht in AK 178).
Dies wurde auf der ersten Sitzung der Koordinierungsgruppe am 17.5. in Westberlin vorgestellt und vorläufig akzeptiert.

Aber schon am 14.6., auf der zweiten Sitzung der Koordinierungsgruppe, wurde dieser Vorschlag wieder umgeworfen.

Insbesondere die Vertreter der SoSt drängten darauf, *„die ganze Konferenz auf Fragen der Gewerkschaftsbewegung zu konzentrieren und die anderen Themen ... darauf zu beziehen."* Der Vertreter der Z schlug vor, *„als Zentralpunkt, von dem aus alle Themen behandelt werden, zu nehmen: Wie kommt die Linke aus der Situation heraus, sich ständig nur in den Scheinalternativen Sozialdemokratie und CDU/CSU zu bewegen, welche Bruchlinien 'bürgerlicher Herrschaft aeuten sich dabei an? Entscheidend sei von da ausgehend die Diskussion über die Fragen der Gewerkschaftsbewegung."* (Zitate aus dem Protokoll der Sitzung vom 14.6.). Von Vertretern des KB wurde daran festgehalten, die Diskussion um die wachsende Kriegsgefahr als eigenständiges Thema beizubehalten. Dies wurde damit begründet, daß diese Problematik in den nächsten Jahren zur entscheidenden Frage der gesellschaftlichen Entwicklung werden wird und die Linke in der Verantwortung steht, hierzu gemeinsame Initiativen zu ergreifen.

Diese Kontroverse spitzte sich schließlich in einer Abstimmung zu, ob die Frage der internationalen Lage und der wachsenden Kriegsgefahr ein eigenständiges Thema auf der 2. Konferenz sein sollte. Von den elf Anwesenden sprachen sich lediglich zwei Mitglieder des KB dafür aus, alle weiteren stimmten dagegen. Zu den thematischen Festlegungen heißt es im Protokoll:

„Beschlossen wurde dann im wesentlichen folgendes:

- *Das Thema bleibt 'Der herrschende Block und die Alternative der Linken'. Das heißt: Alle Teilbereiche sollen ausgehend von der Frage behandelt werden: Wie ist das Verhältnis von Stabilität und Krisenhaftigkeit bürgerlicher Herrschaft; welche 'Bruchlinien' zeigen sich dabei an und wie kann die Linke eine Politik entwickeln, die nicht innerhalb der Alternativen SPD/FDP – CDU/CSU stehenbleibt.*
- *Als erstes soll daher behandelt werden: Scheitern der inneren Reformpolitik der Sozialdemokratie? Mögliche Alternativen?*
- *Das schließt ein, daß Fragen der ökonomischen und politischen Entwicklung der BRD diskutiert werden (als eigenständiges Thema).*
- *Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ...*

Zu den internationalen Fragen wurde beschlossen: Es soll kein eigenständiges Thema 'Sozialistische Friedenspolitik' geben. Es soll aber im Rahmen des Themas 2 ‚Reformpolitik der Sozialdemokratie' über mögliche außenpolitische Alternativen diskutiert werden."

Auf der Sitzung der Koordinierungsgruppe am 12.7. kam es erneut zur Diskussion um die Frage, auf der dann folgender, vorläufiger Kompromiß über die Thematik der 2. Konferenz erzielt wurde:

„1. Politisch-ökonomische Perspektiven bürgerlicher Herrschaft in der BRD und Alternativen der Linken.
1.1. Interne Reproduktionsbedingungen des 'Modell Deutschland';
1.2. Außenpolitische Situation und Rolle der BRD (BRD und Weltmarkt/BRD und EG/ 'Blockpolitik' (NATO)/Kriegstendenzen?)
2. Gewerkschaften und soziale Bewegungen"
(aus dem ersten Rundbrief zur Sozialistischen Konferenz).

Mit der Vorbereitung der verschiedenen Themenbereiche wurden beauftragt:

- Die Westberliner Gruppe mit der Frage der „Reformpolitik" der SPD;
- die Hamburger Gruppe mit der Frage der Gewerkschaftsbewegung;
- die Kölner Gruppe mit der Frage der internationalen Lage.

Die oben angesprochenen Differenzen haben ihre Grundlage in sehr unterschiedlichen Auffassungen darüber, welches die entscheidenden Ansatzpunkte sozialistischer Politik in den nächsten Jahren sein werden.

Die SoSt gehen davon aus, daß eine revolutionäre Politik nur in und mit dem DGB möglich ist. Sie gehen davon aus, daß mit einer weiteren Krisenentwicklung die Gewerkschaften zum entscheidenden Pol einer sozialistischen Entwicklung werden. Deshalb bestünde die Hauptaufgabe der Sozialisten darin, in bezug auf die Gewerkschaften linke Alternativen zu diskutieren.

Tendenziell unterstützt werden sie hierin vom SB und von der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs". Diese neben jedoch stärker noch den Aspekt der Einflußnahme auf die SPD hervor.

Die Z hat in diesen Treffen vor allem hervorgehoben, daß die Linke bisher im wesentlichen die herrschende Gesellschaftsordnung kritisiert habe, aber keine Alternativen anbiete. Es käme deshalb vor allem darauf an, linke Alternativen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik zu entwickeln. Der KB vertritt, daß die gesellschaftlichen Entwicklungen der kommenden Jahre entscheidend durch die wachsende Kriegsgefahr bestimmt wird. Daraus folgert für die Linke als wichtigste Aufgabe, eine Diskussion darüber untereinander zu beginnen und eine aktive Friedensarbeit anzufangen.

Dies sind die gegenwärtigen Hauptströmungen in der Vorbereitung der 2. Sozialistischen Konferenz. Von anderen Organisationen ist bisher bekannt: Die GIM sieht traditionell als einzig relevantes Thema die Diskussion um die SPD an; die „Komitees für Demokratie und Sozialismus" haben sich bisher noch nicht in die Diskussion eingeschaltet.

Zwischen wem findet die Diskussion statt?

Die 1. Sozialistische Konferenz war angelegt als Diskussion zwischen individuellen Sozialisten. Das Bestehen verschiedener sozialistischer und kommunistischer Organisationen wurde weitgehend übergangen und damit auch die Tatsache, daß es durch diese Organisationen noch in bestimmten Grenzen festgelegte Differenzen gibt.

Auch die Vorbereitung der 2. Konferenz geht bisher an dieser Tatsache vorbei. In Kassel wurde dazu aufgerufen, örtliche Vorbereitungsgruppen zu bilden. Arbeitsfähig sind solche Gruppen bisher jedoch nur dort, wo von bestehenden Organisationen bzw. sozialistischen Zeitschriften wie in Westberlin, Hamburg und Köln die Organisierung der Diskussion übernommen wird. Es zeigte sich dann auf den Sitzungen der nationalen Koordinierungsgruppe und der örtlichen Vorbereitungsgruppen sehr schnell, daß die Kontroversen nicht entlang der örtlichen Gruppen verlaufen, sondern entlang der politischen Gruppierungen.

Die weitere Vorbereitung der 2. Konferenz

Die 2. Sozialistische Konferenz soll voraussichtlich vom 16. bis 18. Januar 1981 stattfinden. Die oben genannte Thematik soll dabei in kleinen Arbeitsgruppen diskutiert werden (kleiner als auf der 1. Konferenz, wo Arbeitsgruppen mit bis zu 400 Teilnehmer stattfanden). Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, zu verschiedenen anderen Themen Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Konferenz zu organisieren. Vorgeschlagen wurden hierfür bisher folgende Themen: Frauen und sozialistische Politik, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit alternative Kommunalpolitik, Friedenspolitik, Medienpolitik, Ökologiebewegung, Sexualunterdrückung.

Auch in diesem Punkt gab es in der Koordinierungsgruppe eine Kontroverse, die darin bestand, ob ein möglichst breites Angebot solcher Foren gemacht werden sollte, um den Erfahrungsaustausch auf diesen Gebieten zu organisieren, oder ob diese Foren auf die Bereiche eingeschränkt werden sollten, in denen gemeinsam politische Initiativen herausdiskutiert werden könnten und sollten.



Dieser Text wurde schon für den AK 186 geschrieben, konnte aber aus Platzgründen nicht mehr erscheinen. Der folgende Teil ist eine Aktualisierung.

Nationale Vorbereitungssitzung am 18.10.

Für den 18.10. hatte die Koordinierungsgruppe zu einem Treffen von Vertretern aller bestehenden örtlichen Vorbereitungsgruppen eingeladen. Anwesend waren Vertreter aus: Westberlin, Hamburg, Köln, Bremen, Düsseldorf, Bielefeld, Hannover, Kassel, Schleswig-Holstein, Münster. Gekommen war diesmal auch Rudolf Bahro. Als Beobachter nahm ein Vertreter des MSB/Spartakus (Studentenorganisation der DKP) teil, der erklärte, daß sich seine Organisation an der nächsten Konferenz beteiligen wolle.

Die wesentlichen Kritiken an der bisher vorgeschlagenen Thematik waren, daß diese zu umfassend sei (innerhalb einer Konferenz nicht zu bearbeiten), daß die theoretische Diskussion dominierend sei, während die Konsequenzen für die politische Praxis fehlen würden, daß die Themen zu akademisch seien. In der folgenden Diskussion, in der sich fast alle Beteiligten für eine Konzentration der Themen aussprachen, ergaben sich die gleichen Kontroversen wie schon oben beschrieben.

Der Kompromiß sieht vor, sich auf zwei Schwerpunkte zu konzen-

Der Kompromiß sieht vor, sich auf zwei Schwerpunkte zu konzentrieren: einerseits die innenpolitische Lage und der Stand der Gegenkräfte (Gewerkschaften, soziale und demokratische Bewegungen, sozialistische Bewegung), andererseits die internationale Lage und die friedenspolitischen Aktivitäten der Sozialisten. In beiden Fällen soll sich die Diskussion nicht auf die Theorie beschränken (Einschätzung, Analyse), sondern die konkreten politischen Aktivitäten einbeziehen.

Das Thema der Konferenz wurde dann wie folgt formuliert:
„Der herrschende Block und die Alternative der Linken:
1. Was kommt ökonomisch und politisch auf die Bevölkerung der BRD zu?
2. Was tun die Gewerkschaften dagegen? Was tun andere politische und soziale Bewegungen? Was sind sozialistische Alternativen?
3. Was ist die internationale Lage? Was ist die Rolle der BRD? Haben die Sozialisten eine friedenspolitische Alternative?"

Mitte Dezember wird eine Broschüre mit den ersten Diskussionsbeiträgen zu diesem Thema verschickt. Ende Januar 81 eine zweite. Die Konferenz wurde verschoben und wird im Februar stattfinden (genauer Zeitpunkt folgt bei Klärung der Tagungsmöglichkeiten).

Wer am Diskussionsprozeß über die Sozialistische Konferenz interessiert ist, sollte den Rundbrief (bisher zwei Ausgaben erschienen) bestellen:
Rundbrief
Pablo Neruda Haus
Am Taubenfelde 30
3000 Hannover
10 Ausgaben kosten 25 DM
Über die gleiche Adresse ist der Nachbereitungsreader über die 1. Konferenz zu bestellen.

Zur Diskussion gestellt: Ein Vorschlag für die weitere Arbeit von der Z

Vorschlag für unsere weitere Arbeit

1. Das letzte Treffen der Vorbereitungsgruppe in Hannover hat gezeigt, daß die Hamburger Gruppe am regelmäßigsten arbeitet und über die breiteste Teilnehmerbasis verfügt. Hoffnungen auf eine von „oben" (Bundesebene) mögliche Koordination, Diskussionsentfachung etc. mit Konsequenzen, die wir wohl alle anstreben, werden sich u.E. nicht erfüllen lassen. Der „Sozialistische Rundbrief" scheint als Organ, in dem aufeinander bezogene Kontroversen ausgetragen werden, um die Linke ein Stück weiter zu bringen, nicht geeignet. Ebenso wenig verspricht die Bereitschaft einzelner Gruppen, Zeitschriftenkollektive, in ihren Organen Beiträge anderer Richtungen abzudrucken, da die Angst nur zu begründet sein dürfte, damit das tendenzielle Monopol einer Strömung erst mitzuermöglichen.

Zugleich ist es ein aussichtsloses Unternehmen für einen an Veränderung interessierten Linken, sich auch nur einigermaßen über die relevanten Strömungen, Auffassungen etc. auf dem Laufenden zu halten. Dieser Lage und dem zweifellos vorhandenen Bedürfnis bei einer Reihe von Genossinnen und Genossen, durch Kenntnis der verschiedenen Auffassungen eine Präzisierung der eigenen Position zu erreichen, sollten wir durch Herausgabe einer Zeitschrift (etwa „Sozialistische Diskussion") mit möglichst breiter Herausgeberschaft begegnen (Mitglieder des SB, der ArPo, des KB, der Gruppe Z, der SoSt, der GIM, ehemalige KPDler und unorganisierte Genoss/inn/en könnten als „Keimzelle" eines solchen in Hamburg zu startenden Unter- malige KPDler und unorganisierte Genoss/inn/en könnten als „Keimzelle" eines solchen in Hamburg zu startenden Unter-nehmens fungieren und zugleich weitere Kreise zur Mitarbeit und Mitherausgeberschaft auffordern.)

Herstellung und Vertrieb müßte durch die Gruppen und Individuen besorgt werden, wobei natürlich die „offiziellen" Vertriebswege ausgenutzt werden müßten und wegen der Breite des Trägerkreises sicher auch positiv „anspringen" dürften.

2. Man wird uns vorwerfen können, das sei ein voluntaristischer Vorschlag, außerdem werde nichts über den Inhalt, die Potenz der Träger und das Konzept gesagt. Um mit dem letzten zu beginnen:

Es sollte keine Zeitschrift mit einer Nacheinanderreihung der Auffassungen der verschiedenen Gruppen/Individuen werden. Stattdessen schlagen wir vor, jeweils eine (oder zwei) Stellungnahme(n) oder Positionspapier(e) von Gruppen/Individuen zu wichtigen Themen zur Grundlage einer Nachfolge„diskussion" zu machen, in der die Vertreter anderer Auffassungen ihre Position in der Auseinandersetzung/Kritik mit/an der Positionsvorlage entwickeln. Dieses Verfahren hätte folgende Vorteile:

Erstens werden die (langweiligen) Standpunktreferate vermieden, die sich auf „gegnerische" Positionen nicht einlassen und deshalb auch keine Vertiefung, Präzisierung etc. strittiger Punkte erlauben. Außerdem ist die in solchen „Standpunktreferaten" suggerierte „Sicherheit" erborgt und muß gerade deshalb durch Abschotten gegenüber anderen Auffassungen „gerettet" werden.

Zweitens erlaubt gerade das hier vorgeschlagene Verfahren der immanenten Auseinandersetzung das Entdecken von Schwachstellen in Positionen, die (auch) dadurch weiterentwickelt werden können. (Wobei eine richtige Kritik an einer bestimmten Position noch keineswegs die Richtigkeit der Position des „Kritikers" (Wobei eine richtige Kritik an einer bestimmten Position noch keineswegs die Richtigkeit der Position des „Kritikers" beweist.).

Drittens erlaubt nur dieses Vorgehen die Feststellung/Herausarbeitung der wirklichen Differenzen zwischen uns, was wiederum eine Voraussetzung dafür ist, daß mit diesen Differenzen, wenn sie kurzfristig nicht aufzulösen sind, so umgegangen werden kann, daß trotzdem eine gemeinsame Arbeit (und mehr) möglich bleibt.

Viertens sollte uns auf diese Weise schließlich gelingen — also, indem wir den praktischen Anfang damit machen, die vielbeschworene Kooperation auch in dieser Form zu beginnen — immer mehr Genoss/inn/en für ein solches Vorhaben zu gewinnen.

Bei der Frage nach dem möglichen Mitstreiterkreis sollte alleiniges Kriterium sein, die erkennbare Absicht der Teilnehmer, mit ihrer Tätigkeit ein in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifendes Handeln zu ermöglichen, dessen Ziel in der „bewußten Gestaltung der Lebensprozesse durch die Massen" bestehen sollte. Dies Kriterium ist bewußt allgemein gehalten (obwohl z.B. das Erstgenannte etwa die „Richter" der ML-Bewegung durchaus ausschließt), da verhindert werden muß, daß solche Willkürabgrenzungen wie „Reformismus", Anerkennung der „Diktatur des Proletariats" etc. das Projekt in seiner wünschenswerten Breite einschränken. Und wo echt gestritten wird, wird diese Breite keineswegs unverbindliches Larifari nach sich ziehen.

3. Als erstes Thema schlagen wir unsere bisherigen Ausführungen zum DGB (egal welchen Artikel als Positionsvorlage) vor oder eine Beurteilung des „realen Sozialismus" am Beispiel Polens. Beide Themen sind für die Linke unheimlich wichtig und es nicht einzusehen, warum wir unsere schon vorhandenen Arbeiten/Stellungnahmen nicht nutzen sollten, die Linke in und es nicht einzusehen, warum wir unsere schon vorhandenen Arbeiten/Stellungnahmen nicht nutzen sollten, die Linke in solche Debatten/Auseinandersetzungen hineinzuziehen.

Michael, Willi (Gruppe Z)

Zur Polen-Debatte

Nanu — sind wir gemeint?



Im letzten AK kritisierte ein Marburger Genosse unsere Artikel zur Streikwelle in Polen. Der Genosse wirft uns vor, Illusionen zu schüren: **„Dem unbefangenen Leser drängt sich geradezu auf, mit der neuen Gewerkschaft ‚Solidarität' ginge nun alles seinen sozialistischen Gang"**. Uns drängt sich da eher der Eindruck auf, als hätte der Genosse die Artikel nicht genau genug gelesen. Bereits im ersten Artikel zu den Streiks im August (AK 183, S.2) schrieben wir: *"Die jetzigen Streiks sind spontan, und es wäre unsinnig, darin ... einen Kampf für den Sozialismus zu sehen"*. Der Genosse stellt die (rethorische) Frage: *„Haben aber sie polnischen Arbeiter selbst und vor allem ihre neue Organisation die Kraft und die politische Voraussetzungen, zur ‚Überwindung des Bürokratismus' anzutreten und eine sozialistische Entwicklung der VR Polen voranzutreiben?"* Diese Fragestellung spukt anscheinend in vielen Köpfen, was meistens einhergeht mit recht merkwürdigem Herangehen an die polnischen Streiks. Um den Genossen zu beruhigen: Wir sind nicht auf dem Sponti-Trip. Wir wissen recht gut, daß ohne eine die Kämpfe ausrichtende politische Strategie und eine Organisation, die diese erarbeitet und vertritt, eine sozialistische Revolution unmöglich ist; daß eine allein auf Spontanität basierende Bewegung nicht von Bestand ist. Dennoch oder gerade deshalb halten wir die von dem Genossen aufgeworfene Frage für irreführend. Andersherum wird daraus erste ein Schuh: **Ist es denkbar, daß ohne spontane Massenbewegung, ohne praktische Kampferfahrung der Arbeiterklasse sich eine revolutionäre Führung (objektiv wie subjektiv) herausbildet? Offenkundig nicht.**

Der Fortschritt in Polen besteht also darin, daß die Bedingungen/Voraussetzungen für die Herausbildung einer sozialistischen Opposition sich verbessert haben (was natürlich keine Garantie dafür ist, daß diese Chance auch genutzt wird). Bei einem wilden Massenstreik, sagen wir, in Spanien, wäre ein solches Herangehen fast selbstverständlich. Aber dein Brief erweckt den Eindruck, als würdest du eben doch an Streiks im „realen Sozialismus" anders herangehen. Du schreibst: *„Ich will keineswegs alle Mitglieder der neuen Gewerkschaft* (3 Millionen – AK) *als religiöse Fanatiker und Antikommunisten hinstellen, aber ....".*

So richtig es ist, auf die Schwäche spontaner Bewegungen hinzuweisen (um Illusionen zu vermeiden), so unsinnig ist es, diese über Gebühr zu strapazieren. Natürlich wird der Imperialismus versuchen, die Destabilisierung Polens (durch die Politik der PVAP und nicht durch die Streiks, wie du behauptest) auszunutzen. Natürlich wird er versuchen, die „Solidarität" in sein Fahrwasser zu ziehen. Bisher gibt es aber nicht einen konkreten Anhaltspunkt dafür, daß die neuen Gewerkschaften dafür besonders anfällig wären. Welchen Schluß sollen denn deiner Ansicht nach die Linken in Polen aus der Gefahrenlage ziehen? Warten, bis der Arbeiterklasse am jüngsten Tag die Klarheit widerfährt und sie stante pede ihre Vorhut proklamiert? Ich denke, es ist unvermeidlich, daß zunächst falsche und reaktionäre Ideologien die „Solidarität" begleiten (ob sie sie beherrschen werden, ist noch nicht ausgemacht). Aber um die Frage, wem die polnischen Streiks hauptsächlich nützen, aufzugreifen: Ist es im Interesse des internationalen Kapitals, daß die polnische Arbeiterklasse ihre Kampffähigkeit wiederentdeckt und die (Tages-) Interessen der Arbeiter formuliert? Schwächt es international die Linke, wenn die polnische Arbeiterklasse den kleinbürgerlichen Philosophen (Bahro & Co.) ihre These, die Arbeiterklasse sei nicht das „revolutionäre Subjekt", um die Ohren haut? Statt darüber zu jammern, daß vielleicht die „Solidarität" auch Dummheiten von sich geben wird, sollten wir uns bemühen, die polnischen Streiks hier für die Linke nutzbar zu machen. Erstens in der Auseinandersetzung mit dem Nihilismus, zweitens im Streit mit der DKP und ihren reaktionären Sozialismus-Vorstellungen. (Nebenbei: Soll die „Solidarität" Spenden rechter Gewerkschaften ablehnen, um allzu skeptische Genossen im ‚Westen' zu beruhigen?).

Das Traurige an diesem superlinken Skeptizismus, mit dem Teile der Linken (bspw. auch Gremliza) dem polnischen Streik begegnen, ist nicht allein das Sektierertum, sondern die schlichte Umdrehung der reaktionären Demagogie, nach der jede Destabilisierung im NATO-Bereich der Sowjetunion nütze. Richtig daran ist nur, daß die Destabilisierung eines der Konkurrenten dem anderen nützt, unabhängig davon, ob das die polnischen Arbeiter wollen oder nicht.

Daraus schlagen die Herrschenden hüben wie drüben politisches Kapital. Und solcher Sachverhalt mußte in der Geschichte des öfteren für feige Abwiegelei herhalten. Man hat die Bolschewiki als „deutsche Spione" beschimpft, da sie das „russische Vaterland" während des ersten Weltkrieges in die Revolution trieben usw. usf. Statt – unfreiwillig – der DKP Schützenhilfe zu geben, sollten wir bei aller Wachsamkeit imperialistischen Subversionen gegenüber deutlich machen, daß durch den Massenstreik in Polen seit langer Zeit erstmalig wieder Bedingungen für eine neue Arbeiterbewegung in Osteuropa heranwachsen. Polen hat – unabhängig davon, wieviel programmatische Klarheit diese Bewegung heute (an ihrem Anfang!) hat – gezeigt, daß die Lähmung der Arbeiterklasse durch die Niederlage der russischen Revolution und der revolutionären Massenbewegungen nach dem zweiten Weltkrieg nicht endgültig ist, sondern daß die Entwicklung auf eine neue Arbeiterbewegung hinausläuft. Dem Imperialismus dürfte bei dem Gedanken nicht viel wohler sein als den Regierungen im RgW, denn in dem Maße, wie sich die Arbeiterbewegung im RgW entwickelt und Gestalt annimmt, stumpft die reaktionäre Hetze im „Westen" ab, die mit lautem Hinweis auf die Zustände im „Kommunismus" versucht, ein Aufleben sozialistischer Bewegungen hier zu verhindern.

Ob es der polnischen Arbeiterklasse gelingen wird, aus den Erfahrungen und Ergebnissen der Sommerstreiks bleibende Verbesserungen ihrer Position herzustellen, hängt in erster Linie von der Herausbildung einer fest organisierten Opposition und deren Politik ab. Daß die neuen Gewerkschaftsführer sich als Nur-Gewerkschafter präsentieren, hängt wohl mehr mit der Situation in Polen zusammen als mit ihrem Denken. Der formale Kompromiß von Gdansk schreibt ja ausdrücklich fest, daß sich die neuen Gewerkschaften nicht als politische Partei betätigen werden. Diese Floskel drückt natürlich auch aus, wie weit die polnischen Arbeiter noch von einer autonomen politischen Organisierung entfernt sind, oder um es anders auszudrücken: daß die Konstituierung des polnischen Proletariats als politische Klasse erst am Anfang steht. Allerdings muß die Frage erlaubt sein, wie realistisch diese Floskel ist, angesichts der Festschreibung einer Mitwirkung der Gewerkschaften bei Gesetzgebung und Planung, die sich – und das weiß auch Walesa! – aus politischen Prioritäten ableitet. Die neuen Gewerkschaften werden gar nicht umhin kommen, auch politisch zu agieren. Bisher allerdings sind sie noch nicht mal vollständig legalisiert; die Registrierung wird ihnen z.T. verweigert.

Unserer Auffassung nach ist es nicht gerade sinnvoll, auf die möglichen Gefahren (die für alle spontanen Bewegungen gelten!) lang und breit einzugehen, solange noch nicht einmal sicher ist, ob diese Gewerkschaften sich in der jetzigen Form überhaupt behaupten können. Es ist ja keineswegs so, daß nun in Polen bereits alles geklärt sei, sondern wie der massenhaft befolgte Warnstreik der „Solidarität" zeigte, müssen die polnischen Arbeiter für die Realisierung des Abkommens kämpfen. Die PVAP sieht sich noch nicht am Ende ihres Lateins, sondern hofft auf die Abnutzung der spontanen Bewegung, um Raum für eine Zurückdrängung der Arbeiterbewegung zu erhalten. Die Brisanz der Situation in Polen ist daher nicht vorüber, das Abkommen brachte erstmal nur eine Atempause. Natürlich könnte die neue Gewerkschaft sich korumpieren lassen, könnte sie sich von imperialistischen Kräften wie AFL-CIO beeinflussen lassen, könnte sie sich weiter integrieren lassen usw. usf. Ebenso möglich ist es, daß sich die Arbeiteropposition in Polen spalten läßt. Möglich ist allerlei. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Friedhofsruhe in Polen vorbei ist, daß die Arbeiterklasse auf den Plan tritt (natürlich kann es jede Menge Rückschläge geben) und einen ersten Erfolg erkämpft hat.

Kritisieren werden wir die neuen Gewerkschaften aber sicher nicht für eventuelle, sondern nur für konkrete, d.h. tatsächliche Fehler. Welche Diskussionen heute in der „Solidarität" laufen, können wir – logischerweise! – nicht wissen, und wir werden uns hüten, die „Solidarität" nach den Kompromißformeln von Gdansk oder einzelnen taktischen Äußerungen Walesas einzuschätzen. Möglich ist ja immerhin auch, daß Walesa und den anderen Führern der „Solidarität" die Gefahren bewußt sind.

Nichts für ungut, aber zum Unken fühlen wir uns nicht berufen.

RgW-Kommission/Hamburg

PS: Die „Religiösität der Streikführer" zu kritisieren, bringt wohl nichts, solange wir nicht über eine Analyse verfügen, warum die Kirche in Polen so stark ist. Die Streikkomitees haben den Katholizismus ja nicht hervorgebracht, sondern sich mit ihm arrangiert. In dem Punkt unterscheiden sie sich nicht von allen anderen politischen Kräften in Polen. Erlaubt sei die Frage, ob es den Streikomitees überhaupt möglich war, sich in der brisanten Situation auch noch mit der Kirche anzulegen. Welches Verhältnis sich langfristig zwischen Kirche und Gewerkschaftsbewegung herausbildet, wird sich zeigen. Das hängt ja nebenbei auch von der Taktik der Kirche ab.

Noch einmal zur Trotzki-Debatte

Der Genosse U. bemängelt, daß seine (trotzkistischen) Kritiker nicht auf die schwerwiegenden Differenzen zwischen Lenin und Trotzki eingehen. Daher eine Bemerkung dazu: Lenin und Trotzki hatten jeder eine eigene Meinung, sie haben dafür gekämpft, miteinander gestritten, zeitweilig in verschiedenen Organisationen, und es wäre unnatürlich, wenn dem nicht so gewesen wäre. So wie heute z.B. Kai Ehlers und Jürgen Reents eigene Meinungen haben, dafür kämpfen und streiten, momentan auch in verschiedenen Organisationen. Aber etwas, lieber Genosse U., darfst du nicht vergessen: Beide, sowohl Lenin als auch Trotzki, haben bis an ihr Lebensende für dasselbe Ziel gekämpft, für die Befreiung aller Unterdrückten, für die sozialistische Weltrevolution. Und vom Frühjahr 1917 bis zu Lenins Tod haben beide sehr erfolgreich zusammen gekämpft, gestritten, gesiegt – und wenn Lenin nicht so früh gestorben wäre, hätten beide vielleicht erfolgreicher gegen die Bürokratie gekämpft. Ich will also keine Differenzen bestreiten oder beschönigen. Auch nicht Trotzki, Lenin oder sonstwen in den Himmel heben. Beide, alle Bolschewiki, haben viele Fehler gemacht, viel Falsches gesagt oder geschrieben. Aber in den wesentlichen Fragen, bei der Strategie und im Ziel, stimme ich mit Lenin und Trotzki überein. Und hier liegt die Aufgabe der heutigen Linken, des KB, der GIM: Wir müssen die programmatischen Diskussionen der Bolschewiki und der Komintern aufgreifen, sie weiterentwickeln, von den Erfahrungen der damaligen revolutionären Kommunisten lernen. Und dabei ist es wenig dienlich, wenn wir blind mit dem dicken (Zitate-)Knüppel aufeinander einschlagen. Deshalb freue ich mich, daß der KB über „Die verratene Revolution" diskutiert, weil das die notwendige programmatische Diskussion voranbringt (Auch wenn mich die Art zu diskutieren des Genossen U. langsam ärgert). Damit komme ich zurück zur Hauptsache, der Einschätzung der Klassenverhältnisse der UdSSR.

Ich weiß nicht, ob U. Trotzkis Analyse der UdSSR grundsätzlich als falsch betrachtet (bisher hat er sie nur als konfus und unklar bezeichnet). Er sagt aber eindeutig, daß diese Analyse heute nicht mehr zutrifft. U. sagt etwa folgendes:

Die Herrschenden in der UdSSR gehen den kapitalistischen Weg, produzieren bürgerliche Ideologie, betreiben bürgerliche, großmachtchauvinistische Politik. Sie sind folglich eine (neue) Bourgeoisie. Der Staat der UdSSR ist folglich ein bürgerlicher Staat. Und, das deutet U. nur an, folglich herrscht dort (Staats-)Kapitalismus. Der Genosse stellt damit den Marxismus auf den Kopf! Der Marxist analysiert erst die Produktionsverhältnisse und die vorherrschende Produktionsweise und bestimmt dann den Charakter des Staates und der herrschenden Klasse. Die Produktionsverhältnisse der UdSSR werden durch zwei Faktoren bestimmt: einerseits die vergesellschafteten Produktionsmittel, die Investitionsgüter werden nach einem zentralen Plan verteilt; dieser Plan orientiert sich nicht an den Profitaussichten, sondern ungefähr am gesellschaftlichen Bedarf; ungefähr deshalb, weil der Plan nicht demokratisch erstellt wird, sondern von der herrschenden Bürokratie bestimmt wird, und diese hat nicht nur einen ungenauen Überblick über die tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern auch handfeste Eigeninteressen.

Andererseits werden die Konsumgüter über den Markt verteilt, d.h. sie werden zuviel, zu wenig oder gerade richtig verkauft; dieses Weiterbestehen der Marktwirtschaft hat schwere Auswirkungen auf das Bewußtsein und das Verhalten der Bevölkerung, den ideologischen Überbau usw., und daher auch indirekt auf die Planziele. Die vorherrschende Produktionsweise ist aber die (bürokratisch verzerrte) sozialistische Planwirtschaft und nicht die kapitalistische Marktwirtschaft: Es gibt keine Konkurrenz der Einzelkapitale, keinen tendenziellen Fall der Profitrate, der Profit ist nicht der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, es gibt keine periodisch auftretenden Überproduktionskrisen, keinen objektiven Zwang zur Kapitalakkumulation usw.

Die herrschende Klasse muß also eine andere sein als in den kapitalistischen Staaten. Denn es ist offensichtlicher Unsinn, zu behaupten, daß in unterschiedlichen Produktionsverhältnissen und bei verschiedenen Produktionsweisen die gleiche Klasse herrscht. Die herrschende Klasse in der UdSSR ist die Arbeiterklasse. Tatsächlich ausgeübt wird die Macht aber nur durch eine kleine schmarotzende Oberschicht der Arbeiterklasse, welche die Produktionsmittel verwaltet und das Monopol über alle wichtigen Entscheidungen besitzt. Trotz aller Eigeninteressen, die mit dem Allgemeininteresse der Arbeiterklasse unvereinbar sind, ist die herrschende Bürokratie immer noch ein Teil der Arbeiterklasse, und der Staat daher immer noch ein Arbeiterstaat. (Zur Verdeutlichung ein Vergleich: die westeuropäischen Gewerkschaftsbürokraten werden von kleinbürgerlichen oder kapitalistischen Ideologien beeinflußt und haben auch materielle Eigeninteressen. Trotzdem sind sie noch Bestandteil der Gewerkschaften, und die Gewerkschaften selbst sind immer noch Instrumente der Arbeiterklasse!). Die Bürokraten besitzen die Produktionsmittel nicht. Sie können diese nicht kaufen oder verkaufen, sie verwalten sie vielmehr nur. Sie haben daher die politische Macht und mehr und bessere Möglichkeiten, zu konsumieren, als die übrige Arbeiterklasse. (So wie hier die Gewerkschaftsbonzen die Statuten der Gewerkschaften festlegen und sich dicke Gehälter zahlen). Sie sind aber abhängig vom Bewußtsein und dem Verhalten der übrigen Arbeiter. Das spüren zur Zeit die polnischen Bürokraten: Diese stürzen von ihren Posten und purzeln durcheinander, nur weil die Arbeiter anfangen, ein ernstes Wort bei der Machtausübung mitzusprechen.

In welchem kapitalistischen Land haben die Arbeiter eine solche Macht, daß sie mit einem kurzen Streik die Regierung stürzen und den gesamten Kurs der Wirtschaftspolitik umkrempeln? Wenn die polnischen Arbeiter wollen, d.h. wenn sie das Bewußtsein, die entschlossene Führung und genügend Erfahrung dazu haben, können sie auch den nächsten Schritt machen und die ganze gesellschaftliche Verwaltung umkrempeln und eine Selbstverwaltung der Betriebe und eine Rätedemokratie durchsetzen. Theoretisch könnte es dabei genauso „friedlich" zugehen wie bei der Durchsetzung der unabhängigen Gewerkschaften. In der Praxis ist es aber unwahrscheinlich, daß die Bürokratie nicht alle Mittel, also auch die Armee, zur Verteidigung ihrer Macht und ihrer Privilegien einsetzen wird. Daher wird wohl eine politische Revolution notwendig sein. Die polnischen Ereignisse bestätigen aber in sehr erfreulicher Weise, daß die Arbeiter in den bürokratischen Arbeiterstaaten einen großen Schritt weiter sind als ihre Klassengenossen in den kapitalistischen Ländern, daß sie nicht mehr die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln umstürzen müssen, daß sie schon die herrschende Klasse sind und „nur" ihren schmarotzenden Teil, die Bürokratie, der bei der wirklichen Machtausübung im Wege steht, und alle bürokratischen Auswirkungen, beseitigen müssen. Die westeuropäischen Arbeiter müssen auch ihren schmarotzenden Teil, nämlich die Gewerkschaftsbürokratie, „beseitigen" und aus den Gewerkschaften wieder wirksame Klassenkampfinstrumente machen, und haben dann noch die ganze soziale Umwälzung vor sich!

Und diese Errungenschaften, die die Arbeiter in den bürokratischen Arbeiterstaaten schon haben, müssen wir verteidigen. In einem Krieg etwa zwischen dem Imperialismus und der UdSSR wird es nicht primär um Märkte, Einflußzonen u.ä. gehen, sondern um den Kampf um diese Errungenschaften der internationalen Arbeiterklasse. Und dabei sind wir nicht neutral.

Diese vereinfachte Darstellung der Klassenverhältnisse sollte genügen, um die Diskussion von einer moralischen auf eine wissenschaftliche Ebene zu heben. Vom moralischen Standpunkt verdamme ich das Verhalten, die Politik der Bourgeoisie und der Bürokratie gleichermaßen (obwohl auch die bürokratische Planwirtschaft den Menschen riesige Vorteile brachte, man vergleiche etwa Kuba mit Haiti oder China mit Indien, dann erkennt man die Überlegenheit der Planwirtschaft über die Marktwirtschaft), aber der Marxismus ist eine Wissenschaft. Und daher müssen wir anerkennen, daß in den bürokratischen Arbeiterstaaten historisch fortschrittlichere Produktionsverhältnisse bestehen, daß diese Staaten sich schon jenseits des Kapitalismus, aber noch diesseits des Sozialismus befinden. Zum Schluß eine Frage an den Genossen U.: Wenn in der UdSSR eine neue Bourgeoisie herrscht und dort staatskapitalistische Produktionsverhältnisse existieren, ab wann ist das der Fall? Wodurch unterscheiden sich die Produktionsverhältnisse der UdSSR im Jahre 1930 von denen Chinas im Jahre 1967 und denen der UdSSR, Vietnams, der DDR usw. im Jahre 1980?

Ein Mitglied der GIM

BILD-Krimi

Eine machtbesessene Organisation, die auch vor kriminellen Methoden nicht zurückschreckt; eine Handvoll ihrer Handlanger, die bei einem Einbruch ertappt wird und vor Gericht gestellt werden soll; ein Staatsanwalt, der furchtlos ermittelt und die Hintermänner unter die Lupe nehmen will, der aber den Fall sehr schnell abgeben muß; dessen Nachfolger die Hälfte der Ermittlungsverfahren einstellt und schließlich Anklage gegen 6 der untersten Chargen erhebt; dies ist nicht Stoff eines Mafiaromans, sondern westdeutsche Wirklichkeit.

Auf der Anklagebank sitzen nicht die Organisation selbst oder ihre Kontaktleute im Geheimdienst, bei den Polizeibehörden und unter den Justiztalaren.

Die Angeklagten sind vier Reporter und Fotografen, der Redaktionsleiter und der Leiter der Bundesredaktion in Frankfurt der „Bild"-Zeitung. Die Anklage lautet auf schweren Diebstahl und Hehlerei.

Der Tip für einen neuen Aufmacher kam von einem Leiter eines Frankfurter Fachkommissariats. Ein führender Beamter des Frankfurter Polizeipräsidiums soll sogar gesagt haben: „*Wenn ihr was wollt, dann geht doch rein!*" Also schickte der Redaktionsleiter mehrere Teams los, um Material zu besorgen. Kurz hintereinander stiegen zwei Teams in eine Wohnung ein und klauten Fotos eines wegen Rauschgiftdelikte Verdächtigten. Nach der Tat wurde die Redaktion verständigt, die Bilder wurden sofort per Taxi dort hingeschickt. Hier zeigt sich Redaktionsleiter und Bundesredaktion erfreut.

Während zwei Reporter den Diebstahl während der ersten Prozeßtage gestanden, leugneten ihre beiden Vorgesetzten in der Redaktion, einen Auftrag erteilt zu haben. Sicher ist, daß sie die Hamburger RECHTSabteilung einschalteten und sämtliche Bilder an die **ZENTRALE** in Hamburg weitergaben. Dann hätten sie sich ganz auf die Rechtsabteilung verlassen. Diese hätte später drei ihrer Leute nach Hamburg beordert und dort versucht – entsprechend einer Presseerklärung der „BILD"-Chefredaktion –, eine Einzeltäterschaft zu kreieren und nur einen Reporter der Öffentlichkeit als Täter zu präsentieren, um sich selbst makellos zu halten (Devise: „Einbruch seien nicht die Praktiken der BILD"). Soweit allerdings ging die Loyalität des ausgewählten Täter-Opfers dann doch nicht. Ein Protokoll, was seine Alleinverantwortung für den Einbruch festhalten sollte, unterschrieb er nicht; dafür nahm er sich einen eigenen Anwalt. Vor Gericht legte er ein umfassendes Geständnis ab. Weiter bekundete er in Befragung durch beide Parteien, daß er sich häufig unter Druck der Vorgesetzten gefühlt habe.



»Bild«-Schlagzeile vom 3. Januar 1979

Im Gegensatz dazu gestand zwar ein zweiter Reporter ebenfalls den Diebstahl von Bildmaterial, hielt aber ansonsten dem Verband die Treue: er bereue nicht, dort gearbeitet zu haben und habe auch nicht unter Druck gestanden.

Ein Ende des Prozesses ist noch nicht abzusehen. Ist die Anklage im Vergleich zu den Vorermittlungen zwar schon halb kastriert, so ist doch selbst dieses Verfahren dem Springer-Konzern ein Dorn im Auge. Daher war es nicht verwunderlich, daß das Springer-Verteidiger-Quartett mit Befangenheitsanträgen nicht eben geizte und sogar den Verhandlungssaal zeitweise verließ. Sogar die Menschenrechtskommission mußte herhalten, um die Interessen eines Verlages zu schützen, der sonst nicht müde wird, Beschneidungen von Verteidigerrechten zu fordern. Inwieweit dieser Prozeß allerdings überhaupt noch die Frage der Schreibtischtäterschaft der Springer-**ZENTRALE** behandelt, bleibt abzuwarten. Viele Anzeichen sprechen dagegen: ein unbequemer Staatsanwalt wird erst verleumdet, später wird er abgelöst, ein richterlicher Durchsuchungsbefehl aus Frankfurt für die Räume der Hamburger „BILD"-Redaktion wird von Hamburger Staatsanwaltschaft und Kripo abgelehnt und nicht vollzogen.

BILDer des RECHTSSTAATS !

Die Untersuchung mindestens zweier weiterer Vorfälle im Zusammenhang mit „BILD" steht noch aus:

– Der plötzliche Tod des Hauptbelastungszeugen der „BILD"-Abhöraktion gegen G. Wallraff. Der ehemalige „BILD"-Reporter Heinz Willmann starb an inneren und äusseren Verletzungen;

– Der Einbruch in die Frankfurter GEGEN-BILD-Stelle, bei der die Täter neben der Kasse gezielt die Adressenlisten der BILD-Gegner stahlen.

Medien-Kommission



SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genoss/inn/en werden bei uns derzeit die AK- und Buchmanuskripte auf dem Composer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.

Es ist vollkommen einsichtig, daß wir gerade hier besonders rationell und mit möglichst wenig Streß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.

Die alten Composer sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionsfähig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Composer verschiedene Tastaturen, Bildschirm und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend einsparen kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.

Wenn der Text erst zum Schluß aus dem Speicher ausgetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.

Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Computer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Streß enorm erhöht.

Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beachten. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Testatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.

Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung – gekauft – für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionstüchtigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datensystem für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Mietbasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere Verlagscomputer kostet	**30.000 DM**
5 Terminals für die Texterfassung	**60.000 DM**
2 Schnelldrucker	**30.000 DM**
Die Gesamtsumme beträgt damit	**120.000 DM**

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spen-

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spen-

den aufgebracht werden.

Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Fotosatzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendensammlung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

**Spenden bitte unter Angabe des Kennwortes „AK-Spende" auf das Konto von
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Nr. 4 501 755 00**

AK-Redaktion und Verlagskollektiv

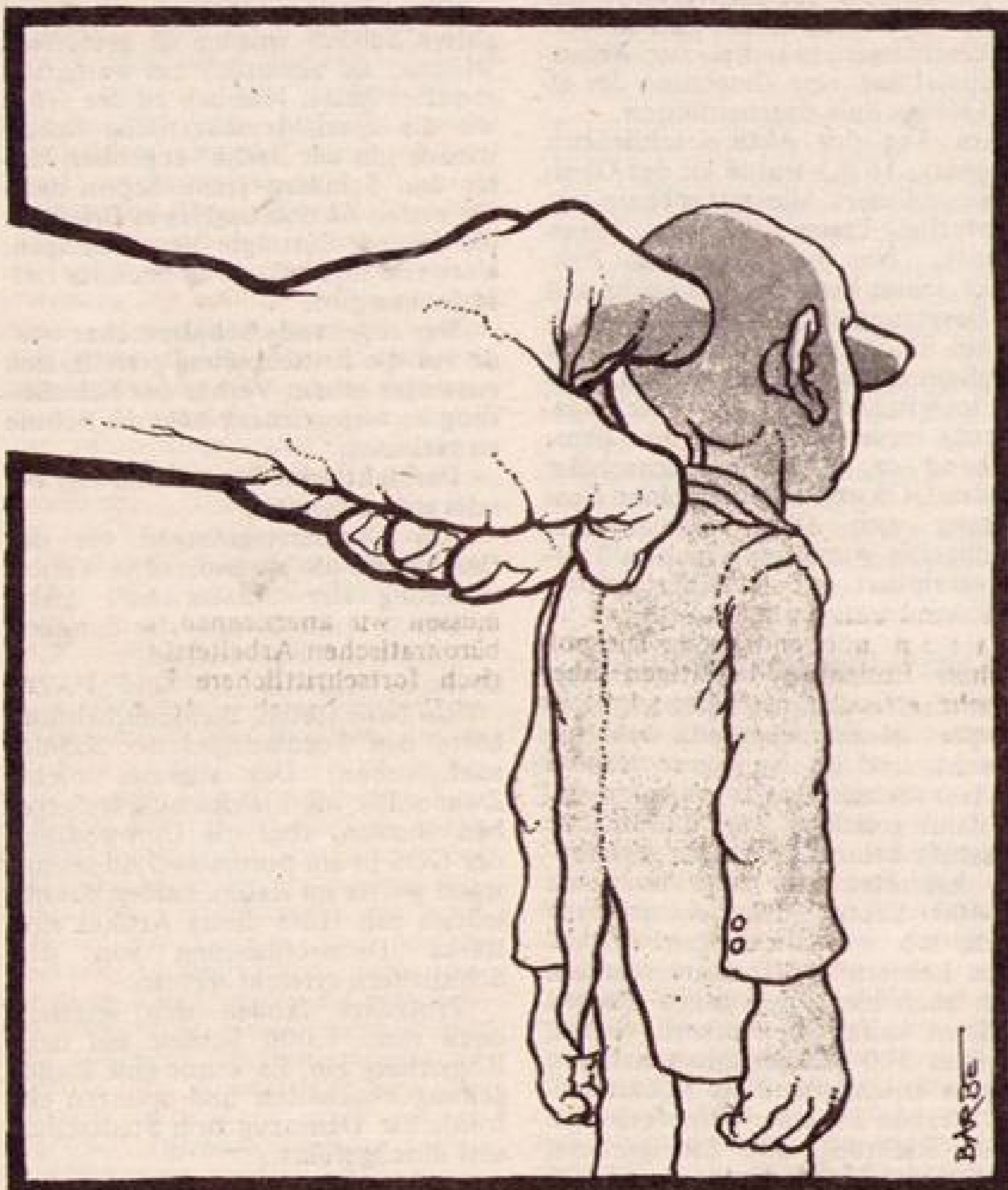
Keine Zeile für Springers Kampfverband!

1967 hatten 107 Schriftsteller der ‚Gruppe 47' beschlossen, in keiner Weise für Springer zu arbeiten. Jetzt erneuerten bislang 58 Schriftsteller diesen Beschluß auf der Sitzung des PEN-Zentrums in Bremen (Text der Erklärung siehe Kasten).

In einer Rede auf diesem Kongreß zeichnete Peter Rühmkorf die kollektive Verweigerung in ihrer „*Mäßigkeit beinahe selbst (als) ein Kind der Zeit*". Die Notwendigkeit einer Erneuerung ihrer Absage an den Konzern begründete er mit der Tatsache, dieser sei „*....nicht friedfertiger oder vielleicht ein bißchen toleranter geworden als früher. Was friedfertiger geworden ist, sind allenfalls unsere ehemaligen Protestschriftsteller ...*" Es sei, so Rühmkorf, durchaus nicht leicht und selbstverständlich, die Kollegen zu einer öffentlichen Entzugserklärung zu bewegen. Hierfür skizzierte er kurz die Bedeutung des Medienkonzerns: „*Was wir uns zu Bewußtsein zu führen haben, ist vielmehr eine rechte Krawallklitsche mit Monopolcharakter, ein Skandalstadl in Konzernform ...*" Denjenigen, die einen konkreten Anlaß für solche Resolution vermißten, entgegnete er: „*Wenn dieses außerparlamentarische Umwälzsystem im System, dieses pausenlos Dreck und Verdächtigungen emittierende Rechtsorgan es tatsächlich geschafft haben sollte, uns so tief in Gewöhnung zu wiegen....., dann können wir unsere alten Freiheits-, Toleranz- und Aufklärungsideale postwendend in den Ruhestand verabschieden...*"

Gegen „BILD", das dürfte keine Saison-Einstellung sein, bei einem in seiner „*....unnachgiebigen Verfolgungswut einzigartig anhänglichen*" Apparat. „*Die Dissidentenverfolgung jedenfalls und die Jagd auf unangenehme Demokraten, sie hat ja nicht abgenommen, sich in irgendeinem Punkt revidiert oder sich humanistischer Mäßigung gemausert. Es sind nur immer wieder andere Personen, die gerade wieder mal ins Schußfeld geraten....*"

Medien-Kommission



Wir arbeiten nicht für Springer-Zeitungen

– Wir schreiben nicht für Springer, weil er die Leser betrügt, wenn er behauptet, überparteilich und unabhängig zu sein.

– Wir schreiben nicht für Springer, weil seine marktbeherrschende Macht nicht der Ausbreitung von Meinungsvielfalt, sondern ihrer Gängelung und Einengung dient.

– Wir schreiben nicht für Springer, weil in seinen Zeitungen immer wieder Kollegen von uns diskriminiert und verleumdet werden.

– Wir geben auch keine Interviews und stellen unsere Arbeiten nicht für Vorabdrucke zur Verfügung. Wir wollen keine Werbung in den Blättern dieses Konzerns.

Mit diesem Appell bekräftigen wir den Beschluß der Mitglieder der Gruppe 47 von 1967.

Peter Härtling - Dieter Wellershoff - Peter Hamm - Wolfgang Bächler - Dieter Lattmann - Klaus Wagenbach - Johannes Schenk - Heinar Kipphardt - Wolf Biermann - Susanne von Pacensky - Hark Bohm - Iring Fetscher - Rainer Werner Faßbinder - Günter Grass - Peter Rühmkorf - Klaus Steak - Alexander Kluge - Max v.d. Grün - Fritz J. Raddatz - Walter Jens - Volker Schlöndorf - Bernt Engelmann - Freimut Duwe - Hans Maier

In AK 182 hatten wir einen Spendenaufruf „100.000 DM für die Technik" veröffentlicht. Alle danach eingegangenen Spenden (veröffentlicht in AK 183 und AK 184) hatten wir dann hierfür aufgeführt. In zwei Fällen (Gabi HH, S.M. HH) wurden wir darauf hingewiesen, daß die Spenden nicht für die Technik seien, sondern als laufende Förderung des AK. Wir werden deshalb in Zukunft zwei Rubriken einrichten, wobei wir die für die Technik ausgewiesenen Spenden besonders ausdrucken.

	AK-Spende	Technik
J.N.Sept.	50,–	
KB/Gruppe Butzbach	50,–	
A.B., Freiburg		200,–
W.P., Hamburg	5000,–	
J.N., Okt.	50,–	
N.N.	30,–	
N.N.	50,–	
KB/Gruppe Stade-Bremervörde	600,–	
B.S., Halstenbek	100,–	
K.-H.B., Bamberg	10,–	
T.H., Pinneberg	300,–	
KB/Gruppe Braunschweig	667,–	
Th. aus Bochum	200,–	
W., Göttingen		7000,–
B.P., Langen	1000,–	
R.L.	100,–	
J.S., Göttingen	300,–	
SM-AG der Schwulengruppe des KB	520,–	
R.P., Northeim	120,–	
K.W., Hildesheim	100,–	
J.E., Umkirch	100,–	
KB/Gruppe Lüneburg	17,50	
KB/Gruppe Lübeck	1500,–	
D.F., Bielefeld Verkaufserlös Büromöbel	300,–	
KB/Gruppe Bremen	50,–	
KB/Gruppe Marburg, Flohmarktstand	190,–	
Gabi, Hamburg	600,–	
KB/Gruppe Kiel		750,–
KB/Gruppe Bremen Sept.	8,–	
Lesekreis Eimsbüttel	100,–	
K.R., Hamburg	90,–	
M.A., IKAH	50,–	
O., BO Mitte	55,95	
Gitta, BO Wandsbek	500,–	
N.N., BO Wandsbek	52,–	
Zusammen	**12.860,45**	**7.950,–**
Insgesamt seit AK 182	**20.260.45**	**20.640,–**

Knutsch-In vor der Schulbehörde

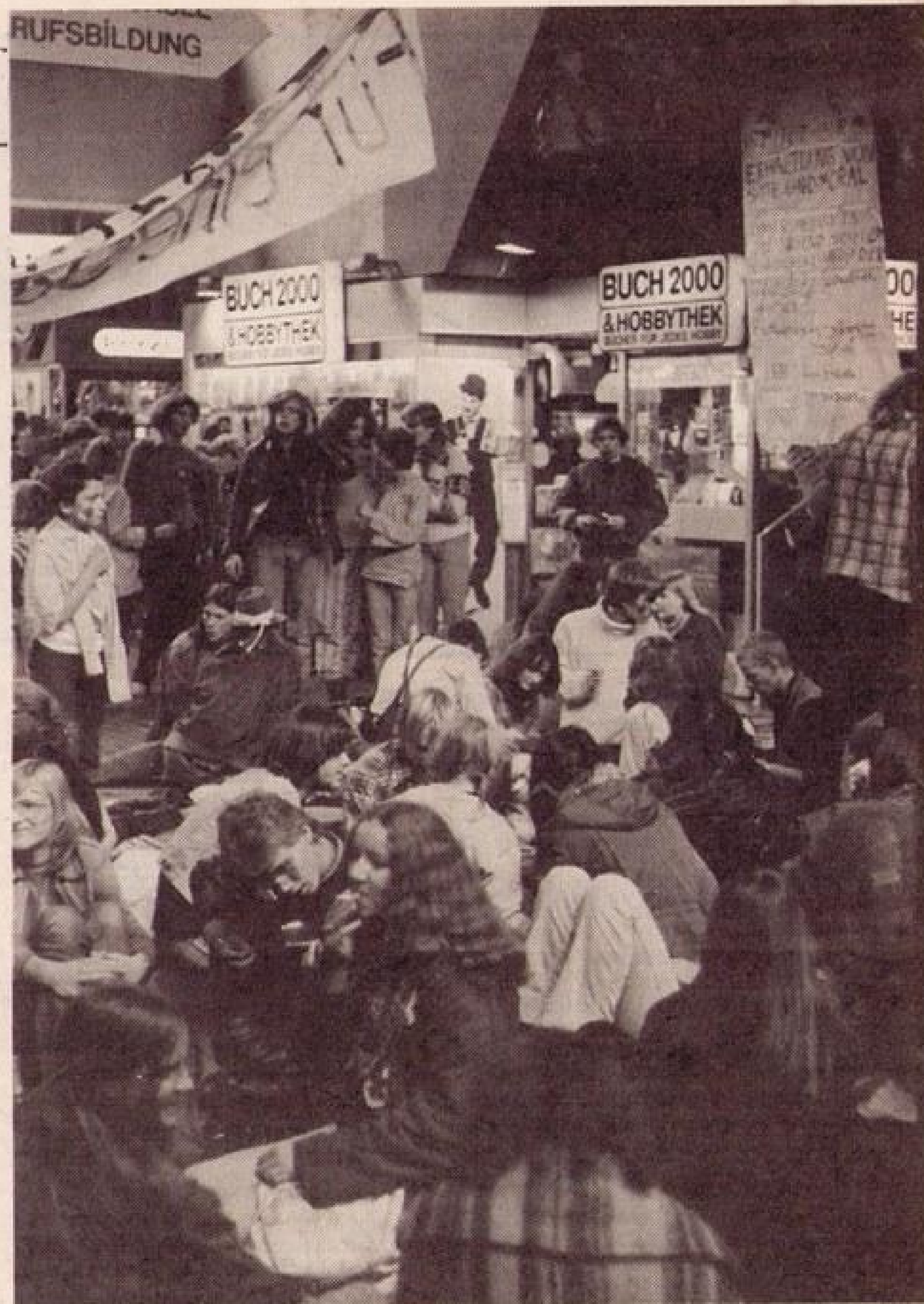
Hamburg: Nanu? Vor dem ordentlichen Gebäude der Schulbehörde sammelten sich immer mehr liederliche Jugendliche mit Schlafsäcken, Weinflaschen, Seifenblasen, Luftballons, Schmusekissen und Schmusetieren bewaffnet. Schnell wurde ein Plakat aufgehängt, auf dem stand: „Knutsch-In, aber kein Zwang". Pressefotografen drängelten sich, versuchten so schnell wie möglich schöne, geile Fotos zu machen. Das war zu Anfang etwas stressig, aber bald wurde nach Lust und Laune geschmust und geküßt. Auf Wandzeitungen stand u.a.: *„Liebe Deinen Nächsten, aber faß ihn nicht an". In der Schule: Konkurrenz erlaubt, Zärtlichkeit verboten". „Unsere Schülerzeitung verboten". „Unsere Schülerzeitung ‚Cyancali' ist verboten worden, weil sie angeblich jugendgefährdend ist, in der Schülerzeitung haben wir eigene Berichte über unsere sexuellen Erfahrungen und Ängste geschrieben. Wir fragen uns, wie können Berichte, die von uns Jugendlichen geschrieben sind, uns Jugendliche gefährden? Oder ist dies der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Sache, daß die Schulbehörde nicht will, daß wir selber über unsere eigenen Erfahrungen berichten...??"*

Am Eingang der Schulbehörde hängt seit neuestem eine Inschrift: *„Hier ist das Institut zur Erhaltung von Sitte und Moral. Unser Ziel ist es, die Jugend vor dem schändlichen Einfluß der Sexualität zu bewahren. Unser Motto: Enthaltsamkeit, die schützt vor Leid..."*

Die Stimmung wurde zunehmend besser. Sektkorken knallten, Weinflaschen kreisten, Luftballons wurden aufgeblasen. Einige hatten Schminke mitgebracht und viele malten sich gegenseitig phantasievoll an. Gegen Ende der Aktion versuchten noch einige Schüler, in die heiligen Räume zu gelangen, aber fünf kräftige Aufpasser und ein Bulle versperrten den Weg. Aber plötzlich flitzten sechs splitternackte Schüler/innen durchs Einkaufszentrum, mitten durch die Passanten direkt zum Eingang der Schulbehörde. Die Aufpasser wurden eingekreist - sie waren ratlos. Die, der Aktion sowieso schon wohlgesonnenen Passanten grinsten und kicherten. Die Flitzer waren, so schnell wie sie aufgetaucht waren, auch schon wieder verschwunden.

In den letzten Wochen wurden in Hamburg mindestens vier Schülerzeitungen wegen Artikeln über Sexualität verboten. In einer Verbotsbegründung heißt es z.B. zu den Onanierberichten in der „Cyancali": *„...verstoßen gegen die Vorschriften der §§ 4 und 6 Nr. 3 des Gesetzes über die Verbreitung Jugendgefährdender Schriften, da sie offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche schwer zu gefährden".* Über Sex mit Tieren oder ähnliche Sachen wird aber in der „Cyancali" nun wirklich nicht berichtet... Was sich Schulleiter doch so alles ausdenken, um Schüler davon abzuhalten, über ihre eigenen Erfahrungen zu reden. Die Hamburger Schulbehörde war noch vor kurzer Zeit besonders stolz auf die Reform ihrer „Richtlinien für Schülerzeitungen". Hamburg liegt vorn, man kennt das schon. Wiedermal gelingt es, mit auf dem Papier recht „guten" Bestimmungen in der Praxis noch rigoroser reinzuklotzen. Das Gerede von der Liberalisierung und der nicht stattfindenden Zensur wird zum Schnee von gestern. Ach übrigens, an der Aktion beteiligten sich insgesamt ungefähr 150 Schüler, damit war das mit Abstand die größte Aktion gegen Schülerzeitungszensur in Hamburg seit langem.

SSB/Schüler



Schülerproteste gegen die Frankfurter Schulpolitik



Etwa 1.000 Schüler beteiligten sich an einem Sternmarsch (2.10.) gegen die Liquidierung der Gymnasialen Oberstufenschule (GOS) und der Gesamtschule Bockenheim Süd (GBS) seitens der CDU-Stadtratsfraktion.

Auf der Frankfurter Schulszene beginnt sich wieder was zu regen. Über 500 Schüler der Gymnasialen Oberstufenschule Bockenheim Süd (GOS) und einige Klassen der Gesamtschule Bockenheim Süd (GBS) boykottierten am 17.9. den Unterricht, zogen zum Gebäude der alten Liebigschule und besetzten diese für drei Stunden. Zwei Wochen später, am 2.10. fand aus gleichem Anlaß während der Unterrichtszeit ein Sternmarsch statt, an dem sich rund 1.000 Schülerinnen und Schüler beteiligten.

Der Grund für diese Aktionen ist eine seit etwa einem Jahr laufende Liquidierungspolitik gegenüber diesen beiden Schulen (GOS + GBS) seitens der CDU-Stadtratsfraktion (vergl. AK 169).

Die GOS hat wegen ihres recht fortschrittlichen Kollegiums und besonders günstiger Aufnahmebedingungen für Realschulabgänger und Leute, die eine Ausbildung abgebrochen haben, inzwischen einen ähnlichen Ruf wie das (unlängst von einer Allparteien-Koalition zerschlagene) legendäre Frankfurter Abendgymnasium. Auch die (additive) Gesamtschule Bockenheim-Süd ist der CDU-Fraktion naturgemäß ein Dorn im Auge. Darum setzt die Frankfurter CDU-Fraktion alles daran, auch in diesem Sektor zum großen Schlag auszuholen. Sie hat beschlossen, im Stadtteil Bockenheim im Gebäude der alten Liebigschule ein traditionelles (Pauker-) Gymnasium einzurichten. Besonders in Bockenheim (extrem hoher Ausländeranteil, Arbeiterstadtteil) ist jedoch die Gesamtschule von Nöten. Sie schafft zumindest minimale Möglichkeiten, daß unterpreviligierte Kinder einen höheren Schulabschluß erlangen, eher, als sie ihn im dreigliedrigen Schulsystem erreichen können.

Der Elternbeirat der GBS hatte den verantwortlichen Schulpolitiker der Stadt Frankfurt, Schuldezernent Bernhard Mihm (CDU) zu einer „Informationsveranstaltung" am Dienstag den 16. September an die Schule eingeladen. Da Mihm in Frankfurt eine Symbolfigur für reaktionärste Kommunalpolitik darstellt, nahmen mehrere Oberstufenschüler dies zum Anlaß, kurzfristig eine Aktion zur Verteidigung der GOS und der GBS zu planen. Die „Initiativgruppe der GOS" wurde gegründet, und es wurde beschlossen, parallel zur Mihm-Veranstaltung eine Besetzung der alten Liebigschule durchzuführen.

Am Tag der Aktion schließlich (Dienstag, 16.9.) wurde an der Oberstufe mobilisiert. Alles war vorbereitet: Resolution, Presse-Erklärung, Transparente... Nur war zu diesem Zeitpunkt schon klar, daß die Sache mit der Besetzung aufgeflogen war (Spitzel bei SV-Sitzung!) Die Polizei, der Schulleiter und sogar der Mihm wußten inzwischen Bescheid! Nichtsdestotrotz versammelten sich am Dienstagabend ca. 60 Oberstufenschüler vor der GOS und machten einen Spaziergang zur alten Liebigschule. Gleichzeitig wurde ein erneutes Treffen vereinbart, auf dem über weitere Aktionen beraten werden sollte.

Und jetzt gings erst richtig los!

Dieser Treff wurde am nächsten Morgen per Mundpropaganda bekannt gemacht, und im Nu waren wieder ca. 100 Schüler/innen versammelt. Als dann gesichert war, daß in der Oberstufe keine Kurse mehr stattfanden, kämmten wir auch noch zu 350-400 Leuten die Gesamtschule durch, wo wir mit einigen hysterischen Lehrern konfrontiert wurden. Doch auch hier zogen ganze Klassen an ihren keifenden Paukern vorbei. Mit über 500 Schüler/innen nahmen wir uns anschließend die Bockenheimer Straßen zu einer kämpferischen Demo Richtung alte Liebigschule. Die gesamte Mobilisierung hatte ganze 40 Minuten gedauert!

Mit großem Gejohle und lautstarken Parolen wurde das begehrte Gebäude in Beschlag genommen, Transparente rausgehängt und eine Vollversammlung abgehalten. Nach Abschluß der dreistündigen Vollversammlung demonstrierten alle wieder geschlossen zurück zur Bockenheim-Süd.

Am nächsten Tag dauerte der Unterrichtsboykott in der Oberstufe und in einigen Klassen der Gesamtschule an. Etwa 15 Delegationen gingen zu verschiedenen Schulen um die dortigen Schüler zu informieren und für gemeinsame Aktionen warm zu machen.

Am gleichen Nachmittag stellte sich ein erster Erfolg ein. Die Stadtverordnetenversammlung stellte trotz CDU-Mehrheit einen vorentscheidenden Beschluß über die Nutzung der alten Liebigschule zurück.

Planung eines Sternmarsches

Welch Geistes Kind unser Schuldezernent Mihm ist, zeigte folgender Vorfall: Ein Rundschreiben des Stadtschülerrates (SSR) und der „Initiativgruppe GOS" an alle Schulen, daß zu einer außerordentlichen SSR-Sitzung einlud, wurde vom Stadtschulamt einbehalten und n i c h t verschickt. Die Sitzung fand trotzdem statt und es wurde kurzfristig ein Sternmarsch organisiert.

Die härtesten Maßnahmen gegen aktive Schüler wurden da getroffen, wo man sie eigentlich am wenigsten erwartet hätte. Nämlich an der GBS, wo die spezialdemokratische Schulleitung „in der Sache" angeblich hinter den Schülern steht. Schon nach der ersten Aktion hagelte es Briefe an die Eltern, Einträge, Verwarnungen, Verweise und was es da noch für nette Sachen gibt.

Der angehende Schulsprecher wurde vor die Entscheidung gestellt, sich entweder einem Verhör der Schulleitung zu unterziehen, oder die Schule zu verlassen.

Der faktische Rausschmiß hat bereits stattgefunden!

Am Donnerstagmorgen vor der Demo fand die systematische Verunsicherung der Schülerschaft statt.

1. Durch Androhungen der Schulleitungen mit Repressalien;
2. durch Artikel in „FR" und „FAZ", die berichteten, die Schulbehörde hätte den Forderungen der Schüler nachgegeben. Das stimmte nicht. Zwar sollte die Liebigschule freigegeben werden, aber die Umwandlung der GOS in ein normales Gymnasium stand weiter im Raum. Leider konnte jedoch mit Hilfe dieser Artikel eine starke Demobilisierung von den Schulleitern erreicht werden.

Trotzdem fanden sich letztlich doch rund 1.000 Schüler auf dem Römerberg ein. Es wurde eine Kundgebung abgehalten und spontan ein fröhlicher Demozug zum Stadtschulamt durchgeführt.

Schülergruppe des KB Frankfurt